Zu 670 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XV. GP

ANLAGE

zum Bericht des Untersuchungsausschusses im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien

Wortprotokolle über die Zeugeneinvernahmen

(einschließlich des Berichtes des Präsidenten des Rechnungshofes und des Lokalaugenscheines)

Band 8

Seite 2221 b bis Seite 2560

Inhaltsverzeichnis siehe Band 1

2 von 340Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 8 (Seite 2221b bis 2560) (gescanntes Original)

35. Sitzung: 25. März 1981

Beginn: 10 Uhr 10 Minuten

Obmann Dr. **Steger** eröffnet die Sitzung.

Zeugeneinvernahme von Landtagsabgeordneter und Gemeinderätin Dkfm. Dr. Maria Schaumayer

Obmann Dr. **Steger:** Frau Stadtrat! Ich bitte Sie, vor den Mikrophonen Platz zu nehmen. Ich begrüße Sie als Zeugin im parlamentarischen Untersuchungsausschuß, der auf Grund eines Beschlusses des Nationalrates eingesetzt ist mit folgendem Beschlußtext:

Im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien wird erstens zur Untersuchung der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO bzw. von Subaufträgen und deren Abwicklung,

zweitens zur Untersuchung der Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens bzw. von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind,

www.parlament.gv.at

und drittens zur Untersuchung der Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen

ein Untersuchungsausschuß eingesetzt.

Das ist das Untersuchungsthema. Zu diesen drei Punkten können Sie theoretisch befragt werden. Im einzelnen brauche ich — gerade bei Ihnen als rechtskundige Stadträtin — nicht allzu lange hier erläutern, nach welchen Richtlinien wir vorzugehen haben: Es ist die Geschäftsordnung des Nationalrates, in der enthalten ist, daß die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden ist. Dort sind Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge enthalten, insbesondere Ihre Pflicht, wahrheitsgemäße Antworten zu geben. Ein allfälliges Entschlagungsrecht ist im § 153 StPO enthalten. *(Obmann Dr. Steger verliest diese Bestimmung der Strafprozeßordnung.)*

Ich darf Sie am Beginn um Ihre Generalien bitten: Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Beruf sowie Anschrift.

Dr. Maria **Schaumayer:** Diplomkaufmann Dr. Maria Schaumayer, geboren 7. 10. 1931, Beruf: Vorstandsmitglied der Österreichischen Kommunalkredit AG, Wien 1, Landtagsabgeordnete und Gemeinderat, wohnhaft Wien 19., Weimarer Straße 106 b.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Frau Zeugin! Im Jahre 1975 hat der Wiener Gemeinderat einstimmig den Beschluß gefaßt, der Gründung der AKPE zuzustimmen. Auch Ihre Fraktion hat zugestimmt.

Was waren die Gründe für Ihre Fraktion, diesem Beschluß die Zustimmung zu geben?

Dr. Maria **Schaumayer:** Der Magistratsantrag war nach meiner Erinnerung so beschaffen, daß keine Gründe dagegen gesprochen hätten.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ja sicherlich, das glaube ich Ihnen schon. Wenn man einen Antrag stellt, wird man ja keine Gegengründe in den Antrag hineinschreiben.

Aber ich nehme an, Ihre Fraktion hat sich ja sicherlich auch vorher beraten, und es werden ja Pro- oder Kontra-Äußerungen gefallen sein. Oder war das nicht so. Hat man unbesehen den Antrag der Magistratsabteilung akzeptiert?

Dr. Maria **Schaumayer:** Nach meiner persönlichen Erinnerung ist kein riesiges Pro oder Kontra gewesen. Ich gebe aber offen zu, daß meine persönliche Interessenlage im Jahre 1975, da ich keinem dieser Ausschüsse angehörte, also durchaus nicht auf das AKH gerichtet war.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ich wollte nur wissen, ob in der Gemeinderatsfraktion der ÖVP über diese Frage diskutiert wurde, ob es Gegenäußerungen, Proäußerungen gegeben hat, oder ob man sich unbesehen mit dem Vorschlag einverstanden erklärt hat.

Dr. Maria **Schaumayer:** Also unbesehen, glaube ich, bekennt sich die ÖVP weder Pro noch Kontra, aber mir persönlich ist keine lebhafte Erinnerung an das Jahr 1975 eigen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Es gab also nach Ihrer Erinnerung keine lebhafte Diskussion über diese Frage. Ist das richtig?

Dr. Maria **Schaumayer:** Das kann ich nicht sagen. Ich kann nur sagen, ich kann mich an keine erinnern.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Sie können sich an keine Diskussion erinnern.

Dr. Maria **Schaumayer:** Ich kann auf keine persönliche Erinnerung abstellen, wobei ich noch einmal hinzufüge, daß meine primäre Interessenlage sich auf die wirtschaftlichen Beteiligungen et cetera damals gerichtet hat, aber nicht auf die Gesundheitspolitik und das AKH. Dafür bin ich in meiner ganzen Amtszeit nie typisch gewesen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Gut.

Frau Zeugin! Waren Ihnen persönlich beziehungsweise Ihrer Fraktion die Herren Dipl.-Ing. Winter und Dr. Schwaiger bekannt, die in den Vorstand der AKPE berufen wurden?

Dr. Maria **Schaumayer:** Ich kann nicht für meine ganze Fraktion antworten, Herr Kollege. Das ist unmöglich. Mir persönlich war Winter als Beamter der MA 34 flüchtig bekannt, wie man eben Mitglieder des Magistrates kennt, und ebenso flüchtig Dr. Schwaiger. Aber auch die beiden muß ich als unauffällig aus meiner Erinnerung bezeichnen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ist es richtig, daß die gemeinderätliche Personalkommission — auch Ihre Vertreter in dieser Kommission — der

4 von 340Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 8 (Seite 2221b bis 2560) (gescanntes Original)

Karenzierung dieser Herren zugestimmt hat, weil diese Karenzierung, wie es so schön in dem Beschluß heißt, im öffentlichen Interesse gelegen ist?

Dr. Maria **Schaumayer:** Daran habe ich keinerlei Erinnerung. Ich bin nicht Mitglied der Personalkommission und wüßte auch kein Gremium, wo das für mich kundig geworden wäre.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Frau Zeugin! Im Zusammenhang mit der Errichtung des Allgemeinen Krankenhauses und der damit verbundenen vertraglichen Schwierigkeiten spielt der sogenannte Syndikatsvertrag eine Rolle, und in diesem Syndikatsvertrag wieder der Baubeauftragungsvertrag.

Nun wird hier von einzelnen Zeugen beziehungsweise von Mitgliedern des Ausschusses die Auffassung vertreten, daß ein Nichtzustandekommen des Beauftragungsvertrages ein Mangel an der ganzen Sache wäre. Wissen Sie etwas über diese Diskussion? Wird in Ihrer Fraktion über diese Frage diskutiert?

Dr. Maria **Schaumayer:** Dazu habe ich seit dem Vorjahr eine durchaus eigene Meinung, denn im Zuge des Kontrollamtsberichtes 1980 wurde erstens vom Kontrollamt auf den Mangel, daß nicht in einem Akt mit der Errichtung der AKPE auch ein Beauftragungsvertrag abgeschlossen wurde, hingewiesen, und ich habe mich natürlich als Mitglied des Kontrollausschusses im Vorjahr dann sehr wohl mit dieser Frage beschäftigt. Ich halte dieses Fehlen eines Beauftragungsvertrages für die Wurzel dessen, daß der Vorstand der AKPE gegen Eigentümerinteressen verstoßen konnte.

Ich darf vielleicht hinzufügen: Die Frage eines Beauftragungsvertrages ist Gegenstand der freitägigen Gemeinderatssitzung, und ich bin persönlich durchaus bestürzt, daß man jetzt einen Beauftragungsvertrag in einer Form vorschlägt, die wiederum nicht geeignet ist, den Interessen der Eigentümer zu entsprechen. Wobei ich also zwei in meinen Augen gravierende Punkte anführen darf: Es fehlt in diesem jetzt als Entwurf oder Antrag vorliegenden Beauftragungsvertrag wieder eine deutliche Abgrenzung zwischen AKPE und APAK, und es fehlt für mein Empfinden gravierend jener Punkt, der schon beim vorjährigen ersten Kontrollamtsbericht eine erhebliche Rolle gespielt hat, nämlich eine zwangsweise Festlegung, daß nicht nur Warenleistungen, sondern auch Planungsleistungen einer öffentlichen Ausschreibung zu unterwerfen sind.

Für mein Empfinden hätten die beiden Tatbestände — Bauherrenfunktion, Projektmanagement et cetera — im Jahre 1975 bei Gründung der AKPE mit einem Beauftragungsvertrag festgelegt werden müssen, und es hätte meines Erachtens in einem derartigen Beauftragungsvertrag auch die Vorgangsweise für Ausschreibungen einschließlich Planungsleistungen, denn es war für jedermann evident, daß es beim Geschehen um die Errichtung des Allgemeinen Krankenhauses in namhaftem Umfang um Planungsleistungen gehen wird, geregelt werden müssen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Frau Zeugin! Es wäre jetzt sehr interessant eine Diskussion abzuführen, wie man in concreto Planungsleistungen in ein Ausschreibungsschema hineinbringt. Aber das ist ja nicht Ihre Sache. Ich möchte daher zu einem anderen Thema kommen.

Innerhalb der Wiener Beamtenschaft — oder besser gesagt: innerhalb des Magistrates — gab es seinerzeit noch unter Herrn Stadtrat Dr. Glück eine Diskussion darüber, wie die Betriebsorganisationsplanung durchzuführen sei. Ein Teil des Magistrates, so meine Information, vertrat die Auffassung, daß hier die Magistratsabteilung 17 mitwirken sollte beziehungsweise federführend sein sollte. Ein anderer Teil des Magistrats vertrat die Auffassung, daß man diese Aufgabe mit Fremdaufträgen, das heißt an Auftragnehmer außerhalb des Gemeindebereiches, vergeben sollte.

Ist diese Darstellung richtig, daß es diese Diskussion innerhalb des Magistrats und der politischen Gremien der Gemeinde Wien gegeben hat?

Dr. Maria **Schaumayer:** Ich glaube schon, daß es eine Diskussion in dieser Richtung gegeben hat. Ich glaube aber, daß diese Frage in den Jahren vor 1975 nicht so akut war, aus dem einfachen Grund, weil in die ARGE AKH damals die Magistratsdienststellen ja tragend eingebunden waren.

Ich würde sagen, daß daher zum damaligen Zeitpunkt, also vor Gründung der AKPE, eine Steuerungsfunktion eo ipso von der MA 17 und den berührten magistratischen Dienststellen und Bundesdienststellen ausgeübt werden konnte.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ist es richtig, Frau Zeugin, daß der Herr Stadtrat Dr. Glück bei der Betriebsorganisationsplanung nicht für eine Ausschreibung, sondern für eine Freihandvergabe an Herrn Dr. Riethmüller eingetreten ist?

Dr. Maria **Schaumayer:** Darüber habe ich keinerlei Erinnerung.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Wurden Sie überhaupt — und wenn ja, von wem und zu welchem Zeitpunkt — über die Vergabe der Betriebsorganisationsplanung an die ABO informiert?

Dr. Maria **Schaumayer:** Ich könnte die Frage nicht exakt beantworten. Es ist durchaus möglich, daß im Rahmen des Stadtsenats Gespräche stattgefunden haben. Aber an eine besondere Erwähnung fehlt mir die persönliche Erinnerung.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Gut. Ich darf dann zu einem anderen Themenbereich kommen.

Der Herr Dr. Drennig hat hier vor dem Ausschuß ausgesagt, daß die ÖVP-Fraktion in der Beteiligungskommission für die Gründung der Med-Consult eingetreten ist. Ist das richtig?

Dr. Maria **Schaumayer:** Ich kenne die Formulierung des Dr. Drennig, dem immer ein „n" zuviel gegeben wird, nicht, Herr Abgeordneter. Ich kann nur aus einem Protokoll über die Beteiligungskommission vom 30. Mai 1978, das ich mir vorgestern im Büro des Herrn Stadtrates Veleta geholt habe, sagen, daß Generaldirektor Dr. Machtl den Antrag gestellt hat, der Gründung der Med-Consult zuzustimmen, und daß alle drei Fraktionen keinen Widerspruch dagegen erhoben haben.

Ich selbst war in der Sitzung der Beteiligungskommission vom 30. Mai 1978 entschuldigt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Frau Zeugin! Ich weiß, daß dieser Beschluß einstimmig gefaßt wurde. Ich möchte Sie nur um Auskunft bitten, wie die Meinungsbildung in Ihrer Fraktion war, ob Sie darüber etwas aussagen können. Herr Dr. Drennig war der Meinung, daß die ÖVP an der Gründung der Med-Consult ein Interesse gehabt hat aus Gründen, auf die wir noch später zu sprechen kommen werden. Wenn Sie darüber nichts wissen, dann erübrigt sich meine weitere Fragestellung in dieser Richtung.

Dr. Maria **Schaumayer:** Für die Österreichische Volkspartei war die Gründung der Med-Consult von gleichem Interesse wie die Gründung der Wärmeversorungsbetriebe, die ungefähr in der gleichen Zeit erfolgte, oder etwa wie die Absicht, Wigast und WÖK zu fusionieren. Es waren in der Holding damals mehrere Gründungen und Umgründungen im Gange. Von einem Interesse meiner Fraktion speziell an der Med-Consult kann keinesfalls gesprochen werden.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Frau Zeugin! Ich bitte Sie, mir nicht etwas zu sagen, was ich nicht wissen wollte. Ich wollte nichts von speziellen Interessen wissen, sondern ich wollte wissen, wie die Meinungsbildung in Ihrer Fraktion war.

Ich unterstelle Ihnen durchaus nichts, sondern ich möchte nur eine korrekte Beantwortung meiner Fragen.

Dr. Maria **Schaumayer:** Meine Fraktion ist nach meiner Erinnerung zuerst vom Herrn Amtsführenden Stadtrat Mayr informiert worden — am 16. Mai 1980 —, daß die Absicht im Rahmen der Holding besteht, eine Med-Consult zu gründen. Die Argumentation hat etwa gelautet, daß eine engere Kooperation zwischen Odelga, die man als stagnierend bezeichnen konnte, und der Firma Prutscher, die nach Darstellung Generaldirektors Machtl immer wieder als Konkurrenten aufgetreten wären, zweckmäßig erscheine. Und das wurde zur Kenntnis genommen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Frau Zeugin! Und von der Aussage, daß man die Gründung damit motiviert hat, die Odelga hätte, um es vereinfacht auszudrücken, in der linken Reichshälfte Österreichs mehr Einfluß, und die Firma Prutscher in der rechten Reichshälfte, und es wäre daher im Interesse der Gemeinde oder der Firma Odelga gelegen, hier auch in diesen Bereich vorzustoßen, wurde Ihnen nichts bekannt?

Dr. Maria **Schaumayer:** Nein, absolut nicht, wäre auch völlig unsinnig gewesen nach meiner Auffassung. Ins Treffen geführt wurde vielmehr, daß im Exportgeschäft die Firma Prutscher ein Prä gegenüber der Firma Odelga besitze und daß dieses Prä im Exportgeschäft genützt werden sollte.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Haben Sie oder Ihre Fraktion sich darüber informiert, welches Personal die Firma Med-Consult gehabt hat?

Dr. Maria **Schaumayer:** Nein. Diese Frage ist erst wiederum im Zusammenhang mit dem bewußten Kontrollamtsbericht über den ABO-Auftrag ins Bewußtsein getreten, und als ich erkennen mußte, daß hier offenbar einige Voraussetzungen fehlen, um zu jenem Gründungszweck, der uns geschildert worden war, zu kommen, war ich es selbst, die etwa im Sommer 1980 den Antrag in der Beteiligungskom-

6 von 340Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 8 (Seite 2221b bis 2560) (gescanntes Original)

mission gestellt hat, die Med-Consult ehest zu liquidieren. Ich glaube, daß damit also ein gewisses Werturteil ausgesprochen ist.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Mitglieder dieses Ausschusses vertreten die Auffassung, daß bereits bei Gründung der Firma MED-CONSULT ersichtlich hätte sein können, daß es sich um eine Briefkastenfirma handelt.

Haben Sie diesbezüglich irgendwelche Hinweise?

Dr. Maria **Schaumayer:** Nicht die geringsten. Die Darlegungen von Herrn Generaldirektor Machtl vor allem betreffend die Exportseite, muß ich sagen, waren in der Gründungsphase durchaus überzeugend. Der Briefkastenfirma hätte meine Fraktion — ich glaube, sagen zu können —, hätten alle drei Fraktionen nicht zugestimmt. Warum sollten wir, wenn wir die ganze Zeit uns darauf konzentrieren, die kommunalpolitische Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Wertigkeit der Beteiligungen der Stadt Wien zu betonen, wie es den Gründungsbeschlüssen entspricht.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Frau Zeugin, ein anderes Gebiet noch. Der Herr Stadtrat Dr. Glück hat im Gemeinderat nach meinen Informationen im Jahre 1962 die Auffassung vertreten, daß der Neubau des AKH in seiner derzeitigen Form geschehen und dazu eine baubegleitende Planung vorgenommen werden soll. Sie wissen, was das bedeutet. Einer der größten Vorwürfe gegen das AKH ist ja der, daß die Planung nicht in dem notwendigen Ausmaß gewesen sei, und verantwortet wird diese Tatsache unter anderem auch damit, daß man seinerzeit den Beschluß gefaßt hatte, das Gebäude mit einer baubegleitenden Planung durchzuführen. Wissen Sie von dieser Äußerung des Herrn Stadtrat Dr. Glück?

Dr. Maria **Schaumayer:** Nein. Ich war im Jahre 1962 weder im Gemeinderat noch im Stadtsenat.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ihr Nein ist für mich vollkommen erschöpfend. Sehr lieb.

Wissen Sie etwas über das Zustandekommen, über die Schwierigkeiten, die Herr Professor Hoff beim Abbruch seiner Klink gemacht hat?

Dr. Maria **Schaumayer:** Das muß ich leider auch verneinen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Sie wissen also nichts darüber, was Dr. Glück als der damals zuständige Stadtrat unternommen hat, um den damals zuständigen Minister der Bundesregierung zu veranlassen, bei Herrn Professor Hoff zu intervenieren oder Abhilfe zu schaffen?

Dr. Maria **Schaumayer:** Nein.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Aber Sie wissen, daß der damals zuständige Minister Herr Dr. Mock war?

Dr. Maria **Schaumayer:** Das müßte ich rekonstruieren. Ich weiß das Jahr nicht.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Dann eine letzte Fragengruppe. Wann sind Ihnen oder Ihrer Fraktion Informationen über Herrn Dr. Wilfling, über die Person Dr. Wilflings, über seine angeblichen Verfehlungen zugegangen?

Dr. Maria **Schaumayer:** Über die Person Dr. Wilflings gab es unter Beamten des Magistrats, ich möchte sagen, jahrelang ein Geraune. Konkrete Belange wurden uns wieder im Zuge eines Kontrollamtsberichtes, und zwar über eine Kilometergeldverrechnung bekannt und bewußt. Ich würde sagen, dann haben sich vielleicht ein bißchen Fakten, die das Kontrollamt darlegte, in seinem Bericht verbunden mit dem, was in Beamtenkreisen des Rathauses schon geraume Zeit geflüstert wurde.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Das war nach meiner Erinnerung vor zirka zwei Jahren.

Dr. Maria **Schaumayer:** Das dürfte an der Jahreswende 1979/1980, würde ich annehmen, gewesen sein. Bitte um Entschuldigung, ich habe die Protokolle nicht hier.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Also Sie meinen, die Äußerungen, die dann in der Öffentlichkeit publik wurden, wo Herrn Dr. Wilfling vorgeworfen wurde, daß er mehrmals Reisespesen verrechnet hat, daß es mit Flugtickets Schwierigkeiten gegeben hat?

Dr. Maria **Schaumayer:** Nein, das war ein zweiter Bericht. Der erste Bericht des Kontrollamtes hat sich nach meiner Erinnerung nur mit seiner Kilometergeldverrechnung beschäftigt, wobei die Zweigleisigkeit und das Anfechtbare darin lagen, daß er ein Dienstauto von der Odelga angeblich als Gegenwert für die Ausübung als gewerberechtlicher Geschäftsführer auch nach seinem Ausscheiden von der Odelga zur MA 17 erhielt und dies dem Magistratsdirektor verschwiegen hatte, wodurch er zu einer Kilometergeldforderung in dem beim Magistrat üblichen Monatspauschale gekommen war.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ist es richtig, daß Ihre Gemeinderatsfraktion im zuständigen

Gemeinderatsausschuß der Bestellung des Herrn Dr. Wilfling zugestimmt hat beziehungsweise die Zustimmung zu seinem Sondervertrag gegeben hat?

Dr. Maria **Schaumayer:** Darüber habe ich keine persönliche Aussagefähigkeit, weil ich dem Personalausschuß nicht angehöre.

Obmann Dr. **Steger:** Frau Zeugin! Eine Abschlußfrage, die ich an Sie habe.

Der Herr Zeuge Dr. Drennig hat wörtlich gesagt, befragt — das, was auch ein bißchen Wellen in den Medien geschlagen hat —, was ist dahintergestanden hinter dieser Gründung der MED-CONSULT, was war die Ratio des Ganzen — jetzt zitiere ich wörtlich —: Wir erhofften uns von Prutscher ein günstigeres Entrée in Bundesländern, wo die ÖVP vielleicht ein besseres Entrée hatte, und bei der Odelga dort, wo die SPÖ ein besseres Entrée hatte. Was sagen Sie zu diesem Zitat?

Dr. Maria **Schaumayer:** Herr Vorsitzender! Die gleiche Frage hat mir der Herr Abgeordnete schon gestellt. Ich kann nur wiederholen, daß die Begründung für die Gründung der MED-CONSULT ganz anders gelautet hat, daß der Schwerpunkt Prutschers auf Export liege und daß davon die Odelga profitieren könne.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt, wenn er dann sagt in seiner späteren Zeugenaussage, daß er darüber seine Fraktion informiert hat, muß das ein Irrtum des Dr. Drennig sein.

Dr. Maria **Schaumayer:** Muß das ein Irrtum des Dr. Drennig sein. Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben keine Erinnerungen, keine Wahrnehmungen, daß es eine Information darüber tatsächlich gegeben hätte?

Dr. Maria **Schaumayer:** Absolut nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Sie können das, auch wenn Sie es zum drittenmal vorgehalten bekommen, ausschließen, daß es in einer Fraktionsbesprechung — er spricht nämlich ausdrücklich später davon, daß er in Fraktionsbesprechungen seine Fraktion informiert hat — je der Fall war?

Dr. Maria **Schaumayer:** Das kann ich absolut ausschließen.

Obmann Dr. **Steger:** Sie müssen sich aber dessen bewußt sein, Frau Zeugin, daß, wenn Sie soweit gehen zu sagen, Sie können das ausschließen, Sie indirekt oder eigentlich auch sehr direkt dem Zeugen Dr. Drennig unterstellen, etwas Falsches ausgesagt zu haben.

Dr. Maria **Schaumayer:** Das unterstelle ich ihm nicht, aber ich billige ihm zu, daß man sich nicht an alles richtig erinnert.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist juristisch sicher von der Aussage her sehr geschickt gesagt.

Aber, Frau Zeugin, dann meinen Sie eigentlich, daß ein stellvertretender Generaldirektor in diesem Bereich tätig war, der in einer so wesentlichen und wichtigen Frage wie den Intentionen für eine Firmengründung sich eigentlich sehr stark irrt.

Dr. Maria **Schaumayer:** Darf ich fragen, wen Sie mit stellvertretenden Generaldirektor meinen, Herr Vorsitzender.

Obmann Dr. **Steger:** Na ja, vielleicht war der Titel anders, ich meine Dr. Drennig.

Dr. Maria **Schaumayer:** Ach so, nein das war er nie.

Obmann Dr. **Steger:** Na ja, Vorstandsdirektor.

Dr. Maria **Schaumayer:** Richtig.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt ist er wieder Vorstandsdirektor in einem anderen Bereich. Ich kriege ein bisserl die Gänsehaut bei dem Gedanken, daß er sich auch dort ab und zu schlecht erinnert, wenn es um Firmengründungen der Länderbank vielleicht geht.

Dr. Maria **Schaumayer:** Ich würde sagen, daß das nicht unmittelbar Gegenstand des Ausschusses sein dürfte.

Obmann Dr. **Steger:** Darum frage ich Sie, ob Sie ihm wirklich unterstellen, daß er sich in so einer wesentlichen Frage mehrfach dezidiert irrt.

Dr. Maria **Schaumayer:** Herr Vorsitzender! Ich muß bitten, mir nicht zu unterstellen, daß ich unterstelle. Ich habe mich geäußert, ich halte einen Irrtum bei Kollegen Dr. Drennig für möglich.

Obmann Dr. **Steger:** Sie schließen einen Irrtum für sich aus?

Dr. Maria **Schaumayer:** Nein, nein, wenn Sie dem Zwiegespräch gelauscht haben, bin ich also durchaus bekenntnisfreudig, daß ich mich auch sehr oft irre oder nicht erinnere.

Obmann Dr. **Steger:** Zu diesem Themenkreis, Frau Zeugin, ich will es nicht wegverschleppen, halten Sie für denkbar, daß sich Dr. Drennig irrt?

Dr. Maria **Schaumayer:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Halten Sie es für ausgeschlossen, daß Sie sich irren?

Dr. Maria **Schaumayer:** In dem Punkt ja. Das ist eine Frage von politischem Gewicht, die man über Firmendetails in Erinnerung behalten hätte.

8 von 340Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 8 (Seite 2221b bis 2560) (gescanntes Original)

Obmann Dr. **Steger:** Und jetzt die Ergänzungsfrage. Sie hätten das in Erinnerung behalten. *(Dr. Schaumayer: Ja!)* Wieso er nicht? Wieso behält er es als der Zuständige dafür nicht in Erinnerung, und alle anderen hätten es selbstverständlich richtig in Erinnerung.

Dr. Maria **Schaumayer:** Also ich muß ehrlich sagen, das zu beantworten, bin ich außerstande, denn ich kann mir durchaus vorstellen, daß ein Vorstandsdirektor, welcher Fraktion und welchen Bereiches immer, so viele Details — der muß nämlich Details im Kopf haben — im Kopf hat, daß also durchaus hier Verschiebungen der Erinnerungslage möglich sind. Wenn Sie mich zu jedem einzelnen meiner Bankkredite fragen, werde ich Ihnen ohne Unterlagen unter Umständen auch aus der Erinnerung etwas nicht ganz Richtiges sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Sie kennen den alten Spruch: Was ist ein Aufsichtsrat? — Solange es gut geht, sinnlos.

Dr. Maria **Schaumayer:** Überflüssig, hat der alte Abs *(phonetisch)* gesagt.

Obmann Dr. **Steger:** Und daher frage ich noch einmal zuletzt, und das ist sehr wohl eine Wissensfrage, weil ich ja hinkomme auf die Wissenslage der Frau Zeugin. Ich möchte Ihnen noch einmal helfen, daß Sie nachdenken, vielleicht fällt Ihnen ein, daß es da doch einmal etwas gegeben hat. Die Fragestellung ist eben: Glauben Sie tatsächlich und haben Sie wirklich in Erinnerung, daß Sie als Aufsichtsrat den besseren Informationsstand über solche Dinge hatten als der zuständige Vorstandsdirektor?

Dr. Maria **Schaumayer:** Darf ich berichtigen, ich bin nicht Aufsichtsratsmitglied zu diesem Zeitpunkt gewesen, sondern Mitglied der Beteiligungskommission.

Obmann Dr. **Steger:** Die Hilfskonstruktion.

Dr. Maria **Schaumayer:** Die Hilfskonstruktion, ja. — Und in dieser Eigenschaft, darf ich sagen, habe ich keinerlei Erinnerung an eine politische Relevanz in dieser Frage.

Und ich sage noch einmal, die Holding war damals im Zeitalter der Gründungen und Umgründungen, und es gab keine Sitzung, wo nicht irgend etwas Neues gegründet worden wäre oder etwas Bestehendes umgegründet, fusioniert et cetera.

Obmann Dr. **Steger:** Danke. Die Einvernahme ist beendet. Auf Wiedersehen!

Dr. Maria **Schaumayer:** Auf Wiedersehen! *(Die Zeugin verläßt den Saal.)*

Zeugeneinvernahme von Generaldirektor Eduard Harald Schrack

Obmann Dr. **Steger:** Herr Schrack! Darf ich Sie bitten, vorzutreten und hier in der Mitte Platz zu nehmen. Ich begrüße Sie als Zeugen im Untersuchungsausschuß.

Der Untersuchungsausschuß ist eingesetzt zu drei Untersuchungspunkten, und zwar

erstens zur Untersuchung der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung,

zweitens — das ist der Themenkreis, zu dem Sie vor allem geladen sind — zur Untersuchung der Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind, und

drittens zur Untersuchung der Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen.

Wir haben nach der Geschäftsordnung des Nationalrates vorzugehen. In dieser Geschäftsordnung ist enthalten, daß die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden ist. Dort sind Ihre Pflichten und Rechte als Zeuge enthalten. Ihre wesentlichste Pflicht, wahrheitsgemäß alle an Sie gerichteten Fragen zu beantworten. Ihr wesentlichestes Recht, sich unter ganz bestimmten Voraussetzungen der Zeugenaussage zu entschlagen. Hier ist vor allem der § 153 maßgebend. *(Vorhalt des § 153 StPO.)*

Ich bitte Sie daher, deutlich alle Fragen ins Mikrophon zu beantworten, damit wir das protokollieren können, und ersuche Sie am Beginn um Ihre Generalien, das ist Vor-, Zuname, Geburtsdatum, Beruf und Anschrift. Bitte, Herr Zeuge.

Schrack: Eduard Harald Schrack, wohnhaft in Wien 13., Geylinggasse, Generaldirektor der E. Schrack, Elektronik Aktiengesellschaft.

Obmann Dr. **Steger:** Geburtsdatum.

Schrack: 3. 4. 1930.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Generaldirektor! Die Firma Schrack hat, wenn ich richtig informiert bin, 200 000 Schweizer Franken auf das Konto der GEPROMA überwiesen. Hier gibt es zunächst unterschiedliche Äußerungen aus Ihrer Sicht, warum diese Überweisung erfolgt ist. Am Schluß sagen Sie, daß schlußendlich diese 200 000 Schweizer Franken der AKPE zukommen hätten sollen. Welche Beweise haben Sie für diese Aussage?

Schrack: Darf ich dazu eines grundsätzlich sagen. Ich bin ja eingeladen worden, hier als Zeuge auszusagen. Und ich meine, ich bin ein Angeklagter, und wie man als Angeklagter als Zeuge aussagen kann, weiß ich nicht. Ich habe auch einen Brief an Präsidenten Benya geschrieben, der die Einladung ja ausgeschrieben hat. Ich habe bis heute keine Antwort darauf bekommen. Ich hätte verreisen sollen nach Südamerika, das ist durch verschiedene Umstände, die ich in einem zweiten Brief dargelegt habe, auch schriftlich niedergelegt worden. Gestern habe ich dann dieses Fernschreiben bekommen, daß ich hier als Zeuge aussagen muß.

Ich meine, ich glaube — Sie entschuldigen, wenn ich eine Gegenfrage stelle —, es wäre doch richtig, wenn man zu den Dingen, die in dem Brief drinnen stehen, der von mir geschrieben worden ist, eine Stellungnahme abgeben würde.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Darf ich ganz kurz an dieser Stelle unterbrechen. Es ist juristisch so, daß Sie in jedem anderen Gerichtsverfahren, in dem Sie nicht Beschuldigter sind, auch dann, wenn Sie zum selben Themenkreis auftreten, selbstverständlich den Status eines Zeugen haben. Es wird allerdings dabei immer Bedacht genommen werden auf diese Formulierungen, die ich Ihnen aus dem § 153 vorher wörtlich vorgelesen habe.

Sie können also bei jeder einzelnen Frage immer darauf verweisen, daß Sie diese konkrete Frage nicht beantworten wollen, weil, wie es hier heißt, Sie sich damit der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung aussetzen. Das ist natürlich unter anderem dann gegeben, wenn Sie in dieser Frage schon ein eigenes Strafverfahren anhängig haben. Nur gibt es kein generelles Entschlagungsrecht.

Also zum Beispiel die Frage: Wie alt ist Ihre Schwiegermutter, hat mit dem Strafverfahren und dem zugrunde liegenden Sachverhalt — ich nehme jetzt absichtlich ein Beispiel, das so weit weg ist, daß wir nicht sofort an der Grenze uns befinden — nichts zu tun, und dort wird Ihnen kein Entschlagungsrecht anerkannt werden können.

Wenn Sie gefragt werden: Haben Sie Millionenbeträge in betrügerischer Absicht verschoben?, dann werden Sie sich unter Hinweis auf § 153 darauf berufen können — ich meine, ich habe es auch jetzt wieder sehr deutlich und nicht so formuliert, wie es in der Anklageschrift steht —, daß Sie sich mit der Beantwortung allenfalls der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung aussetzen.

Sie müssen aber bei jeder Einzelfrage selbst entscheiden, ob das im Rahmen Ihres Strafverfahrens noch beantwortbar ist oder nicht. Insbesondere aber dürfen Sie nicht übersehen, daß dort, wo Sie sowieso Gerichtsaussagen gemacht haben — diese Protokolle haben wir alle zur Verfügung bekommen —, es ja aus Ihrer Sicht unsinnig wäre, nicht gleichartig, wie ich annehme wahrheitsgemäß, auch hier das so zu beantworten, wie Sie es bei Gericht beantwortet haben. Wir werden dort nicht sehr lange weiterfragen, weil es dort, wo wir Ihre Aussagen bereits haben, für uns sowieso uninteressant ist, hier weitere Fragen zu stellen.

Es geht also immer nur darum, daß Sie sich bei jeder Einzelfrage selbst allenfalls darauf berufen müssen, daß Sie sich mit der Beantwortung dieser ganz konkreten Frage der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung aussetzen und sie deshalb nicht beantworten wollen. Dann entscheidet der Ausschuß als Ganzes, allenfalls beschlußmäßig, ob Sie es trotzdem beantworten müssen, weil es hier heißt: Unter Berufung auf einen dieser drei Punkte — also Schande, Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung, Gefahr eines unmittelbaren oder bedeutenden Vermögensnachteils — soll er nur zum Zeugnis verhalten werden — also zur Beantwortung der Frage gezwungen werden —, wenn dies wegen der besonderen Bedeutung seiner Aussage unerläßlich ist.

Und Sie können sicher sein, daß wir beim Überlegen dieser Frage, ob Sie trotzdem antworten müssen, sicher das Rechtsgut auch schützen werden, daß ein Beschuldigter nicht durch seine eigene Aussage hier so gezwungen werden soll, daß er dann im Strafverfahren seiner Rechte verlustig gegangen ist. Es kann in einem ganz gravierenden Fall auch einmal der Fall sein, es wird aber im Zweifelsfall sicher dieses Rechtsgut hoch von uns bewertet werden.

Ist das damit genügend beantwortet? Sie haben auch nach der Strafprozeßordnung kein generelles Entschlagungsrecht, Sie haben daher auch kein Recht, überhaupt nicht einvernommen zu werden als Zeuge, Sie haben das Recht, sich bei Einzelfragen auf einen dieser drei im Gesetz genannten Gründe zu berufen. Dann müssen Sie sich darauf berufen, und wir werden allenfalls beantworten, ob Sie trotzdem die Antwort geben müssen. Sie machen es uns und sich leichter, wenn Sie bei Grenzfragen im Zweifelsfall gleich eine Antwort geben, die manchmal im übrigen dort, wo Sie es wirklich nicht wissen, auch heißen kann: Ich weiß es nicht.

Schrack: Also ich kenne mich in diesen Sachen ja viel zu wenig aus, ich bin kein Jurist, ich habe nur meinen Anwalt gefragt, und der hat die Stellungnahme abgegeben, und ich habe sie hier auch schriftlich, wenn ich sie Ihnen zeigen darf. *(Der Zeuge übergibt einen Brief.)*

Obmann Dr. **Steger:** Es schreibt hier der Herr Rechtsanwalt Dr. Hoppel — ich verlese das für den Ausschuß, damit es zur Kenntnis gebracht wird —: Gemäß § 33 Abs. 4 des Geschäftsordnungsgesetzes sind bei Beweiserhebungen durch den Untersuchungsausschuß die Bestimmungen der Strafprozeßordnung über das Beweisverfahren in der Hauptverhandlung vor Gericht 1. Instanz sinngemäß anzuwenden.

Zweitens: § 245 Abs. 2 StPO: Der Angeklagte kann zur Beantwortung der an ihn gestellten Fragen nicht verhalten werden.

Dann kommen die Erläuterungen.

Herr Zeuge! Hier geht der Herr Kollege Dr. Hoppel sofort ausschließlich auf jene Bestimmungen ein, wo jemand als Angeklagter befragt wird. Es gibt, wie uns der Herr Sektionschef hier schon auch mehrfach erläutert hat, verschiedene Theorien zur Fragestellung, wie wird jemand behandelt, der in einem anderen Verfahren Angeklagter ist. In diesem Verfahren sind Sie nicht Angeklagter, sonder hier sind Sie Zeuge.

Hier haben wir uns durchaus zu einer vermittelnden Theorie durchgerungen, wo wir sehr vorsichtig und im Einzelfall Ihre Angeklagtenrechte nicht ankratzen, auf die Sie sich bei Einzelfragen berufen, wo wir aber auch nicht davon abgehen, daß Sie in diesem, also in einem anderen Verfahren als Zeuge angehört werden und eben nicht Angeklagter sind.

Ich darf das als Vergleich auch sagen, wie das in der Justizpraxis ist. Wenn Sie zum Beispiel verurteilt werden in einem Verfahren und dann wird ein anderer Mitangeklagter ausgeschieden — der kommt in einem anderen Vefahren dran —, dann ist dort ebenfalls dieser bereits Verurteilte oder der, der ein anderes Verfahren hat, Zeuge, hat ganz normale Zeugenrechte und -pflichten. Nur wird man dort als Gericht sehr vorsichtig die Rechte handhaben, um nicht ins andere Verfahren massiv einzugreifen.

Es werden aber im übrigen, wie Sie dann noch sehen werden, einige der Fragen, die wir an Sie richten, gar nicht zu diesem hier sehr eng gezogenen strafrechtlich relevanten Bereich sein, weil ja wir das Politische und auch, wenn Sie wollen, das Gesellschaftspolitische dahinter einer gewissen Untersuchung unterziehen wollen, um daraus Schlußfolgerungen zu ziehen.

Ich darf aber an dieser Stelle den Herrn Sektionschef aus dem Justizministerium bitten, daß er vielleicht diese Erläuterungen aus seiner Sicht ergänzt. Bitte, Herr Sektionschef.

Sekt. Chef Dr. **Fleisch** (BMfJustiz): Ich habe nur einen Satz anzumerken: Der § 245 der Strafprozeßordnung über die Vernehmung des Angeklagten kann schon deshalb hier nicht zur Anwendung kommen, weil die Bestimmungen über das Beweisverfahren erst mit § 246 beginnen, also der § 245 beim Ausschuß, da es auch keinen Angeklagten im Ausschuß gibt, überhaupt keine Anwendung finden kann.

Obmann Dr. **Steger:** Ich danke, Herr Sektionschef, für diese Ergänzungen.

Noch einmal, Herr Zeuge, zum drittenmal: Sie brauchen aber nicht zu befürchten, daß hier ein parlamentarisches Gremium alle Rechte, die sich der Gesetzgeber sehr bewußt und sehr genau überlegt hat, mißachtet. In Grenzfällen werden wir dann im Ausschuß beraten und sicher auch Ihre Rechte mitbedenken. Aber ich bitte Sie auch umgekehrt, jetzt zu überlegen, daß Sie sehr wohl verpflichtet sind, Antworten auf Fragen, vor allem dort, wo keiner der drei Entschlagungsgründe gegeben ist, hier zu geben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte, ich möchte nur nach all diesen rechtlichen Informationen eine Bemerkung dem nachschicken: Herr Zeuge, wenn Sie vielleicht auch überlegen, daß Sie natürlich uns auch im positiven Sinn bei der Wahrheitsfindung behilflich sein können, sodaß Sie in der Güterabwägung dort, wo Sie die Möglichkeit sehen, uns zu antworten, ja auch einen Beitrag für die Arbeit des österreichischen Parlaments leisten, wenn Sie auch diesen Aspekt berücksichtigen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Sind damit für Sie die generellen Fragen ausdiskutiert oder haben Sie da eine ergänzende Frage?

Schrack: Ich habe keine Frage dazu. Ich meine, die Erläuterungen waren ja sehr ausführlich. Nur hat es mich gewundert, daß ich auf den Brief überhaupt keine Stellungnahme bekommen habe. Sie haben es jetzt etwas anders erklärt, als wir es eben anscheinend verstanden haben.

Obmann Dr. **Steger:** Das war eine Korrespondenz mit dem Herrn Präsidenten Benya. Mir wird von den Beamten der Parlamentsdirektion mitgeteilt, daß das in diesem Brief in einem Nebensatz war und daher nicht so aufgefaßt wurde, daß Sie darauf eine konkrete Antwort wollen, aber es wäre selbstverständlich auch möglich gewesen.

Wir selbst als Ausschuß korrespondieren grundsätzlich nicht. Es ist nach der Geschäftsordnung des Nationalrates auch gar nicht möglich, denn die Vertretung nach außen hat der Präsident des Nationalrates. Allenfalls können sie mit ihm weiterkorrespondieren, auch noch nach Ihrer heutigen Einvernahme. Aber ich glaube, es ist durchaus auch in Ihrem Sinne —

nicht, weil Sie jetzt nach Südamerika wollen, sondern Sie ja auch noch anderes zu tun haben —, wenn wir jetzt beginnen, und Sie wägen selbst immer ab, ob einer der drei Entschlagungsgründe bei Ihnen gegeben ist und wie wichtig es Ihnen scheint, hier allenfalls Ihre Schutzmaßnahmen sich zu überlegen.

Herr Abgeordneter Dr. Feurstein, darf ich Sie bitten, daß Sie die Frage noch einmal neu stellen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es geht also darum — und Sie könnten uns hier wirklich sehr helfen, weil ich, soweit ich mich erinnere, diese Aussage noch von niemandem gehört habe —: das ist das Geld, das an die Geproma überwiesen worden ist, schlußendlich wieder zurück zur AKPE fließen hätte sollen. Haben Sie dafür konkrete Beweise, daß dem so war oder dem so sein sollte?

Schrack: Konkrete Beweise haben wir nicht. Ich meine, wir haben die eine Rechnung bekommen und haben an die Geproma überwiesen. Jetzt hintennach ist man natürlich immer gescheiter, weil man ja viel mehr weiß, als man damals gewußt hat, daß ja diese Rechnung im Prinzip vom Herrn Winter aus ausgestellt und überreicht worden ist zur Zahlung dieser 200 000 Schweizer Franken eben an dieses Planungsbüro in Liechtenstein.

Ich weiß jetzt nicht, welchen Beweis Sie haben wollen, weil die Rechnung ist da, die ist auch gebucht, und es wurde auch bei der Nationalbank hinterfragt, ob man es überweisen kann. Es ist zugestimmt worden und wurde überwiesen. Anderen Beweis habe ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Rechnung ist von Herrn Dipl.-Ing. Winter Ihnen oder dem Herrn Leucht . .

Schrack: Dem Herrn Leucht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP) . . . Herrn Leucht übergeben worden. Hat Herr Dipl.-Ing. Winter bei dieser Übergabe irgendwelche Erklärungen dazu abgegeben?

Schrack: Schauen Sie, das weiß ich nicht. Ich habe mit dem Herrn Winter nicht gesprochen. Den Herrn Winter habe ich einmal gesehen, ich weiß jetzt nicht mehr genau, wann es war, wo er mir das Zentralgebäude gezeigt hat: Das war das einzige, das war vielleicht eineinhalb Stunden, wo er mit einem andern Herrn und mir durchgegangen ist. Das war das einzige Mal, wo ich Herrn Winter überhaupt gesehen habe.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie mit dem Herrn Dipl.-Ing. Winter keine geschäftlichen Kontakte abgewickelt?

Schrack: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben nur die Besichtigung auf der Baustelle mit ihm gemeinsam vorgenommen?

Schrack: Jawohl.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Andere geschäftliche Gespräche oder Kontakte gab es mit Dipl.-Ing. Winter nicht?

Schrack: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit welchen anderen Herren der AKPE oder der APAK hatten Sie geschäftliche Kontakte im Zusammenhang mit der Auftragsvergabe?

Schrack: Also ich mit niemandem.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und der Herr Leucht?

Schrack: Ja, der Herr Leucht hat nur mit dem Herrn Winter. Wahrscheinlich wird er mit den anderen Herren auch Gespräche geführt haben, das weiß ich aber nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Herren waren hier maßgebend beteiligt, wenn es darum gegangen ist, Aufträge von der AKPE zu bekommen?

Schrack: Der Herr Leucht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich meine auf der anderen Seite.

Schrack: Soviel ich weiß, der Herr Winter.

Abg. Dr. **Feurstein:** Und andere Herren sind Ihnen nicht bekannt?

Schrack: Nein, sind mir nicht bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben ja einzelne Aufträge bekommen, direkt bekommen von der AKPE. Da waren Sie Bestbieter, wie hier festgestellt worden ist. Und dann haben Sie diesen Subauftrag von der Firma Siemens in Höhe von 100 Millionen Schilling bekommen.

Können Sie uns sagen, wer Ihnen dazu verholfen hat? Wie sind Sie dazu gekommen, daß Sie diesen Subauftrag von der Firma Siemens bekommen haben? Hat die Firma Siemens — wenn ich jetzt konkret fragen darf — Ihnen angeboten, als Subauftragnehmer beim AKH aufzutreten?

Schrack: Schauen Sie, es war so, daß der Gesamtauftrag ja an die Firma Siemens gegangen ist. Soviel uns bekannt war, war die Auflage, daß ein gewisser Prozentsatz dieses Auftrages an inländische Firmen weitergegeben werden muß. Daher haben wir uns also bemüht, hier Aufträge zu bekommen. Aber die

Gespräche, soviel ich weiß, sind alle über den Herrn Winter gegangen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Gespräche sind über den Winter gegangen betreffend die Subbeauftragung durch die Firma Siemens.

Schrack: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben aber mit der Firma Siemens hier gar nicht Kontakt aufgenommen.

Schrack: Ich glaube schon, daß es hier dann auch Gespräche gegeben hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer waren die Gesprächspartner bei der Firma Siemens: Swoboda, Philipp, Schweitzer?

Schrack: Das kann ich nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns niemanden nennen?

Schrack: Das kann ich nicht sagen. Ich habe die Verhandlungen nicht geführt. Der Name Schweitzer ist öfters gefallen, aber ob konkret hier involviert war, kann ich nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nun soll in diesem Schreiben, das Sie von der Firma Siemens bekommen haben, 6. 6. 1978, eine Formulierung drinnen stehen, wonach ein noch festzulegender Kostenbeitrag von der Firma Schrack anzuerkennen ist.

Schrack: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was bedeutet diese Formulierung der Firma Siemens in diesem Schreiben? Wenn man das so liest, kann man nichts Konkretes schon herauslesen.

Schrack: Das waren diese 3 Prozent, die wir dann bezahlt haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War bei der Vereinbarung zwischen Ihnen und der Firma Siemens bereits klar, daß sie 3 Prozent Provision bezahlen mußten?

Schrack: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wer hat das jetzt von der Firma Siemens Ihnen mitgeteilt, daß sie 3 Prozent Provision zahlen müssen?

Schrack: Das ist von Winter: das war ja diese Rechnung über die 200 000 Schilling.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, sicher. Aber warum kommt nun diese Formulierung in das Schreiben der Firma Siemens hinein? Hat die Firma Siemens gewußt, daß Sie für diesen 100-Millionen-Auftrag an den Herrn Winter eine Provision von 3 Prozent zahlen müssen?

Schrack: Ob sie das so gewußt hat, das weiß ich nicht. Jedenfalls ist es drinnen gestanden, und der Herr Winter hat das in der Form geregelt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber die 3 Prozent standen im Brief nicht drinnen.

Schrack: Das stand nicht. Das ist noch auszuhandeln — glaube ich, oder so ähnlich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, es stand: der noch festzulegen ist.

Schrack: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns sagen, wer hier jetzt auf der Seite der Firma Siemens mit dieser Frage befaßt war? Das wäre für uns sehr wichtig.

Schrack: Da müßte man mit dem Herrn Leucht reden. Das kann ich leider nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wir haben den Herrn Leucht leider nicht hier im Untersuchungsausschuß. Können wir Sie bitten, daß Sie uns, dem Untersuchungsausschuß, darüber eine Mitteilung auf kurzem Weg machen, einfach an den Herrn Präsidenten gerichtet, wer bzw. mit wem Sie bei der Firma Siemens über diese 3 Prozent verhandelt haben, das heißt konkret, wer bei der Firma Siemens wußte, daß Sie an die AKPE beziehungsweise Dipl.-Ing. Winter diese 3 Prozent Provision bezahlen müssen. Das steht im Prokoll: AKPE. Für Sie war ja klar, daß es nicht Winter war, sondern AKPE.

Schrack: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nur damit das für das Protokoll klar ist.

Schrack: Ja gut. Es sind dann einige Dinge herausgekommen. Ich meine — wie ich zuerst schon gesagt habe —, jetzt sieht man einiges klarer. Aber der Herr Winter war ja Vorstandsmitglied einer Aktiengesellschaft, und ich meine, man kann ja nicht immer den Aufsichsrat fragen, ist der überhaupt berechtigt, irgendwas zu tun oder nicht zu tun. Also irgendwo geht das nicht, weil ich meine, wenn wir so vorgehen, verlieren wir alle Kunden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Jetzt hätte ich zu dieser Rechnung eine Frage — ich habe Sie zwar schon einmal am Telefon persönlich gefragt, aber für das Protokoll darf ich das wiederholen —: Warum stand in dieser Rechnung drinnen: betrifft Planungsarbeit für die Projekte Arlberg-Tunnel, Karawanken-Tunnel, Pfänder? Warum ist diese Formulierung gewählt worden?

Schrack: Ich habe nachher dann mit dem Herrn Leucht auch gesprochen, und der hat

mir das in der Richtung erzählt, daß sich der Herr Winter über große Projekte und so weiter x-mal erkundigt hat, die wir machen, und dann ist das auf der Rechnung draufgestanden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie den Eindruck, daß der Dipl.-Ing. Winter durch diese Formulierung vom AKH ablenken wollte?

Schrack: Irgendwo war es von der Rechnung her dann nicht ganz klar. Also, das muß man schon sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Jetzt habe ich noch eine Frage. In den Protokollen scheint auch ein Auftrag in der Größenordnung von 50 Millionen Schilling auf. Um welchen Auftrag ist es dabei gegangen?

Schrack: Es sind zwei Aufträge, Rahmenaufträge, vergeben worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): 100 Millionen?

Schrack: Zuerst über 50 Millionen, und ein zweiter über 50 Millionen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und für welchen Auftrag mußten Sie jetzt diese Provision bezahlen?

Schrack: Für beide.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Für beide. Und bei dieser Auftragsverhandlung hat der Herr Sefcsik keine Rolle gespielt?

Schrack: Ich glaube nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bei dieser Vermittlung.

Schrack: Ich glaube nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Politiker eine Rolle gespielt?

Schrack: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie das ausschließen oder wissen Sie es nicht?

Schrack: Das kann ich ausschließen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und den Herrn Sefcsik können Sie nicht ausschließen?

Schrack: Nur, wir haben an verschiedenen Stellen sicher Gespräche geführt, daß wir beim AKH von diesem Riesenbrocken auch etwas haben wollen. Aber sonst.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und bei wem haben Sie solche Gespräche geführt?

Schrack: Bei wem? — Das kann ich gar nicht sagen. Wer halt gerade in ein Gespräch in der Richtung verwickelt werden konnte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mehr Richtung Stadt, Stadträte?

Schrack: Sowohl von Stadt her als auch.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer war es beim Bund?

Schrack: Beim Bund?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Namen nennen, vielleicht können Sie dann sagen: ja oder nein. Finanzminister Androsch?

Schrack: Glaube ich nicht, nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bautenminister Moser?

Schrack: Moser — Vielleicht einmal in einem Gespräch.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissenschaftsminister Firnberg?

Schrack: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gesundheitsminister Leodolter?

Schrack: Nein, auch nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Stadtrat Mayr?

Schrack: Stadtrat Mayr — sicher sogar, weil wir mit ihm über verschiedene Dinge laufend im Gespräch sind.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bürgermeister Gratz?

Schrack: Gratz? — Das glaube ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns sagen, wie in etwa die Reaktionen des Herrn Stadtrat Mayr waren, wenn Sie ihm das mitgeteilt haben: Großauftrag geht an die Firma Siemens, wir sind nicht beteiligt? Was hat er Ihnen da geantwortet?

Schrack: Daß man schauen muß, daß da hier etwas geschieht. Aber sonst eigentlich nichts.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War er überrascht, daß Siemens den Gesamtauftrag bekommen hat? War er damit voll einverstanden?

Schrack: „Überrascht" kann man sicher nicht sagen, weil ich meine, das war eine gelaufene Sache, auch allgemein bekannt. Ich meine, irgendwo war er sicher auch zuständig und hat das ja mit getragen. Da kann er sicher nicht überrascht sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat er das also voll mit verantwortet?

Schrack: Ich nehme es als sicher an.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War der Herr Verkehrsminister?

Schrack: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nicht. — Hohe Beamte?

Schrack: Sicher haben wir auch mit Präsident Benya und mit Arbeiterkammerpräsident Czettel über die Geschichten gesprochen, weil wir hier ja von Zeit zu Zeit überhaupt Gespräche haben, wie die Situation ist, was sich ergibt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hohe Beamte der Stadt Wien, wie zum Beispiel der Baudirektor?

Schrack: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nicht. — Wie war es jetzt bei den anderen Aufträgen? Es gibt da noch drei Aufträge oder vier Aufträge, die Sie bekommen haben, wenn man sie zusammenfaßt: einmal 24 Millionen, 2 Millionen, 59 Millionen und dann noch die Fernsprechanlage mit 7 Millionen. Wie haben Sie diese Aufträge bekommen? Oder darf ich zunächst fragen: Mußten Sie für diese Aufträge auch irgendwelche Zahlungen auf ein Konto leisten?

Schrack: Ich glaube, bei dem ersten Auftrag haben wir hier eine Abgeltung für Planungen von, ich glaube, 200 000 S bezahlt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): An wen?

Schrack: Das ist auch in der Richtung gegangen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auch GEPROMA.

Schrack: Nein, nicht an die GEPROMA, sondern in Richtung AKPE, also wahrscheinlich wird es der Winter gewesen sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es war eine direkte Zahlung von 200 000 S.

Schrack: Von 200 000 S unter dem Titel „Planungsabgeltung". Das waren Lichtrufanlagen, wo wir etwas über 90 Prozent Marktanteil überhaupt in Österreich haben. Da ist ein deutsches System angeboten worden und war in Planung. Dagegen haben wir uns natürlich gewehrt, heftigst gewehrt, weil wir gesagt haben, warum muß das in das Ausland gehen, wenn im Inland erstklassige Produzenten da sind. Ich meine, wir exportieren auch von solchen Geräten rund 50 Prozent; also ist hier sicher keine Ursache. Da hat man gesagt: Na ja, da ist aber schon soviel Vorarbeit geleistet worden, da muß man, wenn man das verändern will, eine Planungsabgeltung machen. Die 200 000 S haben wir dem Herrn Leucht gegeben, und der hat es dann erledigt. Wie, genau im Detail, kann ich nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie dem Herrn Leucht einen Scheck übergeben über die 200 000 S oder bar gezahlt?

Schrack: Ich glaube, das war in bar.— Das war in bar.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie den Herrn Leucht befragen, an wen er diese 200 000 S übergeben hat? Darüber muß es sicher eine Quittung geben. Denn 200 000 S übergibt man ja nicht, ohne daß man eine Quittung bekommt, wenn es auch nur ein Zettel ist. Dürfen wir Sie auch bitten, daß Sie uns erurieren, wer diese 200 000 S bekommen hat.

Schrack: Jawohl.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bei diesem Auftrag kam wahrscheinlich deshalb dieses Problem zutage, weil Sie nicht Bestbieter waren. Sie haben bereits gesagt, daß es in dem Fall eine deutsche Firma gegeben hat.

Schrack: Richtig, ja. Das war also von der Planung her schon so.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie war es jetzt eigentlich beim zweiten Auftrag, beim Uhrenauftrag mit 1,9 Millionen Schilling? Wer hat das bearbeitet bei der AKPE? Hat der Dipl.-Ing. Winkler eine Rolle gespielt? Ist Ihnen Dipl.-Ing. Winkler bekannt?

Schrack: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nie in Erscheinung getreten.

Schrack: Nein. Wo soll der gewesen sein?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In der AKPE, er ist der Mitarbeiter von Dipl.-Ing. Winter.

Schrack: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und hat sozusagen die Vorarbeiten für Dipl.-Ing. Winter.

Schrack: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sind Ihnen Leute von der APAK bekannt, die sich mit diesem Auftrag befaßt haben?

Schrack: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hier gab es auch keine Zahlungen?

Schrack: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der nächste Auftrag war dann dieser Verkabelungsauftrag mit 59,6 Millionen Schilling. Sie waren dort auch Bestbieter auf Grund einer Ausschreibung.

Schrack: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns hier nähere Details sagen, wer die Verhandlungen geführt hat, immer auf der Seite der AKPE?

Schrack: Eigentlich müßte es ja in dem Akt drinnen stehen vom Herrn Leucht, der ist ja Untersucher. Ich weiß es nicht, ich kann Ihnen dazu nichts sagen. Ich habe, wie gesagt, die Verhandlungen nicht geführt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es gibt keinen konkreten Hinweis, von Leucht auf jeden Fall, daß hier bezahlt worden ist. Und jetzt möchte ich von Ihnen das bestätigt haben.

Schrack: Von uns sind die Dinge, die ich angegeben habe, bezahlt worden. Das waren also die 200 000 Schweizer Franken, die 200 000 S und 1,5 Millionen Schilling für die zweiten 50 Millionen Rahmenauftrag von Siemens.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie lautete für diese 1,5 Millionen Schilling der Auftrag, die Rechnung von der GEPROMA?

Schrack: Es ist überhaupt keine Rechnung da.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist überhaupt keine Rechnung da?

Schrack: Es ist überhaupt keine Rechnung da. Da ist es überhaupt ins Rollen gekommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie haben Sie diese 1,5 Millionen in der Buchhaltung verwertet?

Schrack: Auf offene Provisionen steht es im Moment.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wird das von der Finanz anerkannt?

Schrack: Soweit sind wir noch nicht. Wahrscheinlich nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das ist zu befürchten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Fernsprechanlage mit 7,2 Millionen Schilling: gab es hier irgendwelche?

Schrack: Fernsprechanlage haben wir dort keine gemacht. Wir haben angeboten, das war auch eine Ausschreibung, Fernsprechapparate; denn soviel ich weiß, ist die Anlage, die Nebenstellenanlage, die dort ist, von der ITT. Und es sind also nur die Apparate und Chefsekretär und Unteranlagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie diesen Auftrag vom 11. 8. 1980 nicht bekommen?

Schrack: Ja, ja, den haben wir gekriegt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Den haben Sie bekommen.

Schrack: Ja, den haben wir gekriegt, als Bestbieter haben wir ihn gekriegt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): 7,2 Millionen.

Schrack: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dafür ist nichts bezahlt worden?

Schrack: Nichts, gar nichts.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen auch nicht, wer hier Verhandlungspartner war.

Schrack: Mit der AKPE?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja.

Schrack: Das war, glaube ich, der Herr Ing. Kasztler.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kasztler.

Schrack: Ja, der hat die Nachrichtentechnik bei uns über.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und bei der AKPE?

Schrack: Bei der AKPE. — Das kann ich ausheben, kann ich Ihnen sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Herr Leucht hat auf jeden Fall nur die Verhandlungen geführt bei der Lichtrufanlage, bei den Uhren.

Schrack: Der Herr Leucht war ja zu der Zeit gar nicht mehr da. Der Herr Leucht ist ja ausgeschieden, ich glaube, Mitte 1978.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was war der Grund für das Ausscheiden des Herrn Leucht?

Schrack: Der Herr Leucht ist am 31. 7. 1978 ausgeschieden. Der Herr Leucht hat einen Herzinfarkt und furchbare Kreislaufprobleme gehabt, ist im Unternehmen ein paar Mal zusammengefallen, hat sich nur mit Mitteln hochgehalten und war soundso oft auch tagelang im Spital, in der Intensivstation. Und da hat er gesagt, den Streß steht er auf die Dauer nicht durch und er möchte sich zurückziehen. Dagegen konnte man nichts sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie jetzt noch etwas anderes fragen. Die Firma Schrack, die Firma Siemens, die Firma ITT und die Firma Kapsch haben den Verein Wien-Sport gesponsert.

Schrack: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Da gab es einen Werbevertrag.

Schrack: Den gibt es noch immer.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Den gibt es noch immer, ja. Können Sie uns sagen, welche konkreten Werbeleistungen der Verein Wien-Sport für diesen Sponsor-Vertrag mit der Firma Schrack erbringt?

Schrack: Es sind dort Transparente, und dann sind in den Aussendungen, die Wien-Sport macht, Werbeeinschaltungen drinnen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Müssen Sie für die Inserate, die dort erscheinen, nichts Zusätzliches bezahlen?

Schrack: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Leistungen erbringen Sie für den Verein Wien-Sport?

Schrack: Ich glaube, das sind 120 000 S.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Pro Jahr?

Schrack: Pro Jahr.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und welche Rolle hat der Innenminister Lanc beim Abschluß dieses Vertrages gespielt?

Schrack: Eigentlich gar keine.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist er an Sie herangetreten und hat gefragt?

Schrack: Er hat einmal gesprochen, ob man hier nicht etwas machen könnte, sponsern könnte. Und dann ist der Generalsekretär gekommen und hat den Vertrag abgeschlossen, und das ist ausgemacht worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gibt es von Ihrer Seite, von Ihrer Werbeabteilung, irgendwelche Überprüfungen, ob diese Vereinbarungen im Vertrag — 120 000 S sind doch immerhin ein schöner Betrag, den man bekommt — auch eingehalten werden? Haben Sie das geprüft?

Schrack: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie haben die Meinung, daß diese Leistungen, die hier erbracht werden, den 120 000 S entsprechen.

Schrack: Ich nehme an, bitte, ich habe mich nicht erkundigt. Ich müßte mich erkundigen. Ich weiß es nicht, denn um alle Details kann ich mich sicher nicht kümmern.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gibt es ähnliche Sponsorverträge mit anderen Sportvereinen?

Schrack: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum haben Sie gerade mit dem Wien-Sport, weil der Minister Lanc das entriert hat, den Vertrag abgeschlossen?

Schrack: Schauen Sie, das ist abgeschlossen worden zu einer Zeit, in der die gesamte Situation sicher auch anders gewesen ist, man eher Sportvereine, Fußballvereine und so weiter gesponsert hat und das wahrscheinlich auch wesentlich mehr angekommen ist, als es vielleicht heute ankommt. Wir haben hier eigentlich nichts dahinter gesehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber wenn ein Minister auftritt, dann tut man eher.

Schrack: Na ja, bitte. Ich meine, man beschäftigt sich vielleicht eher mit dem Problem.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich hätte eine letzte abschließende Frage: Haben Sie den Eindruck, daß im Zusammenhang mit der Auftragsvergabe beim AKH — das ist eine Meinung, die man immer wieder hört, ich möchte nun wissen, ob Sie diese Meinung teilen — eigentlich keine „korrekten" Ausschreibungsbedingungen herrschen, daß einzelne Firmen hier eindeutig einen Startvorteil haben, wenn es um die Vergabe von Aufträgen geht gegenüber anderen Firmen, die sich auch um Aufträge bewerben?

Schrack: Solche Sachen gibt es immer. Ich meine, es ist die Frage, wer das plant, also, das hängt sicher auch vom Planungsbüro oder von denjenigen, die planen, ab, weil natürlich nicht alles normalisiert ist und hier nicht alles vollkommen gleich ist. Hier kann man sicher in den Ausschreibungen auch Verschiedenes von Haus aus hineinlegen. Sicher, wenn man von der Gesamtausschreibung ausgeht, war es eigentlich so, daß Siemens — ist ja allgemein bekannt — ja nicht Bestbieter war. Nur ist dann ein Rechenfehler aufgedeckt worden — das ist allgemein bekannt —, und dann war Siemens plötzlich Bestbieter. Solche Dinge kommen vor.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Solche Dinge kommen auch außerhalb des AKH in Wien vor oder nur im Zusammenhang mit dem AKH?

Schrack: Ich würde sagen, es kommt sicher manchmal vor: Rechenfehler. Ob bewußt oder unbewußt, das würde ich jetzt gar nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Betrifft das auch die Firma Schrack mitunter positiv?

Schrack: Positiv? — Nein, positiv nicht. Aber Herr Dr. Steger hat zuerst einen Punkt angeschnitten, wir werden sicher zu der Frage noch kommen, Sie haben mir einmal ein Papier von uns gezeigt, vielleicht können wir dann über dieses Problem auch noch kurz sprechen.

Obmann Dr. **Steger:** Sie können das auch Abg. Dr. Feurstein beantworten.

Schrack: Sie haben damals ein Papier gezeigt, das Ihnen zugetragen worden ist. Ich meine, die Echtheit des Papiers ist sicher nicht zu bezweifeln, nur war es irgendwo ein Teil des Ganzen, und wenn man hier die Ausschreibung anschaut, waren das also Wiener Schwachstromwerke, jetzt Siemens, mit 132 850 S, dann Standard Telefon- und Telegraphen AG, jetzt ITT, mit 158 313 S und damals die Schrack Elektrizitäts AG mit 166 000 S. Durch die Nachprüfung und Nachrechnung der Ausschreibungsergebnisse in der Landesregierung war ein Rechenfehler drinnen bei WSW, also Siemens, sodaß die Endsumme des Angebotes auf 170 000 S gelautet hat, also die Ziffer 132 800 nicht realistisch war. Außerdem war es so, daß wir für Schulen — und hier handelt es sich um eine Schule — ein gesamtes Paket, das also nur auf Schulen abgestimmt ist, gehabt haben, wir sehr viele Schulen mit solchen Einrichtungen ausgerüstet haben und wir daher auch die Problemlösung optimal gehabt haben. Wir haben also dann den Auftrag eben mit den 166 285 S bekommen und wir haben es dann Ende Dezember 1970 mit 164 431 S abgerechnet.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Ich habe Sie selbstverständlich ausreden lassen, weil ich einsehe, daß gerade dieser Anlaßfall Sie besonders bewegt. Nur, wir müssen schon, wenn auch vielleicht aufbauend auf einen derartigen Anlaßfall, wieder zum Grundsätzlichen und vor allem zum AKH zurückfinden.

Bitte, Herr Abgeordneter Steinbauer hat eine Zusatzfrage.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Darf ich zwei grundsätzliche Zusatzfragen stellen. Sie haben hier von einem Rechenfehler in einer Betragsgröße von, glaube ich, 170 000 S gesprochen. Wie häufig sind nach Ihrer Erfahrung Rechenfehler bei Anboten zu öffentlichen Ausschreibungen?

Schrack: Das kann ich nicht sagen. Es ist sicher nicht so häufig.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nächste Frage. Ich habe zwei Zusatzfragen, die zweite in demselben Zusammenhang. Es hat früher die, wie ich glaube, richtige Haltung als verbreitete Geschäftspraxis gegeben, bei Rechenfehlern in einem Anbot den Anbieter auszuscheiden. Würden Sie nach Ihrer Erfahrung meinen, daß man in Ihrer Branche von dieser Geschäftshaltung, ein falsches Angebot wird ganz einfach ausgeschieden, wenn ein Rechenfehler ist, abgekommen ist?

Schrack: Das kann ich sicher auch nicht generell sagen. Manchmal ist es wahrscheinlich der Fall. Aber ob das jetzt auf unsere Branche beschränkt ist, das möchte ich also auch nicht sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber wie ist es in Ihrer Branche üblich? Scheidet man solche aus?

Schrack: Normalerweise werden sie ausgeschieden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich hätte nur noch zwei kleine Zusatzfragen. Wir wissen inzwischen, daß die Firma Siemens an Plantech und Geproma auch große Geldbeträge überwiesen hat. Sie haben das auch getan, Sie haben deshalb den Auftrag von Winter bekommen. Können Sie uns sagen, ob Politiker grundsätzlich über solche Zahlungen erfahren oder Bescheid wissen müssen?

Schrack: Ich weiß nicht, wer es ihnen sagen sollte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kommt es vor, daß die Firmenchefs einmal einem Politiker sagen: Wir haben für diesen Auftrag einen gewissen Betrag.

Schrack: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben nie einem Dritten gegenüber erklärt, daß Sie für bestimmte Aufträge — es wird ja nicht nur in diesem konkreten Fall gewesen sein, sondern auch in anderen Fällen — solche Leistungen erbringen müssen, Planungshonorare, unter Planungshonorare Schmiergeldzahlungen leisten müssen.

Schrack: Entschuldigung. Planungshonorare und Schmiergeld: das ist wieder etwas anderes.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich weiß schon, daß Sie „Schmiergeldzahlungen" nicht hören wollen. Aber man tituliert das „Planungshonorar". Haben Sie nie irgendeinem Dritten gesagt, einer einflußreichen Persönlichkeit, daß das in einem Ausmaß Platz greift und daß es für die Firmen unerträglich wird.

Schrack: Nein, haben wir nicht gesagt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum eigentlich nicht?

Schrack: Schauen Sie, weil Planungshonorare oder Vermittlungsprovisionen in einer Höhe zwischen 3 und 5 Prozent üblich sind.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Im Export.

Schrack: Nein, auch im Inland. Es gibt ja Planungsbüros, wir machen ja teilsweise auch Planungen. Wenn wir den Auftrag bekommen, müssen wir die Planungskosten selbst tragen. Wenn ein anderer den Auftrag dann bekommt, kriegt man also die Planungskosten vergütet. Das ist in den Vereinbarungen auch drinnen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Generaldi-

18 von 340 zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 8 (Seite 2221b bis 2560) (gescanntes Original)

rektor! Es hat niemand etwas dagegen, wenn echte Leistungen dem gegenüberstehen. Aber in diesen konkreten Fällen, 200 000 Schweizer Franken, 1,5 Millionen Schilling, 200 000 S, stehen ja keine konkreten Leistungen dieser Zahlung gegenüber, sondern es ist eine echte Vermittlungsprovision.

Schrack: Im Moment stehen sicher keine Zahlungen. Hintenher kann man jetzt natürlich auch gescheiter sein, ich meine, das war ja nicht vorauszusehen. Es ist so, daß von den 100 Millionen Schilling, die hier als Subauftrag von Siemens gegeben worden sind, bis jetzt ja Null realisiert ist, wir daher nicht einmal Unterlagen und Planungen, Verdrahtungspläne und Pläne für Verteilungen und so weiter überhaupt noch in der Hand haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben doch nicht ernstlich geglaubt, daß Ihnen der Dipl.-Ing. Winter Planungsarbeiten oder die AKPE Planungsarbeiten liefert.

Schrack: Ja ich meine, aber von Siemens hätten wir sie bekommen müssen, denn sonst können wir den Auftrag gar nicht ausführen. Ohne einen Plan können wir es nicht ausführen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben also insgesamt runde 3 Millionen Schilling bezahlt.

Schrack: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Für diesen Auftrag etwas mehr. Haben Sie Anzahlungen bereits erhalten?

Schrack: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die 3 Millionen stehen also vorläufig in der Luft.

Schrack: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben auch noch keine Leistungen erbracht.

Schrack: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann werden Sie die ersten Leistungen erbringen?

Schrack: Jetzt spricht man, daß man im Herbst die Unterlagen bekommt, damit wir dort anfangen können. Aber nachdem eine Verzögerung im Gesamtprojekt drinnen ist, können wir im Moment noch gar nicht sagen, wann das überhaupt realisiert werden kann.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie von der Firma Siemens gehört, daß dieser Subauftrag 100 Millionen Schilling unter Umständen noch einmal überpfüft werden soll, daß er vielleicht sogar storniert werden könnte?

Schrack: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In dieser Hinsicht ist bei der Firma Siemens nichts . . .

Schrack: Nein, haben wir nichts gehört.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): . . . Ihnen mitgeteilt worden? Sie rechnen also damit, daß diese 100 Millionen . .

Schrack: Wir haben die Briefe, die hier im Akt drinnen sind. Etwas anderes haben wir nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie sind also sicher, daß Sie diesen Auftrag nach Hause führen können. Diese 100 Millionen.

Schrack: Bis jetzt ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was wäre, an wen würden Sie sich wenden, wenn Sie diesen 100-Millionen-Schilling-Auftrag nicht ausführen könnten, weil man feststellen würde, daß den jemand anderer machen soll, und Sie haben 3 Millionen Schilling bezahlt? An wen werden Sie sich wenden, um diese 3 Millionen Schilling zurückzubekommen?

Schrack: Ich würde mich sowohl an die Firma Siemens als auch an die AKPE wenden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das würde also bedeuten, daß die Firma Siemens über diese 3 Millionen Schilling, 3-Prozent-Zahlung, sehr wohl Bescheid wußte.

Schrack: Den Rückschluß will ich jetzt eigentlich nicht zulassen. Sie haben mich ja etwas anderes gefragt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, wenn Sie an die Firma Siemens eine Forderung stellen, eine Regreßforderung . . .

Schrack: Wenn man einen Auftrag hat und der ohne irgendwelche Gründe oder sonst etwas storniert wird, dann wendet man sich natürlich an die Firma und sagt, wieso, aus welchen Gründen. Ich meine, bei solchen Aufträgen in der Größenordnung, kann man ja dann sicher auch sagen, na schön, da muß eine Stornogebühr oder sonst irgend etwas her, weil man ja Kapazitäten usw., bereitgestellt hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Im Vertrag steht aber keine Stornogebühr drinnen.

Schrack: Nein, sicher nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie könnten also nur aus dem Titel Provisionszahlungen an unbenannt — Dipl.-Ing. Winter — diese 3 Millionen Schilling von jemandem zurückfordern. Und nachdem das im Vertrag drinnensteht, daß eine solche Abgeltung zu vereinbaren ist, an die Firma Siemens.

www.parlament.gv.at

Schrack: Schauen Sie. Ihre Frage habe ich nicht durchdacht, muß ich ehrlich sagen. Weil der Auftrag von Siemens . . .

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Das ist ja auch keine Zeugenfrage, der Zeuge soll über Wahrnehmungen aussagen. Was wird sein, wenn — das ist eine hypothetische Frage, Sie stellen ja nur mehr solche Fragen, Herr Kollege.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Doktor! Es gibt zwei Fälle . . .

Obmann Dr. **Steger:** Darf ich den Ausschuß bitten, hier nicht zu diskutieren, ob die Frage zulässig ist. Richtig ist, daß der Herr Abgeordnete Dr. Feurstein sehr wohl eine Wahrnehmungsfrage gestellt hat. Ich bitte ihn, bei Wahrnehmungsfragen zu bleiben. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es ist eine ganz konkrete Frage, weil ich kann Ihnen sagen, daß zwei Verträge storniert worden sind, für die auch Provisionen bezahlt worden sind, und deshalb stellt sich diese Frage auch bei Ihnen. Was wäre, wenn das geschieht, und es könnte sogar eintreten, daß dies der Fall ist. Ich wünsche es Ihnen nicht, ich werde sicherlich nichts dazu beitragen.

Schrack: Ich kann nur sagen, wir würden uns an die Firma Siemens und an die AKPE wenden, weil das unsere Gesprächspartner sind.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Siemens genauso wie AKPE?

Schrack: Ja, sicher. Den Auftrag haben wir ja von Siemens, mit Zustimmung der AKPE.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie werden uns noch mitteilen, wer bei der Firma Siemens diese Vertragsvereinbarungen mit diesem Satz, Schreiben vom 6. 6. 1978 — das war jetzt zitiert —, formuliert hat, darüber verhandelt hat?

Schrack: Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Wir kommen schon zum Ende Ihrer Einvernahme. Aber die Frage durch den Herrn Abgeordneten Dr. Feurstein hat mir schon eine Überlegung jetzt auch neu gebracht; nämlich die Überlegung: Wir wissen mittlerweile aus den verschiedensten Untersuchungen, daß es im Stile des Provisionswesens durchaus üblicherweise in manchen Bereichen eben auch Bestechungszahlungen gibt.

Aus der Sicht der Firmen, abgebucht unter Provisionen, und aus dieser Sicht eben auch bezahlt, wie man Provisionen bezahlt. Für mich ist die Frage, haben Sie in der Vergangenheit erlebt, daß Ihre Interessenvertretung dieses Problem einmal diskutiert und versucht hat, es auf eine politische Ebene zu bringen. Also als Schutzmaßnahme für die Angehörigen der Interessensvertretung, einmal sammelt diese Informationen, was da eigentlich üblich geworden ist und sagt, wir werden versuchen, politisch das abzustellen, als Schutzmaßnahme für Ihre Mitglieder abzustellen.

Schrack: Mir ist nichts bekannt.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie zu keinem Zeitpunkt derartige Versuche erlebt.

Wenn ich zum anderen Themenkreis noch übergehen darf. Sie haben uns da über diesen, damals in der Öffentlichkeit diskutierten Anlaßfall mit dieser Kärntner Schule heute ja schon einiges berichtet. Ich habe nicht die Absicht, Sie zu solchen Themenkreisen hier abzufragen, aber selbstverständlich ist Ihnen ermöglicht, das auch zu Protokoll zu geben und einmal hier etwas darüber zu sagen.

Ich habe aber die Frage an Sie — aus Ihrem Wissensstand — : Ist das ein Einzelfall, wo man in einer derartigen Art und Weise von Ihnen eine Geldspende verlangt hat, oder haben Sie das öfters erlebt?

Schrack: Schauen Sie. Ich habe das auch schon gesagt. Bis zu der Parteienfinanzierungsregelung sind vor Wahlen alle Parteien gekommen und haben um Wahlspenden ersucht. Ich meine, man ist mehr oder weniger diesen Wünschen nachgekommen. Ich meine, nach 1975 war das, hat sich das im großen und ganzen eigentlich aufgehört. Diese Geschichte hier ist . . .

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Bleiben wir jetzt bei dem. Wir wollen ja nicht grundsätzlich jetzt hören, ob Spenden verlangt wurden von Ihnen. Ich frage Sie auch nicht, ob Sie die Partei X, Y oder vielleicht auch Z um Spenden angeht, sondern die Fragestellung ist, ob es im Zusammenhang mit Auftragserteilungen öfters passiert ist.

Schrack: Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Daß jemand sagt zum Beispiel: Sie haben gestern den Auftrag über 70 Millionen Schilling bekommen, daher geben Sie uns jetzt in der Dimension 150 000 S Inserate für die Zeitung „Unsere liebste Zeitung". Ist das für Sie der absolut einzige Fall, wo ein Konnex zwischen einer Auftragserteilung — wenn auch nachträglich in einem Aktenvermerk festgehalten — und der Bezahlung einer Spende gegeben war.

Schrack: Nein. Auch hier war es nicht so.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Ich glaube schon, daß man das aufklären muß.

Schrack: Es war also auch hier nicht so.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist die Fragestellung. Gab es das — ich will nicht auf diesen Anlaßfall —, ich frage Sie: Gab es das öfters oder gab es das aus Ihrer Sicht nicht?

Schrack: Nein, überhaupt nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Dann war das eigentlich für Sie die sensationelle Ausnahme.

Schrack: Auch hier war es nicht so. Nur ist es hier so begründet worden mit einem Auftrag. Weil solche Wahlspenden zu diesem Zeitpunkt — und überhaupt Spenden —, bevor sie zugesagt werden, bewilligt werden müssen. Und hier ist nichts bewilligt worden, sondern das hat man dann eben begründet mit einem Auftrag, daß das dann gegeben wird.

Obmann Dr. **Steger:** Was ist denn sonst alles unwahr bei diesen Begründungen. Ist das andere auch alles erfunden, was da drinnen steht?

Schrack: Was denn?

Obmann Dr. **Steger:** Sie sagen, es ist nicht wahr, was da drinnen steht in dem Aktenvermerk. Wir prüfen das gar nicht. Nur wenn das der einzige Anlaßfall ist, dann sagen Sie vielleicht das auch noch. Ist das andere auch unwahr, was in dem Aktenvermerk steht?

Schrack: Nein. Was soll sonst noch unwahr sein?

Obmann Dr. **Steger:** Unwahr ist nur die Tatsache, daß es im Konnex gegeben wurde.

Schrack: Ja. Richtig. Ich meine, daß wir eine Wahlspende gegeben haben, ist wahr. Aber nicht in dem Zusammenhang, denn die Entscheidungen für diesen Auftrag sind von dem ÖVP-Gemeinderat gegeben worden, usw., usw., hängt also mit der sozialistischen Wahlspende, die hier dann gegeben worden ist, überhaupt nicht zusammen. Weil ich mir auch gar nicht vorstellen kann, daß die ÖVP in der Richtung dafür gewesen wäre.

Obmann Dr. **Steger:** Wir haben doch keine Aktenvermerke gesehen, was Sie dort damals bezahlt haben, Herr Zeuge. Vielleicht finden Sie Aktenvermerke, daß sie dort auch etwas bezahlt haben?

Schrack: Wo?

Obmann Dr. **Steger:** Ja, auch so, im nachhinein hingeschriebene Aktenvermerke.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Das war im Gemeinderat einstimmig. Ich glaube, es ist sogar ein freiheitlicher Gemeinderat drinnen gewesen. Ich kann es jetzt nicht überprüfen. Es wurde einstimmig beschlossen.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist auch bei AKH-Entscheidungen möglich, wenn Sie den freiheitlichen Gemeinderat falsch informieren! Das ist jederzeit möglich, daß er dann zugestimmt hat. Aber dort sind wir nicht derzeit, ich will auch nicht das Granitztal diskutieren, ich frage ganz bewußt immer wieder, ob es sonstige Fälle gegeben hat, ob das regelmäßig passiert ist. Der Herr Zeuge sagt, es ist ihm sonst nie passiert.

Bleiben Sie dabei? Sonst ist es nie passiert? Daß es im Zusammenhang mit Auftragserteilungen Wünsche auf Bezahlung gegeben hat?

Schrack: Ich weiß zumindest nichts davon.

Obmann Dr. **Steger:** Ist es möglich, daß es so etwas ohne Ihr Wissen gibt in Ihrer Firma?

Schrack: An und für sich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Was heißt die Einschränkung „an und für sich"?

Schrack: Ja, wissen Sie, wir sind ein Betrieb von über 2 000 Mitarbeitern, und ich möchte schon eines sagen, ich kann nicht für jeden Mitarbeiter im Haus meine Hand ins Feuer legen, das ist einfach nicht drinnen, das ist unmöglich! Ich meine, daß in so einem großen Unternehmen auch einmal Fehler passieren oder so was, ja schön, dann wären wir alle Wunderknaben, wenn das nicht wäre. Jetzt da hier zu sagen, Sie müssen das dezidiert und absolut sagen, daß so was überhaupt nie vorkommen kann oder irgend etwas anderes nicht vorkommen kann, muß ich ehrlich sagen, das halte ich für unrealistisch.

Obmann Dr. **Steger:** Danke. Ich habe keine Frage mehr. Herr Abgeordneter Dr. Gradischnik.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Ja, eines, ich möchte für das Prokoll sehr wohl festgehalten haben, daß es in jener Gemeinde, in der damals die Schule gebaut wurde, einen einstimmigen Beschluß des Gemeinderates gegeben hat, und daß dann weitaus erst später eine Spende gegeben wurde, die in keinem Zusammenhang mit diesem Schulbau ...

Obmann Dr. **Steger:** Bitte, Sie machen ja nicht die Zeugenaussage, das hat ja der Zeuge alles gesagt, na selbstverständlich ist es festgehalten, wenn er es gesagt hat.

Ich habe ihn auch ganz bewußt nicht abgestoppt, weil ich weiß, daß Sie natürlich das politische Interesse haben, daß das drinnen steht, aber es ist doch nicht notwendig, daß das ein Abgeordneter zu Protokoll gibt. Er hat es gesagt, daher ist es drinnen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Nur meine Feststellung will ich machen.

Obmann Dr. **Steger:** Sie wollen eine Feststellung dazu abgeben, bitte dann geben Sie uns den Text schriftlich, dann nehmen wir es zu Protokoll.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Dann möchte ich aber noch eine Frage ...

Obmann Dr. **Steger:** Bitte!

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wenn ich richtig gehört habe, zumindest aus einem Nebensatz heraus, dann hat der Kollege Feurstein vor dieser Einvernahme mit Ihnen ein Telefongespräch geführt. Habe ich das richtig gehört? Ja. Also er hat, bitte, ich habe es mir hier notiert, der Kollege Feurstein hat in einem Nebensatz gesagt, ich habe Sie das schon einmal bei einem Telefongespräch gefragt, aber ich möchte Sie jetzt noch einmal fragen. Also er hat sie einmal angerufen?

Schrack: Ich weiß es nicht, muß ich ehrlich sagen, ich wollte nicht auf das jetzt hier eingehen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge, Sie müssen schon auch die Wahrheit sagen, ob Sie jetzt, Kollege Feurstein, gibt es ja jetzt selbst zu.

Schrack: Ich weiß nicht, wann er mich angerufen hat, das weiß ich nicht! Ich meine, ich führe so viele Telefonate, ich kann es ...

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Aber der Kollege Feurstein hat es jetzt selbst zugegeben, daß das Telefonat geführt wurde. *(Zwischenrufe.)* Bitte im wörtlichen Protokoll wird sich ja wohl feststellen lassen, daß drinnen steht, ich habe Sie ja telefonisch schon einmal gefragt. Na gut, wenn Sie es nicht zugeben wollen, Herr Kollege!

Obmann Dr. **Steger:** Herr Kollege, Sie können vom Zeugen nicht mehr haben, als daß er sagt, er hat keine Erinnerung darüber, Punkt.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sie können sich nicht erinnern, daß sie mit ...

Obmann Dr. **Steger:** Nein, sagt der Zeuge. Wollen Sie noch etwas ins Protokoll haben?

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Nein, aber ...

Obmann Dr. **Steger:** Das andere geben Sie uns schriftlich, die Erklärung Ihrer Fraktion, die werden wir dem Protokoll beifügen.

Herr Zeuge, ich danke Ihnen, Ihre Einvernahme ist beendet. *(Generaldirektor Schrack verläßt den Saal.)*

(Die Sitzung wird um 11 Uhr 45 Minuten unterbrochen und um 13 Uhr 7 Minuten wiederaufgenommen.)

Zeugeneinvernahme von Ing. Alfred Lehner

Obmann Dr. **Steger:** Bitte, Herr Zeuge, treten Sie vor und nehmen Sie vor den Mikrophonen Platz. Ich begrüße Sie als Zeugen im parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Wir sind hier zusammengetreten zu drei Punkten:

erstens zur Untersuchung der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung,

zweitens zur Untersuchung der Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind, und

drittens zur Untersuchung der Vorwürfe betreffend angeblicher Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen.

Das sind die Themenkreise, zu denen Sie befragt werden können.

Wir gehen nach der Geschäftsordnung des Nationalrates vor. Dort ist enthalten, daß die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden ist. In dieser Strafprozeßordnung sind Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge enthalten, unter anderem vor allem, daß Sie alle an Sie gerichteten Fragen wahrheitsgemäß zu beantworten haben mit Ausnahme jener Umstände, wo ein Entschlagungsrecht gegeben ist. *(Der Obmann bringt dem Zeugen § 153 StPO zur Kenntnis.)*

Ich darf am Beginn bitten, daß Sie uns Ihre Generalien bekanntgeben. Das sind Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Beruf und Anschrift. Bitte, Herr Zeuge.

Ing. **Lehner:** Mein Vorname ist Alfred, mein Zuname Lehner, geboren am 6. 2. 1935, von Beruf, ich würde sagen, technischer Angestellter. Ich bin Prokurist bei der Firma ODELGA. Adresse: 1020 Wien, Wehlistraße 366, Stiege 1, 1. Stock, Tür 2.

Obmann Dr. **Steger:** Gleich als Ergänzung, weil es dazupaßt: Seit wann bei der Firma ODELGA?

Ing. **Lehner:** Seit Juli 1971.

Obmann Dr. **Steger:** Und das Dienstverhältnis bei ODELGA ist noch immer aufrecht?

Ing. **Lehner:** Jawohl. Jawohl.

Obmann Dr. **Steger:** Danke. Der erste ist der Herr Abgeordnete Dr. Gradischnik.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge! Bitte, was wissen Sie über den Abschluß des Beratungsvertrages der Firma ODELGA mit der VOEST-Alpine?

Ing. **Lehner:** Ich weiß so viel, als ich im „profil" lesen konnte. Mehr weiß ich wirklich nicht. In der Firma selbst wurde über solche Dinge nie diskutiert. Ich habe das zum ersten Mal im „profil" gelesen. Mehr weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Aus eigener Wahrnehmung nichts, lediglich aus der Zeitung?

Ing. **Lehner:** Absolut nichts. Kein Wort. Ja.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wer war dann damit befaßt?

Ing. **Lehner:** Ich weiß es wirklich nicht.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wer war dann von der Firma ODELGA aus befaßt? Es muß ja irgendeine Person da gewesen sein, die den Vertrag abgeschlossen hat.

Ing. **Lehner:** Ich kann es Ihnen nicht sagen. Es wurde in unserem Gremium nie gesprochen. Ich weiß jetzt im nachhinein, daß ein Vertrag existierte, aber ich habe ihn weder gesehen noch weiß ich, wer den unterschrieben hat.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und wo liegt dieser Vertrag?

Ing. **Lehner:** Ich weiß nur, unter der Ära Stadler — das war etwa vor einem Jahr — wurden sämtliche Verträge, die es in der Firma überhaupt gibt, von — ich weiß nicht, ob Ihnen die Namen bekannt sind — unserem Herrn Weigl gesammelt. Da war sicher auch dieser dabei, denn ich weiß, daß der Herr Weigl diesen Vertrag gesucht und irgendwo auch gefunden hat. Aber wo, weiß ich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Dr. Gradischnik, vielleicht könnte man zwischendurch, wenn Sie einverstanden sind, ein bißchen abfragen, was der Herr Ing. Lehner in der Firma ODELGA macht, damit wir dann sehen, wo wir ihn weiterfragen können. Sind Sie damit einverstanden, bitte?

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Ich frage, wenn Sie es haben wollen. Bitte, Sie haben also die Frage des Herrn Vorsitzenden gehört, wenn Sie sie vielleicht als meine Frage auffassen und sie beantworten wollen.

Ing. **Lehner:** Gerne. Die Firma ODELGA zerfällt in einige Teilbereiche. Das sind die Produktion, ich würde sagen, die Technik, die Montageabteilung, einige Verkaufsabteilungen, Buchhaltung und so weiter. Ich bin Betriebsleiter und zuständig für die gesamte Technik intern, das heißt, für die Produkte, die wir erzeugen. Mir unterstehen auch die Konstruktion und die Neuentwicklung und die Forschung. Damit bin ich hundertprozentig ausgelastet. Alles, was Verkauf ist, was extern ist, berührt uns, also mich als Betriebsmensch nicht. Deswegen bin ich mit diesen Dingen nie befaßt worden.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und wer könnte uns etwas Näheres zu diesem Vertrag sagen?

Ing. **Lehner:** Sicherlich der Herr Weigl, der ihn ja gesehen hat. Er hat ihn natürlich nicht abgeschlossen. Ich weiß nicht, wann er gemacht wurde. *(Abg. Dr. Feurstein: Dkfm. Stadler?)* Dkfm. Stadler ist ja nur Interimsdirektor gewesen. Sicherlich später. Denn dieser Vertrag, von dem man jetzt in der Firma auch flüstert, muß mindestens einige Jahre alt sein, also weit vor der Stadler-Ära. Ich würde vermuten, daß er unter Direktor Kollreider abgeschlossen wurde. Ich glaube, nicht unter Wilfling. Vor Stadler war Direktor Kollreider, und dort müßte es zeitlich hineinpassen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und welche Leistungen erbringt die ODELGA im Hinblick auf diesen Vertrag? Wissen Sie darüber etwas?

Ing. **Lehner:** Nach meiner Ansicht überhaupt keine Leistungen. Wir haben bis jetzt mit der VOEST überhaupt nichts zu tun gehabt, keinen Leistungsauftrag. Ich wüßte nicht, was hier geschehen wäre.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Danke schön.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Weil immer wieder Mitteilungen hier kursieren, daß ODELGA eine Person, einen Mitarbeiter der VOEST abgestellt hat, dann müßten Sie das ja wissen, wenn einer Ihrer Mitarbeiter zur VOEST gewechselt wäre.

Ing. **Lehner:** Es ist völlig ausgeschlossen, daß ein Mitarbeiter aus meinem Bereich irgend etwas damit zu tun gehabt hätte.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Ich darf mich entschuldigen, eine Zwischenfrage: Sie haben jetzt nur Ihren Bereich gemeint, nicht den der Gesamtfirma?

Ing. **Lehner:** Ich kann natürlich nur für meinen Bereich sprechen, weil ich von den anderen sehr wenig weiß.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen nicht, ob ein Mitarbeiter — aus dem Verkauf kann ja niemand — aus der Beratungstätigkeit ... Wie viele Mitarbeiter gibt es dort bei der ODELGA?

Ing. **Lehner:** Berater in dem Sinne gibt es nicht. Es gibt technische Verkäufer, die Spitä-

ler beraten. Aber wenn jemand in Linz gewesen wäre, wäre mir das aufgefallen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es wäre Ihnen aufgefallen, wenn jemand nach Linz überstellt worden wäre?

Ing. **Lehner:** Selbstverständlich. Das wäre auszuschließen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Ihnen ist das nicht bekannt?

Ing. **Lehner:** Auch nicht von anderen Leuten in der Firma, nicht aus meinem Bereich. Das ist völlig auszuschließen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wäre auszuschließen?

Ing. **Lehner:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Danke.

Als Dkfm. Stadler interemistischer Geschäftsführer war, da spielten die ganzen Reisen des Herrn Prutscher in Richtung Manila, Saudi-Arabien eine Rolle. Es hieß damals, daß Prutscher für die ODELGA — sprich MED-CONSULT — Aufträge bringen sollte. Ist Ihnen dazu etwas bekannt?

Ing. **Lehner:** MED-CONSULT kenne ich auch aus dem „profil", allerdings im nachhinein. Nachdem es in der Zeitung stand, fragten wir natürlich den Direktor Seidler, was denn hier los sei, warum er uns nicht informiert. Seidler hat einen etwas komischen Standpunkt gehabt. Er sagte, er sei Direktor und nicht verpflichtet, seinen Prokuristen zu unterrichten, das wäre seine Sache. Ganz zum Schluß, als er ging oder gehen mußte, hat er sein Herz ausgeschüttet und gesagt, man hätte ihm die MED-CONSULT aufgezwungen, er war immer dagegen, und zwar hätte die Holding gemeint, Prutscher hätte gute Auslandsverbindungen, und die ODELGA sollte sich diese zunutze machen, beziehungsweise Prutscher sei auch schon im Inlandsgeschäft in Spitälern, und man sollte sich nicht konkurrenzieren. Aber ein eigentliches Geschäft ist meiner Meinung nach hier keines entstanden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bin ich richtig, wenn ich feststelle, es ging beim Inlandsgeschäft darum, daß man sich nicht gegenseitig konkurrenziert?

Ing. **Lehner:** Durchaus. Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Da bin ich richtig?

Ing. **Lehner:** Ja, das waren die Worte des Dr. Seidler.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Also nicht sich gegenseitig konkurrenzieren. Und beim Auslandsgeschäft ging es darum, daß der Prutscher zusätzliche Aufträge bringen sollte.

Ing. **Lehner:** Ja, man sollte seine Auslandsverbindungen nützen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die er hat. Dann könnte man daraus schließen, daß die Aussage von Herrn Drennig, daß es darum geht, im Inland irgendwelche Vorteile in den einzelnen Bundesländern zu nützen, nicht richtig ist.

Obmann Dr. **Steger:** Bitte, Herr Zeuge, Sie sollen nicht Schlußfolgerungen machen, sondern Wahrnehmungen berichten. Hat es darüber ein Gespräch gegeben, dann berichten Sie uns das bitte.

Ing. **Lehner:** Darauf hätte ich sowieso keine Antwort geben können, ich kann nur das sagen, was ich weiß, eben diese Aussage des Dr. Seidler.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und die lautete: Keine Konkurrenzierung im Inland und im Ausland neue Aufträge.

Ing. **Lehner:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was im Auslandsgeschäft effektiv erfolgen sollte, hat Dkfm. Stadler Ihnen gegenüber nicht berichtet, welche zusätzlichen Aufträge im Auslandsgeschäft für die Firma ODELGA über MED-CONSULT hereinkommen sollten?

Ing. **Lehner:** Nein, darüber wurde nicht gesprochen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie kennen die Geschäftsanbahnungen Manila, Philippinen, nicht?

Ing. **Lehner:** Es wurde in Verkaufskreisen einige Male das Wort Philippinen, Manila ausgesprochen, aber nur so wie ein „Märchen aus 1001 Nacht", also nichts Konkretes.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja. Saudi-Arabien?

Ing. **Lehner:** Wurde auch genannt, ist aber ebenfalls auch so aufzufassen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wurde dabei irgendwie zum Ausdruck gebracht, daß Niki Lauda hier vermittelnd einwirken soll?

Ing. **Lehner:** Das Wort ist absolut nie gefallen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das Wort Niki Lauda?

Ing. **Lehner:** Mit Ausnahme seiner sportlichen Aktivitäten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, sicher. Aber daß er Geschäfte anbahnen — vermitteln

24 von 340 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 8 (Seite 2221b bis 2560) (gescanntes Original)

sowieso nicht, aber anbahnen —, Kontakte herstellen sollte?

Ing. **Lehner:** Absolut nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In diesem Bereich war das nie zur Diskussion?

Ing. **Lehner:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie dann fragen über die Situation von Wilfling? Wilfling ist ja, glaube ich, Anfang 1970 zur ODELGA gekommen und war dann Direktor bis 1977.

Ing. **Lehner:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Geschäftsführender?

Ing. **Lehner:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie etwas über diese Zeit? Hat Wilfling in besonderer Weise neue Geschäftskontakte angebahnt, hat er neue Aufträge gebracht?

Ing. **Lehner:** Ja, ich persönlich kannte Wilfling schon von früher — das muß ich auch hier sagen — von einer früheren Firma, und er war auch der Mann, der mich zur ODELGA gebracht hat. Soviel nur zur Klarstellung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie sind aber später gekommen?

Ing. **Lehner:** Ja, ich kam 1971. Selbstverständlich hat Wilfling hier etwas getan. Er hat zum Beispiel das Hollandgeschäft zur ODELGA gebracht von der Firma Boviropa.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Boviropa, ja.

Ing. **Lehner:** Auch Dänemark. Das Jugoslawiengeschäft, das schon vorhanden war, hat er sehr intensiviert durch persönliche Kontakte mit einem sehr wichtigen Mann unten. Wir haben nach Venezuela exportiert, auch in andere Länder, und ich denke schon, daß hier seine Tätigkeit für die ODELGA wahnsinnig positiv war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat in diesem Zusammenhang der Herr Versloot eine besondere Rolle gespielt?

Ing. **Lehner:** Eine sehr große Rolle.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Alle wichtigen Geschäftskontakte ... Sind wichtige Geschäftskontakte über den Herrn Versloot gegangen? Jetzt darf ich Sie konkret fragen: Richtung Holland?

Ing. **Lehner:** Darf ich das kurz aufklären?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, bitte.

Ing. **Lehner:** Unsere Vertretungsfirma in Holland war die Firma Boviropa. Die Firma Boviropa gehörte den drei Versloot-Brüdern, einer ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Konrad?

Ing. **Lehner:** ... der Konrad, besitzt auch in Graz noch die Firma GKE, glaube ich, dann ein Dr. Versloot, und dann hatten sie noch einen dritten Bruder.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie alle drei persönlich?

Ing. **Lehner:** Alle drei persönlich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns die dann ganz kurz vielleicht schildern, was sie gemacht haben?

Ing. **Lehner:** Ja. Die Hollandgeschäfte gingen in erster Linie über den Doktor, über den Professor, der ein berühmter Chirurg sein soll. Das war der Mensch, der die Boviropa sozusagen beherrschte. Der Kon war für die GKE-Geschichte zuständig, und in dieser Tätigkeit war er eigentlich Stammgast bei uns, er ist pausenlos aus- und eingegangen. Und dieser Kontakt war noch intensiver während der Planungstätigkeit der ODELGA für das AKH. Da plante auch der Kon Versloot mit unserem Herrn Haas, also mit den paar Leuten, die als Siemens-Subunternehmer die Planung für die Medizin machen. Da steckte auch der Herr Versloot drinnen, der war jede Woche mindestens zwei, drei Tage bei uns. Es war sogar so, daß er ein eigenes Zimmer hatte mit Generalschlüssel, er konnte kommen und gehen ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Versloot Konrad?

Ing. **Lehner:** Der Konrad mit einem Herrn Architekten Parwlak (phonetisch), den er auch irgendwo aufgegabelt hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Parwlak *(phonetisch)* heißt der?

Ing. **Lehner:** Parwlak.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit hartem P?

Ing. **Lehner:** Mit P wie Paula. Der war auch in dieser Crew drinnen. Es ist sogar so, daß uns aus dieser Zeit ein Schlüssel noch fehlt.

Es gab da noch einen dritten Bruder, den ich aber sehr wenig gekannt habe, der mehr im Hintergrund stand und der mit diesen Geschichten sicherlich nichts zu tun hatte. Auf jeden Fall Boviropa ist Doktor und GKE ist Kon. Und seit im „profil" der Name Versloot erstmals auftauchte, ist der Kon bei uns nicht mehr erschienen. Er lebt aber, denn er wurde diese Woche wo gesehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Er ist auch hier im Ausschuß nicht erschienen. Darf ich Sie jetzt

fragen mit dem Hollandgeschäft? Hier gibt es ja dann auch eine Schadenersatzforderung — sie wird so dargestellt — von 55 000 holländischen Gulden. Wie ist es zu dieser Schadenersatzforderung gekommen? Die war ja strittig.

Ing. **Lehner:** Ja. Ich habe schon betont, daß ich für die Technik zuständig bin, und wenn es hier Mängel gegeben hätte, hätte ich davon wissen müssen. Ich habe erstmals im Mai 1978 davon gehört, daß es hier eben um diesen Betrag geht. Allerdings wurde mir nicht mitgeteilt, woraus sich der resultiert, sondern es hieß nur, die ODELGA hätte das Geld bezahlt für irgendwelche ... Ich habe weder eine Aufstellung gesehen noch sonst etwas. Ich war einige Male vorher in Holland, ich habe auch mit den Leuten gesprochen. Ich habe nie gehört, daß es Reklamationen gegeben hätte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Würden Sie uns sagen, was Sie geliefert haben? Nur für das Protokoll.

Ing. **Lehner:** Wir haben verschiedene Sterilisationsanlagen geliefert. Ich würde schätzen, fünf sechs oder sieben etwa.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit Auftragswert oder ...?

Ing. **Lehner:** Das kann ich schwer sagen, aber eine Anlage kostet im Verkauf etwa 400 000 S, 500 000 S. So werden es einige Millionen sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): ... 0,5 Millionen.

Ing. **Lehner:** Etwa, ja. Aber das ist nur sehr vage. Wie gesagt, ich war einige Male in Holland und habe auch mit Leuten gesprochen, war in Spitälern, in denen diese Anlagen standen. Mit einer einzigen Ausnahme gab es eigentlich nirgends Reklamationen, bis auf Kleinigkeiten, die aber sicherlich nicht ins Gewicht fallen. Wir hatten in einem Spital Probleme, wir haben diese Anlage dann ausgetauscht aus irgendwelchen Gründen. Es wurde eine neue hingestellt, und zwar im Jahr 1978, und seitdem hören wir von dieser Anlage nichts Negatives. Und es hieß ... Mein Direktor Huber, den wir jetzt haben, erzählte mir, daß diese Schadensforderung für diese Maschine sei, weil die nicht funktionieren sollte, wobei wir wissen, daß sie funktioniert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und ausgetauscht worden ist.

Ing. **Lehner:** Ja, wir haben ein Abnahmeprotokoll, das heißt, wir haben die Anlage in Wien abnehmen lassen von dem holländischen Kunden, wir haben den extra eingeflogen, er hat die Maschine einwandfrei abgenommen, und seitdem wissen wir nichts. Weder die Exportabteilung noch die Technik weiß über irgendwelche Mängel Bescheid.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wie kam es jetzt zu dieser Zahlung von 55 000 holländischen Gulden? Die hat ja die ODELGA bezahlt?

Ing. **Lehner:** Laut Aussage meiner Direktoren wurde sie gezahlt. Ich selbst weiß das nur über meine Chefs.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nur über die Chefs?

Ing. **Lehner:** Ja. Ich habe diese Aufstellung nicht offiziell, sondern inoffiziell von unserem Betriebsratsobmann kurz zu sehen bekommen vor einer Aufsichtsratsitzung, weil er sich nicht auskannte. Ich habe das kurz überflogen, und diese Aufstellung schaut sehr, sehr komisch aus. Sie beginnt immer mit einem Tag, was vorher war, ist nicht, also es ist eine sehr undurchsichtige Sache. Ich würde sagen, es ist unreell, völlig unreell.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und was würde jetzt diesem Wert von 55 000 holländischen Gulden entsprechen? Die Anlage selber kostet 500 000 S, 55 000 holländische Gulden waren damals ungefähr 300 000, 400 000; ich weiß nicht den Kurs.

Ing. **Lehner:** In etwa, ja.

Abg. Dr. **Feurstein:** Das wäre also praktisch der ganze Wert einer Anlage?

Ing. **Lehner:** In etwa könnte man sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der hier refundiert worden ist, ohne daß eigentlich Gewährleistungsmängel geltend gemacht worden sind gegenüber der Firma?

Ing. **Lehner:** Das ist richtig. Es gibt in der Firma ODELGA keine offizielle Rüge oder es gibt kein Schriftstück, nichts, wo wir lesen könnten, es gibt hier Mängel.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wer war verantwortlich für die Bezahlung dieser 55 000 Gulden?

Ing. **Lehner:** Ja wir wissen nur, daß die Herren Wilfling, Seidler und der Verkaufsleiter Inland — das ist der Herr Haas — auf dieser berühmten Reise waren, und als die drei Herren zurückkamen, hat der Dr. Seidler der Buchhaltung den Auftrag gegeben, das Geld zu überweisen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ohne daß er mit Ihnen als Produktionsleiter ...

Ing. **Lehner:** Ohne ein Wort zu sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bin ich richtig, daß Sie Produktionsleiter sind?

26 von 340 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 8 (Seite 2221b bis 2560) (gescanntes Original)

Ing. **Lehner:** Jawohl. Ja, das ist mein offizieller Titel in der Firma. Ohne ein Wort zu sagen, ohne auch den Export zu fragen, denn der Export hatte noch innigere Kontakte zu unserer Firma Boviropa.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und was haben Sie einem Betriebsratsmitglied — ist er Mitglied des Aufsichtsrates? — erklärt, und wie hat sich dieses Betriebsratsmitglied ...

Ing. **Lehner:** Das war vor wenigen Wochen, bitte *(Abg. Dr. Feurstein: Aha, erst jetzt!)*, vor der letzten Aufsichtsratssitzung. Da sagte ich ihm, daß ich diese Aufstellung aus verschiedenen Gründen für unreell halte. Und er sagte, er wird dementsprechend im Aufsichtsrat sprechen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wissen Sie, haben Sie etwas gehört, ob jemand zur Verantwortung gezogen worden ist von der Geschäftsleitung?

Ing. **Lehner:** Ich glaube nicht. Nach meinem Wissen niemand.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat es der Aufsichtsrat doch zur Kenntnis genommen?

Ing. **Lehner:** Ich weiß nichts von der Sitzung, aber wenn es so wäre, hätte mich der Betriebsratsobmann zumindest inoffiziell davon informiert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn der Aufsichtsrat nicht einverstanden gewesen wäre mit dem Bericht?

Ing. **Lehner:** Richtig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wir stehen jetzt also vor der Situation, daß 55 000 holländische Gulden bezahlt worden sind, ohne daß nach Ihrer Ansicht ein Rechtsanspruch bestanden hat?

Ing. **Lehner:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie wissen auch, wohin diese Gelder geflossen sind? Kennen Sie die Geschäftsabwicklung dieser 55 000 ...

Ing. **Lehner:** Jetzt im nachhinein, nachdem die Frau Lampert bei Ihnen war, habe ich sie natürlich gefragt, wie es hier zugeht. Und da erzählte sie mir, daß eben Seidler auf so einen kleinen Zettel etwas hingeschrieben hätte, wohin zu überweisen, und das hätte sie auch gemacht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und was schließen Sie? Das ist natürlich eine Frage, die ich wahrscheinlich nicht stellen darf.

Ing. **Lehner:** Darf ich dazu etwas sagen?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, bitte, vielleicht können Sie uns aus Ihren Wahrnehmungen ...

Obmann Dr. **Steger:** Sie können die Frage so beantworten, indem Sie sagen, wenn Sie gefragt werden, welche Gespräche wurden bei Ihnen wegen der ... geführt. Welche Informationen haben Sie darüber?

Ing. **Lehner:** Ich kann nur sagen, nachdem diese Geschichte im „profil" stand, sind unsere Mitarbeiter ja informiert darüber, und es herrscht helle Empörung, daß so etwas passieren konnte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ihnen ist nicht bekannt, daß irgendwelche Rückforderungen gestellt werden *(Ing. Lehner: Ist mir nichts bekannt!)*, auch vom Betriebsrat her in keiner Weise, daß jemand trotz der Empörung versucht, diese Dinge in Ordnung zu bringen?

Meine Frage ist jetzt: Wie verhält sich die Wiener Holding, wie verhalten sich die Direktoren der Wiener Holding zu dieser Sache? Hat einer der Direktoren der Wiener Holding mit Ihnen Kontakt aufzunehmen versucht?

Ing. **Lehner:** Nein, ich hatte ein einziges Mal in meiner Karriere bei der ODELGA mit dem Dr. Machtl zu tun, es war eine sehr unangenehme Sache, aber sonst nie.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Worum ging es? Ging es um ...

Ing. **Lehner:** Nicht um diesen Fall.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es hat auch kein Herr der Wiener Holding, auch kein Mitarbeiter der Holding, nicht nur keiner der Direktoren, sondern auch keiner der Angestellten der Wiener Holding versucht, in dieser Sache bei Ihnen eine Klärung herbeizuführen?

Ing. **Lehner:** Bei mir nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie, ob Herren der Wiener Holding — ich meine jetzt also nicht nur Direktoren, sondern auch Mitarbeiter — bei anderen Mitarbeitern der ODELGA versucht haben, diese Klärung herbeizuführen?

Ing. **Lehner:** Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ihnen ist das auf jeden Fall nicht bekannt?

Ing. **Lehner:** Nein. Weiß es nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie dann fragen: Ist Ihnen etwas bekannt über die Tätigkeit des Dr. Schwaiger — Sie wissen: Forschungsdirektor der AKPE — als Aufsichtsrat der ODELGA?

Ing. **Lehner:** Nein. Ist mir gar nichts bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist Ihnen der Dr. Schwaiger bekannt?

Ing. **Lehner:** Dem Namen nach natürlich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aus der Zeitung, aber nicht persönlich.

Ing. **Lehner:** Auch aus der Aufsichtsratsliste, aber was er gemacht hat, kann ich nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie etwas zu tun gehabt, oder haben Sie etwas erfahren über die Beauftragung der ODELGA durch den ABO-Auftrag? Sie wissen, der Betriebsorganisationsauftrag, der an die ABO gegangen ist, an der die ODELGA ja in einer besonderen Weise beteiligt war.

Ing. **Lehner:** Ich kann dazu nur folgendes sagen: Vor einigen Jahren gab es eben eine große Aufregung, daß wir etwas zu planen hätten, und es müssen Leute freigestellt werden, wer wird das tun, und dann wurden ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann war das?

Ing. **Lehner:** Das war noch vor dem Dr. Seidler, es war noch in der Ära Kollreider *(phonetisch)*.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann war Kollreider eigentlich Geschäftsführer der ODELGA?

Ing. **Lehner:** Da muß ich mein Notizbuch zu Hilfe nehmen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das war noch zwischen Wilfling und Seidler.

Ing. **Lehner:** Zwischen Wilfling und Seidler. Seidler kam im Februar 1978 und ein Jahr vorher war Kollreider, also um 1977 herum. 1977 herum begannen Leute von uns, wurden freigestellt, es waren drei, vier Leute für diese Planung, und zwar, es wurde offiziell nicht gesprochen über diese Planung oder über die ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es wurden Leute von der ODELGA freigestellt?

Ing. **Lehner:** Ja. Oder sagen wir zu 80 Prozent freigestellt, das war variabel, manche Leute zu 100 Prozent.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns die Namen nennen?

Ing. **Lehner:** Sicher. Der Verkaufsleiter für Anlagen Inland, das ist der Herr Haas, der jetzt Prokurist ist, der Herr Urbanek, der war damals Prokurist, als Verkaufsleiter für medizinische Güter, ein Herr Ing. Schreier und ein Herr Winkelmayer. Und in dieser Crew arbeitete dann auch der Versloot mit ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Versloot war ja nicht Angestellter der ODELGA.

Ing. **Lehner:** Nein, nein, bei Gott nicht, aber ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hatte er einen Werkvertrag?

Ing. **Lehner:** Ich weiß es nicht. Ich weiß nur, daß er dauernd mit Haas zusammen war.

Obmann Dr. **Steger:** Eine Zusatzfrage. Herr Abgeordneter Dr. Kapaun, bitte.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Wenn Sie sagen: freigestellt, bedeutet das: von ihren anderen Aufgaben entbunden?

Ing. **Lehner:** Jawohl.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Danke.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): 80 Prozent. Und haben sich diese Herren jetzt 1977 bereits der Sache BO-Auftrag gewidmet?

Ing. **Lehner:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ab wann ungefähr im Jahr 1977, im Sommer, Frühling, Herbst?

Ing. **Lehner:** Das kann ich nicht sagen. Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Im Laufe des Jahres 1977.

Ing. **Lehner:** Das war jedenfalls 1977, es war schon vor Seidler, denn als Seidler kam, wurde schon gearbeitet.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): An der BO-Planung?

Ing. **Lehner:** Ja. MT-Planung heißt das bei uns; medizinisch-technisch. Denn wir hatten einen Subauftrag von der Firma Siemens ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein, Moment, das ist etwas anderes: Subauftrag von der Firma Siemens.

Ing. **Lehner:** Ich weiß nur, daß wir an diesem Subauftrag arbeiten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das ist die BO-Planung für das Allgemeine Krankenhaus Wien, die in der Presse immer eine Rolle spielt, x Zeitungen haben darüber berichtet, und es sind beteiligt ODELGA, ÖKODATA und andere.

Ing. **Lehner:** Ah so, diese Geschichte!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was haben Sie jetzt gemeint?

Ing. **Lehner:** Ich habe gemeint, diese Leute, die ich vorher erwähnte, die arbeiten an einem Subauftrag der Firma Siemens für die Bereiche

Sterilisation, Desinfektion und Apotheke im AKH. Hier wird und wurde gearbeitet. Aber wenn etwas darüber hinausgeht, darüber bin ich nicht informiert. Das war wieder ein Mißverständnis.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Begriff ABO-Planung ist Ihnen bekannt?

Ing. **Lehner:** Ja, sicher.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aus der Zeitung?

Ing. **Lehner:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Ihnen ist nicht bekannt, wie dieser Auftrag über die Firma ODELGA abgewickelt worden ist.

Ing. **Lehner:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Versloot war nämlich beteiligt an dieser BO-Planung, und ein Herr Urbanek war auch beteiligt an der BO-Planung.

Ing. **Lehner:** Das ist möglich. Aber es wurde ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die anderen Namen sind mir nicht bekannt. Aber die beiden Namen sind mir bekannt.

Ing. **Lehner:** Es ist möglich, aber es wurde ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und der Haas scheint auch auf.

Ing. **Lehner:** Aber über diese Geschichte kann ich Ihnen nichts sagen, nur über die zweite, über den Subauftrag.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist Ihnen der Name TECHMED — wir kommen auch auf den anderen Subauftrag noch einmal zurück —, ist Ihnen die Firma TECHMED bekannt?

Ing. **Lehner:** Aus dem „profil", natürlich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wie bringen Sie nun die Firma TECHMED mit dem Herrn Versloot in Zusammenhang?

Ing. **Lehner:** Ich kann hier nur vermuten, aber ich weiß natürlich nicht ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wurde in der Firma über die TECHMED gesprochen?

Ing. **Lehner:** Nein. Denn als die Geschichte mit TECHMED im „profil" erschien, erschien ja auch der Name Versloot, und seitdem hat er sich bei uns nicht mehr blicken lassen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber es gibt ja andere Herren auch, die mit der TECHMED zu tun haben. Sie haben vorhin den Namen dieses Architekten ...

Ing. **Lehner:** Pawlak *(phonetisch)*.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): ... Pawlak genannt.

Ing. **Lehner:** Aber den meinte ich, bitte, in der Crew jetzt mit dem Subauftrag mit der Firma Siemens.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber der Pawlak war wieder in der TECHMED.

Ing. **Lehner:** Ja, das ist möglich, aber ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der war bei der BO-Planung.

Sie nennen mir jetzt eine ganze Reihe von Namen, die mit der BO-Planung zu tun haben.

Ing. **Lehner:** Es ist möglich, daß die vorher schon das getan haben, ohne daß ich es weiß. Ich weiß nur, daß sie jetzt an der medizinisch-technischen Planung für die Sterilisation arbeiten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns sagen, wann dieser Auftrag, dieser Subauftrag von der Firma Siemens wegen der medizinisch-technischen Sterilisationsplanung an die Firma ODELGA gegangen ist?

Ing. **Lehner:** Ich kenne den Auftrag nicht, es wurde nur gesprochen, daß wir einen Auftrag haben. Aber wann der abgeschlossen wurde und zwischen wem, weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Könnte es auch sein, daß hier eine Verwechslung entsteht, daß es im Grund eigentlich die BO-Planung ist, weil hier genau die gleichen Leute ...

Ing. **Lehner:** Ich war heute — ich vermutete diese Frage —, ich war heute noch beim Haas, der ja hier sozusagen alles wissen muß, habe ihn gefragt, woran habt ihr gearbeitet, und er sagte mir: Wir arbeiten — also seit wir fürs AKH etwas tun —, wir arbeiten nur an diesem Subauftrag und arbeiteten nur an diesem Subauftrag. Daher erzähle ich Ihnen das, und von dort habe ich das.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat der Haas gesagt: Es wird nur gearbeitet für den Subauftrag Siemens ...

Ing. **Lehner:** Jawohl.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): ... und nicht für andere Aufträge für das AKH.

Ing. **Lehner:** Jawohl.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie, daß es neben der BO-Planung auch ein sogenanntes Wäschereigutachten gibt, das die Firma ODELGA gemeinsam mit dem Herrn Kaufmann gemacht hat?

Ing. **Lehner:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Kaufmann behauptet nämlich in Zeugenprotokollen, daß die Firma ODELGA hier auch nichts geleistet hat. Ihnen ist nicht bekannt, daß im Zusammenhang mit dem Wäschereigutachten ...

Ing. **Lehner:** Nein, ist mir vollkommen neu.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): ... auch eine Größenordnung, ich habe jetzt den genauen Betrag nicht im Kopf, aber die Firma ODELGA hat auf jeden Fall einige Millionen, ich glaube 10, 12 Millionen wäre 50 Prozent gewesen, leisten müssen. Wäre Ihnen das aufgefallen? Hätte Ihnen das auffallen müssen?

Ing. **Lehner:** Absolut! Es gibt in der ODELGA keinen Menschen, der über Wäschereiprobleme Bescheid weiß.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es ging also darum, wie man die Wäsche beschafft, wie man sie verteilt und diese Dinge im Wäschereigutachten.

Ing. **Lehner:** Das ist mir vollkommen neu.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Daß hier jemand gearbeitet hat.

Ing. **Lehner:** Daß hier jemand gearbeitet hätte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das war ungefähr 1976, 1977.

Ing. **Lehner:** Nein. Das höre ich zum ersten Mal heute.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie müßten es wissen, weil ...

Ing. **Lehner:** Ich denke schon.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns jetzt diesen Auftrag medizinisch-technische Sterilisationsanlagen für das AKH, den Sie von der Firma Siemens erhalten haben — wie hoch ist dieser Auftrag?

Ing. **Lehner:** Das weiß ich nicht. Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es ist nämlich interessant, daß dieser Auftrag auch nicht aufscheint in dieser Liste der Subaufträge, die die Firma Siemens vergeben hat.

Wissen Sie, wer den Vertrag abgeschlossen hat?

Ing. **Lehner:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen weder bei der Firma Siemens, wer den Vertrag abgeschlossen hat, noch bei der Odelga, wer diesen Vertrag abgeschlossen hat?

Ing. **Lehner:** Richtig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie kennen auch nicht die Auftragssumme?

Ing. **Lehner:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was ist Ihnen bekannt — wenn ich jetzt nochmals zurückkommen darf — von Versloot. Hat Versloot die Geschäfte Richtung Holland vermittelt oder andere Geschäfte?

Ing. **Lehner:** Versloot hat erstens einmal Richtung Holland ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dieses Boviropa*(phonetisch)*-Geschäft ...

Ing. **Lehner:** Nachdem er ja mitbeteiligt war und dann natürlich seine GKE-Firma, das heißt, wir kauften von GKE sehr viel.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben vor allem eingekauft oder verkauft?

Ing. **Lehner:** An Spitäler. Also wir kauften von ihm verschiedene Gegenstände, die er vertreibt, vor allem auch Papier, Sterilisationspapier, und das wurde dann an Spitäler weiterverkauft.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie war jetzt der Versloot im Verkauf Ihnen behilflich? Richtung Boviropa haben wir das festgestellt über seinen Bruder. Aber wie war es in anderen Firmen? Hat der Versloot auch im Verkauf in anderen Fällen mitgewirkt?

Ing. **Lehner:** Direkt sicherlich nicht, und ich weiß auch, daß man sich oft beklagt hat, daß seine Verkaufsunterstützung sehr mangelhaft gewesen wäre; also mit Prospektunterstützung und so. Es gab große Klagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat Herr Versloot auch Aufträge in Österreich vermittelt, wenn ich konkret fragen darf?

Ing. **Lehner:** Ich weiß nur, unser größter Kunde war das Rudolfsspital. Ich weiß aber nicht, ob der Versloot den Kunden gebracht hat oder ob der eben im Zuge unserer Planung für das Rudolfsspital automatisch zu uns kam.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War Herr Versloot für Sie in Jugoslawien tätig?

Ing. **Lehner:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein. Können Sie uns sagen, wo Herr Versloot für Sie noch tätig war außer Holland?

Ing. **Lehner:** Nach meiner Meinung nirgends.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nirgends. Von den Kanalinseln ist Ihnen gar nichts bekannt wahrscheinlich?

Ing. **Lehner:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Muß ich gar nicht fragen?

Ing. **Lehner:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben das aus der Presse.

Ing. **Lehner:** Aus der Presse natürlich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Leute, welche Personen kennen Sie noch im Zusammenhang mit Versloot? Sie haben uns jetzt genannt den Herrn Pawlak *(phonetisch)*. Ist der noch aufgetreten im Kreise von Versloot?

Ing. **Lehner:** Eigentlich, mir fällt niemand ein. Ich kenne natürlich einige Leute aus seiner Firma, aus Holland. Aber ich glaube, die haben hier nichts verloren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat jemand irgendeine Leistung einmal erbracht für die Odelga von diesen Leuten von der Firma in Holland, von der Boviropa *(phonetisch)*?

Ing. **Lehner:** Ja. Leistung in dem Sinne, daß sie unsere Anlagen in Holland verkauft haben, gewartet haben, also Service gemacht haben, aber ansonsten sicherlich nichts.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie können uns im Zusammenhang mit Versloot nichts Weiteres sagen, die Geschäfte, die abgeschlossen worden sind über Versloot?

Ing. **Lehner:** Es tut mir leid, nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie jetzt noch einmal fragen — wir sind eigentlich abgekommen davon —, ich habe Sie vorhin gefragt; Wo, in welchen Bereichen war der Herr Doktor — wo haben Sie Dr. Wilfling eigentlich kennengelernt?

Ing. **Lehner:** Wir waren beide in einem Ingenieurbüro beschäftigt. Ich war einige Jahre dort als Techniker, und er kam irgendwann, es war etwa ...

Abg. Ing. **Feurstein** (ÖVP): War das Angermann?

Ing. **Lehner:** Firma Anger. Er kam als kaufmännischer Leiter hin, und er war nur relativ kurze Zeit dort, dann soll irgendwas passiert sein, was ich nicht kenne.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit Beteiligungen, das kennen wir.

Ing. **Lehner:** Ja. Und mit Banken und so weiter. Wilfling wurde eben dann „gegangen".

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Würden Sie auch sagen, daß er „gegangen worden ist"?

Ing. **Lehner:** Mir hat der Herr Anger erzählt, er hätte ihn rausgeschmissen, muß ich einmal zur Kenntnis nehmen. Ich habe mit Wilfling später über diese Geschichte nie gesprochen, daher weiß ich nicht, wie weit es wahr ist. Aber ich nehme es an. Dann haben wir uns 1½, 2 Jahre nicht gesehen. Dann holte er mich zu Odelga, denn unabhängig von diesen Geschichten haben wir uns zumindest als Arbeiter geschätzt, er mich und ich ihn. Damals war ja alles in Ordnung noch. Wir haben auch in der Zwischenzeit ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie, was Dr. Wilfling in der Zwischenzeit getan hat: Anger bis — haben Sie damals Kontakt gehabt?

Ing. **Lehner:** Nein, in der Zwischenzeit nicht. Ich weiß nur, als ich zur Odelga kam, besaß er die Firma Servicemaster, also muß er die auch schon vorher gehabt haben und auch noch während der Odelga-Zeit einige Jahre. Dann gab es irgendwas mit Teppichen, wo er beteiligt war. Mich hat es nie interessiert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wollzeile, glaube ich.

Ing. **Lehner:** Jawohl. In der Neubaugasse.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was kennen Sie sonst noch über seine Tätigkeiten? Ist Ihnen während dieser Zeit bekanntgeworden, daß die Geschäfte, die er macht, nicht immer ganz korrekt sind? In dem Zusammenhang mit Anger ist Ihnen das bekannt geworden? Wolfgang Anger, glaube ich.

Ist Ihnen das sonst nicht bekanntgeworden?

Ing. **Lehner:** Nein, erst als erstmalig im „profil" stand von dieser doppelten Reiseverrechnung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nun kommen Sie mit ihm zusammen in der Odelga. Wo war nun Dr. Wilfling besonders aktiv? Wo hat er die meisten Aufträge acquirieren können?

Ing. **Lehner:** Es kam natürlich die große Geschichte Rudolfsstiftung, die lag in der Luft. Das war ein Geschenk des Himmels. Das wäre vielleicht auch ohne ihn gekommen. Er hat sehr viel in Jugoslawien gemacht. In Jugoslawien gibt es einen sehr wichtigen Mann für uns, dessen Namen Sie sicher kennen, Professor Papov *(phonetisch)*, ist der Leibarzt von Tito gewesen, und die beiden mochten sich, und so kamen wir gut ins Geschäft. Das war sehr wichtig für uns. Dann natürlich, wir waren im Ausland überhaupt nicht präsent vor Wilfling, und er hat praktisch uns das Ausland geöffnet.

Abg. **Feurstein** (ÖVP): Gab es da schon Beziehungen mit der Firma Prutscher, oder waren

Sie vollkommen separat, getrennt im Ausland aufgetreten?

Ing. **Lehner:** Es gab natürlich Beziehungen zur Firma Prutscher, als ich hinkam 1971, und zwar haben wir für Prutscher verschiedenes gefertigt, Gestelle für seine Labors, und das waren nicht immer die schönsten Geschäfte für uns, finanziell.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Firma Prutscher Geschäfte?

Ing. **Lehner:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie können Sie das beweisen oder uns das erläutern? Ich nehme an, daß sie nicht besonders ertragreich waren?

Ing. **Lehner:** Richtig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn sie nicht schön waren?

Ing. **Lehner:** Richtig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns das etwas erläutern?

Ing. **Lehner:** Na ja, das ist halt schwierig. Wir haben bei uns im Betrieb, wir nennen das Richtpreissystem. Das heißt, wenn wir einen Auftrag hereinnahmen, so müssen wir uns verpflichten, daß das Produkt nicht teurer ist, als eine bestimmte Summe beträgt. Wir mußten diese Aufträge hereinnehmen, obwohl wir wußten, daß sie 50, 60 Prozent teurer sind als dieser sogenannte Richtpreisbetrag. Wir wollten diese Aufträge ablehnen, weil sie ein Defizit waren. Wir mußten sie aber nehmen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auf Weisung von Dr. Wilfling als Direktor?

Ing. **Lehner:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dr. Wilfling hat gesagt, die Aufträge müssen ausgeführt werden, obwohl sie Verlustgeschäfte waren?

Ing. **Lehner:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns sagen, in welcher Größenordnung sich diese Verluste bewegt haben, prozentmäßig von der Auftragssumme?

Ing. **Lehner:** Ja, das könnte durchaus 30 bis 50 Prozent drüber gelegen sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Moment, von der Auftragssumme war ...

Ing. **Lehner:** Sagen wir so: Nehmen wir an, die Fabrik hat produziert, und das Ding hat 100 S gekostet, ohne jetzt die Gemeinkosten der Verwaltung und des Verkaufs dazuzuschlagen, haben wir etwa 40, 50 S dafür bekommen, so etwas.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das waren also doch, daß sie zum halben Preis ungefähr ...

Ing. **Lehner:** Ja. Allerdings waren die Aufträge nicht sehr groß, also der Gesamtrahmen war nicht sehr hoch. Aber immerhin, das Defizit war vorhanden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie erklären Sie sich die Hereinnahme dieser Aufträge? Warum ist das erfolgt?

Ing. **Lehner:** Wir sind natürlich bei Wilfling vorstellig geworden und sagten, das geht nicht, das können wir nicht verantworten. Er hat es etwa so motiviert: Lieber zahlen wir jetzt drauf, aber es wird hinten etwas nachkommen, wo wir diese Verluste wieder hereinbringen können. Das heißt, es sollte sozusagen ein Einstieg in die Zusammenarbeit mit Prutscher werden. So sehe ich das. So haben wir das gesehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und ist etwas hereingekommen?

Ing. **Lehner:** Gott sei Dank nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie soll ich das verstehen: Gott sei Dank nicht?

Ing. **Lehner:** Es ist mir gelungen, ein Geschäft, das für uns fürchterlich geendet hätte mit Prutscher, im letzten Moment noch umzubringen. Das heißt, dieses Nachfolgegeschäft, das hätte ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was war das für ein Geschäft?

Ing. **Lehner:** Das war Universität Dortmund. Dort hätten wir viele Millionen Schilling verloren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn Sie es ausgeführt hätten?

Ing. **Lehner:** Wenn wir es ausgeführt hätten. Wir haben auch in der Zwischenzeit oder anschließend an diese kleinen Geschäfte ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War das jetzt mit Med-Consult schon?

Ing. **Lehner:** Nein, das war viel früher, das war 1975. Wir haben auch in der Zwischenzeit viel für Prutscher gemacht, das heißt viel kalkuliert. Prutscher hat es sehr schlau gemacht, er gab immer Sachen her zu kalkulieren. Dann wußte er, was das kostet, und dann wurde natürlich nie ein Geschäft daraus.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und das hat sich Wilfling gefallen lassen als Geschäftsführer?

Ing. **Lehner:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Er war ja ein sehr intelligenter Mann, der Dr. Wilfling.

Ing. **Lehner:** Sehr ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was hat er Ihnen denn geantwortet, wenn er dauernd so umgangen worden ist von der Firma Prutscher, man könnte beinahe sagen: hineingelegt worden ist, ich möchte das heute nicht verwenden.

Ing. **Lehner:** Es war sehr schwierig mit ihm darüber zu sprechen. Ich habe da eigentlich nie eine klare Aussage bekommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben andere Mitarbeiter der Firma ODELGA versucht, beim Geschäftsführer hier Klarheit zu schaffen?

Ing. **Lehner:** Ich weiß es nicht. Denn dieses Geschäft, diese Dinge berührten eigentlich nur die Technik, und ich glaube nicht, daß andere Leute hier noch beteiligt waren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat sich dann etwas geändert, als ...

Ing. **Lehner:** Kolreider ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kolreider, ja. Hat sich da etwas geändert, als der gekommen ist als Geschäftsführer.

Ing. **Lehner:** Nein, im Gegenteil. Es war so: Kolreider konnte nie eine Entscheidung treffen, wenn man was wollte von ihm, sagte er immer, er muß den Doktor fragen, Dr. Wilfling. Dr. Wilfling war, obwohl Kolreider ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Er war Geschäftsführer, wir wissen das.

Ing. **Lehner:** Eindeutig. Und es hat sich da nichts geändert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie oft war Wilfling in der Zeit in der ODELGA. Das war 1977.

Ing. **Lehner:** Eigentlich nie, wir sind immer zum Schottenring hingepilgert, wenn wir etwas wollten. Er selbst war, glaube ich, höchstens ein einziges Mal bei uns.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hatte er ein Auto von der ODELGA?

Ing. **Lehner:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das wissen Sie?

Ing. **Lehner:** Natürlich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat man darüber gesprochen, warum er das Auto weiter benützen kann.

Ing. **Lehner:** Nein. Das war unmöglich für uns, darüber zu sprechen, weil wir ja gar nicht wissen, welchen Status er noch hatte. Man sagte uns, er sei noch Geschäftsführer, wir kannten auch den Vertrag nicht mit der Gemeinde Wien. Daher haben wir angenommen, das wird schon richtig sein, denn schließlich hat sich ja auch die Holding darum gekümmert um diese Verträge. Wir mußten annehmen, das geht in Ordnung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und jetzt frage ich Sie noch einmal: Von der Holding hat sich nie jemand gekümmert um diese Zustände, nie gefragt?

Ing. **Lehner:** Nie. Zumindest nicht auf unserer Ebene.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, Sie sind immerhin Prokurist.

Ing. **Lehner:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und waren damals schon Prokurist?

Ing. **Lehner:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann sind Sie Prokurist geworden?

Ing. **Lehner:** 1975, denke ich. Da muß ich nachschauen. Ja, 1975. Aber das Problem war ja. Wir waren zwar Prokuristen, aber wir wurden nicht so behandelt, das heißt, unter Wilfling war alles in Ordnung. Wilfling hat uns Informationen gegeben über: Was tut sich in der Holding? Was tut sich im Aufsichtsrat? Da haben wir verschiedene Sachen.

Als Kolreider kam, war es plötzlich aus, das heißt, wir waren von jeder Information abgeschnitten. Das war es auch, was ich vorher erwähnte, der große Krach mit Dr. Machtl. Es haben sich nämlich die beiden Prokuristen, Urbanek und ich, an den Machtl gewandt, er solle hier etwas tun. Es ist auch der Kolreider entfernt worden, nur waren wir natürlich in der Holding draußen, das heißt, wir waren kurz vor dem Rausschmeißen — haben wir gehört —, was ich ja durchaus einsehe. Es kann ja ein Prokurist keinen Direktor abschießen. Aber wenn es sein muß, muß man es tun. Und darum haben wir — Sie wundern sich vielleicht, sie haben es so angedeutet, „Sie sind immerhin Prokurist". Es war für uns nach dieser Kolreider-Geschichte unmöglich, etwas zu tun, da wir wußten, wenn wir den Mund aufmachen, ist es aus. Ein zweites Mal kann man solche Dinge nicht machen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hatten Sie den Eindruck, daß Machtl hier auf der Seite der Direktoren ist?

Ing. **Lehner:** Muß er ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Muß er ja. Und Sie

haben sich deshalb auch gehütet, in der Ära Seidler noch etwas zu sagen?

Ing. **Lehner:** Wir haben natürlich den Seidler schon, aber der Seidler hat immer gedroht: Seid brav, sonst gehe ich zum Machtl!

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Zusatzfrage. — Wie viele Geschäfte waren denn das ungefähr, die Sie mit dem Prutscher unter solchen negativen Aspekten gemacht haben?

Ing. **Lehner:** Das könnten — auf jeden Fall unter zehn, sieben-, achtmal. Das Auftragsvolumen war sicher nicht hoch, denn diese Gestelle waren nicht teuer. Es ist schwer zu schätzen, aber ich denke unter einer Million.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Alle 10 Aufträge. Und wie groß wäre der Dortmund-Auftrag gewesen?

Ing. **Lehner:** Das habe ich genau im Kopf, Prutscher hätte uns geboten laut Wilfling 7 Millionen, und ich bin zufällig in Deutschland daraufgekommen, daß wir über 13 Millionen hätten bezahlen müssen, um diesen Auftrag durchzuführen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Also wieder diese 100 Prozent, ungefähr?

Ing. **Lehner:** Ja, etwa.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Teurer. Sagen Sie, haben Sie je Hinweise darauf gehabt, daß der Wilfling da für sein Institut oder sonst etwas extra noch irgend welche Vorteile versucht hat, herauszuhauen?

Ing. **Lehner:** Sie meinen das Boltzmann-Institut?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja.

Ing. **Lehner:** Nein, absolut nicht. Wir wußten ja von diesem Institut nichts. Wir haben das auch nur aus der Zeitung erfahren. Aber er selbst hat zumindest in der ODELGA nie versucht, für sich privat irgend etwas billiger machen zu lassen oder irgend etwas herauszuschinden, auch sicherlich nichts für sein Institut. Mir ist nichts bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und haben Sie sich nie den Kopf zerbrochen oder irgendeine Feststellung gemacht, warum er dem Prutscher da lauter Aufträge zukommen läßt, die Ihnen dann so teuer sind.

Ing. **Lehner:** Ja, doch. Ich habe es vorhin gesagt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War das der Sinn, daß der Prutscher in einem größeren Angebot billiger hat sein können auf Kosten der ODELGA, oder was hat das für einen Sinn gehabt?

Ing. **Lehner:** Anscheinend war es so. Aber Wilfling hat immer gesagt: Lieber jetzt im Anfang einige Verluste, sie sind nicht hoch, sie sind zwar relativ hoch, aber nicht absolut hoch. Irgendwann kommt der große Fisch mit Prutscher, und dann holen wir uns alles zurück.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und dann ist ein kleinerer, ein mittlerer Fisch gekommen, der 7-Millionen-Auftrag ist bei Prutscher ein mittlerer Fisch. Und dann war noch immer nichts, nicht einmal von einer Pari-Situation zu sehen. Was war da die Argumentation von Wilfling dafür?

Ing. **Lehner:** Nach dieser Dortmund-Geschichte haben wir mit Prutscher nichts mehr zu tun gehabt, zumindest nichts mehr für ihn gefertigt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wollte der Wilfling, daß dieses Geschäft auch noch gemacht wird, und ist es dann Ihnen gelungen, es — Sie haben gesagt „abzuschießen" „umzubringen" oder so.

Ing. **Lehner:** Schauen Sie, darf ich das kurz erzählen in wenigen Worten. Wilfling kam zu mir und sagte, er hätte einen Auftrag von Prutscher, wir kriegen 7 Millionen Schilling, es ist ein tolles Geschäft. Da habe ich gesagt: Wie schaut das aus, worum geht es? Ja, das werden Sie alles erfahren. Sage ich, alles nur über meine Leiche, das geht nicht. Schön. Ich fahre hinaus nach Stuttgart, dort saßen seine Bevollmächtigten, und dort saßen schon alle Zulieferanten aus Deutschland. Dort sind wir nächtelang gesessen, und ich habe verschiedene Zahlen bekommen, die teilweise falsch waren. Dann ist es mir irgendwie gelungen, das auszurechnen. Da sah ich eben, daß wir an die Deutschen 13½ Millionen bezahlen hätten müssen. Wir selbst hätten gar nichts gefertigt. Wir wären nur als Generalunternehmer aufgetreten und hätten das Risiko gehabt, terminliche Probleme, und gefertigt hätten das deutsche Leute, und die hätten eben 13½ Millionen wollen von uns. Na schön, ich habe gesagt: Aus, machen wir nicht, fahre zurück ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und was wäre dann der Vorteil von Prutscher bei diesem Geschäft gewesen?

Ing. **Lehner:** Ja, jetzt sehe ich das klar. Er hätte halt von Dortmund sicherlich noch mehr bekommen. Er hat den Auftrag von der Universität gehabt, hätte sicherlich — bin überzeugt — noch mehr als die 13½ bekommen, hätte hier auch noch verdient. Für Prutscher wäre es ein tolles Geschäft gewesen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und war der Wilfling ein guter Freund von Prutscher?

Ing. **Lehner:** Die Frage ist schwer zu beantworten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nach Ihrem Eindruck.

Ing. **Lehner:** Ich würde sagen: Sie haben sich gegenseitig geschätzt als clevere Leute.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und letzte Zusatzfrage zu dem Kreis. Sie haben vorhin gesagt, wenn Sie den Wilfling gefragt haben, dann hat er unklare Aussagen gemacht. Können Sie sich an ein paar so unklare Aussagen erinnern?

Ing. **Lehner:** In welchem Zusammenhang war das?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): In dem Zusammenhang, warum Sie diese Geschäfte machen, und was der Sinn ...

Ing. **Lehner:** Ja, unklar, bitte, das war vielleicht mißverstanden. Unklar heißt, es war schwierig, ihn überhaupt zu fragen, weil er nicht vorhanden war. Das heißt, man hat wochenlang gebraucht, um ihn zu sehen. Und dann „unklar" meine ich das so, daß er auf die meisten Fragen überhaupt keine Antwort gab oder mehr so: Ihr werdet es schon hören! oder: Es ist jetzt keine Zeit!, so ist das gemeint. Das heißt, er hat einen nicht unbedingt immer ernst genommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind Sie schwer ausgekommen mit ihm?

Ing. **Lehner:** Im Gegenteil, ich bin ausgezeichnet ausgekommen. Ich sage sogar hier, daß wir auch ein privates Verhältnis hatten. Das heißt, ich war einige Male bei ihm in der ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Auch in der Sauna.

Ing. **Lehner:** In der Sauna. Ja. Sie werden es ja wissen. Aber es gab bei ihm zwei Ebenen: die Firma und sein Privates. Da ist er 100prozentig anders gewesen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ich komme wieder zurück zu den Trennwänden, Herr Zeuge. Wie viele Beschäftigte hat die Firma Odelga?

Ing. **Lehner:** Insgesamt sind wir immer etwas über 200, aber davon sind natürlich auch Kaufleute und Lehrmädchen und Monteure.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und wie viele von diesen Beschäftigten gehören zu Ihrem Produktionsbereich ...?

Ing. **Lehner:** Etwa um die 90.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und gibt es einen Beschäftigten bei der Firma Odelga namens Prokop(?)?

Ing. **Lehner:** Nein. Gab es auch nie.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Nicht?

Ing. **Lehner:** Der Name ist mir nicht bekannt. Prokop — nein.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und wissen Sie, daß dieser Auftrag, den Sie mit Alpine angeblich und von dem Sie nichts wissen, mit der VOEST-Alpine tätigen sollten, daß der in der Hütte Krems gefertigt werden sollte?

Ing. **Lehner:** Ich habe so etwas im „profil", glaube ich, gelesen, aber bei uns ...

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Weil Sie vorhin gesagt haben, Sie wissen nicht, daß jemand von Ihrer Firma in Linz gewesen ist. Das ist sicherlich richtig. Aber war jemand in Krems?

Ing. **Lehner:** Nein, das hätte sich in der Firma herumgesprochen ...

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Konkret vom 27. Oktober 1980 bis zum März 1981.

Ing. **Lehner:** Also ein Herr Prokop war nie bei der Odelga beschäftigt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Auch in einem Bereich, der Ihnen nicht unterstanden ist.

Ing. **Lehner:** Absolut sicher ...

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Sind Sie 100 Prozent sicher. Gut.

Dann eine weitere Frage zu dem Geschäft in Dortmund. Sie haben ausgesagt, Ihnen hätte dieser Auftrag 7 Millionen als Generalunternehmer gebracht. 13 Millionen rund hätten Sie an Ihre Sublieferanten bezahlen sollen. Und Sie haben daraus den Schluß gezogen, es wäre ein Geschäft gewesen für Prutscher. Worin bestand dieses Geschäft? Das hätte ich noch gerne geklärt.

Ing. **Lehner:** Ja das ist doch für mich ganz klar. Prutscher hat von der Universität Dortmund dieses Geschäft sicherlich nicht um 13, sondern möglicherweise um 20 oder 30 Millionen ...

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Also Sie waren praktisch als Generalunternehmer Subunternehmer für einen bestimmten Bereich, also Sie waren Teil-Generalunternehmer.

Ing. **Lehner:** Nein. Ich würde das so formulieren: Prutscher hat von Dortmund den Auftrag bekommen. Hat sicherlich eine bestimmte Summe bekommen, die mir völlig unbekannt ist.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ja. Da war dann Prutscher Generalunternehmer.

Ing. **Lehner:** Gegenüber Dortmund. Absolut. Aber Prutscher wollte nichts damit zu tun haben, nichts fertigen, sondern wollte, daß wir das Geschäft machen, wußte aber, daß wir das ja gar nicht können, das fiel gar nicht in unsere Produktion, und hat uns vorgeschlagen, wir sollten den Auftrag übernehmen und sofort wieder weitergeben an deutsche Zulieferanten, die er schon ausgesucht hat.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Also wenn ich es richtig rekonstruiere: Prutscher war Auftragnehmer der Universität Dortmund, Sie waren Auftragnehmer, so war es gedacht, von Prutscher und Sie sollten Ihrerseits wieder Leute beschäftigen, Firmen beschäftigen als Subunternehmer, die er Ihnen vorgeschlagen hätte.

Ing. **Lehner:** Ja.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und war das der gesamte Auftrag Prutscher, oder hat er noch neben Ihrem Teil, den Sie, den er Ihnen zugedacht hat in diesen Rahmen, auch noch einen anderen Auftrag gehabt?

Ing. **Lehner:** Es muß noch mehr gegeben haben, denn nachdem wir diese Geschichte abgelehnt hatten nach viel Mühe, kam nach wenigen Tagen noch ein Stoß Zeichnungen über einen zweiten Bereich Universität. Das habe ich natürlich sofort zurückgeschickt, wobei er gesagt hat, das gehört auch dazu. Also es war noch mehr da. Das war sicherlich nur ein Teil.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Also Prutscher war Generalunternehmer und dadurch die Möglichkeit für ihn, auf Ihre Kosten zu verdienen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich muß hier etwas korrigieren für das Protokoll. Die Zahlung an die Boviropa war nicht 55 000 Gulden, sondern 90 000 Gulden. Nur damit das richtig im Protokoll ist.

Ing. **Lehner:** Ja, ich habe mich da geirrt, möglich, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, ich habe mich da persönlich ...

Ich muß jetzt weiterfragen mit diesen Aufträgen im Zusammenhang mit dem AKH — Odelga. Es gibt einen Auftrag, den die Firma Prutscher abgetreten hat an die Odelga. Er wird für uns als sogenannte Bettentürme AKH 1977 genannt. Ich weiß nicht, ob Sie den Auftrag kennen.

Ing. **Lehner:** Nein, was soll das sein? — Ich ahne etwas, darum frage ich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja ich kann es Ihnen selber nicht ganz genau sagen. Es ging um einen Beratungsauftrag, den die Firma Prutscher ...

Ing. **Lehner:** Ach so. Nein. ich glaube, Sie meinen etwas anderes.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): ... den die Firma Prutscher an die Odelga abgetreten hat.

Ing. **Lehner:** Nein, davon weiß ich nichts.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wovon wissen Sie?

Ing. **Lehner:** Ich dachte, Sie meinen Stichwort abgehängte Decken.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, das ist etwas anderes. Können wir jetzt da bleiben bei diesen abgehängten Decken.

Ing. **Lehner:** Ja das ist in zwei, drei Sätzen erledigt. Als Wilfling noch Direktor war am Schottenring, Kolreider *(phonetisch)* noch nicht da war, haben die zwei Prokuristen sozusagen die Geschäfte der Firma geführt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie und ...

Ing. **Lehner:** Urbanek. Da waren wir einmal drinnen, da sagte er — ich habe mir das aufgeschrieben —, er hätte gemeinsam mit Prutscher angeboten um 160 Millionen einen Auftrag abgehängte Decken. Ich habe sofort gesagt: Das ist nichts für uns, das können wir nicht, wir sind keine Baufirma, ich distanziere mich davon.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Angeboten hat aber Prutscher korrekt.

Ing. **Lehner:** Er sagte, er hätte gemeinsam mit Prutscher angeboten.

Ich habe dann zwar anschließend Zeichnungen von Prutscher bekommen in dieser Geschichte habe sie sofort zurückgeschickt, weil ich nichts wissen wollte. Soviel weiß ich über die Decken.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie, wie es da zu diesen Erhöhungen dann gekommen ist? Die Auftragsvergabe war ja über 170 Millionen. Es kamen noch einmal 13 Millionen dazu.

Ing. **Lehner:** Das weiß ich nicht. Ich habe nur in einem Protokoll heute noch die 160 Millionen herausgelesen. Und ich weiß nur noch — es steht auch im Protokoll —, daß wir um 3 Millionen billiger gewesen wären als die Konkurrenz. Mehr weiß ich nicht darüber.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie haben sich auch nicht beteiligt?

Ing. **Lehner:** Nein. Das wäre nichts für uns.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von welchen Aufträgen wissen Sie, die die Odelga im Zusammenhang mit dem AKH erhalten hat? Wir haben jetzt einmal gehabt den ABO-Auftrag, an den Sie sich nicht erinnen, also BO-Auftrag.

36 von 340 zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 8 (Seite 2221b bis 2560) (gescanntes Original)

Sie erinnern sich nicht an das Wäschereigutachten.

Ing. **Lehner:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Erinnern Sie sich an andere Zusammenarbeit im Zusammenhang mit Beratungstätigkeit, daß Sie hier irgendwo Aufträge mit anderen Firmen zusammen — Ökodata — ausgeführt hätten?

Ing. **Lehner:** Nein. Ich kenne ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Zusammenarbeit mit Ökodata ist Ihnen nicht bekannt.

Ing. **Lehner:** Ja, die Ökodata hat für uns gearbeitet.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Im Zusammenhang mit dem AKH?

Ing. **Lehner:** Nein. Nein. Sondern nur für Odelga. Eine Organisation geschaffen oder schaffen sollen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Für die Odelga?

Ing. **Lehner:** Für die Odelga. Nicht für das AKH.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie groß war das Auftragsvolumen?

Ing. **Lehner:** Das weiß ich nicht. Ich weiß nur, daß jemand hier war und daß was produziert wurde, weiß aber nicht, was es gekostet hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche anderen Aufträge — also Beratungsaufträge sind Ihnen keine bekannt, die die Odelga ausgeführt hätte in Zusammenarbeit mit Kaufmann, mit Ökodata, mit irgendwelchen anderen Firmen?

Ing. **Lehner:** Nein. Nur das Vorerwähnte, den Subauftrag von Siemens. Den weiß ich. Sonst ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Könnte es der Auftrag sein, der ursprünglich von Siemens an Odelga gegangen ist, 4 Prozent Honorar, und der dann storniert worden ist und dann über die Firma Prutscher an die Odelga gegangen ist?

Ing. **Lehner:** Tut mir leid.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie können sich da nicht ...

Ing. **Lehner:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns diesen Auftrag, den Sie von der Firma Siemens erhalten haben, noch etwas näher beschreiben? — 1977.

Ing. **Lehner:** Ich kenne den Auftrag nicht, aber ich weiß, was unsere Leute tun.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was haben sie getan?

Ing. **Lehner:** Die Leute planen, machen Kapazitätsrechnungen, wieviel Güter, welche Güter, welche Mengen werden sterilisiert, wieviel Anlagen braucht man dazu, wo braucht man sie, und so weiter, welche Transportwege, und solche Dinge.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie das Auftragsvolumen?

Ing. **Lehner:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen nicht, daß die Firma Siemens der Firma Odelga dafür bezahlt hat?

Ing. **Lehner:** Nein. Ich weiß nur, daß man bei uns im Hause spricht, daß die Selbstkosten höher sind, als wir von Siemens bekommen. Aber ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auch ein Verlustgeschäft.

Ing. **Lehner:** Man spricht davon.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gibt es noch andere Verlustgeschäfte?

Ing. **Lehner:** Ist mir im Moment nichts bekannt. Es gab natürlich Verlustgeschäfte vor einigen Jahren unter Kolreider, als wir den Versuch machten, in die Industrie zu steigen. Das ist vollkommen danebengegangen. Das ist klar. Aber das hat nichts mit dem AKH zu tun.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das hat nichts mit dem AKH zu tun.

Dann darf ich Sie abschließend fragen: Was ist Ihnen bekannt: Haben Wilfling oder andere Mitarbeiter der Odelga, um Aufträge zu bekommen, Provisionen an Dritte bezahlt?

Ing. **Lehner:** Ich kann es nicht sagen. Ich habe so etwas noch nie gesehen und gehört. Es wäre denkbar, aber ich kann es nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben also keine Wahrnehmungen gemacht?

Ing. **Lehner:** Ich weiß natürlich, daß wir offiziell dem Professor Papo ...(?) — aber das wird alles verbucht, das ist klar; das ist ein begeisterter Briefmarkensammler.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Jugoslawien?

Ing. **Lehner:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Österreich?

Ing. **Lehner:** In Österreich kenne ich niemanden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat Versloot Geschenke gemacht? Umgekehrt: Hat die Firma von Versloot Zuwendungen ...

Ing. **Lehner:** Versloot hat zu Weihnachten an die Verkäufer Schnaps ausgeschenkt, einige Kisten solche Dinger, aber mehr weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Richtung Wilfling?

Ing. **Lehner:** Ist mir nichts bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Boltzmann-Institute?

Ing. **Lehner:** Ich weiß es nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Über das Boltzmann-Institut sind Sie nicht informiert?

Ing. **Lehner:** Absolut nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gar nicht.

Ing. **Lehner:** Überhaupt nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist Ihnen etwas bekannt von den Flügen des Dr. Wilfling nach Amerika?

Ing. **Lehner:** Ich weiß, daß er einige Male drüben war. Das heißt, wenn er gefehlt hat, hat man gefragt: Wo ist der Chef? Und da hieß es, er ist dort oder da.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und hing es zusammen mit Aufträgen, oder waren das ...

Ing. **Lehner:** Tja, schauen Sie, er war der Chef, er flog wohin. Er sagte nicht, wo er war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat er Aufträge mitgebracht?

Ing. **Lehner:** Aus Amerika keinen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben ja nur Jugoslawien und Holland bisher genannt.

Ing. **Lehner:** Dänemark. Aus anderen Ländern, denke ich, nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie etwas über die Zusammenarbeit mit „Neue Heimat"-MEDIPLAN?

Ing. **Lehner:** Absolut nichts.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gar nichts.

Ing. **Lehner:** Das, was ich aus der „Wochenpresse" lese.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Deutsches Krankenhausinstitut?

Ing. **Lehner:** Ich weiß nur, daß es das DKI gibt aus verschiedenen Ausschreibungen. Ansonsten ist mir nichts bekannt. Das heißt, das DKI macht in Deutschland verschiedene Ausschreibungen, und wir versuchen halt, ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): ... zusammengearbeitet ... Fehlleistungen erbracht? Für die ODELGA, meine ich.

Ing. **Lehner:** Ist mir nicht bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Professor Riethmüller?

Ing. **Lehner:** Ist mir dem Namen nach bekannt. Aus der Presse. Persönlich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Professor Seitz?

Ing. **Lehner:** Da kenne ich auch den Namen nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge! Im Zusammenhang mit der ODELGA ist immer wieder von einer Fülle von Sparbüchern die Rede gewesen. War es zu irgendeiner Zeit Ihrer Kenntnis nach üblich, daß man relativ viele Gelder auf verschiedenen Sparbüchern liegen gehabt hat und damit operiert hat?

Ing. **Lehner:** Ich kann dazu nur eines sagen, nachdem ich zeichnungsberechtigt bin, daß es sehr oft vorkam, daß Schecks vorgelegt wurden über einige 100 000 S. Ich habe jedesmal rückgefragt in der Buchhaltung, was das bedeutet. Es hieß nur, es wird eben das Geld von einer Bank auf die andere überwiesen, aber ansonsten — direkt über Sparbücher ist mir nichts bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie kam es denn Ihrer Meinung nach zur Installierung des Herrn Wilfling?

Ing. **Lehner:** Ja, da bin ich überfragt. Ich weiß nur, daß man in der Firma erzählte — und das weiß ich auch —, daß er Verband der sozialistischen Mittelschüler war, und wir vermuten — wir vermuten es —, daß der ehemalige Vizekanzler ihm zu dem Job verholfen hat. Wir vermuten es.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Vorgänger ist freiwillig aus dem Amt geschieden?

Ing. **Lehner:** Ich habe ihn nicht mehr gekannt. Ich weiß wirklich nicht, ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie wissen auch über die Betriebsprüfung der Consultatio nicht Bescheid, ...

Ing. **Lehner:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): ... die in dem Zusammenhang stattgefunden hat.

Im Zusammenhang mit Wilfling ist immer von einem Sparbuch in Höhe von 300 000 S die Rede.

Ing. **Lehner:** Ich weiß nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Können Sie uns da auch nichts dazu sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Danke, Herr Zeuge. Ihre Einvernahme ist damit beendet. Auf Wiedersehen. *(Ing. Lehner verläßt den Saal.)*

(Die Sitzung wird auf kurze Zeit unterbrochen.)

(Die Sitzung wird bis zum Eintreffen des nächsten Zeugen unterbrochen.)

Zeugeneinvernahme von DDr. Kurt Neuner

Obmann Dr. **Steger** eröffnet die Zeugeneinvernahme und verliest auszugsweise ein vom Zeugen dem Ausschuß übermitteltes Schreiben. Darin heißt es:

„Zum weitaus überwiegenden Teil erstreckt sich nämlich meine Tätigkeit auf die Berufsausübung als Wirtschaftstreuhänder, hiebei bin ich gem. § 27 Wirtschaftstreuhänder-Berufsordnung zur Verschwiegenheit verpflichtet, die ich gem. § 152 Abs. 1 Z. 2 StPO 1975 auch bei dem Untersuchungsausschuß zu beachten habe.

Sollte das Thema meiner Aussage im Zusammenhang mit meiner Berufsausübung als Wirtschaftstreuhänder stehen, könnte ich nur nach erfolgter Entbindung von meiner Verschwiegenheitspflicht durch meinen Auftraggeber vor dem Untersuchungsausschuß aussagen."

Dazu gibt der Obmann folgendes Antwortschreiben im Auftrag des Nationalratspräsidenten bekannt:

„Zu Ihrem Schreiben vom 23. März 1981 übermittelt die Parlamentsdirektion in der Anlage den Beschluß des Nationalrats betreffend die Einsetzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses. Die in diesem Beschluß angeführten Punkte sind Gegenstand Ihrer Zeugeneinvernahme.

Hinsichtlich Beachtung der Bestimmungen nach § 152 Abs. 1 Z. 2 StPO darf darauf verwiesen werden, daß der Untersuchungsausschuß bzw. dessen Obmann im Einzelfall zu prüfen hat, ob die gestellten Fragen für den Zeugen hinsichtlich § 152 etc. möglich sind."

Der Obmann versichert dem Zeugen, daß bei jeder Einvernahme vor dem Untersuchungsausschuß selbstverständlich die Bestimmungen der Verschwiegenheitspflicht berücksichtigt werden und die Einhaltung der Berufspflichten wahrgenommen wird. — In einer kurzen Belehrung hält der Vorsitzende fest: Bei der Untersuchung kommen die Bestimmungen der Geschäftsordnung des Nationalrates zur Anwendung, nach denen in Untersuchungsausschüssen die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden ist. Darin ist die Verpflichtung zur wahrheitsgemäßen Aussage für den Zeugen beinhaltet. Weiters enthalten sind auch die Entschlagungsmöglichkeiten. Dr. Steger verweist dabei unter deren Zitierung auf die §§ 153 und 152 Abs. 1 Z. 2 StPO.

DDr. **Neuner** gibt in seiner Eigenschaft als Zeuge zunächst seine Personalien bekannt: Kurt Neuner, geboren am 26. Juni 1925, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Wohnsitz Heßgasse 7, 1010 Wien.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge! Sie sind stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Wiener Holding. Ist das richtig?

DDr. **Neuner:** Ja.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Welche Informationen waren das Motiv für die ÖVP-Fraktion des Aufsichtsrates der Wiener Holding, für die Gründung der Med-Consult und die Durchführung des anteiligen ABO-Auftrages einzutreten?

DDr. **Neuner:** Keine Informationen. Sondern der Vorstand der Wiener Holding hat in einer Sitzung vom Mai 1978 vorher schon den Aufsichtsratsmitgliedern mit der Sitzungseinladung einen Vorlagebericht über die Gründung der MED-CONSULT zur Verfügung gestellt, und in der Sitzung selbst ist diese Frage behandelt worden.

Das ist einstimmig dann über die Bühne gegangen.

Vorinformationen sind uns aus der Beteiligungskommission zugegangen. Die Beteiligungskommission hatte damals vor der Sitzung des Aufsichtsrates der Wiener Holding getagt. Dabei ist die Gründung der MED-CONSULT, meines Wissens einstimmig, befürwortet worden und dann im Aufsichtsrat der Wiener Holding nach einem weiteren mündlichen Bericht des Generaldirektors Machtl ebenso einstimmig beschlossen worden.

In der Sitzung, die vor der Aufsichtsratsitzung stattgefunden hat, innerhalb unserer Fraktion hat Herr Dr. Drennig auch über die Gründung der MED-CONSULT berichtet. Im einzelnen, glaube ich, nur über diese Dinge, die dann auch in der Sitzung behandelt worden sind.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Bitte Herr Zeuge, was waren jetzt die Gründe, daß Sie dafür waren, daß die ÖVP-Fraktion dafür war.

DDr. **Neuner:** Die chronologischen Gründe der SPÖ-Fraktion und der freiheitlichen Fraktion.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und wenn Sie die jetzt bitte aus Ihrer Sicht sagen könnten.

DDr. **Neuner:** Der Vorlagebericht des Generaldirektors Dr. Machtl, wonach damals schriftlich berichtet worden ist, daß die Odelga im mehr medizinisch-technischen Bereich, und die Firma Prutscher mehr im Möbelbau für Spitäler tätig ist.

Zweitens, daß die Odelga wenig Auslandserfahrung hat, die Firma Prutscher mehr Auslandserfahrung habe und daß es zweckmäßig wäre, gemeinsame Offerte zu machen, indem sich diese verschiedenen Programme und Aufgabenstellungen der beiden Firmen ergänzen könnten.

Hiezu sei, nach dem Vorlagebericht des Dr. Machtl, die Gründung der MED-CONSULT zweckmäßig, vor allem deshalb, weil die MED-CONSULT von beiden Partnern dann für Planungsarbeiten herangezogen und hiebei studiert werden könnte, inwieweit die gemeindeeigene Firma ODELGA mehr und intensiver in das Programm zusammen mit Prutscher eingeschaltet werden könnte.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und was hat Ihnen bzw. Ihrer Fraktion Drennig gesagt?

DDr. **Neuner:** Dasselbe. Und vor allem war nicht der Bericht Drennig für mich so maßgebend, sondern maßgebend war, daß die Beteiligungskommisssion vorher diesen Fragekomplex einstimmig beschlossen hat.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge, über welches Personal verfügte die MED-CONSULT zum Gründungszeitpunkt.

DDr. **Neuner:** Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Ist Professor Seicht auch im Aufsichtsrat?

DDr. **Neuner:** Professor Seicht ist ebenso Aufsichtsratsmitglied wie ich.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und wissen Sie, wie Professor Seicht den gesamten Sachverhalt beurteilt hat. Wissen Sie davon etwas?

DDr. **Neuner:** Er hat in der Sitzung genauso der Sache zugestimmt wie alle anderen anwesenden Aufsichtsratsmitglieder.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge! Wer erfüllte bei der MED-CONSULT die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Sparte Betriebsberatung?

DDr. **Neuner:** Wir sind in der Wiener Holding im Aufsichtsrat darauf angewiesen, was uns die Geschäftsführung berichtet. Wir sind als Aufsichtsratsmitglieder nicht in der Lage, unmittelbar in Agenden von Töchtern der Wiener Holding einzugreifen. Es ist dem Aufsichtsrat möglich, wohl direkt in die Geschäftsführung der Wiener Holding überwachend einzugreifen mit den Instrumenten, die das Aktienrecht bietet, nicht aber in die Töchter.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Ja wußten Sie jetzt, wer hier die gewerberechtlichen Voraussetzungen hat, oder wußten Sie das nicht?

DDr. **Neuner:** Für mich ist es selbstverständlich, wenn die Geschäftsführung der Holding eine Frage der Gründung einer Firma vorschlägt im Aufsichtsrat, daß diese Firma tätig werden kann erst, wenn sie die gesetzlichen Voraussetzungen und damit auch die Gewerbeberechtigung erfüllt. Eine Überprüfung selbst ist für ein Aufsichtsratsmitglied der Holding, wie ich sagte, unmöglich.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Ist das damals zur Sprache gekommen oder ist das überhaupt nicht diskutiert worden?

DDr. **Neuner:** Es ist sicher nicht zur Sprache gekommen, daß die MED-CONSULT keine Gewerbeberechtigung hätte.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge! Von Mitgliedern des Untersuchungsausschusses wird behauptet, daß die MED-CONSULT bei ihrer Gründung lediglich eine Briefkastenfirma hätte sein sollen oder sein soll.

DDr. **Neuner:** Von Mitgliedern des Untersuchungsausschusses?

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Des Untersuchungsausschusses.

DDr. **Neuner:** Ich kann deren Meinung nicht beeinflussen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Was sagen Sie dazu: Ist das eine Briefkastenfirma?

DDr. **Neuner:** Wenn der Generaldirektor Machtl berichtet hätte sowohl in der Beteiligungskommission wie im Aufsichtsrat, es sei die MED-CONSULT eine Briefkastenfirma, so hätte wahrscheinlich der Aufsichtsrat und hätte auch wahrscheinlich die Beteiligungskommission die Zustimmung zumindest nicht einhellig gegeben.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Also daraus kann ich schließen, daß Ihr Verhalten, das Verhalten Ihrer Fraktion, das Verhalten des gesamten Aufsichtsrates dahingehend zu interpretieren ist, daß das keine Briefkastenfirma ist.

Obmann Dr. **Steger:** „Ist" und „fast nicht" und „kann dann nicht rechtzeitig". Wenn Proteste kommen, ob es noch Wahrnehmungsfragen sind oder nicht, kann ich nicht irgendeine Mei-

nung dazu haben. Ich habe es meistens nicht verstanden. Bitte noch einmal, Herr Kollege.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Ich darf also aus Ihrer Antwort nun schließen, daß dies keine Briefkastenfirma war und hätte keine sein sollen?

DDr. **Neuner:** Ich hätte nicht zugestimmt so einer Briefkastenfirma. Es ist uns geschildert worden, das sei eine tätige Firma mit der Zweckrichtung, die ich eingangs geschildert habe.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Danke.

Obmann Dr. **Steger** stellt daraufhin fest, daß an den Zeugen keine weiteren Fragen vorliegen, beendet damit dessen Einvernahme und dankt seinerseits für sein Kommen. *(DDr. Neuner verläßt den Saal.)*

(Die Sitzung wird unterbrochen.)

Zeugeneinvernahme von Sven Uwe Stengl

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Herr Zeuge, ich darf Sie bitten, hier in der Mitte Platz zu nehmen.

Der Untersuchungsausschuß hat über drei Themen zu verhandeln:

Erstens zur Untersuchung der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung,

zweitens zur Untersuchung der Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind, und

drittens zur Unterstützung der Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen.

Den Untersuchungen im Untersuchungsausschuß liegt die Strafprozeßordnung zugrunde. Ich darf Sie daran erinnern, die Wahrheit zu sagen. *(Der Obmann-Stellvertreter bringt dem Zeugen § 153 StPO zur Kenntnis.)*

Ich darf Sie nunmehr bitten, Herr Zeuge, uns Ihre Generalien zu sagen: Name, Beruf, Wohnort.

Stengl: Sven Uwe Stengl. Wohnhaft: 2344 Maria Enzersdorf, Am Steinriegel Nr. 9. Ich bin stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes in der Schrack AG. Geboren am 6. September 1935.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Danke vielmals. Wir beginnen mit der Zeugeneinvernahme. Bitte, Herr Abgeordneter Feurstein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Stengl! Was wissen Sie über die Zahlungen der Firma Schrack an die Firma GEPROMA im Ausmaß von rund 3 Millionen Schilling? Sind Sie damit befaßt gewesen?

Stengl: Heute ist mir viel bekannt, weil ich viel gelesen und gehört habe. Zum Zeitpunkt, als diese Zahlungen geleistet wurden, habe ich über diese Zahlungsleistung als solche nichts gewußt. Auch wenn ich Geld ausgezahlt habe, habe ich es nicht gewußt. Das weiß ich heute, das habe ich auch vor Gericht ausgesagt, das muß im Gerichtsakt festgehalten sein. Wenn ich Ihnen jetzt etwas erzähle, dann weiß ich es dem Vernehmen nach, weil ich es in der Zeitung gelesen habe, weil ich es von Herrn Schrack gehört habe. Aber diesen Unterschied muß man machen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum sind auf dieser Rechnung der Firma GEPROMA in der Größenordnung von 200 000 Schweizer Franken damals als Zahlungsgrund, als Projekt der Karawankentunnel und andere Tunnels angegeben worden? Es mußte Ihnen doch auffallen, daß hier etwas nicht stimmt.

Stengl: Nein. Dem Vernehmen nach, kann ich jetzt nur wieder sagen. Aufgefallen ist mir das nicht. In unserer Firma werden pro Monat 5 000 Lieferantenrechnungen verbucht, und ich schaue mir erstens einmal nicht jede Rechnung einzeln an, und der Text, den ich heute wissentlich kenne, hat als Rösotext für mich keinen Auffälligkeitsgrad gehabt, denn es hätte durchaus sein können, daß dieses in der Form geschehen ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Genügen Ihnen Rechnungen, wie sie dort ausgestellt worden sind von der Firma GEPROMA in diesem konkreten Fall, ohne weitere Detaillierung, was konkret gemacht worden ist?

Stengl: Nein. Wenn Sie mich dem heutigen Vernehmen nach fragen, nicht. Diese Rechnung wurde von Herrn Generaldirektor Schrack abgezeichnet. Genauso zeichne ich andere Rechnungen ab, wo ich im Detail informiert bin, und zwischen Herrn Schrack und mir ... Ich bin seit 22 Jahren in der Firma Schrack tätig, wir sind beide getrennt voneinander allein zeichnungsberechtigt, er ist für verschiedene Dinge zuständig, ich für verschiedene Dinge. Ich habe, wenn ich diese Rechnung gesehen habe, also keinen Zweifel hegen können, daß daran etwas falsch ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben bei der

Wirtschaftspolizei, glaube ich, am 3. 10. 1980, gesagt, daß es bei Ihnen ein Konto für Provisionen an dritte gibt. *(Stengl: Ja.)* Der Herr Generaldirektor Schrack hat uns heute vormittag bereits gesagt, daß auch im Inland Provisionen bezahlt werden müssen in der Größenordnung von etwa 3 Prozent. *(Stengl: Ja.)* Für welche Aufträge müssen Sie solche Provisionen bezahlen konkret? Ich meine jetzt nur Aufträge im öffentlichen Bereich, nicht Aufträge an Private oder von Privaten.

Stengl: Im öffentlichen Bereich zahlen wir eigentlich überhaupt keine Vermittlungsprovisionen, sondern wir zahlen Vermittlungsprovision zum Beispiel, wenn wir . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich meine im Inland jetzt.

Stengl: Im Inland, ja. Das sind sogenannte Nennprovisionen oder Warengutschriften. Wenn zum Beispiel ein gebietsansässiger Elektriker uns ein Geschäft vermittelt, das er selber nicht machen kann, so ist es branchenüblich, daß er dann eine Vermittlungsprovision kriegt. Die wird ihm offiziell mit einer Faktura, also mit einer Gutschrift, gutgeschrieben, und er kann dann noch sagen, er will das Geld bar ausgezahlt haben oder er will eine Warengutschrift haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und andere Provisionen zahlen Sie nicht? Wir haben zum Beispiel gehört von anderen Firmen, die hier waren, daß man, wenn man Einsicht in Angebotsunterlagen zum Beispiel bekommt, Vergleiche zu anderen Angeboten, die andere Firmen abgegeben haben, ziehen kann und dadurch natürlich das Angebot besser anpassen kann und dann in solchen Fällen sehr wohl irgendwelche Provisionen zahlen muß in Österreich. Kommt das bei Ihnen nicht vor?

Stengl: Nein. Ich habe derlei verschiedene Dinge zwar jetzt in den letzten zwölf Monaten in der Zeitung lesen dürfen, wir haben uns solcher Praktiken noch nie bedient, muß ich sagen. Ich weiß darüber nichts. Es kommt vor, daß ein Elektriker zum Beispiel sagt, er will eine Vermittlungsprovision für ein Geschäft nicht über eine Warengutschrift haben, sondern er will den Betrag ausgezahlt haben. Dann kommt diese Provision auf ein Konto zu versteuernder Provisionen, und beim Finanzamt müssen wir dann 75 oder 65 Prozent Körperschaftssteuer zahlen. Seit ich in der Firma bin — und ich bin zuständig für Finanzen —, haben wir darüber beim Finanzamt nie Anstände gehabt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie ist diese Zahlung von 200 000 S, die Sie ja geleistet haben in bar an Mitglieder des AKPE-Vorstandes, dann erfolgt? Sie kennen den Fall, ich muß ihn Ihnen nicht erläutern?

Stengl: Dem Vernehmen nach kenne ich ihn heute. Dieser Fall ist gebucht worden auf — ich müßte jetzt nachschauen, ich weiß es im Moment nicht genau — Provisionen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und versteuert worden in dem Fall?

Stengl: Der ist versteuert worden. Ja. Oder wird versteuert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Jetzt im nachhinein muß er versteuert werden?

Stengl: Nein. Das war . . . Wann war das? — Im Jahr 1978. Das ist längst abgeschlossen. Ja, das ist versteuert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und andere Fälle, ähnliche Fälle wie diese 200 000 S an den AKPE-Vorstand kennen Sie keine?

Stengl: Schauen Sie, wir müssen . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): An Mitglieder des AKPE-Vorstandes. Wir wissen ja nicht an wen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Mehrzahl.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Entschuldigen Sie, Herr Dr. Kapaun, ich weiß nicht, ob Sie schon wissen, an wen bezahlt worden ist.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Stellen Sie Ihre Fragen, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe gefragt: Können Sie uns sagen, an wen diese 200 000 S bezahlt worden sind?

Stengl: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das wissen Sie auch nicht?

Stengl: Nein. Nein. Ich bin in diesen Fall in keiner Weise involviert gewesen. Ich weiß heute dem Vernehmen nach, weil ich verschiedenes in der Zeitung gelesen habe und weil mir der Herr Schrack das erzählt hat, aus damaligem Wissen habe ich das nicht gewußt. Wir sind seit Anfang der fünfziger Jahre im Exportgeschäft sehr viel mit der Tschechei, Ungarn, Polen, Jugoslawien tätig, und leider ist es so, daß man bei Exporten in Oststaaten gezwungen ist, Vermittlungsprovisionen zu zahlen, wo der Empfänger nicht genannt sein will. Solche Fälle haben wir, wo immer möglich, gemeinsam mit der Nationalbank abgewickelt, indem wir der Nationalbank den Exportfall genau schriftlich vorgelegt und gebeten haben um eine Genehmigung, daß man dieses Geld auszahlen darf. Das wurde jahrelang ganz offiziell mit der Nationalbank abgehandelt. Die Natio-

nalbank hat natürlich nicht gewußt, um welchen Empfänger es sich handelt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich meine jetzt, im Inland. Gibt es solche Fälle wie diese 200 000-S-Zahlung? Kennen Sie keine anderen bei der Firma Schrack?

Stengl: Im Inland kommt es vor, daß wir für Hilfsarbeiten, die wir da oder dort schnell machen lassen müssen — aber das ist auch ganz offiziell —, mal da 3 000 S oder da 5 000 S zahlen müssen. Da der Empfänger in dem Fall, weil es einfach eine Hilfsarbeit ist, das Geld ohne Bestätigung bekommt, wird auch das auf ein Konto zu versteuernder Provisionen gebucht. Das ist für Aushilfsarbeiten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das sind aber Beträge in der Größenordnung ... Wieso? Das könnten Sie ja eigentlich als Betriebsausgaben absetzen.

Stengl: Nein. Die Steuergesetzgebung sagt: Wenn man den Empfänger nicht nennen will oder nennen kann, dann muß die Steuergesetzgebung sagen, dann besteuere ich denjenigen, der ausgezahlt hat, weil eine Steuerphase verlorengeht. *(Abg. Dr. Feurstein: Ja aber in dem Fall ...)* Daher: Wenn irgend jemand, ein Hilfsarbeiter, für uns am Wochenende etwas gemacht hat oder unter der Woche etwas gemacht hat und 3 000 S dafür kriegt und ich den Mann nicht nenne und seine Adresse und er mir nicht den Empfang bestätigt, dann bin ich gezwungen, das auf das Konto zu versteuernder Provisionen zu buchen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das ist etwas ganz anderes. Das würde einem ganz ...

Stengl: Sie haben mich gefragt, ob es das gibt, ich sage Ihnen: Ja, das gibt es. Und wenn wir im Inland ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das würde einem ganz anderen Bereich angehören.

Stengl: Schauen Sie, es gibt auch folgendes, daß im Inalnd jemand, der uns Geschäfte vermittelt, wie ich das schon geschildert habe, Elektriker etwa, sagt: Ich hätte zu kriegen 5 Prozent, ich will nur 3 Prozent oder 2,5 Prozent, und darüber darf keine Rechnung geschrieben werden. Das kommt vor.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und was sind das jetzt für Leute? Nur Gewerbetreibende?

Stengl: Gewerbetreibende, ja; die das als Geschäft betreiben. Und einmal will er es so, einmal will er es so.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und andere Personen nicht?

Stengl: Wie meinen Sie: andere Personen?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja es könnte sein, daß zum Beispiel höhere Beamte ...

Stengl: Schauen Sie, bei uns ist es strikte in der Firma verboten, an höhere Beamte etwas zu bezahlen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): An Vorstandsmitglieder von irgendwelchen Gesellschaften?

Stengl: Das schon gar nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich darf Sie dann noch fragen: Das ist also dieses Konto Provisionen an dritte, das versteuert wird?

Stengl: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie fragen bezüglich dieser Firma Thomson, die in Ihrer Zeugeneinvernahme vor Gericht eine gewisse Rolle spielt? Welche geschäftlichen Beziehungen verbindet Sie mit der?

Stengl: Schauen Sie, es gibt — heute kann man darüber auch offiziell reden, weil das Bundesheer darüber selbst Publikationen veröffentlicht — in Österreich das Projekt FM 80 vom Bundesheer, das bedeutet, daß das Bundesheer ein eigenes Telefonnetz aufzieht nach modernster elektronischer Technik. Solche Produkte werden in Österreich nicht erzeugt, von keiner Firma. Jeder Anbieter muß ein solches System aus dem Ausland beziehen, weil das hochtechnische elektronische Produkte sind.

Wir vertreten in dem Geschäftsfall FM 80 — das ist der Titel beim Bundesheer — die Firma Thomson-CSF. Das ist eine in Europa sehr bekannte Firma auf dem Gebiet der elektronischen Telefonie. Unser Produkt hat gegenüber anderen Produkten gewisse Vorteile, man nennt das „packet-switching". Das heißt, ich kann über ein und dieselben Telefoneinrichtungen sowohl Daten als auch Sprache senden. Und wir haben ein ganz offizielles Anbot beim Bundesheer laufen, das derzeit geprüft wird. Es gibt auch Mitbewerber, die ihre Anlagen anbieten. Bisher wird soetwas in Österreich nicht produziert, es ist aber in Aussicht genommen, wenn wir — und wir haben derartige Verträge mit der Firma Thomson-CSF — für diese System den Zuschlag kriegen, daß uns das gesamte dazu notwendige Know-how von seiten Thomson-CSF übergeben wird, damit wir diese Anlagen im Inland produzieren können.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Spielt diese Firma auch bei den Aufträgen, die Sie für das AKH bekommen haben — Sie kennen die Aufträge, ich muß sie, glaube ich, nicht wiederholen —, irgendwo eine Rolle?

Stengl: Nein, das war ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nur für das Bundesheer?

Stengl: Das hat nur mit dem Bundesheer zu tun.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie die Formulierung im Schreiben vom 6. 6. 1978, das Sie von der Firma Siemens erhalten haben, wo es darum gegangen ist, Ihnen eben diesen 100-Millionen-Schilling- oder zweimal 50-Millionen-Schilling-Auftrag zuzusichern. In diesem Schreiben wird festgestellt, daß ein noch festzulegender Kostenbeitrag von der Firma Schrack anzuerkennen ist. Kennen Sie dieses Schreiben?

Stengl: Ja. Ich habe es gelesen, ich erinnere mich, daß das da drinsteht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und haben Sie über diese Passage mit Herren von der Siemens verhandelt?

Stengl: Nein. Ich persönlich nie.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat das ...

Stengl: Das hat der Herr Leucht gemacht. An sich, bitte, ist es nicht unüblich, wenn jemand Generalunternehmer ist, daß man sich an Projektierungskosten beteiligen muß. Das ist an sich nichts Unübliches, es hängt natürlich dann vom Ausmaß ab.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kann diese Bestimmung jetzt im nachhinein, nachdem Sie bereits 3 Millionen Schilling bezahlt haben, noch zur Anwendung kommen?

Stengl: Dem Vernehmen nach wurden drei Millionen Schilling gezahlt, dem Vernehmen nach angeblich an Herrn Winter. Ich kann nur immer sagen: dem Vernehmen nach. Wie das jetzt mit der Firma Siemens zusammenhängt, haben wir in der Zwischenzeit nicht aufgeprüft. Wir haben in der Zwischenzeit mit der Firma Siemens, wenn es viel ist, fünf oder sechs Millionen Schilling dabei von diesem Auftrag überhaupt erfüllt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie schon etwas erfüllt?

Stengl: Ich glaube. Schauen Sie, ich muß das nachschauen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie Zahlungen bekommen von der Firma Siemens bereits für diesen Auftrag?

Stengl: Das weiß ich noch nicht. Ich glaube, wir sind jetzt dabei. Wir liefern da Verteileranlagen, und die müssen einmal technisch konzipiert werden. Ich könnte das morgen sofort sagen, ich weiß also im Moment den Stand genau nicht. Ich habe irgendwann einmal gehört: Ja jetzt werden irgendwelche fünf oder sechs Millionen im Volumen Verteiler geliefert. Weil ich es nicht konkret im Detail aufgeprüft habe, kann ich Ihnen morgen ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das wäre aus dem 100-Millionen-Auftrag?

Stengl: Ja, ja, das wäre im Rahmen dieser ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nicht aus den anderen Aufträgen?

Stengl: Welche anderen Aufträge meinen sie jetzt?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es gibt eine ganze Reihe von Aufträgen, die die Firma Schrack erhalten hat direkt vom AKH. Ich kann es Ihnen gleich nennen.

Stengl: Ich weiß, was Sie meinen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dieser Lichtruf, die Telefonanlage, die Kabelverlegung — 59, also etwas in den 50 Millionen Schilling —, und dann, glaube ich, war es noch einer.

Stengl: Richtig. Ja. Wieviel davon bisher erfüllt ist, weiß ich im Moment nicht. Aber das kann man sehr schnell aufprüfen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie Anzahlungen erhalten?

Stengl: Das glaube ich auch nicht, aber bitte, ich müßte es aufprüfen. Morgen früh in einer halben Stunde weiß ich das. Ich wußte nicht, daß Sie das fragen wollen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn Sie Anzahlungen gemacht haben, können Sie uns eine Mitteilung machen?

Stengl: Ja, ich kann Ihnen morgen ... Sie müssen mir nur sagen, wem ich das mitteilen soll.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dem Präsidenten des Nationalrates.

Stengl: Brieflich?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja.

Stengl: Da sage ich Ihnen sofort, was von jedem einzelnen Auftrag bisher fakturiert oder bezahlt wurde.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Danke. Bitte, diese Mitteilung an den Präsidenten des Nationalrates zu richten.

Stengl: Ja. Okay.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Herr

44 von 340 zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 8 (Seite 2221b bis 2560) (gescanntes Original)

Zeuge! Sie haben in der Firma Schrack den kaufmännischen Bereich über?

Stengl: Meine Funktion ist seit einem Jahr ungefähr, seit Ende 1979, erweitert worden, denn wir hatten bis Ende 1979 vier Vorstandsmitglieder, jetzt sind es zwei, der Herr Schrack und ich. Heute bin ich verantwortlich für Personalwesen, Finanzen, Verwaltung, Organisation, Datenverarbeitung, Einkauf und Vertrieb und die gesamte Planung.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Das heißt, das gesamte Rechnungswesen untersteht Ihnen?

Stangl: Ja.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Sie wissen also um die Verbuchung der Provisionen Bescheid. Sie haben vorhin angegeben, daß es bei Ihnen Provisionen gibt, die vom Empfänger versteuert werden, und andererseits Provisionen, die Sie versteuern für den Empfänger. *(Stengl: Ja.)* Das heißt, es erübrigt sich die Notwendigkeit der Angabe des Namen und der Adresse des Empfängers. Ich nehme also an, es werden in Ihrem Unternehmen zwei Konten geführt?

Stengl: Richtig. Und das, seit ich das Unternehmen kenne.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Können Sie mir ungefähr sagen, auf welche Größenordnung sich das Konto der bei Ihnen versteuerten Provisionen beläuft?

Stengl: Ja. Also bei einem Umsatz von 1,2 Milliarden Schilling, den wir derzeit machen, schwankt das in den letzten Jahren ... Wir haben da noch eine Trennung. Wollen Sie Export und Inland gemeinsam haben oder getrennt? Oder das alles zusammen?

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Zusammen.

Stengl: Der Großteil davon ist Export, bitte. Es schwankt zwischen 300 000 und 800 000, je nachdem.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Per Anno?

Stengl: Per Anno, ja, also es ist ein Promillesatz vom Umsatz.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Danke vielmals.

Hat noch jemand Fragen an den Zeugen? — Bitte, Herr Abgeordneter Bergmann!

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge! Sagt Ihnen der Name Dr. Heinz Eggli etwas?

Stengl: Aus der „Kronen-Zeitung".

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und Sie haben auch nicht ...

Stengl: Ich glaube, das ist irgendeiner, der in Liechtenstein sitzt. Bitte, ich habe ein schlechtes Namengedächtnis.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, nein, die Frage ist nur, ob auch im Zuge Ihrer betriebsinternen Recherchen oder solcher Ereignisse der Name bei Ihnen einmal aufgetaucht ist.

Stengl: Nein. Nie.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Auch nähere Beziehungen zu Herrn Zelniczek von ITT?

Stengl: Schauen Sie, den Herrn Zelniczek kenne ich aus dem Elektroverband, wenn da einmal eine Zusammenkunft war, aber sonst habe ich mit ihm eigentlich nie zu tun gehabt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit der Finanzierung von Wahlkampagnen oder Inseratenaktionen für politische Parteien einmal etwas zu tun gehabt?

Stengl: Unsere Firma steht in dem Ruf, daß wir sehr knausrig sind gerade in bezug auf ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich meine Sie persönlich. Ich meine jetzt Sie persönlich.

Stengl: Nein. Schauen Sie, bei uns im Unternehmen herrscht eine Regel, die da lautet: Wir geben keine Wahlspenden, es sei denn, der Vorstand hat es ausdrücklich genehmigt. Und das kommt höchst selten vor, seit dem Jahr 1975 praktisch überhaupt nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie persönlich waren nicht in einem Prominentenkomitee?

Stengl: Nie. Nein, nein, ich arbeite seit 20 Jahren Tag und Nacht, ich habe keine Zeit für so etwas.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Keine Fragen!

Obmannstellvertreter **Mühlbacher:** Danke!

Weitere Fragen an den Herrn Zeugen? — Wenn das nicht der Fall ist, danke ich dem Herrn Zeugen! Danke vielmals!

Stengl: Ich schreibe morgen den Brief ...

Obmannstellvertreter **Mühlbacher:** An den Herrn Präsidenten des Nationalrates, bitte! *(Der Zeuge verläßt den Saal.)*

Schluß der Sitzung: 17 Uhr 45 Minuten

36. Sitzung: 30. März 1981

Beginn: 10 Uhr 5 Minuten

Zeugeneinvernahme von Bürgermeister Leopold Gratz

Obmann Dr. **Steger:** Herr Bürgermeister! Ich begrüße Sie zum dritten Mal als Zeugen in diesem Untersuchungsausschuß.

Sie kennen ja mittlerweile nicht nur aus den Medien, sondern auch hier vom Verlesen den Beschluß des Parlamentes, den Untersuchungsauftrag.

Es ist der Wunsch damals geäußert worden, daß noch einige weitere Fragen an Sie gestellt werden können, weil wir damals unter Zeitdruck waren.

Die entsprechenden Bestimmungen brauche ich sicher nicht zu verlesen, weil das schon zweimal erfolgt ist. Sie wissen, Vorhalt § 153 wegen der Möglichkeit der allfälligen Entschlagung.

Bei der Entbindung hat sich auch nichts geändert. Sie haben sich damals selbst entbunden von der Amtsverschwiegenheit. Ich nehme an, das können wir auch wieder so weiter zu Protokoll nehmen, daß Sie sich selbst von der Amtsverschwiegenheit entbunden haben.

Damit darf ich noch die Frage aufwerfen, ob sich bei den Generalien etwas geändert hat?

Gratz: Anschrift und Beruf haben sich nicht geändert, Herr Abgeordneter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Bürgermeister! Mein letztes Gespräch mit Ihnen hat mit dem Bereich Dr. Damian, Firma Niki Lauda Limited geendet oder wurde dort unterbrochen. Mittlerweile hat dieser Ausschuß zusätzliche Informationen in diesem Fall erhalten, und ich möchte Sie daher im ersten Block zu diesem Bereich ein paar Dinge ergänzend fragen.

Sie waren über diese Inseratenserie „Geschichten vom Dr. Kreisky" informiert?

Gratz: Herr Abgeordneter, was meinen Sie mit informiert? Ich weiß, daß sie stattgefunden haben, ich weiß vom Bundeskanzler, daß er seine Zustimmung gegeben hat, daß dieser Personenkreis für ihn in Inseraten wirbt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Welcher Personenkreis ist das? Meinen Sie jetzt nur die, die dann in den Inseraten öffentlich aufgetreten sind, oder auch die, die die geworben haben, die dann geworben haben. Es hat ja jemand die Frau Berger überredet, es hat ja jemand die Frau Christiane Hörbiger gewonnen, es hat ja jemand den Peter Deimler ...

Gratz: Ich würde den Ausdruck „gewonnen" verwenden, den Ausdruck „überredet" würde ich an sich nicht verwenden, es sind lauter Personen, die man nicht zu überreden braucht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Streiten wir nicht um Begriffe, sondern nur um die Vorgangsweise. Sie wurden gewonnen, von wem?

Gratz: Ich weiß davon, daß der Herr Bundeskanzler mir erzählt hat, daß dieser Personenkreis, wie gesagt, von — ich weiß nicht, wer dabei war — Christiane Hörbiger bis, ich weiß nicht, zu wem, bereit ist und gerne eine solche Inseratenaktion unterstützen möchte durch seine Unterschrift. Und er hat dem zugestimmt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und der Bundeskanzler hat Ihnen in diesem Gespräch nicht gesagt, wer der Initiator dieser Kampagne ist?

Gratz: Der Bundeskanzler hat mir natürlich gesagt, daß der Herr Proksch mitorganisiert und der Herr Dr. Damian als Rechtsanwalt mit dabei ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nur die zwei?

Gratz: Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun hat der Herr Proksch uns eine ganze Reihe von Namen genannt, wo er selber sozusagen der ansprechende Teil war für den Peter Deimler et cetera, und er hat eine Reihe von Namen genannt, wo er nicht wußte, wer diese Leute gewonnen hat. Es muß also neben dem Dr. Damian und dem Herrn Proksch noch einen Dritten gegeben haben, der sich darum bemüht hat oder der zumindest Leute angesprochen hat, ob sie bereit sind, in dieser Inseratenkampagne mitzuwirken.

Gratz: Über diese Details der Aktion kann ich Ihnen nichts sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kann das Herr Armin Feller *(phonetisch)* gewesen sein?

Gratz: Kenne ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie oft hat Ihnen denn der Herr Proksch von dieser Kampagne erzählt?

Gratz: Meines Wissens ein- oder zweimal.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und auch dabei ist nie ein anderer Name gefallen?

Gratz: Nein.

46 von 340 zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 8 (Seite 2221b bis 2560) (gescanntes Original)

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kennen Sie den Herrn Holliger persönlich?

Gratz: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Als Club-45-Präsident haben Sie ihn dort auch nie gesehen?

Gratz: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat Ihnen der Herr Proksch jemals die Entwürfe gezeigt für diese Aktion?

Gratz: Er hat mir von einem Inserat, ich kann jetzt nicht mehr sagen, von welchem, den Text gezeigt, weil er ihn gerade in der Tasche gehabt hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): In Ihrem Büro oder im Lü-Salon?

Gratz: Das weiß ich nicht mehr, wo. Es könnte auch in meiner Wohnung gewesen sein, da der Herr Proksch mein Freund ist und auch in meiner Wohnung gewesen ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Weil Sie das so betonen; war der Herr Proksch am 18. 3. bei Ihnen heuer?

Gratz: Kalendermäßig nicht. Aber ich möchte es nicht ausschließen, ich habe mich sicher in dieser Woche mit dem Herrn Proksch auch getroffen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und haben Sie in Erinnerung, ob Sie dabei auch über seine bevorstehende Einvernahme in diesem Ausschuß mit ihm geredet haben?

Gratz: Über die Tatsache seiner bevorstehenden Einvernahme, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wieso betonen Sie das so?

Gratz: Na ja, sonst könnten Sie herauslesen, ich hätte über den möglichen Inhalt seiner Aussage mit ihm gesprochen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber das ist ja auch schon einige Male vorgekommen und wäre unter Freunden auch gar nicht verwunderlich, möchte ich fast sagen. Das heißt, er konnte eigentlich gar nicht so überrascht sein, wie er dann hier vor dem Ausschuß getan hat, über seine mögliche Einvernahme.

Kennen Sie den Herrn Wolfgang Maier, sagt Ihnen der Name etwas im Zusammenhang mit den „Geschichten vom Dr. Kreisky"?

Gratz: Ich glaube zu wissen, daß er einen Teil der Texte mitverfaßt hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie ihn im Zuge dieser Aktionen kennengelernt, oder ist er ein Club-45-Mitglied?

Gratz: Kennengelernt habe ich ihn, nach meiner Erinnerung, aus seiner sonstigen journalistischen Tätigkeit. Ich glaube, er ist bei irgendeiner Wochen- oder Monatsillustrierten, „Hör zu" oder so.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist er Club-45-Mitglied?

Gratz: Das kann ich nicht sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie weit war denn der Zentralsekretär Blecha mit den Kampagne „Geschichten vom Dr. Kreisky" befaßt?

Gratz: Da würde ich bitten, den Zentralsekretär Blecha selbst zu fragen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich hätte aber gerne von Ihnen gewußt, ob Sie wissen, ob er damit befaßt war.

Gratz: Schauen Sie, ein Wissen habe ich in dieser Richtung nicht. Ich würde so annehmen, wie ich etwa, ohne etwas zu wissen, glauben würde, daß Sie, als Sie diese Funktion innehatten, grundsätzlich jedenfalls über alles, was im Bereich der Werbung für die ÖVP passiert, informiert waren, daß auch der Zentralsekretär Blecha informiert war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie ist denn Ihre persönliche Beziehung zum Hans Christoph Prutscher?

Gratz: Ich habe keine persönliche Beziehung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie kennen ihn persönlich?

Gratz: Ich kenne ihn persönlich, weil er zweimal — das ist kalendermäßig feststellbar — bei mir war. Einmal im Zusammenhang mit dem Müll-Projekt, um mir die Unterlagen zu zeigen, aber das ist längere Zeit her, und ein zweites Mal, als ich ihn eingeladen habe, als er in einem Brief gegen Veröffentlichungen des AKPE-Vorstandes über seine Person protestiert hat. Ich habe ihn daraufhin eingeladen, habe den Kontrollamtsdirektor ebenfalls zu mir gebeten und habe die beiden Herren dann gebeten, das Gespräch weiter gemeinsam fortzuführen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit Ausnahme dieser zwei Mal haben Sie keine Kontakte mit ihm gehabt?

Gratz: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist in der Folge der Veröffentlichungen in letzter Woche über dieses eigenartige Zusammentreffen von 5 Millionen Niki Lauda und 5 Millionen Holliger-Inseratenkampagne „Geschichten vom Dr. Kreisky" innerhalb der SPÖ klargestellt worden, woher diese Geldmittel tatsächlich kommen?

Gratz: Innerhalb der SPÖ ist in Gremien über diese Frage nicht diskutiert worden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wissen Sie es?

Gratz: Nein, ich weiß es nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben es auch in den letzten Tagen nicht in Erfahrung gebracht?

Gratz: Die einfache Beantwortung dieser Frage könnte zur Vermutung Anlaß geben, ich hätte mich bemüht, es in Erfahrung zu bringen. Ich habe es nicht in Erfahrung gebracht, ich habe mich aber auch nicht bemüht, es zu erfahren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge, das ist immerhin eine Angelegenheit, die eine große Wirkung in der Öffentlichkeit und in Ihrer Partei gehabt hat. Ich kann mir schwer vorstellen, daß ein stellvertretender Parteivorsitzender sich nicht umgehend erkundigt, was hinter so einer Sache steckt, da er ja wahrscheinlich in Funktionärskreisen ständig mit dieser Frage auch befaßt wird.

Gratz: Bitte, wenn Sie so fragen und die Öffentlichkeit selbst ins Spiel bringen, dann möchte ich schon hier sagen, daß meiner Meinung nach die Kampagne in der Öffentlichkeit eine bewußte Einschüchterungskampagne gegen alle ist, die es wagen, Dr. Kreisky oder die SPÖ zu unterstützen, obwohl sie selbst nicht Sozialisten sind. Das ist auf der gleichen Linie wie die Rede des Landtagsabgeordneten Fürst am verganenen Freitag im Wiener Gemeinderat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich glaube, daß das alles klarzustellen ist, wenn Sie sagen, woher die Geldmittel kommen.

Gratz: Das ist ein Kommentar, da war keine Frage.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, aber ich habe eine Frage gestellt.

Gratz: Was haben Sie mich gefragt?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Woher?

Gratz: Ich habe Ihnen gesagt, ich kann Ihnen diese Auskunft nicht geben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und ich habe Sie vorhin, ehe Sie den Kommentar sagten, gefragt, ob Sie nicht in der Lage waren, das festzustellen. Denn daß es Sie nicht interessiert, wollen Sie mir doch nicht einreden.

Gratz: Ich will überhaupt nichts einreden. Ich kann Ihnen nur die Auskunft geben, ich habe es nicht festgestellt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es wurde hier geredet von zwei Komiteekreisen, einem österreichischen, der aus den Leuten besteht, die in den Inseraten aufgeschienen sind, und solchen, die auch noch bereit waren, dazu Geld zu geben, und einem Schweizer Kreis, wobei eher deutlich sichtbar wurde, daß der Herr Holliger das sicher nicht aus seiner eigenen Tasche bezahlt hat. Was wissen Sie über diesen österreichischen Kreis, über jene, die nicht in den Inseraten aufgeschienen sind und bei diesem Komitee mitgemacht haben?

Gratz: Ich weiß das, was ich Ihnen bereits gesagt habe. Ich kenne die Personen, die in den Inseraten aufgeschienen sind. Über einen darüber hinausgehenden Kreis kann ich Ihnen nichts sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Um es noch einmal zu präzisieren: Im Zusammenhang mit den „Geschichten vom Dr. Kreisky" stellen sie hier fest, gibt es den Udo Proksch und den Dr. Damian als Personen, die Sie kennen. Herrn Holliger haben Sie nie gekannt und von dem haben Sie nie gehört?

Gratz: Bitte, meiner Erinnerung nach jetzt nicht, nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und jene Personen, die in den Inseraten aufgeschienen sind. Sonst haben Sie mit keinem Menschen in dem Zusammenhang je eine Wahrnehmung gehabt?

Gratz: Das ist richtig!

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und gesprochen haben Sie darüber mit dem Bundeskanzler und mit dem Udo Proksch. *(Gratz: Ja!)* Daß die SPÖ zu dieser Aktion 1 Million Schilling beigetragen hat, ist Ihnen das bekannt?

Gratz: Das habe ich jetzt in den letzten Wochen oder Tagen, als es eben hier gesagt wurde, erfahren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist das eigentlich üblich, daß innerhalb der SPÖ ein Sparbuch, ein anonymes Sparbuch von 1 Million hergegeben wird, für das dann nicht einmal eine Abrechnung verlangt wird?

Gratz: Ich kann hier nur sagen, ich war auch Zentralsekretär, und Sie waren, glaube ich, auch in einer hauptamtlichen Funktion in einer Partei. Es ist durchaus innerhalb der Vollmachten, zumindest bei uns, eines dafür verantwortlichen Funktionärs, wenn er zu einer Person Vertrauen hat, und wenn er von der Richtigkeit der Verwendung überzeugt ist, Geldsummen auszugeben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Zurück zu jenem Themenkreis, der ja seit Ihrem letzten Gespräch hier auch einiges an zusätzlicher Bedeutung gewonnen hat: Mit der von Ihrer Seite oder von

Ihrer Fraktion am Freitag verkündeten neuen Regelung wurde eigentlich das offiziell dargelegt, was Sie uns als Antwort in diesem Ausschuß bisher verweigert haben, nämlich daß sich die erste Regelung AKPE als AG, mit der APAG angedockt, doch als etwas herausgestellt hat, was nicht zweckmäßig und sinnvoll war. Würden Sie das heute so bestätigen?

Gratz: Nein, in dieser Form nicht, Herr Abgeordneter. Ich habe, glaube ich, auch bei meiner Aussage gesagt, daß sich jetzt durchaus herausstellt, daß es nicht die optimale Lösung war, wegen der aktienrechtlichen Konstruktion, ich möchte jetzt nicht mehr ins Detail gehen, aber ich stehe noch immer dazu, daß es vom Grundgedanken her ein wesentlicher Fortschritt gegenüber dem vorherigen System der gemeinsamen Bauleitung war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer hat Ihnen denn die jetzige Lösung aufgezwungen?

Gratz: Niemand.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie erklären Sie sich denn dann, daß der Stadtrat Mayr in dem vorgelegten Papier noch immer gegen die Ges. m. b. H. seine Zweifel anmeldet, sie dann aber doch verkünden mußte?

Gratz: Ich möchte sagen, daß es allgemeiner Usus ist zu akzeptieren, und zwar, ich glaube, das ist jedem politisch Verantwortlichen schon passiert, daß er eine Rede mit Sperrfrist ausgegeben hat und daß dann akzeptiert wird, daß spätere Änderungen so gelten, als ob es den ursprünglichen Text nicht gegeben hätte. Ich würde mich niemals in der Öffentlichkeit darüber mokieren — ich hätte am Freitag die Gelegenheit dazu gehabt —, daß die manchmal sehr emotionell gehaltenen Ausführungen des Herrn Vizebürgermeister 3 Stunden vorher über den Pressedienst gegangen sind. Wie gesagt, ich sage das nur als Beispiel, weil ich so etwas niemals in der Öffentlichkeit auch nur verwenden würde, weil das eben Usus ist, daß ein ausgesendeter Text, der ja eine Hilfsunterlage für die Abgeordneten ist, wenn die Rede verteilt ist, erst ab dem Zeitpunkt wirklich als gehalten gilt, wo er in dieser Form gehalten wird. Also hier gilt als Text nach einer wirklich jahrzehntenlangen Übung das, was der Stadtrat Mayr dann mündlich in Abänderung dieser vorgelegten schriftlichen Unterlage gesagt hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich akzeptiere das durchaus von der rein publizistischen Mechanik und Technik her. Nur für unsere Untersuchung ist offensichtlich relevant, daß es einen sehr langen Widerstand beim Stadtrat Mayr gegeben haben muß, das heißt, daß er die bisherige Konstruktion eigentlich für zumindest genauso richtig oder falsch wie die künftige gehalten hat und daß er dann seine Meinung geändert hat oder seine Meinung ändern mußte. Wenn man unter der politischen Verantwortung segelt, für etwas sehr lange Zeit verantwortlich war, das man für richtig hält, dann wird man gezwungen, davon abzugehen, und ist auch nicht überzeugt, daß die neue Regelung sinnvoll ist, frage ich noch immer, wo und wann die politische Verantwortung einsetzt und jene Konsequenzen bringt, von denen der Bundeskanzler gesprochen hat.

Gratz: Herr Abgeordneter, Sie haben gesagt, sie fragen sich ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Jetzt frage ich Sie dasselbe, was ich mich frage.

Gratz: Wenn Sie mich dasselbe fragen, kann ich nur am konkreten Beispiel von Stadtrat Mayr, das Sie gebracht haben, sagen, daß es doch in der Politik selbstverständlich ist, daß jeder, der sein Amt nicht nur, wie Sie sagten, mechanisch oder formal ausübt, sich ununterbrochen damit beschäftigt, ob nicht eine andere Idee nicht doch besser wäre. Ich meine, die Demokratie beruht eben darauf, daß andere Leute nicht nur auch Ideen haben, sondern daß man immer bereit ist, sich von ihnen überzeugen zu lassen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge, die Ges. m. b. H. ist ja keine neue Idee, sondern die Ges. m. b. H. ist eine juristische Form der Konstruktion, die längst vor dem Spatenstich für das Allgemeine Krankenhaus bekannt war. Sie haben ja auch bei Ihrer letzten Aussage mehr oder minder das so ein bißchen gleichrangig behandelt, ob AG oder Ges. m. b. H., man hat eine solche Form gesucht. Nun stellt sich heraus, daß die Form falsch war.

Gratz: Nein. Ich möchte sehr deutlich sagen, bitte, wenn ich also über die neue Konstruktion, ich will da nicht zu formell sein, weil das ist ja alles jetzt passiert, lang nach dem Untersuchungszeitraum, den der Ausschuß zu untersuchen hat. Aber ich erkläre es gerne, daß die jetzige Konstruktion natürlich in dem Sinn auch personenbezogen ist, weil, wie gesagt, auch Personen Arbeit leisten und nicht nur Rechtskonstruktionen, und zwar personenbezogen in dem Sinn, daß sich bei der Ges. m. b. H. ein wesentlicher Vorteil herausstellt. Personenbezogen meine ich, daß die Ges. m. b. H. dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates gesetzlich die Möglichkeit gibt, wie auch vorige Woche dargelegt wurde, aus dieser Funktion heraus die Begleitkontrolle auszuüben, die ja an sich etwas durch Eigentümervereinbarung bisher, wenn man so will, Aufgepfropftes war, das heißt, richtig, wichtig, aber nicht ganz genau in die Konstruktion hineinpassend. Und ich sage durchaus, daß für mich persönlich für die

Umwandlung in eine Ges. m. b. H. sehr maßgeblich war, daß der Präsident Kandutsch bereit war, die Funktion des Vorsitzenden des Aufsichtsrates auszuüben, weil — ich sage das deutlich, und ich geniere mich gar nicht — auch Personen Arbeit leisten und eine Tätigkeit machen und nicht nur Rechtskonstruktionen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Bürgermeister, Sie sagten jetzt, wenn ich Sie richtig verstanden habe, daß es für Sie ein maßgeblicher Grund war, die Konstruktion, die Rechtsform zu ändern, weil Kandutsch sich bereit erklärt hat, Aufsichtsratsvorsitzender zu werden. Welche Unterschiede in den Funktionen eines Aufsichtsratsvorsitzenden bei einer Ges. m. b. H. und einer AG sehen Sie, der da ins Gewicht fällt?

Gratz: Ja, darf ich sagen, ich persönlich bin hier wahrlich kein Sachverständiger. Für mich war der wesentliche Unterschied der, daß der Präsident Kandutsch, der sich in die Materie eingearbeitet hat, und Minister Salcher erklärt haben, daß sie in dieser Konstruktion die Stellung des Aufsichtsratsvorsitzenden stärker sehen, besonders wenn er bei der Ges. m. b. H., wie gesagt, durch die Eigentümer, mit dieser ja ausdrücklichen Willenserklärung der Eigentümer unterstützt wird.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich darf noch einmal nachstoßen. Ich verstehe nicht, es hätte ja der Präsident Kandutsch jederzeit auch Aufsichtsratsvorsitzender bei der AG werden können. Können Sie mir erläutern, warum diese Rechtsformänderung mit der Bestellung des Präsidenten Kandutsch zum Aufsichtsratsvorsitzenden verbunden wurde?

Gratz: Ja, wenn mir die Leute, die sich auskennen — und entschuldigen Sie, daß ich den Ausdruck „Leute" verwende —, also wenn mir der Präsident Kandutsch, der sich sicher vertieft hat darinnen und sich auskennt, nicht nur mir, sondern allen wesentlich Beteiligten erklärt, daß er diese Rechtsform für günstiger hielte, natürlich in Kombination mit seiner Bereitschaft, den Vorsitz des Aufsichtsrates anzunehmen, habe ich keinen Grund, daran zu zweifeln.

Ich hätte sagen könne, ich glaube es nicht, ich hole mir ein Gutachten von einem Gesellschaftsrechtler. Aber das habe ich nicht für notwendig befunden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja, aber immerhin haben Ihnen die Leute, wenn ich auch Ihre Terminologie übernehmen darf, 1975 eingeredet, daß die AG die richtige Rechtsform ist. Was hat nun die Sinnesänderung bewirkt? Andere Leute? Oder wie?

Gratz: Es ist damals von den Zuständigen die Rechtsform der Aktiengesellschaft vorgeschlagen worden. Ich habe keinen Grund gehabt, daran zu zweifeln, daß das eine richtige Konstruktion ist. Ich meine, mit Ausnahme des Vorbehaltes, über den sich ja alle Beteiligten einig sind, daß sie sagen, daß es an sich, wenn man Zeit gehabt hätte, sicher gut gewesen wäre, sich zu überlegen, ob man eine Gesellschaft oder eine Rechtskonstruktion eigenen Rechts findet.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge! Noch einmal zurück zu dem Papier, das Sie sozusagen als einen Waschzettel bezeichnen, der noch jeder Abänderung bedarf. Das ist immerhin um 9 Uhr früh, wenn ich richtig informiert bin, am Freitag den Fraktionen oder der Öffentlichkeit übergeben worden. Und ich werde einfach den Eindruck nicht los — und da hätte ich gerne von Ihnen ein Ja oder ein Nein dazu, ob es richtig ist —, daß von Minister Salcher, also von seiten des Bundes her, die Ges. m. b. H.-Form dem Partner Wien diktiert worden ist, vorgeschlagen, wenn Sie ein vornehmeres Wort haben wollen.

Gratz: Herr Vorsitzender! Darf ich nur eine Frage stellen. Ich meine, ich bin wirklich gern bereit, da das ja Dinge sind, die in der Öffentlichkeit auch diskutiert werden, hier darüber weiter zu reden. Aber ist es der Untersuchungsauftrag, festzustellen, was sich am Freitag beim Bundeskanzler in der Besprechung an Diskussionen über die Neukonstruktion abgespielt hat?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mich interessiert an sich auch nicht, was beim Bundeskanzler am Freitag passiert ist, das heißt, es interessiert mich schon, aber was mich interessiert, ist: Woraus kann man heute ableiten, daß seinerzeit falsche Entscheidungen getroffen worden sind, Entscheidungen für eine Form, die offensichtlich das, was unser Untersuchungsauftrag beinhaltet, die offensichtlich lockeren Vergaben bis hin zu Schmiergeldgeschichten erleichtert und ermöglicht haben. Und mich interessiert jetzt, ob diese Begründungen bei solchen Gesprächen deutlich sichtbar geworden sind, zumal wir hier ja mehrmals zur Frage der politischen Verantwortung — der Herr Bürgermeister hat ja eine ganz breite Darstellung dieses Problems hier schon gegeben — geredet haben.

Aber ich sage noch einmal: Wenn Sie es uns nicht erzählen wollen, gibt es sicher seitens des Vorsitzenden die Möglichkeit, mir die Frage abzudrehen.

Obmann Dr. **Steger:** Man kann natürlich die Frage umdrehen, das konkrete Gespräch beim Bundeskanzler weglassen und dann über Informationen fragen, über Informationen und Wis-

50 von 340 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 8 (Seite 2221b bis 2560) (gescanntes Original)

sensstand, daß es eine Information gibt über getroffene Fehlentscheidungen. Wenn man es so aufzieht, geht es. Und selbstverständlich kann der Zeuge dabei das miteinfließen lassen, was er aus dem Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler an Informationen jetzt zusätzlich bekommen hat.

An sich ist es richtig — und wir haben es ja immer so gehalten —, daß dann, wenn ein Zeuge oder jemand aus dem Ausschuß darauf aufmerksam macht, daß er glaubt, daß die Dekkung nicht gegeben ist im Beschluß, daß das, wenn man abfragt nach Gesprächen, die jetzt gelaufen sind, in den letzten Tagen, nicht im Rahmen des Untersuchungsauftrages drinnen ist, so interessant diese Gespräche sicher gewesen sein mögen.

Gratz: Der Kürze halber sage ich, ich nehme die Frage als in diese Richtung gestellt an, wie Sie, Herr Vorsitzender, es formuliert haben, und möchte daher nur noch einmal sagen: Meiner Ansicht nach impliziert keine jetzige Entscheidung von vornherein, daß die Abänderung eine frühere Fehlentscheidung betrifft, denn sonst wäre jedes heute novellierte Gesetz seinerzeit eine Fehlentscheidung gewesen. Es ist eben alles verbesserungs- und änderungsfähig, und darum geht es doch in Wirklichkeit. Sonst könnte ich sagen, wenn wir jetzt, ich weiß nicht, bei der 34. ASVG-Novelle sind, hat es bisher 33 Fehlentscheidungen des Bundesgesetzgebers gegeben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das würde ich auch sagen, daß zum Teil Gesetzesnovellen deswegen gemacht werden, weil sie eben falsch waren.

Sie haben auf die Frage der Verantwortlichkeit im Wiener Raum, auf eine Frage des Abgeordneten Kohlmaier bei Ihrem ersten Besuch hier gesagt, daß das nach der Verfassungssituation des Landes der Amtsführende Stadtrat für Finanzen und Wirtschaft ist.

Gratz: Ab der AKPE.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ab der AKPE. Nun habe ich bei der letzten Einvernahme des Dr. Androsch hier mit ihm eine längere Passage geplaudert über die politische Verantwortung im Bereich des Bundes. Sie haben sicher davon gehört. Und es kam damals auch — ich schränke das gleich ein — ab der AKPE zu einer sehr differenzierten Prozentrechnung mit 20 Prozent Finanzminister und dann jeweils 10 Prozent Wissenschafts-, Bauten- und Gesundheitsministerium.

Gratz: Ich glaube, das war die Zurechnung nach den Aufsichtsratsitzen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): So hat er es nachher dargestellt. Die Frage, wer denn der politisch Verantwortliche aus seiner Sicht im Bereich des Bundeslandes Wien ist, hat er nicht beantwortet, weil dort angeblich niemand mit einem Lamperl oder einem Taferl herumrennt. Sie werden verstehen, daß ich gerne diese Frage an Sie gestellt hätte: Wer ist nun zu wieviel Prozent in Wien politisch verantwortlich für das AKH durchaus beginnend mit dem Zeitraum AKPE?

Gratz: Ich kann diese Frage, wie ich sagte, nach dem Stand der Wiener Stadtverfassung und der Ausführungsbeschlüsse beantworten. Nach der Wiener Stadtverfassung hat der Bürgermeister mit Zustimmung des Gemeinderates eine Geschäftseinteilung für den Magistrat zu erlassen. In dieser Geschäftseinteilung ist für die Vertretung der Eigentümerinteressen der Stadt Wien dort, wo die Beteiligung mehr als 50 Prozent ausmacht, der Amtsführende Stadtrat für Vermögensverwaltung und so weiter, also Konsumentenschutz zuständig, dort, wo die Beteiligung 50 Prozent oder weniger ist, der Stadtrat für Finanzen und Wirtschaftspolitik, früher Stadtrat für Finanzen und Wirtschaft.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Also Mayr?

Gratz: Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Den trifft die volle Wucht der Verantwortung.

Gratz: Darf ich das so sagen, das ist die Auskunft nach der Wiener Stadtverfassung. Die Frage der politischen Verantwortung, die ja überhaupt nur gegenüber dem Gemeinderat und Landtag in Wien bestehen kann, ist natürlich auf dieser Ebene zu diskutieren, je nachdem, wie man die politische Verantwortung definiert. Der eine zitiert Ermacora, der andere zitiert Korinek. Und je nachdem ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Probieren wir es mit Bruno Kreisky, der hat ja eine sehr klare Definition der politischen Verantwortung in der Frage AKH vor 14 Tagen durchaus gegeben. Die politische Verantwortung — sagt er — trug eindeutig Androsch als Finanzminister. Das ist offensichtlich nicht auf die 100 Prozent AKH, sondern ich würde sagen, auf den Bundesanteil gemünzt, die Interpretation des Bundeskanzlers unabhängig von der Aufsichtsratsverteilung.

Gratz: Ich möchte hier jetzt wirklich nicht irgendwie abblocken, sondern einfach Stellung nehmen. Die Grundsatzfrage, was politische Verantwortung ist, kann man wahrscheinlich stundenlang diskutieren, die spielt sich eben in einem anderen Raum ab wahrscheinlich als hier im Ausschuß, der Prozeßordnungsvorschriften anzuwenden hat.

www.parlament.gv.at

Obmann Dr. **Steger:** Außerdem sind das keine Wissensfragen, bitte, das ist wirklich sehr interessant, wir werden es auch als Ausschuß beantworten müssen, das sind aber, bitte, nicht Wissensfragen.

Gratz: Herr Abgeordneter! Ich möchte aber durchaus noch einen Hinweis dafür geben, daß natürlich jeder politisch Verantwortliche unabhängig von der Vertretung der Eigentümerinteressen jedenfalls Verantwortung dafür trägt, was er selbst entschieden oder, sagen wir, in Durchführung durch seine Beamten akzeptiert hat. Das bedeutet etwa, daß natürlich formal die Eigentümer entscheiden, aber daß für die Frage, was haben die Nutzer verlangt, natürlich die, die die Nutzerwünsche vorgebracht haben, die Verantwortung tragen. Ich nehme an, sie bekennen sich zu diesen Wünschen. Ich meine nur, natürlich geht es, wenn man in den politischen Bereich kommt. Aber das führt wahrscheinlich zu weit, über die formale Eigentümerverantwortlichkeit hinaus.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mir geht es nur darum, daß hier offensichtlich immer etwas anderes unter einzelnen Vorstellungen gemeint ist. Der Bundeskanzler sagt, es wird daher diesmal ohne personelle Konsequenzen nicht abgehen, und die personellen Konsequenzen heißen Kraus, Waiz, Horny auf der Wiener Landesebene und Androsch auf der Bundesebene. Da hätte mich nur interessiert, wieso so ungewichtig politische Verantwortung angewendet wird.

Gratz: Herr Abgeordneter! Ich muß eigentlich die ganze Prämisse Ihrer Frage bestreiten und kann sie daher nicht beantworten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Prämisse sind ja die Fakten.

Gratz: Die Prämisse ist, daß Sie sagen, der Bundeskanzler hätte das gesagt. Ich weiß nicht, wann und wo er es gesagt hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es ist aktenkundig.

Gratz: Ich weiß es nicht, wann und wo er es gesagt hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Er hat es nach „Kurier" am 18. 3. 1981 nach dem Ministerrat gesagt. Es ist durch alle Zeitungen gegeistert.

Gratz: Hier möchte ich meinen Kommentar über die ... Das Grundbuch ist der „Kurier" nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich weiß schon, daß wir jetzt gleich in die Frage der Pressefreiheit hineinkommen.

Gratz: Er hat nur nicht für mich jenen Dokumentationswert wie ein Grundbuchauszug, was die Wahrheit betrifft.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Darf ich damit sagen, daß Sie nie gehört haben, daß der Bundeskanzler gesagt hat, es wird weitreichende Konsequenzen haben?

Gratz: „Weitreichende" hat er gesagt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Personelle hat er nicht gesagt? Die hat er extra ausgeschlossen?

Gratz: Er hat sie nicht ausgeschlossen. Er hat nur „weitreichende" Konsequenzen gesagt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist aber nicht der Schluß letztlich zulässig, daß die Fragen der Konsequenzen auch beim 50%-Partner Bund und beim 50%-Partner Land anders interpretiert werden? Einmal erwischt es den verantwortlichen Minister, auch wenn er sich nur zu 20 Prozent verantwortlich fühlt, und auf der Wiener Ebene erwischt es die, deren Abberufung man längst verlangt hat, nämlich die Vorstandsmitglieder und den Aufsichtsratsvorsitzenden.

Obmann Dr. Steger: Herr Abgeordneter! Ich bitte auch in anderen Fragen nicht die jeweiligen Zeugen zu fragen, ob eine Schlußfolgerung zulässig ist. Die Schlußfolgerungen ziehen wir. Bitte Fakten abzufragen. Das gilt für alle beteiligten Zeugen. Selbstverständlich ist für Sie, Herr Abgeordneter, auch wenn Sie der Meinung sind, diese Schlußfolgerung zulässig.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn jetzt, nachdem vor einigen Monaten als Traumlösung der Generaldirektor Kraus angeboten worden ist, als Traumlösung der ehemalige Präsident des Rechnungshofes angeboten wird, haben Sie sich eigentlich mit den Äußerungen des Stadtrates Mayr identifiziert, daß der Kandutsch mit den von ihm genannten Feststellungen anläßlich seiner Pressekonferenz dem ganzen Vorhaben AKH schweren Schaden verursacht hat?

Gratz: Herr Abgeordneter! Darf ich bitte nur sagen, im politischen Raum diskutiere ich über alles.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich zitiere die „Sozialistische Korrespondenz".

Gratz: Im politischen Raum diskutiere ich über alles. Aber hier weiß ich nicht, ob der Untersuchungsausschuß — es steht dem Nationalrat sicher frei, einen neuen einzusetzen — das zu diskutieren hat, was jetzt in den letzten Wochen an Äußerungen oder an Handlungen gesetzt wurde.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich sage noch einmal, es geht sicher darum festzustellen, ob das, was Sie bei Ihren ersten Einvernahmen gemeint haben, daß die Gründung der Aktiengesellschaft etwas war, was die ganze Angelegenheit

in den politikferneren Raum gerückt hat. Wenn es von der Hoheitsverwaltung an eine Aktiengesellschaft geht, wird es von der politischen Verantwortung weiter entfernt. Sie sind der Erfinder dieses Systems „weiter entfernt", und natürlich interessiert mich am Rande, ob die Unsinnigkeit — ich sage das jetzt nicht als Wertung, sondern als mögliche Schlußfolgerung — der heutigen Regelung, wie groß der Fehler war, den man gemacht hat, als man die AKPE als AG und damit in einen möglichst politfernen Raum gesetzt hat, oder ob es einem darum gegangen ist, die politische Verantwortung so weit loszubringen, daß man sie nachher auch nicht tragen muß.

Gratz: Herr Abgeordneter! Ich glaube damals gesagt zu haben, daß ich mit politikfernem Raum das gemeint habe, was ich hier nur wiederholen kann, daß bei der vorherigen Konstruktion politische Funktionäre unter Umständen zu entscheiden hatten über einzelne Fachentscheidungen, das sind Entscheidungen, die man entgegen mancher landläufigen Meinung halt mit dem sogenannten gesunden Menschenverstand nicht treffen kann. Es würde niemand bei den Kraftwerken eine Konstruktion finden, wo der Politiker zu entscheiden hat, welche Größe die Turbinen haben.

Ich habe damit gemeint, daß natürlich die politischen Entscheidungen, die die wesentlichen sein sollen, dort verbleiben, wo sie hingehören, nämlich beim Eigentümer, aber daß diese vorherige Konstruktion — ich habe einigemale dargelegt, daß es um die Relation zu vorher geht — dieses Spitzengremiums mit Einzelentscheidungen vielleicht noch machbar war, als es darum ging, daß man entscheidet, wie hoch das ganze Haus ist. Aber wenn es in einen Bereich kommt, wo dann die Entscheidungen zu treffen sind über Installationsaufträge, über Einzelheiten innen, hat meiner Ansicht nach eine Einzelentscheidung eines Politikers nichts mehr dort zu suchen, weil er gar nicht darüber entscheiden kann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben sehr klar das dargestellt, daß Sie der Meinung sind, weg von der Detailverantwortung und Detailentscheidung, okay, daß ich aber vielleicht viel stärker die Möglichkeit habe, durch Beauftragte mir die wesentlichen Dinge herausfiltern und berichten zu lassen. Das haben Sie zumindest als Vorteil dieser ganzen Angelegenheit gesehen. Nun heißt es, genau das war offensichtlich nicht der Fall. Man muß einen direkteren Zugriff machen, daher die Aktiengesellschaft.

Nun, Herr Bürgermeister, frage ich Sie, Sie haben am 19. August 1980 — und ich komme mit den Zitaten immer näher an Sie heran, damit Sie nicht grundbücherliche Untersuchungen machen müssen, es ist diesmal sogar die „Rathauskorrespondenz" — dort indirekt sagen lassen: Man werde auch darüber sprechen müssen, sagte Gratz, ob nicht für Vorhaben solcher Art und Größe besondere Rechtsformen gefunden werden müßten, die nicht einfach den Normen einer AG oder Ges.m.b.H. entsprechen. Das heißt, damals war eigentlich auch Ihr Herz nicht ganz bei der Ges.m.b.H., und Sie haben AG und Ges.m.b.H. eigentlich gleichgesetzt. Welche anderen Rechtsformen wurden denn seit dem August 1980 ausgeheckt?

Gratz: Herr Abgeordneter! Wenn man das jetzt versucht, ernsthaft darzustellen, und nicht in Richtung ausgeheckt und was einem da Listiges eingefallen ist, sondern wenn man wirklich bereit ist zu akzeptieren, daß man nachdenkt — ich bin gerne bereit, darüber zu reden — erscheint mir die Idee der besonderen Rechtsformen für große öffentliche Einzelvorhaben nach wie vor als gut. Ich weiß, man kann Dinge nicht verpflanzen. Mir erscheint das amerikanische Agency-System, natürlich nicht direkt transferiert, als ein gutes Beispiel, mir scheint das schwedische System der Reichsämter mit unmittelbarer Verantwortung an sich auch Grundsätze zu enthalten, die man sich überlegen sollte anzuwenden. Aber, wie gesagt, das ist eine Frage.

Ich habe auch bereits wieder mit Minister Salcher darüber gesprochen, weil er die Idee vom Grundsatz her auch für gut findet, auch sagt — darf ich hier einen scherzhaften Ausdruck verwenden —, über das muß man nachdenken lassen und sich einfach Meinungen und Vorschläge einholen.

Ich würde es grundsätzlich für gut halten, und zwar jetzt nicht im Einzelfall, sich zu überlegen, welche Art von Organisationsform man für große Sonderprojekte der öffentlichen Hand finden könnte. Wenn die Schwächen, die sich gezeigt haben hier bei der Gesellschaftskonstruktion, der Konstruktion immanent sind, dann ist ja die Tatsache, daß woanders bei solchen Sonderformen und Großprojekten nichts passiert ist, dann nicht der besseren Organisationsform dort zuzuschreiben, sondern der Tatsache einfach — um es deutlich zu sagen —, daß die handelnden Personen das dort im Griff gehabt haben. Bitte glauben Sie mir, daß das für mich eine ernsthafte Überlegung ist, das mit der Organisationsform, und nicht jetzt, weil Sie gesagt haben, also so angedeutet haben, da läßt man sich wieder etwas Listiges einfallen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, ich habe es vielleicht zu locker formuliert, aber mich interessiert es auch deshalb, weil ich glaube, daß dieser Untersuchungsausschuß unter Umständen am Schluß nicht nur zur Kritik, sondern auch zu ein paar vernünftigen Vorschlägen kommen

sollte. Wir sind daher immer froh, wenn irgendwer sagt, wir könnten uns auch vorstellen, daß es so oder so geht, und darum hat mich in der Öffentlichkeit dieses Umsteigen von der AG auf die Ges.m.b.H. so interessiert, weil ich gerne jetzt die Gründe gewußt hätte, nachdem wir hier ein Dreivierteljahr von allen Zeugen eigentlich im großen oder ganzen gehört haben, das mußte so sein, wie es gewesen ist, und jetzt plötzlich ist es anders, die zu diesem Umstieg geführt haben. Daß es eine Ges.m.b.H.-Form gibt, das hat man ja wirklich auch früher gewußt, das heißt, man hat zwischen zwei Möglichkeiten die weniger ideale gewählt. Sehe ich das so richtig?

Gratz: Von mir aus möchte ich eines feststellen: Ich bekenne mich ja nach wie vor dazu, daß ich — das ist ja schon ein paar Mal gesagt — ein Anhänger und ein, wenn Sie so wollen, Forderer der Umstellung auf die Gesellschaftsform war, aus den Gründen, die ja bereits als meine Zeugenaussage hier im Protokoll vorhanden sind. Daß sich nachträglich herausstellt, daß die Ges.m.b.-Konstruktion bessere Möglichkeiten bietet als die Aktiengesellschaft, und zwar nach Meinung der Personen, die ja jetzt im wesentlichen engagiert sind, nach Meinung des Präsidenten Kandutsch, der jetzt dort eine Reihe von Monaten tätig ist, auch nach Meinung des Finanzministers, kann für mich, der ich kein Gesellschaftsrechtler bin, nur der Grund sein zu sagen, ich akzeptiere das!

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Bürgermeister! Sie sagen jetzt, bessere Möglichkeiten bei der Ges.m.b.H. Sie haben aber kein Beispiel genannt. Können Sie mir einige Beispiele nennen, warum die Ges.m.b.H. besser ist als die AG, die man Ihnen genannt hat, Sie können ja hier nur weitergeben?

Gratz: Ja, es gibt für mich zwei wesentliche Dinge. Das erste ist, so wird deutlich, daß sich gezeigt hat, daß bei der Aktiengesellschaft für den Eigentümer die formalen Einflußmöglichkeiten zwar geringer werden, aber die Zurechnung der Verantwortlichkeit, vor allem in der Öffentlichkeit, deswegen nicht geringer wird.

Das ist etwas, was man eben in der Politik zu akzeptieren hat, denn in der Politik sind auch Meinungen Realität, wenn sie von Menschen geteilt werden.

Das heißt, bei der Ges.m.b.H. ist das erste, daß die Verantwortlichkeit und die Einflußmöglichkeiten des Eigentümers, sagen wir, dem angepaßt werden, was die Öffentlichkeit auch schon bei der AG von einem Eigentümer offenkundig erwartet hat, also um es ganz einfach darzustellen: Na wenn schon, dann wirklich mit der gesamten Einflußmöglichkeit des Eigentümers auf die Ges.m.b.H.

Das zweite, wie gesagt, was ich einfach akzeptiere, aus der Einschätzung der Person und seines Fachwissens, ist, daß der Präsident Kandutsch der Meinung ist, die Form wäre die bessere und würde ihm als Vorsitzendem des Aufsichtsrates mit der dann ihm zugeordneten und nur ihm unterstellten begleitenden Kontrolle bessere Arbeitsmöglichkeiten bieten für eine Einbindung der Begleitkontrolle eben in die gesellschaftsrechtliche Konstruktion.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Darf ich doch noch einmal um Verdeutlichung bitten, Herr Bürgermeister. Mir ist immer noch nicht einsichtig, aber Sie haben ja Ihre Gründe gehabt, warum diese Position des Aufsichtsratsvorsitzenden, auf die Sie immer wieder zurückkehren, soviel besser in der Ges.m.b.H. situiert ist als in der AG. Können Sie mir hier einige argumentative Beispiele nennen?

Gratz: Nein, ich kann Ihnen hier keine Beispiele nennen, ich kann Ihnen nur sagen, daß ich, wenn mir ein Mann, der sich jetzt auskennt dort, sagt, daß es besser wäre, diese Meinung akzeptiere.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nur wurde der Mann eine Woche oder vierzehn Tage vorher noch von allen Seiten, und zwar vom Bundesminister für Finanzen angefangen bis zu Ihrem Finanzstadtrat, als eher für das AKH von Schaden bezeichnet.

Gratz: Ich kann nur meine persönliche Einstellung sagen. Ich habe dem Präsidenten Kandutsch nach der Übersendung seines ersten Zwischenberichtes und nach der Pressekonferenz einen Brief geschrieben, in dem ich ihm sowohl für seine Arbeit als auch für sein öffentliches Bekenntnis zur Notwendigkeit des Allgemeinen Krankenhauses gedankt habe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Forderungen, das Spitzenmanagement abzuberufen und den Aufsichtsrat auszuwechseln und ähnliches, sind unmittelbar nach dem Bekanntwerden des ersten Kontrollamtsberichtes an Sie herangetragen und immer wieder abgelehnt worden. Man hat dann einen neuen Generaldirektor eingesetzt und auf jene Direktoren verzichtet, die zum Teil gar nicht einsatzfähig waren. Wie groß, glauben Sie denn, ist der Schaden, der durch dieses so späte Handeln, erst nach einem Jahr Maßnahmen zu treffen, dem AKH entstanden ist?

Gratz: Ich kann nicht beurteilen, ob ein Schaden entstanden ist. Ich möchte keine Schätzungen vornehmen. Ich meine, gerade dadurch, daß ja gleichzeitig die begleitende Kontrolle eingeführt wurde, die ja tatsächlich effektiv arbeitet, nehme ich an — ich sage: nehme ich an, der diesbezügliche Kontrollbericht wird

54 von 340 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 8 (Seite 2221b bis 2560) (gescanntes Original)

eben später kommen —, daß kein Schaden dadurch entstanden ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Zwei Firmen haben bei Ihnen im Zusammenhang mit dem AKH interveniert, die Firma Brown Boveri und die Firma WAEMA, eine Klimagerätefirma. Ist Ihnen das noch in Erinnerung?

Gratz: Nein, ehrlich gesagt nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn solche Interventionen stattgefunden haben, wie ist das weitergegangen?

Gratz: Wenn sie schriftlich stattgefunden hat, habe ich unter dem Eingangsstempel „Stadtrat Mayr, bitte weiter behandeln" draufgeschrieben und es weitergeschickt, weil er der Eigentümervertreter war. Wenn es mündlich war, habe ich dem Stadtrat Mayr davon berichtet oder eine Notiz geschickt. Ich habe persönlich in solchen und in anderen Fällen nie Einfluß genommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und haben Sie dann Berichte darüber bekommen?

Gratz: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie mit dem Herrn Proksch auch in der Schweiz?

Gratz: Ja, war ich, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Da ist der Herr Holliger nie dazugekommen?

Gratz: Nein. Der Name dieses Kurhauses — es schmunzelt jeder, weil es so heißt — ist Vögelinseck.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bei diesen Schweiz-Aufenthalten hat es nie Gespräche über die Aktion oder die Kampagne „Geschichten vom Dr. Kreisky" gegeben?

Gratz: Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, ab dem Zeitpunkt der AKPE-Gründung, welche Entscheidungen haben Sie im Zusammenhang mit dem AKH-Projekt persönlich getroffen? Sachlicher Natur.

Gratz: Persönlich, allein, überhaupt keine. Ich meine, persönlich mitgetroffen jene, wo ich bei den erweiterten Eigentümergesprächen dabei war. Das war zwei- oder dreimal.

Obmann Dr. **Steger:** Und bei personellen Entscheidungen, haben Sie Stadtrat Mayr beauftragt, sämtliche AKH-Agenden allein wahrzunehmen?

Gratz: Nein, eine solche Beauftragung war nicht notwendig, weil es der Geschäftseinteilung entspricht.

Obmann Dr. **Steger:** Ist der auch automatisch zuständig für den Bereich des Stadtrates Stacher gewesen?

Gratz: Nein, der Stadtrat Stacher hat von der Eigentümerseite her keine Kompetenz gehabt. Die Kompetenz des Stadtrates Stacher hat sich ergeben als der oberste Chef jener Abteilung, die dann später einmal der 50prozentige Nutzer sein wird. Das heißt, ich kann es erläutern. Wir haben damals lange nachgedacht, ich habe zum damaligen Zeitpunkt die Meinung vertreten, daß es besser wäre — zumindestens von unserer Seite —, den Nutzer, der ja Forderungen zu stellen hat in den meisten Fällen, nicht gleichzeitig zum letztverantwortlichen Entscheidungsträger zu machen.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt jetzt konkret: Wofür war jetzt der Stadtrat Stacher überhaupt verantwortlich? Aber nicht jetzt im Sinne von politischer Verantwortung, die man dann als Konsequenz daraus zieht, sondern was war in seiner Kompetenz überhaupt noch entscheidungsmäßig gegeben?

Gratz: Naja, doch die Entscheidung über jene Forderungen und Ansprüche, die er, das heißt er persönlich ja nie, sondern seine Beamten, als zukünftige Nutzer an die AKPE herantragen.

Obmann Dr. **Steger:** Und über ihn war sozusagen noch der Stadtrat Mayr, der eigentlich entschieden hat, ob es geht oder nicht? Ich verstehe das jetzt nicht ganz.

Gratz: Nein, nein, nicht im Einzelfall.

Obmann Dr. **Steger:** Bitte, das noch einmal zu erläutern. Ich glaube, daß das nicht ganz klar ist jetzt nach Ihrer Antwort. Ist sozusagen der, der darüber steht über dem Ganzen, der Stadtrat Mayr oder stehen die Gleichverantwortlichen nebeneinander mit verschiedenen Kompetenzen?

Gratz: Ich würde nicht sagen drüber. Der Stadtrat Mayr ist der, der natürlich auch nicht bei den Einzelentscheidungen, aber der jedenfalls formal als der Eigentümervertreter der Stadt Wien für die Endentscheidungen als Eigentümer zuständig ist. Das ist die eine Seite.

Der Stadtrat Stacher ist natürlich jetzt weder in Unterordnung noch Überordnung der Vertreter jener Geschäftsgruppe, die an die AKPE Forderungen bezüglich Nutzung zu stellen hat bzw. im konkreten Fall hat sich der Professor Stacher verdienstvollerweise ohne Kompetenz in formlosen Gesprächen mit der medizinischen Vertretung der medizinischen Fakultät auch als Abwehrer mancher Forderungen zur Verfügung gestellt.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist jetzt genau die entscheidende Frage, wenn man es näher sezieren will mit den Kompetenzen. Wir haben Stadtrat Mayr, wir haben Stadtrat Stacher als, wie Sie sagen, an sich gleichrangig, mit verschiedenen Kompetenzen, wobei der Eigentümervertreter der Stadtrat Mayr war, aber der Zuständige für Inhaltsfragen im Krankenhausbereich der Stadtrat Stacher. Fasse ich so richtig zusammen.

Gratz: Ja, nicht für die Entscheidungen in Inhaltsfragen, sondern sozusagen für die Ansprüche des Nutzers, was den Inhalt betrifft.

Obmann Dr. **Steger:** Wer war dann für die Entscheidungen in Inhaltsfragen, also was dort konkret gebaut wird, welche Klinikform gewählt wird, wer war dafür von Ihrer Arbeitseinteilung zuständig?

Gratz: Für die Entscheidung Vorstand und Aufsichtsrat der AKPE, sofern es nicht so gewichtig war, daß sie es an eine Eigentümersitzung herangetragen haben.

Obmann Dr. **Steger:** Wir haben da jetzt ein Protokoll, handschriftlich. Besuch in Düsseldorf, 28. 5. 1976. Da schreibt Winter: Wilfling weist auf anfängliche Stacher-Ressentiments hin, AKPE mit DKI zusammenzulassen oder nicht zusammenzulassen. Pressekampagne hat Stacher — und dann steht — und Gratz — laut Winter —, Stacher und Gratz dazu bewogen, Gesinnungsänderung dahin gehend, daß späterer Betreiber sich jetzt schon engagiert und nicht, wie von Stacher vorgesehen, distanziert. Keine Isolation.

Darum habe ich jetzt noch einmal nachgefragt, wer wofür kompetent ist. Aus diesem Aktenvermerk ergibt sich, wenn ich das richtig interpretiere, daß es einen Zeitraum gegeben hat, wo sich Stacher eher absentieren wollte und gemeint hat, hier ist er nicht direkt zuständig, daher hält er sich heraus. — Steht hier zusammen mit: als späterer Betreiber nicht jetzt schon engagieren —, und hier steht aber, daß Wilfling bekanntgibt, daß es eine Gesinnungsänderung gibt und daß eine Pressekampagne Stacher und Sie, Herr Bürgermeister, bewogen hat — Sie stehen ausdrücklich da —, daß eben der spätere Betreiber sich jetzt schon engagieren soll.

Ist Ihnen über einen derartigen Meinungsumschwung etwas bekannt und haben Sie dazu Gespräche geführt? Ich sage noch einmal den Termin, von dem das da steht. Es ist 28. 5. 1986.

Gratz: Ich glaube, es ist auch gar nicht so die monatliche Zuordnung bedeutend. Im wesentlichen ist es darum gegangen, daß Professor Stacher, wie ich glaube, richtigerweise gesagt hat, der organisatorische Aufbau, das heißt, welche Abteilungen, welche Kliniken, usw., ist jedenfalls eine Entscheidung, die von der Klinikseite her zu treffen ist, weil er nicht sagen kann, er betreibt andere Fachabteilungen als die Kliniker als Kliniken durchsetzen. Das heißt, hier ist ja mit dieser Doppelkonstruktion die Spitalsverwaltung jedenfalls der Betreiber jener Krankenbetten, die es an sich durch die Entscheidung der Universität, welche Kliniken es geben soll und wie viele, sozusagen vorgegeben ist.

Das war zu diesem Zeitpunkt, wo es darum gegangen ist, was kommt alles hinein, sicher richtig. Es hat dann aber Professor Stacher selbst erkannt, und natürlich habe ich mit ihm Gespräche darüber geführt, er hat selbst erkannt, daß es ja für den Spitalsbetreiber vom Standpunkt des Spitalsplanes interessant ist, welchen Stellenwert nimmt dann das Allgemeine Krankenhaus einfach bei der ärztlichen Versorgung nicht für Wissenschaft und Lehre ein, und er hat sich dann, wie gesagt, ohne formal kompetent zu sein, in der Form mehr eingeschaltet, als er eben auch aus seiner Funktion als Mediziner und Universitätsprofessor heraus mit den Kollegen auf der universitären Seite formlos ohne Kompetenzen immer wieder Gespräche darüber geführt hat.

Obmann Dr. **Steger:** Naja, das heißt, Sie legen immer Wert auf die Formulierung formlos und ohne Kompetenzen. Wir wissen aber aus den anderen Zeugenaussagen, daß der Nutzerkonsens, der sogenannte Nutzerkonsens, ein höchstrangiges Ziel der AKPE war. Und das heißt aber dann doch, dieser Nutzerkonzens, darüber Entscheidungen zu treffen, war ja nicht in der Kompetenz des Stadtrates Mayr, sondern im Bereich der Geschäftsgruppe des Stadtrates Stacher.

Gratz: Na ja sicher. Der Nutzerkonsens ist ja ein Dreiecksverhältnis. Das ist ein Konsens jeweils zwischen Einzelnutzer und AKPE und zweitens Konsens zwischen den einzelnen Nutzern. Ich meine, ohne Formalkompetenz sicher in dem Sinn, daß Professor Stacher nicht die Kompetenz gehabt hat, die Professoren einzuladen und gesagt hat, jetzt müssen wir uns auf eine bestimmte Sache einigen. Ich weiß, daß er, wie gesagt, er hat das als formlose Gespräche deklariert, und ich glaube, daß die sehr, sehr viel zum formalen Nutzerkonsens beigetragen haben.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Ihnen bekannt, daß es institutionalisierte Gespräche, das heißt jetzt vor allem, regelmäßige Gespräche, zwischen Stadtrat Mayr und Stadtrat Stacher gegeben hat?

Gratz: Bitte, es hat sie gegeben. Ob sie in irgendeiner Form institutionalisiert waren,

56 von 340 zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 8 (Seite 2221b bis 2560) (gescanntes Original)

also mit bestimmten Wochentagen oder in bestimmten Abständen, glaube ich nicht. Kann ich nicht sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie dazu irgendwelche Aufträge gegeben für diesen Kompetenzbereich?

Gratz: Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Gab es im Rahmen der Festlegung, die sich, wie Sie ja sagen, ergeben hat, daß der Eigentümervertreter der Stadtrat Mayr ist, gab es in diesem Zusammenhang irgendwelche Anordnungen von Ihnen, wie diese Kompetenzabgrenzung ausschauen soll?

Gratz: Nein. Anordnungen nicht. Aus den Gesprächen war klar, daß Stadtrat Mayr jedenfalls in den wesentlichen Fragen den Konsens, oder sagen wir, da es ja keine Formalhandlungen waren, die Übereinstimmung mit Stadtrat Stacher sucht, war eine solche Anordnung nicht notwendig.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Welche Informationen haben Sie persönlich zwischen 1975 und 1980 von Stadtrat Mayr und Stadtrat Stacher in diesen Fragen der Kompetenzen erhalten? Gab es da institutionalisierte Kontaktnahme?

Gratz: Es gab keine institutionalisierte Kontaktnahme. Ich meine, es gibt von mir mit jedem amtsführenden Stadtrat in nicht ganz genau fixierten, aber regelmäßigen Intervallen natürlich Gespräche mit Informationen über den gesamten Geschäftsbereich. Und wenn bei dieser jeweiligen Zusammenkunft Informationen aus dem Bereich AKPE vorgelegen sind, Baufortschritte etc., dann hat er sie mir natürlich gegeben.

Obmann Dr. **Steger:** Wir haben jetzt da seinerzeit uns schon einmal unterhalten über die Frage, wie weit war der Amtsrat beschäftigt mit Entscheidungen. Jetzt haben wir da vom 22. 1. 1976 zusätzlich zu all dem, wo wir jetzt schon diese Diskussion geführt haben, und Sie uns ergänzend dann das mitgeteilt haben, findet sich auch unter Winters Unterlagen ein Aktenvermerk, Datum 22. 1. 1976: Stacher, Waiz, Ego — Ego ist Winter — mit allen möglichen Dingen, die da jetzt passieren sollen, Reduktion auf Einfachkliniken, war eine ganz wesentliche Entscheidung, weil ja dann später Druck gemacht wurde in der Öffentlichkeit, auf das Doppelkliniksystem überzugehen, und das hat sicher, ich halte das nur vor, damit der Themenkreis abgegrenzt ist, zu dem ich frage, sicher viele Umplanungsmöglichkeiten eröffnet.

Dann steht da, Ausbildungsbedarf würde in städtischen Spitälern gedeckt werden. Lehrspitäler. Und dann kommt der Satz: Stacher hat bereits im Komitee und Amtsrat darüber gesprochen. Das ist jetzt zum zweitenmal etwas, wo sehr wohl wieder der Amtsrat vorkommt.

Dann haben wir zusätzlich aus früheren Zeiten diese Amtsratklausur, 2., 3. Mai 1974, aus der mit einer langen Tagesordnung dann dringend notwendige Entscheidungen, 15 Punkte zum AKH und lange Referate hervorgehen, sehr detailliert, was da alles in Kürze zu entscheiden ist.

Ich möchte daher noch einmal an Sie die Frage stellen, war dieser Amtsrat Ihres Wissens in Ihrem Beisein oder mit Protokollen, die Sie zugestellt erhalten haben, je beschäftigt mit Grundsatzentscheidungen, wie es beim AKH weitergehen soll?

Gratz: Zuerst noch einmal zu dieser Sitzung, das war deshalb eine sehr lange Sitzung, die sich ja nicht nur mit dem AKH beschäftigt hat, das war quasi, wie kann ich das sagen, so eine Art Übernahmsbilanzsitzung einige Zeit nach meinem Amtsantritt. Das ist das eine. Deswegen ja auch in allen Bereichen sehr ausführliche Berichte.

Und zum zweiten, wenn ich jetzt versuche, zu rekapitulieren, Grundsatzentscheidungen, ich meine, natürlich ist bei dieser Zusammenkunft sicher, ohne daß ich jetzt im einzelnen in Erinnerung rufen kann, wenn es wesentliche Dinge gegeben hat, darüber gesprochen worden.

Aber natürlich nicht im Sinne von Anträgen, es wäre etwas zu entscheiden, sondern manchmal auch in Richtung von Informationen. Ich meine, Grundsatzentscheidungen, das Ganze ist ja kein Gremium, in dem abgestimmt wird, Grundsatzentscheidungen, jedenfalls natürlich in der Richtung, wo wir einige Male darüber gesprochen haben, war eher formlos. Also, so wie hier, so wie die ganze Öffentlichkeit, wäre es klüger gewesen im Jahre 1960 ein Pavillon-Spital zu bauen und ähnliches.

Und man ist zu der Entscheidung gekommen, etwa grundsätzlich, daß das eine Frage ist, die höchsten von theoretischem Interesse ist, sondern daß es notwendig ist, diesen geplanten Bau fertigzustellen und möglichst rasch in Betrieb zu nehmen. Also Grundsatzentscheidungen in dieser Richtung sicher.

Obmann Dr. **Steger:** Und wenn ich jetzt die Frage nehme, Einfachkliniksystem, Doppelkliniksystem, wurde dort eine politische Entscheidung getroffen, zunächst das Einfachkliniksystem zu versuchen?

Gratz: Meiner Erinnerung nach eine Entscheidung sicher nicht. Es ist die Problematik diskutiert worden, die natürlich darin besteht,

ich meine Einfachkliniksystem jetzt im Sinne nur, um es aufzuklären, als quasi Gegenfrage. Die Frage: Braucht man zwei chirurgische, zwei medizinische und so weiter Kliniken?

Es wurde natürlich diskutiert, und zwar alles pro und kontra dieser Sache. Ich gebe ohneweiters zu, daß ich persönlich etwas skeptisch war dem Versuch gegenüber, das Einfachkliniksystem einzuführen. Einfach weil es leichter ist, aus dem luftleeren Raum ohne existente Institutionen etwas Neues, Optimales zu konstruieren, als ein gewachsenes System plötzlich umzuändern.

Obmann Dr. **Steger:** War die Grundlage dieser Entscheidung bei Einfachkliniken die Frage der politischen Beschneidung allfälliger Primarärzte, die politisch eingefärbt sind?

Gratz: Nein, das sicher nicht. Ich möchte das noch einmal wiederholen: Es hat natürlich auch andere Meinungen gegeben, das heißt, eigentlich übereinstimmend, daß es grundsätzlich, wenn man jetzt daranginge, das System der medizinischen Fakultät an den Universitätskliniken neu zu konstruieren, daß man keine Doppelkliniken schaffen würde, aber daß man ein gewachsenes System sehr schwer radikal umändern kann.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Jetzt haben wir einerseits dieses Gremium Amtsrat, wo Sie sagen, es ist kein Abstimmungsgremium, sondern wenn, dann ein Berichts- und Informationsgremium. Habe ich das richtig so festgehalten?

Gratz: Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Allenfalls ein Konsensgremium, wenn es Einverständnis gibt. Dann gibt es aber andererseits diese Arbeitssitzungen der sozialistischen Gemeinderäte, des Gemeinderatsausschusses 4.

Gratz: Alle Fraktionen, alle wichtigen Fraktionen aller Parteien. Was die anderen Fraktionen machen, weiß ich nicht. Das machen die sozialistischen Fraktionen aller Ausschüsse, meine ich.

Obmann Dr. **Steger:** Hier entnehme ich, daß am 2. und 3. Juni 1975 in Bad Aussee eine Sitzung stattgefunden hat. Wir haben bisher immer aus den Winter-Unterlagen, wo steht, Teamsitzung, geglaubt, es geht dabei um das Stacher-Team.

Und ein Zeuge hat uns das auch in die Richtung beantwortet. Wir haben es ihm auch nicht vorhalten können, weil wir das Protokoll damals noch nicht hatten.

Jetzt geht hervor, daß in dieser Sitzung sehr, sehr wesentliche Erörterungen, Beratungen und Grundsatzentscheidungen vorberaten wurden. Das Protokoll ergeht auch an Sie, wie hier steht, offensichtlich.

Herr Zeuge! Darf ich die Frage an Sie stellen: Kriegen Sie Kopien der Fraktionssitzungen von Ausschüssen? Ist das richtig?

Gratz: Ja. Das ist richtig.

Obmann Dr. **Steger:** Und hier entnehme ich diesem Protokoll, wo die Gemeinderäte wie Dohnal und Fast und andere Teilnehmer beteiligt sind —, am Nachmittag des 2. 6. 1975 nehmen an dem Arbeitsgespräch zu Punkt 3, der Punkt 3 ist AKH, außer den sozialistischen Gemeinderäten nur die Genossen — ich weiß nicht, warum „nur" — die Genossen Dr. Siebensohn, Dkfm. Wilfling, Dipl.-Ing. Winter und Amtsrat Krainer teil.

War das üblich, ist jetzt die Frage, daß zu solchen Sitzungen diese Herren des Managements des AKH, also vor allem Wilfling und Winter, daß die daran direkt teilgenommen haben?

Gratz: Bitte, generell kann ich es hier für die weiteren Sitzungen nicht sagen. Die Fraktionen ziehen sicher die sachkundigen Beamten bei in allen Ausschüssen.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt aber dann doch, daß Winter und Wilfling ja in einer sehr aufgewerteten Position waren, wenn sie direkt an solchen Sitzungen, wie aus dem Protokoll hervorgeht, auch redeberechtigt, sie haben dort informiert und mitgesprochen, teilnehmen. Die mußten sich ja dann wesentlich stärker fühlen und haben sich sicher auch unter anderem deswegen wesentlich stärker gefühlt, als man bisher annehmen konnte.

Gratz: Also ich glaube, ich meine, das ist eine Frage der persönlichen Einschätzung. Natürlich verleiht es jemanden Prestige, wenn er an Ausschußfraktionen teilnimmt. Das ist an sich selbstverständlich. Aber es ist eine jahrzehntelange Übung, daß sachkundige Beamte auch bei anderen Ausschußfraktionen teilnehmen. Ich meine je nach der Art der Ausschußberatungen als Auskunftspersonen oder als Mitberater. Ich meine, daß das manchmal verschwimmen kann, wissen alle, die irgendwo an Beratungen teilgenommen haben.

Obmann Dr. **Steger:** Wie viele solche Sitzungen, das kann ja von Ihnen nur ungefähr beantwortet werden, gab es denn, wo dieser Personenkreis dabei war?

Gratz: Das kann ich nicht sagen. Ich kann nur sagen, daß an sich die Ausschußfraktionen im Gemeinderat, daß jede Ausschußfraktion etwa zweimal im Jahr versucht, eine ganztätige Sitzung abzuhalten.

58 von 340 zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 8 (Seite 2221b bis 2560) (gescanntes Original)

Obmann Dr. **Steger:** Vorletzte Frage: Warum sind der AKPE ohne Vorbereitungszeit sofort die Agenden der alten Bauleitung übergeben worden? Dieses Fehlen einer Vorbereitungszeit hat aus meiner Sicht einige Schwierigkeiten nach sich gezogen.

Gratz: Rückblickend, kann ich jetzt auch sagen, wäre es vielleicht von Vorteil gewesen, die AKPE hätte Zeit gehabt, ich weiß nicht, eine Art Übernahmestatus festzustellen und es dann zu übernehmen. Ich meine, das Motiv war einfach, daß man wollte, daß so rasch als möglich weitergearbeitet wird.

Obmann Dr. **Steger:** Der letzte Bereich. Treten die Klinikvorstände bei ihren Wünschen, die sie da im Rahmen des versuchten Nutzerkonsenses zu äußern, treten Sie alleinverantwortlich im eigenen Wirkungsbereich auf bei diesen Gesprächen oder unter der Aufsicht des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung?

Gratz: Die formelle Sache kann ich nicht beantworten. Aus der praktischen Sache weiß ich, daß sie jedenfalls allein auftreten. Ob allein verantwortlich, wie gesagt, kann ich nicht beurteilen. Aber daß sie gemeinsam auftreten — nicht bei mir —, aber ich weiß davon, sie treten jedenfalls — ich nehme an, ohne Einzelabsprache mit dem Wissenschaftsministerium — etwa bei diesen Gesprächen, dieser Gesprächsrunde, die der Stadtrat Stacher in Intervallen zusammengerufen hat, auf.

Obmann Dr. **Steger:** Die Frage ist, ob Sie wieder als Bürgermeister Informationsgespräche oder Absprachen darüber mit der Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung geführt haben?

Gratz: Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Also institutionalisierte Vereinbarungen gab es darüber nicht? Oder ist Ihnen nichts bekannt?

Gratz: Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Könnte es so etwas gegeben haben, ohne daß Sie davon wissen?

Gratz: Es könnte es gegeben haben. Ich glaube nicht, nach meinem Wissen, daß es mit der Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung institutionalisierte Nutzergespräche gegeben hat.

Obmann Dr. **Steger:** Ich möchte damit konkretisieren: Ist es denkbar, daß Stadtrat Mayr es direkt mit der Frau Minister vereinbart hat, wie es lauten soll, ohne daß Ihnen eine Mitteilung zugekommen ist? Daß sich also eine Kompetenz vom Ressort zu den Ärzten verschoben hätte?

Gratz: Es ist denkbar, aber ich glaube nicht an eine solche formelle Vereinbarung.

Obmann Dr. **Steger:** Ich danke. Ich bin damit fertig. — Die SPÖ will keine Zusatzfrage mehr. Bei der ÖVP ist mir mitgeteilt worden — ich bitte nur zu verstehen, daß ich sehr stark, so wie auch bei meinen Fragen, darauf Rücksicht nehmen werde, daß es sich im Rahmen des Untersuchungsauftrages bewegt. Die allgemeine politische Diskussion haben wir ja dann bei der Plenardebatte. Ich glaube, Herr Abgeordneter Dr. Feurstein ist der nächste — ist das richtig? —, ich bitte, Herr Kollege.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich zunächst fragen: Sie haben jetzt, Herr Bürgermeister, zum Ausdruck gebracht, daß Sie auf eine Beschleunigung Wert gelegt haben.

Gratz: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welcher Weise haben Sie versucht, eine Beschleunigung zu erreichen? Wenn Sie uns ganz konkret — damit es kurz ist — sagen, wo?

Gratz: Ich glaube, bei meiner ersten und zweiten Aussage gesagt zu haben, daß ich glaubte — wie sich nachher herausstellte, ich meine, trotz allem, was passiert ist, richtigerweise —, daß die Übernahme der Agenden durch die AKPE eine wesentliche Beschleunigung bringen wird.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Konkrete Dinge können Sie uns nicht nennen?

Gratz: Na, das ist doch sehr konkret, die Umwandlung in eine AKPE.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Zweitens: Sie wissen, es ist auch angedeutet worden von Ihnen heute, ich habe nur Zusatzfragen zu dem, was Sie schon früher gesagt haben und zu dem, was Sie heute gesagt haben. Ich darf Ihnen sagen, daß in mehreren Einvernahmen festgestellt worden ist, daß bei der Auftragsvergabe von der Seite der Stadt Wien interveniert worden ist, ich darf Ihnen unter anderem Ing. Mück von der Siemens zitieren, wo er sagte, es standen potente Leute dahinter. Und dann sagte Mück: Ich persönlich stand unter dem Eindruck, daß es potente Leute waren, und zwar bei der Stadt Wien in erster Linie, nicht sosehr beim Bund. Haben Sie nie jemals irgendwo interveniert?

Gratz: Ich habe persönlich bei keinem Organ der AKPE jemals interveniert. Wenn es Interventionen gegeben hat, dann habe ich sie an den amtsführenden Stadtrat weitergegeben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mayr?

Gratz: Wobei ich dazu aber eines feststellen

muß, und das meine ich jetzt sehr ernsthaft: Immer dann, wenn auch bei anderen Arbeiten — das letzte Beispiel war die Möglichkeit einer Vergabe der Renovierung eines Rathausturmes durch eine ungarische Firma — es irgendwo um die Frage gegangen ist, ist hier eine gleich potente Wiener Firma zum annähernd gleichen Preis nicht zum Zug gekommen, dann habe ich in jedem Fall, ganz egal, um welchen Bereich es sich handelt, den jeweils zuständigen Stadtrat darauf aufmerksam gemacht. Ich muß das darstellen, daß jedenfalls Interventionen in Richtung AKPE, wenn sie von mir weitergegeben wurden, keine Einzelfälle waren. Es gab solche Interventionen, zu denen ich mich jeweils bekenne, für Rathausturm, für die Frage, warum plötzlich sämtliche Architekten ausländische Fliesen bei Wiener Wohnhäusern vorschlagen und nicht inländische und eine Vielzahl anderer.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es geht nicht darum, Herr Bürgermeister, es geht ganz konkret um die Intervention der Leistung einer Anzahlung von der AKPE an die Firma Siemens, die dann an die Firma Knoblich weitergegeben werden mußte, Größenordnung entweder 40 oder 65 Millionen Schilling — wir wissen es nicht ganz genau. Die Aufstellung der Firma Siemens lautet auf 65 Millionen Schilling, uns wurde im Untersuchungsausschuß 40 Millionen Schilling gesagt. Mit dieser Anzahlung und damit mit der Auftragsvergabe an die Firma Knoblich haben Sie nichts zu tun?

Gratz: Bitte mit der Anzahlung nicht. Mit der Auftragsvergabe vielleicht ja, denn ich habe einen Brief vom Bundesminister Staribacher bekommen, in dem er mich darauf hingewiesen hat auf etwas, was mir auch bei einem Betriebsbesuch dort gesagt wurde, nämlich daß ein Auftrag — ich glaube für Leuchten — an die Firma Siemens vergeben werden soll, habe ich in Erinnerung, und daß es hier in Wien eine Firma gibt, die dasselbe in Wien produziert. Ich habe zwei Dinge gemacht: Ich habe auf beides den Stadtrat Mayr aufmerksam gemacht und habe zusätzlich dem Herrn Bundesminister für Handel zurückgeschrieben, daß ich empfehlen würde, diese Intervention auch an seine Bundes-50-Prozent weiterzugeben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit Bezahlung haben Sie nichts zu tun gehabt?

Gratz: Nein, beim einzelnen sicher nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie dann fragen zum Stadtrat — Dr. Steger hat Sie bereits gefragt in dieser Sache —, welche Beschlüsse dort gefaßt worden sind? Ich entnehme diesem Protokoll, daß sehr wohl ein sehr wichtiger Beschluß gefaßt worden ist, nämlich daß ein Bevollmächtigter des Bundes ernannt werden sollte, bevor es zur Gründung der AKPE kommt. Es war der Wunsch der Stadt Wien, daß dieser Bevollmächtigte des Bundes ernannt wird — bei der Stadt Wien ist ja Dr. Bandion ernannt worden —. Können Sie uns sagen, warum dieser Bevollmächtigte des Bundes, nachdem es der Wunsch der Stadt Wien war und dieser Wunsch zweifellos auch an den Bund weitergetragen wurde, warum es nicht dazu gekommen ist? Was wurde Ihnen mitgeteilt?

Gratz: Warum es nicht dazu gekommen ist, werden Gründe sein, die auf Seite des Bundes liegen, über die ich keine Auskunft geben kann. Mein Motiv war klar: Ich war der Meinung, daß, wenn wir schon — das war ja vor der Neukonstruktion — keine völlige Neukonstruktion finden, dann würden zwei Spitzenverantwortliche jedenfalls ein rascher entscheidungsfähiges Gremium sein als eine Versammlung von Mitgliedern der Bundesregierung und des Stadtsenates.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es sollte wahrscheinlich kein Politiker sein, sondern es sollte ein Beamter sein. Bei der Stadt Wien war es ja der Dr. Bandion.

Gratz: Ich muß sagen, das war eine Sache, wo ich mich überhaupt nicht eingemischt habe oder hätte. Mir war sozusagen als Hauptmotiv wesentlich die Reduzierung dieses großen Spitzenausschusses auf ein Entscheidungsgremium von zwei Personen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie können uns nicht sagen, warum es nicht dazu gekommen ist?

Gratz: Nein, das kann ich nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ein Punkt war auch, daß Riethmüller den Eindruck vermittelt hat, daß seine Leistungen nicht den Ansprüchen entsprechen. Was ist von Ihnen — Sie sind ja da mit dabei und Sie sind der Bürgermeister — gemacht worden, daß man diesen Vertrag in Sache Riethmüller überprüft? Soll ich Ihnen das vorlesen?

Gratz: Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Vertrag über die Betriebsorganisation mit Prof. Riethmüller, Dr. Riethmüller, muß überprüft werden, weil wir den Eindruck haben, daß die darin geforderten Leistungen und die gestellten Termine nicht erbracht bzw. eingehalten werden. Der von der Bauleitung im Aktenvermerk über die Sitzung ...

Warum hat man sich von der Stadt Wien, warum haben Sie sich nicht durchgesetzt in dieser Sache Riethmüller. Wir wissen, daß das Kontrollamt, aber auch in gewisser Hinsicht

der Rechnungshof, diese Leistungen kritisiert haben. Es gibt viele, die das immer wieder kritisiert haben. Warum ist es Ihnen nicht gelungen, sich hier in der Sache Riethmüller durchzusetzen?

Gratz: Ich weiß nicht, ob es eine Frage des Durchsetzens ist, Herr Abgeordneter, aber ich kann jetzt nachträglich die Details sicher nicht in Erinnerung rufen, außer, daß ich bei allen Gesprächen, die ich führte, den Eindruck hatte, daß alle Verantwortlichen sich bemühen werden, hier, sagen wir, den Vertrag mit Riethmüller in den Griff zu bekommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Erinnern Sie sich, mit wem Sie solche Gespräche geführt haben?

Gratz: Ganz sicher mit Dr. Bandion und dann später höchstwahrscheinlich auch mit Professor Stacher.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber auf seiten des Bundes mit niemandem?

Gratz: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie dann fragen: Sie kennen das wahrscheinlich, oder sicher nehme ich an, daß Sie das kennen, daß im Zusammenhang mit dem AKH aufgetaucht sind Schmiergeldzahlungen von seiten der Firma Aufbau-GesmbH, da spielt diese Frau El Kangi eine gewisse Rolle, Margarethe El Kangi. Sie kennen die Sache.

Gratz: Herr Abgeordneter, ich kenne die Sache nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nicht. Hat Sie Stadtrat Hatzl darüber nicht informiert? Es geht darum, daß diese Frau — es ging auch durch die ganze Presse — regelmäßige Zahlungen in der Größenordnung von 5 000 S bis 10 000 S erhalten hat.

Gratz: Ach so ja, das war nicht im AKH, entschuldigen Sie, das war jetzt nicht im AKH-Bereich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein, nein, das ist Magistrat.

Gratz: Na gut, ich weiß, daß Stadtrat Hatzel dem sehr genau nachgegangen ist, aber von diesen Behauptungen ist nichts übriggeblieben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum hat die Stadt Wien hier keine Strafanzeige erstattet beziehungsweise keine Zivilrechtsklage eingereicht, um die Beträge hereinzubringen?

Gratz: Herr Abgeordneter! Ich kann Ihnen gern die Auskunft ausführlichst verschaffen, aber ich kann sie Ihnen jetzt im Detail nicht sagen. *(Zwischenruf.)* Nein, ich könnte mir sicher sofort von der zuständigen Magistratsabteilung die Auskunft geben lassen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen genauso, daß es gewisse Rückforderungsansprüche an die ODELGA gibt im Zusammenhang mit dem Beratungsvertrag mit Dr. Wilfling — Größenordnung einige hunderttausend Schilling. Wird die Stadt Wien diese einige hunderttausend Schilling, 600 000 S, weil Wilfling bei der Stadt Wien bereits einen Beratungsvertrag hat, weil er voll angestellt war im Jahre 1978, die Firma ODELGA aber zu dieser Zeit Honorarforderungen verrechnet hat, zurückfordern?

Gratz: ja diese Prüfung überlasse ich der Abteilung für Zivilrechtsangelegenheiten in der Magistratsdirektion.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie werden sich hier nicht einmischen?

Gratz: Ich meine, ich will es wissen, aber ich werde mich sicher nicht in die Sachentscheidung einmischen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie werden sie nicht beeinflussen?

Gratz: Also wozu habe ich eine Abteilung mit hervorragenden Juristen, wenn ich mich dann als Jurist, der das studiert hat, aber jedenfalls seit 20 Jahren nicht praktiziert, hineinmische?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das ist überhaupt ein Problem, Herr Bürgermeister, daß Sie sich sehr stark auf Ihre Experten berufen: 1975 bei der Gründung der Aktiengesellschaft, jetzt bei der Gründung der GesmbH. Sie überlassen das eigentlich den Experten. Muß man sich, wenn man politisch verantwortlich ist, nicht selber auch sagen: Kann ich das verantworten? Kann ich das eine verantworten, kann ich ich das andere verantworten?

Gratz: Herr Abgeordneter, das ist eine so allgemeine Frage. Aber es ist selbstverständlich, wenn man oberster Chef einer Verwaltung mit 56 000 Bediensteten und einem Budgetvolumen von jetzt 54 Milliarden ist, daß man sich selbstverständlich auf einen erfreulicherweise hochqualifizierten Beamtenapparat verläßt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber, Herr Bürgermeister, das sind ja so entscheidende Dinge, die jetzt passieren, solche Vorwürfe. Wäre es nicht richtig, wenn sich der Bürgermeister wenigstens in dieser Phase vielleicht doch nun selber ein echtes Urteil und selber eine echte Meinung zu diesen Fragen der Gründung einer GesmbH bildet?

Gratz: Ja, Herr Abgeordneter, das ist dann schon eine Frage der Beurteilung meiner Tätig-

keit, eine Selbstbeurteilung nehme ich nicht gerne vor.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann darf ich Sie fragen: Wir haben hier eine Notiz vom 5. 6. 1976, wo sich Stadtrat Stacher beschwert in gewisser Hinsicht. Man kann echt sagen, daß er sich beschwert, er sei nicht informiert worden, er will die AKH-Distanzierungspolitik, die er eingeschlagen hat, nicht mehr weiter aufrechterhalten. Hat Ihnen Stadtrat Stacher gesagt, daß er im AKH nach der Gründung der AKPE nicht im notwendigen Ausmaß eingeschaltet wird, daß er nicht entsprechend informiert wird über die ganzen Entscheidungen, die bei der AKPE erfolgen? Gab es jemals ein Gespräch zwischen Ihnen und dem Herrn Stadtrat?

Gratz: Na ja, es gab, ich möchte nur sagen, fast ununterbrochen, aber sehr oft Gespräche zwischen uns. Selbstverständlich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja sicher. In der Sache jetzt?

Gratz: Natürlich auch. Es ist ja hier nicht um eine Formalbeschwerde gegangen, sondern immer wieder um die Frage, um die man ja, wenn man sachlich weiterkommen will, ringt: In welcher Form kann der Professor Stacher als einer ... Ich nehme jetzt ihn nicht als Person, sondern es wird jedenfalls bei Inbetriebnahme des Spitals einen amtsführenden Stadtrat für Gesundheit und Umweltschutz geben, und dieser amtsführende Stadtrat bekommt dann ein Spital in die Hand gedrückt. Und die Frage, inwieweit er vorher mitreden kann, ist ununterbrochen diskutiert worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja. Was haben Sie getan, daß er mehr mitreden kann, nachdem Sie das erfahren haben?

Gratz: Es ist schwer, bei etwas, was kontinuierlich im Raum der Politik und Verwaltung stattfindet, jetzt eine Einzelmaßnahme herauszunehmen. Ich meine: Was tut in so einem Fall ein Bürgermeister? Die Stadträte, die damit zu tun haben, gemeinsam zusammenrufen, mit ihnen reden, sagen: In welcher Form kann man, wenn er schon kein formelles Organ der AKPE ist, bewirken, daß er dennoch mitreden kann?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich könnte mir konkret vorstellen, daß Sie an den Vorstand der AKPE oder an den Aufsichtsratsvorsitzenden-Stellvertreter der Stadt Wien oder an den Aufsichtsratsvorsitzenden überhaupt herantreten und ihnen das mitteilen und ersuchen, daß sich die Situation ändern muß, damit der künftige Hauptbenutzer, was Stadtrat Stacher zweifellos ist, entsprechend eingebunden ist. Ich frage Sie nämlich aus folgendem Grund: Wir haben den Eindruck oder ich habe den Eindruck — ich darf nicht in der Mehrzahl reden —, daß bestimmte Politiker ausgeschaltet worden sind, bewußt ausgeschaltet worden sind von Entscheidungen.

Gratz: Bitte, zu dem Eindruck kann ich nichts sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich wollte nur sagen, warum ich Sie frage.

Gratz: Nein, ich kann nur sagen, warum ich nicht direkt an die Organe herangetreten bin. Weil ich seit 1973 ein Prinzip habe, niemals über den Kopf eines ressortführenden Stadtrates unmittelbar jetzt an irgend jemand heranzutreten, sondern eben über den Ressortleiter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie glauben, daß Stadtrat Stacher das gar nicht gewünscht hätte, wenn Sie ihn hier unterstützt hätten? Ich meine, ich frage Sie.

Gratz: Erstens habe ich ihn unterstützt, und zweitens war die Formalfrage: Habe ich an Vorstand oder Aufsichtsrat der AKPE in diese Richtung etwas getan? Ich sage nein, weil ich grundsätzlich weder bei Abteilungsleitern noch bei anderen über den Kopf eines amtsführenden Stadtrates hinweg agiere.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Danke für diese klare Beantwortung jetzt.

Haben Sie mit Professor Seitz von der Neuen Heimat etwas zu tun gehabt?

Gratz: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wußten auch nicht, daß sich der Herr Bundeskanzler für diese Auftragsvergabe Seitz, SSK-Gutachten besonders eingesetzt hat? Finanzminister Androsch hat uns das bestätigt.

Gratz: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wußten nichts davon?

Gratz: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie kennen ihn eigentlich auch gar nicht?

Gratz: Ich kenne ihn überhaupt nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie kennen ihn gar nicht.

Wußten Sie, daß bei einem Politikergipfel, bei dem Sie, soweit ich informiert bin, allerdings nicht anwesend waren, die MEDIPLAN im Rahmen einer begleitenden Kontrolle bereits 1976 eingeschaltet werden sollte?

Gratz: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das ist Ihnen nicht bekannt?

Gratz: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie sind auch nicht informiert worden? Stacher war damals dabei, Mayr war dabei.

Gratz: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War Ihnen klar, oder ist das Anliegen an Sie herangetragen worden, daß im Zusammenhang mit den Krankenanstalten die MA 17 eine neue Konstruktion bekommen sollte?

Gratz: Na ja, es war ein Teil des Spitalsplanes von Professor Stacher, die MA 17 umzukonstruieren mit Gebietsdirektionen und darunter dann Spitalsdirektionen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum ist es nicht dazu gekommen?

Gratz: Das kann ich im konkreten nicht beurteilen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und es ist richtig, daß die Consultatio bei dieser Umgestaltung als Berater tätig war?

Gratz: Nicht nach meinem persönlichen Wissen. Wenn es aus den Unterlagen hervorgeht, ist es sicher richtig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wenn solche grundsätzlichen Fragen zu entscheiden waren, ist man gerne auf die ... Warum kommt eigentlich immer die Consultatio vor? Können Sie uns dazu etwas sagen? Weil sie gut war oder aus anderen Gründen?

Gratz: Erstens wurde mir berichtet, daß sie gut war, und zwar nicht zum Zeitpunkt der Einschaltung, sondern jetzt nachher, und zweitens müßte man zur Beantwortung der Frage, ob immer oder vorwiegend die Consultatio herangezogen wurde, jetzt wirklich eine Zusammenstellung machen, wie viele Wirtschaftstreuhänder insgesamt vom Bereich der Holding und der Stadt Wien, sagen wir, in den letzten zehn Jahren herangezogen wurden und welchen Prozentsatz des Auftragsvolumens die Consultatio ausgemacht hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein, Herr Bürgermeister, die Frage ist so nicht richtig verstanden worden. Ich beziehe mich nur auf das AKH, Krankenanstaltenbereich, nicht auf die anderen Bereiche, weil da nichts zu untersuchen ist. Uns geht es nur um den AKH-Bereich, um den Krankenanstaltenbereich, und da scheint also effektiv immer, wenn es um Steuerfragen, um Kostenfragen geht, wenn es also um Dinge geht, die mit Kostenrechnung, mit finanziellen Fragen zu tun haben, die Consultatio auf. Oder können Sie uns ein anderes Unternehmen nennen?

Gratz: Ja, Herr Abgeordneter, ich kann Ihnen deswegen kein anders Unternehmen nennen, weil ich ja auch erst nachträglich durch das Eingehen, durch das Prüfen des Ausschusses von dieser Beauftragung im konkreten erfahren habe. Was ich mit „überwiegend" meinte, ist, daß ich natürlich in jedem Einzelbereich sagen könnte, irgendeine Firma kommt überwiegend vor, aber im Gesamtbereich der Stadt Wien ist sie deswegen noch nicht überwiegend. Ich sage das ja nur deswegen, um anzudeuten, daß ich die Frage: Ist sie immer vorgekommen?, einfach nicht beantworten kann.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Person Bauer spielt hier eine gewisse Rolle. Und warum können Zeugen hier erwähnen, daß der Bauer eine graue Eminenz bei der Auftragsvergabe gespielt hat?

Gratz: Ja das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie nichts sagen dazu?

Gratz: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie dann fragen ... Sie können uns also auch nicht sagen, ob diese 697 000 S, die die Stadt Wien offensichtlich zuviel bezahlt hat für die Beratungstätigkeit des Dr. Wilfling, zurückgefordert werden?

Gratz: Ich habe gesagt, wenn mir die zuständige Magistratsabteilung ... Denn normalerweise würde ich mich ja nicht einmal nach solchen Rechtsfragen erkundigen. Daß ich mich jetzt erkundige, ist klar. Aber wenn mir die zuständige Magistratsabteilung für Zivilrechtsangelegenheiten im Wege des Magistratsdirektors berichtet, daß sie das rückfordern wird, dann werde ich das natürlich ... zur Kenntnis nehmen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter, wir haben uns vom informierten Vertreter das letzte Mal berichten lassen, was in der zuständigen Magistratsabteilung passiert, nämlich daß sie sich den Verjährungsverzicht eingeholt haben — waren Sie da anwesend? — und daß deswegen derzeit noch nicht geklagt wird.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mir geht es darum, ob sich der Bürgermeister informiert und ob er Schlußfolgerungen zieht aus diesen ganzen Dingen. Das haben wir jetzt ja festgestellt.

Herr Bürgermeister, ich darf Sie dann fragen. Sie waren ja dabei am 27. Mai 1980 und 18. Juni 1980; dieses Gipfelgespräch, an dem Sie

teilgenommen haben, die verschiedenen Bundesminister und Stadträte. Hier gab es eine ganze Reihe von wichtigen Beschlüssen, die damals gefaßt worden sind. Zehn Monate sind seither verstrichen. Erste Frage: „Es soll eine Expertengruppe" gegründet, eingesetzt werden, die „kurzfristig eine Ist-Zustandserhebung über die Planung und Baudurchführung durchführen" soll. Ich zitiere hier. Nach meinem Wissen ist diese Expertengruppe nicht bestellt worden.

Gratz: Ja, das ist richtig, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum nicht?

Gratz: Ja über die Einzelheiten der internen Schwierigkeiten kann ich hier nicht Auskunft geben; kann ich nicht, nicht will ich nicht, um das klarzustellen. Ich habe den Eindruck aus den Berichten, daß es hier auch große Widerstände von seiten der medizinischen Fakultät gegeben hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie ist nicht eingerichtet worden, Sie haben sich auch nicht besonders eingesetzt, daß sie eingerichtet wird.

Gratz: Herr Abgeordneter, bitte, weil Sie immer wieder diesen Ausdruck verwenden: Was meinen Sie mit „besonders eingesetzt?"

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich meine, wenn ich Bürgermeister bin; ich bin nicht Bürgermeister. Aber ich kann mir vorstellen, wenn ein Bürgermeister irgendwo tätig ist und eine solche Sache auftritt, so wird er sich nach Bekanntwerden in besonderer Weise ... Daß man vorher dem Beamten vertraut, ist gut, das muß ich hinnehmen, aber nach Bekanntwerden werde ich dann ... Wenn ich beschließe, hier mit beschließe — Sie waren ja eine der wichtigen Personen, die damals mit anwesend waren —, so überlegt und prüft man nun auch, wieweit die Beschlüsse eingehalten worden sind. Also noch einmal: Was haben Sie getan, daß diese Expertengruppe eingesetzt wird?

Gratz: Was ich getan habe, ist, die Entscheidung mit getroffen. Ich werde sicher, wenn es die nächste derartige Zusammenkunft gibt, dort in jedem Einzelpunkt fragen, ob die Beschlüsse durchgeführt wurden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann wird es diese nächste Zusammenkunft geben?

Gratz: Das hängt in diesem Fall, wenn sie in diesem Kreis stattfindet, vom Vorsitzenden auf der Bundesseite ab.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Vom Bürgermeister nicht?

Gratz: Sicher nicht. Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nicht. Es sollte damals schon eine begleitende Kontrolle aus einigen Ziviltechnikern eingerichtet werden. Später ist es dazu gekommen, die Kandutsch-Gruppe damit zu betrauen.

Gratz: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat man versucht, das zunächst auf anderem Wege zu lösen, oder hat man diesen Beschluß sofort fallen gelassen? Damals war ja nicht klar, daß es Dr. Kandutsch sein sollte, sondern damals war eine andere Konstruktion der begleitenden Kontrolle geplant. Hat man versucht, diese begleitende Kontrolle einzurichten, und warum ist man dann auf eine andere Alternative gekommen?

Gratz: Ja die andere Alternative, nämlich daß Präsident Kandutsch bereit war, die Funktion zu übernehmen, ist einfach deswegen besser, weil ein Ziviltechnikergremium in einem ganz anderen Abhängigkeitsverhältnis, um es deutlich zu sagen, als Beauftragter der AKPE gestanden wäre. Das hätte ja ein Auftrag sein müssen, also etwa die Konstruktion mit Präsident Kandutsch.

Obmann Dr. **Steger:** Ich darf dem Untersuchungsausschuß noch einmal zur Kenntnis bringen, wie der Untersuchungsauftrag des Parlaments heißt.

Im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien wird

erstens zur Untersuchung der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung,

zweitens zur Untersuchung der Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind, und

drittens zur Untersuchung der Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen

ein Untersuchungsausschuß eingesetzt.

Ich erwarte jetzt schon, daß mir wieder in der Präsidiale und in anderen öffentlichen Erklärungen beide Großparteien Vorwürfe machen, daß das nicht eingehalten wird. Es haben mir bereits beide Parteien Vorwürfe gemacht. Ich möchte aber jetzt schon bitten, daß Sie als Mitglieder des Untersuchungsausschusses, wenn Sie Randfragen stellen, dann doch immer eine Zielrichtung auf den Untersuchungsauftrag erkennen lassen. Die Fragestellung, wieso sich in den letzten Wochen irgendwelche Änderungen ergeben haben in der Rechtskontruktion, warum hier im Ziviltechni-

kerbereich etwas verschoben wurde, ist mit Sicherheit nicht durch diesen Untersuchungsauftrag gedeckt, obwohl es interessant ist. Es ist sicher wichtig, sicher notwendig, sich auch politisch darüber zu unterhalten, aber genauso sicher ist es nicht durch den Beschluß des Nationalrates für diesen Untersuchungsausschuß gedeckt. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Vorsitzender, ich habe diese Frage gestellt, weil die Kontrolle eine ganz entscheidende Frage ist, also wie die Kontrolle eingerichtet ist. Das gilt für die Zeit vor 1980, vor Bekanntwerden dieser ganzen Sache, und gilt natürlich auch für das Jahr 1980, wie die Kontrolle durchgeführt wird. Und darauf hat sich meine Frage bezogen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter, ich habe vollstes Verständnis dafür. Nur da, wie die Kontrolle jetzt verändert wurde, bringt man überhaupt nichts heraus, das heißt, man bringt vieles heraus, aber nicht zum Untersuchungsauftrag. Zum Punkt 1: Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung, ist überhaupt nichts damit herauszubringen.

Zu zweitens: Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblichen finanziellen Zuwendungen, ist nichts damit herauszubringen. Zu drittens: Parteienfianzierung, ist damit auch nichts herauszubringen. Durch die Kontrolle ist vielleicht dann einmal etwas herauszubringen, aber im Rahmen des Untersuchungsauftrages ist es nicht gedeckt. Ich bitte, Herr Abgeordneter, darauf Rücksicht zu nehmen, obwohl ich Ihnen selbstverständlich konzediere, daß es wichtige Fragen sind, die politisch erörtert und erledigt werden müssen. Aber ich bitte genauso um Verständnis, daß im Rahmen unseres Zeitablaufes diese Fragen hier nicht gedeckt sind. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie können mir ja sagen, wenn ich eine Frage stelle, daß sie nicht zulässig ist. *(Obmann Dr. Steger: Das habe ich getan und noch einmal allgemein darauf aufmerksam gemacht!)* Ich muß das auch zur Kenntnis nehmen, wenn dem so wäre, wenn Sie eine Frage nicht zulassen, wenn ich sie stelle, und ich bin Ihnen auch gar nicht böse, wenn Sie eine Frage nicht zulassen. *(Obmann Dr. Steger: Es würde nichts Wesentliches an meiner Situation ändern, wenn Sie allenfalls sogar böse sind, Herr Abgeordneter. Aber es freut mich trotzdem, wenn Sie freundlich gestimmt sind.)*

Ja ich muß Sie also doch fragen, wie diese Beschlüsse verwirklicht worden sind, weil ich einfach glaube, daß es ganz wesentlich ist, über die ganze Gestaltung und die weitere Stornierung von Aufträgen und so weiter, die Konsequenzen, die daraus folgen, ob das im Jahre 1980 verbessert worden ist oder nicht verbessert worden ist auf Grund der ganzen Feststellungen im Kontrollamtsbericht und im Rechnungshofbericht ...

Darf ich Sie also jetzt wieder ganz konkret fragen? Wenn es nicht zulässig ist, dann bitte ich, nicht zu antworten. Es gab Kostenlimits, die beschlossen worden sind. Sie kennen diese. Sie haben uns das letzte Mal gesagt, Herr Bürgermeister, daß Sie uns nicht sagen können, wie die Kostenbegrenzung ist, was das Krankenhaus, das AKH kosten wird. Fühlen Sie sich an die Kostenlimits gebunden, dann darf es nicht mehr kosten, oder wird es doch mehr kosten, als auf Grund dieser Kostenlimits festgestellt worden ist?

Gratz: Ich bitte, jetzt zum Kostenlimit einmal etwas sagen zu dürfen. Meine seinerzeitige Antwort ist ja draußen in der Presse so interpretiert worden, um es knapp zu sagen: Der Gratz weiß nicht einmal, was das kosten wird *(Abg. Dr. Feurstein: Darum frage ich Sie ja noch einmal!)* Sie müssen mir jetzt erlauben, zwei Sätze dazu zu sagen. Daß ich damals gesagt habe, ich will sozusagen hier nicht eine Gedächtnisübung veranstaltet haben, ob ich mir alles merke, was in dem Kilo Unterlagen drinnensteht, sondern ich habe gesagt: Dort, wo die Unterlagen da sind, verweise ich auf die Unterlagen, weil sonst wäre es ja eine Gedächtnisübung für mich. Ich fühle mich, was aber das weniger Interessante ist ... Ich baue das ja nicht, ich bin der Meinung, daß die Organe an das Kostenlimit von 24,2 Milliarden 1. 1. 80 gebunden sind.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gebunden sind? *(Gratz: Ja, natürlich!)* Was wurde konkret getan um die Erweiterungsbauten Ost, daß die Ärztedienstzimmer dort entfallen und dadurch eine Reduzierung des Bauvolumens um rund 9 000 m³ erfolgt? Sie kennen das, das ist damals beschlossen worden: Reduzierung um 9 000 m³ Ist hier etwas getan worden aus Ihrer Sicht?

Gratz: Das kann ich Ihnen nicht beantworten, denn ich habe hier an einer Sitzung teilgenommen, wo Beschlüsse gefaßt und damit Aufträge weitergegeben wurden. Ich habe sicher nicht mit dieser Sitzung die Detailplanung des Krankenhauses übernommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns sagen, was auf Grund dieses Beschlusses getan worden ist, eine weitere Kostenminimierung im Bereich der haustechnischen Ausstattung anzustreben?

Gratz: Herr Abgeordneter, ich kann Ihnen zu keinem der Beschlüsse, die Sie weiter vorlesen werden, im einzelnen sagen, was geschehen ist,

weil das Aufträge an die Verantwortlichen waren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es wurde festgestellt, daß regelmäßig . . . „Darüber hinaus wird der Vorstand über die Ergebnisse von Aktionärsbesprechungen berichten. Alle diese Berichte werden auch allen am Neubauprojekt beteiligten Ressortleitern des Bundes und der Stadt Wien zu Verfügung gestellt." — Punkt 12 des Beschlusses. Ist hier etwas geschehen?

Gratz: Ja ich bin überzeugt, daß die Ressortleiter die Berichte bekommen haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie?

Gratz: Ich bin kein Ressortleiter. Also der Beschluß trifft auf mich nicht zu.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben auf jeden Fall keine derartigen Berichte seither vom Vorstand erhalten?

Gratz: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich darf Sie dann fragen: Ist Ihnen bekannt — Punkt 10 dieses Beschlusses —, daß ein EDV-Informationssystem eingerichtet werden sollte? Ich betrachte es übrigens als einen sehr wichtigen Beschluß, daß generell ein gleiches EDV-Informationssystem eingerichtet werden soll, das auch bei den Krankenanstalten der Stadt Wien installiert ist, um später die Benutzung des AKH zu erleichtern oder zu verbessern. Ist hier etwas geschehen, wissen Sie etwas?

Gratz: Herr Abgeordneter, noch einmal: Ich kann Ihnen zu keinem der Einzelpunkte, die Sie verlesen, zu keinem der Einzelbeschlüsse einen Bericht über die Durchführung geben.

Abgm Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich frage Sie trotzdem jetzt das letzte Mal auch noch: Der Vorstand der AKPE wird ermächtigt, einen Auftrag zur Ermittlung der voraussichtlichen Betriebskosten zu vergeben, zu erteilen auch im Einvernehmen mit der Spitalsverwaltung der Stadt Wien und mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung. Können Sie uns sagen, wie dieser Auftrag, wie das Ergebnis dieses Auftrages lautet?

Gratz: Ich kann Ihnen nur sagen, was wir bei dem Beschluß wollten, nämlich über die derzeit möglichen Schätzungen hinaus soweit als möglich die echten Kosten besonders bezüglich der Zurechnung auf die beiden Bereiche zu erfahren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie können nicht sagen, wie der exekutiert worden ist?

Gratz: Nein, nein, wie bei allen anderen Punkten nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Stadt Wien wird veranlassen, daß ab Herbst 1980 — das ist also auch schon einige Monate her — für den künftigen Betrieb das erforderliche Personal zum Zwecke der Einschulung bereitgestellt wird. Sie sind, glaube ich, für Personal auch zuständig bei der Stadt Wien. Oder? Ich weiß jetzt nicht genau die Geschäftseinteilung.

Gratz: Ja, ich nehme die Leute nur nicht selbst auf. Es gibt eine Delegierungsverordnung ähnlich wie beim Bund an die einzelnen — jeweils nach der Wichtigkeit — Stadträte bis zum Abteilungsleiter beim Stadtgartenamt natürlich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, aber das ist jetzt eine wichtige Sache.

Gratz: Ja ich wollte Ihnen das ja nur erklären, weil Sie mich darauf angesprochen haben, daß ich für das Personal zuständig sei, was richtig ist. Was ich getan habe, ist, dem Magistratsdirektor und dem amtsführenden Stadtrat für Finanzen zu sagen, daß Dienstpostenüberschreitungen aus diesem Grund grundsätzlich zu genehmigen sind.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist etwas geschehen konkret?

Gratz: Ja ich weiß nicht, ob schon Leute aufgenommen wurden. Wie gesagt, mein Bereich bestand darin, dafür zu sorgen, daß nicht aus dem Formalgrund des Ausgeschöpftseins des Dienstpostenplans keine Leute aufgenommen werden können.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber konkret können Sie uns nicht sagen, ob das geschehen ist, die Exekutierung des Beschlusses? Entschuldigen Sie, wenn ich so konkret frage.

Gratz: Herr Abgeordneter, um es deutlich zu machen. Die Exekutierung des Beschlusses, soweit sie in meine Verantwortung fällt, besteht darin, die grundsätzlichen Schwierigkeiten, die im Dienstpostenplan liegen, aus dem Weg zu räumen und damit der MA 17 das Pouvoir zu geben, das notwendige Personal aufzunehmen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Bürgermeister, ich finde auch, daß Sie überprüfen müssen, ob das, was Sie anordnen, dann gemacht wird. Das ist meine Meinung jetzt, das sollte jetzt keine Frage sein. Darum frage ich Sie, nur damit Sie verstehen, warum ich Sie frage.

Dann darf ich Ihnen die letzte Frage stellen. Punkt 6, Unterpunkt 3: „Der Vorstand der AKPE wird ermächtigt, bei der AKPE ein Planungsdirektorium unter Einschließung" — und jetzt frage ich Sie deshalb — „der Spitalsverwaltung der Stadt Wien und des Bundesmini-

66 von 340 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 8 (Seite 2221b bis 2560) (gescanntes Original)

steriums für Wissenschaft und Forschung einzurichten, mit der Aufgabe ..." Das wird dann weiter erläutert. Wissen Sie, ob dieses Planungsdirektorium — Benützer sollen hier vor allem mit eingebunden sein — eingerichtet worden ist?

Gratz: Ich glaube, es ist in dieser Form, wie es vorgesehen war, nicht eingerichtet worden. Die Grundidee — ich gestehe, daß diese Idee von mir gekommen ist — war natürlich, jetzt ohne die gesellschaftsrechtlichen Einzelheiten sagen zu können: Wenn man grundsätzlich sagt, ab jetzt wird es keinen Generalauftrag für Planung mehr geben, sondern es werden höchstens Einzelaufträge vergeben werden, dann muß es ja irgendein Gremium außer einem Abteilungsleiter in der AKPE geben, das sozusagen diese Einzelauftragsvergabe zusammenfaßt, nicht selbst plant, aber entscheidet, was zu planen ist. Und das war der Sinn hinter diesem Vorschlag.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber es gibt keine Revidierung dieses Beschlusses im Rahmen eines solches Gipfelgespräches, wie es damals am 27. Mai und am 18. Juni stattgefunden hat, wo das beschlossen worden ist?

Gratz: Nein, die gibt es nicht, denn ich halte das noch immer für eine gute Idee; nicht weil sie von mir war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es ist immer noch verbindlich?

Gratz: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Beschluß ist ... nach wie vor verbindlich ...?

Gratz: Na ja, verbindlich, er ist ja formuliert: wird ermächtigt. Also man kann nicht einmal sagen, daß es in dem Sinn verbindlich wäre, ich hielte es nur trotzdem noch immer für gut.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was werden Sie tun, damit dieser Beschluß endlich einmal verwirklicht werden kann? — Ich frage Sie jetzt.

Gratz: Das ist eine Frage in die Zukunft. Herr Abgeordneter, ich weiß nicht, was ich in Zukunft tun werde.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das ist keine Frage in die Zukunft. Können Sie uns also nicht sagen, was Sie konkret tun werden, um ...?

Eine abschließende Frage. Ich stelle fest, daß Sie mir praktisch bei keinem Punkt sagen konnten, ob der Beschluß ... bitte, bei diesem letzten konnten Sie sagen — das muß ich berichtigen —, was in Verwirklichung dieses wichtigen Papieres geschehen ist. 10 Monate sind seither verstrichen. Werden Sie jetzt, nachdem wir hier diskutiert haben über diese Frage, doch versuchen, eine Überprüfung, inwieweit die Beschlüsse verwirklicht worden sind, vornehmen zu lassen?

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, ich möchte nicht, daß Sie keine Gelegenheit haben, allenfalls ja oder irgend etwas darauf zu sagen, aber an sich ist das, bitte, wirklich keine Zeugenfrage. wollen Sie etwas dazu sagen, Herr Zeuge? — Das sind politische Fragen für Fragestunde im Parlament, Fragestunde im Gemeinderat und Plenardebatten. Bitte, Herr Zeuge. Bitte, wir werden das in der Plenardebatte auch haben.

Gratz: Ich glaube, daß ich andere Gremien auch habe, wo ich auf politischer Ebene dasselbe gefragt werde und wo ich sehr wohl zurückreden kann.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Bürgermeister! Ich stelle eine Frage nicht, obwohl es mich sehr drängt. Als Sie vor zwei Minuten sagten, Sie wissen nicht, was Sie in der nächsten Zeit tun werden, hätte ich natürlich die Frage nach allfälligem Berufswechsel stellen wollen, aber ich stelle sie nicht.

Herr Bürgermeister, die erste Frage. Eine Ihrer ersten grundsätzlichen AKH-Entscheidungen, wenn ich es richtig sehe, war die Ernennung eines Generalbevollmächtigten in der Form Ihres Magistratsdirektors. Frage: Wie hat sich in der Zeit des Generalbevollmächtigten die Auftragsvergabe abgespielt? Wer waren hier die abschließenden entscheidenden Verantwortungsträger?

Gratz: Auf Bundesebene, da es dort keine Generalbevollmächtigten gegeben hat, nach diesem Stufenplan die jeweiligen Organe. Auf der Ebene der Stadt Wien der Generalbevollmächtigte, der sich natürlich bei manchen Dingen von mir die Paraphe geholt hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Können Sie die Auftragsvergabe nun ein bißchen näher präzisieren, ab wann die Paraphe fällig war. Da wird es ja irgendeine — ich will das jetzt nicht genau wissen, nicht auf den Schilling — Größenordnung wahrscheinlich gegeben haben.

Gratz: Es hat keine Größenordnung gegeben. Ich habe es mit dem Generalbevollmächtigten so gehalten, daß dort, wo er der Meinung war, daß es wichtig ist, er damit zu mir gekommen ist.

Ich kann nur sagen, hätte ich damals gewußt, was sich seither entwickelt hat und worüber wir jetzt sprechen, hätte ich ein sehr formales Statut für den Generalbevollmächtigten und mich gemacht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber können Sie mir

www.parlament.gv.at

doch weiterhelfen, weil es doch ein Jahr lang war. Wie war also in diesem Zeitraum etwa die Vergabe in einem technischen Großauftrag, nehmen wir einmal an mehrere Hunderttausend Schilling. Wie spielte sich das dann formal ab?

Gratz: Formal ist es so gewesen, daß, wenn zwischen den Bundesdienststellen und unseren Dienststellen beziehungsweise dem Generalbevollmächtigten Einigkeit geherrscht hat, er dann zu mir gekommen ist und mir im kurzen Wege berichtet hat, die Einigung ist hergestellt über einen bestimmten Auftrag — ich könnte jetzt kein einzelnes Beispiel bringen — und hat mir das dann zur formellen Abzeichnung gegeben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also wenn der Baubereich, sagen wir, betroffen war und die zuständigen Stellen, Magistratsstellen des Baubereichs, die sachliche Richtigkeit bestätigt haben, dann ist der Generalbevollmächtigte bei größeren Summen und wichtigen Entscheidungen zu Ihnen gekommen?

Gratz: Dann ist er zuerst beziehungsweise durch seine Vertreter zum Bund gegangen. Das heißt vorgelegt ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die Abstimmung mit dem Bund ...

Gratz: Nein. Es ist deswegen wichtig, weil vorgelegt hat er es mir dann ... Das muß ich Ihnen noch kurz erklären. Wir haben vereinbart, damit es da nicht immer ein Hin- und Herschicken vielleicht von Akten über Relaisstationen gibt, hat vorher die Einigung zu erfolgen, und dann kommt der Bericht und die Vorlage.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Können Sie mir Gründe nennen, warum man dann doch von diesem offenkundig zielführenden, glatten Verfahren abgegangen ist, noch dazu, wo zumindest, was den Bereich Wien betrifft, die Einbindung von Ihnen nach meiner Sicht maximal war?

Gratz: Ich müßte jetzt wieder zurückgehen. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß es trotzdem — denn es hängt ja nicht nur von den handelnden Personen ab, sondern auch von den zur Verfügung stehenden Geldmitteln — nicht genügend rasch weitergegangen ist. Ich habe mir natürlich erhofft — ich glaube, das schon berichtet zu haben —, daß durch die gemeinsame Einbindung von Bund und Stadt Wien in eine Gesellschaft, wenn schon nicht die rechtliche, dann zumindest die moralische Verpflichtung für eine gewisse finanzielle jährliche Ausstattung zu sorgen, größer wird.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Bürgermeister! Der Abgeordnete Kapaun hat das letzte Mal von einem Geheimbericht — er hat gesagt, man redet von einem Geheimbericht oder einem Bericht — gesprochen, den der Generalbevollmächtigte am Ende seiner Tätigkeit angefertigt hat, und Sie haben sich dann auch auf den Inhalt des Dokuments berufen.

Welche Veranlassungen oder was waren die Schwerpunkte dieses Berichtes?

Gratz: Der Generalbevollmächtigte hat — und ich sage deutlich, daß ich das nicht als Kritik sage, denn ich möchte bei meinen Mitarbeitern keine reinen Vollzugsorgane, sondern Leute, die es sich immer wieder überlegen — in diesem Bericht neuerlich die Frage gestellt, ob man nicht doch noch versuchen sollte, das Ganze in Richtung Pavillonsystem umzudrehen, wenn ich es jetzt zusammenfasse. Das ist ein durchaus respektabler Vorschlag. Ich habe auch hier schon erläutert, warum ich persönlich dem auch nicht nähergetreten bin.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und nur eine Frage jetzt: Der Abgeordnete Kapaun hat von einem Geheimbericht gesprochen. War das zumindest zeitweise ein Geheimbericht oder war das immer ein normales Aktenstück mit normalen Amtsverschwiegenheitsbedingungen, oder würden Sie es rückblickend als Geheimbericht einstufen.

Gratz: Ein Geheimbericht war es sicher nicht, denn ich meine, soweit etwas nicht im Rahmen der aktenmäßigen Vorschriften geheim ist, gibt es ja heutzutage zumindest schriftlich ohnedies keine Geheimberichte mehr.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun muß ich doch noch einmal die Konstruktionsfrage der ... nein, ich muß doch eine andere Frage stellen.

Sie haben erwähnt am 14. 1. 1981, daß nach Ihrer Erinnerung gegen Wilfling von der MA 17 oder ihrer gewerkschaftlichen Vertretung Bedenken vorgebracht wurden. Können Sie hier näher präzisieren, wer da Bedenken und welche Bedenken von Gewerkschaftsseite waren?

Gratz: Welche Art von Bedenken es waren, da kann ich mich nicht erinnern. Ich nehme an, daß der Magistratsdirektor darüber bei seiner Einvernahme Auskunft gegeben hat, weil er mir ja auch darüber berichtet hat und wir so verblieben sind, wie immer in solchen Fällen, daß er den Sachen weiter nachgeht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Meine Frage war nicht, was vielleicht — ich muß ja jetzt sehr aufpassen, weil der Herr Vorsitzende sehr streng ist — allenfalls der Magistratsdirektor berichtet hat hier im Ausschuß, sondern was Ihre Wahrnehmung und Ihre Erinnerung hin-

sichtlich der Bedenken, die Sie selbst am 14. 1. 1981 erwähnt haben, in der Erinnerung waren?

Gratz: Die Bedenken, die ich erwähnt habe — und deswegen habe ich auf die Aussage des Magistratsdirektors verwiesen —, hat mir der Magistratsdirektor vorgetragen — wann, weiß ich jetzt nicht, jedenfalls viel früher —, und ich verweise deswegen auf die Aussage des Magistratsdirektors. Da er mit einer Fülle von schriftlichen Unterlagen gekommen ist, habe ich damals schon gesagt, wenn es sich um Details handelt, wenn es sich um Daten handelt, dann ist für mich selbstverständlich, daß die Aussage des Magistratsdirektors, untermauert durch Unterlagen, die richtige ist.

Ich kann hier nur wiederholen, daß mir der Magistratsdirektor über gewisse Vorhaltungen gegen Wilfling berichtet hat, und wir so verblieben sind, daß er dem weiter nachgeht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Waren Sie mir Wilfling näher bekannt, wie etwa Wilfling ja mit Androsch Karten gespielt hat, waren Sie ...

Gratz: Ich habe mit ihm nicht Karten gespielt. Ich kenne Wilfling seit seiner Zeit als Student aus der Sozialistischen Studentenbewegung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also eine bis in die — welche Jahre zurückgehende Bekanntschaft?

Gratz: Mein Gott, fünfziger Jahre, würde ich sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Fünfziger Jahre. Waren Sie mit Winter auch aus dieser Zeit oder länger bekannt?

Gratz: Ich habe hier schon einmal gesagt: Ich war nicht nur nicht bekannt, sondern ich mußte mir bei einer Besprechung, wo alle Direktoren anwesend waren, den Direktor Winter visuell ausrechnen, indem ich gewußt habe, daß das nicht der Direktor Parzer und nicht der Direktor Schwaiger ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Random-Verfahren.

Gratz: Nein, Auswahlverfahren. Die beiden gekannt, der Dritte ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Auswahlverfahren, richtig, Auswahlverfahren.

Herr Bürgermeister! Sie haben gesagt, schon Ende 1973, Anfang 1974 wurden Sie auf die Frage der Betriebsorganisation und der Notwendigkeit der Betriebsorganisationsplanung hingewiesen.

Meine Frage: Was wurde hier als wichtig dargestellt, und ist damals schon die Frage der Vergabe, wie man das erstellen soll, erörtert worden?

Gratz: Das muß Ende 1973 oder Anfang 1974 im Zuge dieser, wie ich es genannt habe, Übernahmsbilanz nach Amtsübernahme mit den Amtsführenden Stadträten gewesen sein, daß Professor Stacher einfach darauf hingewiesen hat, es ist höchste Zeit, mit der Betriebsorganisationsplanung zu beginnen. Dem habe ich sowie alle anderen, die das gehört haben, einfach zugestimmt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Jetzt hat sich aber angesichts der Folgegeschichte — wobei ich noch einmal sage, natürlich nachträglich leichter — herausgestellt, daß die Betrauung wichtig war. Wer hat Sie wann das erste Mal auf die Art, wie man dieses Problem lösen will, hingewiesen, wenn Stacher damals nur allgemein gesagt hat: Betriebsorganisationsplanung ist notwendig!, wann sind Sie erstmals konfrontiert worden mit der Frage: Wie lösen wir das?

Gratz: Ich muß sagen, vorher mit der Frage, wie lösen wir das, bin ich nicht konfrontiert worden. Es ist mir jetzt — ich glaube, ich habe das auch hier schon einmal gesagt — unmöglich, festzustellen, wann für mich auf einmal zum Wissensstand gehört hat, daß es diesen Auftrag gibt und daß da dran gearbeitet wird. Es ist an mich nicht bewußt herangetragen worden: Wir haben die Absicht, diesen Auftrag zu vergeben und in dieser Form zu vergeben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Bürgermeister! Ich habe Ihre Aussage vom 14. 1. sehr genau durchgearbeitet. Ich bitte mir zu glauben, daß Sie nicht sehr präzise über diese Vergabe gesprochen haben, und daher bitte ich noch einmal, wenn wir doch vielleicht gemeinsam nachdenken, wie Ihnen bekannt wurde, wie man die komplexe Problematik Betriebsorganisationsplanung für dieses Riesenspital lösen wollte, welche Vorstellungen da im Raume standen?

Gratz: Vor der Vergabe bin ich sicher damit nicht befaßt worden, weder mit der Art der Vergabe noch mit der Vergabe an eine Firma oder eine Firmengruppe. Das einzige, was ich sagen konnte, ist — und das sage ich nach bestem Wissen —, daß ich kein Datum feststellen kann, zu dem ich sagen könnte, ab diesem Tag hat zum Wissensstand gehört, daß dort die Arbeitsgemeinschaft Betriebsorganisation tätig ist. Ich meine, ich habe es sicher nicht als Sonderbericht, sondern im Laufe der Berichterstattung erfahren, ich kann nur nicht sagen, wann.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Bürgermeister! Es war die Vergabe, also der Vertrag, die Vertragsfeier, das berühmte Wegensteiner-Essen im Juli 1978, und die Aufsichtsratsitzung war im April 1978. Habe ich Sie jetzt richtig verstanden, daß Sie rundweg ausschließen, vorher

schon Firmen, Firmennamen, Firmengruppen oder Personengruppen im Zusammenhang mit AKH-Betriebsorganisationsplanung gehört zu haben?

Gratz: Ab dem Aufsichtsratsbeschluß kann ich es nicht ausschließen. Ich weiß nicht, ab wann ich es dann gewußt habe. Ich war vorher mit dieser Frage ganz sicher weder vorsätzlich noch zufällig befaßt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich habe Schwierigkeiten, dies so zu akzeptieren, wenn ich daran denke, daß ein 120-Millionen- beziehungsweise 370-Millionen-Beratungsvertrag natürlich in der Sparte Beratung schon ein enorm großer Auftrag ist. Und wenn ich mich daran erinnere, daß es immer wieder, nachzuverfolgen in den Stacher-Sitzungen, Klagen und Schwierigkeiten mit dem in der Organisation tätigen Riethmüller gegeben hat. Sind Ihnen, wenn Sie sich daran erinnern, nicht doch früher schon Alternativen zu Riethmüller genannt worden oder Schwierigkeiten mit Riethmüller erzählt worden, berichtet worden — Ihnen erzählt man nicht, Ihnen berichtet man als Bürgermeister.

Gratz: Man erzählt auch, bitte. — Ich meine über Schwierigkeiten mit Riethmüller — natürlich. Ich könnte jetzt nur nicht fixieren, wer oder wann. Ich habe in Erinnerung, ganz sicher war es sowohl der Dr. Bandion als auch der Professor Stacher, die mir darüber, wenn Sie wollen, berichtet haben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun hat es im Mai 1974 im „Amtsrat" — also jenem Gremium, dem Sie seit drei Jahren einen anderen Namen geben wollen, und es fruchtet nichts — ausdrücklich eine Debatte unter AKH gegeben, die einen sehr gewichtigen Teil über die Betriebsorganisation hatte. Also nach den Unterlagen, die uns vorliegen, ist im „Amtsrat" die Frage der Betriebsorganisation und der Notwendigkeit, die Tätigkeit des Professors Riethmüller zu überprüfen, da er weder die Leistungen noch die Termine einhält, gab es also schon die Problematik. Hat man damals auch keine Alternativen Ihnen in diesem „Amtsrat" oder darnach berichtet?

Gratz: Nein, man hat keine Alternativen berichtet. Ich meine, ich bitte sich das jetzt nachträglich vorzustellen. Es ist im Herbst 1973 ein neuer Bürgermeister, der vorher in der Kommunalpolitik nicht tätig war, es sind neue Amtsführende Stadträte, von denen jeder dann einige Monate lang sich einen Überblick über sein Ressort verschafft. Dann gibt es eine Sitzung, die einfach vor allem zu dem Zweck war, damit jetzt in einem Gremium möglichst alle über alles informiert sind, ohne jetzt unbedingt mit zu entscheiden. Und dann wird hier eine Schwierigkeit von vielen anderen und ein Problem berichtet. Nun, das Wesentliche bei dieser Sitzung ist dann, daß man sagt: Aha, jetzt sind alle informiert, was es hier für Schwierigkeiten gibt, und im übrigen gibt es wie bei allen Fällen Ressortleiter, die dann jetzt auf Grund dieses Berichtes und nach dem Wissensstand weiterarbeiten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Bürgermeister! Und der Ihnen persönlich bekannte Wilfling hat Sie auch nicht außerhalb der offiziellen Begegnungen informiert über diese Problematik?

Gratz: Nein, das hat er nicht. Ich habe mit Wilfling außerhalb offizieller Sitzungen über eine Sache einige Male gesprochen, die mir sehr am Herzen liegt, wo er gesagt hat, er wird das organisieren, nämlich über das berühmte Bettenreservierungssystem, weil es mir als eines der wesentlichsten Dinge erschien, zu einem System zu kommen, bei dem ich nicht gleichzeitig freie Betten und wartende Kranke habe. Das habe ich ihm einige Male persönlich gesagt. Aber das war die einzige konkrete Sache, über die ich mit ihm einige Male gesprochen habe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Können wir das zeitlich ein bißchen einordnen, wann diese Gespräche um das Bettenverteilsystem waren?

Gratz: Ich weiß nicht, Mitte, es war ungefähr ab dem Zeitpunkt, an dem er als Berater, und zwar schon mit der Firma Odelga herangezogen wurde, wo ich ihm, wie gesagt, ich kann das jetzt nicht fixieren, war das 1975/1976. Es war jedenfalls das mein Hauptanliegen, das ich ihm konkret gesagt habe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist in dem Zusammenhang oder später dann die Reduktion der Bettenzahl des AKH — wie ist diese Ihnen berichtet worden?

Gratz: Die ist mir von Professor Stacher berichtet worden, daß er gesagt hat, auf Grund des Spitalsplanes, wo ja spitalsmäßig dieser Spitalsbereich Wiens an sich mit Betten erfreulicherweise gesegnet ist, kann man hier reduzieren von seinem Standpunkt aus, vom Versorgungsstandpunkt aus, ohne die ärztliche Versorgung zu gefährden. Natürlich, vom Forschungsstandpunkt aus konnte er oder wollte er dazu natürlich nichts sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): In diesem Zusammenhang gleich die Fertigstellungsfrage. Sie haben laut „Presse" vom 11. 3. 1981 1987 als Fertigstellungstermin des AKH genannt. Ist dies eine richtige Wiedergabe? Wie sehen Sie den Fertigstellungstermin?

Gratz: An sich ist vorgesehen, aber das wird jetzt — jetzt gehe ich einmal in die heutige Zeit

70 von 340 zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 8 (Seite 2221b bis 2560) (gescanntes Original)

— zu Recht wieder zur Debatte gestellt, daß an sich vorgesehen war eine Teilfertigstellung und Teil-Inbetriebnahme ab 1984 und dann Endfertigstellung mit Vollübersiedlung 1987, natürlich noch ohne Übersiedlung, mit Übersiedlung nachher. Ich möchte nur sagen, daß ich deswegen den Teilfertigstellungstermin jetzt nicht als Fixtermin auf den Tisch lege, weil es meiner Ansicht nach begründete Einwände gibt, daß sozusagen das Schottendichtmachen für einen Teilbetrieb um soviel mehr kosten würde als ein schnelleres Fertigstellen des gesamten Gebäudes, daß ich durchaus der Meinung bin, daß die jetzt dann neuen Verantwortlichen sich das noch einmal überlegen sollten. Aber an sich: Wissensstand, Vergangenheit, Ausschuß, Aufträge wäre Beginn der Teilfertigstellung 1984.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wie paßt das nun zu den öffentlichen Erklärungen von Präsident Kandutsch, der von den neunziger Jahren spricht? Wäre das dann das Ende der Übersiedlung auch nach Ihrer Sicht?

Gratz: Wie gesagt, man müßte sich über diese Termine dann mit ihm im Detail unterhalten. Es ist immer die Frage. Es ist die Frage, wann ist das endgültige Ende. Was im Raum steht zum Beispiel: Muß noch eine Erweiterung des Strahlenbunkers kommen — ja oder nein?, wo sich die Professoren, wenn ich das so sagen darf — sagen wir es lieber nicht —, wo sich die Professoren noch nicht einig sind, und wenn ich jetzt sagen wir die letzte Etappe Strahlenbunker erst als Endfertigstellung nenne, dann ist es sicher in den neunziger Jahren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie sagten in der letzten Ausschußsitzung am 14. 1. 1981, daß Sie keine Auskunft geben können, warum die Konstruktion Aktiengesellschaft gewählt wurde, also die AG. Angesichts der Entwicklungen seither die Frage: Können Sie heute einige Vor- und Nachteile der damaligen Beurteilung aus Ihrer Wahrnehmung der Aktiengesellschaft geben?

Gratz: Nein. Hier würde ich bitten, das wäre eine Sachverständigenfrage. Nach meinem Wissen nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben am 14. 1. gesagt, daß der Sektionschef Dr. Waiz nach Ihrer Beurteilung seine Funktion bei der IAKW sehr gut ausgeübt hat. Wie beurteilen Sie die Ausübung seiner Funktion nach Ihren Wahrnehmungen als Aufsichtsratsvorsitzender bei der AKPE?

Gratz: Ich beurteile auch diese Berufsausübung positiv, weil ich weiß, daß vor Veröffentlichung des ganzen Kontrollberichtes in Wirklichkeit, wenn es eine Kritik gegeben hat, dann immer die, daß sich der Aufsichtsrat und seine Vorsitzenden viel mehr in die Firmenleitung einmischen, als sie es an sich bei einer Aktiengesellschaft tun sollten, was für mich ein Hinweis darauf ist, da ich eine Einmischung als etwas Positives empfinde, daß er seine Funktion sehr gewissenhaft ausgeübt hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bedauern Sie sein Ausscheiden also?

Gratz: Ich glaube, daß die Frage nicht so gestellt werden kann, Herr Abgeordneter.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben den Herrn Dr. Horny als hochqualifizierten Beamten im Zusammenhang mit dem AKH beurteilt. Ich höre nun, er soll ausscheiden. Geht hier dem AKH nicht ein wichtiger Mann verloren?

Gratz: Ja, ich glaube, da wir uns — mit dem meine ich jetzt den Spitzengesprächskreis von Bund und Stadt Wien — einig waren, daß es gut wäre, diese Funktion hauptamtlich zu besetzen, stellt sich die Frage bei Obersenatsrat Horny nicht, hauptamtlich ist er Gruppenleiter der Finanzabteilung in der Stadt Wien und wird in dieser Funktion sicher nicht entbehrt werden können.

Obmann Dr. **Steger:** Ich möchte auf den selbst gewählten Zeitplan hinweisen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich gebe erstmals die Chance dem Bürgermeister, 50-Prozent-Gesellschafter der AKPE ...

Obmann Dr. **Steger:** Herr Kollege! Dann müssen Sie Gemeinderat der Stadt Wien werden statt Nationalratsabgeordneter, dort gibt's regelmäßig die Fragestunden, wo das so gefragt wird, über zukünftige Entwicklungen im Bereich des Gemeinderates. Ich bitte doch darauf zurückzukommen, daß die Fragen sich im Rahmen des Untersuchungsauftrages zu bewegen haben. Natürlich ist es interessant, auch der Herr Udo Proksch hat uns hier berichtet, daß es interessant für ihn ist, wenn der Bürgermeister auftaucht. Bitte, aber hier sich doch auf den Untersuchungsauftrag zu beziehen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Den AKH-Zusammenhang und den Untersuchungsauftrag eindeutig klarstellen. Denn für mich ist es wichtig, ob die handelnden Personen in der Kontrolle bei der Auftragsvergabe qualifiziert waren oder nicht. Hier ist doch sehr wohl ein Untersuchungsauftragzusammenhang. Und für mich ist es auch weiterhin wichtig, ob der handelnde Präsident Kandutsch qualifiziert ist, die begleitende Kontrolle, die direkte Kontrolle, die indirekte Kontrolle etc. ...

Obmann Dr. **Steger:** Das ist zwar wichtig,

Herr Kollege, aber nicht im Auftrag gedeckt, ob Kandutsch qualifiziert ist oder nicht. Das geht hier nirgends hervor.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Mir ist schon klar, daß Ihnen, Herr Vorsitzender, die Fragestellung nach Kandutsch-Qualifikationen bereits klar ist.

Herr Bürgermeister! Ich glaube, wir sollten uns nicht durch Steger, Kandutsch etc. irritieren lassen. Die Frage ist, ob er gewählt wird oder nicht, Beauftragungsvertrag. Der Beauftragungsvertrag, Herr Bürgermeister, der Beauftragsgungsvertrag, wurde nicht endgültig, nicht erstellt.

Frage: Warum, und könnten Sie noch detaillierter als am 14. 1. erläutern, warum es dazu nicht gekommen ist. Sie sagten damals — und ich möchte Ihnen hier wörtlich verlesen, was Sie sagten —: Wie es so oft im Leben ist, beim Versuch, das alles im Detail schriftlich niederzulegen, komplizierter werden, als man vorher gedacht hat. Deswegen hat man den Abschluß, die Dinge werden komplizierter als man vorher gedacht hat, daher hat man den Abschluß des Beauftragungsvertrages nicht gemacht. Ist da nicht ein Mangel, daß es eben keine schriftlichen Niederlegungen gegeben hat, ein Mangel, der dadurch entstanden ist, festzuhalten?

Gratz: Das habe ich auch schon eindeutig erklärt. Ich sage das noch einmal: Beim Beauftragungsvertrag ist man als Verantwortlicher vor der unangenehmen Situation gestanden, daß man nie jemand gefunden hat, der eigentlich dagegen wäre, einen zu machen. Es ist nämlich viel einfacher, jemand zu treffen, der dagegen ist und sich dann mit ihm auseinanderzusetzen, als immer Leute zu finden, die sagen: Ja, es ist notwendig!, und darauf drängen zu müssen, daß es geschieht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Jetzt ist aber doch die Frage: Hier ist ja in einem wichtigen Bereich, über Jahre gehend, keine schriftliche Regelung zustande gekommen. Nun sagen Sie, es ist eigentlich der Mann oder die Gruppe oder was nicht zu orten gewesen, die diesen Beauftragungsvertrag verhindert hat. Können Sie uns in dieser wichtigen Frage doch noch ein bißchen weiterhelfen, wer letztlich das Nichtzustandekommen des Beauftragungsvertrages verschuldet hat?

Gratz: Nein, das kann ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Bürgermeister! Finanzminister Androsch habe ich genauso befragt, und er hat — ich habe es jetzt nicht wortwörtlich hier, aber man kann mich berichtigen, wenn es nicht stimmt — hat gemeint, daß der Beauftragungsvertrag eigentlich gar nicht notwendig gewesen wäre. Ich habe daraus geschlossen, daß er eigentlich nicht für den Beauftragungsvertrag war. Ist es richtig? Haben Sie das beim Finanzminister festgestellt, daß er den nicht für notwendig erachtet?

Gratz: Was ich festgestellt habe, war der Eindruck sozusagen, daß der Beauftragungsvertrag, das Nichtzustandekommen nicht die weitere Tätigkeit der AKPE hindert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber die korrekte Führung der Geschäfte behindert.

Gratz: Glaube ich auch nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Bürgermeister! Der Ausschußvorsitzende Dr. Steger hat darauf hingewiesen, daß es einen Brief des Bürgermeisters Slavik, wonach der Auftrag der Arbeitsgemeinschaft AKH an Siemens über die elektrische Energieversorgungsverteilungsanlagen nicht zu prüfen ist, geben sollte. Haben Sie seit dem 14. 1. nachfeststellen lassen, ob ein solcher Brief existiert?

Gratz: Also, nach all dem, was mir von den Nachforschungen in der Ablage berichtet wurde, habe ich einen solchen Brief nicht feststellen können.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Bürgermeister, nun kam es zur Vergabe . . .

Gratz: Immer nach meinem Wissenstand.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja, natürlich, Sie haben damals gesagt, Sie kennen den Brief nicht. Nun frage ich, ob Sie seither . . . Nun kam es im März 1975 zur Vergabe, die Auftragssumme, die der Vorsitzende des Ausschusses, Steger, nannte, war über 2 Milliarden Schilling. Haben Sie in den Vergabeunterlagen feststellen können, wie weit Sie eingeschalten waren?

Gratz: Ich habe in der Zwischenzeit nicht nachgesehen. Ich habe es einfach akzeptiert, wenn der Vorsitzende sagt, ich habe das, so wie vieles andere, was mir der Generalbevollmächtigte vorgelegt hat, dann genehmigt, dann ist das sicher richtig.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wir können also annehmen, nach dem der März 1975 ja der Zeitpunkt der Generalbevollmächtigten war, daß sie den Siemens-Vertrag über die Energieversorgungsverteilungsanlagen in der Größenordnung von 2 Milliarden Schilling genehmigt hat, was die Stadt Wien betrifft?

Gratz: Ja, das kann man annehmen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sind im Zusammenhang mit dieser Vergabe irgendwelche Konkurrenten bei Ihnen aufgetreten, um allenfalls andere Firmen anzubieten?

Gratz: Bei mir sind weder Siemens noch Konkurrenten aufgetreten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben gemeint, nachdem Sie ja immer für österreichische Firmen eingetreten sind, daß damit die Sache erledigt ist, weil ja Siemens eine österreichische Firma ist, eine renommierte.

Gratz: Na sicher, mit einer Produktionsstätte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Noch einmal zur Betriebsorganisation. Die Betriebsorganisation wurde von Winter im Sommer 1975 behandelt mit eigenwilligen Vorschlägen. Ist Ihnen dieses Papier Winter aus dem Sommer 1975 bekannt gewesen?

Gratz: Nein, das habe ich nicht gekannt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wem könnte Winter nach Ihrer Sicht der Struktur, wem müßte ein solches Papier zugeleitet worden sein?

Gratz: Dem Aufsichtsrat beziehungsweise seinen Vorsitzenden sicher, meiner Ansicht nach.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Bürgermeister, das war im Sommer 1975, da hat es die AKPE noch nicht gegeben.

Gratz: Nein, ich muß sagen, ich bin überfragt bei der Frage, wem er so ein Papier gegeben haben könnte ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun wurde aber im Sommer 1975 die Form der AKPE diskutiert, ist Ihnen bekanntgeworden, daß es Vorstellungen gibt, den Finanzdirektor einzusparen und stattdessen Firmen einzusetzen?

Gratz: Nein, solche Vorstellungen habe ich nicht gehört.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und das war auch nicht in der von Ihnen genannten schriftlichen Arbeitsunterlage über die Darstellung der Probleme, die im Quartal 1974, also vorher schon, über den Stand der Betriebsorganisation von Stacher angefertigt wurde, da war das auch nicht enthalten, solche Überlegungen?

Gratz: Meiner Erinnerung nach nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie sagen, nur der Spitzenausschuß hat eine eindeutige Kompetenz gehabt, und es hat den Rundlaufersatz gegeben. Wie häufig kam es zu Beschlüssen im Spitzenausschuß über den Rundlauf?

Gratz: Ja, ich kann das wirklich nicht beantworten. Immer dann, wenn eine Entscheidung auf dieser Ebene zu treffen war, ist zu mir der Dr. Bandion gekommen und hat berichtet, daß, wie gesagt, bei allen Beteiligten Einvernehmen herrscht, und ich habe dann auch meine Zustimmung gegeben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie sagen, das Bund-Stadt-Wien-Komitee hat keine Entscheidungskompetenz im formell-rechtlichen Sinn gehabt, das war ein Diskussionsorgan. Kann man das so verstehen, daß aber natürlich die Diskussionsergebnisse zur Umsetzung kommen sollten?

Gratz: Um welches Komitee ist es da jetzt gegangen?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie sagen am 14. 1.; ich habe Sie eigentlich wörtlich hier zitiert — Entschuldigung, nicht Sie, der Vorsitzende des Ausschusses sagt, das Bund-Stadt-Wien-Komitee hatte keine Entscheidungskompetenz, es war eigentlich ein Diskussionsorgan. Wie sieht dies aus Ihrer Sicht aus?

Gratz: Es war sicher kein Entscheidungsgremium, aber ich meine, das Organ war in einer Form zusammengesetzt, daß, wenn man sich dort über Dinge geeinigt hat, ist es dann sicher auf die formelle Ebene transformierbar gewesen. Und das ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das meinte ich mit meinem Nachsatz vorhin.

Gratz: Na ja, selbstverständlich. Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also ich kann annehmen, was im Bund-Stadt-Wien-Komitee beschlossen oder diskutiert wurde, das sollte auch umgesetzt werden.

Gratz: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun hat es diesen Politikergipfel gewissermaßen seit 1976 im Jahresdurchschnitt etwa nur einmal im Jahr gegeben. Ist die Entscheidungsdichte auf höchster Ebene so gewesen, daß man eigentlich damit auskommen konnte aus Ihrer Sicht?

Gratz: Vorausgesetzt, daß das alles nicht passiert wäre, was passiert ist, glaube ich, daß an sich das zur Entscheidungsdichte ausgereicht hat, weil ja jede Entscheidung dort sozusagen relativ mittel- bis langfristig sich ausgewirkt hat. Ich würde sagen, etwa jetzt, wo es schön langsam darum geht, auch über die medizinischen Geräte nachzudenken, wäre es wahrscheinlich einmal im Jahr zuwenig geworden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Der Vorsitzende des Ausschusses hat Sie gefragt, ob es besondere Finanzverbindungen zur Firma Prutscher gibt und Spenden an Ihre Partei. *(Gratz: Ja.)* Sie haben gesagt — ich zitiere wörtlich —: Da ich mir die Spendenliste, wie Sie sich fast ausrechnen können, sehr genau angeschaut habe, kann

ich auch nur die Überweisung von 1 S ausschließen.

Frage: Können Sie Parteispenden von anderen AKH-Firmen auch mit jener Deutlichkeit ausschließen?

Gratz: Ich kann sie als Firmenspenden sicher ausschließen mit dem Vorbehalt, daß ich nicht weiß — nur um das da ganz genau zu sagen —, daß ich nicht weiß, ob etwa die Firma Siemens in dem Bezirk, wo sie angesiedelt ist, eine Spende für einen Ball oder für einen Sportverein gegeben hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Gibt es eine andere Form, wie man bei Ihnen Spenden deponiert, weil Sie sagten, ich kann es als Firmenspenden ausschließen? Was haben Sie da gedacht an andere Formen?

Gratz: Nein, um da gleich allen Vermutungen die Spitze abzubrechen: Ich habe mir bei dieser Formulierung nichts Besonderes gedacht.

Ich kann ausschließen, daß Firmen, die beim AKH beschäftigt waren, an die Sozialistische Partei Österreichs, Landesorganisation Wien, Spenden gegeben haben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Können Sie aus Ihrer Sicht der Parteifinanzen dies auch hinsichtlich der Bundes-SPÖ ausschließen?

Gratz: Ich kann es nach meinem Wissen nicht ausschließen, weil ich in der Bundes-SPÖ für die Finanzen nicht zuständig bin.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber Ihnen ist nichts aus Ihrer Erfahrung bekannt?

Gratz: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge! Nur ein paar Ergänzungsfragen. Eine im speziellen, weil ich nicht haben will, daß da noch ein falscher Eindruck entsteht.

Wir haben vorhin gesprochen. Kreisky und Proksch waren die, die Sie über die „G'schichten vom Dr. Kreisky" informiert haben. Nun vermute ich, und zwar weil Sie sehr befreundet mit ihm sind, daß Sie auch mit dem Rechtsanwalt Damian darüber gesprochen haben.

Gratz: Ich habe damals mit dem Dr. Damian nicht darüber gesprochen, zumindest nicht meiner Erinnerung nach und nicht in irgendeiner besonderen Form.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie auch seither nicht mit ihm darüber gesprochen? Der Dr. Damian scheint ja die Finanziers wenigstens zu kennen.

Gratz: Ich habe seither natürlich mit ihm darüber gesprochen. Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und was hat er Ihnen da mitgeteilt?

Gratz: Nein, nein, ich habe nicht mit ihm in der Form darüber gesprochen, daß ich ihn verhört hätte, wer die Finanziers seien.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Na gefragt.

Gratz: Nein, ich habe ihn auch nicht gefragt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Dr. Damian ist ein langjähriger Freund von Ihnen. Ist das richtig?

Gratz: Das ist richtig. Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und Sie haben seit dem Bekanntwerden dieser Damian-Affäre mit ihm nie darüber geredet, was nun hinter dieser ganzen Sache steckt?

Gratz: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich darf Ihnen noch ein paar Namen nennen, weil es ja durchaus möglich ist, daß man den einen oder anderen vergessen hat. Kann es sein, daß mit den G'schichten aus Österreich der Dr. Amhof was zu tun hatte?

Gratz: In diesem Zusammenhang höre ich hier den Namen zum ersten Mal.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Rechtsanwalt Dr. Aigner aus Salzburg?

Gratz: Den kenne ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Dkfm. Dr. Franz Bauer, seinerzeitiger Consultatio-Chef?

Gratz: Den kenne ich zwar, aber ich höre auch den Namen in diesem Zusammenhang zum ersten Mal.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Generaldirektor Eder?

Gratz: In diesem Zusammenhang — nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Z-Direktor Alfons Haiden (phonetisch)?

Gratz: Alfons Haiden sicher nicht. Ich meine sicher nicht nach meinem Wissen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Siegfried Wilfling?

Gratz: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Adolf Winter?

Gratz: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Gerhard Schwaiger?

Gratz: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Erich Göttlicher?

Gratz: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat der Herr Mader damit was zu tun gehabt?

Gratz: Mein Mitarbeiter?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja.

Gratz: Nein, sicher nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Na, er ist ja ein bekannter Texter. Es wäre daher nicht von ungefähr, ...

Gratz: Ich weiß, aber in diesem Fall hat er nicht getextet.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat der Erich Dorn (phonetisch) etwas damit zu tun gehabt?

Gratz: Das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist Ihre Zusatzfrage, Herr Dr. Steger.

Obmann Dr. **Steger:** Meine Zusatzfrage heißt: Bela Rabelbauer?

Gratz: Auch nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben auf meine Frage das letzte Mal, warum der Dr. Schwaiger aus dem Vorstand der AKPE ausgeschieden ist, dann die Kritik an den Nachtlokalrechnungen angegeben. Können Sie mir sagen, warum jetzt der Ing. Parzer ausscheidet?

Gratz: Nein, das kann ich nicht sagen.

Abg. **Bergman** (ÖVP): Und warum der Horny ausscheidet?

Gratz: Ja, das kann ich schon sagen, weil Horny Aufsichtsratsvorsitzender ist und wir uns mit der Neuregelung einen hauptamtlichen Aufsichtsratsvorsitzenden geholt haben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und der Horny wäre als hauptamtlicher Vorsitzender des Aufsichtsrates nicht zur Verfügung gestanden?

Gratz: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nur als Bürgermeister.

Und dasselbe gilt für den Sektionschef Waiz natürlich auch.

Gratz: Na, Sektionschef Waiz ist nicht mein Kompetenzbereich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber er scheidet auch aus.

Gratz: Das kann ich hier nach meinem Wissem nicht einmal sicher sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und der Generaldirektor Kraus?

Gratz: Der scheidet auf eigenen Wunsch aus.

Obmann Dr. **Steger:** Danke. Wir sind damit am Ende Ihrer Einvernahme angelangt. Bitte um Entschuldigung, daß es wieder eine gewisse Zeitüberschreitung gegeben hat. Auf Wiedersehen.

Zeugeneinvernahme von Rechtsanwalt Dr. Herbert Schaller

Obmann Dr. **Steger:** Herr Kollege Dr. Schaller, ich bitte Sie vorzutreten und hier Platz zu nehmen bei den Mikrophonen.

Ich begrüße Sie als Zeugen im Untersuchungsausschuß. Es tut mir leid, daß sich das zeitlich so verzögert hat. Ich weiß, daß Sie als Rechtsanwalt natürlich schwere Terminbindungen haben. Durch diese Verzögerung ...

Dr. **Schaller:** Ist wesentlich kürzer als bei Gericht. Daher durchaus erträglich.

Obmann Dr. **Steger:** Sind Sie nicht so optimistisch, Herr Kollege! Es ist jetzt die Frage aufgetaucht, ob wir mit Ihnen einen Termin für heute irgendwann später am Nachmittag vereinbaren könnten. Wir wollen ersuchen, im Rahmen des Terminplanes, nachdem es momentan Schwierigkeiten gibt, etwas zu finden.

Dr. **Schaller:** Aber nur noch heute, ich bin extra deshalb dageblieben, ich bin eigentlich seit Freitag abend im Urlaub.

Obmann Dr. **Steger:** Für wann haben Sie fixe Kanzleitermine?

Dr. **Schaller:** Ich kann mir das einteilen. Nur um 3 Uhr möchte ich gerne einen Termin wahrnehmen dürfen, wenn das hier vereinbar ist.

Obmann Dr. **Steger:** Bis wieviel Uhr?

Dr. **Schaller:** Vielleicht bis vier Uhr längstens.

Obmann Dr. **Steger:** Da würde ich aber dann doch später bitten. Dann hätte ich die Bitte, daß wir Sie um 17 Uhr wieder hier haben könnten. Geht das, Herr Kollege?

Dr. **Schaller:** Bitte das geht.

Obmann Dr. **Steger:** Ich danke Ihnen.

Dr. **Schaller:** Ich danke.

Obmann Dr. **Steger:** Bitte nicht ungehalten zu sein.

Dr. **Schaller:** Auf Wiedersehen.

Obmann Dr. **Steger:** Auf Wiedersehen. Die Sitzung ist bis 14 Uhr unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 12 Uhr 42 Minuten unterbrochen und um 14 Uhr 5 Minuten wiederaufgenommen.)

Zeugeneinvernahme von Günter Kozlik

Obmann Dr. **Steger** verweist den Zeugen auf die drei im Untersuchungsausschuß zu behandelnden Themenkreise, denen seine Antworten gelten sollen. *(Verweis auf § 153 StPO.)*

Als **Generalien** gibt der Zeuge bekannt: Günter Kozlik, geboren am 26. 7. 1943, von Beruf Steuerberater, wohnhaft in Wien XIV, Wolfersberggasse 11.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge, bitte welche Aufgaben haben Sie im Rahmen der AKPE durchgeführt?

Kozlik: Ich habe einen eigenverantwortlichen Werkvertrag wahrzunehmen gehabt, und zwar die EDV-mäßige Verarbeitung der von der AKPE gelieferten Daten.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Der Rechtscharakter Ihres Vertrages war also ein Werkvertrag?

Kozlik: Ein Werkvertrag, ja.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Waren Sie zu dieser Zeit noch sonstwo beschäftigt?

Kozlik: Ja, in der Consultatio, in einem Dienstverhältnis.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Dienstverhältnis Consultatio, Werkvertrag AKPE.

Bitte, wie erklären Sie sich die aus dem Fahrtenbuch des Dienstwagens der AKPE ersichtlichen Fahrten zwischen AKPE und Consultatio?

Kozlik: Auf Grund dieses eigenverantwortlich wahrzunehmenden Auftrages ist die Anlieferung von Unterlagen oder die Abholung von Unterlagen dort erfolgt, wo ich gerade persönlich anwesend war, weil ja eine Prüfung dieser Unterlagen vorzunehmen war.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und wo haben Sie diese Prüfungen durchgeführt?

Kozlik: Entweder in meiner Kanzlei oder in der Consultatio.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sie haben eine eigene Kanzlei?

Kozlik: Ich habe eine eigene Kanzlei in Ottakring.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und warum sind gerade Sie mit diesen Arbeiten betraut worden?

Kozlik: Ich weiß das nicht so. Aber zum Zeitpunkt der Bestellung von Herrn Dr. Schwaiger zum Vorstand der AKPE habe ich mit ihm schon ein fünfjähriges berufliches Verhältnis gehabt, und ich nehme an, daß das ausschlaggebend war.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): In welcher Beziehung bestand dieses berufliche Verhältnis?

Kozlik: Ich war Steuerberater bei der Stadt Wien, und der Herr Dr. Schwaiger war damals für Steuern verantwortlich.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sie waren Steuerberater mit Ihrer Kanzlei eigenverantwortlich?

Kozlik: Nein, die Consultatio war Steuerberater der Gemeinde Wien.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und Sie haben das ausgeführt?

Kozlik: Ich habe das ad personam ausgeführt.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Gut, ich danke schön.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Können Sie — gerade bei der letzten Frage noch eine Nachfrage — mir sagen: die letzten fünf Jahre. Welche Jahre waren das, in denen Sie Steuerberater ...

Kozlik: 1970 bis 1975.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): 1970 bis 1975. Und in welcher Eigenschaft war der Dr. Schwaiger da Ihr Gesprächspartner?

Kozlik: Als Mitglied der Magistratsabteilung 5.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Können Sie mir nur kurz zur Verdeutlichung der Situation seinen Aufgabenbereich sagen?

Kozlik: Er war stellvertretender Abteilungsleiter und hat sich, soweit ich das beurteilen kann, insbesondere um das Steuerwesen der Stadt Wien zu kümmern gehabt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Steuerwesen — zum Beispiel die Umstellung auf Mehrwertsteuer war ein solcher Fall?

Kozlik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie mit ihm in

den einschlägigen Steuerdingen auch Gespräche geführt?

Kozlik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wo haben sich diese Gespräche abgespielt?

Kozlik: Im Rathaus, in der MA 5.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und haben Sie selbst dieses Geschäft eingeleitet oder sind Sie dann in der Consultatio zugeteilt worden?

Kozlik: Ich bin zugeteilt worden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wer leitet solche Geschäfte bei der Consultatio ein?

Kozlik: Die Geschäftsführung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also Bauer — um es namentlich zu nennen — ist das gewesen?

Kozlik: Ja. Das Geschäft hat allerdings schon bestanden, als ich zur Consultatio gekommen bin.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wann sind Sie denn zur Consultatio gekommen?

Kozlik: Ich bin übergewechselt am 1. 11. 1970.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): 1. 11. 1970. Da bestand also die Consultatio etwa ein halbes Jahr.

Kozlik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie lange sind diese Steuergeschäfte schon gelaufen? Ist das über das halbe Jahr hinaus gewesen?

Kozlik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also vor dem halben Jahr — sprich: vor Existenz der Consultatio — hat sich schon die Steuerkanzlei Androsch mit diesen Angelegenheiten befaßt?

Kozlik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Da hat also die Kanzlei Androsch schon vorher diese Geschäfte, die dann von der Consultatio weitergeführt wurden, mit der Gemeinde Wien abgewickelt gehabt?

Kozlik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Da hat es also auch schon in der Kanzlei Androsch Kontakte mit Dr. Schwaiger gegeben?

Kozlik: Das muß ich annehmen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Welche Funktion haben Sie dann innerhalb der Consultatio in der Arbeitsverteilung bekleidet?

Kozlik: Ich war zuerst Sachbearbeiter und bin 1973 Prokurist geworden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sachbearbeiter für welchen Bereich?

Kozlik: Für verschiedene Mandatsverhältnisse.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wieviele Prokuristen hat es gegeben?

Kozlik: Zwei.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das andere war die Brigitte Androsch?

Kozlik: Nein, das war die Frau Lia Androsch.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also die Mutter. Und die war schon vor Ihnen Prokurist?

Kozlik: Sie ist gleichzeitig mit mir bestellt worden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und vorher hat es nur den Geschäftsführer Bauer gegeben.

Kozlik: Damals war Geschäftsführer noch der Herr Prof. Jonasch.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): 1970 bis 1973.

Kozlik: Vor meiner Bestellung ist Herr Dkfm. Bauer vom Prokuristen zum Geschäftsführer bestellt worden. Und dann wurden Frau Androsch und ich als Prokuristen bestellt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und als Sachbearbeiter nun für welche Bereiche?

Kozlik: Für verschiedene Mandatsverhältnisse, insbesondere für Steuerfragen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte, die Consultatio war also, als Sie eingetreten sind, schon mit der Gemeinde Wien in Tätigkeit. Und mit dem Bund auch schon?

Kozlik: Mit dem Bund kenne ich kein Mandatsverhältnis.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und mit Firmen oder mit Stellen, die im Bau des AKH involviert waren vor 1975?

Kozlik: Kenne ich auch keine.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und dann bei der AKPE; da hat es welche Aufgaben gegeben?

Kozlik: Die schon vorher ausgesagten für mich.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sind Sie ein EDV-Spezialist?

Kozlik: Ich würde mich nicht als EDV-Spezialisten bezeichnen, ich habe also gewisse Kenntnisse und habe meine Befugnis.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Unter EDV-Spezialist meine ich nicht, daß Sie Programmierer sind, aber Spezialist im Sinne von Rechnungswesen und EDV. Haben Sie sich da vorher spezialisiert?

Kozlik: Ich kann dieses Gebiet für meine Mandaten ordnungsgemäß bewältigen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie kam es nun zum Abschluß dieses Werkvertrages?

Kozlik: Es hat ein Gespräch gegeben, ich habe ein Anbot gelegt, und diesem Anbot wurde zugestimmt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Mit wem hat es das Gespräch gegeben?

Kozlik: Mit Dr. Schwaiger.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ab wann lief der Werkvertrag?

Kozlik: Spätherbst 1975.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also Spätherbst 1975. Wenn ich Ihnen in Erinnerung rufen darf, daß die AKPE am 5. September 1975 gegründet wurde, darf ich Sie da bitten, daß aus der Erinnerung näher zu präzisieren.

Kozlik: Das muß November, Dezember gewesen sein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich korrigiere mich: 9. September 1975.

Kozlik: Das muß also noch November, Dezember gewesen sein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also nach Gründung der AKPE. Man hat nicht vorsorglich mit Ihnen schon vorher gesprochen?

Kozlik: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Was haben Sie da vorgefunden an EDV-Einrichtungen?

Kozlik: Keine.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Mußte nicht die vorangehende Bauleitung irgendwelche Rechnungsaufbereitungen haben?

Kozlik: Ich nehme an, daß das kameral geschehen ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und daher war das die Stunde „Null" für Sie gewissermaßen?

Kozlik: Für das Rechnungswesen einer Aktiengesellschaft ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun gibt es natürlich die Notwendigkeit für das Rechnungswesen — ich rede nicht vom EDV, sondern vom Rechnungswesen —, auf Belege über laufende Aufträge oder noch nicht abgewickelte Aufträge zurückgreifen zu können. Wo konnten Sie da zurückgreifen?

Kozlik: Ich habe nur die technische Abwicklung übergehabt, ich habe vorkontierte Belege bekommen, ich habe daher keinen Anlaß gehabt, irgendwohin zurückzugreifen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie in diesen ersten Monaten die Erfahrung gemacht, daß irgendwo Beleglücken aufgetreten sind; nicht unbedingt direkt, sondern durch Erzählungen oder Hinweise von anderen.

Kozlik: In jedem Rechnungswesen, das man aufbaut, funktioniert nicht alles von Anfang an.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun meine ich nicht Lücken derart, daß irgendwo ein Beleg nicht vorhanden ist, sondern gravierende Lücken in dem Sinn, daß es bei Großaufträgen die zwar laufen und bei denen man einsteigen muß, auf einmal Schwierigkeiten macht, sie belegmäßig zu erfassen.

Kozlik: Die Belegaufbereitung erfolgte im Rahmen der AKPE. Ich kann also nicht beurteilen, ob diese Leute Schwierigkeiten gehabt haben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wer hat die Belegaufarbeitung dort gemacht?

Kozlik: Das Rechnungswesen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das war also der ...

Kozlik: Herr Dr. Zacek als Verantwortlicher, Frau Lackner als Mitverantwortliche.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wer war die Mitverantwortliche?

Kozlik: Eine Frau Lackner.

Abg. Dr. **Steinbauer** (ÖVP): Wo ist die hergekommen?

Kozlik: Das weiß ich nicht. Die war Angestellte in der AKPE.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie kannten Zacek von der Consultatio her?

Kozlik: Ich bin mit ihm in die Schule gegangen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie kam es nun zu dem Entschluß, daß Sie aus der Consultatio zusätzlich diesen Werkvertrag auf sich nehmen?

Kozlik: Ich habe schon vorher und nachher andere Werkverträge eigenverantwortlich wahrgenommen und tue das zur Stunde noch immer.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie vor

Annahme des Werkvertrages diese Annahme mit jemandem in der Consultatio abgestimmt?

Kozlik: Ich brauchte das Einverständnis des Geschäftsführers.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Sie haben dies ordnungsgemäß eingeholt?

Kozlik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und haben Sie allenfalls den Eigentümer oder dessen Mutter auch informiert, daß sie nun ...

Kozlik: Dazu bestand keine Veranlassung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Es bestand keine Veranlassung oder Sie haben es nicht getan?

Kozlik: Ich habe es auch nicht getan.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie zeitauslastend war nun dieser Werkvertrag?

Kozlik: Nicht sehr.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Um welche Größenordnung der Honorierung hat es sich gehandelt, damals und jetzt?

Kozlik: Das ist an und für sich ein fließender Vertrag der klein begonnen hat, dann zu einer gewissen Größe angeschwollen ist und nunmehr nicht mehr besteht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bis wann hat der bestanden?

Kozlik: Im Frühsommer 1980 wurde mir von der AKPE mitgeteilt, daß meine Tätigkeit nunmehr von der AKPE selbst durchgeführt wird.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Worauf geht das zurück?

Kozlik: Mir wurde gesagt, auf einen Beschluß des Aufsichtsrates.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Weitere Gründe: War man mit Ihrer Arbeit unzufrieden?

Kozlik: Mir sind keine Gründe bekannt, warum man hätte unzufrieden sein sollen. Nach Aussagen der Leute des Rechnungswesens war man auch nicht unzufrieden. Offensichtlich war es der Grund, daß keine Belege der AKPE mehr außer Haus kommen sollten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Weil Sie die Abwicklung außer Haus gemacht haben?

Kozlik: Jawohl!

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): In Ihrer Kanzlei in Ottakring ...

Kozlik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und an Ihrem Arbeitsplatz bei der Consultatio?

Kozlik: Jawohl!

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Je nachdem, wie Sie es leichter in der Arbeit hatten.

Kozlik: Das ist eine technisch-organisatorische Frage.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wo haben Sie den Großteil dieser Arbeit verrichtet?

Kozlik: In meiner Kanzlei.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich muß hier zurückfragen. Sie sagten, fließend anschwellend und nun beendet hinsichtlich der Höhe des Werkvertrages. Ist der mit Mann-Stunden abgerechnet worden?

Kozlik: Das ist entsprechend dem Honorartarif der Wirtschaftstreuhänder abgerechnet worden, das ist überwiegend eine Zeitgebühr.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Können Sie mir weiterhelfen: In welchen Größenordnungen sprechen wir da für Herbst 1975 oder Frühjahr 1976?

Kozlik: Das hat also, man könnte sagen, bei Null begonnen und ist bis maximal 400 000 S pro Jahr gekommen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wann, würden Sie sagen, wurde dieses Maximum per anno erreicht?

Kozlik: Gegen Ende des Auftrags.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also eher gegen 1978, 1979.

Kozlik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich hätte mir das eher umgekehrt vorgestellt. Ich hätte gemeint, daß Sie am Anfang eine Fülle von Aufarbeitungsarbeiten hatten.

Kozlik: Das kommt auf den jeweiligen Beleganfall an.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wollen Sie mir das ein bißchen präzisieren und erläutern.

Kozlik: Ich verarbeite jene Belege, die ich angeliefert bekomme. Sind das sehr viele, dann brauche ich sehr viel Zeit, sind das wenige, dann brauche ich nicht so viel Zeit.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und von woher ist dieser unterschiedliche Beleganfall erklärlich, vom Baufortschritt her oder wie erklärt sich das?

Kozlik: Das ist für mich nicht technisch verifizierbar. Ich kann das nicht sagen, woran das liegt. Es kann etwa daran liegen, daß eine Firma viele Teilrechnungen legt oder wenige.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Es kann also mit dem Baufortschritt schon zu tun haben, daß Sie 1978, 1979 einen größeren Beleganfall hatten, als sie 1976 hatten?

Kozlik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Sie haben die Belege dann in eine Datenverarbeitungsmaschine eingegeben?

Kozlik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wo stand die?

Kozlik: Die steht in Ottakring.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): In Ihrem Betrieb?

Kozlik: In meiner Kanzlei.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und war da ein Zusammenhang mit dem Combit-Rechenzentrum?

Kozlik: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Oder mit der PRO-DATA?

Kozlik: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Was war das für eine Anlage?

Kozlik: Die Anlage ist eine IBM und gehört einem Berufskollegen von mir.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben gegen Honorierung Zeit gemietet bei einem Berufskollegen?

Kozlik: Der rechnet seine EDV-Leistungen mir gegenüber ab. Ich habe die Eingabe, die Kontrolle, die Durchführung gemacht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie heißt der Eigentümer dieser Anlage?

Kozlik: Das ist Herr Dkfm. Klinger.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Dkfm. Klinger.

Haben Sie im Zusammenhang mit der Abwicklung dieses Auftrages Hilfsleistungen oder andere Leistungen von der Consultatio beanspruchen müssen?

Kozlik: Ganz geringfügig.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Beispiele. Was?

Kozlik: Wenn ich auf Urlaub war, mußte sich jemand darum kümmern.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Da ist jemand eingesprungen von Ihren Kollegen?

Kozlik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die haben das dann abgerechnet.

Kozlik: Das habe ich verrechnet bekommen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das haben Sie zurückverrechnet bekommen von der Consultatio.

Kozlik: Die Consultatio hat mir eine Rechnung gelegt. Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das heißt, es konnte durchaus der Fall sein, daß ein Consultatio-Mitarbeiter etwa ein, zwei Monate im Jahr die EDV-Betreuung der AKPE machte in Ihrer Vertretung.

Kozlik: So würde ich das nicht formulieren. Er ist also hilfsmäßig für mich eingesprungen und hat einen einzelnen Auftrag wahrgenommen. Und dann, wenn ich zurück war, habe ich das wieder selbst übernommen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja. Aber ich meine das — deswegen sprach ich von ein bis zwei Monaten — in der Annahme, daß Sie etwa 4 bis 6 Wochen Urlaubsanspruch im Jahr haben.

Kozlik: Ja, den Anspruch habe ich wohl.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das ist klar.

Aber es konnte durchaus einmal für einige Wochen der Fall sein.

Kozlik: Nein, das war nicht der Fall.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wann sind dann diese Hilfsdienste zum Tragen gekommen?

Kozlik: Die kommen tageweise zum Tragen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also Mann/Tage wurden gewissermaßen von Ihnen von der Consultatio beansprucht.

Kozlik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Vom Dkfm. Bauer beziehungsweise von der Consultatio wurde dann ihnen verrechnet.

Kozlik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat man Ihnen, wenn Sie also Tätigkeiten in der Consultatio machten, dies auch angerechnet? Etwa Raumbenützung oder dergleichen.

Kozlik: Nein. Außerdem war das ja äußerst geringfügig.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und nun eine Frage bezogen auf die Jahre 1978/79: Wenn Sie ein 400 000-S-Jahreshonorar beanspruchen, dann ist das noch eine gewisse Zeitleistung. Eine weitere Zeitleistung haben Sie im Rahmen Ihrer eigenen Kanzlei erbracht.

Kozlik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Was blieb da noch für

Ihre Tätigkeit im Rahmen der Consultatio über?

Kozlik: Mindestens eine 40-Stunden-Woche.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie scheinen der Erfinder des 48-Stunden-Tages zu sein. Können Sie mir das ein bissel erläutern?

Kozlik: Ich arbeite mehr als 40 Stunden pro Woche.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber nun haben Sie es doch, wenn ich es richtig sehe, zumindest — nimmt man jetzt die vollen Jahre, wenn ich die so bezeichnen darf — in den Jahren 1978/79 zustande gebracht — und da kriege ich langsam berufliches Interesse —, drei Berufe übereinander zu schichten. Ihre eigene Kanzlei, die AKPE und die Consultatio. Hat man Sie im Rahmen der Consultatio da schlechter honoriert, anders honoriert? Hat man hier reduziert?

Kozlik: Gegenüber der Consultatio mußte ich meine volle Dienstleistung erbringen. Eine dritte Tätigkeit habe ich ja nicht gehabt, weil die AKPE ja im Rahmen meiner Kanzlei erledigt wurde.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie in Ihrer Kanzlei außer der AKPE überhaupt keine anderen Klienten gehabt?

Kozlik: Wenn ich eine Zahl nennen darf des Jahres 1980: Ich mache in meiner Kanzlei nebenbei 2,3 Millionen Umsatz.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Als dann Dkfm. Nidetzky in die Consultatio kam: Hat er diese mehrfache Tätigkeit auch zugelassen?

Kozlik: Zu dem Zeitpunkt war der Vertrag ja an und für sich im Auslaufen, es hat nur mehr Übergabetätigkeiten gegeben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ist Ihnen in den Jahren Ihrer Tätigkeit bei der Consultatio Dkfm. Androsch begegnet?

Kozlik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würden Sie mir die Häufigkeit dieser Begegnungen sagen können?

Kozlik: Ja. Zur Weihnachtsfeier und vielleicht noch einmal im Jahr.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie sich vor dieser Aussage mit irgend jemandem beraten, was wohl heute Gegenstand der Fragen sein könnte?

Kozlik: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Auch nicht mit Herren der SPÖ-Fraktion oder Experten?

Kozlik: Nein. Ich bin erst gestern abends zurückgekommen und habe heute früh die Vorladung gesehen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Sie haben auch mit einem Rechtsanwalt nicht gesprochen darüber?

Kozlik: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Oder mit Kollegen von der Consultatio?

Kozlik: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben Dkfm. Androsch etwa zweimal im Jahr — wenn ich das richtig verstanden habe — gesehen.

Kozlik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ist er außer bei angesagten Feiern auch in die Consultatio gekommen? Haben Sie da Erfahrungen von Kollegen, die Ihnen erzählt haben: Gestern war er da.

Kozlik: Ja, er ist, wie gesagt, ein-, zweimal im Jahr erschienen, offensichtlich wenn er Zeit hatte um vorbeizukommen. Ich nehme aber an, daß er da eher seine Mutter besucht hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie war Ihr Eindruck: Hatte Bauer das volle Vertrauen von Androsch?

Kozlik: Das kann ich nicht beurteilen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben auch keine Erfahrungen hinsichtlich der Stellung Bauers im Rahmen der Firma, der Vertrauensstellung?

Kozlik: Ich müßte annehmen, daß ein Geschäftsführer das Vertrauen seines Gesellschafters hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie Auseinandersetzungen zwischen Bauer und Lia Androsch direkt oder indirekt erlebt?

Kozlik: Ich weiß nicht, was Sie unter „Auseinandersetzung" verstehen. Es gibt in jeden Beruf sachliche Kriterien und Rechtsmeinungen, die man nicht gleich beurteilt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich würde schon einen Unterschied darin sehen, ob jemand sachlich einen anderen Standpunkt vertritt und man eine oft auch über längere Zeit gehende Sachkontroverse hat, wo die einen den Rechtsstandpunkt und die anderen einen anderen Rechtsstandpunkt vertreten. Ich meine mit „Auseinandersetzungen": Erregte Auseinandersetzungen.

Kozlik: Nein. Sind mir nicht bekannt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich meine mit „Auseinandersetzungen" Gespräche, Gesprächssitu-

ationen, woraus man ein getrübtes Vertrauen ableiten könnte.

Kozlik: Ich würde eher sagen: In jener Zeit, in der die Medien sich der Consultatio sehr angenommen haben auf Grund der Tätigkeit von Herrn Dr. Bauer.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Da hat es dann zunehmend Kontroversen oder Auseinandersetzungen, um bei meinem Wort zu bleiben, gegeben.

Kozlik: Ich würde sagen, es hat zwischen Frau Androsch und Bauer nicht mehr dieses Verhältnis gegeben wie vorher.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das heißt: Bis 1980 hat es ein anderes — wie soll ich sagen? —, ein engeres Vertrauensverhältnis gegeben als die Trübungen, die nach den Medienveröffentlichungen eingetreten sind. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Kozlik: Das würde ich glauben. Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun hat die Consultatio auch mit der Gemeinde Wien zusammengearbeitet im Rahmen der Spitalskostenberechnungen. Waren Sie da eingeschaltet?

Kozlik: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wer hat das von der Consultatio gemacht?

Kozlik: Dr. Bauer.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ist Ihnen Winter in diesem Zusammenhang begegnet?

Kozlik: Ich habe ihn einmal gesehen. Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich meine: Vor der AKPE.

Kozlik: Vor der AKPE nicht. Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also als Winter noch im Rahmen der Stacher-Mannschaft arbeitete.

Kozlik: Nein. Darüber habe ich überhaupt keinen Einblick gehabt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ihnen ist Winter erstmals wann begegnet?

Kozlik: Er ist einmal in die Consultatio gekommen, um ein Gespräch mit Dr. Bauer zu führen, aber ich weiß nicht, warum.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wann war denn das ungefähr?

Kozlik: Das kann ich nicht mehr sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wenn Sie mir helfen grob einzuordnen, wann sich das etwa abgespielt hat.

Kozlik: Ich glaube im Jahre 1976.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): War Ihnen von einem Plan Winters etwas bekannt, das Finanzwesen der AKPE über Firmen abzuwickeln und dadurch den Finanzdirektor zu ersetzen?

Kozlik: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ist Ihnen diesbezüglich nie etwas untergekommen?

Kozlik: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie auch von einem Papier Winters aus dem Sommer 1975, um Ihnen in der Erinnerung zu helfen, je etwas gehört, das unter dem Titel „Projektmanagement" gelaufen ist?

Kozlik: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat Ihnen auch Zacek nie etwas erzählt, mit dem Sie ja eng zusammenarbeiten mußten?

Kozlik: Na ja, er ist da jedenfalls zur Verschwiegenheit verpflichtet. Das heißt, er kann über derartige Dinge ohne Verletzung der Verschwiegenheitspflicht nichts sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Können Sie mir da weiterhelfen? Ich kann mit dieser Antwort überhaupt nichts anfangen. Wo ist er zur Verschwiegenheit verpflichtet?

Kozlik: Soviel ich weiß, hat Herr Dr. Zacek ebenfalls einen Werkvertrag bei der AKPE. Hinsichtlich all dessen, was ihm im Rahmen dieses Werkvertrages zur Kenntnis gelangt, ist er zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Daher hat er mit Ihnen nicht gesprochen. Habe ich das jetzt richtig verstanden!

Kozlik: Er hat schon mit mir gesprochen über jene Bereiche, die mich etwas angegangen sind.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das war die Belegsabwicklung.

Kozlik: Jawohl.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): War es für die Consultatio ein personeller Aderlaß, wenn plötzlich zwei der Referenten aus der Referentenebene mehr oder weniger hauptamtlich bei der AKPE tätig wurden?

Kozlik: Ich war nicht hauptamtlich bei der AKPE tätig.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): In einem hohen Ausmaß bei einer Arbeit.

Kozlik: In einem nicht so hohen Ausmaß, als Sie offensichtlich annehmen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Dann müssen Sie mir doch einmal das Jahr 1976 beziffern. Wir sind 1978 bei der Größenordnung 400 000 S. Helfen Sie mir: Was war etwa die Größenordnung 1976?

Kozlik: Das ist also jetzt eine Vermutung. Aber aus der Erinnerung heraus würde ich sagen: Die Hälfte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also aus der Erinnerung 200 000 S größenordnungsmäßig.

Ist Ihnen etwas über Beziehungen der Consultatio zum Stacher-Team oder zu Mitgliedern des Stacher-Teams bekannt?

Kozlik: Es hat Mandatsverhältnisse gegeben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Zu einzelnen Personen des Stacher-Teams?

Kozlik: Zu einer Person, wenn ich das richtig in Erinnerung habe.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Helfen Sie mir weiter.

Kozlik: Darf ich die Frage an den Herrn Vorsitzenden richten: Verletze ich meine Verschwiegenheitspflicht, wenn ich einen Mandanten-Namen erwähne?

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Ob Sie die Verschwiegenheitspflicht verletzen oder nicht, ist ausschließlich Ihre Entscheidung. Da habe ich, da hat der Ausschuß als Ganzes überhaupt nichts mitzuentscheiden. Sie müssen, wenn Sie glauben, daß Sie im Rahmen Ihrer Berufspflichten etwas anvertraut bekommen haben — im Rahmen Ihrer Berufspflichten anvertraut bekommen haben; nicht sonstige Wahrnehmungen, die Sie gemacht haben —, sich darauf berufen, und dann entscheiden wir, ob das ein logischer innerer Zusammenhang ist oder nicht oder ob wir weiter insistieren. Sie können es nicht in die umgekehrte Richtung abschieben. Sie haben das ausschließlich zu entscheiden. Erst wenn Sie erklärt haben, daß Ihnen diese Fragestellung nur im Rahmen Ihrer Berufsausübung anvertraut wurde, erst dann haben wir überhaupt nachzudenken. Die Entscheidung kann Ihnen niemand abnehmen.

Es ist jedenfalls so: Wenn es Ihnen anvertraut wurde im Rahmen Ihrer Berufsausübung, dann haben Sie nach Ihrem Standesrecht, das gleichzeitig Gesetzescharakter hat, das Recht und eigentlich sogar die Pflicht, sich darauf zu berufen, daß Sie das nicht bekanntgeben können.

Bitte, Herr Zeuge.

Kozlik: Dann würde ich die Frage damit als abgeschlossen betrachten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat die Consultatio mit Winter zusammengearbeitet?

Kozlik: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Mit Stacher?

Kozlik: Eine Zusammenarbeit mit dem Herrn Stadtrat selbst nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also es gab kein Mandatsverhältnis.

Kozlik: Es gab kein Mandatsverhältnis.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Gab es ein Mandatsverhältnis mit Wilfling?

Kozlik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Was sagt Ihnen der handschriftliche Vermerk Winters vom 17. 5. 1974 über die 14. Sitzung des Stacher-Teams, wo er wörtlich festhält — vielleicht können Sie uns das erläutern —: Consultatio plus DKI 95 000 D-Mark; mit Wilfling bereits sieben Sitzungen.

Kozlik: Sagt mir gar nichts.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sagt Ihnen nichts.

Nun haben Sie eine EDV-Abrechnung errichtet. Hat es da nicht andere Möglichkeiten gegeben, etwa im Rahmen der ÖKODATA, also etwa das Rechenzentrum COMBIT, um dort die Tätigkeit abzuwickeln?

Kozlik: Das weiß ich nicht. An mich ist der Auftrag erteilt worden, und den habe ich durchgeführt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie hatten freie Hand, das mit Ihnen zugänglichen technischen Möglichkeiten abzuwickeln.

Konzlik: Jawohl.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wann ist Ihnen die ÖKODATA bekannt geworden?

Kozlik: Im Rahmen des Mandatsverhältnisses.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Moment, da kenne ich micht jetzt nicht aus. Wie ist Ihnen das bekannt geworden? — Als Sie als Vertreter der Consultatio die Buchhaltung der ÖKODATA machten?

Kozlik: Das war ich nicht ad personam. Ich habe ad personam mit der ÖKODATA nichts zu tun gehabt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber es ist bekannt, daß die Consultatio für die ÖKODATA das Rechnungswesen machte. In welcher Weise waren Sie damit beschäftigt?

Kozlik: Gar nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Waren Sie in dem Leistungsfluß zwischen ÖKODATA und Consultatio in irgendeiner Weise persönlich eingeschaltet?

Kozlik: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie über die Eigentumsverhältnisse der ÖKODATA vom Hörensagen irgendeine Wahrnehmung machen können?

Kozlik: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie sich, nachdem dann in den Medien von einer Treuhandschaft die Rede war, darüber erkundigt?

Kozlik: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ist im Rahmen der Consultatio dieses Thema unter den Mitarbeitern besprochen worden?

Kozlik: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge! Ist es nicht seltsam, daß eine in den Medien breit dargestellte Überlegung hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse der ÖKODATA innerhalb der Consultatio nicht diskutiert wird? Oder erinnern Sie sich vielleicht doch, daß es dann Gespräche im Anschluß gab, ob das wahr ist oder nicht. Konnten Sie da Wahrnehmungen machen?

Kozlik: Ich habe keine Wahrnehmungen gemacht. Es ist durchaus möglich, daß Mitarbeiter unter sich darüber gesprochen haben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja, aber in Ihrer Anwesenheit.

Kozlik: In meiner Anwesenheit nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sind Ihnen andere Firmen der ÖKODATA, des ÖKODATA-Kreises bekannt? Wann wurde Ihnen das COMBIT-Rechenzentrum bekannt?

Kozlik: Das sind Mandanten gewesen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): PRODATA?

Kozlik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wann ist Ihnen erstmals der Herr Rumpold begegnet?

Kozlik: Anläßlich der Bearbeitung einer Steuerfrage für seinen Vater.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wann war denn das ungefähr?

Kozlik: Das müßte schon 1972 gewesen sein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Im Anschluß daran ist er dann in diesem Werkvertrag für die Consultatio tätig geworden.

Kozlik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun zurück zum legendären grünen Volvo. Das Fahrtenbuch des Volvo, soweit es mir aktenmäßig bekannt ist, beginnt im September 1979 und geht bis, glaube ich, März 1980, wenn ich es richtig in Erinnerung habe.

Wie wurden denn vorher die Akten hin- und hertransportiert?

Kozlik: Das kam also entweder meistens durch Chauffeur, zeitweise wurden sie geholt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie wurden also von Firmenwagen der Consultatio abgeholt oder vom Chauffeur des Finanzdirektors oder der Finanzdirektion der AKPE gebracht.

Kozlik: Von Firmenwagen der Consultatio nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat die Consultatio keine?

Kozlik: Sie hat Firmenwagen, aber dafür stehen sie nicht zur Verfügung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie sagten, bisweilen wurden sie abgeholt.

Kozlik: Das kann ja auch ich machen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also Sie haben sie abgeholt?

Kozlik: Wenn es am Weg liegt, scheue ich diese Mühe nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Warum gibt es für den Volvo vor dem September 1979 kein Fahrtenbuch? Oder sind Ihnen Fahrtenbücher aus der Zeit davor in Erinnerung?

Kozlik: Das kann ich im Hinblick auf meine Verschwiegenheitspflicht nicht sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würden Sie mir erläutern, in welchem Zusammenhang jetzt eine Verschwiegenheitspflicht auftaucht?

Kozlik: Das geht ins Detail der Abrechnung der AKPE.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge! Wir sind dazu da, die Firmenverflechtung, die ganz einfach rund um die AKPE entstanden ist, hier näher aufzuklären, Sie würden uns sehr viel behilflich sein, wenn Sie uns hier eben auch solche Details näher erläutern. Das Fahrtenbuch des grünen Volvo ist, bitte, durchaus bekannt und aktenkundig, also es sind nicht Neuigkeiten in dem Sinn. Sie würden nur manches verdeutlichen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Sektionschef Dr. Fleisch! Ich darf Sie bitten, daß Sie das als Hilfestellung juristisch kommentieren.

Sektionschef Dr. **Fleisch** (Bundesministerium für Justiz): Der Zeuge hat sich hier auf eine Verschwiegenheitspflicht bezüglich des Auftrages, den er von der AKPE erhalten hat, bezogen. Ist nicht seitens der AKPE allen Beteiligten die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht zugesichert und hier erklärt worden?

Obmann Dr. **Steger:** Zur Frage der Entbindung — das war schon einmal Gegenstand auch meiner Verärgerung, wenn ich den Ausschuß daran erinnern darf —: Wir haben die Entbindung durch den Bürgermeister für alle Beamten, aber wir haben keinerlei Entbindung mitgeteilt bekommen für den Bereich der Sondergesellschaften. Ich habe damals schon erklärt, daß es ein bedenklicher Zustand ist, daß zwar alle Rechtsträger im öffentlichen Bereich — Gebietskörperschaften — solche Erklärungen abgeben, daß es aber dann, wenn nicht eine Extra-Erklärung durch eine Sondergesellschaft kommt, dort nicht gültig ist. Wir haben an sich von dort bis heute keine derartige Erklärung betreffend Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht erhalten.

Sektionschef Dr. **Fleisch** (Bundesministerium für Justiz): Wenn sich der Zeuge nunmehr darauf beruft, hier über Umstände aussagen zu müssen, die ihm auf Grund seines besonderen Vertrauensverhältnisses — seines Auftrages — von der AKPE anvertraut wurden, hier nichts sagen zu dürfen, so macht er hier sein Entschlagungsrecht nach § 152 Z. 2 StPO geltend.

Obmann Dr. **Steger:** Ich darf das in diesem Zusammenhang noch aufgreifen mit dem § 152 StPO, der wesentlich stärker als der § 153 StPO hinsichtlich des Entschlagungsrechtes ist. Laut § 153 StPO hat sich ein Zeuge darauf zu berufen, daß einer dieser drei Gründe gegeben ist, und dann kann in einer Abwägung entschieden werden, ob die Wichtigkeit der Aussage so groß ist, daß er trotzdem aussagen muß. Beim § 152 StPO wäre das gesamte Verfahren nichtig, wenn eine Befragung über etwas erfolgt, allenfalls mit Insistierung erfolgt. Im § 152/2 StPO heißt es, die Befragung eines Wirtschaftstreuhänders über das, was ihm in dieser Eigenschaft von seinem Vollmachtgeber anvertraut worden ist. Das ist eine wesentlich schärfere Fassung, nicht eines Entschlagungsrechtes, sondern einer Pflicht, nicht fragen zu dürfen. Das ist der Unterschied zwischen § 152 und § 153 StPO. Ich mache trotzdem darauf aufmerksam, daß es auch bei solchen Wahrnehmungen natürlich die Abgrenzungsfrage gibt, ob Ihnen das anvertraut wurde im Rahmen Ihrer Verschwiegenheitspflicht. Sie könnten auch hier wieder Wahrnehmungen haben, die außerhalb Ihres Vollmachtsverhältnisses passiert sind. Auch die Frage, ob es einen grünen Volvo gibt und ähnliches, kann ja auch anders in Erfahrung gebracht worden sein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich hätte die Bitte, daß man den Zeugen ersucht, hinauszugehen und uns fünf Minuten die Frage diskutieren zu lassen. *(Zeuge Kozlik verläßt den Sitzungssaal.)*

Obmann Dr. **Steger** *(nachdem der Zeuge wieder in den Saal gerufen wurde):* Herr Zeuge! Wir haben noch einmal diese Frage der Abgrenzung eines sowohl Entschlagungsrechtes als auch eines Verbotes, Sie zu befragen, hier diskutiert. Das ist eine reine Rechtsfrage. Wir haben auch den Sektionschef des Justizministeriums noch einmal als Auskunftsperson gebeten, das zu beleuchten.

Ich möchte zusammenfassend noch einmal sagen: Es ist jede Einzelfrage, die an Sie gerichtet wird, immer isoliert zu beleuchten, ob das im Rahmen Ihrer Berufstätigkeit Ihnen bekanntgeworden ist. Es muß nicht unter dem Hinweis Ihnen anvertraut worden sein, daß das unter ausdrücklichem Hinweis auf Verschwiegenheitspflicht Ihnen gesagt worden ist, sondern es muß im Rahmen dieser Berufstätigkeit Ihnen zur Kenntnis gelangt sein. In diesem Fall wäre es mit Nichtigkeit bedroht, wenn wir solche Fragen überhaupt an Sie stellen.

Ich bitte Sie aber trotzdem, den Rahmen nicht zu eng zu ziehen. Und zwar auch in Ihrem eigenen Interesse und auch im Interesse Ihrer Vollmachtgeber. Dort, wo man sich nämlich immer sehr schnell hinter diesem formellen Wall verschanzt, daß man dann gar nichts dazu sagen darf — jetzt bei Grenzfragen, die es eben auch gibt —, löst oft diese Antwort mehr Mißtrauen aus als die vielleicht ganz harmlose Antwort, die man sonst dazu geben könnte.

Wir wären auch bereit, Ihre Einvernahme für einige Minuten zu unterbrechen, damit Sie versuchen, telefonisch sich eine Entbindung von der Verschwiegenheit geben zu lassen. Telefonisch hieße in dem Fall, von der AKPE sich geben zu lassen.

Sehen Sie da eine Möglichkeit, daß Sie das allenfalls probieren?

Kozlik: Da müßte ich zuerst in Kenntnis gesetzt sein, wer derzeit für die AKPE verantwortlich sprechen kann.

Obmann Dr. **Steger:** Ja, es sind das die Vorstandsdirektoren, die Sie bisher kennen. Weil die formelle Neukonstruktion ist zwar angekündigt, aber noch nicht durchgeführt. Das heißt, Sie können beginnen beim Herrn Gene-

raldirektor Kraus und können dann sehen, wer sonst allenfalls bereit ist, Ihnen etwas zu sagen.

Sehen Sie da eine Möglichkeit?

Konzlik: Ja, ich kann versuchen anzurufen.

Obmann Dr. Steger: Ich hätte statt dessen den Vorschlag — wenn der Ausschuß einverstanden ist, weil wir es ja leichter haben, wenn es so eine Entbindung wirklich gibt —, daß Sie das gleich probieren, wir uns mittlerweile den bereits anwesenden Herrn Gärtner hereinholen. Wir können da ohneweiters eine Viertelstunde überbrücken und mit den Fragen dort beginnen, und der Herr Zeuge teilt uns dann mit, ob er erfolgreich war bei seinen Telefonaten oder nicht.

Ist der Ausschuß nicht einverstanden mit dieser Vorgangsweise? — Herr Abgeordneter Steinbauer?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich hätte eine Reihe von Fragen, die mit der AKPE-Entbindung nichts zu tun haben und die anknüpfen ...

Obmann Dr. **Steger:** Da diese Fragen vorher gestellt werden, können wir dann um halb vier Ihre Einvernahme unterbrechen. Sie versuchen dann für die restlichen Fragen, ob es eine Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht gibt oder nicht und teilen uns dann im direkten Weg das mit oder lassen es uns ausrichten, und wir schieben Sie dann wieder ein, sobald das geklärt ist.

Bitte, Herr Abgeordneter Steinbauer.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Darf ich noch einmal zurück zur Consultatio, weil ich da vielleicht etwas nicht richtig verstanden habe. Ab 1973 sind Sie und Lia Androsch Prokuristen?

Kozlik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und natürlich, Bauer ist Geschäftsführer. Und können Sie mir noch einmal die Rechtslage vor 1973 schildern. Wer ist da Geschäftsführer und wer hat da Prokura?

Kozlik: Herr Universitätsprofessor Dr. Jonasch ist Geschäftsführer, und Prokura hat Herr Dkfm. Bauer.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich verstehe. Und nun zurück, auch weiterhin bei der Consultatio bleibend.

Es hat nun die ÖKODATA bei ihrer Gründung eine Zeitlang Räumlichkeiten der Consultatio benützt. Können Sie mir sagen, um welche Räumlichkeiten es sich handelte und um welchen Zeitraum?

Kozlik: Es war sehr kurzfristig, und es war lediglich ein Raum, der leergestanden ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Es muß ja gewesen sein im Gründungsstadium, das muß Dezember 1975 gewesen sein, da wird die ÖKODATA gegründet, es handelt sich also offenkundig um das Jahr 1976. Wie lange, nach Ihrer Erinnerung?

Kozlik: Höchstens zwei, drei Monate.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und im Jahr 1976?

Kozlik: Ja!

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wie kam es dann zur Beendigung dieser Verwendung von Consultatio-Räumlichkeiten?

Kozlik: Soweit ich gehört habe, waren dann die Räumlichkeiten der ÖKODATA in der Neulerchenfelder-Straße fertig und konnten dort bezogen werden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Zweite Frage in dem Zusammenhang. Es gab ein Personalleasing des Dkfm. Bauer von der Consultatio an die ÖKODATA. In welchem Ausmaß ist Ihnen das bekannt?

Kozlik: Ein Leasingvertrag im Sinne Manpower-leasing hat es nie gegeben. Herr Dkfm. Bauer war Geschäftsführer und ist entsprechend abgerechnet worden, wenn er für irgendeinen Mandanten tätig war. So auch für die ÖKODATA.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Der Herr Dkfm. Bauer hat aber selbst das Wort „Leasing" — aber bitte, ich möchte Ihnen jetzt keinen falschen Vorhalt machen, soweit ich mich richtig erinnere — hier verwendet, hinsichtlich seiner Tätigkeit bei der Ökodata.

Kann es eine Rechtskonstruktion gegeben haben, die einen solchen Ausdruck salopperweise anwenden läßt?

Kozlik: Soweit mir bekannt ist, kennt die österreichische Rechtsordnung den Begriff „Leasing" nicht, sondern lediglich Kaufverträge, Werkverträge oder Bestandverträge. Es war also meines Wissens ein ganz normaler Werkvertrag im Rahmen der Wirtschaftstreuhänderberufsordnung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die Ökodata hat an die Consultatio zwei Darlehen gegeben. Eines vom 10. 4. 1978 bis zum 14. 9. 1978, in der Größenordnung von einer Million, und eines im Jahre 1979 in der Größenordnung von 1,5 Millionen. Wie wurde das zurückverrechnet?

Kozlik: Ich habe davon gehört. Wie das abgewickelt wurde, weiß ich nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sind Ihnen andere Leistungen zwischen ÖKODATA und Consultatio außer diesen Darlehen bekanntgeworden?

86 von 340 zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 8 (Seite 2221b bis 2560) (gescanntes Original)

Kozlik: Ja, die Consultatio hat für die ÖKODATA Leistungen erbracht und hat einmal diese Vermietung durchgeführt. Andere Leistungen kenne ich nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Leistungen, was meinen Sie jetzt, wenn Sie sagen, die Consultatio hat an die ÖKODATA Leistungen erbracht? Was waren das für Leistungen?

Kozlik: Das ist Buchhaltung, Lohnverrechnung, Steuerberatung, Bilanzen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und kam es auch zu Personalleistungen, also daß man Fachkräfte, die bei der Consultatio tätig waren, vorübergehend — jetzt verwende ich wieder das Wort — ausgeleast hat?

Kozlik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): In welchem Umfang etwa?

Kozlik: Nach meiner Wahrnehmung war das höchst unterschiedlich und kam auf die Auftragssituation an.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und was waren das für Fachkräfte und für Tätigkeiten?

Kozlik: Das waren Spezialisten auf den verschiedenen Gebieten des betrieblichen Rechnungswesens.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die hat man, wenn ein gewisser Engpaß bei der ÖKODATA war, zur Verfügung gestellt. Aber waren denn die Spitalspezialisten?

Kozlik: Ich glaube, daß nicht nur Spitalfragen hier bearbeitet wurden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sind Ihnen in Erinnerung oder können Sie mir die Personen nennen, die die Spitalspezialisten in der Consultatio waren?

Kozlik: Es gibt meines Erachtens keinen Spitalspezialisten in der Consultatio. Es gibt Leute, die von Betriebsorganisation gegebenenfalls etwas verstehen, von dem Rechnungswesen überhaupt, von Steuern, von Buchführung. Wenn das im Rahmen einer Spitalsverwaltung notwendig ist, dann brauche ich kein Spitalspezialist zu sein, meines Erachtens.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun hat aber die Consultatio über mehrere Jahre hin der Gemeinde Wien im Bereich der Spitalskostenrechnung und im Bereich der Spitalsorganisation Tätigkeiten erfüllt, wobei Rumpold etwa in diesem Zeitraum ein freier Mitarbeiter oder ein Werksvertragsmitarbeiter war.

Wer waren andere Herren aus der Consultatio, die in diesen Jahren dann — wenn ich jetzt den Ausdruck „Spezialist" verwende, dann offenkundig nicht so speziell —, wer waren die zugeteilten Referenten oder Dienstnehmer der Consultatio für diesen Bereich?

Kozlik: Ja, es hat eine Reihe von Mitarbeitern gegeben, die hier dafür eingesetzt wurden. Ich weiß nicht, ob ich jetzt alle Namen erinnerlich habe, es hat einen Herrn Mag. Lukits gegeben und einen Dkfm. Mutsitz (phonetisch), eine Frau Mag. Heller und dergleichen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und hat es nun Consultatio-Mitarbeiter gegeben, die in irgendeiner Rechtsform, so wie Sie und Zacek, zusätzlich noch im Bereich der AKPE tätig waren?

Kozlik: Davon ist mir nichts bekannt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Mitarbeiter im Bereich der APAK?

Kozlik: Nein, ist mir nicht bekannt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie können das auch hinsichtlich der APAK ausschließen oder ...

Kozlik: Es hat einmal einen Dkfm. Gossar bei uns gegeben, der ist ausgeschieden. Gossar. Ob der dann zur APAK gegangen ist oder nicht, weiß ich nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und der war vorher in der Consultatio tätig und ist dann ...?

Kozlik: Ist dann als Dienstnehmer ausgeschieden. Wohin er gegangen ist, weiß ich nicht. Aber ich habe gehört, daß er im Rahmen des AKH tätig sein soll.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich meinte nun aber auch Parallelverhältnisse, wenn ich das so umschreiben darf, wie etwa Zajcek und Sie ja durchaus Mitarbeiter bei der Consultatio waren und parallel dazu dann im Bereich des AKH durch Werkverträge oder zu Sonderleistungen als Konsulenten tätig. Da ist Ihnen niemand bekannt?

Kozlik: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ist Ihnen eine solche Tätigkeit etwa von Nidetzky bekannt?

Kozlik: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nidetzky ist Geschäftsführer ab wann?

Kozlik: Meines Wissens ab 1. 8. 1980.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie sind ja noch bei der Consultatio angestellt?

Kozlik: Ja, ich bin noch angestellt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und haben die Prokura nicht mehr oder noch?

Kozlik: Noch immer.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wer hat — gegenwärtiger Stand — die Prokura?

Kozlik: Geschäftsführer ist Dkfm. Nidetzky, Frau Lia Androsch hat Prokura und ich. Und Frau Brigitte Androsch!

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sind sonstige Leistungen der Consultatio an die ÖKODATA Ihnen begegnet, die also nicht mit der engeren Erfüllung von Aufträgen, wie etwa Rechnungswesen . . .?

Kozlik: Nein, nur diese Vermietung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wurden der Consultatio etwa durch die ÖKODATA Kunden zugeführt?

Kozlik: Das kann ich nicht beurteilen, mir ist keiner bekannt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Es hat einen in den Medien diskutierten Vorfall gegeben, und zwar Stacher hat in einem Gespräch mit, glaube ich, 40 bis 50 Universitätsprofessoren die Consultatio empfohlen.

Ist Ihnen dieser Vorfall erinnerlich?

Kozlik: Ja! Also daß er sie empfohlen hat, kann ich nicht sagen. Ich weiß nur, daß die Consultatio für die Klinikvorstände des Allgemeinen Krankenhauses einen Auftrag erfüllt hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Für die Klinikvorstände hat die Consultatio einen Auftrag erfüllt?

Kozlik: Jawohl.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Darf ich fragen, welchen Auftrag?

Kozlik: Es ging um Steuerfragen im Zusammenhang mit der Verrechnung von Ärztegebühren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie macht man so einen Vertrag: denn das ist ja eine Gruppe, glaube ich, von 50 bis 60 Leuten. Mit wem schließt man da so einen Vertrag ab?

Kozlik: Aufgetreten sind Beauftragte der Klinikchefs. Zwei Beauftragte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Können Sie die Namen nennen, wer das war?

Kozlik: Herr Professor Deutsch und Herr Prof. Husslein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und die haben gewissermaßen einen Beratungsvertrag mit der Consultatio abgeschlossen hinsichtlich der Versteuerung von Ärztehonoraren?

Kozlik: Sie haben uns einen Auftrag erteilt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wann war das?

Kozlik: Ich würde glauben 1978.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wie lange lief dieser Auftrag?

Kozlik: Bis zur endgültigen Fertigstellung ungefähr ein Jahr.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also 1978, 1979 lief dieser Auftrag? Und der war für alle Kliniken?

Kozlik: Für alle Kliniken, ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Gewissermaßen eine Modellrechnung oder.

Kozlik: Es war ein Modellgutachten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Können Sie mir das ein bißchen erläutern, worum es dabei gegangen ist. Ich bin kein Arzt und verstehe es daher.

Kozlik: Jetzt komme ich in genau dieselbe Problematik wie vorher.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Dann will ich Ihnen das nicht antun. Wer hat das dann bezahlt?

Kozlik: Jede einzelne Klinik.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die Kliniken haben dann einzeln diesen Auftrag abgerechnet, obwohl zwei Beauftragte ja den Vertrag unterschrieben haben?

Kozlik: Die Beauftragung erfolgte auftrags und namens der Chefs der Kliniken des Allgemeinen Krankenhauses durch die beiden Herren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wieviel Kliniken haben dann bezahlt?

Kozlik: 34.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und da hat jede Klinik einzeln dann honoriert?

Kozlik: Eine Honorarnote bekommen und bezahlt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und können Sie mir die Größenordnung dieses Auftrags nennen?

Kozlik: Jede Klinik hat ungefähr 3 500 S bezahlt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich verstehe. Es war also ein Gutachten, wenn ich das richtig verstehe.

Kozlik: Ja, ein Gutachten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich möchte eine Zusatzfrage dazu stellen. Hat das Steuerfragen der Kliniken oder der Professoren betroffen?

Kozlik: Der Kliniken.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nicht der Professoren?

Kozlik: Die Professoren sind auch hier involviert gewesen. Es ist ein sehr komplexes und nicht sehr leicht verständliches Gebiet.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Können Sie das, ohne die Verschwiegenheitspflicht zu verletzen, ein bissel abgrenzen oder definieren?

Kozlik: Es gibt verschiedene Einnahmen nach dem Wiener Krankenanstaltengesetz, die einen verschiedenen Aufteilungsschlüssel haben. Und die steuerliche Zurechnung und Wertung dieser einzelnen Einnahmen war die Hauptfrage.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und das betrifft auch die private Einkommensseite der Klinikchefs?

Kozlik: Unter Umständen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wer war nun in der Consultatio für das der Experte, wenn Sie so wollen, damit ich den Ausdruck Spezialist nicht wieder verwende?

Kozlik: Diesen Auftrag habe ich durchgeführt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben an diesem Auftrag aber für die Consultatio gearbeitet?

Kozlik: Jawohl!

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Daß da kein Mißverständnis entsteht, und es wurde auch der Consultatio honoriert?

Kozlik: Jawohl!

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und trat im Zusammenhang mit dem Auftrag nun diese Stacher-Empfehlung ein, von der Sie sagen, Sie wissen von einer Empfehlung nichts? Aber war das im Anschluß an diese Aussprache zustande gekommen, bei der die Klinikchefs mit Stacher gesprochen haben?

Kozlik: Ich weiß den zeitlichen Ablauf nicht, ich wurde lediglich einmal eingeladen, hier vorzusprechen, und habe in diesem Rahmen dieser Vorsprache den Auftrag erhalten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bei wem mußten Sie vorsprechen?

Kozlik: Das war in den Räumen der MA 17.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bei Stadtrat Stacher?

Kozlik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Stadtrat Stacher hat Ihnen dann den Auftrag gegeben? Oder wer war da dabei, der Stadtrat und wahrscheinlich die zwei Professoren?

Kozlik: Ich kann mich an Herrn Professor Husslein, daß er damals dabei war, nicht erinnern. Es waren verschiedenste Professoren anwesend, die mir also nicht alle persönlich bekannt waren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wann war diese Aussprache in etwa?

Kozlik: Na ja, vor Auftragserteilung, ich glaube, Anfang 1978.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Anfang 1978. Und hat hier der Stadtrat Stacher in dieser Aussprache sich für eine sofortige Vergabe des Auftrages ausgesprochen?

Kozlik: Er hat sich überhaupt nicht für eine Vergabe ausgesprochen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und — er war aber anwesend?

Kozlik: Er war anwesend.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Sie haben am Ende dieser Aussprache eine Absprache gehabt, daß Sie den Auftrag bekommen, oder?

Kozlik: Nein. Der Auftrag wurde erst später schriftlich erteilt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also, es war erst eine Diskussion der Probleme und später kam es dann zur ordnungsgemäßen Abwicklung, gewissermaßen.

Kozlik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ist hier in dem Zusammenhang das Problem der Kompatibilität zwischen dieser Steuerberatung und der Eigentümerschaft der Consultatio irgendwo diskutiert worden?

Kozlik: Inwieweit soll das inkompatibel sein?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Na ja, ein Gutachten, das ein Vorgehen von Kliniken und Einzelpersonen umfaßt gegenüber den Finanzbehörden. Wurde nirgends diskutiert?

Kozlik: Die Aufgabe, das Steuerwesen der Mandanten zu beraten, in ihrer Stellung zur Finanzverwaltung, ist ja Aufgabe der Wirtschaftstreuhänder unter anderem.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Verstehe. Ist Ihnen eigentlich begegnet, daß Klienten zu Ihnen oder zur Consultatio kamen, mit der einen Hoffnung, gewisse Dinge leichter zu regeln, weil ja doch der Androsch der Besitzer ist?

Kozlik: Wenn sie es im Herzen getragen haben, aussprechen durften sie es nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat es auch niemand ausgesprochen?

Kozlik: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): In Ihrer Anwesenheit, also, nach Ihrer Erfahrung?

Kozlik: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun hat die Consultatio, als Sie eingetreten sind, 1970, wieviel Mitarbeiter etwa hat die Consultatio gehabt?

Kozlik: An die 20.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wieviel Mitarbeiter 1980?

Kozlik: 65 rund.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): 65. Da geisterte aber in den Medien die Behauptung, daß es bis zu 90 Mitarbeiter waren. Wurde dieser Stand je nach Ihrer Erinnerung erreicht?

Kozlik: Nein, der wurde nicht erreicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie sind dann Namenslisten erklärlich, die auch schon publiziert wurden? Haben Sie in diesen Namenslisten Fehler entdeckt?

Kozlik: Ja!

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Da wurden also Mitarbeiter angeführt, die nicht tätig waren.

Kozlik: Es wurden Mitarbeiter angeführt, die wohl tätig waren, aber nicht gleichzeitig.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die also im Laufe eines Jahres irgendwann einmal beschäftigt waren und dann in dieser Liste aufgeschienen sind?

Kozlik: Jawohl. Inklusive Ferialpraktikanten und dergleichen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und reden wir jetzt über Fix-Angestellte. Wenn Sie die Ziffer, glaube ich, sechzig haben Sie gesagt ...

Kozlik: 65.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das sind die Fix-Angestelllten?

Kozlik: Das sind die Dienstnehmer, ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und dazu ist aber bei so einem Büro natürlich immer eine Zahl von Werkverträgen, die läuft mit, oder sehe ich das falsch?

Kozlik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wie hoch würden Sie die Zahl dieser Werkverträge, die da mitgelaufen sind, ansetzen, etwa Stichjahr 1980?

Kozlik: In Summen nie mehr als fünf, meines Wissens nach.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Während Ihrer Prokura-Zeit?

Kozlik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie Einschau gehabt in die Abwicklung der ÖKODATA, oder hat das der Herr Dkfm. Bauer alleine gemacht?

Kozlik: Ich habe keinen Einblick gehabt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie hatten also mit dem Komplex ÖKODATA ...

Kozlik: ... hatte ich nichts zu tun.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): ... nichts zu tun. War das im Rahmen der Aufgabentrennung normal, innerhalb der Consultatio, oder war dies ein Sonderfall?

Kozlik: Das war normal, es hat jeder Befugnisträger seine Zuständigkeiten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und es war ganz einfach die ÖKODATA nicht Ihr Bereich.

Kozlik: Jawohl.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ist Ihnen bekannt, wie der Kollege Horny in die Consultatio gekommen ist?

Kozlik: Er ist genauso aufgenommen worden wie jeder andere.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ist Ihnen irgendwo eine Intervention für ihn bekannt geworden?

Kozlik: Nein, ist mir nicht erinnerlich.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nicht erinnerlich.

Ist Ihnen eine Korrespondenz zwischen Bauer und Winter irgendwo begegnet?

Kozlik: Nein, ist mir nicht bekannt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber es hat dieses eine Winter-Gespräch bei Bauer in der Consultatio gegeben, etwa 1976?

Kozlik: Ich habe ihn einmal die Räume der Consultatio betreten gesehen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ist Ihnen der Sektionschef Waiz in den Räumen der Consultatio begegnet?

Kozlik: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ist Ihnen der Finanzrat und — ich weiß nicht, was er für einen Titel

90 von 340 zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 8 (Seite 2221b bis 2560) (gescanntes Original)

hat — Horny, also Horny senior, Obersenatsrat, in den Räumen der Consultatio begegnet?

Kozlik: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat eigentlich die Consultatio in den Jahren 1970 bis 1979 eine Ausweitung der Büroräumlichkeiten gehabt? Müßte ja, wenn man erst 20 Mitarbeiter hat und dann 65 ...

Kozlik: Sie hat das Gebäude in der Holzmeistergasse besiedelt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Erworben und besiedelt?

Kozlik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und ist nun genügend Raum vorhanden gewesen? Also dann, durch dieses zusätzliche Gebäude für 65 Dienstnehmer!

Kozlik: Ja, sonst hätten wir es wahrscheinlich nicht bezogen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nein, ich meine, das war dann ausreichend, oder? Es gibt immer wieder Betriebe, die aus den Fugen gehen, weil so viel Mitarbeiter sind. Das war nicht der Fall, das Haus ist groß genug für 65 Mitarbeiter?

Kozlik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ist das ein Komplex mit dem ursprünglichen, da ist eine Verbindung zwischen den ursprünglichen Büroräumen, oder?

Kozlik: Nein, die ursprünglichen Büroräume waren in der Gerasdorfer Straße, das ist ungefähr 5 Minuten mit dem Auto ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und die wurden total aufgegeben?

Kozlik: Dort lagern noch Unterlagen, wenn man das so sagen kann.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das ist ein Magazin oder eine Aktenablage ...

Kozlik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nach meiner Uhr ist es jetzt 15 Uhr 30, Herr Vorsitzender!

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Ich bitte Sie, daß Sie jetzt versichern, eine Entbindung von Ihrer Verschwiegenheitspflicht zu erreichen. —

Es gilt also Ihre Einvernahme als unterbrochen, weil wir, zumindest wenn wir keine anderen Fragen mehr an Sie stellen können, von Ihnen dann im Protokoll noch brauchen, daß keine Entbindung Ihnen aus technischen oder aus Antwortmöglichkeiten heraus gegeben erscheint. Auf Wiedersehen einstweilen! Sie melden sich, sobald Sie telefonisch erfolgreich oder nicht erfolgreich waren.

Bitte den nächsten Zeugen, Vizebürgermeister Busek, hereinzuholen.

Zeugeneinvernahme von Vizebürgermeister Dr. Erhard Busek

Obmann Dr. **Steger:** Wir begrüßen Sie, Herr Vizebürgermeister, als Zeuge im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Ich darf Sie bitten, dort in der Mitte vor den Mikrofonen Platz zu nehmen.

Dieser Untersuchungsausschuß, in dem Sie als Zeuge geladen sind, hat auf Grund eines Beschlusses des Nationalrates, und zwar eines einstimmigen Beschlusses, folgendes zu untersuchen, und zwar — im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien sind alle drei Punkte zu sehen —:

1. Untersuchung der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung — da gehören die ganzen Firmenkonstruktionen herein —,

2. Untersuchung im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen der diversen Firmen, die bekannt sind,

3. Untersuchung der Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen. *(Verweis auf § 153 StPO.)*

Ich bitte Sie, im Sinne der sonstigen Verpflichtungen alle an Sie gestellten Fragen, sofern sie durch den Untersuchungsauftrag gedeckt sind, wahrheitsgemäß zu beantworten, und ersuche Sie am Anfang um Ihre Generalien, das ist Vor-, Zuname, Geburtsdatum, Beruf und Anschrift. Bitte.

Dr. **Busek:** Erhard Busek, 25. 3. 1941, Jurist, Wien IV, Wohllebengasse 9.

Obmann Dr. **Steger:** Der erste Abgeordnete, der an Sie Fragen stellen will, ist der Herr Abgeordnete Mühlbacher. Ich bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Vizebürgermeister! Die ÖVP hat 1975 im Wiener Gemeinderat der Gründung der AKPE Aktiengesellschaft zugestimmt. Halten Sie diese Entscheidung für richtig?

Dr. **Busek:** Unter den damaligen Voraussetzungen war eine Änderung der Art der Baudurchführung sicher richtig. Es hat von unserer Seite — ich habe ja damals dem Gemeinderat

nicht angehört — Einwände gegeben gegen die Art der Konstruktion. Insbesondere ist, glaube ich, die Problematik der Transparenz hier diskutiert worden. Nähere Argumentation ist mir weiter nicht bekannt.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Also das heißt, die Organisationsform wurde von Ihnen voll anerkannt, von Ihrer Partei, Ihrer Fraktion?

Dr. **Busek:** Die Organisationsform war in dem Sinn damals noch gar nicht erkennbar, sondern nur die Übereinstimmung, hier eine Sondergesellschaft zu errichten.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Die Organisationsform als Aktiengesellschaft, die ist ja erkennbar.

Dr. **Busek:** Die ist einer Kritik von unserer Seite unterzogen worden. Es hat damals andere Vorstellungen gegeben, soweit es mir aus der Geschichte bekannt ist.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Ist Ihnen bekannt, ob Alternativen bekanntgegeben wurden?

Dr. **Busek:** Ist mir nicht bekannt.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Vizebürgermeister! Es wurde von Zeugen Ihrer Fraktion ausgesagt, daß Sie die Herren Dipl.-Ing. Winter und Dr. Schwaiger gekannt haben.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter, wenn ich kurz unterbrechen darf. Ich bin gerade darauf aufmerksam gemacht worden.

Formell ist die Fragestellung etwas unklar juristisch, wieweit es für den Herrn Vizebürgermeister eine Amtsverschwiegenheit gibt, an die er gebunden ist. Wir haben beim Bürgermeister Gratz hier erlebt, daß er sich selbst entbunden hat, weil er auf jeden Fall nach allen hierarchischen Überlegungen der Ranghöchste ist, der das auch kann.

Herr Sektionschef Dr. Fleisch, gibt es Entscheidungen oder Überlegungen? Ich muß das deswegen klären, damit wir nicht eine Vorgangsweise wählen — das ist nämlich der § 152 —, wo allenfalls eine Nichtigkeit gegeben wäre, wenn wir Sie etwas fragen, ohne daß Sie entbunden sind von der Amtsverschwiegenheit. Herr Sektionschef Dr. Fleisch, gibt es dazu Entscheidungen oder Grundsatzüberlegungen im Rahmen des Justizressorts, wie es in so einem Fall mit der Amtsverschwiegenheit ausschaut?

Sektionschef Dr. **Fleisch:** Die Frage ist hier, ob der Herr Vizebürgermeister damals als gewählter Abgeordneter davon Kenntnis erlangt hat oder in einer Funktion als Organ der Gemeinde Wien. Als Stadtrat, als amtsführender Stadtrat, als Mitglied des Stadtsenates ist er Beamter, und als solcher unterliegt er auch der Verschwiegenheitspflicht.

Obmann Dr. **Steger:** Der Herr Bürgermeister hat allerdings eine generelle Entbindung aller Beamten von der Amtsverschwiegenheit und eine generelle Verpflichtung zur Aussage vor diesem Ausschuß abgelegt. Bitte, es mag — Einfügung — fast zum Schmunzeln anregen, aber es ist trotzdem eine wesentliche und essentielle Frage. Sehen Sie darin abgedeckt, daß auch hier jedenfalls keine Amtsverschwiegenheit gegeben ist?

Sektionschef Dr. **Fleisch:** Ich sehe das abgedeckt, weil der Stadtsenat ein Organ der Vollziehung der Gemeinde Wien ist und die Mitglieder des Stadtsenates genauso Beamtencharakter haben wie die berufsmäßig ernannten Beamten.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt also, durch diese Erklärung des Bürgermeisters, daß er generell alle entbindet, ist auch sein Vizebürgermeister, auch wenn er einer anderen Fraktion angehört, entbunden von der Verschwiegenheitspflicht?

Sektionschef Dr. **Fleisch:** So würde ich das sehen.

Obmann Dr. **Steger:** Bitte, Herr Abgeordneter, wenn Sie im Lichte dessen weiter fragen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Vizebürgermeister! Kennen Sie die Herren Dipl.-Ing. Winter und Dr. Schwaiger?

Dr. **Busek:** Nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sie haben nie Kontakt mit den beiden Herren gehabt?

Dr. **Busek:** Nein. Es ist möglich, daß ich Ihnen die Hand gegeben habe bei irgendeiner Veranstaltung, aber dann sicher nicht bewußt.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sie haben die beiden Herren als Beamte des Magistrats nicht gekannt?

Dr. **Busek:** Nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sie haben sie nicht gekannt.

Dr. **Busek:** Darf ich dazusagen: Mittlerweile kenne ich den Dr. Schwaiger, weil er in den Magistrat zurückgekehrt ist.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Ja.

Dr. Drennig sagte aus; sowohl die ÖVP-Fraktion der Beteiligungskommission als auch die des Aufsichtsrates der Wiener Holding über die Gründung der MED-CONSULT und die anteilige Durchführung des ABO-Auftrages informiert zu haben. Ist das richtig?

Dr. **Busek:** Das weiß ich nicht, weil ich beiden nicht angehöre.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sie wurden nicht informiert?

Dr. **Busek:** Ich wurde nicht informiert, nein. Ich bin Mitglied der Beteiligungskommission erst seit Frühjahr oder Sommer 1980.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sektionschef Waiz sagte aus, mit Ihnen über die Nominierung einer ÖVP-nahen BO-Firma, Betriebsorganisationsfirma gesprochen zu haben. Dr. Drennig intervenierte daraufhin für die Firma A. W. & F. Was wissen Sie davon?

Dr. **Busek:** Davon weiß ich gar nichts. Mich überrascht sowohl die Mitteilung des Sektionschefs Waiz als auch die Herstellung des Zusammenhanges einer Intervention. *(Abg. Bergmann, ÖVP: Kann man die Aussage von Waiz zitieren?)*

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sicher. — Aber Sie selbst haben nie eine Intervention in dieser Richtung getan?

Dr. **Busek:** Ich habe in keiner Angelegenheit eine Intervention bei der AKPE durchgeführt.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Aber es war doch ein Gespräch — ich glaube, das ist aus dem Akt Winter hervorgegangen —, wonach Sie eine Intervention getan haben.

Dr. **Busek:** Das kann ich mit Sicherheit sagen: Nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sie selbst haben keine Intervention für eine Firma bezüglich der Betriebsorganisation getan?

Dr. **Busek:** Mit Sicherheit sagen: Nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Kennen Sie Ing. Rumpold?

Dr. **Busek:** Ja, den Ing. Rumpold kenne ich.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Haben Sie mehrere Gespräche geführt mit ihm?

Dr. **Busek:** Ich habe ein Gespräch mit Ing. Rumpold geführt, um das er angesucht hat. Das war am Beginn meiner Tätigkeit im Bereich Wien, also als Stadtrat in Wien. In dem hat er mich über den Zustand des Baues des AKH informiert und über seine Ansicht dazu und hat gemeint, daß vor alledem die Baukosten und die Betriebskosten ins Gigantische wachsen werden.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Zu welchem Zeitpunkt war das, Herr Vizebürgermeister?

Dr. **Busek:** Es muß 1976/77, sowas, gewesen sein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wieso haben Sie damals eigentlich nicht Alarm geschlagen?

Dr. **Busek:** Das habe ich. Ich verdanke dem Herrn Ing. Rumpold die Mitteilung, daß es Varianten gegeben hat, nach denen die Baukosten berechnet wurden, daß diese Varianten bis zu 100 Milliarden Schilling reichen. Ich habe daraufhin den Vorschlag gemacht, das noch einmal zu untersuchen und, wenn das stimmt, für einen Abbruch des AKH einzutreten. Das ist aber von Ihrer Fraktion oft genannt worden. Ich wundere mich, daß Sie das nie erreicht hat.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Zu diesem Zeitpunkt?

Dr. **Busek:** Zu diesem Zeitpunkt. Ist pressemäßig überprüfbar.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herrn Dr. Wilfling kennen Sie auch, Herr Vizebürgermeister?

Dr. **Busek:** Dr. Wilfling kenne ich auch, ja. Ich hatte zweimal das Vergnügen: Einmal, wie ich Stadtrat geworden bin, hat sich Dr. Wilfling bei mir vorgestellt in Begleitung eines anderen Herrn, an den ich mich nicht mehr erinnern kann. Auch das muß 1976 oder 1977 gewesen sein. Und dann hat er ein zweites Mal um ein Gespräch ersucht, und zwar wie seine Angelegenheit im Kontrollausschuß zur Debatte gestanden ist.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Und wann haben Sie etwas über angebliche Verfehlungen von Dr. Wilfling erfahren?

Dr. **Busek:** Es ist mir bereits geraume Zeit von meiner eigenen Fraktion mitgeteilt worden, daß es Bedenken gegen Dr. Wilfling gibt. Ich habe diese daraufhin dem Bürgermeister Gratz mitgeteilt. Er hat mir gesagt, daß er das auch schon gehört habe, daß aber nichts zu beweisen sei.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wissen Sie noch den Zeitpunkt ungefähr?

Dr. **Busek:** Es muß 1977/78, so etwas, gewesen sein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Vizebürgermeister! Wie beurteilen Sie die Tatsache, daß Ihre Fraktion im Personalausschuß dem Abschluß eines Sondervertrages mit Dr. Wilfling zugestimmt hat?

Dr. **Busek:** Das ist nicht eine Frage des Urteils. Ich habe meine Bedenken, die mir zugebracht wurden zu Dr. Wilfling, dem Bürgermeister mitgeteilt. Er hat mir gesagt, das sei untersucht worden, und daraufhin hat es von uns aus, sozusagen nach dem Prinzip von Treu und Glauben, daß bis zum Beweis des Gegenteils dem zu glauben sei, keine Einwände mehr gegeben.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Das war 1978. Da

sagten Sie vorhin schon, 1977/78 waren Sie über seine angeblichen Verfehlungen informiert.

Dr. **Busek:** Daß es hier Bedenken gibt. In Beweislage ist niemand gewesen von denen, die mich informiert haben.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sie sagten, es haben zwei Gespräche mit Dr. Wilfling stattgefunden, nicht?

Dr. **Busek:** Ja.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wo haben denn die stattgefunden, Herr Vizebürgermeister?

Dr. **Busek:** Das eine in meinem Büro in der Falkestraße und das andere bei mir zu Hause, und zwar wegen Terminknappheit. Es war an einem Montag — ich kann den Termin allerdings nicht mehr aus dem Gedächtnis sagen, er ist aber rekonstruierbar — Kontrollausschuß bezüglich der Reisekostenrechnungen des Dr. Wilfling. Wilfling legte Wert darauf, noch vorher mit mir zu sprechen. Ich habe keinen anderen Termin freigehabt als Samstag nachmittags, und da haben keine Büros offen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Also kann man nicht den Besuch in Ihrer Privatwohnung als private Beziehungen bezeichnen?

Dr. **Busek:** Bei Gott nicht.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Was war der Gesprächsinhalt mit Rabelbauer, Herr Vizebürgermeister?

Dr. **Busek:** Der Herr Rabelbauer hat über den Landesparteisekretär um ein Gespräch mit mir ersucht, um meine Meinung hinsichtlich des Ausscheidens von Angestellten der Wiener ÖVP aus dem Verein Bürgerforum zu erfahren bzw. eine Änderung herbeizuführen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Angestellte der Wiener ÖVP?

Dr. **Busek:** Ein Bezirkssekretär, ja.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Letzte Frage, Herr Vizebürgermeister: Wie sollte das Jugendzentrum Metropol finanziert werden?

Dr. **Busek:** Aus den von der Gemeinde Wien zur Verfügung gestellten Mitteln zur Herrichtung von Parteilokalen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Ich danke vielmals, Herr Vorsitzender.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter ... Keiner. Ist ja ganz erstaunlich.

Herr Zeuge! Der Herr Dr. Drennig und die Frau Schaumayer haben ein bißchen widersprüchliche Aussagen gemacht, indem die Frau Schaumayer darauf verwiesen hat, daß niemals in Fraktionssitzungen der Beteiligungs-Holding Herr Dr. Drennig das berichtet hat, was er hier angegeben hat, nämlich diese Grundtendenz, daß es die Überlegung des Dr. Drennig war, sogenannte SPÖ-nahe Firmen und sogenannte ÖVP-nahe Firmen zusammenzuspannen, damit man in allen Bundesländern leichter zu Aufträgen kommt. Ist jetzt nicht wortwörtlich zitiert, aber der Sinn der Drennig-Aussage. Er hat drangehängt, daß das in den Fraktionssitzungen von ihm ausdrücklich gesagt wurde. Die Frau Stadtrat Schaumayer hat das ausdrücklich in Abrede gestellt und gemeint, wenn er das gesagt hat, dann muß er sich irren.

Ich möchte daher jetzt Sie fragen, wieweit Sie persönlich als Parteiobmann, als Stadtrat, als jemand, den wahrscheinlich auch seine eigene Holding-Fraktion informiert, in der Gründungsphase der Firma Med-Consult Informationen aus der eigenen Fraktion — und dann würde mich auch interessieren, von wem und welche Informationen — erhalten haben?

Dr. **Busek:** Ich habe keinerlei Informationen erhalten.

Obmann Dr. **Steger:** Hat es zu keinem Zeitpunkt Gespräche mit Ihnen direkt über die Gründung der Med-Consult gegeben?

Dr. **Busek:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Auch nicht im Bereich des Stadtsenats?

Dr. **Busek:** Auch nicht im Bereich des Stadtsenats.

Obmann Dr. **Steger:** Und in der Fraktion werden solche Dinge entschieden vom Aufsichtsratsgremium und Ihrer dortigen Fraktion ohne Mitteilung an die Partei?

Dr. **Busek:** Es werden sicher Dinge vorgelegt, die den dort vertretenen Mitgliedern des Gemeinderates — das gilt für die Beteiligungskommission — so gravierend vorkommen, daß sie damit etwa den Klubvorstand oder ein Parteigremium befassen. Das war meiner Erinnerung nach nicht der Fall.

Obmann Dr. **Steger:** Ist nach der Gründung, als erstmals der eine oder andere den Verdacht geäußert hat, daß diese Firma funktionslosen Zwischenhandel betreibt, hat es dann aus diesem Beteiligungsfirmenbereich heraus Gespräche mit Ihnen gegeben?

Dr. **Busek:** Was verstehen Sie unter Beteiligungsfirmenbereich?

Obmann Dr. **Steger:** Na ja, allgemeine Beteiligungs-Holding, Wirtschaftsbeteiligungskommission heißt es jetzt.

Dr. **Busek:** Zu dem Zeitpunkt habe ich der Beteiligungskommission bereits angehört, und meine Fraktion hat den Antrag auf Auflösung des Vertragsverhältnisses, der die Med-Consult betrifft, gestellt.

Obmann Dr. **Steger:** Sagen Sie uns das ein bissel im Zeitablauf, damit wir das exakter haben.

Dr. **Busek:** Ich bin nach meiner Erinnerung im Frühjahr oder Sommer 1980 in diese Kommission gekommen. Damals ist die ganze Diskussion um den ABO-Auftrag und die Art und Weise der Ausschreibung und der Durchführung schon sehr heiß gewesen samt der Rolle dieser Firma. Es war — auch aus den Berichten — nicht erkennbar, was diese Firma selber soll. Daher sind mehrere Anträge gestellt worden von meinen Kollegen im Kontrollausschuß, Überprüfungsanträge, und von meiner Fraktion in der Beteiligungskommission ein Auflösungsantrag. Das muß gewesen sein Juni oder Juli 1980.

Obmann Dr. **Steger:** Aber im Herbst ist doch noch ein Antrag im Gemeinderat niedergestimmt worden, diesen Bereich aufzulösen. Ein solcher Antrag soll geheißen haben, daß dieser Firmenbereich Prutscher nicht mehr zu Aufträgen im öffentlichen Bereich kommt. Habe ich das falsch gehört?

Dr. **Busek:** Es handelt sich um den Auflösungsantrag Med-Consult. Der Antrag, den Ihre Fraktion im Gemeinderat gestellt hat, war auf Nichtbeschäftigung der Firma Prutscher. Das ist eine bissel unterschiedliche Materie, würde ich sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt also, noch einmal repliziert, sinngemäß haben Sie das schon gesagt: Vor Gründung der Med-Consult gab es überhaupt keine Information an Sie direkt, kein Gespräch, das mit Ihnen persönlich geführt wurde, weder aus Ihrer Fraktion heraus noch von der SPÖ her?

Dr. **Busek:** Nichts.

Obmann Dr. **Steger:** Und nach der Gründung haben Sie erst, so wie eben andere auch, erfahren, daß da möglicherweise funktionsloser Zwischenhandel betrieben wird, und dann sofort Konsequenzen ergriffen.

Dr. **Busek:** Richtig.

Obmann Dr. **Steger:** Die politischen Überlegungen, die Dr. Drennig geäußert hat, nämlich, daß man sehr bewußt zusammenspannt, so fast großkoalitionär zusammenspannt Firmenbereich X und Firmenbereich Y, die wurden mit Ihnen nie erörtert?

Dr. **Busek:** Nie.

Obmann Dr. **Steger:** Gibt es Sonstiges von seiten der SPÖ heraus? — Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier, bitte.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Eine Zusatzfrage, die man an den Landesparteiobmann der ÖVP-Wien richten kann: Gibt es irgend etwas aus Ihrem Wissen als Landesparteiobmann, was die eingebrachte Formel: Prutscher ist eine ÖVP-nahe Firma, rechtfertigen könnte?

Dr. **Busek:** Meines Wissens nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Mühlbacher, bitte.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Anläßlich eines Betriebsbesuches bei Knoblich-Licht wurden Sie um eine Intervention hinsichtlich der Klima-Leuchten gebeten. Was haben Sie da unternommen?

Dr. **Busek:** Das kann sich nur um einen völligen Irrtum handeln. Ich habe im Rahmen eines Bezirksbesuches die Firma Knoblich besucht und war etwas verwundert, dort einen „Kinderfreunde"-Kindergarten vorzufinden. Der Herr Sefcsik hat mir mitgeteilt, die einzigen, die die Firma Knoblich unterstützen, seien die Sozialisten, die würden für sie etwas tun.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sie haben nichts unternommen?

Dr. **Busek:** Nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Jemand hat gesagt, Sie hätten erklärt, daß Sie sich mit Stadtrat Mayr ins Einvernehmen setzen. Das ist nicht richtig?

Dr. **Busek:** Das ist nicht richtig.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Danke.

Obmann Dr. **Steger**: Herr Zeuge! Der Dipl.-Ing. Rumpold — da wurden Sie schon gefragt — hat wann erstmals mit Ihnen geredet über die Frage ABO und Betriebsorganisation?

Dr. **Busek:** Das muß 1976/77 gewesen sein, erst- und letztmals.

Obmann Dr. **Steger:** Hat er Sie dort schon auf Mißstände, die er sieht, aufmerksam gemacht?

Dr. **Busek:** Er hat meiner Erinnerung nach mich aufmerksam gemacht auf die hohen Finanzierungskosten sowohl des Baus als auch dann des Betriebes.

Obmann Dr. **Steger**: Und Konsequenzen?

Dr. **Busek:** Das habe ich bereits berichtet, daß ich von mir aus versucht habe, die Frage in der Öffentlichkeit zur Sprache zu bringen, als

auch habe ich in dieser Frage den Herrn Bürgermeister angesprochen.

Obmann Dr. **Steger:** Verständlicherweise denken Sie sofort politisch weiter. Aber Konsequenzen im Rahmen dieses Gespräches, ob die erörtert worden sind? Darf ich die Frage präzisieren, damit klar ist, wohin ich will. Es kommt jemand zu Ihnen und sagt: Da gibt es gigantische Finanzierungsprobleme, da gibt es eine Kostenexplosion. Die Fragestellung ist dann immer, ob dieser Jemand, der da kommt, auch schon Konsequenzen selbst vor sich hat, indem er sagt: Dies und jenes müßte anders sein.

Dr. **Busek:** Er ist für das Aufhören. Er ist für das Aufhören des Baus.

Obmann Dr. **Steger:** Welche Informationen an Sie darüber herangetragen wurden, weil das interessant ist für uns für die Beleuchtung der Aussage Rumpold insgesamt.

Dr. **Busek:** Er ist für das Aufhören des Baus eingetreten.

Obmann Dr. **Steger** (FPÖ): Darf ich noch dazusagen: Es geht mir nicht so sehr darum, Sie hier politisch zu überprüfen. Das wird in anderen Gremien ausgetragen. Mich interessiert die Informationsaufnahme über das, was damals in diesem Gespräch vor sich gegangen ist. Bitte, Herr Zeuge.

Dr. **Busek:** Er hat darauf hingewiesen, daß die Kosten sowohl für den Bau als auch für den Betrieb gigantisch sein werden und daß am Ende dieser Überlegung nichts anderes stehen könnte, als den Bau zu überprüfen, ob er so möglich ist. Ich habe ihn daraufhin angesprochen, ob er das noch etwas erhärten kann mit Unterlagen. Sagt er, dazu ist er an sich nicht in der Lage aus seiner Verschwiegenheitspflicht, er sieht das Ganze aber als problematisch an. Da es also ohne Ergebnisse hinsichtlich von Materialien war, habe ich außer der Eröffnung der Diskussion in der Öffentlichkeit keine weiteren Möglichkeiten gesehen, darauf einzugehen. Ich habe dann von mir aus noch mit — ich möchte fast sagen — immerwährender Monotonie, was aus den Stadtsenatssitzungsprotokollen leicht erschließbar ist, Fragen nach dem AKH gestellt und vor allem nach der AKPE und dann in der späteren Folge nach der ABO.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt also, der Herr Rumpold hat in diesem Gespräch keinen wirklichen Ausweg aus der Situation aufgezeigt, sondern er hat nur allgemein remonstriert, daß es da eigentlich große Probleme gibt?

Dr. **Busek:** Außer dem Abbruch, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Den Abbruch hat er vorgeschlagen?

Dr. **Busek:** Er hat gesagt, das wäre die eigentliche Konsequenz, daß es in der Form nicht zu bauen ist.

Obmann Dr. **Steger:** Also das ist ja doch dann interessant. Also er hat schon eine derart weitreichende Konsequenz damals in diesem Gespräch vorgeschlagen?

Dr. **Busek:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Das war 1976, sagen Sie, ungefähr?

Dr. **Busek:** 1976 oder 1977. Wenn Sie es interessiert, kann ich das rekonstruieren.

Obmann Dr. **Steger:** Aber doch sehr frühzeitig, also praktisch am Beginn der ABO-Tätigkeit, in der Phase, wo also die Gespräche über die Betriebsorganisationsplanung von seiner Seite aus begonnen haben.

Ja, danke, ich habe keine weiteren Fragen.

Damit sind wir am Ende Ihrer Aussage. Ich danke für Ihr Erscheinen. Auf Wiedersehen.

Dr. **Busek:** Ich danke schön. *(Der Zeuge verläßt den Saal.)*

Obmann Dr. **Steger:** Bitte dem Herrn Kozlik zu sagen, daß es noch ein bißchen dauert.

Zeugeneinvernahme von Hans Otto Gärtner

Obmann Dr. **Steger:** Ich begrüße Sie herzlich als Zeugen im parlamentarischen Untersuchungsausschuß zum Neubau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien. Ich danke Ihnen, daß Sie aus der Bundesrepublik angereist sind, und darf Ihnen bekanntgeben, zu welchen Untersuchungspunkten wir auf Grund eines Beschlusses des Nationalrates eingesetzt sind. Der Untersuchungsausschuß hat drei Punkte zu untersuchen:

1. Die Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO bzw. von Subaufträgen und deren Abwicklung — das ist der Hauptpunkt des Themenkreises, zu dem Sie heute hier sind —,

2. Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen verschiedener Firmen und

3. Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen.

Wir haben die Geschäftsordnung des Nationalrats anzuwenden, in der enthalten ist, daß die österreichische Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden ist bei Zeugeneinvernahmen. *(Verweis auf § 153 StPO.)*

Ich darf Sie am Beginn um Ihre Generalien bitten, das ist Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Beruf und Anschrift.

Gärtner: Dann fange ich an mit dem Vornamen, Hans Otto, den Zunamen: von Gärtner, geboren am 22. 8. 1948 in Göttingen, derzeit Regierungsangestellter bei der Landesregierung in Rheinland-Pfalz. Wohnhaft: Katzenberg 53, 6500 Mainz, Deutschland.

Obmann Dr. **Steger:** Der erste Fragesteller ist der Herr Abgeordnete Mühlbacher. Ich bitte sehr, Herr Kollege.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Welche Funktion hatten Sie, Herr Gärtner, bitte, beim DKI?

Gärtner: Ich bin Angestellter beim DKI gewesen vom 1. 10. 1978 bis zum 31. 12. 1980.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Und Funktion? Ist das eine leitende Position gewesen?

Gärtner: Nein. Ich hatte keinerlei leitende Position. Ich war vielleicht Projektleiter für dieses Projekt ABO-Wien. Aber nicht im Sinne eines leitenden Angestellten im DKI, wenn Sie danach fragen. Ich kann Ihnen keine Aussagen machen über die Geschäftspolitik des Deutschen Krankenhausinstitutes.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wofür war das DKI im Rahmen der Betriebsorganisationsplanung zuständig?

Gärtner: Für die Pflegebereiche, sprich also Normalpflege, Intensivpflege, Operationen, für den Laborbereich, für die Apotheke, für die medizinische Rehabilitation, die Notfallaufnahme, Transplantation.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Und Sie waren der diesbezügliche Projektleiter?

Gärtner: Ich war der Mitarbeiter vom DKI für diese einzelnen Aufgaben.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Und welche Erfahrungen auf diesem Gebiet Spitalsbetriebsorganisation brachten Sie mit?

Gärtner: Ich war 1970/71 Angestellter an der medizinischen Hochschule Hannover während der Inbetriebnahmephase, war von 1973 bis 1978 Leiter der Planungsgruppe in der medizinischen Hochschule Hannover und habe vom Studium her Soziologie, Politologie, Wirtschaftswissenschaft, Rechtswissenschaft mit Schwerpunkt auf Planung und Organisation studiert.

Abg. **Mühlbacher:** (SPÖ): Und, Herr Gärtner, welche der aufgezählten Leistungen wurde bisher erbracht?

Gärtner: Alle Leistungen wurden erbracht.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Das heißt, Ihr Auftrag ist abgeschlossen?

Gärtner: Der Auftrag ist abgeschlossen. Wir warten auf die formale Abnahmebestätigung durch die AKPE.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wissen Sie, wie das Honorar berechnet wurde?

Gärtner: Nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Auch nicht demnach über die Kalkulation.

Gärtner: Nein. Ich bin am 1. 10. 1978 zum DKI gekommen, dort war der Auftrag ja bereits erteilt, und habe seit 15. 11. 1978 erst am Projekt mitgearbeitet.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Und, Herr Gärtner, waren für die Durchführung des Auftrages Abstimmungsgespräche mit den künftigen Nutzern notwendig?

Gärtner: Ja, und sehr erwünscht.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wie viele solcher Gespräche sind denn geführt worden?

Gärtner: Also für die Aufgaben des Deutschen Krankenhausinstitutes oder der ABO?

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Der ABO.

Gärtner: Mehrere tausend.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Welche Wünsche wurden seitens der künftigen Nutzer an Sie bei diesen Gesprächen herangetragen?

Gärtner: Das war sehr unterschiedlich. Zum Teil ging es um konzeptionelle Vorstellungen. Es geht ja nicht so, daß ein Betriebsorganisator in die Luft keucht und dann sagt: So wird es gemacht, sondern man muß ja in etwa wissen, welche Vorstellungen der Nutzer von dem Betrieb hat. Wir können als Organisatoren ja nicht sagen dem Arzt: Du machst dort HNO-Operation oder Chirurgieoperation. Das muß der Arzt selber wissen, welche Art von Operation er macht. Am Beispiel der Operation kann man das gleich weitermachen. Wir mußten ja aus den Patientenzahlen heraus errechnen, wie viele Operationen im Jahr stattfinden, wir mußten errechnen, wie lange eine Operation dauert, damit wir wußten, wie groß die Säle ausgelastet sind, ob die Säle ausreichen oder nicht. Da hat es eine Reihe von Abstimmungsgesprächen gegeben. Es hat dort auch unterschiedliche Auffassungen über Dauer von Operationen zwischen den Nutzern und uns gegeben. Es hat auch unterschiedliche Auffassungen zwischen der Direktion und der Baukommission in diesen Punkten gegeben. Es hat Wünsche gegeben auf Vergrößerung, wo der Nachweis nicht da

war, es hat auch Wünsche gegeben, wo man gesagt hat, das ist einfach zu groß, was ihr dort macht, nach unseren Vorstellungen soll es bitte verkleinert werden. Das war ein — ja — offenes, aber auch sehr schwieriges Gespräch.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Gärtner, wer waren denn da die Verhandlungspartner?

Gärtner: Auf seiten der Baukommisson waren es auf der einen Seite Professor Deutsch, Groß und Steinbereitner und dann die jeweiligen tatsächlichen Nutzer in den einzelnen Kliniken, auf seiten der Direktion war es am Anfang im wesentlichen der ärztliche Direktor Dr. Hodl und seine Mannschaft, Herr Killer — ich weiß nicht, ob Sie ihn kennen —, Herr Amtsrat Killer sowie ein Verwaltungskommissär Ringholz, die Oberin und dann auch wieder die Oberschwestern in den einzelnen Kliniken.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Hatten Sie auch Kontakt mit dem Magistrat Wien?

Gärtner: Ja. Wir haben mit dem Herrn Wilfling, wie Sie sich denken können, mehrfach gesprochen. Wir haben mit dem Herrn Obersenatsrat gesprochen, der ja am Schluß Projektleiter war und seit diesem Zeitpunkt in fast allen Abstimmungsgesprächen dabei war, soweit sie übergeordnete Gesichtspunkte hatten.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Was wissen Sie über Subbeauftragungen?

Gärtner: Da müssen Sie mich wieder fragen: für das Deutsche Krankenhausinstitut oder die Arbeitsgemeinschaft Betriebsorganisation?

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Betriebsorganisation.

Gärtner: Die Arbeitsgemeinschaft Betriebsorganisation hatte ja den Subunternehmer Institut für Funktionsanalyse und Hospitalplan beziehungsweise einen der Partner, und wir hatten insgesamt den Subunternehmer Agiplan, und wir hatten — da kann man sich jetzt streiten, ob Subunternehmer oder freier Mitarbeiter — Professor Flamm als Hygieniker.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Danke, Herr Vorsitzender.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Dr. Feurstein, bitte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Gärtner, Sie wissen also nicht, wie der Vertrag, der ABO-Vertrag zustande gekommen ist.

Gärtner: Nein, da kann ich Ihnen gar nichts sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen auch nicht, wie diese Gruppen ÖKODATA, Professor Riethmüller und so weiter sich zusammengefunden haben?

Gärtner: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen auch nicht, wie das DKI hineingekommen ist?

Gärtner: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie kennen auch nicht das Angebot des DKI?

Gärtner: Ich kenne nur das Angebot der ABO, und das auch nur in Teilen. Ich kenne kein gesondertes Angebot des Deutschen Krankenhausinstitutes.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen auch nicht, wie die ganze Auftragsverteilung auf die einzelnen ABO-Partner erfolgt ist?

Gärtner: Nein. Das war vor meiner Zeit.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie können uns also keine Informationen geben, warum das DKI mit rund 20 Prozent beteiligt ist?

Gärtner: Nein. Kann ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Erfolgte die Aufteilung nach der Qualität, nach dem Können, nach den Fähigkeiten der einzelnen Partner?

Gärtner: Das ist jetzt eine Interpretation, das ist kein Wissen: Soweit ich es gesehen habe, hat das Büro Professor Riethmüller in der BO im wesentlichen ja die theoretischen Bereiche Pathologie, Tierexperimente gemacht und hat dort sicherlich auch einen Schwerpunkt, jedenfalls, im Verhältnis zum DKI sind sie mehr eingearbeitet in dem Bereich. Das DKI hat im wesentlichen Pflegebereiche plus Labor gemacht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Apotheke.

Gärtner: Ja, das sind dann Randbereiche.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was waren die Hauptbereiche?

Gärtner: Pflegebereich und Operationsbereich war, glaube ich, der große Brocken. Und das Labor. Bei den Pflegebereichen hat das DKI sicherlich einen Schwerpunkt und auch sehr viel Erfahrung. Bei der ÖKODATA bot sich eigentlich an, daß man für Verwaltungsdinge keinen Ausländer heranholt, sondern daß man dort Leute aus dem Inland heranholt. Und für den Infrastrukturbereich der Fernentsorgung hatte man die Med-Consult. Gut, das ist aber Interpretation. Den Leuten, die dort gearbeitet haben, bot sich das so an. Was jetzt die Henne war und was das Ei war, das kann ich Ihnen nicht sagen. Ob man die Leute so einge-

setzt hat, daß sie diese Gebiete bearbeiten konnten, oder ob diese Gebiete da waren, weil sie die Leute hatten.

Darf ich aber noch einen Punkt klarstellen. Ich möchte nochmals sagen: Ich bin nicht leitender Angestellter des Deutschen Krankenhausinstitutes. Sie müssen für alle Dinge, die das Deutsche Krankenhausinstitut betreffen, den Vorstand des Deutschen Krankenhausinstitutes befragen. Ich bin Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Betriebsorganisation gewesen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, genau. In der Funktion habe ich Sie jetzt befragt, wie die Aufteilung unter den einzelnen ABO-Partnern erfolgt ist, weil es sich ja hier nicht um eine Frage an das DKI, sondern an Sie als Geschäftsführer handelt.

Sie haben gesagt, aus Ihrer Interpretation heraus, die Med-Consult hätte gewisse Befähigungen mitgebracht. Jetzt darf ich Sie konkret fragen. Sie sind, wenn ich das richtig verstanden habe, im November 1978 eingetreten als Geschäftsführer der ABO, seit 15. 11. 1978.

Gärtner: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat vor Ihnen diese Gruppe DKI und so weiter vertreten? Ich nehme an, daß Sie eine bestimmte Gruppe in der ABO vertreten haben.

Gärtner: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nur das DKI.

Gärtner: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie sind Sie zum ABO-Geschäftsführer bestellt worden?

Gärtner: Die beiden Geschäftsführer der ABO arbeiten im Prinzip gleichberechtigt, das sollte man immer wieder sagen. Nur, der Geschäftsführer der ÖKODATA hat laut dem ABO-Vertrag ein paar Rechte mehr.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Zum Beispiel?

Gärtner: Die Vertretung nach außen wird durch den Geschäftsführer der ÖKODATA gemacht. Ich war also nicht der Geschäftsführer des DKI in diesem Viererverband, sondern ich war der Geschäftsführer der ABO.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber durch wen sind Sie in diese Funktion gekommen?

Gärtner: Ich bin delegiert worden durch das Deutsche Krankenhausinstitut und bestätigt worden durch die Aufsichtsstelle.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und das ist die Aufsichtsstelle?

Gärtner: Der ABO. Die Mitglieder der Aufsichtsstelle sind Ihnen bekannt, die vier Firmen. Auf Vorschlag des DKI. Mein Vorgänger war Herr Gries, der von Anfang an die Verhandlungen geführt hat. Ich will Ihnen nicht verschweigen ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Woher war Herr Gries?

Gärtner: Auch vom Deutschen Krankenhausinstitut. Im ABO-Vertrag steht ja drin, daß einen Geschäftsführer das DKI stellt, einen Geschäftsführer die ÖKODATA.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich jetzt zwischenfragen nur, Entschuldigung, wenn ich Sie unterbreche. Dieser Herr Gries müßte Bescheid wissen über die Gründung der ABO, über die Aufteilung der einzelnen Aufgaben unter die ABO-Partner und auch über die Befähigung zum Zeitpunkt der Gründung der ABO der einzelnen Partner. Bin ich da richtig?

Gärtner: Der Herr Gries war ab 1. 5. oder — die ABO hat ja ein paar Wochen vorher bereits begonnen zu arbeiten — war von Anfang an dabei. Ob er die Angebotsanbahnung mitgemacht hat die ganze Zeit, das kann ich Ihnen leider nicht sagen, da müßten Sie ihn direkt fragen. Da aber auch er Angestellter des Deutschen Krankenhausinstitutes ist, geht die Federführung immer wieder vom Vorstand aus, und Sie müßten dann den Vorstand des Deutschen Krankenhausinstitutes fragen. Auch Herr Gries war nicht unterschriftsberechtigt für das DKI, um den Vertrag abzuschließen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): An diesem Schreiben, mit dem die Arbeitsgemeinschaft Betriebsorganisationsplanung der AKPE mitteilt, daß dieses Wiener Büro eingerichtet worden ist, waren dann weder Sie noch der Herr Gries beteiligt?

Gärtner: Ich kann Ihnen nicht sagen, wo Herr Gries beteiligt war. Ich war mit Sicherheit nicht daran beteiligt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie wußten auch nichts von der Gründung dieses Büros?

Gärtner: Zur Gründung, da war ich ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das datiert 3. Juni 1977.

Gärtner: ... jungfräulich in der Medizinischen Hochschule Hannover und nicht beim Deutschen Krankenhausinstitut.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gut. Darf ich Sie jetzt noch einmal zurückkommend auf meine frühere Frage fragen: Wo sahen Sie, als Sie Geschäftsführer der ABO geworden sind, die

Mitwirkungsmöglichkeiten der Med-Consult einmal zunächst?

Gärtner: Die liegt ja im Vertrag fest.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und war es für Sie klar, als Sie Geschäftsführer wurden, daß die Med-Consult diese Aufgaben erfüllen kann?

Gärtner: Als ich Geschäftsführer wurde, hatte ich mich nicht über die Fähigkeiten der einzelnen Partner erkundigt. Ich will nicht verhehlen: Als ich es war am 15. 11. und in den folgenden Wochen, da gab es erhebliche Probleme mit der Med-Consult.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wenn Sie uns die jetzt sagen?

Gärtner: Da gab es Terminverzögerungen, die nicht immer ganz schön waren. Da gab es sicherlich auch Probleme in der Qualität der Arbeit; die war nicht immer so, wie wir sie uns als ABO gewünscht hätten. Sie wissen aktenkundig ja den einen Fall der Terminverzögerungen in bezug auf das Transportsystem, wo wir ja auch haben Pönale zahlen müssen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und die Qualität der Arbeit würden Sie auch nicht — als Geschäftsführer jetzt der ABO — als befriedigend bezeichnen?

Gärtner: Zu dem Zeitpunkt, Ende 1978, war sie nicht in allen Punkten befriedigend.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie etwas über die Arbeit der ÖKODATA? Jetzt aus genau der gleichen Sicht wie Med-Consult.

Gärtner: Die Arbeit der ÖKODATA, da müßten Sie ja wieder unterscheiden: Die ÖKODATA hatte als Subunternehmer das Institut für Funktionsanalyse und einen eigenen Teil, der die Verwaltungsdinge betraf.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich weiß schon, daß es schwierig ist, aber für uns ist es wichtig. Sie kennen doch die ganzen Presseberichte in dieser Sache. Wenn Sie uns wirklich auf Grund Ihres eigenen Urteils eine eigene Meinung sagen.

Gärtner: In der Qualität der Arbeit war das, was die ÖKODATA als Ganzes gemacht hat, änlich den Partnern Riethmüller und DKI. Am Anfang fiel die Med-Consult ab. Das muß man so sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und jetzt muß ich wissen, wie Sie Professor Riethmüller beurteilen, weil Sie uns gesagt haben, ÖKODATA und Riethmüller ist ungefähr gleich.

Gärtner: Die waren alle in der gleichen Qualität, in den gleichen Möglichkeiten, Termine einzuhalten, Aussagen zu machen, Vorlagen zu machen und diese Vorlagen auch zu begründen. Das ist ja in der Regel das Problem, daß man nicht nur eine Aussage in den Raum stellt, sondern sie auch begründet.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gab es nun Schwierigkeiten mit der Abnahme von Leistungen, die von der ÖKODATA erbracht worden sind?

Gärtner: So wie Sie gefragt haben, nein. Aber ich will das gleich weiter interpretieren: Es hat ja Bereiche gegeben, wo die AKPE Leistungen nicht abgefordert hat, im Werte von x Millionen, und die konnten dann auch nicht abgenommen werden. Insofern gab es dort Schwierigkeiten. Aber bei den Leistungen, die erbracht worden sind, gab es keine.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn ich Sie richtig verstehe, hat die ÖKODATA Leistungen erbracht, die nicht verlangt worden sind?

Gärtner: Nein, das haben Sie falsch verstanden. Ich habe nur gesagt: Wir haben einen Vertrag gehabt, und aus diesem Vertrag sind bestimmte Leistungen nicht abgerufen worden von seiten der AKPE.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und ÖKODATA hat sie erbracht?

Gärtner: Nein. Und dieses ist ein Großteilbereich, wo die ÖKODATA davon betroffen ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was hat das für Konsequenzen? Daß die Honorare gekürzt wurden.

Gärtner: Ja. Gekürzt wurden. Das war sehr peinlich für uns. Aber wir haben auf der anderen Seite gesagt: Wir hätten ein Recht darauf gehabt, die Leistungen zu erbringen. Nur am Beispiel Datenverarbeitung kann man das, glaube ich, klarmachen: Solange die Gemeinde und der Bund sich nicht geeinigt haben über die Hardware, solange ist es ziemlich blödsinnig, weiter über Software nachzudenken. Das war der eine Punkt.

Der zweite Punkt war die Frage von Stellenbeschreibungen. Bei Vertragsabschluß ging man ja noch von 1981 Inbetriebnahme aus. Dann war es auch sinnvoll, über Stellenbeschreibungen zu reden. Aber bei den heutigen Inbetriebnahmeterminen ist es, glaube ich, nicht sinnvoll, im Jahr 1980 über Stellenbeschreibungen für das Jahr 19 ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): 1985.

Gärtner: 1984 ist der offizielle, mein letzter Stand. Da ändern sich die Tarifverträge zu oft.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie etwas davon, daß die MEDIPLAN als Subunterneh-

mer eines ABO-Partners auftreten sollte oder der ABO unmittelbar? MEDIPLAN Hamburg, MEDIPLAN Wien. Daß hier Verhandlungen geführt worden sind?

Gärtner: Gar nichts. Ich habe davon mal gehört.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann haben Sie es gehört?

Gärtner: Was soll ich Ihnen sagen? Keine Ahnung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ungefähr. War es 1981?

Gärtner: Nein, nein, nein. Wenn, dann war es also irgendwann im Laufe ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): 1979?

Gärtner: Kann auch Ende 1978 gewesen sein, in der Größenordnung. Da gab es irgendwo einmal ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gut. 1978 schon.

Gärtner: Es kann sein Ende 1978, Anfang 1979, das war möglich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und kennen Sie die Gründe, warum die MEDIPLAN dann nicht eingeschalten worden ist?

Gärtner: Nein. Es hat keine — das möchte ich auch noch mal sagen — von der ABO gegeben. Die ABO an sich nicht. Wenn, dann war es der Partner Med-Consult.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Med-Consult.

Gärtner: Dieses habe ich gehört, mehr kann ich nicht sagen. Ich weiß nicht, ob es so war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wenn uns nun der Herr Carsten Becker mitgeteilt hat, ein Eintritt und ein Subunternehmen, in welcher Form auch immer, sei für die Neue Heimat, MEDIPLAN nicht in Frage gekommen, weil die Med-Consult überhaupt nicht in der Lage war, ihren Auftrag zu erfüllen, was für mich persönlich auch ziemlich deutlich ist, weil sie ja andere Partner einschalten mußte, und die ÖKODATA qualitativ für die MEDIPLAN kein entsprechender Partner war, würden Sie glauben, daß eine solche Beurteilung durch den Carsten Becker vollkommen falsch ist, oder hat sie eine Grundlage?

Gärtner: Also ich würde diese Beurteilung nicht abgeben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber man hat ja Gründe. Gibt es Gründe, zu einer solchen Beurteilung zu kommen?

Gärtner: Für mich gibt es diese Gründe nicht. Vielleicht reden wir da aneinander vorbei. Ob jetzt jemand Mitarbeiter von Med-Consult war oder ein freier Mitarbeiter oder, wie sich dann herausstellt, ein Sub, das ist mir ziemlich gleich gewesen. Mir ging es um die Leistung der Gruppe, egal, wer sie erbracht hat, bei der Beurteilung vorhin, daß es am Anfang schlechter war.

Ich bin ein bißchen gewarnt, solche Aussagen zu machen. Ich sagte Ihnen vorhin, ich bin derzeit Regierungsangestellter und stehe also auf der Auftraggeberseite derzeit. Der Konkurrenzkampf ist halt sehr groß. Das darf man, glaube ich, nie vergessen bei allen Aussagen, die einer über einen Konkurrenten macht.

Ich würde sagen: Mitte 1979 kann man nicht sagen, daß einer der Partner in seinen Leistungen wesentlich abgefallen ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Vorher schon.

Gärtner: Das hatte ich Ihnen ja gesagt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie jetzt fragen: In welcher Form hat Professor Flamm mitgearbeitet? Sie haben den Namen erwähnt heute.

Gärtner: Professor Flamm hat uns geholfen ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat er Subaufträge von der ABO bekommen?

Gärtner: Nein, er hat keine Subaufträge bekommen, sondern er hat einen Vertrag mit uns gehabt. Ich will jetzt wieder nicht streiten, ob das Subunternehmer oder freier Mitarbeiter war, ich glaube, das ist für mich sekundär, es ging um die Leistung. Professor Flamm hat zu Fragen der Hygiene ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Für die ABO oder einen Partner?

Gärtner: Er hat einen Vertrag mit der ABO gehabt. Berechnet worden ist für den einzelnen Partner. Angenommen, das DKI hat im OP-Bereich die Frage gestellt, ob da Klimaklasse 3 oder 1 sein muß, dann hat die ABO ihn in Anspruch genommen. Abgezogen wurde dieses aber vom Deutschen Krankenhausinstitut.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie groß war das Honorar, das Flamm in etwa bekommen hat?

Gärtner: Da gab es einen festen Bestandteil und einen variablen Bestandteil nach Stundenleistung. Der Vertrag liegt Ihnen, glaube ich, vor. Ich kann es Ihnen nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber die Abrechnung kennen wir nicht.

Gärtner: Wieviel Stunden nachher tatsächlich angefallen sind.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wieviel er tatsächlich erhalten hat vom Gesamthonorar von den 122 Millionen?

Gärtner: Kann ich Ihnen nicht sagen. Müßte ich greifen. Kann um 100 Prozent daneben liegen. Muß ich nachgucken.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie ist das, wenn ein Außenstehender, sei es als freier Mitarbeiter oder als Subunternehmer, eingeschaltet wird? Muß dann die AKPE zustimmen? Oder hätte die AKPE zustimmen müssen?

Gärtner: Ich glaube ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat sie zugestimmt beim Flamm?

Gärtner: Sie hat zumindest den Vertrag erhalten. Ob also ein formales Bestätigungsschreiben da ist, weiß ich nicht, muß ich nachgucken. Und sie hat es gewußt, indem sie ja geduldet hat, daß Professor Flamm laufend Ausarbeitungen gemacht hat mit Namen und zusätzlich auch in den Sitzungen ja mit als ABO aufgetreten ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Stillschweigend geduldet hat, sozusagen.

Gärtner: Also das zumindest. Ob stillschweigend, darüber läßt sich dann auch noch mal reden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was wissen Sie über die Techmed?

Gärtner: Genausoviel wie Sie, wahrscheinlich weniger.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie sind aber Geschäftsführer der ABO?

Gärtner: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wohin sind Überweisungen gegangen?

Gärtner: An die Med-Consult.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ausschließlich?

Gärtner: Ausschließlich. Die haben ausschließlich überwiesen an die vier Partner, das heißt Ökodata, DKI, Med-Consult, Riethmüller, an die Agiplan direkt und an Professor Flamm.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wußten, daß für die Med-Consult das Institut für Funktionsanalyse tätig geworden ist?

Gärtner: Das ist die Frage, wann ich das wußte. Ich weiß es jetzt, und ich wußte es auch, bevor es in der Zeitung stand.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wußten, daß für die Med-Consult die Firma Prutscher tätig geworden ist?

Gärtner: Nein, das kann ich nicht sagen. Ich wußte, daß der Herr Steffel tätig war, und es hat sich jetzt herausgestellt — nicht jetzt, sondern vor einiger Zeit —, daß Herr Steffel auch Angestellter von Prutscher war. Ich muß Ihnen sagen, mir war das auch vollkommen egal. Mir ging es darum, daß wir die Leistung bekommen, und gerade am Anfang, wo es bei dem einen Partner nicht recht einfach war, war es mir noch mehr egal, auf solche Formalien zu achten, weil ich wollte, daß wir endlich die Leistungen in allen Bereichen gleichmäßig erbringen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich muß jetzt noch weiter fragen: Wußten Sie, daß die Spiwag tätig geworden ist für die Med-Consult?

Gärtner: Das ist eine Frage. Spiwag.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie kennen doch die Geschichte mit diesem guten Geschäft, das da die Med-Consult gemacht hat, wo Sie einen Vertrag um den halben Preis oder weniger als den halben Preis ... *(Abg. Bergmann, ÖVP: Eine Reinigungsfirma!)*

Gärtner: Also soviel weiß ich schon. — Das kann ich mich im Moment nicht erinnern. Es gibt einen Herrn Ladik. Diesen Herrn Ladik habe ich gesehen, aufgetreten als Med-Consult, das ist richtig. Aber ob ich zu dem Zeitpunkt jetzt wußte, daß der Herr Ladik nicht Angestellter der Med-Consult war, sondern der — ich weiß nicht — Spiwag oder Reiwag oder wie diese ganzen Firmen da heißen ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wußten Sie überhaupt, welche Mitarbeiter die Med-Consult hat? Waren Sie überzeugt, daß eine der Personen, die aufgetreten ist, ein echter Mitarbeiter der Med-Consult ist, das heißt, einen Dienstvertrag oder einen Angestelltenvertrag mit der Med-Consult hat? Können Sie jemanden nennen, von dem man mit Sicherheit annehmen konnte, er hatte einen Vertrag, einen Dienstvertrag mit der Med-Consult?

Gärtner: Also zu Beginn der Zeit war ich davon überzeugt, daß der Herr Steffel Angestellter der Med-Consult war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und dann haben Sie Zweifel bekommen?

Gärtner: Durch die Zeitung. Der Herr Steffel hat sich dann weiter zurückgezogen, ist dann auch als Prutscher aufgetreten im Rahmen in der NT-Planung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann war das? 1979?

Gärtner: Ja, Anfang, glaube ich so. Das war schon ersichtlich. Deshalb kann er trotzdem zwei Verträge haben. Ich meine, das ist ja in

Ihrem Lande noch üblicher als bei uns im Lande, daß man bei zwei Firmen angestellt ist. Der Herr Korbel — das wissen Sie auch — war reiner Angestellter von Medconsult.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Versloot, ist der Herr Versloot Ihnen auch entgegengetreten?

Gärtner: Den Herrn Versloot, den kann man ja nicht übersehen, nicht?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und hatten Sie auch Überlegungen, er könnte Mitarbeiter der Medconsult sein? Unmittelbarer Mitarbeiter?

Gärtner: Ich glaube, jeder konnte Mitarbeiter der Medconsult sein. Unmittelbarer Angestellter: Auch das. Auch jemand, wie sich dann ja herausgestellt hat, der freier Mitarbeiter ist und eine Firma kann nebenbei Angestellter sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich frage Sie jetzt — wir müssen nicht so herumreden, Herr Gärtner, das bringt uns nicht weiter —, ich möchte Sie wirklich ganz konkret fragen: Waren Sie überzeugt, daß die Personen, die aufgetreten sind, die Leistungen erbracht haben — Sie waren bei Gesprächen ja immer dabei, die Dinge sind ja in Tausenden von Gesprächen mit den Nutzern besprochen worden, die Leute der Medconsult mußten auch auftreten —, daß diese Personen echt nicht Angestellte der Medconsult sein konnten?

Gärtner: Ich kann Ihnen das nicht so pauschal beantworten. Das kommt auf die einzelne Personengruppe an, auf die einzelne Person. Es gab immer Zweifel bei einzelnen Leuten, ob sie wirklich nur Angestellte der Medconsult sind, wenn Sie so rum fragen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich jetzt fragen, sie kennen den Herrn Dipl.-Ing. Sand. In welcher Form ist er Ihnen aufgetreten, als Medconsult-Mann oder ...

Gärtner: Nein, als Institut für Funktionsanalyse. IFA von Anfang an.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und ÖKODATA nicht?

Gärtner: Er ist ja Subunternehmer der ÖKODATA gewesen. Aber er ist in einem ganz normalen Vertrag gewesen. Er ist nach außen als ÖKODATA aufgetreten. Ganz klar.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Herr Wagner?

Gärnter: Den Herrn Wagner habe ich überhaupt nicht kennengelernt. Ich habe aber von ihm gehört, daß das also diese berühmte Spiwag-Geschichte sein soll. — Das glauben Sie mir nicht? Ich habe ihn nie gesehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und dann: Wie war jetzt die Abnahme der Arbeiten der Spiwag? Wie ist die erfolgt konkret, wenn Sie den Wagner nicht gekannt haben? Ist Ihnen ein Papier überreicht worden, oder wurde dieses Papier besprochen?

Gärtner: Dieses Papier wurde mit dem Herrn Ladik besprochen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und der Herr Wagner ist hier nicht aufgetreten?

Gärtner: Es kann sein, daß der Herr Wagner auch in einer Sitzung war, ich war ja nicht bei allen Sitzungen dabei. Die Abnahme, auf die Sie jetzt ansprachen, des Bereiches Betriebsorganisation Reinigungsdienst, die ist ja erst jetzt im Jahr 1980 überhaupt abgenommen worden. Vorher waren ja Arbeitspapiere, die zu einer Gesamtleistung nachher zusammengeschrieben worden sind.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und das hat der Ladik gemacht und nicht der Herr Wagner?

Gärtner: Das hat auch nicht der Herr Ladik gemacht. Das hat der Herr Lederer gemacht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): So kommen wir nicht weiter. Ich möchte Sie wirklich fragen: Wir haben also einige wenige Leute, die der Medconsult zuzurechnen sind. Die Medconsult hat einen Auftrag, ein Auftragsvolumen erhalten, Leistungsvolumen, in der Größenordnung von 8 Millionen Schilling. Ich nenne es ihnen: Institut für Funktionsanalyse 1,8 Millionen, Techmed 5 Millionen, Prutscher 480 und Spiwag 400 Millionen.

Gärtner: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Stimmt nicht? Und zu dem kommt noch das, was bei der Medconsult geblieben ist, sodaß man insgesamt auf 13 Millionen kommt.

Gärtner: Okay. Dann ist es richtig. Medconsult insgesamt hat mehr bekommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen ja, 900 Millionen war der Spiwag-Vertrag.

Gärtner: 900 Millionen nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): 900 000, Entschuldigung.

Gärtner: Herr Abgeordneter! Entschuldigen Sie, daß ich da jetzt blocke.

Mich hat das wirklich nicht interessiert, wem die MED-CONSULT untereinander ihr Geld gegeben hat. Mir ging es darum ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das glaube ich, Sie nicht. Aber uns interessiert es.

Gärtner: Ja, nur Sie fragen mich ja, damit ich Ihnen Informationen gebe. Wenn es mich aber nicht interessiert hat, habe ich mich auch nicht darum gekümmert.

Mir ging es darum, daß die MED-CONSULT die gleichen Leistungen in der gleichen Qualität und Quantität erbringt wie die anderen Partner. Und ich hatte Ihnen gesagt, daß das am Anfang nicht der Fall war.

Und mir ging es dann darum, daß dieses Geld, das nach einem Schlüssel, der mir nicht bekannt ist, vor meiner Zeit verteilt worden ist, daß die MED-CONSULT dieses Geld bekommt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und jetzt frage ich Sie: Wie erfolgte die Verteilung dieser Gelder entsprechend den Leistungen, ich nehme an entsprechend den Leistungen auf die einzelnen Partner.

Gärtner: Entsprechend den Leistungen konnte man nicht bezahlen, kann man auch nicht bezahlen, weil es alles nur Vorauszahlungen waren, die wir bekommen haben.

Die Schlußabrechnung ist gelegt worden zum 31. 1. oder 1. 2. 1981. Erst dann war eine Leistung fertig. Und es war auch nachträglich gut, daß es eine Gesamtleistung der ABO gab und nicht die Einzelleistung eines Partners oder sogar eines Bearbeiters honoriert wurde. Denn die waren ja nicht auseinanderzudividieren. Wenn ich mir den Reinigungsdienst in der MED-CONSULT angucke, dann ging es dabei ja auch um die Ver- und Entsorgung, es ging um Reinigungsstützpunkte im gesamten Krankenhaus. Und da kann nicht eine Leistung vorher fertig sein als die anderen.

Zum Beispiel: Im OP brauche ich einen Reinigungsstützpunkt, den müssen zwei Leute bearbeiten. Den muß der bearbeiten, der die Reinigung bearbeitet, und der, der den Operationssaal bearbeitet. Deshalb konnte die Leistung Reinigungsdienst erst fertig sein, als alle anderen Leistungen fertig waren und umgekehrt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen, daß für uns die Beurteilung der Leistung und deren Honorierung eine ganz entscheidende Frage ist, ob die ABO wirklich diese 122 Millionen Schilling, um die es hier geht, auch an Leistung erbracht hat. Und das kann man nur feststellen, wenn man weiß, was die ÖKODATA, was Professor Riethmüller, MED-CONSULT echt geleistet haben.

Gärtner: Ich weiß nicht, ob das zum Untersuchungsauftrag gehört, aber ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, das gehört zum Untersuchungsauftrag.

Gärtner: ... aber die Angemessenheit der Leistung — ich sage Ihnen nur ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der ABO-Auftrag der Gesamtheit.

Gärtner: ... die ABO ist als Bestbieter hervorgegangen aus einer Ausschreibung, und das sollte man immer wieder sehen. Ob das angemessen war oder nicht, ist eine ganz andere Frage.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Sie haben uns gerade vorher erklärt, daß Sie darüber nichts wissen, wie es zum Vertrag gekommen ist. Sie wissen also offensichtlich doch mehr. Sie haben am Beginn bei allen Befragungen über das kommerzielle Zustandekommen des Vertrages, über die vereinbarten Leistungspakete, über die vereinbaren Entgelte, Sie haben mehrfach und dezidiert erklärt, daß Sie nichts davon wissen.

Gärtner: Ja, richtig.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt wollen Sie aber in einen Aussagebereich trotzdem hinein, wie es dazu gekommen ist. Ich mache Sie nur darauf aufmerksam, denn dann frage ich Sie ganz massiv später weiter, wenn Sie das wirklich wollen.

Gärtner: Das verstehe ich nicht. Ich kann Ihnen leider nicht folgen. Vielleicht können Sie mir das näher erklären.

Obmann Dr. **Steger:** Sie werden es dann merken, wenn ich drankomme.

Herr Abgeordneter Feurstein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich dazu fragen, wie Sie die Leistungen geprüft haben, die von den einzelnen Partnern — Sie sind Geschäftsführer — erbracht worden sind? Haben Sie eine Prüfung durchgeführt?

Gärtner: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie die Prüfung allein der AKPE überlassen?

Gärtner: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie erfolgte die Rechnungslegung der einzelnen Partner an die ABO?

Gärtner: Es waren Vorauszahlungen, es wurde keine Rechnung gelegt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben gesagt, daß zum 1. 2. 1981 eine Abrechnung erfolgt ist.

Gärtner: Zum 1. 2. hat die ABO eine Rechnung gelegt gegenüber der AKPE. Eine Rechnung der Partner gegenüber der ABO liegt noch nicht vor.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie können uns also nicht sagen — auch zum heutigen Zeit-

punkt nicht —, in welcher Weise die Leistungen der einzelnen Partner korrekt honoriert worden sind?

Gärtner: Ich kann Ihnen sagen, daß die Partner entsprechend dem Verteilungsschlüssel ihre Vorauszahlungen erhalten haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gibt es irgendwelche Unterlagen bei der ABO, aus denen geschlossen werden kann, welche Leistungen die einzelnen Partner erbracht haben? Wertmäßig.

Gärtner: Mir sind diese nicht bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gab es einmal das Ersuchen von einer Wirtschaftsprüfungskanzlei an die ABO, eine solche Rechnungslegung vorzunehmen?

Gärtner: Es gab nicht nur eines, es gab mehrere. Es gibt auch jetzt, glaube ich, noch welche.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie lautete damals die Antwort, die Sie gegeben haben? Als Geschäfsführer.

Gärtner: Wir haben keinerlei Unterlagen darüber, wie die einzelnen Partner ihre Leistungen erbracht haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie lautet der Vertrag unter den ABO-Partnern über die Verteilung der Leistungen?

Gärtner: Da gibt es einen Anhang — ich weiß nicht, Anlage 1 oder 2 —, da steht drin, welcher Partner welche Leistungen bearbeitet.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie weigern sich jetzt, uns zu sagen — ich frage Sie noch einmal, weil das eine entscheidende Frage ist, und da werde ich Sie nicht loslassen —, ob Sie uns Unterlagen geben können für eine Bewertung der Leistungen der ABO-Partner.

Gärtner: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die ABO ist nicht in der Lage, solche Unterlagen zur Verfügung zu stellen?

Gärtner: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf sie es nicht, oder ist sie nicht in der Lage?

Gärtner: Sie ist nicht in der Lage.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das DKI war gegenüber den anderen ABO-Partnern nicht verpflichtet, Abrechnungen zu legen?

Gärtner: Nein. Nur am Schluß die Schlußrechnung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es gibt eine Schlußrechnung des DKI?

Gärtner: Nein, es wird eine geben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann kommt diese Schlußrechnung?

Gärtner: Innerhalb der nächsten Zeit. Wir haben ja bislang keine Abnahmebestätigung durch die AKPE, und ich glaube nicht, daß man vorher eine Schlußrechnung legen kann.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben also eine Abrechnung, eine Schlußrechnung gegenüber der AKPE von der ABO gemacht, Sie haben aber keine Schlußrechnung der einzelnen ABO-Partner?

Gärtner: Ja, das ist richtig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wenn ich zu dem Schluß komme, daß der Betrag, der in dieser Schlußrechnung der ABO drinnen ist an die AKPE, eine Hausnummer ist, nur ableitbar aus dem Angebot ...

Gärtner: Nein, aus dem Vertrag ableitbar. Wir haben einen Vertrag über ein Honorar mit definierten Leistungen. Diese definierten Leistungen sind um einen gewissen Teil reduziert worden, das hatten wir vorhin besprochen ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das wissen wir, das war uns auch bekannt.

Gärtner: ... und um diesen Betrag ist die Schlußrechnung reduziert worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie — die ABO — fühlt sich nicht verpflichtet, weitere Unterlagen zu liefern, um beurteilen zu können, ob hier in gewissen Bereichen einzelner Teilleistungen nicht Überzahlungen erfolgt sind?

Gärtner: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Fühlen Sie sich nicht verpflichtet?

Gärtner: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie weit kannten Sie Leute von der Consultatio?

Gärtner: Ich kannte und kenne Herrn Bauer, den Herrn Bauer sen., den Herrn Bauer jun. und den Herrn Dkfm. Nidetzky.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat die Buchhaltung gemacht? Für die ABO gemacht?

Gärtner: Die Buchhaltung hat die ÖKODATA gemacht, und die ÖKODATA hat es weitergegeben an die Consultatio.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat sie gemacht?

Gärtner: Bitte?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Person. Sie als Geschäftsführer haben doch mit dem Buchhalter zu tun?

Gädtner: Zu tun hatte ich mit dem Herrn Nidetzky bzw. mit dem Herrn Bauer jun.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie waren die Hauptverantwortlichen dafür?

Gärtner: Mit den beiden hatte ich zu tun. Verantwortlich war für mich als Geschäftsführer die ÖKODATA. Die ÖKODATA hat die Buchhaltung für die ABO gemacht, und die ÖKODATA mußte mir Rede und Antwort stehen. Nur, man verkürzt natürlich das Verfahren, indem man direkt dann mit den Leuten redet, die die Buchhaltung machen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was haben Sie an die ÖKODATA bezahlt für die Führung der Buchhaltung?

Gärtner: Da gibt es einen Pauschalbetrag von 15 Prozent.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): 15 Prozent des Honorars.

Gärtner: Insgesamt gibt es für Büroleistungen und Nebenkosten 15 Prozent.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von den 122 Millionen?

Gärtner: Ja. Das ist aber nicht für die Buchhaltung allein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich frage Sie jetzt für die Buchhaltung. Was ist an die ÖKODATA bezahlt worden?

Gärtner: Das kann ich Ihnen nicht sagen, wieviel davon die ÖKODATA abgerechnet hat für die Buchhaltung. Es gibt nur den Pauschalbetrag von 15 Prozent; fast 15 Millionen, ein bißchen mehr werden es sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, das sind mehr. Von 122 Millionen sind es 18 Millionen.

Gärtner: Ja. Das sind nachher noch mehr durch die Steigerung. Die 122 sind ja auch mehr geworden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie sind diese Gelder verteilt worden, diese 18 und — wieviel sind es — 20 Millionen in dem Fall?

Gärtner: In etwa. Etwas drunter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gut. 18 Millionen.

Gärtner: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie sind diese Gelder der ABO verteilt worden durch die Geschäftsführung der ABO?

Gärtner: Die hat die ÖKODATA bekommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Insgesamt.

Gärtner: Die Nebenkosten. Die 18 Millionen. 15 Prozent Nebenkosten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von wem sind Sie bezahlt worden? Von wem haben Sie Ihr Gehalt bekommen?

Gärtner: Ich habe mein Gehalt vom Deutschen Krankenhausinstitut bekommen. Die Geschäftsführung, auf die Sie jetzt anspielen, das ist ja eine zweite Geschichte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, ich frage Sie immer nur als Geschäftsführer.

Gärtner: Nein, wir haben eben gesprochen über die Buchhaltung. Da hatte ich gesagt, die Buchhaltung sind in den 15 Prozent Bürokosten enthalten.

Und ein zweites ist, daß die beiden Geschäftsführer ja extra ausgewiesen sind in der Leistungs— oder in der Finanzierungsmatrix.

Ich bin bezahlt worden vom Deutschen Krankenhausinstitut. Das DKI hat dafür bei jeder Abschlagsrechnung soundso viel bekommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Waren Sie zu 100 Prozent Geschäftsführer von der Arbeitsleistung her, oder haben Sie andere Leistungen für das DKI auch noch erbracht als Geschäftsführer?

Gärtner: Ich war zu hundert Prozent in der ABO tätig *(Abg. Dr. Feurstein: Für die ABO?)*, zu hundert Prozent für die ABO tätig, aber habe ich in diesem Rahmen zum Teil auch Leistungen für das Deutsche Krankenhausinstitut erbracht.

Ich habe auch diskutiert für Riethmüller und auch geschrieben für jemand anderen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und sind da bezahlt worden von?

Gärtner: Immer vom Deutschen Krankenhausinstitut. In meiner Tätigkeit als Geschäftsführer muß ich ja für alle Partner da sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wofür waren diese 18 Millionen Schilling, die die ÖKODATA bekommen hat? Wenn Sie uns das nochmals genauer aufgliedern. Büromiete, nehme ich an.

Gärtner: Ja, Schreibkräfte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wieviel Personen, wie viele Schreibtische waren? Zwei, drei? Wieviel Schreibtische hat die ABO gehabt? Die ABO!

Gärtner: Ja, ja. Lassen Sie mich doch mal

nachdenken. 25 plus Schreibkräfte, also bitte auf 5 nicht genau.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es können auch 30 gewesen sein?

Gärtner: Nein, eher 28 als 30.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Also 25 Schreibtische hatte die ABO?

Gärtner: Plus die Schreibkräfte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und das durch 3 Jahre hindurch. 1978, 1979, 1977?

Gärtner: Zweieinhalb plus die drei Monate Nachleistung. Beinahe drei Jahre.

Obmann Dr. **Steger:** Habe ich das richtig verstanden, ca. 25 Mitarbeiter plus Schreibkräfte, haben Sie gesagt?

Gärtner: 25 Schreibtische hatten wir plus die Schreibtische für die Schreibkräfte.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt 25 Sachbearbeiter in irgendeiner Form plus Schreibkräfte?

Gärtner: Das war ja unterschiedlich. Die Bearbeiterzahl variierte ja, soweit sie in Wien war.

Obmann Dr. **Steger:** Vielleicht kann man das noch ein bisserl präzisieren, damit wir das richtig im Protokoll haben, sonst kennt man sich da nicht genau aus.

Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was waren die Leute, die für die ABO gearbeitet haben? Mit Schreibtischen meine ich Arbeitsplätze. Wieviel Arbeitsplätze gab es für die ABO?

Gärtner: Nein, das dürfen Sie so nicht fragen, weil ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sicher darf ich Sie fragen.

Gärtner: Entschuldigung, fragen dürfen Sie. Nur, ich kann es Ihnen so nicht beantworten. Es gab 25 Schreibtische dort. Bearbeiter hatten auch ihre Schreibtische im DKI, Bearbeiter hatten ihre Schreibtische in der Agiplan, Bearbeiter hatten ihre Schreibtische in der Med-Consult, in der Ökodata waren Schreibtische zusätzlich, bei Riethmüller waren Schreibtische. Insofern ist die Frage, auf die Sie vielleicht schließen wollen, von 25 Schreibtischen auf maximal 25 Bearbeiter, dieser Schluß ist nicht richtig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Geschäftsführung der ABO hat einen gewissen Verwaltungsaufwand verursacht. Sie haben ihn beziffert mit 18 Millionen Schilling.

Gärtner: Nicht nur die Geschäftsführung. Sie können es auch die Geschäftsführung nennen. Nur in der Spalte, wo Geschäftsführer stand, waren nur die Kosten für die beiden Geschäftsführer gemeint. Alles andere, was an Nebenkosten angefallen ist, fiel in die 15 Prozent. Dazu gehörten Buchhaltungskosten, die hatten wir, dazu gehörten Bürostellen, dazu gehörte Post, Telephon.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bürostellen für 25 Arbeitsplätze?

Gärtner: Für alle notwendigen Arbeitsplätze.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben das jetzt beziffert mit 25.

Gärtner: Ja, zirka plus die Schreibkräfte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Raummiete?

Gärtner: Die Raummiete.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Telephon?

Gärtner: Telephon, Post. Das Bringen der Pakete zu den einzelnen Adressaten. Dazu gehörte das Telephon, Buchhaltung. Ich muß nachlesen, da gibt es so eine Liste, da steht das drauf. Ich weiß nicht, ob Sie die bekommen haben. Wenn Sie die nicht bekommen haben, dann könnten wir Ihnen die geben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie hoch waren die Kosten der Geschäftsführer in dieser Matrix? 18 Millionen waren die Bürokosten.

Gärtner: 15 Prozent. Und dann gab es zusätzlich eine Zeile, da stand drin, für die Geschäftsführer, und da stand unten eine Fußnote: für den einen soviel und für den anderen soundso viel je Monat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wieviel?

Gärtner: Das weiß ich nicht, das müssen Sie nachlesen. Ich bin gerne bereit, Ihnen das noch zu geben, aber ich glaube, Sie können das auch lesen, das liegt ja bei Ihnen vor.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie, wie es zur Teilbeauftragung gekommen ist? Warum es zur Teilbeauftragung gekommen ist?

Gärtner: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Keine Ahnung?

Gärtner: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum nicht der gesamte Auftrag vergeben worden ist?

Gärtner: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wurde gesprochen über eine weitere Beauftragung der ABO?

Gärtner: Innerhalb der ABO wurde sehr viel

darüber gesprochen, weil man natürlich weiter beraten wollte. Es wurde auch gesprochen mit dem Dipl.-Ing. Winter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann? Haben Sie Gespräche geführt?

Gärtner: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was hat Ihnen Dipl.-Ing. Winter gesagt?

Gärtner: Jetzt will ich erst einmal die Zeitfrage beantworten. Die Zeitfrage müßte gewesen sein Ende 1979. Denn die guten Leute, die in der ABO waren, haben ja langfristig disponiert. Und wenn man sie halten wollte als ABO, hätte man ein halbes Jahr vorher etwa wissen müssen, ob es weitergeht oder ob es nicht weitergeht.

Die Frage, was er gesagt hat ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann war das jetzt?

Gärtner: Das hatte ich versucht zu beantworten. Das muß im Herbst 1979, Anfang 1980 gewesen sein.

Die Frage der weiteren Beauftragung wurde abhängig gemacht vom Kontrollamtsbericht von der AKPE.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von Winter!

Gärtner: Ja, und von der Leistungsabnahme, wieweit die Nutzer, insbesondere die Fakultät, mit den Leistungen konform gegangen ist, ob sie akzeptabel sind oder nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie steht jetzt der Stand? Haben Sie später, als Winter nicht mehr dort war, mit jemand anderen auch noch gesprochen?

Gärtner: Nein, ich habe mit niemandem ... Die Geschäftsführer der ABO haben danach mit niemandem mehr gesprochen. Ob einer der Partner da weiter gesprochen hat, das kann sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich komme noch einmal zu den Kosten zurück. War eine klare Trennung zwischen den Leistungen der ABO-Partner und der Geschäftsführertätigkeit der ABO?

Gärtner: Daß Sie gemeint haben, weil ich sowohl DKI-Tätigkeiten gemacht habe als auch ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auch Scharmüller natürlich. Scharmüller war ja auch mit anderen Aufgaben beauftragt.

Gärtner: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und bei den anderen? Bei diesen 25 Schreibtischen?

Gärtner: Na ja, wenn jemand aus Deutschland anreist, dann wird er hier in Wien nicht gerade für ein Projekt in Neustadt am Rudenberg *(phonetisch)* in der Bundesrepublik gearbeitet haben, sondern wird hier für die ABO gearbeitet haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Für die Partner der ABO wird er gearbeitet haben?

Gärtner: Für die ABO, für den Teil seines Auftraggebers.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dafür ist ja der Partner honoriert worden.

Gärtner: Richtig. Er ist nicht nur honoriert worden für seinen Teil hier in Wien, sondern für seinen Gesamtteil. Auch den, den er woanders erbracht hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was machen Sie jetzt?

Gärtner: Ich sagte Ihnen, ich bin Regierungsangestellter der Landesregierung in Rheinland-Pfalz.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und für die ABO arbeiten Sie nicht mehr?

Gärtner: Doch, ich bin noch für die ABO Geschäftsführer.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie oft sind Sie in dieser Funktion in Wien?

Gärtner: In diesem Jahr war ich einmal im Januar zwei oder drei Tage hier und bin jetzt das zweite Mal hier.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie kennen Sie den Dr. Bauer? Sie haben gesagt, Sie kennen ihn von der Buchhaltung her.

Gärtner: Nein, nein, nein, das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, der Herr Bauer jun. war mein ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein, der Dr. Bauer.

Gärtner: Nein, Entschuldigung. Ich habe gesagt, ich kenne Herrn Dr. Bauer. Und ich habe gesagt, von der Buchhaltung her kenne ich Herrn Nidetzky und Herrn Bauer junior. Ich stelle das damit richtig, das ist mir egal.

Bauer senior habe ich in den Aufsichtsstellen-Sitzungen gesehen, dort hat er auch das eine oder andere Mal gesagt, und sonst habe ich ihn auf dem Flur in der ÖKODATA das eine oder andere Mal gesehen und ihm die Hand geschüttelt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In der ÖKODATA?

Gärtner: In der ÖKODATA.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat er sich eingeschaltet in die ganze Auftragsabwicklung?

Gärtner: Also er hat sich nicht konkret in die Sacharbeit eingemischt, das war Punkt eins.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sachliche Leistung hat er also keine gebracht?

Gärtner: Das kriegt wieder einen falschen Zungenschlag für mich. Er hat sich dort nicht in Leistungen eines Partners konkret eingemischt. Er hat sehr wohl, glaube ich, mit dem einen oder anderen Partner geredet, als es bei denen zu Schwierigkeiten gekommen ist.

So weiß ich zum Beispiel, daß Professor Aichhorn, mein Arbeitgeber, mit dem Dr. Bauer gesprochen hat. Der Dr. Bauer hat auch in den Sitzungen der Aufsichtsstelle Stellung genommen zu der Frage weitere Beauftragung bzw. Auflösen der ABO, was sinnvoll ist. Wir mußten ja Mitte des Jahres 1980 als Geschäftsführer die einzelnen Partner erfragen, ob sie die ABO weiterlaufen lassen wollen, auch wenn es keinen Auftrag gibt, oder ob sie die ABO um jeden Preis auflösen wollen. Und dort hat er als Mitglied der Aufsichtsstelle für die ÖKODATA dazu Stellung genommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist er nur als ...

Gärtner: Darf ich noch ergänzen: Ob der Herr Dr. Bauer über den Herrn Rumpold und den Herrn Scharmüller Einfluß genommen hat, indem der Herr Scharmüller dieses übernommen hat, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn Sie mit dem Herrn Scharmüller geredet haben, welche Rolle spielte dann Dr. Bauer?

Gärtner: Keine.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wenn Dr. Bauer persönlich aufgetreten ist, ist er mit welchen Argumenten aufgetreten?

Gärtner: Er ist nur aufgetreten persönlich in der Sitzung der Aufsichtsstelle.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie oft hat die getagt?

Gärtner: Fünfmal.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was waren die wichtigsten Themen, die dabei behandelt worden sind?

Gärtner: Schwierigkeiten einzelner Partner ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): ... nicht nur der Med-Consult?

Gärtner: Nein, nicht nur der Med-Consult ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sondern?

Gärtner: Auch des Deutschen Krankenhausinstitutes.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was waren da für Schwierigkeiten?

Gärtner: Da gab es Schwierigkeiten im häufigen Wechsel von Mitarbeitern.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was gab es für Schwierigkeiten bei Riethmüller?

Gärtner: Keine, die in der Aufsichtsstelle behandelt werden mußten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von der ÖKODATA?

Gärtner: Auch keine, die in der Aufsichtsstelle behandelt werden mußten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Agiplan?

Gärtner: Keine Schwierigkeiten für die Aufsichtsstelle.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nur mit dem DKJ und mit der Med-Consult?

Gärtner: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Schwierigkeiten, die in der Aufsichtsstelle behandelt worden sind; das haben Sie jetzt beantwortet.

Gärtner: Ja. Dann wurden die Bilanzen und die Buchhaltung besprochen. Es wurden allgemein informiert über den Stand der Arbeiten, insbesondere über Fragen im Jahre 1980, wie die ABO in der Öffentlichkeit dasteht.

Das müßten die Hauptpunkte gewesen sein.

Obmann Dr. **Steger:** Erstens, Herr Zeuge, bitte etwas lauter. Phasenweise sind Sie immer so leise, daß man es nicht hört, und zweitens möchte ich den Ausschuß darauf aufmerksam machen, daß wir gestrafft fragen müssen, weil uns der Zeuge sonst wieder wegfliegt.

Bitte, Herr Abgeordneter.

Gärtner: Wenn es unbedingt sein muß, muß ich über Nacht hier bleiben. Aber ich glaube nicht, daß ich so wichtig bin.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum hat eigentlich Bauer nicht seine Geschäftsführer in diese Sitzung delegiert?

Gärtner: Der Herr Rumpold war ja mit der Sitzung drin.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber warum ist der Bauer auch gekommen? Er ist nicht Geschäftsführer der ÖKODATA.

Gärtner: Jede Firma, jeder der Partner hat

ein Hauptmitglied und einen Vertreter benannt nach den Kriterien, die die einzelnen Firmen hatten, und die durften daran teilnehmen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bauer war der Vertreter von . . .?

Gärtner: ÖKODATA.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von Rumpold oder?

Gärtner: Also am Schluß war er nur noch für die ÖKODATA drin, da war der Herr Rumpold draußen. Ich glaube, am Anfang war Herr Rumpold Hauptmitglied, und Herr Bauer war sein Vertreter. Das müßte ich aber genau nachlesen, wenn es für Sie sehr wichtig ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hatte Bauer einen besonderen Einfluß? Einen Einfluß, der über den Einfluß z. B. der Verteter des DKJ hinausging?

Gärnter: Ob Bauer, kann ich Ihnen nicht sagen. Aber nach der Vertragskonstruktion hatte die ÖKODATA einen wesentlichen Einfluß. Wie die ÖKODATA jetzt ihre Probleme gelöst hat, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welcher Form hatte die ÖKODATA diesen überdurchschnittlichen Einfluß?

Gärtner: Zumindest formal kann ich Ihnen nicht sagen, daß die ÖKODATA ihren Einfluß ausgenützt hat, indem sie zum Beispiel bei einer Patt-Abstimmung in der Aufsichtsstelle ihr Votum mit in die Waagschale geworfen hat. Nur, als Soziologe muß ich Ihnen sagen: Wenn man weiß, daß jemand kann, wenn er will, dann sind natürlich die Einflußfaktoren viel, viel früher, indirekter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Geht es also doch, wenn Sie als Soziologe das beurteilen, auf die Person des Dr. Bauer zurück?

Gärtner: Ob Dr. Bauer, das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich kann Ihnen nur sagen, die ÖKODATA hatte die Mehrheit.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und einen Einfluß, der überdurchschnittlich war?

Gärtner: Die ÖKODATA hatte einen formal überdurchschnittlichen Einfluß, einmal dadurch, daß der Geschäftsführer, der von der ÖKODATA gestellt worden ist, die Vertretung der ABO nach außen vorgenommen hat, und zweitens dadurch, daß im Konfliktfall in der Aufsichtsstelle die ÖKODATA den Ausschlag gegeben hätte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie sind Sie mit dem Herrn Wilfling in Kontakt gekommen?

Gärtner: Das ist eine kuriose Geschichte. Bei meinem ersten Auftritt in Wien, im November, lernte ich den Herrn Wilfling kennen bei einem Gespräch, das stattfinden sollte über die Leistungsfähigkeit der ABO. Da waren auch Mitglieder der Aufsichtsstelle angetreten, und diese Sitzung wurde dann von der AKPE kurzfristig aus einem Raum in einen anderen Raum verlegt, und es wurde den Mitgliedern der Aufsichtsstelle klargemacht, daß die ABO eine Geschäftsführung hat, die sich selber verkaufen sollte.

In diesem Gespräch habe ich mich vorgestellt, und dort habe ich den Herrn Dr. Wilfling das erste Mal gesehen. Und seine Frage war, ob ich mir das zutraue, das zu machen, wo ich doch gerade 30 Jahre sei. Eine durchaus berechtigte Frage.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und sachliche Fragen haben Sie nicht behandelt?

Gärtner: In diesem Gespräch nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In der Sache selber?

Gärtner: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und später?

Gärtner: Es hat ein Gespräch gegeben über den Generalplan mit ihm, dort ging es um sachliche Fragen im einzelnen, Beurteilung einer bestimmten Aussage, ob sie richtig war oder ob sie falsch war. Und ich habe ihn gesehen in zwei Sitzungen oder drei Sitzungen des Bund-Stadt-Komitees.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War Wilfling beteiligt bei der Abnahme von Leistungen der ABO? Bei der Besprechung der Leistungen der ABO?

Gärtner: Nein, nur in dem einen Fall Generalplan, den haben wir mit ihm besprochen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben gesagt, zwei- oder dreimal, haben Sie jetzt vorhin genannt.

Gärtner: Ja, aber das war nicht über Leistungen der ABO oder über die formale Abnahme. Das Bund-Stadt-Wien-Komitee hat nicht die Leistungen der ABO abgenommen. Da ging es einmal um die Leistungsfähigkeit der ABO und um die Frage, wie die ABO methodisch arbeitet, wie sie weiterarbeitet, und zum zweiten waren es zwei Sitzungen über die MP-Planung, auch methodisch, ob die MP-Planung methodisch sauber arbeitet.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Meine letzte Frage. In welchem Ausmaß waren diese 25 Arbeitsplätze, die Personen, die dort beschäftigt waren, ausgelastet?

Gärtner: Diese 25 Arbeitsplätze standen durchaus auch leer, und zwar auch wochenweise. Es war nicht so, daß immer an 25 Arbeitsplätzen jemand gesessen hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wieviel waren dann effektiv?

Gärtner: Unterschiedlich. Es waren auch mal . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich frage Sie immer für die ABO, nicht für die Partner.

Gärtner: Ja, ja, es war unterschiedlich, daß auch mal alle 25 Arbeitsplätze . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Im Durchschnitt?

Gärtner: Im Durchschnitt die Hälfte etwa.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich bin fertig, danke.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Bergmann, Sie wollen eine Runde machen. Ich möchte noch einmal darauf verweisen: Wenn wir den Zeugen ungefähr bis 17.30 Uhr fertig befragen können, hat das den Vorteil, daß im Sinne der auch von der großen Oppositionspartei getragenen Vorstellungen der Budgetentlastung wir uns eine Übernachtung für den Zeugen im Rahmen des Parlamentsbudgets sparen können. Vielleicht bringen wir es noch hin.

Bitte, Herr Abgeordneter Bergmann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich würde das weniger unter dem Aspekt der Budgetentlastung sehen als eher dem Entgegenkommen des Zeugen, der hier sehr positiv reagiert auf Fragen. Ich habe auch gar kein langes Fragenpaket mehr da.

Herr Zeuge! Was hat Ihnen eigentlich die größten Schwierigkeiten bei der Ausübung Ihrer Funktion als ABO-Geschäftsführer bereitet?

Gärtner: Die größten Schwierigkeiten waren sicherlich im häufigen Wechsel der Bearbeiter zu sehen, daß man auch bei Einarbeitungszeiten der Mitarbeiter in den Partnerfirmen immer wieder darauf drängen mußte, daß sie das wußten, was man vorher schon einmal besprochen hat. Die Verärgerung auf Seiten der Nutzer war oft ziemlich groß, daß man durch neue Mitarbeiter das gleiche noch mal sagen mußte, und ich glaube, sie war auch berechtigt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Dieser Nutzerkonsens, der ja einen ungeheuer hohen Stellenwert bei dem ganzen Projekt gehabt hat, wie haben Sie denn das aus Ihrer Sicht beurteilt?

Gärtner: Ich habe das eigentlich positiv beurteilt. Es gab ja in unserem Vertrag die Möglichkeit, mit dem Nutzer zu besprechen, aber abweichende Meinungen trotzdem noch darzustellen. Und der Nutzerkonsens war zumindest für unseren Vertragsteil nicht so auszulegen, daß es um Zustimmung des Nutzers ging, sondern wir hatten eine Abstimmung, ein Gespräch über das, was wir geschrieben und erarbeitet hatten. Dieses halte ich nach wie vor für unabdingbar. Ich kann mir nicht vorstellen, daß eine Firma, ein Planer arbeitet ohne den Nutzer. Man kann in Frage stellen, ob es der Chef der Urologie sein muß oder ob es ein kleines Gremium, das für alle spricht, sein muß. Aber ohne den Nutzer, den Betreiber sowie den Arzt kann man eine Klinik nicht bauen. Man darf sich nur nicht so weit bringen lassen, daß der Nutzer am Schluß allein entscheidet.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun ist der Eindruck entstanden, daß sozusagen um mehr als jeden Preis dieser Nutzerkonsens gesucht worden ist und daß das eine der Ursachen für die Explosion des Projektes und die Verteuerung des Projektes war. Können Sie das bestätigen?

Gärtner: An einem Beispiel kann man das vielleicht klar machen. Wir haben im Bereich der Röntgendiagnostik nachgewiesen, daß die durchschnittliche Auslastung aller drei Röntgenebenen bei 60 Prozent liegt, die geplante durchschnittliche Auslastung. Wir haben dann nachgewiesen, daß man für diese 60 Prozent Auslastung soundso viel Schreibpersonal braucht, dieses unsere Auffassung sei. Der Nutzer war anderer Auffassung. Damit ist aber die Leistung eines Auftragnehmers beendet. Ein Auftragnehmer ist kein Entscheider. Wir sagen als Beispiel, wir brauchen drei Schreibkräfte, der Nutzer sagt, mit drei Schreibkräften kann man es nicht machen, ich brauche zehn oder fünfzehn. Dann kann der Berater bei seinen drei bleiben, muß aber darstellen, daß der Nutzer anderer Meinung ist, und dann gibt es einen Auftraggeber, der hat zu entscheiden, für welche Seite von Argumenten er sich entscheidet.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wer hat dann entschieden?

Gärtner: Niemand.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bitte?

Gärtner: Sehr schwer. Ich habe eben sehr schnell gesagt: niemand. Das war vielleicht etwas zu schnell. Die Entscheidungen, die dann getroffen wurden . . . Manchmal hat man es ausgeklammert, das war . . .

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ein österreichisches Schicksal ist das.

Gärtner: Das macht man aber auch bei Beratungen in der Bundesrepublik Deutschland, wenn man sich nicht einigen kann. Wenn die

Einigung so viel Zeit kostet, daß damit das Gesamtprojekt gefährdet ist im Terminplan, dann sagt man bei einer unwichtigen Frage, kann man ja ausklären, aber zu einem späteren Zeitpunkt. In dem Röntgenbereich ist es so geblieben; 55 Prozent Auslastung. Trotzdem ist das so gebaut worden, wie es geplant war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, der Nutzerkonsens hat zuerst dazu geführt, daß zwei Standpunkte unter Umständen noch übergeblieben sind zwischen dem Nutzer und dem Berater und daß dann in den meisten Fällen entweder nicht entschieden wurde oder zugunsten der Nutzer entschieden wurde?

Gärtner: Mit den meisten sagen Sie eine Quantität. Das kann ich nicht beurteilen. Ich kann für die ABO sagen, daß in den wenigen Fällen, wo man sich nicht geeinigt hat, in der Regel zugunsten des Nutzers entschieden worden ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit der APAK zu tun gehabt?

Gärtner: Ja, die APAK hat uns ja, wie man sagt, gesteuert.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie die APAK als einen qualifizierten oder, sagen wir so, einen sinnvollen Teil der Konstruktion gehalten?

Da würde ich Sie jetzt wirklich um eine eingehende Antwort bitten, nämlich nicht darum, ob Sie jemand vernadern oder verpetzen — ich weiß nicht, wie man da in der Bundesrepublik sagt —, sondern die Frage, die uns alle hier mit bewegt, war eigentlich: Diese Gründung, diese Gesellschaft AKPE und dann das Anhängsel APAK, waren das sinnvolle Einrichtungen, die eine vernünftige Abwicklung gewährleistet haben?

Gärtner: Ich glaube, daß das Konzept, zwischen APAK und AKPE eine solche Aufgabenteilung zu machen, ein mögliches Verfahren ist, das auch zu guten Ergebnissen führen kann vom Konzept her.

Schwierig wird die Geschichte dann, wenn diese Projektsteuerungsgesellschaft aus Partnern besteht, die gesteuert werden sollen. Wenn nämlich auf der einen Seite die Architekten sind und damit durch die APAK gesteuert werden sollen und auf der anderen Seite Eigentümer der APAK sind.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie meinen den Professor Wojda?

Gärtner: Da wird es sehr, sehr schwierig.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber der Professor Wojda, auf den Sie hier offensichtlich anspielen ...

Gärtner: Nein, ich spiele nicht auf Professor Wojda, sondern auf die Architektengemeinschaft an.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber es hat ja sogar Teile der APAK gegeben, die dann Subunternehmer bei der ABO waren, zum Beispiel der Professor Wojda.

Gärtner: Die Aussage, die ich zu Marchart-Moebius gemacht habe, halte ich für alle Bereiche für schwierig.

Ich glaube nicht, daß man eine Firma gründen kann, die sich selber kontrolliert, egal, in welcher Funktion.

Abg. **Begmann** (ÖVP): Das gilt also auch für den Bereich des Professors Wojda, nicht nur für die Architekten?

Gärtner: Das gilt für alle, vom theoretischen Konzept für alle Bereiche. Ich kann mir nicht eine Kontrolle durch den Kontrollierten vorstellen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben aber in einem Bereich mitgearbeitet, wo dies so passiert ist.

Gärtner: Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und hat es eigentlich jemals in irgendeiner Form innerhalb der ABO bei Ihren internen Gesprächen da Vorstellungen gegeben, ob man das nicht ändern sollte?

Hat das Ihre Arbeit erleichtert oder erschwert, dieses System, die Kontrollore kontrollieren sich selber?

Gärtner: Da kann ich eigentlich nur wieder auf den Punkt, den ich vorhin beim Einfluß der ÖKODATA genannt habe, zurückkommen. Ich glaubte, daß es ganz normal ist, daß jeder, der um diese Zusammenhänge weiß und der noch einigermaßen rational denkt und nicht nur emotional arbeitet, mögliche Konflikte antizipiert und deshalb vielleicht in Teilen vermeidet.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Heißt das, daß Sie nach Überschreiten der österreichischen Staatsgrenze ein paar Dinge als typisch österreichisch akzeptiert haben, die Sie in der Bundesrepublik im Zusammenarbeitsverhältnis unter Umständen nicht akzeptieren würden?

Gärtner: Ich würde sie nicht so machen, ich würde sie aber als Auftragnehmer wahrscheinlich in der Bundesrepublik genauso akzeptieren, wie ich sie hier akzeptiert habe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie sind jetzt ein paarmal auf die ÖKODATA und den Dr. Bauer angesprochen worden. Haben Sie eine Wahrnehmung über Leistungen, die von Dr. Bauer

selber erbracht worden sind im Rahmen der ABO?

Gärtner: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Welchen Stellenwert hat denn — wenn man von den geschäftsordnungs- und vertragsmäßigen Dingen absieht — die Person Bauers innerhalb der ABO und des ganzen AKH Ihrer Meinung nach gehabt?

Gärtner: Das ist für mich schwierig zu beantworten, weil ich im Gegensatz zu meinen Kollegen ja in Österreich gelebt habe. Ich habe hier in Wien gewohnt und bin dadurch natürlich sehr viel besser über die laufenden Vorgänge aus der Zeitung, Fernsehen, aus den Medien informiert gewesen. Danach muß ja der Einfluß, wie verschiedene Leute vermuten, nicht klein gewesen sein.

Was ich selber wahrgenommen habe, dazu kann ich Ihnen nichts sagen, ich habe nichts wahrgenommen. Ich kann Ihnen nur sagen, daß er innerhalb der ABO in der Aufsichtsstelle war und daß er eben als Eigentümer der ÖKO-DATA und damit mit Rumpold zusammen innerhalb der ABO diesen Einfluß hatte, der wahrscheinlich darauf beruht, daß man Konflikte antizipiert und möglichst vermieden hat. Konkret kann man das nicht nachweisen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie eine Ahnung, ob der Professor Flamm auch für die Firma Prutscher gearbeitet hat?

Gärtner: Keinerlei. Nie gehört, nicht einmal in den Zeitungen bislang gelesen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es gibt Dinge, die stehen nicht nur in den Zeitungen.

Die ARGE ORP, was haben Sie denn mit der zu tun gehabt?

Gärtner: Die ARGE ORP sollte eigentlich ein Raumprogramm und eine Organisationsstruktur liefern, in die man hinterher eine Betriebsorganisation hineinlegt. Das Problem war nur, daß dieses Raumprogramm ja nicht immer akzeptiert war und daß wir während unseres Verfahrens laufend neuere Programme für bestimmte Bereiche bekommen haben und dadurch Leistungen wiederholen mußten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer mußte sie wiederholen?

Gärtner: Wir, die ABO.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Anstelle der ARGE ORP?

Gärtner: Nein, wir hatten eine Betriebsorganisation in ein Raumprogramm hineingelegt. Das Raumprogramm war nicht abgestimmt, wurde geändert, wir mußten die Betriebsorganisation in einem anderen Raumprogramm wiederholen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wer war an dieser Doppelgleisigkeit schuld?

Gärtner: Zum einen war es unser Terminplan. Wir hatten ja in dem ABO-Vertrag einen sehr harten Terminplan, und man hat von uns verlangt, diesen Terminplan einzuhalten, obwohl die Vorleistungen nicht vorhanden waren. Anbei kein konkretes, ein x-beliebiges Beispiel: Wenn bei uns im Terminplan drin stand, eine Betriebsorganisation mußte für die Apotheke bis 30. 3. 1979 erbracht sein, das Raumprogramm war aber erst am 30. 9. 1980 fertig, dann mußte trotzdem von uns die Betriebsorganisation gemacht werden in ein nicht vorhandenes Raumprogramm. Das heißt, wir mußten also dieses Raumprogramm zum Teil selber machen bzw. das vorliegende kritisieren und überarbeiten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, die ARGE ORP kassiert zum Teil Ihre Honorare oder die Honorare für Ihre Arbeit?

Gärtner: Na ja, das ist wieder sehr hart gesagt, weil ja der ABO-Vertrag so viele Generalklauseln hatte, wie Sie wissen, die man so und so auslegen kann. Und die ABO hat versucht, ihn nicht kleinlich auszulegen. Es gab aber eben ein theoretisch-planerisches Problem, daß man in ein nicht vorhandenes Raumprogramm etwas hineinlegen sollte, und dieses konnte man nur dadurch lösen, daß man das Raumprogramm selber machte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie je von den Schwierigkeiten gehört, die der Professor Riethmüller in Österreich hatte?

Gärtner: Sie meinen das berühmte Worm-Wort vom Herumfuhrwerken? Oder meinen Sie die Zeiten vorher oder meinen Sie persönliche Probleme?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich meine schon aus Ihrer unmittelbaren Wahrnehmung, daß es beispielsweise ein Spannungsverhältnis zwischen dem Professor Riethmüller und dem Magistrat der Stadt Wien gegeben hat.

Gärtner: Ja, das war unter Planern gängig, daß es dort so etwas gegeben hat, nicht nur zwischen dem Magistrat, auch mit der Fakultät.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist das ein internationales Phänomen um den Professor Riethmüller, daß er immer Schwierigkeiten hat, oder ist das österreichspezifisch?

Gärtner: Das ist weder noch. Ich glaube, daß in manchen Punkten der Professor Riethmüller beschimpft worden ist für Sachen, die er zwar empfohlen hat, aber auf Grund von Vorgaben

empfohlen hat, die er nicht zu vertreten hat. Das ist ja immer wieder unser Beratungsproblem. Wir bekommen Vorgaben, versuchen, diese Vorgaben zu optimieren, werden aber auf einmal identifiziert mit den Vorgaben.

Da hat der Prof. Riethmüller vielleicht im einen oder anderen Punkt Prügel bekommen, wo sie nicht hingehörten. Was man von ihm auch sagen muß, ist: Wenn er ein Konzept erarbeitet hat, dann hat er es konsequent bis zum Ende durchgefochten, mit allen Beschimpfungen, die vom Magistrat oder von der Baukommission gekommen sind. Er hat dieses so durchgefochten, zum Beispiel die Neurochirurgie, das ist Ihnen sicherlich bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nur, was dabei verwundert, ist, daß er — ob gerecht oder nicht, will ich gar nicht feststellen — die Prügel, wie Sie sagen, bekommen hat und die dann immer wieder durch neue Aufträge versüßt wurden. Wenn ich als Auftraggeber jemand ständig kritisiere und mit ihm in Konflikt lebe, gebe ich ihm keine Aufträge.

Mich würde interessieren, warum Sie glauben, daß der Professor Riethmüller doch immer wieder dann noch neue Aufträge bekommen hat?

Gärtner: Er bekommt ja auch in der Bundesrepublik noch neue Aufträge, obwohl man ihn mit Göttingen und Aachen identifiziert. Einmal ist der Markt ja nicht so groß, es gibt ja nicht so viele Planer, die das machen können. Und man muß auch sehen, daß bestimmte Konzepte, die Professor Riethmüller ... oder die realisiert worden sind in Göttingen, Aachen und Wien, einmal sehr konsequent gewesen sind — sehr viel konsequenter als andere Konzepte — und zum zweiten diese hochzentralisierten Bauten ja in einer Zeit entstanden sind, wo alle so gebaut haben, fast alle so hochzentralisiert gebaut haben. Nur daß man in Wien und auch in Aachen das Pech hat, daß die Realisierung halt so viele Jahre nach Erstellung des Konzeptes gekommen ist. Göttingen ist auch hochzentralisiert, hat aber lange nicht die Schlagzeilen gemacht wie jetzt Wien oder Aachen, wo der Zeitraum zwischen Erstellung des Konzeptes und der Realisierung des Konzeptes so groß ist. Viele Planer lernen oder haben daraus gelernt, daß man eben nicht mehr so hochzentralisiert baut, sondern daß man allein auf Grund der Bauwirtschaft in kleineren Bereichen baut.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie am Anfang Ihrer Tätigkeit je Zweifel gehabt, daß die Folgeaufträge nicht kommen könnten?

Gärtner: Ja, die habe ich von Anfang an gehabt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben geglaubt, mit dem Auftrag ist es abgeschlossen?

Gärtner: Ich bin zumindest immer davon ausgegangen, daß diese Möglichkeit besteht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Als eher wahrscheinlich oder eher unwahrscheinlich?

Gärtner: Also wenn ich Ihnen ein Indiz geben darf: Ich habe meinen Mietvertrag so abgeschlossen, daß er am 31. 10. 1980 aufgehört hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was war Ihnen denn bekannt über die persönlichen Beziehungen des Dr. Bauer mit dem Finanzminister?

Gärtner: Das, was in den Zeitungen stand.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und vorher haben Sie das nicht realisiert?

Es stand ja nicht immer und ununterbrochen in den Zeitungen, und gerade wie Sie kamen, war ein kleines publizistisches Tief in der Frage.

Gärtner: Ja, ja, aber ich glaube, auch im Jahr 1977/78 ging es schon mal um solche Geschichten, und da stand schon einiges drin, daß die beiden in der Consultatio halt zusammen sind und Miteigentümer sind.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat Ihnen, als Sie hier als Geschäftsführer der ABO angefangen haben, irgend jemand gesagt, daß die ÖKODATA in einem Naheverhältnis zum Finanzminister steht?

Gärtner: Ich glaube ja, daß das bekannt war und daß man mir gesagt hat, daß der Herr Bauer sowohl Eigentümer des einen als auch des anderen ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und daß der Finanzminister unter Umständen — auch Gerücht oder so — Eigentümer oder Miteigentümer der ÖKODATA ist?

Gärtner: Nein, dieses nicht. Aber Eigentümer, Miteigentümer der Consultatio.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Jetzt werde ich Sie vielleicht doch ein bißchen länger festhalten.

Der Name Nidetzky ist vorhin bei Ihnen, glaube ich, einmal gefallen. *(Gärtner: Ja.)* In welchem Zusammenhang denn?

Gärtner: Einmal, da ich in Österreich gewohnt habe, war ich auch in Österreich steuerpflichtig zu meinem Leidwesen, und ich brauchte einen Steuerberater, der mir diese Probleme löst. Dieses hat der Herr Dkfm. Nidetzky für mich gemacht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wie sind Sie zu dem gekommen? Einfach so aus reinem Zufall, oder weil der Dr. Bauer ihn empfohlen hat?

Gärtner: Nein, weil ich sicherlich jemanden in den ÖKODATA gefragt habe und weil ich glaube, daß man, wenn man Partner hat, davon ausgehen kann, daß man als Partner miteinander auskommt. Ich hatte auch keine Alternative. Ich kannte niemanden anders als Steuerberatungskanzlei.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat man jemals die Frage gestellt innerhalb der ABO, ob man die Med-Consult nicht loswerden will?

Gärtner: Ach, schauen Sie, die einzelnen Sachbearbeiter, die die Daten von der Med-Consult am Anfang nicht bekommen haben, haben natürlich geflucht und haben erklärt, was soll das ganze, und haben natürlich auch überlegt, wie man das Problem lösen kann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ihre Qualitätsbeschreibung zur Med-Consult und zur ÖKODATA war insofern different, daß Sie der Med-Consult ein schlechtes Zeugnis ausgestellt haben und bei der ÖKODATA gemeint haben, man hat hier im österreichischen Raum jemanden gebraucht, der sich mit den Rechtsvorschriften und Ähnlichem auskennt.

Zur Qualifikation der ÖKODATA für einen Planungsauftrag, Betriebsorganisationsauftrag im Rahmen einer Spitalsplanung haben Sie keine Aussage gemacht. Dürfte ich diese Frage jetzt stellen.

Gärtner: Doch, ich habe gesagt, daß nach den Anlaufschwierigkeiten, die länger gedauert haben, als es hätte dauern dürfen in der Med-Consult, die Qualität der Bearbeitung von allen Partnern gleich war, auch von der ÖKODATA.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und ich frage Sie jetzt, was die Qualifikation der ÖKODATA am Beginn der ABO war in Richtung Betriebsorganisation eines Riesenspitals?

Gärtner: Am Beginn kann ich Ihnen nicht sagen. Ich kann Ihnen nur sagen, was in der Zeit passiert ist, wo ich dabei war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie wissen es ja auch bei der Med-Consult, da haben Sie es ja auch gesagt.

Gärtner: Nein, nein, da habe ich gesagt, seit ich da war. Ich habe immer gesagt, daß die Schwierigkeiten der Med-Consult nicht zu Ende waren, als ich da war, sondern die gingen weiter, und die habe ich leidvoll mit ertragen müssen.

Zur ÖKODATA: Den Datenverarbeitungsbereich und den Verwaltungsbereich hat die ÖKODATA bearbeitet, und sie hat ja auch durch einen Subunternehmer die Ambulanzen bearbeitet. Sie hat die — woanders nennt man das Gesamtplanung, im Firmenjargon vom Institut für Funktionsanalyse heißt das Generalplan — übernommen. Das sind ja Leistungen der ÖKODATA für mich. Insofern war die Qualität der Leistungen gleich. Nur die Qualifikation, also der Input, den Sie beurteilt wissen möchten, ist mir eigentlich ziemlich egal gewesen. Ich wollte Qualität, sprich der Output sollte für mich gut sein. Wie die einzelnen Partner dazu kommen, war deren Problem.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun kam es zu einer Honorarkürzung, wenn ich richtig informiert worden bin *(Gärtner: Zu einem Einbehalt, ja.)* im Ausmaß von ein bißchen über 2 Millionen Schilling. Stimmt das?

Gärtner: Nein, das ist nicht richtig, es ist leider sehr viel mehr geworden. Es gab drei Abzüge für die ABO. Der eine Abzug war die Pönale für die Med-Consult, das war etwa eine halbe Million. Der zweite war der Einbehalt für die Leistung der BO-Interim zwischen, ich glaube, Angebotsabgabe oder Abgebotszuteilung bis Vertrag. Das sind die 2,1 Millionen für die BO-Interim. Und den dritten Einbehalt gab es, weil die AKPE Leistungen nicht abgerufen hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist das, was Sie vorhin erzählt haben.

Gärtner: Das sind 6 oder 8 Millionen, das ist also ein Batzen. 6 Millionen, glaube ich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und diese Honorarkürzung im Zusammenhang mit der BO-Interim war ursprünglich höher angesetzt worden von der AKPE und noch höher von der APAK.

Gärtner: Und von der ABO sehr viel niedriger.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wieso ist dann der niedrigere Teil akzeptiert worden?

Gärtner: Es hat darüber ja eine Reihe von Gesprächen gegeben, was angemessen heißt. Es war ja das Problem, daß man sich vor Vertragsabschluß nicht hat einigen können über, wie man mir gesagt hat, diesen Betrag und daß man dann während der ABO-Phase die ganze Zeit mit der AKPE darüber geredet hat, und dabei sind Argumente ausgetauscht worden, was angemessen heißt. Das hat dann zu dieser Einigung bei 2,1 *(Abg. Bergmann: 2,08)* geführt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie den Herrn Versloot je gesehen?

Gärtner: Natürlich, der hat ja im Büro gearbeitet.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und Sie haben keine Ahnung, wo sich der jetzt befinden könnte?

Gärtner: Nein, in der Bundesrepublik wahrscheinlich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Im Unterschied zu Ihnen ist er nämlich nicht so erfreut, bei uns zu erscheinen.

Sagt Ihnen der Name Mitchell etwas? Dennis Mitchell?

Gärtner: Der muß irgendwo im Briefwechsel TECHMED da mit drinhängen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie den je gesehen?

Gärtner: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und eine letzte Frage, damit ich noch vor der Zeit zu Ende bin: Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen gemacht, welcher österreichische bedeutende Politiker sich besonders um den Fortgang und die Fortführung des AKH-Baues bemüht hat?

Gärtner *(lachend):* Das ist aber eine gemeine Frage!

Abg. **Bergmann:** (ÖVP): Ich will sie anders formulieren. Haben Sie mit dem Stadtrat Stacher Kontakt gehabt?

Gärtner: Da muß ich mal nachdenken.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich würde bitten, daß man auch die Nachdenkpause zu Protokoll nimmt.

Gärtner: Also, wenn es so war, muß es einmal gewesen sein, es ist mir nicht als Bewußtes im Gedächtnis.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie aus Ihren Gesprächen mit Kollegen am Arbeitsplatz oder mit Leuten der AKPE den Eindruck gewonnen, den wir hier gewonnen haben, daß der Stadtrat Stacher das AKH ein bißchen als ein ungeliebtes Kind empfunden hat?

Gärtner: Man hat mir dieses mal so gesagt, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit dem Stadtrat Mayr zu tun gehabt?

Gärtner: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit dem Bürgermeister Gratz?

Gärtner: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden Waiz oder seinem Stellvertreter? Horny?

Gärtner: Die beiden habe ich irgendwann mal in der AKPE gesehen, als ich auf den Herrn Kraus wartete, und da saßen die drin und wollten nicht so schnell gehen, wie der Termin vereinbart war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit dem Finanzminister Androsch damals je zu tun gehabt?

Gärtner: Nein — im Fernsehen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Danke.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, noch geht sich alles aus, wir können Ihnen fünf oder zehn nach halb das Taxi bestellen, sie schaffen es.

Zunächst eine Frage, die sich in Anschluß an die Befragung durch den Herrn Abgeordneten Bergmann schon aufdrängt. Sie haben also offensichtlich engen Kontakt mit ÖKODATA-Bereich gehabt und im Rahmen der CONSULTATIO engen Kontakt arbeitsmäßig mit Bauer junior und Nidetzky. Und jetzt ergibt sich die Frage, ob Sie im Rahmen dieser Kontakte auch persönlich als Geschäftsführer der ABO oder in Ihrer sonstigen Funktion Kontakt mit dem Herrn Vizekanzler Androsch gehabt haben?

Gärtner: Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie ihn überhaupt je persönlich getroffen zu Gesprächen im Bereich dieser Firmen?

Gärtner: Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Welchen Kontakt hatten Sie persönlich mit ihm?

Gärtner: Mit dem Herrn Vizekanzler hatte ich keinen Kontakt.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie ihn überhaupt noch nie im Leben getroffen?

Gärtner: Nicht, daß ich wüßte.

Obmann Dr. **Steger:** Ich weiß es auch nicht, ich frage ja deswegen Sie. Sie antworten nur so, daß sich immer die nächste Frage ergeben hat.

Gärtner: Akzeptiert. Nein, ich habe ihn nicht getroffen, nicht die Hand geschüttelt oder sonst etwas gemacht. Nun, zu der Frage eben; Sie interpretierten engen Kontakt. Enger Kontakt erstreckt sich auf fünf, sechs Gespräche in zwei Jahren — wenn Sie das als Interpretation zum engen Kontakt nennen.

Obmann Dr. **Steger:** Daß Sie zum Beispiel die Schreibtische geistig abgezählt haben, die im Rahmen der Räumlichkeiten der ABO zur Verfügung gestanden sind — das habe ich zum Beispiel als engen Kontakt gesehen. Da muß man also doch wissen, welche Schreibtische ...

Gärtner: Zur Ökodata schon, aber nicht zur Consultatio, Nidetzky, Bauer.

Obmann Dr. **Steger:** Also, Sie wollen differenzieren und sagen: engeren Kontakt zur Ökodata, aber nicht engeren Kontakt zur Consultatio.

Gärtner: Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Aus Ihrer Sachkenntnis heraus, aus Ihren Informationen: „Aufsichtsstelle" haben Sie immer gesagt, haben Sie mit dem Herrn Dkfm. Dr. Bauer, also Bauer senior ist es in dem Fall, zu tun gehabt. Was ist das für eine Aufsichtsstelle nach der Vertragskonstruktion für Sie?

Gärtner: Im Prinzip die letztgültige Entscheidung.

Obmann Dr. **Steger:** Für ABO Entscheidung.

Gärtner: Für die ABO, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Wer war dort noch dabei?

Gärtner: Mitglied der Aufsichtsstelle war Professor Aichhorn für das Deutsche Krankenhaus-Institut, sein Vertreter war der Herr Keldenich beziehungsweise Herr Saal *(phonetisch)*, für das Büro Professor Riethmüller war es der Professor selber beziehungsweise Dr. Möller, für die Med-Consult war es Herr Enerwitschläger und für Ökodata Herr Rumpold beziehungsweise Herr Bauer. Die Vier waren stimmberechtigt.

Obmann Dr. **Steger:** Bis wann war denn der Herr Rumpold dort?

Gärtner: Das muß bis zum Jahre 1980 gewesen sein. Es hat, glaube ich, eine Übergangszeit gegeben, in der auch eine Sitzung der Aufsichtsstelle mitgemacht hat, obwohl er nicht mehr Geschäftsführer der Ökodata war.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie aus Ihren Kontakten mit der AKPE irgendwelche Wahrnehmungen über die Sachkenntnis des dortigen Aufsichtsrates?

Gärtner: Nein. Allein ich kenne nur den Obersenatsrat Siebensohn, über dessen Qualität, glaube ich, braucht man nicht zu reden.

Obmann Dr. **Steger:** Wir reden gerne darüber. Was wollen Sie uns damit sagen?

Gärtner: Ich meine positiv. Er war sehr engagierter Vertreter des Krankenhauswesens und auch des AKH.

Obmann Dr. **Steger:** Wie sind Ihnen gegenüber die Klinikvorstände aufgetreten im Rahmen des Versuches, daß es einen Nutzerkonsens gibt: unter einer Oberkompetenz des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung oder als alleinverantwortlich Kompetente? Sie verstehen diesen Unterschied?

Gärtner: Ja. Formal war für uns ansprechbar die Baukommission, sprich Professor Deutsch, Professor Steinbereither. Wir haben als zusätzliches Service mit den einzelnen Kliniken gesprochen. Abgestimmt haben wir unsere Papiere in der Endfassung mit Professor Deutsch, Professor Steinbereither, nicht mit dem einzelnen Kliniker, das waren mehr informative Gespräche, Austausch.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt geht aus unserer sonstigen Untersuchung des AKH hervor, daß es einen zunehmenden starken Druck gegeben hat, die Entscheidungen zu inkompetenten Personen hin zu verschieben, weil man immer dann, wenn ein Nutzerkonsens gegeben war, gar nicht in politische Entscheidungsgremien damit gehen mußte. Haben Sie zu diesem Themenkreis Erfahrungen gemacht?

Gärtner: Wir haben dann, wenn wir anderer Meinung waren als der Nutzer, sei es Direktion oder Fakultät, dieses in den Papieren niedergeschrieben und dem Auftraggeber zur Verfügung gestellt.

Obmann Dr. **Steger:** Noch einmal, klarer vielleicht, gefragt: Für uns ergibt sich bisher, daß im Zweifelsfall die Verantwortlichen in der AKPE fast mit allen Mitteln versucht haben, einen sogenannten Nutzerkonsens herbeizuführen, weil sie dann gar nicht mehr zu den politisch übergeordneten Instanzen gehen mußten. Und für mich ist jetzt die Frage, nachdem Sie es in den Papieren niedergelegt haben, ob für Sie dann merkbar war, daß es tatsächlich so eine gewisse Tendenz gegeben hat, im Zweifelsfall den späteren Nutzern nachzugeben, den Medizinern nachzugeben, woraus sich allein eine starke Kostenverteuerung mit der Zeit ergibt.

Gärtner: Also, ob das am Anfang weniger war oder am Ende, das wage ich nicht zu beurteilen.

Obmann Dr. **Steger:** War es ingesamt stark?

Gärtner: Der Wille, sich zu einigen, war sehr, sehr stark. Es war nicht so, daß man von vornherein sagen könnte, die AKPE war ein sehr, sehr starker Entscheidungsträger. Das wäre zuviel gesagt.

Obmann Dr. **Steger:** War für Sie auch merkbar, daß daraus im Rahmen Ihrer Kostenberechnungen in der Betriebsorganisationsplanung insgesamt Kostenverteuerungen für diesen Neubau entstehen?

Gärtner: Ja, das kann man schon sagen. Es gab einen entscheidenden Punkt, das sind die

Dienstzimmer, die Ihnen vielleicht auch bekannt sind. Es hat also keine Einigung auch zwischen der Fakultät und uns gegeben über die Größe eines Dienstzimmers für einen Ordinarius, einen wissenschaftlichen Assistenten oder eine Schwester. Da war der Wille sehr ausgeprägt, das zu klären, bevor man zur Politik ging und nachwies, was es mehr kostet.

Obmann Dr. **Steger:** Hat die Frage Einfachkliniksystem-Doppelkliniksystem in dem Zusammenhang eine Rolle gespielt?

Gärtner: Die Frage hat am Anfang eine Rolle gespielt, ist aber im Prinzip von den Kosten her ziemlich irrelevant, weil die Anzahl der Patienten bei einer Klinik oder zwei Kliniken fast die gleiche ist und wir das Personal über die Anzahl der Leistungen berechnet haben.

Obmann Dr. **Steger:** Es ist nur dann relevant, wenn man es zuerst in die eine Richtung plant und dann umplant, dann entstehen nämlich zweimal Planungskosten. Ich wollte eigentlich wissen, ob Sie im Rahmen Ihrer Organisationsplanung da involviert waren.

Gärtner: Ich glaube, daß wir, vielleicht mit einzelnen Ausnahmen, so geplant haben, daß man bei den Grundrissen, die vorhanden sind, auch eine Klinik hineinlegen kann. Es gibt keine so starre Trennung, daß man sagen könnte, es müssen zwei Kliniken bestehen bleiben.

Obmann Dr. **Steger:** Im Rahmen der Verantwortung von Politikern und Entscheidungskompetenzen: Welchen Politiker haben Sie eigentlich erlebt, der sich besonders um raschen Fortschritt, um Kostenbegrenzungen, um Minimierungen bei diesem Bau im Sinne einer Kosteneffizienz bemüht? Haben Sie persönlich überhaupt Politikerkontakte gehabt?

Gärtner: Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Hat man Ihnen mitgeteilt, daß sich Politiker besonders darum kümmern?

Gärtner: Es hat irgendwann im Jahre 1979 oder 1980 sogenannte Politikergipfel über Laborfragen oder so etwas gegeben. Da hat es sehr viel Aufregung gegeben. Aber, daß ein konkreter Politiker sich konkret darum gekümmert hätte!

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie im Rahmen Ihrer Tätigkeit je gehört, daß im Rahmen von Auftragsvergaben auch Bestechungszahlungen vorkommen?

Gärtner: Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Nicht, daß Sie es in den Zeitungen gelesen haben.

Gärtner: Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie Wahrnehmungen darüber gemacht, daß es allenfalls im Zusammenhang mit der Auftragsvergabe an die ABO Bestechungszahlungen gegeben hat?

Gärtner: Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Danke.

Gibt es weitere Zusatzfragen? — Ist nicht der Fall. *(Damit ist die Zeugeneinvernahme von Hans Otto Gärtner beendet.)*

Zeugeneinvernahme von Dr. Herbert Schaller

Obmann Dr. **Steger** verweist eingangs auf die sinngemäße Anwendung der Strafprozeßordnung, insbesondere auf die §§ 152 und 153 StPO. Weiters macht er davon Mitteilung, daß RA Dr. Schaller der Verschwiegenheitspflicht von DDr. Pius Michael Prutscher und Hans Christoph Prutscher entbunden wurde.

Dr. **Schaller:** Dr. Herbert Schaller, 58 Jahre, Rechtsanwalt, ohne religiöse Bekenntnis, 1040 Wien, Gußhausstraße 6.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Doktor! Sie vertreten den in der Schweiz befindlichen Eigentümer der Firma AWIGA. Können Sie bitte den Namen nennen, wer ist der Eigentümer?

Dr. **Schaller:** Ich bin nicht meiner anwaltlichen Verschwiegenheitspflicht entbunden von dem Eigentümer, der Alleineigentümer der AWIGA ist. Ich kann aber, da ich von den Herren Prutscher und der Firma Prutscher in vollem Umfang meiner anwaltlichen Verschwiegenheitspflicht entbunden bin, sagen, daß es weder einer der Herren Prutscher ist, noch daß es eine der Firmen Prutscher ist, noch daß es überhaupt ein Österreicher ist.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und gibt es da irgendeine Verflechtung hinsichtlich Prutscher?

Dr. **Schaller:** Keinerlei Verflechtung.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Zur Firma AWIGA hin.

Dr. **Schaller:** Keinerlei Verflechtungen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Kennen Sie den Vertrag zwischen der Lauda Limited und der Firma Prutscher?

Dr. **Schaller:** Ja.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wissen Sie, welche Leistungen der Herr Lauda im Rahmen dieses Vertrages erbracht hat?

Dr. **Schaller:** Da ich den Vertrag kenne, weiß ich eigentlich besser, welche er zu erbringen hätte. Ich mache ja nicht alle Geschäfte der Firma Prutscher mit.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Welche Leistungen hätte er erbringen sollen?

Dr. **Schaller:** Anbahnungen zu potentiellen Abnehmern herzustellen auf Grund seines großen, weltbekannten Namens. Und die waren natürlich im Ausland, nicht im Inland.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Potentielle Abnehmer. Was hätten sie abnehmen sollen?

Dr. **Schaller:** Was die Firma Prutscher liefert, Fabriksanlagen, Spitäler, fertige Dinge.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und wissen Sie nun, ob Lauda so ein Anbahnungsgespräch oder mehrere solche geführt hat oder was daraus geworden ist?

Dr. **Schaller:** Ich bin da selbstverständlich kein persönlicher Zeuge, aber aus meiner Vertretungstätigkeit der Firma Prutscher ist mir bekannt, daß erfolgreich Kontakte hergestellt worden sind.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Können Sie das ein bißchen näher erläutern?

Dr. **Schaller:** Ja, zum Beispiel nach Manila, aber auch Indonesien, Persien hätte sein sollen, hat dann aber wegen der bekannten Ereignisse nicht mehr durchgeschlagen. Mehr kann ich nicht sagen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Was war denn in Manila?

Dr. **Schaller:** Da war dann immerhin die Präsidentengattin hier in Wien und hat einen letter of intent auf einen ganz schönen Betrag bereits unterschrieben. Das ist alles durch die Skandalisierungskampagne, durch die unbegründete Verfolgungshetze gegen die Firma Prutscher jetzt natürlich unterbunden.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Es wäre sonst zu einem Vertrag gekommen ...

Dr. **Schaller:** Selbstverständlich. Ja.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): ..., zu einem Auftrag gekommen ...

Dr. **Schaller:** In der Größenordnung von fast 2 Milliarden Schilling.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): ..., wenn es also nicht, wie Sie sich nun ausdrücken, zu dieser Skandalisierungskampagne gekommen wäre.

Dr. **Schaller:** Ja. Verfolgungshetze gegen die Firma Prutscher.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und Indonesien?

Dr. **Schaller:** Ähnlich. Auch da waren bereits Kontakte geknüpft; jetzt ausnützbar: null.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und die hat Lauda hergestellt.

Dr. **Schaller:** Soweit ich informiert worden bin, sind sie via Lauda gelaufen. Näheres ist mir nicht bekannt, weil ich, wie gesagt, wohl bei den Verträgen dabei war, aber nicht bei der Geschäftsdurchführung. Ich kenne den Herrn Lauda zum Beispiel gar nicht persönlich.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und wer hat Sie davon informiert, daß Lauda die Kontakte dorthin geknüpft haben soll?

Dr. **Schaller:** Mein Klient, Herr Hans Christopf Prutscher.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wenn ich die Aussage von Herrn Lauda richtig in Erinnerung habe — er war vor wenigen Tagen hier —, hat er doch nur von Persien, glaube ich, gesprochen.

Dr. **Schaller:** Ich weiß es seit sehr bald darnach, nicht erst seit heute. Das habe ich persönlich schon im Jahre 1979 bei der Nationalbank deponiert. Das ist für mich eine klare Tatsache, egal, was ein anderer Zeuge aussagt. Ich kann mich nur an die Tatsache halten, wie ich es weiß.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Das haben Sie also vom Herrn Prutscher junior erfahren.

Dr. **Schaller:** Jawohl.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Ich möchte also jetzt nur noch einmal klarstellen: Lauda hat hier lediglich über Persien gesprochen und auch davon, daß dieses Geschäft deshalb nicht zustande gekommen sei, weil eben diese bekannten Ereignisse dann dort stattgefunden haben. Und auch Prutscher junior hat doch bei seiner Aussage, soviel ich mich erinnere, nicht so dezidiert von diesen Geschäften, die Sie jetzt angezogen haben, gesprochen.

Dr. **Schaller:** Ja wieweit und wie dezidiert der Herr Lauda da drin war, das weiß ich nicht. Ich weiß nur, daß Lauda auch bei der Anbahnung des Manila-Geschäftes und auch eines großen Indonesien-Geschäftes mit dabei war. Mehr kann ich nicht sagen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Was wären denn diese Geschäfte gewesen?

Dr. **Schaller:** In Manila, glaube ich, große Spitäler. Bitte, nähere Details kann ich nicht wissen. Ich weiß nur, daß riesige Ausarbeitungen vorlagen, in Manila vorgeführt wurden, die

Frau Marcos hier war, der letter of intent hier unterschrieben worden ist.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Es hat also die Firma Prutscher bereits Vorleistungen erbracht, sowohl für Manila als auch für Indonesien.

Dr. **Schaller:** Für Indonesien kann ich es nicht sagen, für Manila weiß ich es positiv.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Warum ist das Rechtsgeschäft mit Lauda in der Schweiz abgewickelt worden? Wissen Sie das?

Dr. **Schaller:** Insoweit es auf den Anwalt bei solchen Dingen ankommt: aus gebührenrechtlichen Gründen. Man muß ja 2 Prozent oder 1 Prozent Gebühren — die Fachleute werden das besser wissen —, man müßte ja Gebühren zahlen. Und wenn man es im Ausland abschließt bis zur Novelle, die am 1. April heurigen Jahres in Kraft tritt, ist das durchaus legal.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Das war der Grund — aus Ihrer Sicht.

Dr. **Schaller:** Aus meiner Sicht, ja. Ich kann mir sonst auch keinen besonderen Grund vorstellen, weil wir haben ja den ganzen Vertrag der Nationalbank vorgelegt. Nicht erst jetzt, sondern schon damals.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie aus eigenen Wahrnehmungen, daß Lauda für Prutscher tatsächlich in Manila war?

Dr. **Schaller:** Das habe ich gar nicht behauptet.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Oder wissen Sie es nur auf Grund von Erzählungen?

Dr. **Schaller:** Ich weiß nur etwas von: Kontakten zustandebringen. Wo er die Kontakte zustande gebracht hat, weiß ich nicht, und ich kenne ihn nicht, ich habe ihn nie gesprochen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen also nicht, ob er in Manila war.

Dr. **Schaller:** Das weiß ich alles nicht, nein.

Ich weiß es nur nicht erst jetzt, sondern schon seit 1979 oder gar 1978 oder 1979 — da könnte ich mich jetzt nicht festlegen auf die Zeit —, aber spätestens 1979 wußte ich das vom Herrn Prutscher.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber nicht aus eigenen Wahrnehmungen, sondern nur vom Herrn Prutscher erzählt.

Dr. **Schaller:** Und natürlich auch den Erfolg gesehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Sie haben nie durch irgendwelche eigene Wahrnehmungen feststellen können, daß Herr Lauda tatsächlich in diesen Ländern, die Sie jetzt genannt haben, war.

Dr. **Schaller:** Nein, keine eigene Wahrnehmung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben das auch nicht geprüft, was Ihnen der Herr Christoph Prutscher in dieser Sache gesagt hat.

Dr. **Schaller:** Ich schätze, daß ich ihn jetzt so zirka 15 Jahre vertrete, und er hat mich noch nie beschwindelt oder gar angelogen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das nehme ich auch nicht an. Aber Sie haben das nicht geprüft.

Dr. **Schaller:** Keinen Grund.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie aus einenen Wahrnehmungen, ob der Herr Proksch und der Herr Prutscher tatsächlich in Zürich waren, um den Vertrag zu unterschreiben?

Dr. **Schaller:** Das weiß ich aus eigener Wahrnehmung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von beiden oder nur vom Herrn Prutscher?

Dr. **Schaller:** Vom Herrn Prutscher weiß ich das. Ich weiß, daß er damals geflogen ist, weil ich mit der Vorbereitung des Vertrages und auch mit der Vollmacht zu tun hatte, die ja nicht der Herr Lauda, sondern der Anwalt der Lauda Limited erteilt hat. Herr Dr. Aigner aus Salzburg, der hat die Vollmacht erteilt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Udo Proksch.

Dr. **Schaller:** Ja. Und mit dieser Vollmacht hatte ich zu tun.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen nicht aus eigener Wahrnehmung, ob Udo Proksch geflogen beziehungsweise gereist ist, sagen wir gereist?

Dr. **Schaller:** Nein, aus eigener Wahrnehmung weiß ich das nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wieweit ist Ihnen eine Beteiligung des Herrn Prutscher an irgendwelchen Aktionen gemeinsam mit Bundeskanzler Kreisky etwas bekannt? Ich denke hier an geschäftliche Unterstützungen, so ähnlich wie Niki Lauda, nicht ähnlich, aber im weitesten Sinne. Ist Ihnen etwas bekannt, daß Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky den Herrn Prutscher unterstützt hat, wenn es darum gegangen ist, Geschäftsanbahnungen in anderen Ländern vorzunehmen?

Dr. **Schaller:** Hier ist mir überhaupt nichts

bekannt, außer das, was, glaube ich, allgemein bekannt sein sollte, daß nämlich der Herr Prutscher im Zuge seiner Auslandsreise sowohl des Herrn Bundeskanzlers wie auch einer wirtschaftlichen Delegation — wenn Sie mich das so nennen lassen — dabei war und daß er irgendeinmal im Zuge dieser Delegationsreise auch Gelegenheit hatte, mit dem Herrn Bundeskanzler zu sprechen, und daß er dann diese Gelegenheit auch benützt hat, über ein Saudi-Arabien-Geschäft zu sprechen, weil die Reise auch nach Saudi-Arabien gegangen ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es ist ja nichts Negatives.

Dr. **Schaller:** Durchaus nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Im Gegenteil! Ich glaube, daß der Bundeskanzler die Verpflichtung hat, österreichische Unternehmen zu unterstützen.

Dr. **Schaller:** Richtig. Aber leider hat der Herr Prutscher außer dieser einzigen Kontaktnahme auf der Reise — meines Wissens von ihm, ich begleite ihn ja nicht immer — weder vorher noch nachher eine solche Chance gehabt. Die hat er allerdings beim Kopf ergriffen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Einmal, glaube ich, auf Manila; oder wo das war?

Dr. **Schaller:** Nein, das war, glaube ich, aber bitte ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und einmal in Saudi-Arabien.

Dr. **Schaller:** ..., da könnte ich mich irren.

Ich glaube, daß es dieselbe Reise war. Aber ich könnte mich da natürlich irren.

Obann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Ich möchte Sie gerne fragen, nachdem Sie ja von Prutscher entbunden worden sind, können Sie uns vielleicht doch etwas mehr sagen, nämlich gab es laufende Geschäftsverbindungen zwischen den Herren Prutscher und der Firma AWIGA oder den Eigentümern der Firma AWIGA.

Dr. **Schaller:** Ich bin weder von den Eigentümern der Firma AWIGA noch von der Firma AWIGA, die ich als Anwalt vertrete, meiner anwaltlichen Verschwiegenheitspflicht entbunden. Ich war bei der Firma AWIGA nie ein Treuhänder, wie es fälschlich gesagt wurde, und ich war auch nie ein Geschäftsführer bei der Firma AWIGA. Aber ich vertrat und vertrete sie als Rechtsanwalt.

Obmann Dr. **Steger:** Aber die Tatsache einer Geschäftsbeziehung zwischen AWIGA und den Herren Prutscher können Sie, da Sie ja nicht geschäftlich für die Firma AWIGA tätig waren, dann immer nur von der Seite Prutscher kennen, und da sind Sie entbunden.

Dr. **Schaller:** Die Geschäftsverbindung zu den Herren Prutscher würde ich hier als eine den Kern der Sache nicht treffende sehen, sondern ich sage auf Grund meiner eigenen Wahrnehmungen, daß die Firma AWIGA auch Geschäfte mit der Firma Johann Prutscher gemacht hat, die alle in den Buchhaltungen beider Firmen spiegelgleich glasklar erfaßt und von der Finanzverwaltung überprüft sind. Sonst hat es zwischen der AWIGA und Johann Prutscher — der Firma oder gar den Herren, die persönlich keine Geschäfte machen — keinerlei Beziehungen gegeben.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Ist von einem der Herren Prutscher oder einem Bediensteten dieses Bereiches mit Ihnen je gesprochen worden über die dahinterstehende Geschäftsphilosophie der Gründung der Firma Med-Consult, warum es zur Gründung kommt?

Dr. **Schaller:** Mit dem Herrn Hans Christoph Prutscher habe ich am Rande über diese Sache selbstverständlich gesprochen, weil ich ja die Verträge, die mit der Odelga abgeschlossen wurden, durchzusehen hatte.

Obmann Dr. **Steger:** Und was wurde dabei besprochen?

Dr. **Schaller:** Der Herr Prutscher hat mir damals erklärt, daß er schon seit langem unnötige Zusammenstöße mit der Firma Odelga hat und daß er versuchen wird, es zu irgendeiner Art von Zusammenarbeit zu bringen.

Obmann Dr. **Steger:** Unnötige Zusammenstöße. Das könnte ein bißchen mehr expliziert werden, was da gemeint ist.

Dr. **Schaller:** Na ja, zum Beispiel. Aber das alles relata refero: Ich mache die Geschäfte. Ich kann daher nur sagen, was ich gehört habe.

Obmann Dr. **Steger:** Ich frage Sie auch um Informationen und Wahrnehmungen, die Sie aus diesem Gespräch eben erfahren haben.

Dr. **Schaller:** Jawohl. Zum Beispiel: Die Firma Odelga hat Labormöbel, die die Firma Prutscher bei Gott günstigst herzustellen imstande ist, bei der Konkurrenz bezogen und hat im Mischpreis für ihre eigenen Produkte versucht, sie zu unterbieten. Und umgekehrt hat dann natürlich auch Prutscher, wenn er Labors angeboten hat, solche Dinge, die wieder die Odelga leicht herstellen kann, bei Dritten zu beziehen und auch zu unterbieten versucht.

Obmann Dr. **Steger:** Also kann man es so zusammenfassen, daß es Zusammenstöße dadurch gegeben hat, daß man sich wechselseitig unterboten hat bei Ausschreibungen, wo

Prutscher gemeint hat, daß man gemeinsam günstiger auftreten könnte?

Dr. **Schaller:** Zum Beispiel. Und ebenso habe ich vom Herrn Prutscher damals erfahren, daß er mit dem damaligen Chef der Firma Odelga, mit dem Herrn Dr. Wilfling, halt sehr schwer arbeitet.

Obmann Dr. **Steger:** Sind da auch Überlegungen geäußert worden, daß Prutscher, der ja sehr stark im Exportgeschäft tätig war, in Zusammenhang mit der Firma Odelga stärker auf dem Inlandsmarkt auftreten und dafür umgekehrt die Odelga stärker in den Auslandsmarkt mitnehmen könnte?

Dr. **Schaller:** Richtig. Das heißt, Prutscher hat eine sehr wirksame Auslandsorganisation, und es sollte versucht werden, auch Dinge zu verkaufen, bei denen die Odelga mitproduzieren könnte. Das ist richtig. Und im Inland war es mehr das Aufhören des Kampfes, denn im Inland haben wir, hat also die Firma Prutscher, angeboten, wenn sie Bestbieter war, kam sie zum Zug. Und wenn eben Odelga nicht mit der Konkurrenz, zum Beispiel mit der Veitscher, Geschichten macht, haben wir es leichter.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt hat uns ein Zeuge — es war der Dr. Drennig — hier gesagt, sinngemäß und etwas vergröbert, für ihn war eine der Überlegungen der Firma Med-Consult auch, daß sozusagen die Firma Odelga als Gemeinde-Wien-Firma ein gutes Entree hat in jenen Ländern, wo die SPÖ dominierend ist, und man es in Zusammenarbeit mit Prutscher vielleicht erreichen kann, daß das gute Entree verbreitert wird auch in jene Länder hinein, wo die ÖVP eine Mehrheit hat, und man insgesamt daher, wenn man eine gemeinsame Anbieterfirma dann eben gründet, besser zu Inlandsaufträgen kommen kann, sich vielleicht auch da und dort von politischen Pressionen lösen kann. — Hat er nicht mehr in diesen Worten gesagt, ich interpretiere das jetzt aus meiner Sicht.

Haben Sie in dieser Richtung aus Ihren Gesprächen Erfahrungen gemacht, daß es solche Überlegungen gegeben hat?

Dr. **Schaller:** Das habe ich nie gehört bis zu dieser Zeitungsmeldung und könnte auch aus meinem Wissen von Herrn Prutscher dazu sagen, daß das eine Societas Leonina gewesen wäre. Vielleicht — das weiß ich nicht — hätte die Odelga Beziehungen gehabt. Aber sicher weiß ich, daß Prutscher in den Bundesländern — in den bewußten Bundesländern — keine wie immer gearteten Beziehungen hatte. Er kennt dort niemand, pflegte keine Kontakte. Sein Geschäft auch in die Bundesländer, das selbstverständlich betrieben wird, läuft so, daß seine Sachbearbeiter die Ausschreibungen verfolgen, wenn eine kommt, nimmt er teil, wenn er Bestbieter ist, kriegt er vielleicht den Zuschlag, bitte: vielleicht den Zuschlag.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie im Rahmen Ihrer Informationen — nicht aus den Zeitungen der letzten Monate — die Erfahrungen gemacht, daß es in Österreich ein funktionierendes Bestechungssystem da und dort bei öffentlichen Aufträgen gibt?

Dr. **Schaller:** Konkret nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Und abstrakt?

Dr. **Schaller:** Abstrakt wird selbstverständlich schon seit langem solches erörtert. Nur wenn man jemanden fragt, hast du etwas Konkretes, kann man wo das machen, zieht sich jeder zurück.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie über Dr. Wilfling, Dr. Bauer Auskunft geben?

Dr. **Schaller:** Ich kenne weder den Herrn Dr. Wilfling noch den Herrn Dr. Bauer.

Bitte, wobei ich vielleicht eine kleine Berichtigung anbringen müßte. Es könnte sein, wenn ich vor vielleicht acht oder zehn Jahren einen Prozeß gegen die ODELGA zu führen hatte, daß er da einmal als Geschäftsführer gewesen ist, aber ich habe keine konkrete Erinnerung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): An welchen Auslandsfirmen war und ist die Firma Prutscher beteiligt?

Dr. **Schaller:** Die Firma Prutscher war und ist an einer einzigen Auslandsfirma beteiligt. Das ist die Rinther-Handels-A. G. Zürich zu 25 Prozent auf Grund einer Bewilligung der Oesterreichischen Nationalbank.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Eine andere Firma gibt es nicht, an der die Firma Prutscher im Ausland beteiligt ist oder gewesen wäre?

Dr. **Schaller:** Nein. Weder war noch ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gibt es irgendwelche Kontakte geschäftlicher Art zu Firmen, die Wilfling im Ausland hatte?

Dr. **Schaller:** Ist mir völlig unbekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In Zug?

Dr. **Schaller:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gab es irgendwelche Kontakte von der Firma Prutscher, von den Prutscher-Firmen in Österreich zu der Firma Holliger und Partner?

Dr. **Schaller:** Nein. Den Namen habe ich jetzt in der Zeitung zum ersten Mal gelesen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gab es igendwel-

che Kontakte im Bereich der Werbung zur EHW? Das ist diese Firma, die den Karl Martin Holliger als Beteiligten gehört?

Dr. **Schaller:** Nein. Keine wie immer gearteten Beziehungen. Keine Geschäfte, ich höre das alles zum ersten Mal.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und eine Firma EHW ist Ihnen nicht bekannt?

Dr. **Schaller:** Habe ich nie gehört. Den Namen habe ich nie gehört.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und sind Sie informiert über die Geschäftsbeziehungen der Rinther A. G. zu anderen Firmen?

Dr. **Schaller:** Da muß man fragen: Welche Rinther A. G.?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): An der der Prutscher beteiligt ist.

Dr. **Schaller:** Das ist die Rinther-Rohstoff-Rückgewinnungs-Aktiengesellschaft, Sitz Wien. Da bin ich informiert, weil ich ja stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bin und Anwalt der Firma.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und hat die Werbefirmen in der Schweiz irgendwann einmal eingeschaltet?

Dr. **Schaller:** Nein. Nie.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und die andere Firma, die in Zürich ihren Sitz hat, die heißt wie genau?

Dr. **Schaller:** Die Rinther A. G. — bitte schön — Rinther Lizenz A. G. . . . Man weiß das alles und dann muß man es als Zeuge sagen, ich glaube, sie heißt Rinther Lizenz A. G., es gibt auch eine Rinther Technik A. G. und so weiter, die gehört nicht Prutscher.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Zu 25 Prozent.

Dr. **Schaller:** Ach so, die Rinther Handels A. G.?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, ja.

Dr. **Schaller:** Die Rinther-Handels A. G. hat meines Wissens niemals zu Holliger . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie fragen: Wem hat sie ihre Werbeaufträge vergeben?

Dr. **Schaller:** Keine Werbeaufträge. Die Firma hätte den Zweck gehabt, wenn nicht die Verteufelungskampagne gegen den nicht Schmiergeld zahlenden Prutscher inszeniert worden wäre, den Südamerikamarkt für Prutscher zu eröffnen. Er ist auch schon Verwaltungsrat geworden der Rinther Handels A. G., damit in Südamerika auch namens dieser A. G., die wunderbare Beziehungen zu Mittel- und Südamerika hat, das alles in Gang gesetzt werde. Aber die Sache konnte nun nicht begonnen werden, da muß erst das vorbeigehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns sagen, wer die Rinther-Handels A. G. in Zürich betreut?

Dr. **Schaller:** Die ist nicht in Zürich, die ist in Zug.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer betreut sie in Zug?

Dr. **Schaller:** Dr. Guido M. Renggli.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gibt es da einen Zusammenhang mit dem Herrn Rechtsanwalt Dr. Barth? Kennen Sie den Rechtsanwalt Dr. Barth?

Dr. **Schaller:** Den Namen höre ich hier zum ersten Mal.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und den Dr. Heinz Egli?

Dr. **Schaller:** Nie gehört. Hier zum ersten Mal.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und kennen Sie einen Herrn Wilhelm, einen österreichischen Staatsbürger?

Dr. **Schaller:** Nein. Nein, nie gehört, nie gesehen. Der Name ist mir völlig unbekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist Ihnen irgend etwas bekannt über eine Mitfinanzierung einerseits aus diesem Vertrag, der mit Niki Lauda abgeschlossen worden ist und der Firma Prutscher, andererseits direkt diese „Geschichten vom Dr. Kreisky", die ja in der Schweiz über eine Werbeagentur finanziert worden sein sollen?

Dr. **Schaller:** Nichts bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat Herr Prutscher nie davon geredet, daß man an ihn herangetreten ist oder Herr Rinther an Sie herangetreten wäre, hier mitzufinanzieren?

Dr. **Schaller:** Nein. Von keinem der beteiligten Herren habe ich das jemals gehört.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wurde in Österreich versucht, hier Mittel aufzubringen für diese Aktion?

Dr. **Schaller:** Habe ich nie etwas gehört.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Vom Herrn Rechtsanwalt Dr. Damian, von Herrn Udo Proksch?

Dr. **Schaller:** Also den Kollegen Dr. Damian kenne ich natürlich, weil er so ungefähr Stu-

dienkollege ist, aber ich habe ihn sicherlich schon seit — meines Wissens — sieben, acht Jahren nicht einmal gesehen. Vielleicht einmal von ferne bei Gericht den Hut gezogen. Weder am Telefon noch privat habe ich mit ihm gesprochen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Udo Proksch war ja sehr befreundet oder ist sehr befreundet mit Herrn Prutscher. Oder umgekehrt, wie man es nimmt. Mit dem Johann Christoph Prutscher.

Dr. **Schaller:** Proksch ist ein Bekannter Prutschers, und ich habe ihn auch in den Büroräumen Prutschers einigemale gesehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wäre es möglich, oder wissen Sie etwas, daß Udo Proksch vielleicht unter anderem Titel, als ich das jetzt genannt habe, nicht Wahlspende, sondern unter einem anderen Titel, für Aktionen, die von ihm durchgeführt werden, nämlich von Herrn Udo Proksch, Spenden, Beiträge, Herrn Prutscher um irgendwelche finanzielle Leistungen ersucht hat?

Dr. **Schaller:** Nein. Habe ich nie etwas davon gehört.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie dieses Geschäft, oder was können Sie uns sagen — wir wissen ja wenig Bescheid —, da gab es ein Geschäft, das abgeschlossen werden sollte oder abgeschlossen worden ist mit einer Firma Tassis *(phonetisch)* in Teheran.

Dr. **Schaller:** Ja, da ist ein Geschäft abgeschlossen worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auch ausgeführt worden?

Dr. **Schaller:** Es ist auch ausgeführt worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und welche Größenordnung hatte es?

Dr. **Schaller:** Das Geschäft — bitte schön, da bin ich etwas überfragt; bitte zu entschuldigen, wenn die Ziffer nicht objektiv ist — könnte vielleicht 150 Millionen sein oder so.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und worum ging es? Ging es um Autobahnen, ging es um Rennbahnen?

Dr. **Schaller:** Nein. Das ging nicht um Autobahnen. Das ist eine Fabrik. Eine Fabrik, die Fertigteile produziert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bauindustrie?

Dr. **Schaller:** Ja, kann man sagen. Die Kunststoffteile produziert, ich weiß nicht, Badezimmer und Fenster und solche Sachen. Das hat mit dem AKH überhaupt nichts zu tun.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, ich frage nur, weil das hier auftritt.

Dr. **Schaller:** Ja warum tritt das hier auf? Das kann ich Ihnen schon sagen. Weil die Betriebsprüfung alles ungefiltert — was sie vielleicht muß, ich sage gar nichts dagegen — hergibt, und jetzt hat der arme Ausschuß Material, das zum AKH gehört, und Material, das nicht zum AKH gehört. Jetzt soll ich da Auskünfte geben über Dinge, die mit dem AKH überhaupt nichts zu tun haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gab es Provisionszahlungen in diesem Zusammenhang?

Dr. **Schaller:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wohin? Nach Teheran oder an andere Länder?

Dr. **Schaller:** Da würde ich Sie fast bitten, schauen Sie in den Betriebsprüfungsbericht der Finanz hinein und entbinden Sie mich hier einer Antwort. Warum soll ich Dinge, die nicht zum AKH-Ausschuß gehören, hier aussagen. Ich weiß, es ist nichts Geheimes, es ist alles in der Buchhaltung. Die Finanz hat es in der Buchhaltung eingesehen, es ist jeder Beleg da. Bitte, darf ich Sie darum ersuchen, mich von der Beantwortung dieser Frage zu entbinden.

Ich kann nur dazusagen, daß aus meiner Sicht das stimmt, was in der Buchhaltung steht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich noch einmal zurückkommen zu Bundeskanzler Kreisky. Ich glaube, es ist richtig, wenn ich sage, daß die letzte Flugstrecke vor Saudi-Arabien Herr Prutscher gemeinsam mit Herrn Bundeskanzler Dr. Kreisky gemacht hat.

Dr. **Schaller:** Der Herr Prutscher hat mir damals erzählt . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auf dem Rückflug aus dem fernen Osten.

Dr. **Schaller:** . . ., daß ihm die Gelegenheit, dem Herrn Bundeskanzler seine geschäftlichen Wünsche vorzutragen, bei dieser Reise geboten wurde und daß er vielleicht, ich weiß es nicht, eine Stunde oder eine halbe Stunde oder eineinhalb Stunden, das erinnere ich mich nicht mehr, jedenfalls eine doch nennenswerte Zeit Gelegenheit hatte, beim Herrn Bundeskanzler zu sitzen und ihm zu imponieren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und hat er Ihnen auch gesagt, worum sich diese Information drehte, um Saudi-Arabien?

Dr. **Schaller:** Ja, um das Saudi-Arabien-Geschäft, das auch wegen der bekannten Hetzjagd auf die Firma Prutscher stillgelegt ist. Das kann man vergessen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das wird schwer sein, das zu beantworten, aber ich muß Sie fra-

gen: Ist Ihnen bekannt, Bundeskanzler Kreisky wird sicherlich nicht an den Herrn Prutscher herangetreten sein, aber daß irgendwelche Mitarbeiter aus dem Kreis des Herrn Bundeskanzlers, nicht nur Parteimitglieder, sondern auch andere Mitarbeiter, Parteimitglieder der SPÖ auf Grund dieser Gespräche, dieser sicherlich guten Gespräche und fruchtbaren Gespräche mit dem Herrn Bundeskanzler, irgendwann an den Herrn Prutscher herangetreten sind, Wahlspenden, andere Spenden, irgendwelche Projekte zu unterstützen?

Dr. **Schaller:** Die Frage kann ich eindeutig mit nein beantworten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich frage nicht, ob bezahlt worden ist, sondern ob versucht worden ist ...

Dr. **Schaller:** Nein, nein, auch ob herangetreten worden ist, kann ich eindeutig mit nein beantworten, denn das wäre doch aus der Sicht Prutscher—Schaller, der ihn seit vielleicht 15 Jahren vertritt, eine solche Sensation, daß die bestimmt bis zu mir durchgedrungen wäre.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wieweit sind Sie informiert über diese Möglichkeit einer Stornierung des Auftrages mit den Leibschüsselspülmaschinen?

Dr. **Schaller:** Da bin ich den Herren sehr dankbar, daß Sie mir Gelegenheit geben, dazu etwas zu sagen. Und zwar die, wenn ich so sagen darf, Vorwürfe, lassen Sie es mich so formulieren, die dem Herrn Prutscher im verehrten Hohen Untersuchungsausschuß gemacht wurden, es sei nicht glaubwürdig, was er sagt, es wird das Kontrollamt doch nichts Unrichtiges schreiben, würde ich hier an Ort und Stelle mit den Originalpapieren widerlegen.

Wenn es richtig ist, daß der Herr Abgeordnete Peter von der Freiheitlichen Partei dem Herrn Prutscher vorgehalten hat, daß er den 55-Millionen-Schilling-Leibschüsselauftrag bekommen hat, und ich weiß nicht, um 24 Millionen ist es dann im zweiten Gang vergeben worden ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist noch nicht vergeben.

Dr. **Schaller:** Ist noch gar nicht vergeben, aha, umso besser, wenn es nicht vergeben ist, denn dann wäre wieder was passiert. Der Auftrag, den die ARGE Sanitär, denn das ist ja kein Auftrag vom AKH an Prutscher, sondern der Auftrag, den die private ARGE Horvard-Sanitär am 21. Mai 1980 an die Firma ODELGA, ärztlich-technische Industrie-Ges. m. b. H., erteilt hat, waren 250 Stück zu 107 000 S und 60 Stück zu 139 000 S, macht summa summarum 35 Millionen Schilling. Aber nicht 55! Diese 20 Millionen, wenn das stimmt, was das Kontrollamt sagt, ich habe es ja nicht gesehen, sind dann bei der ARGE Horvard Sanitär hängengeblieben oder wären hängengeblieben, wenn der Auftrag durchgeführt worden wäre, und zwar für das Anschließen, was man um einen Tausender ungefähr macht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich jetzt konkret fragen: Der Subauftrag, den die Firma Prutscher bekommen hat ...

Dr. **Schaller:** Der Subauftrag geht auf 17 Millionen, 50 Prozent der 35 Millionen, die die ODELGA bekommen hat. Habe ich auch hier schriftlich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die ODELGA hat auch einen bekommen?

Dr. **Schaller:** Nein, die ODELGA hat 35 Millionen Schilling bekommen, 250 Stück und 60 Stück macht 310 Stück, verschiedener Größe, und der Gesamtbetrag macht 35 Millionen aus, den die ARGE Sanitär der ODELGA allein erteilt hat. Und die ODELGA hat die Hälfte davon um 17 Millionen Schilling an Prutscher geben müssen. Und warum?

Ich habe alles, was der Herr Prutscher, der ja keine Unterlagen mithatte, sollte man mir sagen, das stimmt nicht, was ich sage, und es wird wohl das Kontrollamt stimmen.

Wie kommt die Firma zu den Leibschüsseln? Überhaupt nicht die Firma Prutscher, sondern die Med-Consult. Die Med-Consult hat erfahren, daß leider nicht in öffentlicher Ausschreibung, was der Krebs-Schaden bei dem ganzen AKH immer wieder ist, leider nicht in öffentlicher Ausschreibung ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich eine Zwischenfrage stellen? Kennen Sie andere Beispiele, wo ohne öffentliche Ausschreibung ...

Dr. **Schaller:** Ja, die Sanitär-Container.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auch Firma Prutscher?

Dr. **Schaller:** Leidend, nicht aktiv. Also, bleiben wir einmal bei den Leibschüsseln. Die Med-Consult hat angeboten ein erstklassiges österreichisches Produkt, das im Krankenhaus St. Pölten bewährt ist, je Stück um 66 500 S. Das hätte ausgemacht 20 Millionen Schilling. Das Anbot wurde im November 1979 erstattet, nachdem vorher schon lange darauf gearbeitet war. In dieser Zeit Oktober/November bis in den Dezember 1979 hinein hat sich ein Schweizer namens Hildebrand immer wieder bei Prutscher gemeldet, er möchte ihn doch empfangen, er möchte ihm ein Leibschüsselgerät anbieten. Der Herr Prutscher hat es abgelehnt, ihn zu empfangen, weil er ja wußte, daß die

Med-Consult, an der die Firma Prutscher zu 50 Prozent beteiligt ist, bereits die ganzen Arbeiten gemacht hat und ein erstklassiges österreichisches Produkt anzubieten hatte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): 20 Millionen Schilling. Können Sie uns sagen, von welcher Firma das stammt?

Dr. **Schaller:** Jawohl, von Austromat.

Im Dezember 1979 haben nun die Herren — man muß sich das vorstellen, Herr Prutscher bearbeitet das ja gar nie, er hört halt ab und zu einen kleinen Bericht — der Firma Prutscher erfahren, daß Gutachten eines Hygiene-Institutes, Univ.-Prof. Dr. Flamm, vorliegen, bei denen das österreichische Produkt, obwohl es in St. Pölten funktioniert, als noch nicht tauglich angeführt ist, ein deutsches Produkt als nicht tauglich angeführt ist, aber das Hildebrand-Produkt als gut und übernehmbar beschrieben worden ist. In dem Augenblick hat der Herr Prutscher gesagt, gut, sehr interessant, der Herr Hildebrand will schon seit zwei oder drei Monaten mit mir ins Geschäft kommen, soll er kommen, ich werde die Generalvertretung für Österreich übernehmen. Ganz einfach.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wo sind jetzt Zusammenhänge zwischen Flamm und Hildebrand?

Dr. **Schaller:** Ich kann mir gar nicht vorstellen, daß welche sind, denn sonst hätten doch nicht die Herren der Med-Consult, nicht einmal der Firma Prutscher, früher erfahren, daß sein Gutachten, hurra, erstklassig ist und die Konkurrenzgutachten schlecht sind. Also dürfte er meines Erachtens gar keine Verbindung gehabt haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe gesagt, Hildebrand zu Flamm.

Dr. **Schaller:** Ja, Hildebrand hat, ohne es gewußt zu haben — das haben wir erst jetzt rekonstruiert —, ein gutes Gutachten vom Flamm-Institut gehabt, und das österreichische war zu Unrecht, wie ich es klipp und klar sagen, unterbewertet, und das deutsche war auch schlecht bewertet.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Also schließe ich richtig, das Gutachten von Prof. Flamm hatte die Firma Hildebrand bekommen?

Dr. **Schaller:** Natürlich, sicherlich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat hier den Auftrag gegeben?

Dr. **Schaller:** Das weiß ich nicht, das geht zuweit, das weiß ich nicht. Ich weiß nur, daß die Med-Consult erfahren hat, daß das Hildebrand-Gutachten das einzig Gute ist von Flamm aus, und da hat sich der Herr Prutscher daran erinnert, der will schon seit drei Monaten mit mir ins Geschäft kommen. Wir haben gar kein Interesse daran gehabt, weil die Med-Consult das gute österreichische Austromat-Produkt hat, das preiswerte Produkt hat, das österreichische Produkt hat. Aha, das wird abgelehnt, na bitte, ich kann es nicht ändern.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben keine Ahnung, wie die Firma Hildebrand zu diesem Gutachten von Prof. Flamm kommt?

Dr. **Schaller:** Nein. Ich kenne auch den Herrn Hildebrand nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie den Prof. Flamm?

Dr. **Schaller:** Nein, auch der Herr Prutscher kennt ihn nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, das glaube ich, das spielt ja keine Rolle in dem Zusammenhang.

Dr. **Schaller:** Ich sage es nur, damit alles klar ist. Wir kennen den Herrn Prof. Flamm nicht, und ich glaube auch, bitte schön, nicht, daß das Gutachten von Prof. Flamm ist. Ich glaube nur, daß es unterschrieben ist. Aber ich kann mir nicht vorstellen, daß er ein Produkt, das im St. Pöltner Spital erfolgreich eingesetzt ist als Leibschüsselspüler und 20 Millionen gekostet hätte, von uns angeboten, daß er selbst das Gutachten schlecht gemacht hätte. Das kann ich mir nicht vorstellen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer kann es dann sein?

Dr. **Schaller:** Ich fürchte, die Mitarbeiter, nehme ich an, ich weiß es nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von Prof. Flamm?

Dr. **Schaller:** Ja, sicher.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von seinem Institut, vom Hygiene-Institut der Universität Wien?

Dr. **Schaller:** Ja, das sind meine Gedanken. Ich will niemanden beleidigen, aber das sind meine Gedanken, die sich aufdrängen, wenn man solche Dinge sieht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sind das Ihre Wahrnehmungen?

Dr. **Schaller:** Keine Wahrnehmungen. Nur die Wahrnehmung, daß das eine Produkt in St. Pölten funktioniert, und hier beim Flamm wird es als nicht tauglich qualifiziert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Doktor, wenn ich das jetzt so höre, dann kommt bei mir

unwillkürlich der Gedanke, daß hier irgendwelche Beeinflussung passiert sein kann oder passiert sein dürfte, nämlich in Richtung Hygiene-Institut der Universität Wien.

Dr. **Schaller:** Ich kann dazu nichts sagen. Ich kann nur sagen, daß der Herr Prutscher immer gejammert hat, bitte öffentliche Ausschreibungen. Darf ich das bei den Leibschüsseln noch weiter verfolgen.

Bei der Methode, wie sie hier gehandhabt wurde, daß nur die ARGE Sanitär vom AKH und niemand anderer die Leibschüsseln kriegen kann und die Leute, die sich dann für die Leibschüsseln wirklich interessieren, die sie produzieren und liefern, dann bei der Privatfirma ARGE Sanitär antichambrieren müssen, wenn sie das nicht müßten, sondern wenn eine öffentliche Ausschreibung wie bei der Bandrasterdecke erfolgt wäre, wie wäre dann der Fall gelaufen. Da wäre er noch billiger für das AKH gelaufen. Warum? — Weil die Med-Consult ja nur geschickt und schlau ist und etwas weiß, was die stumpfe vielleicht, ich will niemanden beleidigen, Austromat nicht gewußt hat. Der hat einfach irgendwo erfahren, der Herr Enerwitschläger von der Med-Consult, daß hier dieses Leibschüsselgerät nicht öffentlich ausgeschrieben, leise, leise, über die ARGE Sanitär Horvard eingekauft werden soll. Und jetzt hat er sich die Austromat genommen, aber wenn die Austromat direkt anbietet und nicht über Med-Consult, was ist bitte teurer für das AKH?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wieviel billiger wäre es gekommen?

Dr. **Schaller:** Ich würde meinen, ein normaler Aufschlag, vielleicht 30 Prozent oder so etwas 20 Prozent.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Also ungefähr 15, 16 Millionen Schilling.

Dr. **Schaller:** Könnte sein, oder 17, könnte sein, aber, und noch einmal, ich möchte das ganz klar zu Protokoll geben, der Herr Prutscher interessiert sich für solche Geschäfte nicht, seine Spezialität ist es, Bestbieter zu werden, das heißt, ihm ist lieber eine öffentliche Ausschreibung, und er braucht bei keiner Privatfirma zu antichambrieren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es ist ja Med-Consult und nicht Prutscher.

Dr. **Schaller:** Ja, ja, 50 Prozent.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, ich weiß, das trifft die Holding genauso wie die Firma Prutscher, wenn das Med-Consult ist, dann muß man sagen, Holding ist also genauso mit 50 Prozent drinnen ...

Dr. **Schaller:** Ja, stimmt!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): ... wie die anderen Herren. Also wie die Firma Prutscher.

Dr. **Schaller:** Und jetzt ist es also so, daß das Kontrollamt — wenn es stimmt; die „Kronen-Zeitung" hat ja schon den Kontrollamtsbericht, der Betroffene, die Firma Prutscher hat ihn nicht; wenn es also stimmt — sagt, die ARGE Sanitär — sie sagt sogar, die ODELGA hat es um 55 Millionen gekriegt —, dann kann ich dazu nur sagen, das kann nur die ARGE Sanitär sein, bei der also bei dem einen Geschäft 20 Millionen, also 57 Prozent von unten hängengeblieben wären.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie ist das, welchen Einfluß haben die AKPE-Direktoren genommen bei diesen nicht öffentlich ausgeschriebenen Auftragsvergaben?

Dr. **Schaller:** Das habe ich damals überhaupt nicht gewußt, ich kenne auch keinen der Herren von den AKPE-Direktoren. Ich habe nie einen gesehen. Aber was ich jetzt gehört habe, haben die sich angeblich bei den Sanitär-Containern und Leibschüsseln, das kann ich eben nicht ganz sicher sagen, gebunden gefühlt an einen alten 74er-Vertrag, wo die ARGE Sanitär einen Riesenauftrag bekommen hat, und da waren das nur kleine Teile daraus, aber, bitte da kann ich nicht so präzise aussagen wie auf dem Gebiet.

Das dürfte eine Sünde sein aus der Zeit vor der AKPE, die nicht-öffentliche Vergabe, neuerliche öffentliche Vergabe. Vielleicht bei den Bandrasterdecken, da wäre es ja ähnlich gekommen. Da hat einmal im Jahre 1974 noch vor dem AKH der Hofmann & Maculan eine Decke angeboten, im Jahre 1977 wurde er dann gefragt: Wieviel kostet jetzt die 87-Millionen-Decke? Na da hat sie bereits 211 Millionen gekostet. Daraufhin hat der Aufsichtsrat gesagt: Was, nicht freihändig vergeben, sondern neu ausschreiben, und dann, das hat der Prutscher gesehen, kam er zum Zug als Bestbieter; und bei den Sanitär- und bei den Leibschüsseln, wenn die dazugehören, was ich vermute, ist es leider nicht dazugekommen, da hat der Aufsichtsrat nicht dasselbe gemacht wie bei den Bandrasterdecken.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und den Einfluß, den die Direktoren genommen haben außerhalb dieser Verpflichtung, die bestanden hat, angeblich, gab es keine Interessen der Aufsichtsratsmitglieder, hier eine gewisse Auftragsvergabe zu beeinflussen?

Dr. **Schaller:** Das würde ich so sagen: Ich weiß darüber aus eigener Wahrnehmung gar nichts, nur, die ARGE Sanitär hat von vornherein gesagt, wenn der Prutscher überhaupt mitmachen will bei dem Sanitär-Container-Auf-

trag, denn muß den ganzen Stahlteil, und das sind 70—80%, die VOEST kriegen. Das war also ein Klotz am Bein, den jeder Kaufmann, der sich bei der Privatfirma ARGE Sanitär um den Auftrag bemühte, mitnehmen mußte. Was das in Steuerzahler-Schilling kostet, bitte, das beweist jetzt der 2. Teil des Sanitärauftrages.

Die VOEST hat mit 47 Millionen angeboten, die ARGE Sanitär Horvard hat mit 45 Millionen angeboten, weil sie ja von der VOEST gedeckt wird, ist auch richtig so, die Firma Prutscher hat mit 34 angeboten, und der Billigstbieter war mit 29. So schaut das aus.

Wenn der Kaufmann, der interessiert ist, ein Geschäft zu machen, nicht gezwungen wird, die VOEST mitzunehmen — als Naturschutzpark VOEST habe ich das damals bezeichnet, als ich das gehört habe —, dann kostet das den Staat oder den Steuerzahler oder das AKH oder wen immer vielleicht die Hälfte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie beobachtet, daß Politiker bei diesen Auftragsvergaben — ganz konkret gibt es also die zwei, bei denen ja behauptet wird, da sind Unregelmäßigkeiten passiert — irgendeinen Einfluß genommen haben? Haben Politiker etwas davon erfahren?

Dr. **Schaller:** Ich habe keine wie immer gearteten persönlichen Wahrnehmungen darüber, aber ich kann mir zum Beispiel nicht vorstellen, daß die Firma Prutscher, die Bestbieter war bei den Zwischenwänden, mit vielen Millionen Abstand Bestbieter war, den Auftrag natürlich nicht gekriegt hat.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge, Sie sagen immer wieder: Da habe ich keine eigene Wahrnehmung!, und dann geben Sie irgendeinen Kommentar.

Dr. **Schaller:** Das ist aber meine Wahrnehmung, der Kommentar ist wieder meine Wahrnehmung.

Ich habe nie mit einem Politiker gesprochen, und es hat mir niemand etwas gesagt, daß er etwas von einem Politiker gehört hat. Aber ein Wunder gibt es doch nicht.

Obmannstellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge, ich möchte Ihnen nur mitteilen, der Ausschuß wird nach Abschluß seiner Beratungen auch die Protokolle über die Zeugeneinvernahmen veröffentlichen, und da werden dort die Leute lesen, da habe ich keine eigene Wahrnehmung, dann sagen Sie aber etwas, nur deswegen sage ich Ihnen das.

Dr. **Schaller:** Ich weiß, um auch hier wieder als Zeuge ganz genau zu sein, daß selbstverständlich ein Gespräch zum Beispiel oder häufigere Gespräche sogar mit dem Stadtrat Nittel im Gange sind über das Projekt Müll, das ist doch selbstverständlich. Solche Gespräche kenne ich, aber das waren keine politischen Gespräche, sondern das sind normale Gespräche, wie ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein, ich meine jetzt im Zusammenhang mit dem AKH, nicht mit ...

Dr. **Schaller:** AKH weiß ich gar nichts!

Obmannstellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge, Ihre Einvernahme vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß ist beendet. Ich danke Ihnen, daß Sie bei uns erschienen sind.

Dr. **Schaller:** Ich danke! *(Der Zeuge übergibt unter Hinweis auf Prutscher noch einige Dokumente zur Ablichtung und verläßt den Saal.)*

Fortsetzung der Zeugeneinvernahme von Günter Kozlik

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Bitte, Herr Zeuge, wenn Sie an dem Ihnen bekannten Platz wieder Platz nehmen.

Welcher der Herren Abgeordneten möchte an den Zeugen Fragen stellen? — Herr Abgeordneter Steinbauer, bitte sehr.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich darf vielleicht vorab den Herrn Vorsitzenden bitten, die Frage zu klären, ob der Herr Zeuge von der Verschwiegenheitspflicht entbunden wurde.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge! Darf ich Sie fragen, wurden Sie nachträglich davon entbunden?

Kozlik: Ich wurde inzwischen vom Herrn Generaldirektor Dr. Kraus von der Verschwiegenheit entbunden.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Bitte, Herr Abgeordneter Steinbauer.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wir waren stehengeblieben bei der Entbindungsfrage bei dem grünen Volvo. Und meine Frage war, und die führte dann zur Entbindungsfrage: Wie ist es in den Jahren vorher gegangen, da ja das Fahrtenbuch des grünen Volvo nur vom September 1979 bis zum März 1980 reicht.

Kozlik: Es ist immer ein Chauffeur gekommen, der es also entweder gebracht hat, oder es ist abgeholt worden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und das war ein Chauffeur der AKPE?

Kozlik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und man hat Ihnen die Unterlagen von der AKPE zur Consultatio oder in Ihre Kanzlei gebracht, je nachdem, wo Sie es wollten?

Kozlik: Jawohl, ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Sie haben die Verbuchung voll vorgenommen und haben die Unterlagen wohin dann wieder zurückgeschickt? Zum Finanzdirektor Schwaiger?

Kozlik: Wieder in die AKPE zurück.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wer war da Ihr Anspielpunkt, wenn ich so fragen darf?

Kozlik: Da kommt der Chauffeur und holt es wieder ab. Der wird angerufen, daß das fertig ist, und nimmt die Unterlagen samt der Auswertung wieder mit.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber wo hat es der hingebracht, zum Zacek oder zum ...

Kozlik: Ich nehme an, zum Zacek, es ist also nie eine Reklamation gekommen, daß auf dem Weg Unterlagen verlorengegangen wären.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja, Zacek war da. Und mit dem waren Sie über viele Jahre ja Bürokollege gewesen.

Kozlik: Jawohl.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben sich dann beide Herren in ihren Doppelfunktionen auch manchmal in der Consultatio noch gesehen, denn auch Zacek war wie Sie weiterhin in der Consultatio tätig.

Kozlik: Er war ja fast nicht mehr in der Consultatio beschäftigt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie eine Wahrnehmung, wieso man sich in der Consultatio entschließen konnte, Zacek diese lange Abwesenheit einzuräumen?

Kozlik: Das wäre eine Qualifikation von Dr. Zacek.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Eine Wahrnehmung, warum das gut ist.

Kozlik: Habe ich nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge! Ich habe hier die Veröffentlichung einer Mitarbeiterliste der Consultatio, wie sie in der „Wochenpresse" im August 1980 erschienen ist.

Nun haben wir heute von Ihnen gehört, daß etwa 65 Mitarbeiter tätig waren. Diese Liste, wenn ich mich nicht verzählt habe, umfaßt aber 91 oder 92 Namen. Darf ich Ihnen die Liste hier geben und Sie bitten, mir jene Namen zu nennen, die fälschlicherweise auf dieser Mitarbeiterliste sind, soweit Sie es wissen, oder jene Namen zu sagen, wo Sie es nicht wissen.

Aber ich nehme an, daß Sie als Prokurist natürlich hier Bescheid wissen.

Kozlik: Die Liste umfaßt alle Mitarbeiter über einen gewissen Zeitraum, nämlich jenen, den man bei der Gebietskrankenkasse zu melden hat, einen Abrechnungszeitraum, der dort auf so einer Liste aufscheint.

Das sind also inzwischen ausgeschiedene Mitarbeiter, inzwischen eingetretene Mitarbeiter oder auch kurzfristig, wenn auch nur einen Tag, wenn es um ein Dienstverhältnis geht, beschäftigte Mitarbeiter.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das heißt, man müßte korrekterweise sagen, diese Liste ist die Liste derer, die im Jahre — und nun helfen Sie mir weiter, 1979 oder 1980, vielleicht können Sie am Stichnamen das feststellen ...

Kozlik: Ich glaube, daß es sich um das Jahr 1979 handelt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die also im Jahre 1979 bei der Consultatio insgesamt beschäftigt waren. Ist das bitte aber nicht eine sehr hohe Fluktuation, wenn Sie von 65 ausgehen, und wir haben hier 92 Namen?

Kozlik: Es sind also hier sehr viele Mitarbeiter dabei, die teilzeitbeschäftigt sind, und außerdem sind Mitarbeiter dabei, wie schon gesagt, Ferialpraktikanten, und unsere Firma nimmt relativ viele Ferialpraktikanten auf.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Zeuge! Was ist Abrechnungszeitraum? Können Sie uns das definieren?

Kozlik: Das ist ein Jahr. Die Namen dürften offensichtlich von einem Beitragsgrundlagennachweis der Gebietskrankenkasse stammen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Erfolgt die Abrechnung nicht monatlich?

Kozlik: Die Abrechnung erfolgt monatlich. Allerdings, wenn Sie ein Selbstbemessungssystem haben, haben Sie das jährlich einmal zu melden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und das war hier der Fall, daß Sie nur einmal jährlich melden mußten?

Kozlik: Nein. Es wird jeder Zugang und es wird jeder Abgang im Detail gemeldet. Nur eine Summenzusammenstellung des Beitragsgrundlagennachweises haben Sie jährlich einzureichen.

Abg. Dr. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge! Eine ganz andere Frage: Es ist im Raum gestanden, daß allenfalls ÖKODATA-Gelder der Consultatio zugeflossen sind. Nun, Sie als Kontenführer des Kontos Steiner, können Sie uns hier mit Wahrnehmungen helfen, wie weit es zu diesen Schwierigkeiten gekommen ist, daß eine Selbstanzeige in Millionenhöhe im Jahre 1980 notwendig war?

Konzlik: Darf ich fragen, was der Herr Dr. Steiner mit dem Allgemeinen Krankenhaus zu tun hat?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich versuchte das zu erläutern. Es ist immer noch die Frage, ob hier nicht ÖKODATA-Gelder infolge des geklärten oder ungeklärten Treuhandverhältnisses über das Konto Steiner abgewickelt wurden. Können Sie das ausschließen?

Kozlik: Aus der Kenntnis, die ich habe, ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Können Sie erläutern, wieso man Beträge und Gelder in der Größenordnung von mehreren Millionen nicht in die normale Versteuerung hineingenommen hat? Wie so etwas entstehen konnte?

Kozlik: Das muß jeder Abgabepflichtige selbst beantworten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie im Zusammenhang mit dem Konto oder mit dem Komplex ÖKODATA oder in einem anderen Zusammenhang mit Sekretär Pekarek Kontakt gehalten?

Kozlik: Nein. Ich kann nicht von einem häufigen Kontakt sprechen. Ich kenne den Herrn Mag. Pekarek als Sekretär des Herrn Finanzministers, aber sonst ist er mir nicht bekannt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie mußten mit ihm nicht in irgendeiner Sachfrage zusammenarbeiten?

Kozlik: Nein. In einer Sachfrage kann ich mit ihm nicht zusammenarbeiten, weil ich also der Verschwiegenheitspflicht unterliege.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Keine Zusatzfrage, sondern der Zusammenhang mit dem AKH, mit unserem Themenkreis, glaube ich, ist nicht gegeben, denn diese Darlehenshingabe war ja in den Jahren 1975 und 1976. Da gab es noch keine ÖKODATA. Also daher, glaube ich, kann man diesen Zusammenhang da gar nicht bringen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Bitte, Herr Abgeordneter Steinbauer.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Vorsitzender! Präsident Mühlbacher, der sonst ein sehr genauer Mann ist, ist ein Fehler hier unterlaufen. Die ÖKODATA wurde im Dezember 1975 gegründet, hat ihre ersten Aufträge im Jänner 1976 bekommen. Nur die ÖKODATA GesmbH. & Co KG ist erst 1977 gegründet worden.

Die ursprüngliche ÖKODATA, ich kann Ihnen die Handelsregisterunterlagen zeigen, das Grünau-Papier etwa mit dem Treuhandmodell ist im Dezember 1977 geschrieben worden, ist im Dezember 1975 gegründet worden.

1975, Herr Kollege. Herr Kollege, Dezember 1975. Sogar der Kollege Hofbauer — 17. 12. 1975 — bestätigt das.

Der Zeuge hat sowieso mit Hinweis auf seine Verschwiegenheitspflicht inzwischen die Frage Pekarek beantwortet.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Bitte, Herr Kollege Steinbauer, wollen Sie weiter fragen, oder?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich bin zunächst fertig.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Abgeordneter Bergmann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe das mit der Frage Pekarek nicht ganz verstanden. Heißt das, daß Sie eine Auskunft, wieweit Sie in Sachfragen mit dem Mag. Pekarek zu tun gehabt haben, verweigern, weil das direkt ein Auftragsverhältnis mit einem Mandanten betrifft?

Kozlik: Ich kann ihm genausowenig sagen, wenn ich von der Verschwiegenheitspflicht nicht entbunden bin, wie Ihnen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja. Nur: Es könnte ja sein, daß der Herr Mag. Pekarek im Auftrag Ihres Mandanten mit Ihnen zu tun hatte.

Kozlik: Das ist mir nicht bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist Ihnen nicht bekannt oder hatte er nichts zu tun?

Kozlik: Es ist mir nicht bekannt, daß er einen Auftrag hatte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Er ist auch nie zu Ihnen gekommen im Auftrag des Herrn Steiner oder des Finanzministers?

Kozlik: Im Auftrag des Herrn Steiner ist er nicht zu mir gekommen. Im Auftrag des Herrn Finanzministers bin ich mir also keiner Sache bewußt, die im Zusammenhang mit Steiner gelaufen ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit wem hat denn dann der Herr Pekarek in der Consultatio zu tun gehabt?

Kozlik: Ich weiß nicht, was er überhaupt in der Consultatio zu tun gehabt hätte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie haben Sie denn die diversen Mitarbeiter im selben Haus auseinandergehalten, wenn sie einmal das Arbeitsschild oder das heimliche Arbeitsschild ARGE Kostenrechnung, einmal Consultatio, einmal ÖKODATA gehabt haben?

Kozlik: Erstens haben wir derartige Schilder nicht gehabt, auch nicht geistig. Zweitens weiß

jeder Mitarbeiter sehr wohl, für welchen Auftrag, für welche Firma er tätig ist, denn er hat eine Mitarbeiteraufzeichnung zu führen, die stundenmäßige Abrechnungen verlangt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und warum ist es dann so schwierig, zum Beispiel aus diesem ganzen Bereich ÖKODATA, Consultatio, ARGE Kostenrechnung, jetzt die Belege oder die Stunden zu erarbeiten, die diese Mannschaft für die ARGE Kostenrechnung geleistet hat?

Kozlik: Zur ARGE Kostenrechnung und deren Belegwesen kann ich nichts sagen, weil ich darüber keine Information habe. Die Abrechnungen zwischen ÖKODATA und Consultatio erfolgten nach der Wirtschaftstreuhänderberufsordnung. Wie ich gehört habe, wurde die ÖKODATA in der Zwischenzeit auch vom Finanzamt geprüft. Ich nehme an, daß dort die entsprechenden Aufklärungen erfolgt sind.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer war denn für diesen Leistungsaustausch zwischen Consultatio und ÖKODATA zuständig?

Kozlik: Herr Dr. Bauer.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nur der Dr. Bauer?

Kozlik: Die Verrechnung an und für sich erfolgte in der Consultatio in der Administration direkt und ist vom Einfluß des Geschäftsführers bis zur Endentscheidung autonom.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben in dem Zusammenhang keine Wahrnehmungen, wie groß die persönlichen Leistungen des Dr. Bauer für die ÖKODATA waren?

Kozlik: Nein, das kann ich nicht sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bei diesem Gespräch mit den Klinikchefs oder ihren Vertretern, von dem heute schon einmal die Rede war, haben Sie da je gezweifelt, daß der Auftrag an jemand anderen vergeben werden sollte als an die Consultatio?

Kozlik: Ich habe mich eigentlich gewundert, daß die Klinikchefs den Auftrag der Consultatio gegeben haben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und warum haben Sie sich gewundert?

Kozlik: Weil ich eher angenommen hätte, daß die Consultatio vielleicht nicht der richtige Partner für die Klinikchefs ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Warum nicht der richtige Partner?

Kozlik: Weil wir ja auf der einen Seite Vertreter der Stadt Wien waren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben vorhin eine ausweichende Antwort bei der Frage nach dem Dr. Zacek gegeben. Dr. Zacek hat dieselbe Berufsausbildung wie Sie. Ist das richtig?

Kozlik: Er ist Wirtschaftsprüfer.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hätte also auch die Arbeiten, die Sie für die AKPE gemacht haben, selber machen können?

Kozlik: Wenn er sich die Hardware besorgt, vielleicht. Wenn er sich Hardware und Software besorgt, dann ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und fachlich?

Kozlik: Da mag ich ihn nicht qualifizieren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie Kenntnis von Spannungen innerhalb der AKPE zwischen der Geschäftsführung und dem Dr. Zacek?

Kozlik: Das ist mir nicht bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was ist Ihnen denn bekannt über die Art des Angestelltwerdens des Dr. Zacek in der AKPE, im Konkreten über Interventionen?

Kozlik: Über Interventionen ist mir überhaupt nichts bekannt. Ich habe das überraschend erfahren. Ich habe nur gehört, daß er ab dem und dem Zeitpunkt, den ich gar nicht nennen kann, dort das Rechnungswesen betreuen soll.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat der Dr. Bauer auf diese Bestellung oder Berufung Einfluß genommen?

Kozlik: Das kann ich nicht sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie eine Wahrnehmung, ob es sich dabei um ein Hinausloben aus der Consultatio gehandelt hat?

Kozlik: Vielleicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie bei Ihrer Arbeit dann irgendwelche berufliche Schwierigkeiten, also Durchführungsschwierigkeiten, in Zusammenarbeit mit dem Dr. Zacek gehabt?

Kozlik: Nein, die Hauptkontaktperson in Richtung Buchhaltung, Lohnverrechnung war ja nicht der Dr. Zacek selbst.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie ist denn Ihrer Meinung nach das Verhältnis Dr. Androsch—Nidetzky?

Kozlik: Ich nehme an, er genießt das Vertrauen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mehr als der Dr. Bauer?

Kozlik: Darüber erlaube ich mir kein Urteil in der Wertung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich will kein Urteil, sondern eine Wahrnehmung.

Kozlik: Ich habe keine konkrete Wahrnehmung, ob das Verhältnis besser oder schlechter ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben vorhin bei der Sache Steiner gesagt: „... aus der Kenntnis, die Sie haben". Ist es nicht eigentlich Ihre Schuld, wenn es in dem Zusammenhang zu einer Selbstanzeige kommt?

Kozlik: Inwieweit soll das meine Schuld sein?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Daß Sie als sein steuertechnischer Berater offensichtlich ihn nicht rechtzeitig auf die Meldepflicht solcher Dinge aufmerksam gemacht haben.

Kozlik: Ich habe die Causa Steiner erst zum Zeitpunkt der Selbstanzeige übernommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, Sie waren vorher nicht der Kontenführer.

Kozlik: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie könnten also gar nicht über die Ereignisse von vorher Auskunft geben? Es hätte des hilfreichen Eingreifens gar nicht bedurft?

Kozlik: Die Ereignisse vorher mußten ja für die Selbstanzeige aufbereitet werden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, Sie haben Kenntnis über die Ereignisse vorher?

Kozlik: Soweit ich die Informationen bekommen habe, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und Sie können ausschließen, daß es sich dabei um das Weißmachen von schwarzen Geldern gehandelt hat?

Kozlik: Wenn Sie das so formulieren, komme ich nicht ganz mit, denn wenn jemand Gelder bisher nicht offengelegt hat, dann müßten sie nach Ihrer Diktion ja schwarz gewesen sein von ihm aus. Und wenn er sie dann offen deklariert, dann sind sie ja weißgemacht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Deshalb schwarz, weil er die Quellen verschütten wollte.

Kozlik: Welche Quellen?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wo die herkommen.

Kozlik: Er hat sie ja gehabt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist zweifellos richtig, daß er sie gehabt hat. Aber wissen Sie, woher er sie gehabt hat?

Kozlik: Aus seinen Informationen muß ich annehmen, daß er sie erarbeitet hat und ererbt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie im Zuge eines Strafverfahrens oder eines beginnenden Strafverfahrens des Dr. Androsch jemals zu einer gerichtlichen Aussage bei der Wirtschaftspolizei oder sonstwo?

Kozlik: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wurden Sie von der Finanzbehörde im Zusammenhang mit der Selbstanzeige des Dr. Steiner je einvernommen?

Kozlik: Jawohl, mehrere Male.

Obmannstellvertreter Ing. **Hobl:** Ich danke. — Herr Abgeordneter Steinbauer mit weiteren Fragen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Noch zwei Fragen aus dem Bereich Schwaiger. Der Dr. Schwaiger war Ihr Visavis in den Jahren 1970 bis 1975 in Sachen Consultatio, hilft in Steuerfragen. Also nicht hilft, sondern Consultatio arbeitet in Steuersachen für die Gemeinde Wien. Sehe ich das richtig?

Kozlik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Welches Volumen oder mit welcher Häufigkeit, wie viele Angelegenheiten hat es da in diesen Jahren gegeben? War das ein großer Klient oder ein ...

Kozlik: Die Arbeit war damals auf Grund der Umstellung des Umsatzsteuersystems auf das neue Umsatzsteuersystem relativ umfangreich.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Es galt also, der Gemeinde Wien für die Mehrwertsteuer zu helfen, mit welchen Überlegungen man dem Mehrwertsteuersatz entgegentritt?

Kozlik: Dem Mehrwertsteuersatz kann man nicht entgegentreten, der ist gesetzlich fixiert. Man kann nur die Organisation einer Gebietskörperschaft darauf einrichten, mithelfen und die Gesetzesauslegung interpretieren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und hat man sich da schon über die Probleme ... So habe ich es übrigens auch gemeint, wie Sie es interpretieren, aber ich habe mich schlecht ausgedrückt. Ab wann sind diese Gespräche über die Mehrwertsteuer losgegangen? Waren da schon vorsorgliche Überlegungen bei der Gemeinde?

Kozlik: Die sind schon 1972, das heißt Ende 1971, meiner Erinnerung nach Anfang 1972 angestellt worden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und da war Ihr Gesprächspartner? — In welcher Funktion war Dr. Schwaiger?

Kozlik: Dr. Schwaiger war stellvertretender Leiter der Magistratsabteilung 5.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Für das Steuerwesen?

Kozlik: Nicht nur für das Steuerwesen, für den gesamten Bereich der MA 5.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und war der Dr. Schwaiger auch mit anderen Herren der Consultatio, mußten da Verhandlungen auch mit anderen oder war das nur über Sie?

Kozlik: Das war fast ausschließlich an meine Person geknüpft.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und war dieser Auftrag für die Gemeinde Wien ein größerer Auftrag oder war das eine ...

Kozlik: Wenn ich mir das Budget der Gemeinde Wien vorstelle, war das ein sehr, sehr kleiner Auftrag.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wenn Sie sich das Budget oder den Umsatz der Consultatio ansehen?

Kozlik: Dann ist er auch ein bescheidener gewesen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): War also ein Gutachten in einer ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Daß der Umsatz der Consultatio ähnlich dem Budget der Gemeinde Wien ist?

Kozlik: Das wäre sehr schön. Vielleicht mit Ausnahme der Verschuldung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Waren Sie der Telefonpartner des Herrn Vizekanzlers in dem veröffentlichten Telefonat, in dem in manchen Zeitungen veröffentlichten Telefonat?

Kozlik: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Danke.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Abgeordneter Bergmann mit weiteren Fragen. Bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bitte nur zum Schluß noch: Wenn Sie in so einem engen Einblicksverhältnis zur AKPE waren, müßten Ihnen doch eine Reihe von Dingen, die im zweiten Kontrollamtsbericht stehen, aufgefallen sein.

Kozlik: Ich kenne den zweiten Kontrollamtsbericht nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie haben ein paar der Kritikpunkte, daß ganze Batterien von Belegen verkommen sind, daß Dinge doppelt bezahlt worden sind, sicher gelesen, steht ja in allen Zeitungen.

Kozlik: Dazu kann ich an und für sich nichts sagen. Da ich die überreichten Belege zu verarbeiten hatte, bin ich auch nicht in Kenntnis, ob ich alle Belege verarbeiten konnte. Wenn ich sie nicht bekommen habe, kann ich sie nicht verarbeiten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, wenn Doppelbelege, Doppelverrechnungen zum selben Objekt stattgefunden haben, wäre das bei Ihnen auch nicht aufgefallen.

Kozlik: Es fällt an und für sich nur in der zahlungsmäßigen Abwicklung auf, wenn also eine Rechnung doppelt bezahlt worden wäre, müßte man draufkommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War Ihre Funktion eigentlich nur eine computerhafte Ablochung von Belegen oder was Ähnliches?

Kozlik: Sie hat ursprünglich damit begonnen, daß also die EDV-gerechte Aufbereitung stattfinden mußte, das heißt, die Anlage des Kontenplans, die Herausgabe der Kontierungsgrundsätze, hat sich dann in die gesamthafte Erfassung nach einem Organisationsmodell gegliedert und hat dann also die normale Verarbeitung über ein Datenverarbeitungsgerät für Buchhaltung, Lohnverrechnung, Anlagenprogramm, umfaßt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie für den Bereich des AKH noch andere ähnliche Aufträge übernommen?

Kozlik: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Also APAK oder was Ähnliches?

Kozlik: Nein.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Gibt es noch Fragen an den Zeugen? — Das ist nicht der Fall. Herr Zeuge! Dann ist Ihre Einvernahme vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß beendet. Ich danke, daß Sie zu uns gekommen sind. Danke schön.

Ich bitte um den nächsten Zeugen, Herrn Viktor Wagner.

Zeugeneinvernahme von Viktor Wagner

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ich begrüße Sie, Herr Wagner. Bitte, wenn Sie hier Platz nehmen. Herr Zeuge, Sie sind eingeladen vor den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß, der auf Grund eines Plenarbeschlusses im vorigen Jahr eingesetzt wurde, zur Untersuchung von drei Fragenkomplexen im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien, hier Ihre Wahrnehmungen auszusagen, und zwar ist der erste Komplex: Untersuchung der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise

von Subaufträgen und deren Abwicklung. Zweitens: Zur Untersuchung der Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind. Und drittens zur Untersuchung der Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen.

Der Untersuchungsausschuß ist verhalten auf Grund des Geschäftsordnungsgesetzes des Nationalrates, die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden, und hier ist insbesondere der § 153 StPO für Sie als Zeuge von Bedeutung. *(Verlesung der Gesetzesstelle.)*

Nun darf ich Sie um Ihre Generalien bitten, also Vorname, Zuname, Geburtsdatum, Wohnort und Beruf.

Wagner: Ich heiße Viktor Wagner, bin am 24. Juli 1946 in Wien geboren. Mein Beruf ist Kaufmann, und ich wohne im 19. Bezirk, Krottenbachstraße 142.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Danke. Der erste Abgeordnete, der an Sie Fragen stellen wird, ist der Herr Abgeordnete Dr. Gradischnik. Bitte.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge, welche Arbeiten verrichtete die Firma SPIWAG im Rahmen des AKH-Baues?

Wagner: Die Firma SPIWAG erhielt einen Subauftrag von der Firma MED-CONSULT mit dem Thema: Aussage zu Reinigungsstützpunkten und Aussagen zu Reinigungsdienstzentralen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Das war der einzige Auftrag?

Wagner: Die Firma SPIWAG hatte auch einen Auftrag zur Reinigung von technischen Räumen in der KP 1—4.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wie ist es denn zu diesem sogenannten Reinigungsauftrag gekommen von der MED-CONSULT?

Wagner: Ich glaube, daß es im Jahr 1976 war, als wir eine Anfrage erhielten, ob wir zu diesem Thema ein Anbot legen können. Wir legten dieses Anbot und erhielten einige Zeit danach den Auftrag, die Arbeit durchzuführen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wie hoch war die Auftragssumme?

Wagner: Die Auftragssumme war 380 000 S.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wie ist das kalkuliert worden von der Firma SPIWAG?

Wagner: Wie bei diesen Anlässen üblich, haben wir versucht, den Aufwand, den wir zu erwarten haben, zu kalkulieren, und haben dann ein Angebot darüber gelegt.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Welche Mitarbeiter der Firma MED-CONSULT kennen Sie?

Wagner: Ich habe den Geschäftsführer, der Name fällt mir jetzt nicht ein, ein- oder zweimal getroffen. Mir fällt der Name des Geschäftsführers im Moment nicht ein.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Außer dem Geschäftsführer kennen Sie niemanden?

Wagner: Ich habe einmal den Herrn Prutscher getroffen und den Geschäftsführer ein- oder zweimal.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und wie ist es dann zu diesem Reinigungsauftrag gekommen? Ich meine technisch.

Wagner: Wir haben schriftlich den Auftrag erhalten, und ein Mitarbeiter unseres Unternehmens und auch andere wurden dann damit beauftragt, die Ausarbeitungen durchzuführen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Kennen Sie die Firma Katzer-Reinigungsdienst?

Wagner: Ich habe gehört, daß es sie gibt, aber ich kenne sie nicht.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Danke.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Bitte, der nächste Abgeordnete, der Fragen stellt, ist der Abgeordnete Kohlmaier.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge, um einen Überblick zu bekommen: An welchen Firmen sind Sie finanziell als Gesellschafter oder sonst beteiligt?

Wagner: Können Sie mir erklären, in welchem Zusammenhang das mit dem Gegenstand der Untersuchung zu tun hat?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das kann ich Ihnen sehr gern erklären. Es sind ja Unstimmigkeiten aufgetreten im Zusammenhang mit dem Ihnen ja bestens bekannten „Kurier"-Artikel, wo von einer Firma Service-Master die Rede war, die es ja nicht gibt. Ich möchte jetzt also wirklich wissen: Welche Firmen gibt es und kommen hier bei unserem Untersuchungsgegenstand überhaupt ins Blickfeld? Also tun Sie nicht hinter meiner Frage irgendwelche Dinge vermuten. Wenn Sie an einer Blumenhandlung noch extra beteiligt sind, die nicht ans AKH geliefert hat, interessiert es mich nicht. Ich möchte also den Überblick haben im einschlägigen Bereich.

Wagner: Ich darf auf die von Ihnen angeschnittene Frage bezüglich der Service-Master-Firma, die es nicht gibt, wie Sie richtig sagen,

zurückkommen. Die Firma heißt Teppich Service GesmbH., und ich habe die im Jahre 1977 gekauft. Ich bin Generallizenznehmer eines amerikanischen Konzerns und habe noch in Österreich einen weiteren Sublizenznehmer.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sind Sie an anderen Firmen in diesem Bereich, der mit dem AKH zu tun haben könnte, sonst noch beteiligt?

Wagner: Ich bin noch Eigentümer der Firma Reiwag Ges. m. b. H.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sonst ist nichts zu vermelden?

Wagner: Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Geschäftsführer sind Sie wo? Bei der SPIWAG?

Wagner: Ich bin Geschäftsführer bei der SPIWAG, bei der Reiwag und bei der Teppich Service GesmbH.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Habe ich die Antwort auf die Frage des Kollegen Gradischnik richtig verstanden: Es gab also den Auftrag, das Gutachten, es gab noch einen Reinigungsauftrag und sonst im Zusammenhang mit dem AKH keine Aufträge.

Wagner: Die Firma Reiwag hatte einige Zeit lang einen Reinigungsauftrag in der AKPE.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das heißt, in den Büroräumen der AKPE?

Wagner: In den Büroräumen der AKPE.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Jetzt würde mich interessieren: Sie haben vorhin gesagt, Sie sind eingeladen worden zu einer Offertstellung betreffend dieses Gutachten, das etwas unter 400 000 S, wenn ich richtig in Erinnerung bin, honoriert wurde. Wie kam es denn zu dieser Geschäftsverbindung? Welche Rolle hat dabei der Herr Dr. Wilfling gespielt?

Wagner: Überhaupt keine.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Die Einladung ist also für Sie unerwartet gekommen, oder können Sie uns nicht doch etwas über die Anbahnung dieses Geschäftes erzählen?

Wagner: Wie ich vorhin schon ausgeführt habe, wurden wir aufgefordert, ein Anbot zu legen. Wir legten das und erhielten, wie ich vorhin erwähnte, den Auftrag.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sagen Sie mir bitte: Haben hier irgendwelche politische Zusammenhänge mit eine Rolle gespielt? Kennen Sie irgendwelche Politiker, die mit dem AKH-Bau beschäftigt sind?

Wagner: Auf die erste Frage kann ich ... Das kann ich nicht beurteilen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hatten Sie zum Beispiel je mit dem Stadtrat Stacher, mit dem Bürgermeister Gratz oder mit dem Stadtrat Mayr zu tun?

Wagner: Ich bin Kaufmann und versuche in erster Linie, Aufträge durchzuführen, und mir ist eine politische Verantwortung mit meiner Person in dem Zusammenhang nicht klar, und ich kann mir die nicht vorstellen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Nein, es geht mir nur darum, ob Sie Kontakte diesbezüglich mit den Herren hatten, die die Geschäftsanbahnung erleichtert hätten, was ja an sich noch nichts Böses ist.

Wagner: Kontakte habe ich keine.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Mit den genannten Herren nicht?

Wagner: Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Oder auch mit Bundespolitikern: Leodolter, Androsch, Salcher, Firnberg? Auch keine mittelbaren Kontakte gemeinsam mit Bekannten, die Sie vermittelt haben, oder so etwas?

Wagner: Nicht das ich wüßte.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben also vorhin von diesem Gutachten gesprochen, das Sie da gemacht haben. Von wem ist der Auftrag ergangen?

Wagner: Den Auftrag haben wir von der MED-CONSULT erhalten.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber die ist doch erst später gegründet worden.

Wagner: Man müßte sich das Auftragspapier ansehen, ich habe es jetzt nicht im Kopf. Wir erhielten den Auftrag, das müßte gewesen sein, ich glaube, 1978 in etwa.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es gibt hier eine Unterlage — Sie müssen mir jetzt ein bissel Zeit lassen —: Vertrag Arbeitsgemeinschaft Republik Österreich — Stadt Wien, Übernahme von Konsulentenleistungen. Der ist datiert vom 27. 1. 1975. Kann das stimmen?

Wagner: Ist mir nicht bekannt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ein solcher Vertrag ist Ihnen nicht in Erinnerung?

Wagner: Ich kann mich daran nicht erinnern. Wir haben unseren Vertrag mit der MED-CONSULT abgeschlossen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wann war das? Können Sie versuchen, das möglichst einzuengen?

Wagner: Meines Wissens war das 1978. Geschrieben wurde unser Arbeitspapier — ich habe nachgesehen — am 16. 7. 1980, die Endfassung und Zusammenfassung dieser Unterlagen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und da war der Auftraggeber die Firma MED-CONSULT. Wer hat denn da auf seiten der Firma MED-CONSULT mit Ihnen verhandelt?

Wagner: Wie ich vorhin erwähnte, gab es einmal ein ganz kurzes Gespräch mit Herrn Prutscher, und danach habe ich mich zweimal, glaube ich, mit dem Geschäftsführer unterhalten, und alle weiteren Gespräche wurden von Mitarbeitern meiner Firma durchgeführt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie wissen aber von Ihren Mitarbeitern nicht, wer auf seiten der MED-CONSULT tätig war?

Wagner: Ich habe mich dafür nicht interessiert.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Der Herr Prutscher ist dabei nicht in Erscheinung getreten?

Wagner: Ich weiß es nicht. Ich kann es mir aber schwer vorstellen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wer waren denn die Mitarbeiter von Ihnen, die hier die Details ... ?

Wagner: Ein Herr Hladik und ein Herr Lederer.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Schauen Sie, es gibt schon einen Vertragsentwurf, ein Schreiben von Herrn Viktor Wagner vom 25. März 1975. Was kann das gewesen sein? Bauausschuß, Sektionschef Stadtbaudirektor Seda und so weiter. Sind Sie nie mit dem Herrn in Kontakt gewesen?

Wagner: Bin ich nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Vertrag in dreifacher Ausfertigung: Herrn Viktor Wagner, Inhaber des Reinigungsinstituts Reiwag, 8. 8. 1975, von der Bauleitung des AKH.

Wagner: Das kann in keinem Zusammenhang mit MED-CONSULT zu sehen sein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es war ein anderer Auftrag?

Schauen Sie, kann ich Ihnen vielleicht zu Ihrer Erinnerung die Dinge zeigen: Ich sehe nämlich, daß Sie hier offenbar nicht wissen, worum es geht. *(Abg. Dr. Kohlmaier überreicht dem Zeugen Papiere.)* Kommt Ihnen das nicht bekannt vor? Dieser Vertrag wird abgeschlossen und so weiter. Können Sie sich erinnern: 27. Jänner 1975, Reiwag?

Wagner: Das war ein Auftrag von der AKPE, den die Reiwag erhielt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Was war das für ein Auftrag? Haben Sie den vorhin erwähnt, als wir Sie nach Aufträgen gefragt haben?

Wagner: Ich habe erwähnt, daß die Reiwag Aufträge von der AKPE erhielt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber Sie haben gesagt, Reinigungsauftrag, aber das war nicht ein Reinigungsauftrag, das war ein Konsulentenauftrag.

Wagner: Das war ein Auftrag zur Erstellung eines Gutachtens, ob die Verwendung einer zentralen Absaugeanlage sinnvoll erscheint oder nicht sinnvoll erscheint.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): War Ihnen das vorhin nicht gegenwärtig, als Sie ... ?

Wagner: War mir nicht gegenwärtig.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): So. Nachdem ich Ihnen das vorgehalten habe, versuche ich, Sie noch einmal zu fragen. Können Sie uns eine komplette Liste der Verträge nennen, die Sie überhaupt im Zusammenhang mit AKH, AKPE, MED-CONSULT hier übernommen haben?

Wagner: Außer dem Vertrag bezüglich zentraler Absaugeanlage gab es noch einen Auftrag über Bodenbeläge, ein Gutachten über Bodenbeläge zu erstellen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wie hoch war hier die Auftragssumme? Sie müssen es nicht auf den Schilling genau sagen, aber ungefähr.

Wagner: Ich weiß es nicht mehr ganz genau. Ich glaube, so um die 600 000 S.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und wie ist dieser Vertrag zustande gekommen, wer hat den entriert?

Wagner: Meinen Sie jetzt den ersten, den Sie mir gezeigt haben?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ja, von der AKPE; damals also noch nicht AKPE.

Wagner: Ich wurde damals gefragt, ob es mir möglich wäre ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Von wem? Von wem?

Wagner: Ich kann es Ihnen nicht mehr sagen. Es war eine Anfrage, die lautete, daß man jemand sucht, der sich bezüglich zentraler Absaugeanlagen in Österreich auskennt. Das ist eine technisch komplizierte Anlage, die in Österreich ganz selten verwendet wird, und ich habe davor für die Shell in Österreich eine Stellungnahme zu diesem Problemkreis erarbeitet und wurde dann auch von der deutschen

Shell beauftragt, mir das in Hannover anzusehen. Und ich habe mir dadurch Fachwissen erworben, und ich nehme an, daß das der Grund war, warum ich damals befragt wurde, ob ich von dieser Materie etwas verstehe. Und ich habe dann den Auftrag dazu erhalten.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber schauen Sie, mir fällt immerhin auf, daß Sie eine Firma erwerben, die vorher dem Herrn Wilfling gehört hat. Für mich ist daher die Frage naheliegend, ob Ihnen nicht der Herr Wilfling schon früher an die Hand gegangen ist bei der Erlangung von bestimmten Geschäften.

Wagner: Ist er nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Welche Beziehung hatten Sie überhaupt mit dem Herrn Dr. Siegfried Wilfling?

Wagner: Es wurde mir die Firma, damals Wilfling GesmbH., über einen Angestellten dieser Firma angeboten. Das ist ein kleines Teppichreinigungsunternehmen mit, glaube ich, vier Mitarbeitern. Da das in der Komplettierung meiner Palette fehlte und ich gehört habe, daß der amerikanische Konzern über ein ausgezeichnetes Know-how verfügt, habe ich diese Firma erworben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und die wurde Ihnen angeboten von einem Angestellten der Firma?

Wagner: Der Angestellte wandte sich damals an mein Unternehmen und ließ fragen, ob wir Interesse haben, diese Firma zu kaufen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ja aber Firmenverkaufsgeschäfte werden ja üblicherweise nicht von irgendwelchen Angestellten geführt, sondern allenfalls vom Firmeninhaber oder Leiter einer Firma.

Wagner: Das war damals ein Mitarbeiter, der in unsere Firma kam und uns die Firma offerierte oder davon sprach.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): War er dazu ermächtigt?

Wagner: Das habe ich nicht geprüft, ich nahm es an.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ja und wer war denn der Angestellte? War das ein leitender Angestellter oder irgendein Angestellter?

Wagner: Das war ein leitender Angestellter.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wissen Sie noch, wer das war?

Wagner: Ich glaube, das war ein gewisser Herr Kaltenberger.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und war der vom Dr. Wilfling beauftragt, Verkaufsgespräche mit Ihnen zu führen?

Wagner: Ich kann das nicht beurteilen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ja aber es muß sich ja dann herausgestellt haben, ob es ...

Wagner: Offensichtlich ja, denn sonst hätte der Verkauf ja nicht funktionieren können.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das nehme ich auch an. Aber Dr. Wilfling ist erst nachher eingeschaltet worden. Irgendwann müssen Sie ja mit Dr. Wilfling handelseins geworden sein.

Wagner: Das ist richtig, ja, er ist erst nachher eingeschaltet worden.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und bis dahin haben Sie mit Herrn Dr. Wilfling keine Kontakte gehabt?

Wagner: Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Der Herr Dr. Wegrostek ist mit Ihnen in der Spiwag, glaube ich. Nicht?

Wagner: Er war.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Er war. War Dr. Wegrostek hier im eigenen Namen tätig *(Wagner: Ja!)* oder war er für jemand ...?

Wagner: Das ist ein alter guter Freund von mir, den ich seit, glaube ich, 20 Jahren kenne.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hat er hier eigenes Kapital nach Ihrem Wissen investiert?

Wagner: In der Höhe der Nominale.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ist Ihnen bekannt, daß die MED-CONSULT den Auftrag zur Reinigung, also jetzt nicht unmittelbar zur Reinigung, sondern die Frage der Reinigung zu klären, von der AKPE um 900 000 S übernommen hat?

Wagner: Ich habe es vor einiger Zeit den Zeitungen entnommen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Bedeutet das, daß Sie so billig oder daß die MED-CONSULT so teuer war? Das frage ich Sie jetzt als Fachmann auf dem Gebiet.

Wagner: Das ist sehr schwer zu beurteilen. Es ist für einen Kaufmann immer gut, wenn er einen guten Preis erzielt, und es ist sehr schwer zu beurteilen, welcher Preis jetzt gerecht war. Wir sind der Meinung, daß unser Preis mehr als knapp bemessen war. Wir hätten gerne einen höheren Preis erzielt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und das haben

Sie erst nachher erfahren, daß da eine so große Differenz ist?

Wagner: Das habe ich erst nachher erfahren.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wie erklären Sie es sich, daß eine Firma, die zu 50 Prozent der Gemeinde Wien gehört, also ein Betrieb, der der Gemeinde Wien gehört, einfach für die Weitergabe eines solchen Auftrags einen derartig großen Gewinn macht?

Wagner: Dazu habe ich keine Erklärung.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie sich nie darüber Gedanken gemacht, wie so etwas passieren kann, weil es sind ja immerhin Steuergelder, die hier verlorengegangen sind.

Wagner: Ich darf wiederholen: Ich habe erst aus der Zeitung erfahren, daß die von Ihnen genannte Firma den Auftrag zu einem wesentlich höheren Preis erhielt, als sie an uns den Auftrag weitergab.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wann ist Ihnen bekanntgeworden, daß im Zusammenhang mit dem AKH-Neubau gegen einzelne Mitglieder der AKPE oder Wilfling Vorwürfe erhoben wurden, daß keine korrekte Handhabung der Geschäfte erfolgte?

Wagner: Ich entnahm dies der Zeitung.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ist Ihnen das vorher in keiner Weise als Vermutung oder als Eindruck oder so wie über den Weg gelaufen?

Wagner: Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie auch nach dem Kauf der Firma von Herrn Dr. Wilfling keine weiteren Kontakte mit dem genannten Herrn gehabt?

Wagner: Ich habe nur notwendige Kontakte, die im Zuge des Kaufs des Unternehmens nötig waren, gehabt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben ihn überhaupt erst kennengelernt durch den Kauf der Firma, den ein Angestellter eingefädelt hat, oder haben Sie . . . ?

Wagner: Ich habe ihn vorher nicht gekannt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Persönlich nicht gekannt oder überhaupt nicht von seiner Existenz gewußt?

Wagner: Ich habe ihn persönlich nicht gekannt und wußte auch von der Existenz nichts.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sind Ihnen Geschäftsbeziehungen des Dr. Wilfling in der weiteren Folge irgendwie bekanntgeworden?

Wagner: Sind mir nicht bekannt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ist Ihnen je der Herr Versloot oder die Firma GKE begegnet in irgendeiner Weise?

Wagner: Wir haben einmal im Zug des Gutachterauftrages, glaube ich, den Herrn Versloot in einer Runde von anderen Mitarbeitern kennengelernt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): In welcher Rolle ist er da aufgetreten?

Wagner: Ich kann mich nicht erinnern. Wenn es sogenannte Nutzergespräche gab, waren sehr oft bis zu 20 oder 15 Herren im Raum anwesend, und die Funktion der einzelnen war sehr schwer zu behalten.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie die Rolle des Herrn Dr. Bauer in irgendeiner Weise kennengelernt?

Wagner: Die Rolle des Herrn Dr. Bauer habe ich Zeitungen entnommen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber so im Zuge Ihrer Tätigkeit oder bei Kontakten, die Sie hatten im Umfeld der AKPE, ist Ihnen nichts bekanntgeworden?

Wagner: Ist mir nichts bekannt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie je mit der Firma ODELGA außer mittelbar über die MED-CONSULT irgendwelche Kontakte gehabt?

Wagner: Nein, mit der ODELGA haben wir . . .

Wir haben einmal ein Angebot gelegt bezüglich Reinigung, aber soweit ich mich erinnern kann, haben wir den Auftrag nicht erhalten.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie irgendwelche Vorgänge, die die ODELGA betroffen haben, wahrgenommen in Ihrer Tätigkeit?

Wagner: Nicht daß ich wüßte.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie je mit Herren, die hier in der Öffentlichkeit mehrmals genannt wurden — Sie wissen: Wilfling, Winter, Schwaiger, Parzer und so weiter —, mit einem dieser Herren Dienstreisen oder Studienreisen oder so etwas unternommen?

Wagner: Nur im Zug der geschäftlichen Notwendigkeiten habe ich die von Ihnen genannten Herren kennengelernt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber haben Sie nie Reisen mit denen gemeinsam unternommen? Studienreisen?

Wagner: Ich habe keine Studienreisen unternommen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie selbst haben überhaupt keine Studienreisen unternommen?

Wagner: Ich selbst habe sehr wohl Studienreisen unternommen, aber an sich nicht mit den Herren Winter, Schwaiger oder Parzer.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): War das im Zusammenhang mit Spitalsreinigung? Haben Sie da irgendwelche Besichtigungsfahrten oder so etwas gemacht?

Wagner: Ich war in Hamburg im Zuge meiner Ausarbeitung bezüglich der zentralen Absauganlage.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wann war das ungefähr?

Wagner: Das könnte, nachdem das Papier 1975 ausgestellt ist, im Zeitraum danach gewesen sein, möglicherweise 1976, weil ich dort Krankenhäuser besichtigt habe. Ich habe auch Krankenhäuser in Düsseldorf besichtigt und habe mich auch mit dem deutschen Generalvertreter der zentralen Absauganlage, die im Gespräch war, in Hamburg getroffen und habe eben Krankenhäuser besucht, wo solche Anlagen installiert waren.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wer hat Sie begleitet bei dieser Reise?

Wagner: Ich bin allein gefahren.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wie ist die Reise zustande gekommen?

Wagner: Ich habe angeregt, daß ich ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wo haben Sie das angeregt?

Wagner: Im Zug der Tätigkeit für die AKPE, im Zug der gutachterlichen Tätigkeit habe ich gesagt: Ich möchte mit dem Generalvertreter ins Gespräch kommen und mir in Hamburg die Firma ansehen und mich mit den Herren unterhalten, weil es eine ganze Reihe von technischen Fragen und Problemen gab, die erörtert werden müssen. Es gibt in Europa an sich nur drei Firmen, die solche Anlagen erzeugen: Swenska Fleg *(phonetisch)*, British Vacuum Clinic und die Firma Centralsug. Und die drei sind meines Wissens europabeherrschend beziehungsweise auch weltmarktbeherrschend.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben gesagt, Sie haben es angeregt. Wem gegenüber haben Sie es angeregt? Gegenüber der AKPE? Die hat es ja damals noch nicht gegeben.

Wagner: Gegenüber dem Vertreter des Auftraggebers.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wissen Sie noch, wer das war?

Wagner: Ich kann mich daran nicht erinnern.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben es nämlich deswegen angeregt, weil Sie es verrechnet haben. Nicht?

Wagner: Richtig, ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Weil das also im Zuge Ihrer Honorierung kein Aufwand war.

Wagner: Jawohl. Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und das wurde zur Kenntnis genommen?

Wagner: Das wurde, nachdem ich das begründet habe, zur Kenntnis genommen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und Sie haben die entsprechenden Kosten verrechnet, nehme ich an.

Wagner: Ich habe die Kosten, soweit ich mich erinnern kann, verrechnet, ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und wer damals Ihr Gesprächspartner war, daran können Sie sich nicht mehr erinnern?

Wagner: Ich weiß es nicht mehr. Das ist gute fünf Jahre her.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Machen Sie auch andere Aufträge für die Gemeinde Wien?

Wagner: Ja, wir reinigen dort, wo wir einen Auftrag bekommen, und auch im Rahmen der Gemeinde Wien.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wie lange ist das schon?

Wagner: Das wird her sein ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sind es fünf Jahre, drei Jahre, sieben Jahre?

Wagner: Ich glaube mich erinnern zu können, daß der erste Auftrag vor zirka zwölf Jahren an uns erteilt wurde.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und mit dem Bereichsleiter Wilfling oder seinem Wohlwollen sind Sie da nie in Berührung gekommen? Wer waren hier die Federführenden?

Wagner: Die MA 54, das Beschaffungsamt der Stadt Wien, wo wir eben, soweit ich mich erinnern kann, vor zirka zwölf Jahren die ersten Aufträge erhielten.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber damals

waren Sie ja noch nicht Inhaber der Firma Spiwag?

Wagner: Das war die Reiwag. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Die Reiwag war das?)* Ja. Die Firma hat mein Großvater gegründet, mein Papa hat sie nach dem Krieg mit drei, vier Leuten fortgesetzt, und ich habe nach meiner Tätigkeit in einer Bank den Rat bekommen, in die Branche einzusteigen, da sie zukunftsträchtig ist. Ich tat das parallel zu meinem Papa, weil er der Meinung war, es ist nicht unbedingt so, und ich habe dann alleine parallel dazu eine Firma aufgebaut und beschäftige jetzt über 400 Mitarbeiter. Ich habe mich dann mit meinem Papa wieder versöhnt, und er ist mir leider vor sechs Jahren dann gestorben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sind Sie bei dieser langjährigen Tätigkeit da immer nur mit Beamten in Kontakt gekommen, oder haben Sie da auch versucht, sich mit Funktionären oder Mandataren oder Politikern zu verständigen?

Wagner: Ich kann mich im einzelnen jetzt nicht erinnern, wer aller Gesprächspartner in Auftragsfragen war. Im Prinzip galt es, die Möglichkeit zu finden, mit dem Auftraggeber ins Gespräch zu kommen, oder das schriftlich zu tun.

Obmannstellvertreter Ing. **Hobl:** Danke. Welcher der Herren Abgeordneten möchte noch Fragen an den Zeugen richten? — Keiner. Herr Zeuge! Damit ist Ihre Einvernahme vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß beendet. Ich danke, daß Sie zu uns gekommen sind.

Wagner: Ich bedanke mich.

Zeugeneinvernahme von Dr. Klaus Wimmer

Obmannstellvertreter Ing. **Hobl:** Ich begrüße Sie, Herr Dr. Wimmer, hier im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß.

Herr Zeuge! Sie sind vor den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß eingeladen, Wahrnehmungen mitzuteilen, die mit dem Untersuchungsauftrag des Plenums des Nationalrates an den Untersuchungsausschuß im Zusammenhang stehen. Wir haben hier im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien die Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung zu untersuchen. Dann haben wir Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind, und Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen zu untersuchen. Also über diese drei Fragenkomplexe können Sie hier heute gebeten werden, Ihre Wahrnehmungen mitzuteilen.

Auf Grund des Geschäftsordnungsgesetzes des Nationalrates ist der Untersuchungsausschuß verhalten, die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden, und hier sind insbesondere die Bestimmungen des § 153 StPO für Sie als Zeuge von Bedeutung. *(Obmann-Stellvertreter Ing. Hobl bringt dem Zeugen § 153 StPO zur Kenntnis.)*

Und nun darf ich Sie bitten, Herr Zeuge, uns Name, Geburtsdatum, Beruf und Wohnort zu sagen.

Dr. **Wimmer:** Dr. Klaus Wimmer, 21. 10. 1936, Direktor der VOEST-Alpine für den Bereich Anlagen und Bauten, Wohnort: Linz, Gempflingerstraße 16, meine ich; ich weiß es aber gar nicht so genau.

Obmannstellvertreter Ing. **Hobl:** Danke.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Direktor! Zwischen der VOEST-Alpine und der ODELGA wurde ein Beratungsvertrag abgeschlossen. Was wissen Sie über diesen Vertrag?

Dr. **Wimmer:** Es ist richtig, daß im Rahmen des Auftrages für die mobilen versetzbaren Trennwände auch ein Beratungsvertrag mit der Firma ODELGA abgeschlossen wurde, der letztlich sicherstellen sollte für uns, daß wir im Rahmen eines ersten Geschäftsfalles für Trennwände auch die krankenhausspezifischen Anforderungen mit abdecken können. Es war dies für uns ein neues Geschäftsfeld, nachdem wir wohl vorher schon Trennwände einfacherer Art konstruiert, gefertigt und geliefert hatten.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Und, Herr Direktor, welche Art der Leistungen erbringt die Firma ODELGA auf Grund dieses Vertrages?

Dr. **Wimmer:** Auf Grund des Vertrages ist die Firma ODELGA, soweit ich jetzt den Beratungsvertrag kenne, verpflichtet — und ich muß sagen, daß sie dem bislang auch nachgekommen ist —, daß sie uns bei allen krankenhausspezifischen Anforderungen der Trennwände — das ist insbesondere im Bereich der bauphysikalischen Anforderungen, im Bereich der Hygiene, der Qualitäts- und Prüfkontrollen — berät, entsprechende Unterstützung gibt einerseits bei der Planung — das geschieht in unseren Planungsbüros in Linz und in Wien —, des weiteren auch bei der Fertigungsabwicklung, bei der Produktion, Qualitätskontrolle und Montage — das erfolgt fast ausschließlich im Werk Hütte Krems — und in der weiteren

Folge auf der Baustelle selbst, sofern überhaupt für Montagen entsprechende Rückfragen sind.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Das heißt, Herren der Firma ODELGA ...

Dr. **Wimmer:** Das heißt, es ist so, daß zum Beispiel seit — der eigentliche Produktionsbeginn und Fertigungsschwerpunkt begann etwa September/Oktober 1980 — Oktober 1980 bis dato ein Herr der Firma ODELGA neben den sonst gepflegten Kontakten und Aussprachen ständig — teils auch über das Wochenende — in der Hütte Krems ist, um dort den ganzen Ablauf und die Abwicklung mit zu unterstützen und zu überwachen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Direktor! Wie erklären Sie sich, daß die Hütte Krems bereits am 8. November 1978 über die VOEST-Alpine einen Auftrag der AKPE über die Montage von den versetzbaren Trennwänden erhalten hat, der obgenannte Vertrag jedoch erst am 31. August 1979 abgeschlossen wurde?

Dr. **Wimmer:** Soweit mir bekannt, muß ich jetzt sagen: Die ganzen Auftragsverhandlungen für den Auftrag der versetzbaren Trennwände ... Es waren ja dann verschiedene andere Folgeaufträge noch, Sanitärzellen. Hier waren wohl Voraufträge, um mit der Planung zu beginnen, aber der Hauptauftrag an VOEST-Alpine wurde erst im Juni 1979 erteilt. Als solcher ist er signiert, soweit ich den Auftrag kenne. Der Hauptauftrag über zirka 570 Millionen Schilling wurde im Juni 1979 unterzeichnet. Die Verhandlungen liefen beinahe über ein gutes Jahr.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Doktor! Sie haben uns gesagt, daß der Auftrag über die Firma Prutscher an die VOEST gegangen ist.

Dr. **Wimmer:** Nein, das habe ich nicht gesagt und ist auch nicht geschehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist nicht richtig. Wie kam es zu dem Auftrag?

Dr. **Wimmer:** Welchen Auftrag meinen Sie?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Den Containerauftrag, Sanitärcontainer.

Dr. **Wimmer:** Der Containerauftrag ist als Hauptauftrag, soviel ich weiß, an die Fa. Prutscher, umfaßt jedoch ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von wem?

Dr. **Wimmer:** Ich nehme an von der AKPE. Ich weiß es nicht. Wobei wir für den Bereich der Sanitärcontainer immer nur das Interesse am Stahlbauteil hatten. Da sind eine Menge anderer Einrichtungen bis hin zu den Verfliesungen. Aber das weiß ich im einzelnen nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie angeboten?

Dr. **Wimmer:** Wir hatten seinerzeit, glaube ich, nur den Stahlbauteil immer angeboten, weil wir auch keine anderen Konstruktions ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): An wen haben Sie das Angebot gerichtet?

Dr. **Wimmer:** Alle Angebote im Rahmen der AKH-Bedarfsfälle gingen immer an die AKPE.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Waren Sie befaßt mit diesen Angeboten? Wer war damit befaßt?

Dr. **Wimmer:** Nein, war ich nicht. Ich bin wohl als Bereichsdirektor jetzt über die wesentlichsten Geschäftsteile informiert, über die Konditionen. Die Verhandlungen selbst — ich habe keine der Verhandlungen, weder technische noch kaufmännische persönlich geführt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat sie geführt.

Dr. **Wimmer:** Das waren Mitarbeiter einerseits aus dem Bereich der VOEST-Alpine wie auch der Hütte Krems.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Name?

Dr. **Wimmer:** Im wesentlichen war es für die ganzen Abschlußverhandlungen Herr Eisler, soweit ich das ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit wem hat er verhandelt bei der AKPE?

Dr. **Wimmer:** Sie überfragen mich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War die APAK befaßt damit?

Dr. **Wimmer:** Also in jedem Fall mit dem Vorstand.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer war das?

Dr. **Wimmer:** Nachdem ich selbst jetzt ... Ich nehme an, das waren die Vorstände Parzer für den technischen Bereich, und für den kaufmännischen Bereich weiß ich es nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie sich nicht erkundigt beim Herrn Eisler, wie der Vertragsabschluß erfolgt ist auf Grund ...

Dr. **Wimmer:** Nein, ich bin letztlich nur informiert über die Konditionen, über den Umfang. Ich habe im wesentlichen mitsicherzustellen, und letztlich auch zu kontrollieren, daß das, was vertraglich eingegangen wird, auch technisch ordnungsgemäß realisiert werden kann. Aber im Detail ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie können uns

nicht sagen, warum die AKPE nicht direkt die VOEST beauftragt hat?

Dr. **Wimmer:** Nein, das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wüßte das der Herr Schwarz? Was hat er für einen Titel?

Dr. **Wimmer:** Herr Schwarz leitet die Abteilung Systembau in meinem Bereich und ist Abteilungsdirektor.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Weiß er mehr als Sie?

Dr. **Wimmer:** Das nehme ich nicht an, weil er selbst eigentlich auch die Verhandlungen nicht oder im wesentlichen nur für den Hauptauftrag der versetzbaren Trennwände geführt hat. Das war eigentlich unser Hauptinteresse. Es haben sich natürlich im Rahmen dieses Großauftrages dann auch verschiedene Möglichkeiten eröffnet, weiter Stahlelemente, Blechelemente noch mit anzubieten und zu verhandeln.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie sind Sie zum Auftrag der Firma Prutscher gekommen? Wenn Sie uns das erklären.

Dr. **Wimmer:** Der Auftrag der Firma ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen offensichtlich nicht, warum die AKPE nicht die VOEST direkt ...

Dr. **Wimmer:** Nein, weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Waren Sie Bestbieter?

Dr. **Wimmer:** Bei dem Teil des Stahlteiles wohl. Aber die Sanitärzellen sind als ein komplexer Auftrag, der, wie gesagt, bis zu den Verfliesungen — ich habe das noch auf der Baustelle gesehen, weil ich zwei-, dreimal jährlich die Baustelle inspiziere ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann haben Sie das gesehen auf der Baustelle?

Dr. **Wimmer:** Ich war das letzte Mal auf der Baustelle im Oktober — Ende Oktober — letzten Jahres bei einer Baustellenbesprechung, weil ja unser Team dort ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Oktober 1980. Und wann wurde begonnen mit der Lieferung?

Dr. **Wimmer:** Für den Sanitärteil wurde zu diesem Zeitpunkt in etwa begonnen mit den ersten Versuchsmontagen. Das war ein relativ komplizierter Teil, weil eben mehrere Lieferanten mit eine Rolle spielen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit wem müssen Sie zusammenarbeiten bei diesen Sanitärcontainern?

Dr. **Wimmer:** Mit niemandem. Wir haben uns vom eigenen Teil, der ist genau spezifiert, die Stahlelemente kommen auf die Baustelle, werden abgestimmt über die Hauptbauleitung dort und mit unserem Team eben errichtet.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben mir gesagt, die Verfliesung der Sanitärcontainer erfolgt durch eine andere Firma.

Dr. **Wimmer:** Mir ist nur aufgefallen, daß im Bereich dieser Sanitärzellen natürlich verschiedenste andere Elemente — bis zu Gipskonstruktionen — miteingebaut sind. Wer die liefert, weiß ich gar nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie ist die Zusammenarbeit mit BAD 2000.

Dr. **Wimmer:** Ich habe keine Verhandlung geführt. Ich kenne auch die Herren persönlich nicht, soweit ich nur weiß, jetzt von technischer Seite, waren die Verhandlungen durchaus sachlich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat sie auf Ihrer Seite geführt?

Dr. **Wimmer:** Auf unserer Seite hat sie in jedem Fall von der kaufmännischen Seite Herr Eisler geführt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben also doch Verhandlungen geführt mit Partner in diesem Zusammenhang?

Dr. **Wimmer:** Nein, für den Auftrag. Bezugnehmend auf unser Angebot. Natürlich. Muß ja wohl geführt werden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der ODELGA-Vertrag steht in ursächlichem Zusammenhang mit welchem Auftrag?

Dr. **Wimmer:** Mit dem Hauptauftrag der versetzbaren Trennwände, der mobilen. Das ist eigentlich der kompliziertesteTeil, würde ich sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und welches Auftragsvolumen hat der?

Dr. **Wimmer:** Die mobilen Trennwände haben ein Auftragsvolumen von etwa knapp 570 Millionen Schilling; allerdings über eine mehrjährige Phase.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wieviel entfallen auf die Sanitärcontainer?

Dr. **Wimmer:** Das ist ein vollkommen getrennter Auftrag. Der Stahlbauteil im Bereich der Sanitärcontainer dürfte eine Größenordnung von vielleicht 40 Millionen Schilling haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die mobilen

Trennwände haben Sie direkt von der AKPE bekommen?

Dr. **Wimmer:** Das ist ein direkter Auftrag der AKPE, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wieviel ist davon geliefert bisher?

Dr. **Wimmer:** Da überfragen Sie mich jetzt im Detail, weil es ist eines: Es müssen Vorlieferungen sein zur Baustelle, es sind sehr unterschiedliche Ausführungen. Das Ganze muß auf Montageablauf und die Möglichkeiten der anderen Lieferanten abgestimmt werden. Ich würde sagen, vielleicht ein Drittel. Aber Sie überfragen mich jetzt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Also rund 100 — also wenn es 570 Millionen sind, dann wären es ...

Dr. **Wimmer:** Ich wüßte es jetzt nicht. Der Auftrag beinhaltet ja komplett auch die Montage, Planung, Konstruktion, Produktion und Montage.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Also rund 190 Millionen. In dieser Größenordnung?

Dr. **Wimmer:** Könnte ich genau nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber so in dieser Größenordnung, oder?

Dr. **Wimmer:** Die Größenordnung dürfte stimmen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dürfte stimmen. — Wann hat dieser Herr Prokopp Gerd zu arbeiten begonnen bei Ihnen?

Dr. **Wimmer:** Herr Prokopp? Wer sollte das sein, bitte? Das sind Details, die ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Moment, da muß ich Sie anders fragen, wenn Sie das nicht wissen. Wer hat eine Beratungstätigkeit von der Fa. ODELGA für Sie erbracht?

Dr. **Wimmer:** Das war eine Reihe von Herren der Fa. ODELGA. Die meiste Zeit waren sie hier in unserem Planungsbüro in Wien, und ein Herr allerdings — wie vorher erwähnt — seit Oktober vergangenen Jahres. Ich meine, das könnte Herr Prokopp gewesen sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Jetzt möchte ich schon wissen, welche Herren der ODELGA hier eingesetzt waren. Die Namen brauche ich jetzt.

Dr. **Wimmer:** Ich kenne sie nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie kennen überhaupt niemanden?

Dr. **Wimmer:** Weil ich mich mit so einem Detail nicht befasse. Ich war nicht bei den Detailausführungsgesprächen, aber die Namen der Herren ließen sich natürlich eruieren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum können Sie sagen, daß so viele Leute eingesetzt waren in die Beratungstätigkeit, und Sie können uns keinen einzigen Namen nennen?

Dr. **Wimmer:** Sie müssen folgendes unterscheiden bei der Abwicklung eines solchen Auftrages. Es beginnt einmal mit den Planungsunterlagen. In den Planungsunterlagen müssen bereits sämtliche bauphysikalischen, hygienemäßigen und überhaupt jetzt spitälermäßigen Grundlagen miteinfließen. Beispiel nur, Potentialausgleich, groß, Problem dort geworden, Dinge, die sehr, sehr schwierig zu lösen sind, und über die wir sicher allein gestolpert wären.

Dann beginnt die Phase der Vorkonstruktionsentwürfe, das geschieht alles noch in den Büros, in Wien und Linz, und dann beginnt die Produktionsaufnahme.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Dinge interessieren mich nicht. Sie beantworten etwas, was ich Sie nicht gefragt habe. Ich habe Sie gefragt, wer diese Tätigkeit von der Firma ODELGA gemacht hat.

Dr. **Wimmer:** Ich kenne die Namen nicht. Ich kenne die Namen im einzelnen nicht. Ich hatte weder eine Verhandlung selbst mit der Firma ODELGA zu diesem Teilvertrag geführt, noch kenne ich einen der Herren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen aber, daß es einige der Herren der Firma ODELGA waren. Wie können Sie dann sagen ... Haben Sie jemanden gesehen von der Firma ODELGA?

Dr. **Wimmer:** Das weiß ich von den Projektbesprechungen, aus den monatlichen ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat Ihnen das gesagt?

Dr. **Wimmer:** Für das Gesamtprojekt ist bei uns ein oberster Projektleiter zuständig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat Ihnen gesagt, daß einige Herren der Firma ODELGA Sie beraten haben in dieser Sache?

Dr. **Wimmer:** Einmal der Direktor des Werkes. Dr. Blöch zum Beispiel von der Hütte Krems, der eigentlich den intensivsten Kontakt hatte. Ich muß ihm trauen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich frage Sie ja nur.

Dr. **Wimmer:** Ganz klar. Im wesentlichen von ihm, Dr. Blöch. Die Herren haben sich am meisten aufgehalten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Blöch könnte also genau sagen, welche Herren im ODELGA der Firma waren?

Dr. **Wimmer:** Sicher. Der könnte wahrscheinlich auch ganz klar sagen, ob Herr Prokopp, wenn Sie den Namen nannten, ob dieser Herr in der Hütte Krems war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen es nicht?

Dr. **Wimmer:** Ich weiß nur, daß ein Herr seit Oktober dort ist. Aber ob das der Herr Prokopp ist ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Woher kommt dieser Herr?

Dr. **Wimmer:** Der Herr Prokopp?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja.

Dr. **Wimmer:** Von der Firma ODELGA.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wo hat er vorher gearbeitet? Welche Kenntnisse hat er? Er muß ein Spezialist sein.

Dr. **Wimmer:** Er sollte ein Spezialist sein. Ich nehme es an. Ich weiß es nicht. Er ist ein Herr der Firma ODELGA. Das ist das einzige, was ich weiß. Es dürfte, scheint es, wenn Sie den Namen jetzt genannt haben, Herr Prokopp sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen nicht, welche Ausbildung dieser Mann hatte, welche Fähigkeiten er hatte?

Dr. **Wimmer:** Nein, dazu kann ich nur generell etwas sagen: daß im Bereiche der Trennelemente des Innenausbaues es ja einmal Spezialisten der Konstruktion gibt. Es gibt Spezialisten der Bauphysik, welche Ausbildung nun im Speziellen ist ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Ausbildung müßte dieser Mann gehabt haben?

Dr. **Wimmer:** Er müßte eine technische Ausbildung gehabt haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Matura?

Dr. **Wimmer:** Also das würde ich meinen, oder eine langjährige Praxis, eine echt langjährige Praxis. Diese ist vielleicht genau so viel wert. Weil eine spezifische Ausbildung dafür gibt es ja nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich frage Sie deshalb. Können Sie uns sagen, in welchen Bereichen der Mann hätte tätig sein müssen konkret?

Dr. **Wimmer:** Konkret bei der Hütte Krems hätte es sein müssen, die gesamte Unterstützung, Beratung bei der Abwicklung der Lieferungen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, das ist mir klar. Ich frage Sie konkret: Welche Ausbildung, welche Qualifikationen stellen Sie an einen Mann, der das machen kann?

Dr. **Wimmer:** Eine technische Ausbildung im weitesten Sinne.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was heißt „technische Ausbildung im weitesten Sinne"?

Dr. **Wimmer:** Dazu gehört zum Beispiel: auch ein Physiker ist im weitesten Sinne ein Techniker.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Muß es ein Physiker gewesen sein?

Dr. **Wimmer:** Das weiß ich nicht, das muß nicht sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich frage Sie.

Dr. **Wimmer:** Ja, Sie fragen mich Dinge ...

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Kollege Dr. Feurstein, ich bitte, den Zeugen um Wahrnehmungen zu fragen.

Dr. **Wimmer:** Da muß ich Sie bitten, etwas mehr zu spezifizieren ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Also, ich bitte, beruhigen Sie sich. Ich weiß, daß Ihnen das unangenehm wird.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ich darf bitten, doch den Zeugen um Wahrnehmungen zu fragen. Er soll Zeugnis ablegen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe gefragt: Welche Qualifikation muß er haben, damit er diesen Auftrag ausführen kann?

Dr. **Wimmer:** Eine im weitesten Sinne technische Ausbildung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Jetzt frage ich Sie: Was ist eine im weitesten Sinne technische Ausbildung?

Dr. **Wimmer:** Das beginnt mit den höheren technischen Lehranstalten im Bereiche der technischen Disziplinen. Das geht bis zur Hochschulausbildung, bis hin zur Physikausbildung. Es gibt Maschinenbau, Elektrotechniker. Also es gibt die verschiedensten Disziplinen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Kollege Dr. Feurstein! Ich möchte nur zu § 150 Strafprozeßordnung Ihnen ein bißchen was aus einem Judikat sagen:

„Zeugen sind vom Beschuldigten (Angeklagten) verschiedene ... physische Personen, die ihre eigenen Wahrnehmungen über die für das

Beweisverfahren erheblichen, der Vergangenheit angehörenden Tatsachen vor Gericht unter Wahrheitspflicht angeben müssen ... Es ist nicht Sache eines Zeugen, über Rechts- oder Erfahrungssätze auszusagen oder Mutmaßungen und Meinungen zu äußern; ein Zeugnis vom Hörensagen ist jedoch nicht ausgeschlossen."

Ich bitte, wenn Sie sich bei den Fragen ein bißchen daran halten. Ich will gar nicht in die einzelnen Fragen eingehen. Bitte, Herr Kollege Dr. Feurstein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich frage Sie jetzt noch einmal. Ich gebe hier nicht nach, und Sie können protestieren, dann sitzen wir halt noch zwei Stunden da. Das ist keine Drohung.

Herr Vorsitzender! Wenn ich nicht fragen darf ...

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Verzeihung! Wenn wir die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden haben, erlaube ich mir in größter Höflichkeit, Sie darauf aufmerksam zu machen. Bitte, fragen Sie weiter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Zeuge! Sie haben dem Herrn Abgeordneten Mühlbacher geantwortet, daß die Herren ihren Aufgaben im weitesten Sinne nachgekommen sind. Welche Feststellungen können Sie uns angeben, die diese Aussage beweisen?

Dr. **Wimmer:** Soweit ich informiert bin, ist es so, daß praktisch mit dem Planungsbeginn für den Auftrag mobile Trennwände wie auch mit dem Produktionsbeginn Odelga es eben die entsprechenden Beratungen bei der Ausarbeitung der konstruktiven Unterlagen gegeben hat, auch beim Produktionsbeginn und in der weiteren Folge, insbesondere ab Oktober vergangenen Jahres bis dato eine unterstützende Beratung bei der Fertigung und Auslieferung dieser Elemente.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie Unterlagen über diese Beratungstätigkeit gesehen?

Dr. **Wimmer:** Nein. Habe ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie Personen gesehen, die das ausgeführt haben?

Dr. **Wimmer:** Nein, weil das im Werk Krems ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat Ihnen das mitgeteilt, was Sie jetzt ausgesagt haben?

Dr. **Wimmer:** Das ist aus den Projektbesprechungen unter anderem über die Direktion ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Namen?

Dr. **Wimmer:** Dr. Blöch zum Beispiel von der Hütte Krems ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der hat Ihnen das gesagt?

Dr. **Wimmer:** ..., der für diesen Teil verantwortlich zeichnet, für die Fertigung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie von diesem ständigen Mitarbeiter bei der Firma Odelga bei der Firma VOEST persönliche Wahrnehmungen gemacht?

Dr. **Wimmer:** Nein, habe ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Über seine Tätigkeit?

Dr. **Wimmer:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie, was er verdient?

Dr. **Wimmer:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie, welche Schulbildung er genossen hat?

Abg. **Wimmer:** Nein, weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie, welche Schulbildung er hatte?

Dr. **Wimmer:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Zusammenarbeit gab es mit BAD 2000?

Dr. **Wimmer:** Da bin ich jetzt überfragt. Was sollte das sein?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): BAD 2000. Das ist eine Firma. Kennen Sie die Firma nicht?

Dr. **Wimmer:** Nein, kenne ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie, daß diese Sanitär-Container zu einer anderen Firma zur Verfliesung gebracht werden müssen?

Dr. **Wimmer:** Nein, weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie die Kritik des Rechnungshofes in diesem Zusammenhang?

Dr. **Wimmer:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer montiert die Sanitär-Container?

Dr. **Wimmer:** Nur unseren eigenen Lieferumfang, und zwar insgesamt auch mit den anderen Aufträgen, unser eigenes Team.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Sanitär-Container montiert das Team der ...

Dr. **Wimmer:** Nur die Stahl-Container. Unsere eigene Fertigung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Verfliest oder unverfliest?

Dr. **Wimmer:** Das weiß ich nicht, weil ich die Einzelheiten der Ausführung nicht kenne.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie, daß die Gerüste zu einer anderen Firma gebracht werden müssen zur Verfliesung?

Dr. **Wimmer:** Das mag sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie mit dieser Firma gemeinsam ...? Sie kennen die Firma nicht?

Dr. **Wimmer:** Nein, ich kenne sie nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie erfolgte die Angebotslegung im Zusammenhang mit den Sanitär-Containern?

Dr. **Wimmer:** Da bin ich jetzt überfragt, was Sie im einzelnen meinen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Frage ist: Hat die VOEST am 9. bzw. 27. 11. 1978 ein Angebot gelegt über Sanitär-Container? An wen?

Dr. **Wimmer:** Soweit mir bekannt ist, nur über den Stahlteil der Sanitär-Container.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): An wen?

Dr. **Wimmer:** Ich kenne das Angebot jetzt nicht im Detail, weiß also nicht — wenn Sie mich so exakt fragen —, an wen es wirklich gerichtet war und mit wem es verhandelt wurde. Ich weiß es nicht, weil ich es nicht selbst getan habe.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat es verhandelt? Nicht Trennwände, sondern Sanitär-Container.

Dr. **Wimmer:** Es könnte Herr Eisler auch gewesen sein, von der Verkaufsseite.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn eine Zusammenarbeit mit einer anderen Firma notwendig war, um diesen Auftrag zu bekommen: Wer hat diese Verhandlungen geführt?

Dr. **Wimmer:** Ich wüßte jetzt nicht, welche Firmen das im einzelnen gewesen sein sollten. Aber nachdem der Hauptauftrag auf verschiedene Anschlußaufträge über Komponenten von Herrn Eisler im Zusammenwirken mit der Hütte Krems geführt wurde, nehme ich an, daß das auch dasselbe Team dann war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie können Sie sich vorstellen, daß verlangt worden ist, hier die Firma Prutscher zwischenzuschalten, nachdem Sie direkt Angebot gelegt haben?

Dr. **Wimmer:** Soweit ich weiß, ist der Stahlbauteil, der Blechstahlteil, nur eine Komponente, und es setzt sich natürlich so eine Sanitärzelle aus verschiedenen anderen Einrichtungen zusammen. Irgend jemand übernimmt dann den Hauptauftrag und vergibt dann Subaufträge. Das ist schon normal.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und die Firma Prutscher ist in der Lage, und sie hat das geprüft, diese Zusammenarbeit, Koordination, wahrzunehmen?

Dr. **Wimmer:** Ich kenne die Firma Prutscher zu wenig, das vermag ich nicht zu beurteilen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn es eine Arge Sanitär gibt, wäre es da nicht naheliegender gewesen mit ihr zusammenzuarbeiten unmittelbar?

Dr. **Wimmer:** Es gibt zwei Möglichkeiten bei solchen, überhaupt bei größeren, komplexeren Projekten: Man bildet eine Arbeitsgemeinschaft, das ist im Bauwesen sehr üblich, oder es übernimmt jemand den Hauptauftrag, vergibt Subaufträge, das sind verschiedenste Konstellationen ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns sagen, mit welchem Angebot Sie diesen Teil der Sanitär-Container angeboten haben?

Dr. **Wimmer:** Ich kann ihn nur abschätzen, aber es dürften vielleicht etwas um die 40 Millionen Schilling sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und können Sie uns sagen, zu welchem Betrag Sie den Auftrag von der Firma Prutscher bekommen haben?

Dr. **Wimmer:** Nein, weiß ich nicht genau.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer weiß das?

Dr. **Wimmer:** Das könnte Herr Dr. Blöch von der Hütte Krems wissen, sicher, weil er ja die Teile fertigt. Er müßte es wissen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wieviel Prozent dieses Auftrages — Sie haben 40 Millionen Schilling genannt — sind bereits ausgeführt?

Dr. **Wimmer:** Bei den Sanitär-Containern — das kann ich auch schwer sagen, weil das müßte man auf der Baustelle sehen, was hier wirklich montiert ist. Es ist immer die Frage, was ist geliefert, was ist wirklich fix und fertig montiert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was ist geliefert, was kann abgerechnet werden?

Dr. **Wimmer:** Es kann abgerechnet werden. Dann ist immerhin also etwa die Montage sicher noch ein Anteil von etwa 40 Prozent des Auftragsvolumes, und da ist es schon sehr kompliziert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer macht die Montage?

Dr. **Wimmer:** Die Montage? Unsere eigenen Lieferungen machen wir mit ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein, bei den Sanitär-Containern.

Dr. **Wimmer:** Ich muß immer wieder sagen, daß der Sanitär-Container verschiedenste andere Einrichtungen beinhaltet, wir sind nur verpflichtet, unseren eigenen Lieferanteil zu montieren. Das machen wir mit unseren eigenen Leuten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das ist eine wichtige Frage. Stellen Sie also auch für die Montage der Sanitär-Container Ihre Mitarbeiter ab?

Dr. **Wimmer:** Nehme ich an, wenn es ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein, ich frage Sie. Nicht annehmen.

Dr. **Wimmer:** Ich weiß es nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann sagen Sie: Ich weiß es nicht.

Dr. **Wimmer:** O. K.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie es, oder wissen Sie es nicht?

Dr. **Wimmer:** Nein, ich weiß es nicht im Detail, weil ich im Detail die Vertragsformulierung nicht kenne.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer weiß das?

Dr. **Wimmer:** Müßte die Leitung der Hütte Krems wissen, ob wirklich die Montage inbegriffen ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche weiteren Aufträge haben Sie für das AKH bekommen?

Dr. **Wimmer:** Keine. Also es sind die mobilen Trennwände, das ist eigentlich der Hauptauftrag, dann die Blechkomponenten für die Sanitärzellen, und dann verschiedene Einrichtungen noch für die sogenannte Vorzone, das sind Blechkonstruktionen im wesentlichen, die zuammenhängen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von wann stammt dieser Auftrag?

Dr. **Wimmer:** Dieser Auftrag ist etwas später gekommen, das müßte sein etwa Mai 1980.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat ihn erteilt?

Dr. **Wimmer:** Den hat ... Weiß ich nicht genau, ich kann es nur annehmen — auch im Sinne des Trennwandauftrages, weil er technisch damit zusammenhängt — die AKPE.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die AKPE.

Dr. **Wimmer:** Ja, nehme ich an.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie, wer den verhandelt hat?

Dr. **Wimmer:** Verhandelt müßte auch von der Hütte Krems gegebenenfalls mit Herrn Eisler worden sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gibt es die Radlieferungen bereits?

Dr. **Wimmer:** Vorzone bin ich überfragt, das weiß ich nicht. Wenn, dann in jedem Fall Verbindungselemente mit den mobilen Trennwänden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie Anzahlungen erhalten?

Dr. **Wimmer:** Weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben gesagt, Sie wissen über die Konditionen Bescheid.

Dr. **Wimmer:** Ja, ich weiß jetzt nicht, ob Anzahlungen ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sind denn Anzahlungen in den Konditionen vorgesehen?

Dr. **Wimmer:** Das Problem liegt darin, daß die Gesamtplanung, der Produktionsbeginn, die Auslieferung für das gesamte Auftragspaket AKH ja reichlich verzögert wurde. Es hat sich ja deutlich verzögert, insofern ist der ganze Zeitplan, das Zahlungsziel deutlich verschoben, sodaß ich über den aktuellen Stand nicht informiert bin.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Stehen Anzahlungen Ihnen zu?

Dr. **Wimmer:** Nach den Richtlinien des Hauptauftrages müßte auch für die Vorzone eine entsprechende Anzahlung geleistet worden sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wieviel Anzahlung müßte geleistet worden sein? Auf Grund der Konditionen?

Dr. **Wimmer:** Weiß ich nicht. Ich weiß es nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie kennen also die Konditionen nicht?

Dr. **Wimmer:** Nein, ich kenne sie nicht im Detail.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie die Geschäfte mit Herrn Rabelbauer?

Dr. **Wimmer:** Nein. In welchem Zusammenhang?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich frage Sie. Wußten Sie, daß ein Herr Rabelbauer bei Ihnen einmal aufgetreten ist? Aufgetaucht ist?

Dr. **Wimmer:** Wo?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bei der VOEST.

Dr. **Wimmer:** Nein, weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie bestreiten, jemals den Namen Rabelbauer gehört zu haben. Außerhalb der ...

Dr. **Wimmer:** Was wollen Sie mir jetzt unterstellen? Die Frage war: Kenne ich Herrn Rabelbauer und weiß ich, ob Herr Rabelbauer einmal bei der VOEST war — das mag sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gab es irgendwelche geschäftliche Kontakte, auch im Vorstadium mit der VOEST?

Dr. **Wimmer:** Nicht daß ich wüßte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen nicht, daß Herr Rabelbauer versucht hat, der VOEST Aufträge zu vermitteln.

Dr. **Wimmer:** Das versuchen tagtäglich -zig Leute.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich frage Sie: Ist darunter auch ein Herr Rabelbauer?

Dr. **Wimmer:** Weiß ich nicht, das mag sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen es nicht?

Dr. **Wimmer:** Ich weiß es nicht, nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gut, dann bin ich fertig.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Welcher der Herren Abgeordneten möchte noch an den Zeugen Fragen stellen? — Bitte, Herr Abgeordneter Bergmann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe nur eine abschließende Frage: Diese Geistermillion, wie sie hier schon genannt worden ist, die da abgedient werden mußte — wann hat man sich denn entschlossen dafür, seitens der Odelga eine Leistung zu verlangen?

Dr. **Wimmer:** Wenn ich die Frage richtig verstehe, ist es so, daß für den Beratungsvertrag aus August 1979 ein Honorar von 12 Millionen Schilling vereinbart ist, mit einer Zahlungskondition, daß nach gewissem Zeitplan, aber in jedem Fall Oktober, Ende Oktober, glaube ich, des gleichen Jahres, dann eine Million als Anzahlung fällig war. Und diese eine Million, soviel ich weiß, wurde unsererseits auch vertragsgemäß geleistet. Das war eine Anzahlung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ohne daß bis zu diesem Zeitpunkt irgendeine Form der Gegenleistung vorhanden war?

Dr. **Wimmer:** Das ist richtig. Aber das ist bei Verträgen, Know-how-Verträgen, Lizenzberatungsverträgen üblich, eine Anzahlung muß geleistet werden, wobei nur die Höhe der Anzahlung eben doch sehr variabel ist, das geht in Größenordnung von 20 bis 30 Prozent.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Worin wird denn die Leistung der Odelga bestehen für die restlichen 11 Millionen?

Dr. **Wimmer:** Die Leistung wird darin bestehen, daß sie eben auch bei allen weiteren Planungen, Projektierungen, Fertigungen sehr, sehr unterschiedliche Konstruktionen und Ausführungen, die auch von seiten der AKPE-Planung immer wieder abgeändert beziehungsweise aktualisiert werden, hier laufend uns berät, unterstützt, Einsicht in unsere Zeichnungsunterlagen nimmt, bei der Produktion selbst im Werk natürlich alle Kontrollen beratend unterstützt und bei den Qualitätskontrollen ist und bei allen Fragen, die letztlich im Bereich dieser ganzen Krankenhausspezifikation und -atmosphäre auftreten können.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und der Verdacht, der allgemein geäußert wird, daß es sich da um ein Gefälligkeitsgeschäft handelt, daß die als Konkurrent ausgeschieden ist, und dafür gibt es jetzt ein Schmerzensgeld.

Dr. **Wimmer:** Das, meine ich, ganz sicher nicht, aus meiner Sicht. Wir sind mit unserer Abteilung Systembau eben seit Jahren bemüht, das Programm auszuweiten, und wir haben das erstemal im Rahmen des IAKW-Auftrages die Möglichkeit gehabt, auch Trennwände zu planen und zu liefern, wobei die vergleichsweise noch etwas einfach waren, allerdings auch einen sehr, sehr hohen Standard, sodaß wir damals schon es für sinnvoll hielten, daß wir uns einen Spezialisten, eine Spezialfirma holen, die uns bei der Detailkonstruktion hilft. Wir haben also einen Lizenzvertrag damals für Trennwände, für den allgemeinsten Anwendungsbedarf abgeschlossen mit einer Firma in Deutschland.

Nun zeigt sich aber, daß die krankenhausspezifischen Anforderungen natürlich mit den üblichen Einbauten, mit dem üblichen Innenausbau in anderen Bereichen nicht vergleichbar sind. Ich meine, es ist schon sinnvoll, daß man dann mit einer Firma, die immerhin hier Unterstützung, Beratung geben kann, eine Vereinbarung trifft, weil das Risiko ist ja gewaltig. Man merkt ja erst später dann, bei der Fertigstellung und Montage, wo hier überall Fehler auftreten können, die Dinge müssen weggeris-

sen werden, und das Risiko ist bei der Größe eines solchen Auftrages sicher sehr groß.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun haben Sie aber nicht aus den Schwierigkeiten heraus diesen Beratungsvertrag geschlossen, sondern schon vorher.

Dr. **Wimmer:** Nein, vorbeugend; ganz sicher. Die Verhandlungen mit Odelga — die ersten — waren ja doch schon Anfang 1978 etwa.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie verantwortlich für diesen Vertrag?

Dr. **Wimmer:** Nein, nicht, sondern ich bin nur in dem Sinn verantwortlich für die Realisierung, für die Durchführung, die technische Ein ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer ist denn auf die Idee gekommen, die Firma ODELGA als Konkurrent hier einzubinden?

Dr. **Wimmer:** Es gibt, soweit mir bekannt, in Österreich relativ wenig Firmen, die auf diesem Sektor überhaupt Erfahrung haben. Auf dem krankenhausspezifischen Sektor.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hätte sich die Republik nicht 12 Millionen Schilling ersparen können, wenn sie den Auftrag gleich über die Firma ODELGA geschaltet hätte?

Dr. **Wimmer:** Das Problem stellt sich aus meiner Sicht etwas anders.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, weil Sie an den Aufträgen interessiert ...

Dr. **Wimmer:** Wir selbst hätten jetzt im Rahmen unseres Auftrages natürlich, wenn wir so etwas noch nie gemacht haben ... Für diesen speziellen Einsatz ist der Auftrag natürlich mit einem großen Risiko behaftet; mit einem großen Risiko für uns.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun scheint sich ja diese Beratungstätigkeit über viele Jahre zu erstrecken.

Dr. **Wimmer:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und ich frage mich, ob es nicht auch für Sie billiger gekommen wäre, sich einen Experten auf diesem Sektor einzukaufen, als einen — den man gar nicht abschätzen konnte von Wert und Unwert — Beratungsvertrag gleich über 12 Millionen Schilling abzuschließen.

Dr. **Wimmer:** Es ist schwierig, Fachleute jetzt auf diesem Sektor sich einfach einzukaufen. Ich meine, man kann sich natürlich auf dem Markt jetzt mal umsehen. Wir sind hier Spezialisten, aber ich kann das nur ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist ja eine prominente Firma.

Dr. **Wimmer:** Nein, ich meine, auf diesem Sektor war das auch für uns Neuland. Genauso wie der Fassadenbau. Wir haben begonnen vor Jahren — also die Anfänge habe ich selbst mitkonzipiert — eben mit einem asystematisierten *(phonetisch)* Bauen unter weitestgehendem Einsatz von Stahl. Es begann eben mit Hochbauten mit normalen, und wir sind dann Schritt für Schritt in andere Elemente hinein, in den Fassadenbau, sehr komplizierter Bereich, und in den Innenausbau, Trennwände, auch ein wirklich sehr komplizierter Bereich, und hier hängt es wieder ab, für welche Einsatzbedingungen und Anforderungen, und da ist es üblich — selbst jetzt als Firma VOEST-Alpine, wir können sehr viel machen, wir haben gute Konstrukteure, wir haben gute Fertigungsbetriebe, Monteure, aber für spezifische Fachfragen bedient man sich jetzt eben — das sind dann meist doch Beratungsverträge oder Lizenzen, wenn es ein fertiges Produkt ist. Der Firma ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Dann ist aber die Leistung, die auf Grund dieses Beratungsvertrages erbracht wird, doch offensichtlich sehr schwer greifbar und sehr schwer quantifizierbar? Es heißt immer Know-how, Know-how.

Dr. **Wimmer:** Das ist richtig. Ich würde sagen, das ist richtig. Die Übertragung von Know-how, die Beratung, das ist etwas schwer quantifizierbar.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun ist aber die ODELGA doch Ihr Konkurrent.

Dr. **Wimmer:** Nur bedingt. Ich meine, die ODELGA ist sicher nicht in der Lage, Großaufträge, die ein gewaltiges Konstruktionsfertigungsvolumen bedingen, abzuwickeln. Nehme ich an. Bitte, ich mag sie nicht ...

Aber sie ist eigentlich mehr ein Planungs-, ein Beratungs ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie zahlen noch dafür, daß der Konkurrent einen seiner Mitarbeiter besonders am Projekt ausbildet. Die ganze Konstruktion erscheint mir, wenn Sie mir den Ausdruck gestatten, ein bissel pervers.

Dr. **Wimmer:** Nein. Nein. Das mag vielleicht so sein. Denken Sie aber an ein anderes Beispiel im Fassadenbau. Hier gehen natürlich auch Fachfirmen, die sich auf diesem Sektor durchaus konkurrieren können, bei komplizierten größeren Projekten zusammen. Natürlich ist hier ein gegenseitiger Informations- und

Know-how-Fluß. Das ist aber bei jedem großen, weltweiten Projekt gegeben.

Wenn ich das jetzt übertragen kann. Ich meine, ich komme eben gerade von einer schwierigen Großverhandlung zurück, und hier sind wir auch in einer letzten Phase in ein Konsortium gegangen. Hier fließt dann im Rahmen der Abdeckung eines solchen Auftrages zu beiden Seiten Know-how.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bei welchem Projekt?

Dr. **Wimmer:** Das ist ein großes Kohleprojekt. Die Ausrüstung eines kompletten Kohlebergbaues. Und hier läßt es sich dann nicht vermeiden, wenn man gemeinsam, in einem gemeinsamen Projekt, wo die Leute zusammensitzen, hier fließt Know-how nach beiden Seiten.

Es ist die Frage der Abschätzung, ob man nicht selbst bei einer solchen Arbeitsgemeinschaft mehr Nutzen zieht. Wir sind der Meinung, daß wir doch durch die Beratung und Zusammenarbeit bislang mit ODELGA sehr positiven Nutzen gezogen haben. Wir haben weitere, wir sind das erste Mal auch ins Ausland mit Projekten gegangen. Kleine, einfache Spitäler für Drittländer. Da sind natürlich eine Reihe der Kenntnisse hier schon mit eingeflossen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wieviel, würden Sie denn sagen, ist von der ersten Million schon abgearbeitet?

Dr. **Wimmer:** Na von der Million würde ich meinen: Soweit ich informiert bin, über die doch sehr intensiven Kontakte immer wieder in den Planungsbüros hier und vor allem in der Hütte Krems, da dürfte wohl ein Großteil jetzt abgegolten sein. Würde ich meinen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wann, glauben Sie, daß der Rest dieses Vertrages erfüllt ist?

Dr. **Wimmer:** Der Rest, mein Gott, der Gesamtliefervertrag läuft ja noch über einige Zeit, und das vermag ich jetzt nicht im Detail zu sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mich interessiert nur, ob überhaupt das Vertragsvolumen ausschöpfbar ist, nachdem es bei der ersten Million schon offensichtlich so schwierig war, über einen so langen Zeitraum es voll zu erfüllen.

Dr. **Wimmer:** Das vermag ich nicht abzuschätzen jetzt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer war der Erfinder dieser Konstruktion?

Dr. **Wimmer:** Der Erfinder jetzt welcher Konstruktion?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Konstruktion Beratungsvertrag mit der Firma ODELGA. Es muß ja jemand erfunden haben in der VOEST. Initiiert haben. Ausgehandelt.

Dr. **Wimmer:** Ich glaube: Von der ODELGA war natürlich bekannt, daß sie hier auf diesem Sektor auch tätig ist im Rahmen eines solch großen Projektes, und das hat sicher jetzt nicht irgendwo einer Initialzündung bedurft.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist das aus Ihrer Abteilung, also aus Ihrem Bereich hervorgegangen?

Dr. **Wimmer:** Das könnte ich nicht einmal sagen, weil es war die Hütte Krems als Produktionsbetrieb an diesem neuen Produkt sehr interessiert, nachdem der Auftrag IAKW doch sehr gut abgewickelt wurde und man sah, hier lohnt es, ein so ein neues Programm aufzubauen. Wer nun wirklich hier die Initialzündung gegeben hat, das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und eine letzte Frage: Sie waren in Manila in der vorigen Woche?

Dr. **Wimmer:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat das mit einem Projekt zu tun, das im Zusammenhang mit der letzten Reise des Bundeskanzlers stattgefunden hat?

Dr. **Wimmer:** Nein, sondern ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die nächste Frage gleich dran: Ist die Firma Prutscher mitinvolviert? In dem Projekt, in dem Sie jetzt unterwegs waren?

Dr. **Wimmer:** Nein, ich war ... in Manila tätig. Das weiß ich gar nicht. Nein. Hat aber damit gar nichts zu tun. Es ist ein Projekt im Kohlebergbau. Wir sind sehr stark oder bemühen uns letztlich um eine Ausweitung unseres Lieferprogramms in der Kohle, und es gibt seit beinahe zwei Jahren — das ist ein Projekt über 1,6 Milliarden — Verhandlungen zu diesem Projekt. Wir haben also mit Ende letzten Jahres diesen Auftrag technisch paraphieren können, und es mag sein, daß anläßlich des Besuches des Herrn Bundeskanzlers dieses Projekt, wie üblich dann, auch ein Gesprächsthema darstellt, wo er letztlich nur das Interesse Österreichs bekundet, aber zu verhandeln, technisch und kaufmännisch, ist das also ganz eigenständig hier.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Keine Frage mehr. — Ich hätte nur eine Bitte. Ich möchte anschließend, wenn der Herr Zeuge den Raum verlassen hat, einen Antrag stellen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge! Wir werden Ihnen etwas mitgeben mit der Bitte, das weiterzuleiten.

Dr. **Wimmer:** Ja.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ist meine Information richtig? — Dann, Herr Zeuge, ist Ihre Einvernahme vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß beendet.

Ich danke, daß Sie zu uns gekommen sind, und wenn ich Sie bitten darf, vielleicht eine Minute im Nebenraum zu warten.

Dr. **Wimmer:** Ja, gerne.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Wir würden Sie dann wahrscheinlich bitten, eine Nachricht zu überbringen. Danke. *(Dr. Wimmer verläßt den Saal.)*

Schluß der Sitzung: 20 Uhr 17 Minuten

37. Sitzung: 31. März 1981

Beginn: 10 Uhr

Obmann Dr. **Steger** eröffnet die Sitzung.

Zeugeneinvernahme von Dr. Walter Wolfsberger

Obmann Dr. **Steger** erinnert den Zeugen an die bereits bei seiner ersten Einvernahme erfolgte Rechtsbelehrung.

Seine Generalien bezeichnet der Zeuge seit der letzten Zeugeneinvernahme als unverändert.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge, vielleicht habe ich Sie das letzte Mal das schon gefragt, aber ich möchte es heute der Sicherheit halber noch einmal tun: Hat die Firma Siemens politischen Parteien Spenden gegeben? Ich möchte nur sagen, ich halte das für durchaus erlaubt und für nichts Unerlaubtes.

Dr. **Wolfsberger:** Ja, ich würde auch sagen, daß wir immer wieder an alle politischen Parteien Spenden gegeben haben, fallweise kleineren Ausmasses im Rahmen unseres Spendenbudgets und zu besonderen Anlässen in der Regel.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wie groß ist ungefähr Ihr Spendenbudget?

Dr. **Wolfsberger:** Unser Spendenbudget ist, wenn ich mich recht erinnere, ich habe das das letztemal schon gesagt, eine Million Schilling im Jahr.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Generaldirektor, wo muß eine solche Spende bei Ihnen approbiert werden, machen Sie das persönlich als Generaldirektor oder können das andere Herren des Vorstandes oder Prokuristen auch tun?

Dr. **Wolfsberger:** Wir haben ein Rundschreiben über Spenden, und da gibt es auch Grenzen, die den Rängen und Kompetenzen entsprechen, und bei größeren Spenden muß ich gefragt werden.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Dann noch eine Frage zu den Provisionszahlungen, ob benannte oder unbenannte, also solche, die in den Buchhaltungen ausgewiesen werden. Gibt es bei Ihnen auch unbenannte Provisionen?

Dr. **Wolfsberger:** Bei uns gibt es keine unbenannten Provisionen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und sind die benannten Provisionen ein Teil der Kalkulation, Herr Generaldirektor?

Dr. **Wolfsberger:** Benannte Provisionen — es gibt bei uns nur solche — sind natürlich ein Teil der Kalkulation, und die sind auch mehrfach überprüft worden.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wie wurden seitens Ihrer Firma die Zahlungen an die Firma Plantech und Geproma kalkuliert? Wissen Sie da etwas auf Grund der aktienrechtlichen Sonderprüfung, die Sie veranlaßt haben?

Dr. **Wolfsberger:** Die Zahlungen an die beiden Firmen wurden in dem Sinne nicht kalkuliert, sondern sind sicher ein Bestandteil der Gemeinkosten, des Gemeinkostenaufwandes gewesen. Also unterstellen wir einmal, es wird eine Leistung für eine Software-Arbeit bestellt,

dann geht die in der Regel ein in die Gemeinkosten, wenn sie nicht direkt einem Auftrag zuordenbar ist.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Sie haben mir auf meine Frage das letztemal gesagt, der Mitgliedsbeitrag der Siemens AG, also Austria, an die Industriellenvereinigung ist etwa 7 Millionen Schilling gewesen. Ist das über die letzten fünf, sechs Jahre hindurch etwa der gleiche Betrag jedes Jahr gewesen oder hat sich der als variabel erwiesen, weil das vom Umsatz oder der Beschäftigtenzahl und so weiter abhängt?

Dr. **Wolfsberger:** Ich beantworte diese Frage gerne, obwohl sie mit dem AKH überhaupt nichts zu tun hat. Es war ungefähr die Größenordnung in den letzten Jahren, und sie orientiert sich einfach an der Lohnsumme, in einem gewissen Prozentsatz der Lohnsummen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Haben Sie auch über die Industriellenvereinigung Widmungsspenden placiert?

Dr. **Wolfsberger:** Nein.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Also Ihre Firma nicht.

Was können Sie uns noch sagen zu dem Kontakt, den der Vorsitzende des Aufsichtsrates Sekt. Chef Dr. Waiz, ich glaube im Jahre 1979, mit Ihnen gehabt hat? Er soll Ihnen erzählt haben, man vermute, daß der Winter ein bestechlicher Beamter beziehungsweise AKPE-Direktor sei. Haben Sie eine Erinnerung an dieses Gespräch mit Sekt. Chef Dr. Waiz, und wenn ja, was haben Sie für Veranlassungen in der Firma getroffen?

Dr. **Wolfsberger:** Mit mir hat so ein Gespräch nicht stattgefunden. Es gab schon das letztemal ein Mystifikation, wonach mich Herr Dr. Delabro angesprochen haben soll. Das wurde ich das letztemal schon gefragt. In dieser Richtung wurde ich nicht angesprochen, weder von Dr. Delabro noch von Sekt. Chef Waiz.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wir haben aus den Einvernahmen — wenn ich es richtig in Erinnerung habe — die Darstellung so, daß Delabro Waiz informiert hat, Waiz dann, wahrscheinlich aus einem anderen Grund, einen Kontakt mit Ihnen hatte und bei dieser Gelegenheit, Herr Generaldirektor, gesagt haben soll: Bitte sehr, uns wird da zugespielt, daß der Winter bestechlich sei. Er soll Ihnen also diese Mitteilung gemacht haben. Sie können sich nicht daran erinnern?

Dr. **Wolfsberger:** Nein, ich kann mich bei bestem Willen daran nicht erinnern.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Generaldirektor, haben Sie von irgendeiner anderen Seite gehört, daß beim AKH zusammen mit der Auftragsvergabe durch die AKPE, insbesondere im Zusammenwirken mit Dipl.-Ing. Winter, Unregelmäßigkeiten passiert sein sollen?

Dr. **Wolfsberger:** Also sicher nicht, bevor diese ganze Welle der Untersuchung begonnen hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nicht vor dem Kontrollamtsbericht?

Dr. **Wolfsberger:** Nicht vor dem Kontrollamtsbericht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es ist auch kein Politiker an Sie herangetreten und hat sich in dieser Weise erkundigt?

Dr. **Wolfsberger:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich frage Sie jetzt ganz bewußt, weil das in einer anderen Zeugenaussage eine Rolle gespielt hat. Ich glaube, es hat im Zeitraum 1978, 1979 nur eine Betriebsprüfung gegeben und damals soll bereits geprüft worden sein, inwieweit Provisionszahlungen unbenannt vom Finanzamt ...

Dr. **Wolfsberger:** Ja bitte, das stimmt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wurde bei dieser Betriebsprüfung irgendwie auf das AKH Bezug genommen?

Dr. **Wolfsberger:** Doch, ja. Das stimmt, daß im Jahr 1979 eine Betriebsprüfung, die schon länger bei uns im Hause war, sich mit diesem Thema beschäftigt hat, bei uns eine Untersuchung dieses ganzen Geschäftsfalles vorgenommen hat und zu der Erkenntnis gekommen ist, das sei alles ordnungsgemäß abgewickelt worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie, warum diese zusätzliche Prüfung bei Ihnen durchgeführt worden ist?

Dr. **Wolfsberger:** Die zusätzliche Prüfung ist meines Wissens ausgelöst worden durch den „profil"-Bericht, der schon 1979 veröffentlicht wurde und in dem damals auf die PLANTECH hingewiesen wurde. Das war ja auch jener Zeitpunkt, wo ich mich veranlaßt gesehen habe, neben der Finanzprüfung eine interne Revision zu veranlassen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was war denn das Ergebnis der damaligen internen Revision?

Dr. **Wolfsberger:** Das Ergebnis der damaligen internen Revision war auch ein eher unverfängliches, indem resümierend festgestellt wurde, daß die Abwicklung dieser Aufträge — das heißt dieses Auftrages, damals war ja nur von PLANTECH die Rede und mir auch nur PLANTECH bekannt — ordnungsgemäß erfolgt sei.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Finanzbehörden haben damals auch keine Unregelmäßigkeiten festgestellt, wenn ich richtig informiert bin?

Dr. **Wolfsberger:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Generaldirektor! Sie und Herr Mück haben bereits früher festgestellt, sowohl hier im Untersuchungsausschuß als auch vor Gericht, daß bei der Weitergabe dieses Auftrages an Knoblich eine gewisse Einflußnahme passiert ist. Sie konnten uns damals nicht exakt sagen, in welcher Weise diese Einflußnahme passiert ist. Haben Sie hier weitere Untersuchungen, weitere Prüfungen durchgeführt?

Dr. **Wolfsberger:** Wir haben eigentlich keine weiteren Prüfungen mehr durchgeführt. Ich möchte auch bei meiner Aussage vom 10. Oktober hier bleiben. Ich habe natürlich noch nachher mein Gewissen erforscht, ob ich da ganz präzise war, und ich glaube fast, ich war auch präzise. Ich habe damals nicht vom Bundeskammerpräsidenten Sallinger, sondern von der Bundeskammer gesprochen und habe nachher festgestellt, es war die Kammer Wien, die einen Brief geschrieben hat. Aber das ist vielleicht nur eine Nuance. Ansonsten habe ich dem eigentlich nichts hinzuzufügen, weil ich alles gesagt habe.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie dann fragen: Ist es branchenüblich oder in welchem Rahmen bewegen sich überhaupt Anzahlungen für Aufträge? Herr Vogel hat uns das letztemal eine Liste übergeben über die Anzahlungen an die Firma Knoblich. Diese Anzahlungen bewegen sich in der Größenordnung von 65 Millionen Schilling — nicht 40 Millionen Schilling, wie uns ursprünglich bekanntgeworden ist. Das Auftragsvolumen an die Firma Knoblich war, wenn ich richtig informiert bin, 88 Millionen. Man hätte also einen Anzahlungsanteil vom gesamten Auftragsvolumen, der sich bei etwa drei Viertel bewegt. Ist es Ihnen irgendwann einmal vorgekommen, daß Anzahlungen in der Größenordnung von drei Viertel des Auftragsvolumens gegeben werden?

Dr. **Wolfsberger:** Ja, das kommt vielleicht nicht häufig vor, aber es kommt insbesondere dann vor, wenn damit ein Gleitpreisstopp verbunden ist. Und wenn der Gleitpreis, der bei solchen Aufträgen üblich ist, durch eine Anzahlung gestoppt werden kann, dann kann das natürlich für den Kunden günstiger sein als im Falle der Anwendung der Gleitpreisklausel. Und dies war meines Wissens hier der Fall.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bei allen Aufträgen?

Dr. **Wolfsberger:** Meines Wissens bei allen Aufträgen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die an Knoblich gegangen sind?

Dr. **Wolfsberger:** Also sicher bei den Aufträgen des Installationsgeschäftes.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie war es bei den Leuchtenaufträgen?

Dr. **Wolfsberger:** Das war hier mit inkludiert. Die Leuchtenaufträge waren ja ein Bestandteil des Installationsauftrages von 1 083 Millionen ursprünglich, und auch dafür galt die Gleitpreisregelung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auch Ihnen gegenüber?

Dr. **Wolfsberger:** Auch uns gegenüber.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie war es jetzt mit diesem Bettenleuchtenauftrag von 33 Millionen Schilling? Wie wir jetzt nachträglich erfahren haben, ist dieser Auftrag ursprünglich ja von der Firma Knoblich an die Firma Zumtobel in Dornbirn weitergegangen. Das ist Ihnen bekannt?

Dr. **Wolfsberger:** Bitte, darüber weiß ich zu wenig. Ich habe gehört vom Kollegen Vogel, daß das so gewesen sein soll. Aber im Detail bin ich da nicht informiert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen nicht die Gründe, warum dieser Auftrag storniert wurde, von wem die Initiative ausgegangen ist?

Dr. **Wolfsberger:** Nein. Also ich nehme an, die Initiative ist vom zuständigen Bereich ausgegangen, und das ist der Installationsbereich in erster Linie und ist natürlich die Geschäftsführung der Knoblich-Licht in zweiter Linie.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Weitere Informationen haben Sie nicht, Sie können also dazu nichts sagen?

Dr. **Wolfsberger:** Nein, ich kann nichts weiter sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie, ob die Firma Knoblich andere Aufträge weitergegeben hat — also mit Ausnahme dieses Auftrages, der die Bettenleuchten betrifft?

Dr. **Wolfsberger:** Ich kann das nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie etwas über die Weitergabe des Subauftrages an die Firma AEG, bei der Sefcsik mitgewirkt hat und so Sefcsik eine Provisionszahlung in der Höhe von 5 Millionen Schilling bekommen haben soll?

Dr. **Wolfsberger:** Nur das, was ich inzwischen

gehört habe. Ich war in dieser Vergabe von Subaufträgen im Rahmen des Großinstallationsauftrages überhaupt nicht involviert und kannte mit Ausnahme dessen, was ich in der Zwischenzeit aus Zeitungen weiß, eigentlich die Hintergründe nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wußten nichts und haben hier auch keine Prüfungen durchgeführt?

Dr. **Wolfsberger:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auch nicht hinsichtlich Mitarbeitern der Firma Siemens, daß sie hier nachträglich auf Grund dieser Weitergabe Provisionszahlungen kassiert haben.

Dr. **Wolfsberger:** Das kann ich nicht feststellen. Wir haben natürlich im Rahmen des aktienrechtlichen Sonderprüfberichtes auch dieses Thema mit behandelt, und da wurde festgestellt, daß soundso viele Aufträge weitergegeben worden sind, was ja in erster Linie Rahmenzusagen sind und keine fixen Bestellungen. Aber darüber hinaus haben wir keine Untersuchungen angestellt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie generell fragen: Wie erfolgt überhaupt die Weitergabe, wie suchen Sie sich die Subunternehmer aus?

Dr. **Wolfsberger:** Ich würde sagen, meistens ergibt sich das ganz von selbst, weil das unsere Kollegenfirmen sind, mit denen wir sozusagen im täglichen Geschäft konfrontiert sind. Es gibt natürlich häufig auch Fälle, wo der Kunde einen Wunsch in der einen oder anderen Richtung äußert, und wenn dem fachlich nichts entgegensteht, dann respektiert man so einen Wunsch.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bei der Firma Knoblich war das der Fall, daß der Kunde einen solchen Wunsch geäußert hat, wobei Sie ja nicht einverstanden waren zunächst.

Dr. **Wolfsberger:** Wir waren nicht begeistert, weil der Auftrag ja schon in unseren Händen war und wir natürlich nicht begeistert waren, wie ich es das letztemal schon gesagt habe, diesen nach drei Jahren wieder abgeben zu sollen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie war es bei der AEG? War es da ähnlich?

Dr. **Wolfsberger:** Ich glaube nicht, sondern die AEG war deshalb ein anderer Fall, weil wir sowieso genötigt waren, 26 Prozent des Gesamtauftrages weiterzugeben, und die AEG ein Mitbewerber auf dem Installationssektor ist, ebenso wie BBC und Elin, daher war es eher selbstverständlich, daß die AEG davon etwas bekommen soll.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bin ich richtig, daß sich dieser Subauftrag auch in einem Auflösungsstadium befindet?

Dr. **Wolfsberger:** Das stimmt sicher nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Aufträge sind in einem Auflösungsstadium, welche Subaufträge?

Dr. **Wolfsberger:** Man kann nicht sagen: in einem Auflösungsstadium. Sondern wir sagen einfach, daß man, nachdem sich die Arbeiten wesentlich verzögern, nachdem wir bedauerlicherweise nicht so arbeiten können, wie das hier geplant war und auch notwendig wäre, die Rahmenzusagen noch einmal überdenken muß; — und wenn sie da und dort überhöht sind, werden sie wahrscheinlich im Zuge der konkreten Verhandlungen über einen Subauftrag möglicherweise auch reduziert werden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das ist bei der AEG konkret der Fall?

Dr. **Wolfsberger:** Das dürfte bei der AEG der Fall sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das dürfte auch bei der Aural der Fall sein.

Dr. **Wolfsberger:** Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wo wissen Sie es noch, daß es der Fall ist?

Dr. **Wolfsberger:** Eigentlich habe ich nur von der AEG gehört.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nur von der AEG. Knoblich nicht?

Dr. **Wintersberger:** Knoblich nicht, nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie war Ihre Zusammenarbeit mit Brown-Boveri, was haben Sie da gehört? Sie haben den Auftrag, den Hauptauftrag bekommen, Brown-Boveri hat ja das damals — dies ist inzwischen bekannt geworden — auch angeboten, war zunächst Billigstbieter, es hat sich dann herausgestellt, daß ein Rechenfehler bestand. Was ist Ihnen in diesem Zusammenhang bekannt geworden?

Dr. **Wolfsberger:** Ich war bis zum Beginn des ganzen Verfahrens, der Untersuchung, weil ich einfach die Vorgeschichte nicht genügend gekannt habe, der Meinung, daß wir Bestbieter waren. Die Sache mit dem Rechenfehler oder den Rechenfehlern, die ja, um das klar festzustellen, in allen Angeboten enthalten waren und nicht nur in unserem Angebot, war mir zu diesem Zeitpunkt nicht bewußt. Daß die BBC einen Anteil an diesem Auftrag kriegen sollte, ist, glaube ich, bei den Marktverhältnissen in Österreich auch klar. Und daß das ganz normal über die Bühne hätte gehen sollen, ohne daß es

irgendeines Vorstandsbeschlusses oder einer Vorstandsinformation bedurft hätte, war mir auch klar. Ich glaube, ein einziges Mal hat mich der Generaldirektor Moosbeck gefragt, wann denn mit diesem Auftrag zu rechnen sei.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit dem Subauftrag?

Dr. **Wolfsberger:** Mit dem Subauftrag.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich muß Sie noch einmal fragen: Können Sie uns Beispiele nennen, wo, ähnlich wie an die Firma Knoblich, von Ihnen aus auch Dreiviertelanzahlungen geleistet worden sind?

Dr. **Wolfsberger:** Ich habe jetzt kein Beispiel. Aber es wird sicher welche geben, und man könnte sicher noch eines produzieren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): „Produzieren" kann ich mir vorstellen, daß man noch vieles kann, wenn man muß.

Dr. **Wolfsberger:** Auf den Tisch legen, meinte ich damit.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie war es bei der Weitergabe des Auftrages an die Firma Schrack? Wer hat sich hier eingeschaltet?

Dr. **Wolfsberger:** Das ist von den Mitarbeitern der Installationstechnik gemacht worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Schrack hat uns gesagt, daß hier Dipl.-Ing. Winter wesentlicher Gesprächspartner war?

Dr. **Wolfsberger:** Das könnte sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns andere Beispiele nennen von diesen Aufträgen, die Sie weitergegeben haben, wo auch der wesentliche Gesprächspartner Dipl.-Ing. Winter oder jemand anderer von der AKPE gewesen ist und nicht die Firma Siemens.

Dr. **Wolfsberger:** Herr Abgeordneter, ich war nicht eingeschaltet in die Weitergabe der Subaufträge.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich frage Sie deshalb, Herr Generaldirektor, weil ich annehme, daß Sie in der Zwischenzeit doch Prüfungen durchgeführt haben, inwieweit Auftragsvergaben, Subaufträge nicht allein von der Firma Siemens bestimmt, beeinflußt, entschieden worden sind, sondern so gewisse Interventionen von Außenstehenden erfolgten. Wir wissen das in zwei konkreten Fällen, wissen das jetzt von uns im Untersuchungsausschuß her von der AEG, wo Sefcsik maßgebend beteiligt war, wo es auch Zahlungen gibt, die können wir nachweisen, und wir wissen es von der Firma Schrack. Ich hätte erwartet, daß Sie uns helfen, zur Aufklärung dieser ganzen Sache beizutragen, und daß Sie uns zumindest bestätigen, daß Sie hier Untersuchungen gemacht und nichts derartiges festgestellt haben. Ich entnehme jetzt Ihren Ausführungen, daß Sie keine Untersuchungen gemacht haben, und das ist schon ein ganz leiser Vorwurf, den ich Ihnen hier machen muß.

Dr. **Wolfsberger:** Nein, den darf ich mit aller Klarheit zurückweisen, weil ich weiß, daß solche Interventionen, laut Aussage meines Kollegen Vogel, nicht stattgefunden haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn wir darauf kommen und die AEG und die Schrack uns das bestätigen, dann ist es mehr oder weniger zufällig. Daß hier Sefcsik und bei der AEG und bei der Schrack Winter interveniert ...

Dr. **Wolfsberger:** Entschuldigen Sie, da muß man doch unterscheiden, wo die interveniert haben. Wenn der Herr Winter beim Herrn Schweitzer interveniert hat, so ist mir das nicht bewußt geworden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, das glaube ich schon. Das ist ja kein Vorwurf jetzt. Entschuldigung. Verstehen Sie das nicht so. Es ging mir darum, inwieweit Sie auf Grund des Bekanntwerdens dieser ganzen Zusammenhänge besondere Prüfungen durchgeführt haben. Wir haben das gehört von Ihrem Mitarbeiter, Vertreter Vogel hat das auch bestätigt. AEG und Schrack, und diese beiden Verträge sollen ja auch noch einmal überprüft werden. Die Frage ist, ob das sonst auch noch der Fall war.

Dr. **Wolfsberger:** Meines Wissens war es sonst nicht der Fall.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bei der Firma Knoblich war es sicher der Fall.

Dr. **Wolfsberger:** Über das haben wir ja das letzte Mal schon gesprochen, das ist ja unbestritten. Aber es war sonst meines Wissens nicht der Fall, und wir haben in diesem letzten Jahr so viele Untersuchungen gemacht, daß ich nicht wüßte, was wir sonst noch alles untersuchen sollten. Der aktienrechtliche Sonderprüfbericht hat sich ja auch mit dieser Frage beschäftigt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Generaldirektor, Sie haben auf die Frage des Herrn Ing. Hobl über die Spenden gesagt, alle Parteien hätten Spenden bekommen. Standen irgendwelche Spenden im Zusammenhang mit Aufträgen beim AKH?

Dr. **Wolfsberger:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Dann haben Sie eine Bemerkung gemacht, daß sich die Arbeiten in letzter Zeit verzögert haben. Worauf führen Sie das zurück?

Dr. **Wolfsberger:** Ich führe das darauf zurück, daß es im Moment sehr schwierig ist, zu Entscheidungen zu kommen bei der Weiterarbeit im AKH. Ich bedaure das zutiefst und hoffe, daß wir wieder einmal Zeit finden, uns um die Weiterarbeit zu kümmern. Mit „uns" meine ich nicht die Firma, sondern überhaupt Österreich. Ich habe vor 14 Tagen versucht, noch mit dem Generaldirektor Dr. Kraus neue Initiativen zu setzen, daß die Arbeiten beschleunigt werden können, was ich für möglich halte; unsere Mitarbeiter, die dort tätig sind, halten es auch für möglich, daß man eine sehr große Beschleunigung durch einen intensiven Arbeitseinsatz erreichen könnte, wenn die entsprechenden Hierarchien für die notwendigen Entscheidungen wieder da sind.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie den Eindruck, daß die Lösung Kraus nicht die optimale Lösung war nach dem Abgang von Winter und Parzer und Schwaiger?

Dr. **Wolfsberger:** Ich kann nur sagen, mit den Herren Kraus und Ruggentaler konnte man über Entscheidungen reden, die dann auch getroffen wurden, und es ist auch etwas weitergegangen. *(Damit ist die Zeugeneinvernahme von Dr. Wolfsberger beendet.)*

(Obmann Dr. Steger unterbricht um 10.30 Uhr die Sitzung bis 11 Uhr.)

Zeugeneinvernahme von Ing. Fritz Mayer

Obmann Dr. **Steger** verweist auf die sinngemäße Anwendung der Strafprozeßordnung und erläutert die dem Zeugen zustehenden Entschlagungsrechte gemäß § 153 StPO.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Hat Ihre Firma während Ihrer Aktivzeit als Generaldirektor von ITT-Austria und dann als Aufsichtsratpräsident Spenden an politische Parteien gegeben?

Ing. **Mayer:** Nicht, daß ich wüßte, daß wir Spenden an politische Parteien gegeben haben. Ich meine — ich weiß nicht den Fall —, wenn sie von irgendeiner ÖVP- oder SPÖ-Sektion vom 20. Bezirk einmal Karten zugeschickt bekommen hat, und 10 Stück aufkaufen mußte, kann man das nicht unter Spenden sehen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Nein, so meine ich es auch nicht. Also keine Spenden an politische Parteien während Ihrer aktiven Zeit als Generaldirektor und Aufsichtsratpräsident.

Ing. **Mayer:** Nein, nie.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Sie haben in der Öffentlichkeit erklärt — also damals im Radio- und Fernsehinterview —, daß in Österreich die Unmoral bestehe, im Zusammenhang mit Firmenaufträgen Schmiergelder zu bezahlen. Können Sie da das eine oder andere Beispiel nennen, das Sie zu dieser Erklärung in der Öffentlichkeit veranlaßt hat?

Ing. **Mayer:** Herr Abgeordneter! Wenn ich mich richtig erinnere — man könnte es ja nachspielen —, habe ich es in der Form nicht gesagt, sondern ich habe gesagt — wenn ich mich richtig erinnere —, daß eben immer wieder da und dort so kleine „Nachhilfen" gegeben werden, wenn man irgend etwas rascher erreichen will. Und habe dann gesagt, mit klein fängt es an.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und können Sie mir da ein oder zwei Beispiele nennen, die Sie zu dieser Erklärung veranlaßt haben?

Ing. **Mayer:** Ich kann Ihnen nicht wirkliche Beispiele sagen. Aber das werden die Herren hier noch besser wissen. Wenn man zu einem Amt geht und sagt: Sie, ich möchte gerne eine Bewilligung für den Bau von irgend etwas!, und man dann endlos lang warten muß, sagt man eben: Bitte, könnte man das nicht in irgendeiner Form beschleunigen. Und da wird dann in verschiedener Art und Weise, wie man so etwas macht — das muß ja nicht immer nur Bargeld sein —, ein bißchen nachgeholfen, damit der Akt aus dem Untersten ans Oberste gelangt.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Haben Sie da, Herr Zeuge, persönliche Wahrnehmungen in Ihrem langen Berufsleben gemacht?

Ing. **Mayer:** Bitte, ich muß ehrlich sagen, ich war immer zu blöd dazu, um so etwas zu machen. Aber ich weiß nur von einer ganzen Menge Leuten, die mir das erzählen und die mir also sagen, daß das eine Hilfe darstellt.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Also, Sie persönlich haben selber keine Wahrnehmungen gemacht.

Ing. **Mayer:** Ich kann mich nicht erinnern, daß ich irgendeinem so etwas in die Hand gedrückt habe.

Abg. Ing. **Hobl:** Herr Zeuge! Mich würde nur interessieren, ob Sie noch eine Erinnerung daran haben, während Ihrer aktiven Tätigkeit als Generaldirektor und Aufsichtsratspräsident von ITT-Austria, wie hoch etwa im Durchschnitt die Mitgliedsbeitragszahlungen Ihrer Firma an die Industriellenvereinigung waren?

Ing. **Mayer:** Bitte, da ist ja ein ganz bestimmter Satz von 0,2 Prozent oder so etwas ähnliches.

Abg. Ing. **Hobl:** Wissen Sie nicht ungefähr den Nominalbetrag?

Ing. **Mayer:** Nein, rechnen Sie sich's aus:

0,2 Prozent oder so etwas ähnliches von der Lohn- und Gehaltssumme. Bitte, so habe ich es in Erinnerung.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wie hoch war die Lohnsumme?

Ing. **Mayer:** Gut, nehmen Sie an, daß die Lohnsumme damals 200 ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist das eine Frage zur AKH-Untersuchung?

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ja, natürlich. Darf ich es begründen?

Obmann Dr. **Steger:** Nach unseren bisherigen Beschlüssen und Bekanntgaben nicht. Wir haben in der Präsidiale diese Frage damals auch erörtert und deswegen wurde der schriftlich eingebrachte Antrag einvernehmlich zurückgezogen, nachdem auch die Herren Präsidenten des Nationalrates, bei denen ja nicht der Verdacht besteht, daß einer davon ein Freiheitlicher ist, gemeint haben, daß das nichts Direktes mit dem Untersuchungsauftrag zu tun hat.

Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ich bin der Auffassung, daß es ja zu tun hat. Wenn es nämlich ein Prozentsatz von der Lohnsumme ist, so hängt es zweifellos damit zusammen, wenn Firmen beim Allgemeinen Krankenhaus einen großen Auftrag erhalten haben, daß sie da zumindest ...

Ing. **Mayer:** Aber, Herr Ing. Hobl!

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Nicht nur die ITT, sicher.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist die Frage zugelassen oder nicht?

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Sie lassen die Frage nicht zu, Herr Vorsitzender?

Obmann Dr. **Steger:** Wie ist die Frage genau formuliert?

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ich wollte wissen, wie in der Aktivzeit des Herrn Generaldirektors, in der die ITT-Austria große öffentliche Aufträge, darunter auch vom Allgemeinen Krankenhaus, erhalten hat, die Mitgliedsbeiträge seiner Firma an die Industriellenvereinigung waren. Da hörte ich etwa 0,2 Prozent der Lohnsumme, und die Lohnsumme ist sicherlich abhängig davon.

Ing. **Mayer:** Ich möchte aber eines ausdrücklich festhalten: daß das AKH mit den Mitgliedsbeiträgen an die Industriellenvereinigung schon wirklich überhaupt nichts zu tun hat.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter, wären Sie bereit, die Frage so umzuformulieren, daß sie einen gewissen Zusammenhang ergibt, nämlich daß Sie dem Zeugen die Frage stellen, ob sich mit Beginn der wirtschaftlichen AKH-Aktivitäten in der Frage des Mitgliedsbeitrages bei der Industriellenvereinigung eine Veränderung ergeben hat?

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ich nehme Ihre Anregung sehr gerne auf.

Ing. **Mayer:** Überhaupt nicht. Warum sollte es?

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und Sie haben im Zusammenhang mit Aufträgen aus dem AKH auch keine Widmungsspenden an die Industriellenvereinigung gegeben.

Ing. **Mayer:** Aber keine Spur.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge, Sie wissen, was ich damit meine, was eine Widmungsspende ist.

Ing. **Mayer:** Was immer es ist, war es nicht. Aber bitte, wenn ich Sie bitten darf, mir zu erläutern, was Sie unter Widmungsspenden verstehen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wir wissen zum Beispiel, daß Firmen der Industriellenvereinigung Beträge überweisen mit einem Begleitschreiben, in dem steht, dieser Betrag wird überwiesen auf das Konto der Industriellenvereinigung mit der Bitte, der oder dem oder der sowieso diesen Betrag nach Abzug der 35 Prozent als Spende weiterzugeben. Solche Spenden haben Sie im Zusammenhang mit AKH-Aufträgen nie gegeben?

Ing. **Mayer:** Nie, aber kommt doch überhaupt nicht in Frage, weil wir ja die Industriellenvereinigung lediglich als unsere Interessenvertretung angesehen haben, die sie auch immer war.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Nein, nein. Ich kann Ihnen solche Briefe zeigen, wenn es Sie interessiert. — Herr Generaldirektor, ich habe keine weiteren Fragen. Ich danke.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Wir haben uns mit dem Thema auseinanderzusetzen, das ich unter dem Übertitel Verquickung Politik-Geschäft bezeichnen möchte, und da interessiert mich ein besonderer Bereich, zu dem ich Sie einige Dinge fragen möchte: Am 11. Juli 1974 gab es eine Besprechung, an der Sie selbst teilgenommen haben. Das war ein Zusammentreffen einerseits mit dem Herrn Minister Lanc in seiner Eigenschaft als Funktionär des ASKÖ beziehungsweise Wien-Sport und den Herren Wolfsberger, Dworschak, Schrack, Maier und Hofbauer. *(Abg. Ing. Hobl: Können Sie mir erklären, wie das mit*

dem AKH zusammenhängt?) Es ist durchaus möglich und zu untersuchen im Rahmen unseres Auftrages, Herr Ing. Hobl, ob nicht Firmen, die Aufträge beim AKH bekommen haben, veranlaßt wurden, Zuwendungen an eine der SPÖ nahe Sportorganisation zu tätigen. *(Abg. Ing. Hobl: Was hat das mit Minister Lanc zu tun?)* Der war der Vertreter der Sportorganisation.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, ich bitte Sie, wenn Sie die Freundlichkeit haben, uns allein das auszutragen zu lassen, wir werden Sie dann wieder hereinbitten. Ich danke Ihnen. *(Der Zeuge verläßt den Saal.)*

Obmann Dr. **Steger:** Ich bitte, den Zeugen wieder hereinzuholen. *(Der Zeuge betritt wieder den Saal.)*

Herr Zeuge! Wir setzen die Einvernahme fort. Am Wort ist der Herr Abgeordnete Dr. Kohlmaier, der in einer etwas unformulierten Art und Weise denselben Inhalt fragemäßig hier zur Sprache bringen wird.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Für mich ist auffällig, daß bei dieser Pool-Bildung, die damals entriert wurde im Jahr 1974, Firmen dominiert haben, die AKH-Aufträge bekommen haben, und Ihr Gesprächspartner ein führender Politiker der SPÖ, nämlich der Minister Lanc war, sodaß für mich die Frage auftaucht — und durch Ihre Einvernahme und Aussage soll die Lösung erleichtert werden —, ob nicht ein Zusammenhang zwischen den Bedenken dieser Firmen bei öffentlichen Aufträgen, insbesondere AKH, besteht und der Gebefreudigkeit der Firmen.

Ich frage daher: Können Sie sich an dieses Gespräch vom 11. Juli 1974 erinnern?

Ing. **Mayer:** Bitte, ich kann mich an das Gespräch nicht erinnern, ich kann mich nur an einen Brief erinnern, den der damalige Verkehrsminister Lanc den Firmen geschrieben hat. Ich meine, von dem Gespräch will ich deswegen gar nicht sagen, daß es nicht stattgefunden hat, aber man kann sich ja nicht an alles erinnern. Aber an den Brief erinnere ich mich bestimmt, weil dieser Brief also hereingeflattert kam und da drin stand, man soll diesem Sportklub beitreten beziehungsweise ihn fördern durch Werbungsmaßnahmen aller Art; und immerhin, wenn ich mich richtig erinnere, ist da von Größenordnungen von 150 000 S oder so etwas Ähnliches drinnen gestanden.

Herr Abgeordneter! Wenn Ihnen Ihr oberster Heereschef — und das war ja damals der Verkehrsminister, natürlich mit Rücksicht als oberster Chef auch der Post — so eine Aufforderung schickt, dann sagt man halt ja.

Und so viel ich weiß, sind dann auch wirklich an diesen Sportplätzen — bitte, ich war nie dort —, irgendwelche Reklamen angebracht worden und die Spieler haben eine Hose gekriegt oder ein Ruderleiberl oder was man halt bei solchen Förderungen macht. Das ist ja nichts Besonderes, es gibt ja unendlich viele Industriefirmen, die Fußballklubs sponsern und alles mögliche machen.

Auf Ihre weitere Frage, ob das im Zusammenhang mit dem AKH war, Herr Dr. Kohlmaier, muß ich Ihnen sagen, damals hat doch kein Mensch etwas vom AKH gewußt, auch nichts von einem Herrn Winter oder sonst etwas gewußt.

Meiner Ansicht nach ist ja auch dieser AKH-Auftrag sogar erst gekommen, nachdem ich schon nicht mehr aktiv war, soweit ich mich erinnern kann. Es ist also diskutiert worden natürlich mit Anbotlegungen, und solche Sachen waren im Gange. Aber daß der Wien-Sport etwas mit dem AKH zu tun hat, ich glaube, das ist doch etwas zu weit hergeholt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie erinnern sich mit Recht an einen Brief, den Herr Minister Lanc Ihnen geschrieben hat.

Ing. **Mayer:** Jawohl.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Der existiert, er ist datiert vom 1. Oktober des Jahres 1974. Und da wird einleitend Bezug genommen auf ein Zusammentreffen im Parlament am 1. Juli.

Und es gibt auch eine Aktennotiz — darf ich das nur zu Ihrer Information sagen, Herr Zeuge — vom 22. Oktober 1974, wo man diese Aktion fortgeführt hat.

Ist es üblich, Herr Zeuge, daß Generaldirektoren mit Ministern zusammentreffen, um solche Werbeangelegenheiten zu regeln?

Ing. **Mayer:** Bitte, es ist erstens einmal in unserem Fall üblich, daß man mit dem jeweiligen Verkehrsminister immer einen Kontakt gehabt hat. Ich darf dazu sagen, nachdem ich ja so lange in diesem Unternehmen tätig war, mein erster Verkehrsminister war der Minister Waldbrunner, dann war Probst, dann war Weiß, dann war Frühbauer, dann war Lanc, dann war Lausecker, den habe ich schon eigentlich nicht mehr gekannt.

Und es ist selbstverständlich, daß immer wieder mit diesen Ministern gesprochen wurde, weil es immer wieder Probleme gegeben hat aller Art und man diese Herren sprechen wollte. Und das wissen Sie selber am besten, entweder man hat die Gelegenheit, sie in ihrem Büro aufzusuchen, oder es wurde einem gesagt, kommen Sie ins Parlament. Und daher haben also vielfach diese Gespräche im Parlament auch stattgefunden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge! Ist der

Verkehrsminister Weiß, den Sie auch erwähnt haben, je an Sie wegen einer Sportförderung herangetreten?

Ing. **Mayer:** Nein, ich glaube, daß überhaupt da kein Minister vorher herangetreten ist wegen irgendeiner Förderung, das war also neu.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Darum ging es mir. Wissen Sie, Sie stellen mit Recht dar, Herr Zeuge, daß der Verkehrsminister natürlich für eine Firma Ihres Ranges und Ihres Aufgabenbereiches ein regelmäßiger und wichtiger Gesprächspartner ist. Aber gerade deswegen, weil eben der jeweilige Verkehrsminister für Sie eine so große Bedeutung hat, ist es natürlich problematisch — aus meiner Sicht —, wenn derselbe Mann, der der oberste Herr der Aufträge ist — ich sage es jetzt sehr drastisch —, mit der aufgehaltenen Hand als Sportfunktionär zu Ihnen kommt. Setzt Sie das nicht irgendwie in einen Zugzwang? Das ist die Frage.

Ing. **Mayer:** Ich würde sagen, ja. Aber Sie können doch nicht verlangen, daß, wenn der oberste, schließlich und endlich verantwortliche und wichtigste Partner kommt und eine Gefälligkeit verlangt — ich meine, die 150 000 S haben uns ja nicht umgebracht, ich glaube, das war pro Jahr.

Es war irgendwie so, daß man gesagt hat, man soll doch ständig werben und dafür 150 000 S, und das war halt so wie Sie einen anderen Klub sponsern, wie Sie Mitglied von irgendeinem Gesangsverein sind, oder ich weiß nicht, wie ich das sagen soll.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Nur darum ging es mir.

Sind auch andere Politiker, die gleichzeitig Sportfunktionäre sind, an Sie in einer solchen Form herangetreten? Ist Ihnen etwas erinnerlich?

Ing. **Mayer:** Ich kann mich nicht erinnern. Es ist mir das in Erinnerung, weil es doch ein verhältnismäßig größerer Betrag war für so eine Förderung, und vor allem, weil es eben ein persönlich geschriebener Brief vom Minister Lanc war. Ich meine, das sind also doch Dinge, wo man mehr darauf schaut, wenn eine so hohe Persönlichkeit einen um eine Gefälligkeit ersucht, wie wenn also ein Irgendwer kommt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Im Jahr 1974 — da würde ich Sie bitten, sich zu erinnern — ist da nicht das Bauvorhaben AKH schon vor Ihnen gestanden als mögliche Betätigung für Ihre Firma?

Ing. **Mayer:** Nein, schauen Sie, bitte, es ist doch so, soweit ich mich erinnere, war das Allgemeine Krankenhaus immer unser Kunde gewesen, nicht wahr. Es war also naheliegend, daß man, als dieser Plan bestand, ein neues Krankenhaus zu bauen, sich also auch für diese Einrichtungen, also Telefon in unserem speziellen Fall, Einrichtungen des neuen Krankenhauses bewirbt. Aber das sind ja jahrelange Gespräche und Verhandlungen gewesen. Das ist doch nicht so eine Sache von wenigen Monaten gewesen, das hat sich doch endlos hingezogen. Man hat erst nicht gewußt, wie groß es wird, man hat nicht gewußt, wie es ausschauen wird — vielleicht weiß man es heute schon —, aber ich meine, es ist doch eine, man darf doch nicht vergessen, furchbar umfangreiche Arbeit.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, wenn wir das vielleicht noch einmal präzisieren könnten. Sie sind mehrfach gefragt worden, wie das jetzt mit den Mitgliedsbeiträgen an die Industriellenvereinigung ausschaut, wie das mit den Spenden im Sportbereich ausschaut. Ich habe an Sie die Frage: Hat sich bei den Summen eine Veränderung ergeben dadurch, daß Ihre Firma beim AKH mitgebaut hat?

Ing. **Mayer:** Gar nicht, ist vollkommen ausgeschlossen!

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt, für Sie gab es zwar einerseits Mitgliedsbeitragszahlungen, andererseits auch Spenden im Sportbereich, als Werbeaufträge, aber die Summen haben sich nicht dadurch verändert, daß es hier Aufträge gegeben hat?

Ing. **Mayer:** Aber gar keine Spur, das habe ich überhaupt noch nie gehört, muß ich Ihnen ehrlich gestehen, daß so etwas je gesprochen oder in Erwägung gezogen oder überlegt wurde.

Obmann Dr. **Steger:** Und wenn hier von Widmungsspenden die Rede war bei der Industriellenvereinigung, vielleicht kann ich es noch deutlicher fragen, gab es je Spenden, Mitgliedsbeiträge oder Spenden an die Industriellenvereinigung mit der Auflage, es einer ganz bestimmten Partei weiterzugeben?

Ing. **Mayer:** Nein, also ganz bestimmt nein.

Obmann Dr. **Steger:** Das können Sie jetzt sagen als Generaldirektor von ITT, in Ihrer Phase als Präsident ...

Ing. **Mayer:** Ich spreche nur hier als Generaldirektor von ITT.

Obmann Dr. **Steger:** In Ihrer Phase als Präsident der Industriellenvereinigung, das war ja auch eine Zeit, haben Sie dort so etwas erlebt?

Ing. **Mayer:** Nein, bitte schön, in dieser Kurzepisode, wenn ich das so bezeichnen darf, die

ich da miterlebt habe, wie noch nebenbei Sommerferien waren, wo kein Mensch da war, habe ich von solchen Dingen überhaupt nie etwas gehört oder gesprochen.

Obmann Dr. **Steger:** Wir sind damit am Ende Ihrer Einvernahme, ich danke Ihnen sehr, auf Wiedersehen, Herr Generaldirektor.

Zeugeneinvernahme von Dr. Edmund Hainisch

Obmann Dr. **Steger:** Grüß Gott! Herr Generaldirektor, bitte vorzutreten und hier Platz zu nehmen. Wir haben gehört, daß Sie noch etwas rekonvaleszent sind, und hoffen, daß wir Sie nicht zu lange belasten müssen. Sie kennen mittlerweile diesen Antrag, den Beschluß des Parlaments über den Untersuchungsauftrag. Ich kann mich auch kurz fassen mit den Erläuterungen, wie das ist mit den Zeugenpflichten und Zeugenrechten. § 153 StPO, insbesondere, Sie erinnern sich, mit Ihren Entschlagungsmöglichkeiten. Ich darf Sie sofort fragen, ob sich bei Ihren Generalien etwas geändert hat.

Dr. **Hainisch:** Bei der Anschrift hat sich etwas geändert. Mein Büro ist jetzt in der Lohnergasse und nicht mehr, wie es seinerzeit war, in der Dresdner Straße. 1210 Wien, Lohnergasse 7.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge, hat die Firma ITT, als Sie Generaldirektor oder Vorstandsmitglied waren, irgendwelche Spenden an politische Parteien geleistet?

Dr. **Hainisch:** Meines Wissens nie.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Hat sich der Mitgliedsbeitrag der Firma ITT an die Industriellenvereinigung im Zusammenhang mit den Aufträgen, die Sie zum Neubau des Allgemeinen Krankenhauses erhalten haben, erhöht, weil sich die Lohnsumme erhöht hat?

Dr. **Hainisch:** Hat sich eigentlich nie erhöht. Es ist hier überhaupt kein Zusammenhang mit dem Allgemeinen Krankenhaus feststellbar, sondern der Mitgliedsbeitrag wurde immer als ein Prozentsatz der Lohnsumme errechnet. Das hat sich also während meiner Zeit immer so abgespielt.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Hat Ihre Firma Widmungsspenden an die Industriellenvereinigung im Zusammenhang mit dem Erhalt von Aufträgen zum Neubau des Allgemeinen Krankenhauses geleistet?

Dr. **Hainisch:** Niemals.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Welche Tätigkeiten üben Sie jetzt in dem neuen Büro Ihrer Firma aus?

Dr. **Hainisch:** Zunächst einmal ist es so, daß ich, bitte vielleicht erzähle ich das gleich in Summe, um die ganze Prozedur zu kürzen. Es erschienen am 18. November 3 Herren unserer Konzernleitung, die meinem Kollegen Dr. Rose, dessen unmittelbarer Vorgesetzter aus dem Finanzbereich mir, der Vorgesetzte des Management Directors, erklärt hat, daß wir auf unbestimmte Zeit von unseren bisherigen Verpflichtungen entbunden sind, uns auf den bevorstehenden Prozeß vorzubereiten hätten und darüber hinaus die Zeit dem Studium von für uns einschlägiger Literatur, Fachzeitschriften et cetera zu widmen hätten. Wir hätten uns ein entsprechendes Büro einzurichten und dort für den Konzern verfügbar zu sein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge, zu Ihrer Orientierung und auch zur Klarstellung gegenüber den anderen Ausschußmitgliedern möchte ich die Fragen, die ich jetzt an Sie stelle, ein bißchen einbegleiten. Es ist der Minister Lanc in seiner Eigenschaft als Funktionär des ASKÖ-Vereins Wien-Sport an eine Reihe von Firmen herangetreten, mit dem Vorschlag, einen Werbepool zu bilden.

Es ergibt sich damit die Frage, weil ein Großteil der Firmen, die hier bei diesem Pool beteiligt waren, auch beim AKH tätig waren, ob nicht ein Zusammenhang herzustellen ist zwischen der Bereitschaft, diesen Pool zu dotieren, derartige Werbemaßnahmen zu setzen, und der Erlangung öffentlicher Aufträge, die mit vom Wohlwollen von sozialistischen Politikern verbunden oder gekoppelt sind.

Der Zeuge vor Ihnen, der Herr Generaldirektor Mayer, hat zum Ausdruck gebracht in seiner Vernehmung, daß natürlich der Wunsch eines Ministers, der für seine Firma ein wichtiger Gesprächspartner ist, etwas ist, an dem man nicht vorbeigehen kann.

Ich möchte Sie zunächst fragen: Stehen Sie auch auf diesem Standpunkt, daß der Wunsch eines Minsters, eine bestimmte Förderungs- und Werbeaktivität zu setzen für eine Firma, die hohe öffentliche Aufträge bekommt, etwas ist, an dem sie nicht vorbeigehen kann, also dem sie sich irgendwie zu beugen bereit ist?

Dr. **Hainisch:** Wenn ein Ressortminister, in dessen Ressort 58 Prozent des Auftragsvolumens eines Unternehmens fallen, einen Wunsch äußerst, so hat dieser Wunsch natürlich ein entsprechendes Gewicht. Zu Ihrer ersten grundsätzlichen Frage jedoch ist zu sagen, daß niemals bei uns der Gedanke aufgetaucht ist, ein solcher Wunsch könnte im Zusammenhang mit irgendwelchen AKH-Aufträgen auftauchen. Viel eher lag für uns nahe,

daß eben die sehr hohe Abhängigkeit vom Ressort die Möglichkeit der Ansprache der dieses Ressort betreuenden Firmen nahegelegt hat.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): War aber nicht doch, Herr Zeuge, im Jahr 1974, wo sich das abgespielt hat, Sie persönlich nicht eingeschaltet waren, zumindest in der ersten Phase, das AKH nicht doch schon ein vor Ihnen stehender größerer Auftrag?

Dr. **Hainisch:** Hier darf ich bitte, um überhaupt die Situation zu klären, ein bißchen ausführen, daß das AKH erst jetzt im Zuge der jetzigen Erhebungen und im Zuge der Erkenntnisse, die man heute über die seinerzeitigen Vorgänge hat, ein derartiges Übergewicht bekommen hat. Das AKH war für uns zum damaligen Zeitpunkt ein ganz normaler Auftrag, ein ganz normales Arbeitsgebiet unseres Hauses. Es war ja in unserem Hause ein von unserer Seite als normal anzusehender Kommissionsvertrag mit den jetzt inkriminierten Firmen PLANTECH und später GEPROMA vorhanden und in keiner Weise eine Notwendigkeit da, diesem Thema besondere Beachtung zu schenken. Daher ist auch niemals der Verdacht oder die Frage aufgetaucht, es könnten hinter irgendwelchen Wünschen, die geäußert werden, Dinge stecken, die mit dem AKH zu tun haben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sind Sie dann mit der Durchführung dieses Werbeauftrages irgendwie noch in Berührung gekommen? Waren Sie damit befaßt, haben Sie davon gewußt?

Dr. **Hainisch:** Ich habe davon gewußt. Es hat mir Präsident Mayer ja seinerzeit einmal schon von diesem Wunsch Kenntnis gegeben. Er hat mich auch informiert darüber, daß er sich abstimmt mit den anderen Generaldirektoren der Telefonfirmen, die hier angesprochen waren. Es waren die vier Telefonfirmen angesprochen und es wurde dann auch in einem Aktenvermerk, den ich auch bekommen habe, festgelegt, wie die ganze Geschichte behandelt werden soll.

Ich habe dann später, als ich Generaldirektor wurde, natürlich über unseren Werbemanager die jeweiligen Aufwendungen, die dafür vorzusehen waren, auch im Budget zu berücksichtigen gehabt und habe immer versucht, diesen Budgetposten — das war mein persönliches Anliegen — immer so niedrig wie möglich zu halten, weil er keine Dispositionsmöglichkeit über diesen Betrag für uns an sich dargestellt hat.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wie meinen Sie das, es hat keine Dispositionsmöglichkeit gegeben?

Dr. **Hainisch:** Nun, es war das bereits eine irgendwie zur Routine gewordene Verpflichtung und dieser Teil unseres Werbebudgets war daher nicht aus dem Augenblick heraus disponibel.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wissen Sie, um welche Größenordnung es sich insgesamt gehandelt hat?

Dr. **Hainisch:** Ich kann Ihnen das genau sagen. Es ist das in einer Aussage, die unser Public Relationsmanager vor dem Untersuchungsrichter Dr. Hergovits gemacht hat, schon einmal im Detail festgehalten worden. Ich habe mir, nachdem ich diese Frage erwartet habe, die Unterlage mitgenommen und darf Ihnen das sagen.

Es wurden im Jahre 1975 150 000 S, im Jahre 1976 150 000 S, im Jahre 1977 150 000 S, im Jahre 1978 150 000 S, im Jahre 1979 120 000 S und im Jahre 1980 130 000 S bezahlt, wobei die Absenkung des Betrages bitte auf die Einführung der Mehrwertsteuer zurückzuführen ist, die hier nicht in diesen Beträgen enthalten ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Habe ich es jetzt in Gedanken richtig addiert: 850 000 S.

Dr. **Hainisch:** Ich habe es nicht zusammengezählt, aber das dürfte in etwa stimmen. Das sind etwa sechs Positionen. Ja, das wird in etwa stimmen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Sind Sie davon ausgegangen, daß hier eine große Werbewirksamkeit oder ein Wunsch der eigentliche Grund ist, der Ihnen von Ihrem Vorgänger mitgeteilt wurde, der auf einer Vereinbarung und auf einer Zusage beruht?

Dr. **Hainisch:** Hier kann ich nur also meine ganz persönliche und nicht die in einer Funktion als Generaldirektor zu äußernde Meinung wiedergeben. Meine Meinung war, daß es hier der Wunsch ist, dem nachgekommen wird. Die Werbewirksamkeit wird von unserem Werbespezialisten wohl erwähnt und auch gebührend gewürdigt. Er ist der Meinung, daß dieser Betrag entsprechend gewesen wäre.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Entsprechend dem, was geboten wurde.

Dr. **Hainisch:** Dem was geboten wurde.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber es beruhte das alles auf Grund einer Zusage, die Ihr Amtsvorgänger im Jahre 1974 . . .

Dr. **Hainisch:** Es beruhte auf einen Brief, der von Herrn Minister Lanc an meinen Vorgänger, Generaldirektor Mayer, gerichtet wurde. Ich habe eine Abschrift dieses Briefes hier. Wenn es von Interesse ist, kann ich die gerne

übergeben. Ich nehme jedoch an, daß Sie ähnliche Schreiben ja schon bekommen haben werden. Das Original ist meines Wissens schon dem Untersuchungsrichter ausgehändigt worden. Es gab dann eine ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Mir ist die Unterlage bekannt.

Dr. **Hainisch:** Es gab dann eine Besprechung mit den anderen Herren, mit den Herren der anderen Firmen, wo man sich dann auf diese Vorgangsweise festgelegt hat, daß man nicht den ganzen Wunsch, der ursprünglich auf 150 000 bis 250 000 S gelautet hat, nachkommen will, sondern daß man hier einen Mittelweg einschlagen möchte, der ungefähr 100 000 S — hat man gemeint —, man hat sich dann bei 150 000 S zusammengehandelt, und daß das nicht eine Dauerregelung sein soll, sondern daß das eine von Jahr zu Jahr immer wieder neu zu treffende Vereinbarung sein sollte.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber es ist eigentlich jährlich nur etwas erneuert worden, was an sich schon existiert hat. Ist das richtig?

Dr. **Hainisch:** Es ist jährlich erneuert worden, was an sich existiert hat und was, wie ich vorhin schon erwähnte, eine Art Routinevorgang gewesen ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie je erwogen, auszusteigen?

Dr. **Hainisch:** Erschien mir gedanklich gar nicht möglich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben vorhin gesagt, die Werbeleute haben das als angemessen betrachtet. Gibt es darüber eine konkretere Aussage als diese?

Dr. **Hainisch:** Ich kann Ihnen bitte den Wortlaut, wie unser Werbemanager das gemeint hat, sagen. Er meinte: Als Gegenleistungen für diese Sponsorverträge waren Bandenwerbung, Inserate in der Vereinszeitung und Werbedurchsagen vorgesehen. Die Zahlungen entsprechen den Leistungen. Das war in etwa die Formulierung, die von seiten des Fachmannes hier getroffen wurde.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wobei keine Quantifizierung dieser sehr allgemeinen gehaltenen ...

Dr. **Hainisch:** Ich persönlich kann es nicht quantifizieren, ich gehe auf kein Fußballmatch, ich gehe auch nicht auf diese Sportplätze.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, ich meine, es liegt nicht dabei, wie das Inserat ausgesehen hat. Es liegt nicht dabei, wie viele Durchsagen erfolgt sind, wie groß die Transparente waren. Ob von allen vier Firmen die Transparente nebeneinander waren oder so.

Dr. **Hainisch:** Das kann ich bitte nicht angeben, daß sind also Spezialitäten und Details, die, wenn benötigt, sicherlich in unserer Werbeabteilung aushebbar sind, aber ich habe das nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer hat denn die Details ausgehandelt?

Dr. **Hainisch:** Das ist Angelegenheit gewesen natürlich unseres Dipl.-Ing. Neumüller, der in der Verantwortung des Werbemanagers der Firma war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wenn das alles in diesen sechs Jahren alle Jahre verlängert worden ist, hat es da jedesmal ein Brieferl des Innenministers gegeben?

Dr. **Hainisch:** Da hat es jedes Jahr eine Aufforderung gegeben von Seite des Herren, der hier beauftragt war, das zu tun. Ich glaube, das geht aus der Aktennotiz hervor, eines Herren, der bei der Fa. Martha beschäftigt ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es ist aber reiner Zufall, daß der bei der Firma ist. Das hat mit der Fa. Martha nichts zu tun. Er ist nur der Werbeleiter.

Dr. **Hainisch:** Er heißt Gerhard Hofbauer. Er ist der Betriebs- und Werbeleiter der Fa. Martha.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber die Fa. Martha war in das Finanzierungssystem nicht eingeschaltet.

Dr. **Hainisch:** War nicht eingeschaltet, sondern der Herr war ein Funktionär dieses Sportvereins.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Haben Sie auch sonst Werbung bei Sportvereinen in Auftrag gegeben, genauso ohne Zusammehang mit dem AKH, wie bei der Wien-Sport?

Dr. **Hainisch:** Das ist richtig. Wir haben auch den Eggenburger Handballklub gesponsert. Es ist der Eggenburger Handballklub, wir betreiben ein Zweigwerk in Eggenburg, in diesem Handballklub sind auch Mitglieder unseres Hauses aktiv als Sportler tätig, an uns herangetreten, und wir haben natürlich, als dieser Klub sponsorlos wurde, dann einspringen müssen, als wir angesprochen wurden vom Obmann dieses Klubs.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und wissen Sie, ob Sie jetzt noch Sponsor dort sind?

Dr. **Hainisch:** Ich weiß, wir sind noch Sponsor und die Sponsor-Beträge bewegen sich zwischen 50 000 und 100 000 S.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Das hat genauso keinen Zusammenhang mit dem AKH.

Dr. **Hainisch:** Hat gar keinen Zusammenhang. Hat nur den Zusammenhang, daß Mitglieder unseres Hauses dort als aktive Sportler tätig sind.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): In diesem Fall waren keine Politiker eingeschaltet, wenn ich richtig verstehe.

Dr. **Hainisch:** Nein. Es ist der Obmann des Sportvereines der Sparkassendirektor, also das ist kein Politiker. In dem Fall, glaube ich, absolut nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Die Feststellung der Werbewirksamkeit ist ja, wenn ich richtig im Bild bin, eine Voraussetzung für die steuerliche Absetzung.

Dr. **Hainisch:** Richtig, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich bin durch die Zusatzfrage erledigt, daß es sich um keine politische Intervention gehandelt hat, sondern daß das offensichtlich ein halber Firmenverein ist.

Dr. **Hainisch:** Das ist fast ein ganzer Firmen-Verein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Generaldirektor! Ist Ihnen bekannt, daß im anglo-amerikanischen Bereich andere Prüfungsvorschriften bestehen, im Zusammenhang durch die Bestätigung der Wirtschaftsprüfer, die insbesondere auf die Zahlungen Geproma - Plantech anzuwenden gewesen wären?

Dr. **Hainisch:** Ist bekannt und es wird auch natürlich von der Firma Andersen unser Unternehmen geprüft nach diesen amerikanischen Richtlinien. Aber auf Plantech und Geproma wären die, nachdem es sich hier um einen ganz normalen Provisionsvertrag gehandelt hat, auch nicht anders anzuwenden gewesen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich kenne diese Vorschriften auch nur aus der Literatur, Sie kennen sie sicher besser: Wäre nicht die Firmenleitung verpflichtet gewesen, die Wirtschaftsprüfer darauf aufmerksam zu machen?

Dr. **Hainisch:** Wenn, dann nicht zum damaligen Zeitpunkt. Denn diese Vorschriften im anglo-amerikanischen Bereich haben nach der Lockhead-Affäre eine sehr wesentliche Verschärfung erfahren. Das war also weit später, als die ganze Geschichte mit der Plantech bei uns begenonnen hat, als der erste Provisionsvertrag abgeschlossen wurde.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat die ITT, der internationale Konzern in Amerika, jetzt Schwierigkeiten in irgendeinem Bereich auf Grund dieser Zahlungen, die hier geleistet worden sind?

Dr. **Hainisch:** Wir fühlen uns in Österreich als ITT-Austria als großes Unternehmen. Innerhalb des Konzerns jedoch bitte ich zu verstehen, daß wir ein kleiner Floh sind.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, aber trotzdem.

Dr. **Hainisch:** Die Schwierigkeiten, die aus unserer Tätigkeit entstehen könnten, werden sicherlich in New York registriert. Letztendlich ist auch die Reaktion, die persönlich mich betroffen hat und meine Kollegen betroffen hat, darauf zurückzuführen, daß im Wall-Street-Journal über den AKH-Skandal berichtet wurde und daß innerhalb dieses Berichtes auch ITT-Austria erwähnt wurde.

Aber ansonsten glaube ich nicht, daß der Konzern in irgendeiner Form Nachteile oder Schwierigkeiten daraus hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich frage Sie jetzt nicht wegen eines Skandals, das ist ganz klar, daß der Skandal vielleicht abgefärbt hat auf die ITT, das wird auch in einem anderen Zusammenhang gebracht. Gibt es Prüfungen in den USA in diesem Zusammenhang?

Ist der ITT-Konzern aufgefordert worden, über die amerikanischen Behörden hier Nachweise und Rechenschaft zu geben, Prüfungsberichte abzuliefern?

Dr. **Hainisch:** Um präzise zu sein: Der ITT-Konzern ist, wie andere amerikanische Unternehmungen auch, IBM und andere, nach dieser Lockhead-Affäre über den SSI, also die Security Exchange Commission, aufgefordert worden, seine Unternehmungen zu prüfen. Und diese Prüfungen laufen nun, soweit ich es weiß, seit dem Jahre 1976, durch ein Konzernhaus nach dem anderen laufend durch. Das hat nichts zu tun mit der spezifischen österreichischen Situation.

Obmann Dr. **Steger:** Was jetzt in Amerika geprüft wird, ist wirklich auch interessant. Nicht, daß Sie mich mißverstehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie sagen, Ihnen ist es also nicht bekannt, ob aus diesem Anlaß konkrete Prüfungen ...

Dr. **Hainisch:** Keine besonderen Prüfungen aus diesem Anlaß.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie das ausschließen oder ist es Ihnen nicht bekannt?

Dr. **Hainisch:** Es ist mir zumindest nicht bekannt. Ich kann es nicht mit hundert Prozent ausschließen, würde aber mit großer Wahrscheinlichkeit sagen, daß das nicht der Fall ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer führt jetzt Ihre Geschäfte mit ITT-Austria?

Dr. **Hainisch:** Die führt jetzt Herr Generaldi-

rektor-Stellvertreter Stasek, ein gebürtiger Österreicher, der bei Intermetall in Deutschland tätig war und der knapp vor der Pensionierung stehend gebeten wurde, interimsmäßig die Leitung zu übernehmen. *(Damit ist die Zeugeneinvernahme von Dr. Hainisch beendet. — Die Sitzung wird um 12 Uhr 20 Minuten unterbrochen und um 14 Uhr 37 Minuten wiederaufgenommen.)*

Zeugeneinvernahme von Ing. Camillo Knoblich

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Bitte, Herr Zeuge, wenn Sie hier mir gegenüber auf diesem Sessel vor dem Mikrofon Platz nehmen.

Herr Ing. Knoblich! Sie sind als Zeuge vor den parlamentarischen Untersuchungsausschuß geladen, der auf Grund eines Beschlusses des Plenums des Nationalrates drei Punkte zu untersuchen hat: Erstens Untersuchung der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung,

zweitens Untersuchung der Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind, und

drittens Untersuchungen der Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen.

Auf Grund des Geschäftsordnungsgesetzes des Nationalrates ist die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden. Hier ist insbesondere § 153 für Sie als Zeuge von Bedeutung. *(Obmann-Stellvertreter Ing. Hobl bringt dem Zeugen § 153 StPO zur Kenntnis.)*

Jetzt darf ich Sie noch bitten, uns Ihre Generalien, Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Beruf und Wohnort, bekanntzugeben.

Ing. **Knoblich:** Mein Name ist Knoblich Camillo, geboren am 1. 3. 1923, von Beruf Techniker. Ich wohne in Niederösterreich, Postleitzahl 2392, Sulz 181.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Danke, Herr Zeuge. Ich möchte als erster gleich ein paar Fragen an Sie richten. Können Sie uns in kurzen Worten die Entwicklung Ihrer Firma schildern?

Ing. **Knoblich:** Ich habe im Jahre 1949 als Einzelperson eine Firma gegründet, die sich mit der Entwicklung der Leuchtstofflampentechnik befaßt hat. Ich habe im Laufe der Jahre diese Firma aufgebaut. Ich möchte dazu sagen, daß ich diese Firma ohne Vermögen, im Gegenteil, mit einer Kriegsgefangenenuniform begonnen habe. Ich selbst habe eine rein technische Ausbildung und keine kaufmännische Ausbildung zu diesem Zeitpunkt gehabt. Aber es ist mir gelungen, eben durch technische Lösungen vorwärtszukommen und meinen Mitarbeiterstab ständig zu erweitern. Ich darf dazu erwähnen, daß auch mein Gesellschaftskreis und mein Freundeskreis daher immer Arbeiter bzw. Arbeitnehmer waren.

Um die Sache kürzer darzustellen, springe ich, denn es liegt in Ihrem Interessenbereich, jetzt weiter. Die Firma hat dann Dimensionen erreicht, denen ich kaufmännisch nicht gewachsen war. Das heißt, ich konnte nicht die technische und die kaufmännische Seite zugleich ausüben, und so habe ich mir eben für die kaufmännische Seite, wie man so sagt, zuerst Vertreter, dann Buchhalter und Manager gesucht. Unter Mithilfe dieser Leute ist die Firma weiterhin expandiert und hat bereits ungefähr einen Personenkreis, einen Beschäftigtenstand von um 100 Leute erreicht. Ich war zu diesem Zeitpunkt noch immer irgendwie mit beratend tätig im Vertrieb und mit beratend tätig in der Finanz. Aber ab diesem Zeitpunkt war mir das überhaupt nicht mehr möglich, und so habe ich mir Geschäftsführer bestellt. Diese Geschäftsführer waren nicht alleine zeichnungsberechtigt, sondern hatten immer einen Prokuristen beigesetzt, um irgend etwas tun und lassen zu können.

So ist es weitergegangen bis zum Jahr 1972. Da ist die Firma wieder einmal zu klein geworden. Der Arbeiterstand ist damals auf 120 Leute angestiegen, es waren große Aufträge da. Um zu diesem Zeitpunkt konkurrenzfähig zu sein, mußte man auch bereits in größeren Serien fertigen. Dies war in den Räumlichkeiten der Firma nicht möglich. So habe ich mich beraten lassen, leider schlecht beraten lassen und habe nicht meinen derzeitigen Betrieb in Kittsee ausgebaut, sondern auf Grund einer Unterstützung der Gemeinde Wien — wie das genau war, weiß ich nicht, das habe ich nicht durchgeführt, das habe ich nicht verhandelt — haben wir ein Grundstück in der Buchgasse, den ehemaligen Trabrenngründen, erworben und mit Bankkrediten dort die neue Knoblich-Licht-Firma gebaut. Diese Baudurchführung und das ganze Management hatte zu diesem Zeitpunkt der Ihnen bekannte Herr Sefcsik über, wobei ich ausdrücklich betonen muß, daß bis zu diesem Zeitpunkt der Herr Sefcsik für mich ein integerer Mensch war, der mein volles Vertrauen immer genossen hatte, sonst hätte ich ihm das ja gar nicht eingeräumt.

Ab dem Zeitpunkt hat es dann bei mir in der Firma zum Spannendwerden begonnen. Das Präliminare für das Bauvorhaben waren zirka 26 Millionen Schilling. Wie ich dann gesehen habe, wurden Sachen angesschafft und gebaut,

die nie geplant, nie bestellt und nie von mir gebilligt waren. Aber was soll es? Es haben Geschäftsführer, Prokuristen gezeichnet, die Lieferanten hatten geliefert, was blieb über? Und so ist in der Folge die Firma in Geldschwierigkeiten gekommen. Ich möchte noch dazusagen: Zu dem Zeitpunkt war dem Herrn Sefcsik für die ordnungsgemäße Geschäftsgebarung ein Wirtschaftstreuhänder namens Müller beigestellt. Und bis ich dann die endgültige Baukosten- und Investitionsabrechnung bekommen habe, war September 1974.

Diese Ziffer war so exorbitant, daß ich mich genötigt sah, sozusagen auf gut wienerisch, auf den Tisch zu hauen und Ordnung zu schaffen. Das Resultat der Ordnung war aber dann, daß ich als Geschäftsführer ausgeschieden bin, daß die kreditgebende Bank einen Beirat zur Kontrolle und zur Unterstützung, muß ich sagen, zur aufrechten Unterstützung der Firma eingesetzt hat, um die Firma wieder ins Lot zu bringen. Man hat da dem Herrn Sefcsik ein bisserl Handschellen angelegt. Ich habe abgelehnt, unter diesen Bedingungen als Geschäftsführer tätig zu sein, weil ich der kaufmännischen Situation überhaupt nicht gewachsen war, und war seitdem nur mehr Gesellschafter der Dinge.

Mit der Firma ist es dann wieder bergauf gegangen. Geldsorgen waren immer da. Die Bilanzen, die mir vorgelegt worden sind, und die Statuts waren wohl ... Es war immer eine Verbesserung zu verzeichnen, aber das Eigenkapital hat diesem Unternehmen immer gefehlt. Ich war stets bemüht, irgendeinen Geldgeber, Finanzier aus der Wirtschaft zu finden, der sich an diesem Unternehmen beteiligt, da Bankkredite in diesem Umfang auch ein Unternehmen ruinieren.

Und so ist es mir dann in letzter Konsequenz gelungen, meine Gesellschaftsanteile an der Firma Siemens zu verkaufen. Ich habe mir von der Firma Siemens zur Bedingung gemacht, daß meine Arbeitnehmer, meine Kollegen und Freunde einen gesicherten Arbeitsplatz haben. Ich habe dafür auch auf höhere Verkaufspreise verzichtet. Und so hat mir die Firma Siemens dann meine Anteile abgekauft. Ich habe für diese Anteile netto 10 Millionen Schilling, von denen ich selbstverständlich noch die Steuer zu entrichten habe, erhalten. Den Mehrbetrag, den die Firma Siemens bezahlt hat, mußte ich als Vermittlungsprovision weiterleiten. Auch das habe ich getan. — Damit ist die Geschichte in Kurzform gesagt.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge! Die Siemens-Beteiligung: Haben Sie da mit Siemens verhandelt?

Ing. **Knoblich:** Nein. Ich habe nicht mit Siemens verhandelt, sondern das wurde an mich herangetragen. Man hat gewußt — ich habe es in Bankkreisen und auch in der Branche überall verlautbart —, daß ich bereit bin, meine Anteile abzutreten, wenn ein seriöser Partner kommt, wenn es weitergeht. Ich habe auch meine Mitarbeit weiterhin angeboten. Und so ist eines Tages eben der Herr Sefcsik an mich herangetreten und hat gesagt: Da gibt es eine Möglichkeit, die Firma Siemens. Ich wollte mit den Herren Kontakt aufnehmen, da sagte er: Au contraire, tun Sie das ja nicht. Bitte, ich bin kein guter Verhandlungspartner, ich habe nicht den kaufmännischen Charme, den man da zum Geschäftemachen oft braucht, und so hat der Herr Sefcsik diese Verhandlungen für mich geführt. Ich bin erst zu Schlußbesprechungen mit Herren der Firma Siemens zusammengekommen. Ich muß sagen, die waren ganz seriös mir gegenüber, sie haben meine Bedingungen eben in Hinsicht der Arbeitsplätze und eines Lizenzrechtes von einem Patent von mir voll und ganz erfüllt, und so war für mich der Fall klar.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge! Welche Agenden hatte der Herr Sefcsik, also wann ist er von Ihnen zum Geschäftsführer bestellt worden? Mir genügt das Jahr. Und waren Sie da noch eine Einzelhandelsfirma?

Ing. **Knoblich:** Praktisch 1971 ist die Firma Knoblich-Licht in eine mbH umgewandelt worden. Die Vorgeschichte war ja die — ich habe das nicht erwähnt —: Die Firma Knoblich-Licht hätte schon einmal verkauft werden sollen, nämlich an die Firma AEG. Und das war im Jahr 1971. Dieser Kauf ist geplatzt, und ich habe damals die Firma in eine mbH. umgewandelt und meinen damaligen, ich muß sagen, aufrechten Freund und Mitarbeiter, dem ich auch den Aufstieg mit der Firma zu verdanken hatte, nämlich Herrn Sefcsik, 30 Prozent der Firmenanteile, nicht ganz 29 komma so und so viel Prozent — ich weiß nicht, wie sich das juridisch ausgeht — geschenkt, damit er dann späterhin in der Firma AEG seine sichere Position hat. Dieser Kauf ist geplatzt. Es hat noch gefehlt an einer Unterschrift in Deutschland. Wahrscheinlich sind die Deutschen dort drüben draufgekommen, daß da etwas nicht stimmt, und haben halt die letzte Unterschrift nicht gegeben. Und eigentlich ab dem Zeitpunkt ist der Herr Sefcsik praktisch Geschäftsführer, man kann auch sagen, fast alleiniger Geschäftsführer in der Praxis gewesen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge! Bis wann haben Sie Einfluß auf die Kalkulationen Ihrer Firma genommen?

Ing. **Knoblich:** Auf die Kalkulationen? Auf die Kalkulationen der Produkte ...

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ja.

Ing. **Knoblich:** ... habe ich bis 1974 Einfluß genommen, solange ich noch Geschäftsführer in der Firma Knoblich-Licht war. Ich bin nachher wohl noch Jahre hindurch trotzdem in die Firma gefahren und war dort in beratender Form und als Entwicklungstechniker tätig und habe somit indirekt vielleicht auf Kalkulationen Einfluß genommen von Produktionen, also: Wie schnell macht eine Maschine das oder jenes? Aber — wie soll man sagen? — auf die Kalkulation der kaufmännischen Usancen habe ich keinen Einfluß mehr genommen, die wurden von Herrn Sefcsik und seinem Team gemacht.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Und als Sie auch noch auf Endverkaufspreise Einfluß hatten: Haben Sie hier auch Provisionszahlungen jeweils bei der Kalkulation berücksichtigt in einem bestimmten Prozentsatz oder nicht?

Ing. **Knoblich:** Absolut nicht, sondern ich habe Vertriebskosten berücksichtigt. Die Firma Knoblich-Licht hatte immer Werbekosten, also Prospekte. Wir haben Vertreter beschäftigt, und es gab Vertreter, die ein geringeres Gehalt hatten und eine Provision für ihre Umsätze erhielten. Es gab aber auch Vertreter — wie soll man sagen? —, wir haben sie dann nicht Vertreter, sondern Beratungstechniker genannt, die ein höheres Gehalt gehabt haben, egal welche Geschäfte sie tätigten.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Haben Sie sich bei den Geschäften, als Sie noch in der Geschäftsführung waren, auch Kontakte bedient, um Subaufträge zu erhalten, durch Mittelspersonen, die Ihnen da geholfen haben?

Ing. **Knoblich:** Nein, solange ich tätig war, nie.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Können Sie uns irgend etwas sagen aus Ihrer eigenen Wahrnehmung über Interventionen zugunsten Ihrer Firma?

Ing. **Knoblich:** Bitte, ich habe die Frage nicht ganz exakt verstanden.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Können Sie uns während der Zeit Ihrer Geschäftsführung oder dann auch später, als Sie nur mehr Gesellschafter waren, irgendeine eigene Wahrnehmung mitteilen, daß man von politischer Seite oder von Kammerseite oder von der Seite der Industriellenvereinigung zugunsten von Aufträgen für Ihre Firma interveniert hat über Ihren Wunsch oder über Wunsch der Herren Ihrer Geschäftsleitung?

Ing. **Knoblich:** Ja, ich kann mich an eines erinnern. Die Situation war so — vielleicht darf ich das kurz schildern —: Die Auftragslage in Österreich war nicht die allerbeste, und die Verkaufspreise waren gar nicht mehr richtig den Kalkulationen entsprechend, und es kamen sehr viele Produkte aus dem Ausland. Und da kann ich mich erinnern, daß wir bemüht waren, an allen Orten und an allen Stellen eben anzureden, bitte doch österreichische Firmen den Vorzug zu geben, wenn nicht unsere Preise exorbitant teurer wären. Ich weiß, daß da Briefe verfaßt worden sind, aber ich habe an Verhandlungen oder Geschprächen mit irgendwelchen Herren nie teilgenommen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge! Haben Sie feststellen können, daß es bei Ausschreibungen in den neun österreichischen Bundesländern eine unterschiedliche Beurteilung der Anbote gegeben hat, also, wenn Sie jetzt auch Bestbieter waren als Firma Knoblich, daß man Sie trotzdem nicht genommen hat, weil man eine in dem jeweiligen Bundesland ansässige Firma, auch wenn sie teurer war, vorgezogen hat?

Ing. **Knoblich:** Ja bitte, soviel ich mich erinnern kann, bin ich informiert worden — ich muß nicht sagen, daß ich das selbst von irgend jemand, irgendeiner Person gehört habe, außer von hausinternen Leuten —, daß es solche Fälle gab. Ich müßte heute lügen, wenn ich sage, welches Bundesland das war. Aber ich weiß, daß da irgendeine Prozentgrenze war. Wenn der Bieter des eigenen Landes um 5 Prozent — bitte, vielleicht ist das auch nicht richtig, vielleicht waren es 6 Prozent oder nur 4 Prozent — besser gelegen ist, also teurer war, hat er noch immer den Auftrag erhalten.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge! Sind Ihnen während Ihrer Geschäftsführung oder dann, als Sie nur mehr Gesellschafter waren, Vorgänge bekannt geworden, wo man sagen könnte, das waren Spenden an politische Parteien dieses Landes?

Ing. **Knoblich:** Nein, das ist mir nicht bekannt. Ich glaube auch gar nicht, daß so etwas passieren kann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge, können Sie ein bissel mehr präzisieren, warum Sie die Geschäftsführung dem Herrn Sefcsik überlassen haben?

Ing. **Knoblich:** Ja, das kann ich Ihnen präzisieren. Wenn Sie 100 Arbeitnehmer in der Werkstätte betreuen ... Ich muß Ihnen sagen: Schauen Sie, das Geheimnis meines Betriebes und Werdeganges war es, daß wir keinen großen Beamtenstab hatten. Ich war der Erfinder, der Konstrukteur, der Organisationsleiter der Fertigung, der Einkäufer, alles in einer Person.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Provisionszahler?

Ing. **Knoblich:** Bitte, das muß ich mir leider ... Entschuldigen Sie, ist das ...?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich frage Sie. Das ist eine Frage. Sie können jetzt ja oder nein sagen.

Ing. **Knoblich:** Ich fühle mich beleidigt, wenn Sie mir überhaupt diese Frage stellen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja bitte schön, es gibt ja legale Provisionen, Sie brauchen ja mit mir nicht gleich zu streiten.

Ing. **Knoblich:** Ja schauen Sie, ich sitze hier in einem Forum, da geht es doch darum, daß da hier irgendwelche Schmiergelder und verbrecherische Handlungen getätigt worden sind. Und entschuldigen Sie, wissen Sie, ich bin auch sehr nervös. Sie können sich vorstellen, ich bin es ja nicht gewohnt, für mich sind solche Sachen fürchterlich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, aber Sie sollten sich — das wird Ihnen der Herr Vorsitzende auch sagen — nicht über Fragen aufregen, sondern sie in aller Ruhe beantworten. Die meisten kann man mit ja und nein beantworten. Wenn Sie sagen, Sie sind nicht der Provisionszahler, so geht das ins Protokoll.

Ing. **Knoblich:** Wenn Sie mich fragen: Haben Sie Provisionen bezahlt? in der Form, dann gebe ich Ihnen in der Form die Antwort: Ich habe Provisionen bezahlt, die ordnungsgemäß in der Buchhaltung ausgewiesen wurden, für die es Belege gibt, wo alle Unterlagen nachweislich sind. Ich habe keine Provisionen bezahlt — nie in meinem Leben —, die man sogenannte schwarze Provisionen oder Schmiergelder nennt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Unbenannte Provisionen?

Ing. **Knoblich:** Darf ich sagen, ich habe nicht einmal unbenannte Provisionen bezahlt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es ist in Ihrer Aussage vor Gericht die Rede von — glaube ich — 800 000 S, oder war das die Aussage von Herrn Sefcsik vor Gericht, von 800 000 S Provisionen. Ist Ihnen darüber irgend etwas bekannt?

Ing. **Knoblich:** Darf ich Ihnen etwas sagen: Mir ist bekannt, daß die Firma Knoblich-Licht — sprich: der Geschäftsführer und die Prokuristen — erhebliche unbenannte Provisionen bezahlt haben. Das ist mir bekannt. Aber bitte, ich habe das nie getan. Ich wurde in Kenntnis gesetzt, nachdem die Ereignisse schon eingetreten sind. Warum, kann ich Ihnen auch sagen: Ich kann nur aus Bilanzen Ziffern nehmen als Gesellschafter; ich kann nicht bei jeder Provision sagen, wer und wer hat das bekommen? Sondern da steht die Provisionssumme in der Bilanz, so hoch waren die. Und da ist der Wirtschaftsprüfer; der wird gefragt: Stimmt das? Darauf sagt er: Ja. Darauf sage ich: Dann ist es in Ordnung. Aber ich habe den einzelnen Fall nicht geprüft, tut mir heute wirklich leid, ich sage es Ihnen ganz aufrichtig.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und sie wissen jetzt im nachhinein bei den nachträglichen Prüfungen auch nicht, wer der Empfänger dieser Provisionen war? Nicht die Sie bezahlt, sondern andere bezahlt haben.

Ing. **Knoblich:** Ich weiß es leider nicht. Ich sage Ihnen ganz eindeutig: Wenn ich das wüßte, ich würde diese Namen nennen, ich schütze niemanden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wer hat diese Provisionen bezahlt?

Ing. **Knoblich:** Diese Provisionen hat der Herr Sefcsik mit dem jeweiligen Prokuristen gemeinsam gezahlt. Man hat mich erst im Gerichtssaal bei der Frau Dr. Pablé in Kenntnis gesetzt und ich habe diese Ziffern mit Erschrecken zur Kenntnis genommen und kann es bis heute nicht glauben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun hat es bei der Einvernahme des Herrn Sefcsik hier vor dem Ausschuß auch ein Frage-Antwort-Spiel gegeben, wo er gefragt wird, ob Sie über Provisionszahlungen aus dem Zeitraum von vor 1973/74 Bescheid wissen müßten. Und das hat er immerhin für möglich gehalten.

Ing. **Knoblich:** Das habe ich ja gesagt; das sind diese Provisionen, die ordnungsgemäß ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das waren aber benannte Provisionen.

Ing. **Knoblich:** Das sind benannte Provisionen. Bitte unbenannte Provisionen; wenn unbenannte Provisionen bezahlt worden sind, so gehen die immer aus dem Bauakt hervor. Das heißt, die Steuern sind immer dafür entrichtet worden. Es ist aber nie eine schwarze oder Schmiergeld oder so etwas ... Das gibt es nicht. Ich habe ja gar nicht die Mittel gehabt, so etwas zu tun.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wie waren dann die Beziehungen Ihrer Firma zur Plantech?

Ing. **Knoblich:** Die kenne ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Geproma?

Ing. **Knoblich:** Die kenne ich nicht, bitte. Ich kenne sie durch den Gerichtsakt. Da hat sich der Herr Sefcsik mit dem Prokuristen Geld gemacht, anders sehe ich das ja gar nicht. Entschuldigen Sie, die Pablé hat mir da vorgelegt Überweisungen von Liechtenstein, die kenne ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben mit dem Herrn Winter nie zu tun gehabt, kennen aber den Herrn Schweitzer?

Ing. **Knoblich:** Mit dem Herrn Winter habe ich nie etwas zu tun gehabt, den Herrn Schweitzer kenne ich vom Sehen aus, weil man sich bei der Eröffnung des Betriebes oder bei größeren Treffen in irgendwelchen Tagungen getroffen hat, und da sind wir uns gegenseitig vorgestellt worden. Aber kaufmännische Gespräche habe ich mit Herrn Schweitzer nie geführt; wenn ich mit dem Herrn Schweitzer 5 Sätze gewechselt habe in meinem Leben, dann war das sehr viel.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe Sie vorhin mit den Provisionszahlungen unterbrochen bei der Frage: Aus welchen Gründen haben Sie die Geschäftsführung der Firma dem Herrn Sefcsik überlassen? Können wir dort fortsetzen?

Ing. **Knoblich:** Ich habe Herrn Sefcsik die Geschäftsführung deshalb überlassen, weil mir die Methodik des allgemeinen Geschäftswesens überhaupt nicht mehr gelegen ist. Ich komme aus einer Zeit, wo man nicht — wie soll man sagen — essen gehen muß, um Geschäfte zu betreiben und nicht das und jenes tun muß. Ich war auch in der Werbung untüchtig und hätte mit meiner Art wahrscheinlich sehr viele Aufträge verdorben. Und das war eigentlich der Grund, warum ich Herrn Sefcsik zuerst einmal den ganzen Verkauf überlassen habe. Und dann hatte der Herr Sefcsik eine kaufmännische Ausbildung und konnte in der Buchhaltung und in der ganzen Strategie ganz anders arbeiten, wie ich es zusammengebracht hätte. Er war auf dem Gebiet eben der tüchtigere. Ich muß sagen, ich war froh, daß ich ihn hatte. Ich hätte für den Herrn Sefcsik — ich muß Ihnen gestehen — bis zu dem Zeitpunkt, wo das mit dem AKH passiert ist, die Hand ins Feuer gelegt. Daß er narrisch oder größenwahnsinnig ist, wie man so wienerisch sagt, ja, das war er, sonst hätte er die Fabrik nicht so teuer gebaut. Aber diese unlauteren Handlungen hätte ich ihm nie zugetraut.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie war denn Ihr Verhältnis zu ihm, bevor er Geschäftsführer geworden ist und nachdem er Geschäftsführer geworden ist?

Ing. **Knoblich:** Ich muß Ihnen sagen, mein Verhältnis mit Sefcsik hat sich mit dem Bau der Fabrik getrübt, bis dahin war es ein sehr gutes Verhältnis. Ein freundschaftliches Verhältnis.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie das Gefühl gehabt, daß er Sie aus der Firma gedrängt hat?

Ing. **Knoblich:** Ich muß sagen, vielleicht habe ich heute das Gefühl, zu dem damaligen Zeitpunkt nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was kann ihn dazu bewegen, daß er Sie einen Alkoholiker nennt?

Ing. **Knoblich:** Dazu kann ihn bewegen, daß es eine Zeit gegeben hat, da habe ich sehr gerne am Abend oder auch unter tags — und ich muß sagen, da war auch das Geschäft, diese Fehlerziehung — getrunken. Ich habe mich dann aber einer ärztlichen Kontrolle unterzogen und habe das wieder abgebaut. Man kann ruhig sagen, wenn einer gerne zum Heurigen geht, daß er deswegen ein Alkoholiker ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wenn er sagt, daß Sie, seit er in der Firma war, eigentlich nichts gearbeitet haben?

Ing. **Knoblich:** Dann muß ich das sehr bedauern.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das zeigt aber von einer sehr tiefen Kluft zwischen Ihnen.

Ing. **Knoblich:** Dann muß ich das sehr bedauern, wenn er das sagt. Sie hören, wie ich über ihn spreche. Wenn er mir das sagt, daß ich nicht gearbeitet habe, kann ich nur entgegenstellen, daß ich täglich in die Firma gefahren bin. Es ist richtig, daß ich vielleicht weniger im Geschäft war, seitdem ich nicht mehr Geschäftsführer war. Aber wenn mir einer sagt, ich habe wenig gearbeitet, dann kann ich sagen; ich habe 18 Jahre keinen Urlaub gemacht — bitte nachweislich —, ich bin jeden Tag vor 7 Uhr im Geschäft gewesen und bin so ziemlich jeden Tag als Letzter nach Hause gegangen. Also, ich sehe keinen Grund, warum er so etwas sagt. Ich meine, da kann man ja die Arbeiter befragen, wenn Sie das wissen wollen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben bei der Frau Pablé gesagt: „Wenn ich gefragt werde, ob ich über die Zahlungen von Provisionen für unbenannte Personen etwas gewußt habe, so gebe ich an, daß die Bezahlung von Provisionen an Personen, die nicht genannt werden wollen, ist in der Baubranche üblich oder man bekommt keine Aufträge. Ich habe auch solche Provisionen ausbezahlt, aber erst ab dem Zeitpunkt, als Sefcsik bei mir eintrat, denn dieser überzeugte mich davon, daß man nur so Aufträge bekommen könnte."

Das heißt, es sind doch unbenannte Provisionen auch von Ihnen ausbezahlt worden?

Ing. **Knoblich:** Wenn Sie das so formulieren, ja. Ich war einverstanden, vielleicht habe ich da bei der Frau Pablé nicht ganz richtig formuliert in dieser Erregungssituation. Es war so, daß der Herr Sefcsik, der den Verkauf übernommen hat, mir die Alternative gestellt hat in

der Form: wir müssen dorthin eine Provision bezahlen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wohin?

Ing. **Knoblich:** Bitte schön, für diesen Auftrag. *(Abg. Bergmann: Für welchen?)* Bitte, wenn Sie mich da heute fragen, das war 1972.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es muß Sie ja bewegt haben, wenn jemand es sein ganzes Leben lang abgelehnt habe, so etwas zu tun, dann tut er es zwar selber nicht, aber er duldet zumindest, daß sein neuer Geschäftsführer das tut, dann muß das doch eine schwierige Entscheidung für Sie gewesen sein.

Ing. **Knoblich:** Na, das glaube ich, und das war auch eine Auftragsnot wahrscheinlich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, da weiß man erst recht, welcher Auftrag es gewesen ist.

Ing. **Knoblich:** Ja schauen Sie, ich kann Ihnen das absolut ausheben aus der Buchhaltung. Wie war das wirklich? Wir konnten eine Ware über einen Elektriker; wir haben damals zu diesem Zeitpunkt, wo ich tätig war, gar nicht für die öffentliche Hand gearbeitet, daß ich das gleich vorwegnehme, sondern unsere Kunden waren Elektrofirmen in ganz Österreich. Jetzt tritt dann so ein Unternehmer an mich heran, sagt: Du, fakturier das direkt, aber ich bekomme von Dir eine Provision. Na, ob ich jetzt die Handelsspanne dem Elektriker gebe und der Elektriker läßt dann wieder der Kunde etwas nach oder ich zahle dem Elektriker die Provision, kommt sicher für mich ad personum als dasselbe heraus. Und so ist es zu diesen Provisionen gekommen. Und jetzt kommt der Unternehmer, der einen immer wieder beschäftigt hat, der auch direkt bezogen hat und sagt, Du, ich will das als unbenannte Provision haben. Auf das hinauf ruft man sein Steuerbüro an, und das haben wir gemacht, und sagt, bitte, wie ist das zu handhaben. Sagt der, das ist wurscht, Hauptsache, das Finanzamt bekommt seine Steuer dafür. Dann ist das als unbenannte Provision ausbezahlt worden, ist als unbenannte Provision in der Bilanz ausgewiesen worden, ist zum Gewinn hinzugerechnet worden — in meiner Ära, was dann geschehen ist, weiß ich nicht — und die Steuern sind abgeführt worden. Diese Sache ist auch offiziell in meiner Anwesenheit — bei zwei Steuerprüfungen war ich zugegen in dieser Richtung — vom Finanzamt ordnungsgemäß geprüft und verrechnet worden. Aber ich habe nie unbenannte Provisionen an andere Leute bezahlt wie an solche Geschäftsfreunde.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nie im Zusammenhang mit öffentlichen Aufträgen.

Ing. **Knoblich:** Ich habe ja gar keine gehabt. Bei öffentlichen Aufträgen kommen ja Beamte. Bitte nein!

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wann hat denn die Firma begonnen, sich um AKH-Aufträge zu bemühen?

Ing. **Knoblich:** Da müßte ich Sie heute anlügen. Ich glaube, das war schon nach dem Jahre 1972. Ich kenne erst die AKH-Sache seit 1973; in etwa 1974 waren Offerte, weil ich da zu Konstruktionen herangezogen wurde.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wann haben Sie den ersten Auftrag gekriegt?

Ing. **Knoblich:** Entschuldigen Sie, wenn ich Ihnen jetzt keine Antwort gebe, ich weiß es jetzt nicht. Ich kann Ihnen kein Datum nennen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Vom Inhalt her.

Ing. **Knoblich:** Vom Inhalt her war unsere erste Lieferung, soviel ich mich erinnern kann, sogenannte Feuchtraumleuchten für eine Garage.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Für die Tiefgarage?

Ing. **Knoblich:** Ja bitte das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das Volumen auch nicht. Ich mache Ihnen keinen Vorwurf daraus. Ich frage Sie.

Ing. **Knoblich:** Schauen Sie, ich müßte echt lügen, wenn ich jetzt irgend etwas sage.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie müssen nicht lügen, Sie können ruhig sagen, Sie wissen es nicht.

Ing. **Knoblich:** Es war ein schöner Auftrag. Ich weiß noch, daß ich mich sehr gefreut habe, weil es ein schöner Auftrag war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und im Zusammenhang mit den AKH-Aufträgen, die ja doch dann so ein Zwischending waren, wenn man will zwischen öffentlichen Aufträgen, wo ein Beamter kommt, und einer Gesellschaft, die zwar öffentliche Aufträge vergibt, aber wo nicht unbedingt der Vorstand auch ein Beamter sein muß; hat es in diesem Zusammenhang dann auch unbenannte Provisionen oder benannte Provisionen gegeben?

Ing. **Knoblich:** No ja, in Erweiterung ja. Nicht Provisionen. Mir sind keine Provisionen bekannt, die mein Unternehmen oder die Geschäftsleitung meines Unternehmens an irgendwen bezahlt hat. Mir sind nur bekannt Provisionen — und das, muß ich sagen, auch

wieder aus den Gerichtsakten — die andere Firmen dem Herrn Sefcsik bezahlt haben. Ich drehe jetzt schon alles durcheinander. Den Gerichtsakt, wie habe ich es damals gesehen, wie sehe ich es heute, wie hat es mir die Frau Dr. Pablé vorgelesen. Ich möchte jetzt nicht ins Fettnäpfchen treten, irgendwo hineinschlittern.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Probieren wir es von der anderen Seite. Ich habe jedes Verständnis, daß man sich solange zurück nicht erinnern kann.

Ing. **Knoblich:** Nein, ich möchte doch aufklären helfen, ich möchte das ausdrücklich sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe zumindest bisher den Eindruck, daß Sie sich bemühen. Diese Provisionszahlungen der Firma Aural. Hat der Sefcsik einmal mit Ihnen darüber geredet? Oder war damals das Klima schon so ...

Ing. **Knoblich:** Aber da waren wir schon sehr böse. Ich schildere Ihnen den ganzen Vorgang. Das zeichnet vielleicht alles ab.

Ich habe den Beirat erwähnt, den die Firma Knoblich-Licht hatte in der Bank. Ich selber war noch Gesellschafter bei der Firma Aural Ges. m. b. H. Wieder befreundet mit dem zweiten Gesellschafter, dem ich auch die Gesellschaftanteile seinerzeit in der Aufbauphase geschenkt hatte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer war das?

Ing. **Knoblich:** Herr Robert Dalusch *(phonetisch)*. Der Herr Robert Dalusch, mit dem ich bis heute befreundet bin, tritt eines Tages an mich heran und sagt: Du, ich habe mit dem Sefcsik geredet, wir könnten Aufträge haben aus dem AKH — ich muß sagen, diese Firma ist ein Installationsunternehmen und erzeugt Neonlichtreklamen —, aber wir müssen eine Provision bezahlen. Wir bekämen 20 Millionen Auftrag, aber 5 Prozent Provision müssen wir bezahlen. Da waren meine Worte darauf in etwa so: Sehr schön, jetzt frage ich mich aber nur, wo nehmen wir die Million her. Wer will keine 20 Millionen Aufträge? Fein! Ein paar Tage später sitzen wir wieder zusammen und ich sage, no, was hast du denn jetzt mit Sefcsik besprochen. Da sagt er: Du, wir bekommen 2 Millionen Anzahlung, und davon müssen wir eine Million Provision bezahlen für diesen Auftrag. Sage ich, ja, wenn wir eine Anzahlung kriegen, dann haben wir ja Geld, dann können wir diese Million Provision bezahlen.

Wie hat sich das in der Folge abgespielt. In Wirklichkeit gab es dann wieder so einen Betriebsbeirat im Bankinstitut, und dort hat der Herr Sefcsik vorgeschlagen, man möge ihm oder der Firma Knoblich-Licht, nicht ihm, sondern der Firma Knoblich-Licht, Gelder freigeben aus einem Sperrkonto, sprich Anzahlungskonto, ein Akonto von einer Kunde, um ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wissen Sie, welche Kunde das war?

Ing. **Knoblich:** Ja, eindeutig. Sie wissen es auch. Firma Siemens hat uns große Anzahlungen gegeben, diese Anzahlungen hat aber die Bank nur dann immer Zug um Zug frei mit Lieferungen oder Notwendigkeiten freigegeben. Und aus diesem Anzahlungskonto hat der Herr Sefcsik, wie da die Geschäftssprache ist, eben ein paar Millionen losgeeist und hat für die Firma Knoblich-Licht als Firma Knoblich-Licht der Aural eine Anzahlung gegeben von 2 Millionen Schilling und ich glaube bei 5 Millionen Schilling der Firma AEG — bitte mich nicht Lügen zu strafen, wenn die Beträge etwas anders waren — zu dem Verwendungszweck, Akontozahlung für Auftrag Siemens Aural und Siemens AEG.

Somit hat jetzt die Aural — bitte von der AEG kann ich nicht reden, dort sitze ich nicht, dort habe ich nichts gesehen — die 2 Millionen Anzahlung bekommen. Dazu hat die Aural ein Schreiben bekommen, in dem stand sinngemäß: Wir beabsichtigen, Ihnen im Zuge des Bauvorhabens des AKH im Sinne irgendeines Gesetzes und so weiter, und wo weiter, einen Auftrag in der Höhe von 20 Millionen Schilling zu geben. Eine Absichtserklärung. Unterschriften. Steht alles da, bitte ich habe es mir nicht gemerkt, die Herren sind Ihnen alle bekannt. ... No, auf das hinauf hat die Firma Aural der Firma Knoblich-Licht 1 Million Schilling Provision bezahlt. Die Firma Aural hat diese Provision ordnungsgemäß gebucht, eine Buchungsanzeige geschrieben, Überweisung. Es sind die Gelder über Belege überwiesen worden, es steht auf den Belegen drauf, für welchen Verwendungszweck sie gelaufen sind, alles.

Bei Frau Dr. Partik-Pablé höre ich dann, die Million hat sich der Herr Sefcsik eingesteckt und hat sie in die Firma Knoblich-Licht nicht eingehen lassen. Das ist das, was ich Ihnen in dem Zusammenhang erzählen kann. Und ich habe mit Schrecken festgestellt, und heute greife ich mir noch an den Kopf, wie er das hat machen können, weil blöder geht es nicht, weil er gewußt hat, die Firma Aural hat das ganz genau gebucht, die genauen Unterlagen sind geführt worden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und ist das nie bei einer Betriebsprüfung bei der Aural oder sonst wo herausgekommen?

Ing. **Knoblich:** Ja, ich bitte Sie, nein! Das ist ja das Schreckliche. Nein!

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, das System ist darauf abgestellt gewesen, aus dem

Akonto der Firma Siemens sozusagen weißes Geld zu einem privat schwarzen Geld des Herrn Sefcsik zu machen.

Ing. **Knoblich:** Bitte, ob das der Herr Sefcsik alleine war oder nicht, das weiß ich nicht. Ich kann Ihnen nur sagen, es ist so fürchterlich, das Ganze, ich greif mir an den Kopf, es sitzt dort der Wirtschaftsprüfer, es sitzt der Bankaufsichtsbeamte, es sitzen Buchhalter dort, es sitzen noch ein paar Prokuristen dort, es sitzt noch ein Steuerberater und ein Büro dort, es kommt eine Wirtschaftsprüfung, und noch immer kommt man nicht drauf. Und der Unternehmer verkauft sein Geschäft, weil er geldleidend ist. Bitte schön, das ist der Knoblich-Skandal, Sie reden von AKH-Skandal.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Aural hat dann den 20-Millionen-Auftrag durchgeführt?

Ing. **Knoblich:** Die Aural hat dann später den 20-Millionen-Auftrag erhalten aber bitte, da war ich auch schon wieder ausgeschieden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie die Firma dem Dalusch verkauft, oder an die Siemens?

Ing. **Knoblich:** Ich habe dem Herrn Dalusch meine Gesellschaftsanteile verkauft, die habe ich dem Herrn Dalusch verkauft, meine Gesellschaftsanteile und habe mich von der Firma auch verabschiedet. Das heißt, schon vorher verabschiedet, wie von der Firma Knoblich-Licht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie sind mit dem Herrn Dalusch noch befreundet?

Ing. **Knoblich:** Nach wie vor befreundet, er hat mir nichts getan. Ich wäre auch mit dem Herrn Sefczik noch, wenn das nicht gewesen wäre. Ich habe keinen Grund. Ich kann ihm doch nicht unterstellen, daß das auch so ein Mensch ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie irgendwie eine Ahnung oder eine Richtziffer, wie groß ungefähr das Auftragsvolumen war, das die Firma beim AKH gehabt hat?

Ing. **Knoblich:** O ja, da waren genaue Unterlagen da. Alles in allem wären in dem Rahmen zusammengekommen um die 60 Millionen Schilling für die Firma Knoblich-Licht, so viel mir bekannt ist, bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und das meiste davon in Subaufträgen oder in Direktaufträgen.

Ing. **Knoblich:** Wir haben vom AKH, soviel mir bekannt ist, überhaupt keine Direktaufträge gehabt, sondern sämtliche Aufträge von der Firma Siemens. Die Firma Siemens war Generalunternehmer in dieser Sache und die Firma Siemens hat der Firma Knoblich-Licht die Aufträge gegeben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie an der heftigen Interventionstätigkeit des Herrn Sefcsik mitbeteiligt?

Ing. **Knoblich:** Null.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie das damals gewußt, daß er bei allen Politikern und so ...

Ing. **Knoblich:** Nicht einmal das, weil ich kann Ihnen ganz ehrlich sagen, wenn ich so etwas mache, dann rufe ich den zuständigen Politiker oder sein Sekretariat an, und sage, passen Sie auf, meine Firma ist in Not, können Sie mir helfen, oder irgendwas. Aber solche Sachen mache ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und ob diese Geistermillion, die da wieder zum Herrn Sefcsik zurückgeflossen ist, in Zusammenhang mit seiner Interventionstätigkeit irgendwo eingesetzt worden ist, haben Sie da irgendeine Vermutung oder Ahnung?

Ing. **Knoblich:** Das ist entsetzlich. Ich kann dazu nur eines sagen: Ich habe da in der Zeitung einmal etwas gelesen, da war unser Bundeskanzler in der Firma zu Besuch und da stand drinnen, die beiden Chefs haben ihn empfangen. Ich möchte dazu heute mir festhalten: Nein, ich war nicht dabei, es sind nicht die beiden Chefs dort gestanden. Ich tu mir jetzt das Ganze ein bißchen ableiten, Ihre Frage, und sage ausdrücklich, ich war nicht dabei, in Fachsprache, man hat mich abgeblockt, dabei zu sein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie haben keinen konkreten Hinweis, da diese Geistermillion irgendwo im ...

Ing. **Knoblich:** Bitte welche Geistermillion?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Na, die Geistermillion; ... es ist ja keine Geistermillion, die ist dann vergeistert, nachdem sie der Sefcsik eingesteckt hat. Die von der Aural gekommen ist.

Ing. **Knoblich:** Na, von der hat er ja gestanden, daß er sie schwarz eingesteckt hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, aber wo er sie hingetan hat, hat er bis jetzt nicht gestanden. Und Sie werden verstehen, das interessiert uns insbesondere.

Ing. **Knoblich:** Na das glaube ich, mich auch.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und es hätte ja sein können, daß ...

Ing. **Knoblich:** Ich verfolge diese Millionen mit regstem Interesse.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mehrere solche Millionen?

Ing. **Knoblich:** Na ja sicher, entschuldigen Sie: Die 5 AEG-Millionen sind ja auch kein Pappenstiel. Also wenn eine Firma ein Geschäft finanziert, aus dem sich Provisionen entwikkeln und dann Direktoren einer AEG, die Geschäftsführer von einer anderen Firma sind, 5 Millionen in den Sack stecken, von denen sie die Anzahlung genommen haben. Ich weiß nicht, wie das geht. Ich kann nur sagen, das ist für mich nicht nur ein Gordischer Knoten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie es geht, das wissen wir ja.

Ing. **Knoblich:** Ja, wie es geht, wissen wir.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Da ist dann ein Endpunkt, die Westentasche des Herrn Sefcsik ...

Ing. **Knoblich:** Ja, und derselbe Direktor sitzt noch im Beirat der Bank als Vorsitzender und sagt: Ja, gebt das Geld frei. Also was soll ich, was fragen Sie mich dann?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja ich frage Sie, und da können Sie uns leider offensichtlich auch nicht helfen.

Ing. **Knoblich:** Leider, ich sage Ihnen das echt: leider.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ehe der Sefcsik sein Sakko gewechselt hat, war diese Million offensichtlich woanders, und wo die war, das täte uns natürlich spannend interessieren. Hat der Herr Sefcsik zum Club 45 eine Beziehung gehabt?

Ing. **Knoblich:** Muß ich Sie anlügen, weiß ich nicht!

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie sollen mich gar nicht anlügen.

Ing. **Knoblich:** Gut, entschuldigen Sie, Fehlausdruck.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kennen Sie den Herrn Proksch? Udo Proksch? Serge Kirchhofer?

Ing. **Knoblich:** Ja, den kenne ich nur aus den Zeitungen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Den Rechtsanwalt Damian?

Ing. **Knoblich:** Rechtsanwalt Damian kenne ich persönlich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer war denn der politische Umgang des Herrn Sefcsik? War er ein Jäger?

Ing. **Knoblich:** Der politische Umgang des Herrn Sefcsik war immer der, wo er gerade seinen persönlichen Vorteil hatte. Ich will das absolut auf keine wie immer geartete Partei Österreichs jetzt abstellen, weil ich dort nur integre Leute kenne. Wenn der Sefcsik jetzt vielleicht irgendwo Freunderln gehabt hat, die ein bissel uninteger waren, möchte ich nicht von meiner Seite aus sagen oder sagen dort war es mehr oder dort war es weniger.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist er zum Beispiel ein Jäger gewesen?

Ing. **Knoblich:** Jäger war er keiner.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ein Flieger?

Ing. **Knoblich:** Ist mir auch nicht bekannt; er war Schifahrer.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War er mit dem Schweitzer sehr gut?

Ing. **Knoblich:** Sehr gut.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Würden Sie sagen, die waren befreundet?

Ing. **Knoblich:** Das weiß ich, der Schweitzer hat ihn sehr oft besucht, bitte schön, die waren sehr gute Freunde.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War er mit dem Winter befreundet?

Ing. **Knoblich:** Das kann ich Ihnen nicht sagen, ich habe den Winter nie bei mir in der Firma gesehen, der Schweitzer hingegen kam ihn sehr oft besuchen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War er öfter in Griechenland?

Ing. **Knoblich:** Vom Herrn Sefcsik weiß ich nicht, daß er in Griechenland war. Der Herr Sefcsik hat seine meiste Freizeit, wenn er sie gehabt hat, nach Kaprun verlegt. Das weiß ich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wegen Schifahren?

Ing. **Knoblich:** Wegen Schifahren, nehme ich an.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Noch einmal: Sie haben so abrupt gesagt, die Firma Plantech und Geproma kennen Sie nicht. Haben Sie auch nie mit einem Vertreter dieser Firmem zu tun gehabt?

Ing. **Knoblich:** Nein, nie. Ich habe diese Firmen und diese Namen erst bei der Frau Doktor, nein, ich habe sie im „profil" gelesen, habe den Herrn Sefcsik noch gefragt, ob, da war er noch auf freiem Fuß ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was war denn die Beziehung zur Firma Klug in St. Pölten bzw. zum Herrn Gschmeidler?

Ing. **Knoblich:** Ja, mit dem war er sehr befreundet, das war ein Busenfreund.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War das so ähnlich wie mit Schweitzer?

Ing. **Knoblich:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist der Herr Zelniczek auch mit von der Partie gewesen?

Ing. **Knoblich:** Das kann ich Ihnen nicht sagen, aber beim Gschmeidler kann ich es ausdrücklich sagen und beim Schweitzer, das waren seine zwei intensivsten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und ein gewisser Kerrn, St. Pölten.

Ing. **Knoblich:** Kenne ich nicht, ich bin dort nie hingekommen; ich kenne nur den ehemaligen Besitzer der Firma Klug, der ist leider verstorben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren der Gschmeidler und der Schweitzer leidenschaftliche Jäger?

Ing. **Knoblich:** Ja, das hat man gehört.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und das hat den Sefcsik nicht animiert?

Ing. **Knoblich:** Das dürfte ihn nicht animiert haben. Ich habe von Sefcsik gehört, er hat alle möglichen Leidenschaften gehabt, aber nur nicht die der Jagd.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nicht dieser Jagd.

Wie es dann zu diesem Auftrag auf Grund der Interventionen gekommen ist — ist es da zu einer Verstimmung zwischen Ihrer Firma und der Firma Siemens gekommen?

Ing. **Knoblich:** Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich war bei solchen Verhandlungen nie zugegen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie wissen, um welchen Auftrag es sich handelt.

Ing. **Knoblich:** Es hat sich gehandelt um den Hauptleuchtenauftrag, das weiß ich, und habe aber späterhin dann mit Entsetzen gelesen, daß da wieder so ein Teil des Auftrages an irgendwen weitergegeben wurde.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): In Deutschland geblieben ist.

Ing. **Knoblich:** Ja, also das war für mich wieder ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat die Firma Knoblich viele dieser 16 Millionen-Subaufträge dann noch weitergegeben?

Ing. **Knoblich:** Der 16 Millionen ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der 60 Millionen. Sie haben gesagt, ungefähr wird das Quantum der AKH-Aufträge der Firma bei 60 Millionen gelegen sein.

Ing. **Knoblich:** Sie sprechen jetzt von Leuchten?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Insgesamt, alle Aufträge, die ...

Ing. **Knoblich:** Die Aufträge, die mir bekannt waren, waren global um die 60 Millionen herum, haben sich aber aus einigen Teilaufträgen zusammengesetzt und über Jahre erstreckt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und ich frage jetzt: Wie groß und wie viel ungefähr von diesem Auftragsvolumen ist dann wieder von Ihrer Firma weiter in einen sogenannten Subsubauftrag gegeben worden?

Ing. **Knoblich:** Solange ich in der Firma tätig war und das überblicken konnte, ist nichts weitergegeben worden. Es war zwar beabsichtigt, den Überhang, den wir produktionsmäßig nicht durchziehen konnten — das ist so terminlich, man kann ja nicht auf einmal eine Vier-Monats-Produktion leisten, weil es momentan gebraucht wird —, wollte man in Zusammenarbeit mit anderen Leuchtenherstellern Österreichs fertigen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Firma Siemens hat dann Ihre Anteile übernommen?

Ing. **Knoblich:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Warum eigentlich?

Ing. **Knoblich:** Das hat so ins Programm der Firma Siemens gepaßt. Ich muß Ihnen gestehen, ich sage der Firma Siemens heute noch danke dafür.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer hat denn mit Ihnen den Vertrag gemacht?

Ing. **Knoblich:** Die Direktion der Firma Siemens, Herr Generaldirektor Wolfsberger und ein Direktor aus Deutschland.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber niemand aus der Gegend Schweitzer oder so.

Ing. **Knoblich:** Nein, nein, nein. Das überhaupt nicht!

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was war der Grund für die Bestellung des Beirats bei der Firma Knoblich?

Ing. **Knoblich:** Ich habe schon gesagt: Die Baukosten sind so exorbitant überschritten worden, daß ich von meiner Seite aus mit dem Herrn Sefcsik eben eine große Auseinandersetzung gehabt habe und auch den damaligen Pro-

kuristen, Wirtschaftstreuhänder Herrn Müller, der ja dazu saß, um das zu beobachten und zu kontrollieren, die größten Vorwürfe gemacht habe. Es ist bei der Bank, dann ist es zum Eklat gekommen. Und wo endet man beim Kreditgeber als Kaufmann? Und der Kreditgeber war eben die Bank. Das Unternehmen selber war ja ein gesundes Unternehmen, wir haben ja etwas erwirtschaftet. Aber wenn da so weiter investiert worden wäre, wenn da nicht ein Hebel vorgeschoben worden wäre, dann hätten wir ja mehr Zinsen bezahlt als erwirtschaftet.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, Sie würden sagen, Sie haben das gespürt irgendwo, daß das überdreht.

Ing. **Knoblich:** Richtig.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Obwohl Sie sich eigentlich nicht als der Kaufmann gefühlt haben?

Ing. **Knoblich:** Nein, aber das darf ich sagen, das Gefühl hat man, nach der einfachen Milchmannrechnung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was haben Sie denn für einen Eindruck gehabt: Hat dieser Klimaleuchtenauftrag die Firma gerettet?

Ing. **Knoblich:** Absolut nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Absolut nicht.

Ing. **Knoblich:** Er hätte sie nicht gerettet, man hätte genauso gut etwas anderes fertigen können auch. Ich glaube, eine Rettung aus dem Klimaleuchtenauftrag ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich meine jetzt so: Ist der Klimaleuchtenauftrag zu einem Zeitpunkt erfolgt, wo es der Firma besonders schlecht gegangen ist, sodaß sie damit wieder Luft bekommen hat?

Ing. **Knoblich:** Ja. Wesentlich, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Also war die Interventionstätigkeit nicht nur aus dem Bemühen heraus, einen Auftrag in Österreich zu behalten, sondern auch weil es die Firma dringend gebraucht hat?

Ing. **Knoblich:** Richtig! Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie würden Sie den Zustand der Firma heute beurteilen?

Ing. **Knoblich:** Wie er derzeit ist — also ich nehme an, mit der Firma Siemens wird es sehr gut gehen. Ich nehme es an.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was machen Sie denn eigentlich jetzt?

Ing. **Knoblich:** Ich arbeite wieder. Ich habe eine kleine Firma begonnen und arbeite mit ein paar Leuten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wieder in derselben? Haben Sie keine ...

Ing. **Knoblich:** Nicht Leuchten, nein, nein. Ich baue Maschinen, mit sechs Arbeitern.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich danke einstweilen, Herr Vorsitzender.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Welcher der Herren Abgeordneten hätte noch Fragen an den Herrn Zeugen? — Bitte, Herr Abgeordneter Dr. Feurstein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Ing. Knoblich! Sie haben ja von der Firma Siemens sehr umfangreiche Anzahlungen bekommen, sonst wären ja diese Transaktionen des Herrn Sefcsik nicht möglich gewesen.

Ing. **Knoblich:** Richtig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wir haben eine Aufstellung von der Firma Siemens, nach der Sie insgesamt 65,5 Millionen Schlling Anzahlungen erhalten haben.

Ing. **Knoblich:** Das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich sage es Ihnen. Wissen Sie, wie es zu diesen Anzahlungen gekommen ist?

Ing. **Knoblich:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Da haben Sie keine Ahnung. Auch im Jahre 1975, die erste Anzahlung war am 3. 11. 1975 über die „Z", Zentralsparkasse, 10 Millionen Schilling. Sie wissen nicht, wie es dazu gekommen ist?

Ing. **Knoblich:** Nein, das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bei keiner Anzahlung?

Ing. **Knoblich:** Das weiß ich nicht. Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Inwieweit haben Politiker mitgewirkt? Entschuldigen Sie, darf ich Sie fragen: Soweit ich informiert bin, haben Sie keine direkten Aufträge vom AKH bekommen?

Ing. **Knoblich:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sondern nur über die Firma Siemens.

Ing. **Knoblich:** Soviel mir bekannt ist, haben wir die Aufträge direkt von der Firma Siemens bekommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und warum haben nun die Politiker sich erst eingesetzt, nachdem

die Subaufträge über die Firma Siemens an die Firma Knoblich weitergegeben werden sollten?

Ing. **Knoblich:** Darauf kann ich Ihnen keine Antwort geben. Ich weiß es nicht. Vielleicht bestand die Absicht, daß die Firma Siemens diesen großen Auftrag — und das nehme ich an —, nämlich den Klimaleuchtenauftrag, aus Deutschland beziehen möchte und, und ich nehme an, und das ist ganz klar, jeder Geschäftsführer wird um seinen Auftrag kämpfen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich glaube, Sie haben noch zwei große Aufträge gehabt, diese Krankenbettenleuchten und die Standardleuchten, von denen Sie schon bereits geredet haben.

Ing. **Knoblich:** Jawohl! Die haben wir anstandslos bekommen von der Firma Siemens.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Anstandslos. Und die Krankenbetten auch?

Ing. **Knoblich:** Die Krankenbettenschienen auch.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und von den Klimaleuchten wissen Sie nicht ...

Ing. **Knoblich:** Wie das mit den Klimaleuchten gelaufen ist, das weiß ich überhaupt nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie nie den Herrn Sefcsik befragt?

Ing. **Knoblich:** In dieser Sache?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, in dieser Sache.

Ing. **Knoblich:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben ihn auch nicht befragt, als diese große ...

Ing. **Knoblich:** Nein, ich habe ja nur die Klimaleuchten konstruiert und bei der Entwicklung selbst mitgearbeitet und habe zur Kenntnis genommen, daß wir einen großen Teil, diesen Klimaleuchtenauftrag, daß wir den erhalten sollen. Und dann habe ich wieder gehört — aber bitte gehört —, gehört im Gespräch, daß dieser Leuchtenauftrag uns wieder entzogen werden soll. Also wir hätten ihn praktisch schon herinnen gehabt, aber im letzten Moment war er halt wieder weg. Das passiert halt manchmal so mit Aufträgen. Und auf das hinauf weiß ich aus Erzählungen des Herrn Sefcsik, daß er bemüht war, zu intervenieren an allen möglichen Stellen, wo es nur geht. Na sicher!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber wie er erfolgreich war, wo er erfolgreich war bei dieser Intervention ...

Ing. **Knoblich:** Das kann ich Ihnen absolut nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nun noch einmal eine Frage zu diesen Anzahlungen. Sie haben ein Auftragsvolumen — das wissen wir inzwischen auch — von rund 75 Millionen Schilling.

Ing. **Knoblich:** Das ist mehr, als ich gewußt habe.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, ich sage es Ihnen deshalb, damit hier keine falschen Zahlen verwendet werden. Und 65,5 Millionen Schilling Anzahlungen. Das ist doch eine Relation 65 zu 75.

Ing. **Knoblich:** Die unwahrscheinlich ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die unwahrscheinlich ist.

Ing. **Knoblich:** Richtig!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hier müssen also schon potente Personen dahinterstehen, daß man solche Anzahlungen bekommt.

Ing. **Knoblich:** Ich nehme das an. Ich denke genauso wie Sie.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie können uns hier nicht weiterhelfen?

Ing. **Knoblich:** Leider kann ich Ihnen nicht weiterhelfen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben sich gefreut, als Sie diese Feststellungen machten? ...

Ing. **Knoblich:** Ich habe mich nicht gefreut, als ich die Feststellung machte, weil solange ich dort noch feststellen konnte, war diese Höhe der Anzahlungen ja nicht im Hause, solange ich ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann sind Sie ausgeschieden?

Ing. **Knoblich:** Ich bin ausgeschieden im Jahre 19 ..., praktisch keine Einsicht mehr gehabt ausgeschieden später — im Jahre 1978.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja. Und die 45,5 Millionen sind vor 1978 bezahlt worden?

Ing. **Knoblich:** Richtig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann sind Sie informiert worden ...

Ing. **Knoblich:** Die sind mir bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie können mir dazu keine Erklärung abgeben?

Ing. **Knoblich:** Ich kann keine Aussage dazu machen, die sinnvoll wäre, weil Vermutungen, Gefühle tragen heute nichts.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein, Gefühle würden das Thema nicht aufklären helfen.

Ing. **Knoblich:** Nein, das kann ich Ihnen nicht. Ich kann nur dazu sagen, daß dies geschehen ist in Anwesenheit des Beirates des Betriebes.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Beirat hat ja dann später diese Anzahlungen verwaltet oder die Zustimmung gegeben und hat auch die Zustimmung gegeben, daß rund 6 Millionen Schilling davon ... Waren es mehr als 6 Millionen, die für diese Provisionszahlungen ...

Ing. **Knoblich:** Richtig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie noch andere Millionen? Wir kennen 6 Millionen.

Ing. **Knoblich:** Ich kenne nur diese 6 Millionen, wo ich zugegen war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie kennen auch nicht mehr?

Ing. **Knoblich:** Was sonst war in meiner Abwesenheit, weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie kennen keine weiteren Zahlungen?

Ing. **Knoblich:** Nein, nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie waren die Geschäftsbeziehungen mit der Fa. Zumtobel?

Ing. **Knoblich:** Die Geschäftsbeziehungen mit der Fa. Zumtobel waren so, wie sich halt Konkurrenten, die in Österreich um jeden Auftrag kämpfen, vertragen. Am Schluß hat aber immer die Vernunft gesiegt, und man hat versucht, sich zu koordinieren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum haben Sie den Bettenleuchtenauftrag an die Fa. Zumtobel weitergegeben?

Ing. **Knoblich:** Das war so: Dieser Bettenleuchtenauftrag ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie kennen ihn?

Ing. **Knoblich:** Ich kenne den Bettenleuchtenauftrag.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auftragsvolumen rund 33 Millionen Schilling.

Ing. **Knoblich:** Wann ist der an die Fa. Zumtobel weitergegeben worden?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es steht leider das Datum nicht hier. Ich habe nur die Unterschrift von Sefcsik. Ich kann Ihnen das Datum jetzt nicht sagen, aber es würde sich eruieren lassen. Ich müßte in meinen weiteren Unterlagen nachsehen.

Ing. **Knoblich:** Ich weiß nur, daß wir in der Werkstatt, bei mir in der Werkstatt und ich selber an diesen Leuchten — Sets, so haben wir es genannt —, gearbeitet haben ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Leuchtensets, Bettensets?

Ing. **Knoblich:** Ja, es mußte immer wieder neu entwickelt werden, weil da immer wieder irgendein Herr der Medizin etwas Neues drinnenhaben wollte. Und so haben wir halt diese Sets zehn-, vielleicht auch fünfzehnmal geändert oder neugebaut. Solange ich dort war, sind nicht einmal diese Sets freigegeben worden zur Produktion.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist es richtig: Nach meinen Informationen wäre es so, daß Sie nicht in der Lage gewesen sind, diese Bettensets zu produzieren, weil die Disko von der Fa. Zumtobel gekauft worden ist, und daß Sie es aus diesem Grund weitergegeben haben?

Ing. **Knoblich:** Ich muß sagen, das mag richtig sein. Ob wir in der Lage gewesen wären, will ich heute nicht mehr beurteilen. Es ist aber richtig, daß natürlich die eingerichtete Firma Disko, die diese Produktion und alle Werkzeuge schon hatte — und wir hätten sie erst herstellen müssen —, natürlich wesentlich besser in der Lage war, das herzustellen als wir.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Waren Sie an den Verhandlungen mit der Disko dabei?

Ing. **Knoblich:** Nie dabei. Nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum hat die Fa. — das werden Sie wahrscheinlich nicht wissen, ich frage Sie dennoch — Knoblich nicht die Zustimmung eingeholt für die Weitergabe dieses Auftrages an die Fa. Zumtobel?

Ing. **Knoblich:** Das ist mir ein Rätsel, warum sie das nicht eingeholt hat. Das, finde ich, wäre normal gewesen. Ich weiß es nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja wissen Sie etwas, daß eine Zustimmungserklärung der AKPE bzw. der Fa. Siemens vorgelegen hat?

Ing. **Knoblich:** Ich nehme an, daß das sein müßte, sonst wäre das gar nicht möglich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das glauben wir auch, aber wir haben das bisher nicht gefunden. Vielen ist es nicht bewußt. Sie kennen nichts.

Ing. **Knoblich:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Beziehun-

gen haben Sie zu dem Bundesminister Staribacher?

Ing. **Knoblich:** Beziehungen gar keine, sondern eine große Hochachtung vor dem Mann.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie ihn? Muß ich so fragen. Persönlich? Natürlich nicht vom Fernsehen.

Ing. **Knoblich:** Ich kenne ihn, persönlich, jawohl! Er hat mir das Staatswappen verliehen seinerzeit, und er war auch, wie ich mein neues Patent vorstellte, im Hilton als Gast — als Ehrengast — anwesend. Auch Herr Dallinger war hier. So kenne ich die Herren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie Mitarbeiter des Herrn Ministers Staribacher oder Herr Sefcsik — vielleicht muß ich so fragen, Sie oder Herr Sefcsik — Mitarbeiter des Herrn Staribacher in Ihrem Betrieb übernommen?

Ing. **Knoblich:** Herr Sefcsik hat dann — aber da war ich schon lange nicht mehr Geschäftsführer — Herrn Dr. Weiß angestellt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von Herrn Staribacher. Der war Sekretär des Herrn Ministers.

Ing. **Knoblich:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie ist es dazu gekommen? Können Sie uns darüber etwas sagen?

Ing. **Knoblich:** Für mich ein Rätsel.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat Herr Weiß irgendwo mitgewirkt, mitgewirkt bei — Sie werden das wahrscheinlich auch nicht sagen können —, kannten Sie den Dr. Weiß?

Ing. **Knoblich:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Überhaupt nicht?

Ing. **Knoblich:** Nein. Ich habe ihn erst in der Firma kennengelernt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie können uns nicht sagen, inwieweit Dr. Weiß früher Beziehungen mit Herrn Sefcsik hatte?

Ing. **Knoblich:** Das kann ich Ihnen überhaupt nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit Ihnen hat der keine?

Ing. **Knoblich:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich meine geschäftliche Beziehungen.

Ing. **Knoblich:** Ich muß sagen, der Dr. Weiß ist mir sehr, sehr seriös erschienen ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sicher, nichts gegen ihn.

Ing. **Knoblich:** Das möchte ich ausdrücklich sagen, daß man nicht im Zusammenhang ... Wissen Sie ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist Herr Weiß noch in Ihrem Betrieb? Das heißt in Ihrem früheren Betrieb?

Ing. **Knoblich:** Wie mir bekannt ist, ist er noch bei der Fa. Siemens. Bitte, es mag in den letzten Monaten sich etwas geändert haben. Weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie dann noch fragen: Können Sie uns sagen: Wieviel Leistungen zu Ihrer Zeit die Fa. Knoblich für das AKH erbracht hat? Effektiv erbracht hat?

Ing. **Knoblich:** Das kann ich nicht. Das könnte ich Ihnen heute nicht mehr beantworten. Nein!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hatten Sie andere geschäftliche Beziehungen außerhalb dieses Auftrages mit den Bettenleuchten mit der Fa. Zumtobel? Daß Sie Aufträge weitergegeben hätten an die Fa. Zumtobel?

Ing. **Knoblich:** Ist mir nicht bekannt. Au contrair, weil wir haben um jeden Auftrag gekämpft.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie waren eigentlich immer Konkurrenten?

Ing. **Knoblich:** Wir waren Konkurrenten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und in diesem einen Fall haben sie einen Auftrag weitergegeben?

Ing. **Knoblich:** Wir waren uns absolut nicht böse. Ich bin mit Herrn Dr. Zumtobel sen. aus alten Zeiten nicht befreundet, aber gut bekannt. Wir haben uns aber kaufmännisch immer sehr in den Haaren gelegen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und können Sie uns nicht erklären, warum dann plötzlich dieser Vertrag mit der Fa. Zumtobel abgeschlossen worden ist?

Ing. **Knoblich:** Das kann ich Ihnen absolut nicht erklären. Das ist für mich ein Rätsel.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ein Rätsel?

Ing. **Knbolich:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nur mehr ganz wenige Fragen, Herr Zeuge. Sagt Ihnen der Name Puroir etwas?

Ing. **Knoblich:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sternheim?

Ing. **Knoblich:** Überhaupt nichts.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie Verbindungen geschäftlicher Art nach Liechtenstein.

Ing. **Knoblich:** Die Fa. Knoblich-Licht hat solche nie gehabt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit Ausnahme dann später der PLANTECH-Geschichte. Nicht?

Ing. **Knoblich:** Das waren ja Betrugsüberweisungen. Das war ja keine Geschäftsbeziehung. Da hat sich jemand einen Beleg ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit der Schweiz?

Ing. **Knoblich:** Wir haben von der Schweiz vielleicht etwas eingekauft, aber sonst keine Verbindung gehabt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit dem Dr. Wilfling? Sagt Ihnen der Name etwas? Bereichsleiter für die Spitäler in Wien seinerzeit.

Sagt Ihnen der Name Dr. Heinz Eggli etwas?

Ing. **Knoblich:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kann es sein — wenn Sie noch einmal genau nachdenken —, daß diese „Geistermillion" für den Herrn Schweitzer bestimmt war?

Ing. **Knoblich:** Ich will nichts unterstellen. Das ist zu ernst hier, daß man ... Schauen Sie, ich habe so viele Meinungen und so viele Ansichten, was soll es?

Obmann Dr. **Steger:** Ich danke Ihnen, Herr Zeuge. Auf Wiedersehen! *(Die Sitzung wird um 15 Uhr 50 Minuten unterbrochen und um 16 Uhr wiederaufgenommen.)*

Zeugeneinvernahme von Dkfm. Klaus Stadler

Obmann Dr. **Steger:** Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort, und ich ersuche, daß der Zeuge Dkfm. Stadler hereingeholt wird. —

Herr Zeuge, ich bitte Sie vorzutreten. Ich begrüße Sie im parlamentarischen Untersuchungsausschuß und bitte Sie, dort Platz zu nehmen bei den Mikrofonen.

Sie sind als Zeuge in diesen Untersuchungsausschuß geladen und haben mit Ihrer Ladung den Beschluß des Nationalrates mitgeschickt bekommen, wo enthalten ist, zu welchem Themenkreis Sie hier einvernommen werden sollen. Auf Grund Ihrer beruflichen Funktionen ist anzunehmen, daß es vor allem zum Themenkreis 1 stärkere Befragungen geben wird.

Bei dieser Befragung im Untersuchungsausschuß ist die Geschäftsordnung des Nationalrates anzuwenden, in der enthalten ist, daß die Strafprozeßordnung sinngemäß gilt für alle Rechte und Pflichten, die ein Zeuge hier im Untersuchungsausschuß hat.

Die wesentlichste Pflicht für Sie besteht darin, daß Sie wahrheitsgemäß alle an Sie gerichteten Fragen beantworten, das wesentlichste Recht, daß Sie in ganz bestimmten Umständen allenfalls ein Entschlagungsrecht haben; das ist im § 153 festgelegt. *(Der Obmann zitiert § 153 StPO.)*

Das heißt, in einem derartigen Fall, wenn Sie sich darauf berufen, müßten wir entscheiden, ob es sehr wichtig ist, daß Sie antworten, und Sie die Antwort trotzdem geben müssen.

Ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß es Sanktionsmöglichkeiten gibt, wenn Sie nicht wahrheitsgemäß antworten, und ersuche Sie daher, deutlich und laut und ins Mikrofon hinein alle an Sie gerichteten Fragen wahrheitsgemäß zu beantworten.

Ich beginne mit den Generalien, das ist Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Beruf und Anschrift. Bitte, Herr Zeuge.

Dkfm. **Stadler:** Klaus Stadler, geboren 5. Jänner 1939, Baden bei Wien, wohnhaft in Berndorf, Dr. Böttcher-Gasse 2/7. Derzeit Vorstandsdirektor der Holding, vorher interimistischer Geschäftsführer der Odelga, Diplomkaufmann.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Das erste, was in diesem Zusammenhang interessiert, ist die Abwicklung des Geschäftes zwischen der Firma Odelga und der VOEST, und zwar handelt es sich dabei um die Errichtung von Trennwänden beim Allgemeinen Krankenhaus. In diesem Zusammenhang wird die Vermutung angestellt, daß die Firma Odelga reine Provisionsbezüge von der VOEST bekommen und keine Leistungen erbracht hat.

Meine Frage geht nun dahin: Was wissen Sie von diesem Geschäft — Nr. 1 —, und die zweite Frage: Welche Leistungen, wenn Sie welche wissen, hat die Firma konkret aus diesem Anlaß für die VOEST erbracht?

Dkfm. **Stadler:** Von der Zusammenarbeit mit der VOEST habe ich durch Herrn Dr. Seidler als Geschäftsführer der Odelga erfahren, der mir von Kooperationsbestrebungen mit der VOEST erzählt hat. Er war in dem Zusammenhang auch, soweit ich weiß, Werke besichtigen.

Näheren Kontakt mit der Abwicklung des VOEST-Auftrages hatte ich dann, als ich vor Weihnachten 1979 mit der interimistischen Geschäftsführung der ODELGA betraut wurde und dabei den Vertrag mit der VOEST vorfand. Es war zu diesem Zeitpunkt eine Akontozahlung von 1 Million geleistet.

Ich habe in diesem Zusammenhang mit der VOEST dann Kontakt aufgenommen, wie die

weitere Abwicklung vor sich gehen solle, da im Vertrag eine Bestimmung enthalten war, daß die VOEST die Leistungen der ODELGA abzurufen hatte und nach meinen Rückfragen im Haus von einem Abruf von Leistungen bisher nichts bekannt war. Ich habe einen Termin mit Direktor Eisler von der VOEST vereinbart, mit ihm dann gesprochen, wie der derzeitige Stand — das war igendwann knapp nach Übernahme der provisorischen Geschäftsführertätigkeit — sei. Er sagte mir, daß es entgegen der ursprünglichen terminlichen Absicht der Vertragsabwicklung zu erheblichen Verzögerungen in der Ausführung gekommen sei, daher auch noch keine Leistungen der ODELGA verlangt waren, er aber sofort Rücksprache über die weitere terminliche Situation halten und mich informieren werde.

Wir sind dann übereingekommen, noch einmal darüber zu sprechen. Er hat mich dann angerufen und hat mir noch einmal bestätigt, daß Leistungen seitens der ODELGA abgerufen werden. Er hat einen Mitarbeiter in Wien namhaft gemacht, dessen Namen ich jetzt nicht weiß — ich glaube, er fängt mit P an —, seitens der ODELGA habe ich Herrn Weigel namhaft gemacht, die die Detailabwicklung durchführen sollten, und wir sind übereingekommen, entgegen der Vertragsbestimmung auf Grund der Terminverzögerungen in der Abwicklung nicht mit der nächsten Ratenzahlung, die, ich glaube, im ersten, ich weiß jetzt nicht, im Quartal oder zum Halbjahr fällig gewesen wäre, fortzufahren, sondern erst eine weitere Zahlung abzuberufen, wenn dieser Terminverzug aufgeholt sei. Wir haben aus diesem Grund auch die geleistete Zahlung von 1 Million in den Büchern der ODELGA als Anzahlung verbucht.

Ich bin dann bis Juli allein interimistischer Geschäftsführer der ODELGA gewesen . . .

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Juli 1980.

Dkfm. **Stadler:** Juli 1980, das war also etwas fließend, da ist Direktor Huber im Zuge einer öffentlichen Ausschreibung dann nominiert worden, ich habe ihm die einzelnen Verträge und die einzelnen Geschäfte übergeben, und im Zuge dieser Abwicklung ist dann die weitere Vereinbarung mit der VOEST seitens des nominierten ODELGA-Vertreters Weigel und des Geschäftsführers Huber weiter fortgeführt worden. Es wurde ein Mann für die Abwicklung, nachdem die VOEST konkrete Leistungen verlangt hatte, abgestellt, der auch in der Hütte Krems tätig war, wie mir der Direktor Huber erzählt hat, und es werden also laufend entsprechende Abwicklungsgespräche und Leistungen zwischen VOEST und ODELGA vereinbart.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und welcher Art sind diese Leistungen, damit auch ein Laie sie verstehen kann?

Dkfm. **Stadler:** Es ist am Sektor der EDV und es ist vor allem auch im Bereich der Beratung von Spitalseinrichtungsgegenständen, die relevant sind im Zusammenhang mit dem Warnsystem. Aber bitte, da kann ich Näheres nicht sagen, so im Detail habe ich mich damit nicht befaßt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und wie erklären Sie sich dann, daß der Betriebsleiter der Firma ODELGA, der Herr Ing. Lehner, hier vor diesem Ausschuß die Aussage gemacht hat, daß er von einer Abstellung eines Mannes weder nach Linz noch in die Hütte Krems etwas weiß?

Dkfm. **Stadler:** Das halte ich ohneweiters für möglich, da Herr Ing. Lehner primär für den Betrieb, also für den Bau der Sterilisatoren verantwortlich war und daher hauptsächlich im Detail über das Betriebsgeschehen in der ODELGA Bescheid wußte, auch nicht über die Beratung oder den Anlagenbau, der bei einer anderen Abteilung situiert ist.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und wissen Sie, wurde der Mitarbeiter, der nun die Beratung der VOEST durchführt nach Ihren Angaben, aus dem Personalstand genommen oder wurde jemand dafür aufgenommen? Wie wurde das abgewickelt?

Dkfm. **Stadler:** Wie, das weiß ich nicht konkret, das hat bereits Direktor Huber abgewikkelt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Gut. Dann zu einem zweiten Thema:

Was können Sie aussagen über die geschäftlichen Beziehungen zwischen der Firma ODELGA und Herrn Versloot beziehungsweise seiner Firma?

Dkfm. **Stadler:** Es gibt zwei, das heißt, es gibt drei Versloot, von denen — ich glaube, das sind Brüder — zwei mit der ODELGA in Geschäftsbeziehung standen. Der eine ist der Conrad Versloot, Inhaber der Firma GKE, das sind also Spitalseinrichtungen, insbesondere auf dem Sektor Sterilisation, also Sterilisationspapier, Körbe und Wagerln. Von ihm hatte die ODELGA die Generalvertretung für diese Sterilisationseinrichtungen und den permanenten Papierbezug dafür.

Ich hatte mit Conrad Versloot das erste Mal Kontakt, als ich ihn zu mir bat nach Übernahme der Geschäftsführung, als nämlich seitens unseres Einkaufes die Frage auftauchte, daß es ein günstiges Produkt in Finnland gebe, das preisgünstiger als jenes zu haben sei, das Versloot anbietet. Daraufhin hat es ein

Gespräch mit Versloot gegeben, ob er in der Lage sei, entsprechend billiger sein Papier zu liefern, oder ansonsten müßte die ODELGA aus dem Vertrag mit ihm aussteigen. Er sagte, er sei nicht in der Lage, da er schon zu Grenzpreisen anbiete. Er hat aber mir erklärt, er wäre bereit, wenn wir wirklich wesentlich günstiger das Papier aus Finnland bekommen sollten, daß er sich ebenfalls an unserer Lieferquelle beteiligen würde.

Das war also das eine Mal, daß ich mit Herrn Versloot Kontakt hatte. Und das zweite Mal, als ich ihn nach dem Kontrollamtsbericht und den Zeitungsmeldungen über den Eigentümer der TECHMED befragte.

Der zweite Versloot, das ist ein Dr. Versloot, war noch vor der — ich weiß jetzt gar nicht, ob er noch während der Geschäftstätigkeit von Dr. Seidler Generalvertreter war, ich glaube, er war 1974 bis 1979 Vertreter der ODELGA in Holland und hat Sterilisationsgeräte verkauft. Es war die Firma Boviropa, die ihm gehörte, die also dort die Vertretung hatte.

Ich habe ihn einmal getroffen in Nürnberg auf einer Fachmesse, wo er sich bitter beklagte, wie er seinerzeit aus diesem Vertrag ausgebootet wurde und daß er große Leistungen für die ODELGA, für den Aufbau des Absatzes in Holland, erbracht hätte.

Das war das einzige Mal, daß ich von ihm gehört habe. Er war auch meines Wissens nie in Wien.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! In welcher Zeit waren Sie interimistischer Geschäftsführer der Firma ODELGA?

Dkfm. **Stadler:** Ich wurde vor Weihnachten 1979 vom Vorstand der Holding damit betraut und war bis zur Bestellung von Direktor Huber Geschäftsführer, hatte aber gleichzeitig auch die Agenden in der Holding als Prokurist auszuüben, konnte mich also immer nur einen halben Tag in der ODELGA beschäftigen, als ...

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und gab es in dieser Zeit konkrete Geschäfte zwischen ODELGA und Versloot, ob mit dem einen oder dem anderen Bruder?

Dkfm. **Stadler:** Die konkreten Geschäfte bestanden in den laufenden Papierlieferungen. Hier gab es einen Vertrag, daß ODELGA die Generalvertretung von dieser Firma GKE hatte. Entsprechend dem Verkauf dieser Produkte wurden Nachbestellungen ...

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Hatten diese Lieferungen speziell mit Ihren Aufträgen AKH etwas zu tun oder mit Aufträgen am AKH etwas zu tun?

Dkfm. **Stadler:** Sie hatten mit dem Auftrag Bau AKH nichts zu tun, da es sich um Verbrauchsgegenstände handelte, die bei der Sterilisation Verwendung finden.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Eine weitere Frage: Kennen Sie Herrn Dipl.-Ing. Winter persönlich?

Dkfm. **Stadler:** Ja, ich kenne Dipl.-Ing. Winter seit 1969 oder 1970. Ich bin damals zur Heizbetriebe Wien geholt worden und habe ihn als Vertreter der MA 34 beim Bau des Fernheizwerkes Spittelau kennengelernt, wo er den elektrotechnischen Teil betreute. Er war ja dann längere Zeit mit dem Bau während der Tätigkeit bei der Heizbetriebe Wien beschäftigt. Ich habe ihn dann eigentlich weitgehend aus den Augen verloren und wieder mit ihm Kontakt bei der Übernahme der provisorischen Geschäftsführung aufgenommen, wie ich alle anderen, die in Frage kamen, ebenfalls persönlich aufgesucht habe, um mich vorzustellen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und Sie hatten in dieser Zeit, in der kritischen Zeit, wenn ich so sagen wollte, keinen Kontakt mit Dipl.-Ing. Winter?

Dkfm. **Stadler:** In welcher kritischen Zeit?

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ich meine in der Zeit, wo die Überweisungen PLANTECH, GEPROMA erfolgten. Das war, glaube ich, am Ende der Periode, wo er bei den Heizbetrieben beschäftigt war oder tätig war ...

Dkfm. **Stadler:** Von derartigen Überweisungen war mir nichts bekannt. Ich kenne das aus den Meldungen aus den Zeitungen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Wie lang war ungefähr der Zeitraum, wo Sie den Kontakt zu ihm verloren hatten, in etwa?

Dkfm. **Stadler:** Das war vor Gründung der Holding — ich weiß nicht, wann Winter aus den Heizbetrieben dann ausgeschieden ist; das müßte zum Zeitpunkt gewesen sein, wie die AKPE gegründet wurde — und habe ihn dann eben wieder erst im Rahmen der Tätigkeit ...

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Haben Sie irgendwelche Geschäftsabschlüsse mit Herrn Dipl.-Ing. Winter getätigt? Für irgendeine Firma?

Dkfm. **Stadler:** Nein, ich habe ein-, zwei- oder dreimal während dieser Zeit mit ihm gesprochen, hatte aber sonst keine Geschäftsabwicklungen mit ihm.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Kennen Sie Herrn Dr. Wilfling?

Dkfm. **Stadler:** Ja, kenne ich auch.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Würden Sie kurz Ihre Beziehung zu ihm darstellen.

Dkfm. **Stadler:** Wilfling habe ich als Geschäftsführer in der Holding während meiner Tätigkeit als Prokurist in der Holding kennengelernt. Ich habe ihn bei Geschäftsführertagungen und im Rahmen meiner Tätigkeit in der betriebswirtschaftlichen Direktion mehrfach gesehen und gesprochen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Haben Sie mit Herrn Dr. Wilfling Geschäfte für die Holding abzuschließen gehabt?

Dkfm. **Stadler:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Diplomkaufmann Stadler, ich hätte auch noch einige ergänzende Fragen zu diesem Vertrag VOEST — ODELGA.

Wieviel Personen waren es insgesamt, die bis zum 1. Oktober 1980 für die VOEST im Rahmen dieses Trennwände-Beratungsauftrages Leistungen erbracht haben?

Dkfm. **Stadler:** Das kann ich nicht sagen, da die Leistungserbringung im Zeitraum der Tätigkeit von Direktor Huber erfolgte. Meines Wissens war ein Mann direkt in der Hütte Krems tätig, wieweit auch in der ODELGA Personen noch damit beschäftigt waren außer Herrn Mag. Weigel, der mit der Koordination betraut war, weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bis 30. Juli 1980, zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie ausgeschieden worden sind, wieviel Personen haben bis zu diesem Zeitpunkt Leistungen für die VOEST erbracht?

Dkfm. **Stadler:** Bis zu diesem Zeitpunkt war Herr Weigel damit beschäftigt ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Allein?

Dkfm. **Stadler:** ... und rückfragend Leute aus der ODELGA, wieweit die Abwicklung aus dem Hause erfolgen kann, da ich ja schon sagte, daß mein Gespräch mit Direktor Eisler zu Beginn 1980 ja seitens seiner Stellungnahme erbracht hat, daß durch die Abwicklung, den Abwicklungsverzug dieses Auftrages die VOEST noch keine Leistungen seitens der ODELGA haben wollte, solche aber im Zuge waren, er auch nicht genau wußte, da ja die Abwicklung, glaube ich, bei der Hütte Krems lag, was im Detail von dort verlangt werde, daher haben wir also beide einen Mann nominiert, und die beiden sollten sich über die Abwicklung zusammensetzen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie hoch war das Volumen, der Wert der Leistungen, die während Ihrer Zeit von der ODELGA für die VOEST erbracht worden sind?

Dkfm. **Stadler:** Ich kann das also zum jetzigen Zeitpunkt sagen, ich habe mit Direktor Huber Rücksprache gehalten, wieweit bisher die Leistungen sind, und er sagte mir, daß die bisher geleistete Anzahlung der VOEST bereits erschöpft sei und daß er langsam in die Richtung kommt, daß seine auflaufenden Kosten nicht gedeckt sind.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn Sie das sagen, interessiert uns natürlich jetzt umsomehr konkret, wie hoch diese Leistungen sein können, wie das berechnet worden ist. Uns steht zur Verfügung die Information, die wir von der ODELGA in diesen Tagen bekommen haben, der Mann, der abgestellt worden ist, hat einen Monatsbezug von 14 000 S gehabt, von Oktober berechnet jetzt bis 31. März 1980, wenn man das also mit allen möglichen Zuschlägen rechnet, kommt man für diese Monate unmöglich in diese Größenordnung. Deshalb würde ich Sie bitten, wenn wir ein Ersuchen an die Firma ODELGA richten, wäre es möglich, daß man uns eine ganz konkrete Leistungsaufstellung zur Verfügung stellt, was konkret geleistet worden ist?

Dkfm. **Stadler:** Ob es so eine Detailaufzeichnung gibt, weiß ich nicht, es ist im Vertrag an sich nicht vorgesehen, und man muß sicherlich berücksichtigen, daß ja auch die Besprechungen der Geschäftsführung, die Zentralkosten, die dabei anfallen, ebenfalls in den Gesamtkosten berücksichtigt werden müssen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, aber Sie sind ja da Vorstandsmitglied bei der Wiener Holding, und Sie werden sich aus diesem Grunde zweifellos interessieren, wie Leistungen echt abgerechnet werden.

Es ist überhaupt ein Problem, das wir in diesem Untersuchungsausschuß haben, daß wir in vielen Fällen nicht feststellen können, ob Zahlung und Leistung übereinstimmen. Darf ich Sie also noch einmal fragen:

Sie haben gesagt, Sie können uns nicht sagen, ob eine solche Abrechnung vorliegt. Vorhin haben Sie aber geantwortet, daß diese Million verbraucht ist. Wenn Direktor Huber Ihnen sagen kann, und Sie sind ja sozusagen das Aufsichtsorgan des Herrn Direktor Huber, dann werden Sie von ihm sicherlich auch eine Information verlangt haben: Ja Herr Direktor Huber, wie können Sie das nachweisen, daß diese Million verbraucht ist?

Dkfm. **Stadler:** Im Prinzip nicht, da ja der Vertrag, wenn man sich rein auf den rechtlichen Standpunkt stellt, keine entsprechenden Detailaufzeichnungen vorsieht, sondern ein Kooperationsvertrag über mehrere Jahre hinweg ist und, wie ich von Direktor Seidler gehört habe, im Prinzip ja so beabsichtigt war, daß daraus auch eine Zusammenarbeit auf Auslandsmärkten in der Folge stattfinden sollte

und nicht allein nur eine konkrete Abwicklung, sondern es sollten die Erfahrungen, die die ODELGA in den Spitälern hatte, mit den Erfahrungen der VOEST bei der Herstellung von Großbauvorhaben kombiniert werden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich frage Sie ja nicht als Partner der ODELGA, es ist mir klar, daß die VOEST, wenn Sie mir das jetzt sagen und den Vertrag so interpretieren, keine konkreten Abrechnungen verlangen, ich frage Sie als Vorstandsmitglied der Holding, und als Vorstandsmitglied der Holding kann ich mir vorstellen, ich würde es auf jeden Fall so veranlassen, hätte ich ein Interesse, vom Direktor der ODELGA, von der Tochter zu erfahren: Wie ist hier echt diese Million geleistet worden? Es kann ja auch sein, daß Sie vom Direktor Huber eine Falschinformation bekommen, es kann auch sein, daß 2 Millionen geleistet worden sind tatsächlich, und deshalb frage ich Sie: Was tun Sie als Vorstandsmitglied der Holding, wenn eine Tochter Ihnen das mitteilt? Können Sie von dieser Tochter verlangen, daß Sie eine korrekte Abrechnung bekommen über einen Auftrag, um zu prüfen, ob dieser kostendekkend ist oder nicht kostendeckend?

Dkfm. **Stadler:** Sicher kann man einen Auftrag darüber verlangen, aber es ist nicht Aufgabe der Holding, hier der Geschäftsführung automatisch Mißtrauen entgegenzubringen, sozusagen Informationen, die seitens der Geschäftsführung gegeben werden, stimmen also automatisch nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie können ohne weiteres annehmen, daß dieses Mißtrauen von außen an die Holding herangetragen wird.

Jetzt die konkrete Frage: Sehen Sie sich in der Lage, uns einen Nachweis zu bringen, wie diese Million echt verbraucht worden ist?

Dkfm. **Stadler:** Aufgrund des Vertrages ist das also nicht vorgesehen, . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein, aber . . .

Dkfm. **Stadler:** . . . verlangen, grundsätzlich, kann man das natürlich schon.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aufgrund des Verhältnisses Holding — ODELGA.

Dkfm. **Stadler:** Ja, aufgrund des Verhältnisses Holding — ODELGA ist also die Holding darauf bedacht, daß die Verträge, die abgeschlossen wurden, eingehalten werden und daß die verlangten Leistungen auch ordnungsgemäß erbracht werden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wenn wir an Sie herantreten würden, wären Sie bereit, uns eine solche Information zur Verfügung zu stellen?

Dkfm. **Stadler:** Die Aufträge müßten eigentlich vom Eigentümer kommen. Aber natürlich — ich sage noch einmal —, ja, wir können uns natürlich informieren. Ich verstehe also an sich grundsätzlich Ihre Frage nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich jetzt die — ja doch, die Frage ist deshalb berechtigt, weil wir glauben, daß hier eine verdeckte Zahlung geleistet worden ist im Zusammenhang mit einem Auftrag, der für das AKH erteilt worden ist. Dieser Auftrag — das geht ja quer durch die ganzen Unterlagen — beschäftigt auch das Gericht, das Kontrollamt der Stadt Wien und so weiter, es gibt dazu ja auch Vermerke, dieser Verdacht ist gegeben, und deshalb wären wir oder ich persönlich sehr interessiert, wenn Sie uns eine korrekte Abrechnung liefern könnten über die Leistungen der Firma ODELGA für diesen Vertrag, um zu erfahren, inwieweit diese Million verbraucht ist, denn mit den 14 000 S, die wir bisher bekommen haben von der ODELGA, Monatsbezug des Herrn — ich kann den Namen jetzt nicht genau sagen, ich hätte es hier in den Unterlagen — scheint mir das nicht entsprechend aufgeklärt zu sein.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter, an sich sind die Erläuterungen gar nicht notwendig, daß Sie sie dem Zeugen geben. Wissensfragen an ihn, und wenn nicht, an die ODELGA gerichtet oder an die Holding, indem wir abberufen, wenn Sie einen Antrag stellen wollen.

Der Herr Zeuge sagt, er weiß es nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns heute keine Information geben darüber?

Dkfm. **Stadler:** Ich habe gesagt, im Detail weiß ich nicht, welche Kosten aufgelaufen sind, ich habe Ihnen mitgeteilt, welche Information ich von Direktor Huber erhalten habe, daß das also weitgehend, die Anzahlung leistungsmäßig bereits erschöpft ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie dann fragen: Sie waren während Ihrer Geschäftsführerzeit mit den Geschäften mit Herrn Prutscher befaßt. Ja? In welchem Ausmaß? Welche konkreten Geschäfte?

Dkfm. **Stadler:** In dem Ausmaß, als entweder im Zusammenhang mit der Med-Consult, wo ja die ODELGA 50-Prozent-Eigentümer war, Geschäfte gemeinsamer Art oder Anbahnungen in der Richtung vorhanden waren, und im Zusammenhang mit bestehenden Aufträgen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns sagen: Gab es Aufträge nur im Ausland oder im Inland auch?

Dkfm. **Stadler:** Es gab Aufträge oder Auftragsanbahnungen . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Anbahnungen.

Dkfm. **Stadler:** . . . Anbahnungen im Ausland, und es wurden seitens Herrn Prutscher auch Anbahnungen im Inland mehrfach in die Waagschale auch geworfen, Inland und Ausland — auch also Bundesrepublik —, aus denen aber im Zuge der ganzen Abwicklung dann eigentlich keine besondere ersprießliche Beschäftigung für die ODELGA erwachsen ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gab es überhaupt keine positiven Abschlüsse?

Dkfm. **Stadler:** Es gab also während der Zeit 1979 bis Mitte 1980, soweit ich mich jetzt erinnern kann, keinen Auftrag mehr, der zur Ausführung bei der ODELGA gelangt wäre.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum haben Sie dann feststellen können, daß die Kooperation mt Prutscher derzeit sehr gut läuft?

Dkfm. **Stadler:** Weil es außerordentlich günstig ausgesehen hat. Es war im Zuge eines Großprojekts in Manila, für das die ODELGA die Sterilisatoren fertigen sollte, und es schien so, daß die Auftragserteilung praktisch schon erfolgt ist, nur die Finanzierung, die eine Frage der Zeit schien, noch ausständig sei. Es hat sich aber dann gezeigt, daß das Projekt — ob im Zusammenhang mit der Publizität oder aus anderen Gründen weiß ich nicht, auf jeden Fall hat sich das Geschäft dann zerschlagen, und das war ein für die ODELGA außerordentlich interessantes Geschäft, weil es sich um einen repräsentativen großen Sterilisator, auf welchem Gebiet die Firma wirklich, soweit ich während meiner Zeit sehen konnte, international sehr angesehen ist, gehandelt hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gibt es überhaupt Geschäfte, die für die ODELGA — im Zusammenhang mit Prutscher natürlich nur — mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen werden können? Meine konkrete Frage: Können Sie uns Geschäfte nennen, die zwischen Prutscher und ODELGA abgeschlossen worden sind und bei der ODELGA schlußendlich zu einem Gewinn geführt haben?

Dkfm. **Stadler:** Nein, ist mir keines bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann stimmt also die Aussage des Herrn Ing. Lehner, daß die Geschäfte mit der Firma Prutscher durchwegs Verlustgeschäfte waren?

Dkfm. **Stadler:** Man kann nicht sagen, daß sie Verlustgeschäfte waren, denn die gesamten Anbahnungen haben letzten Endes — aber ich vermag nicht zu sagen, aus welchen Gründen — nicht zur Auftragserteilung geführt. Zu dem Zeitpunkt, als ich die provisorische Geschäftsführung übernommen habe, konnte man noch absolut optimistisch sein, daß das eine oder andere oder vielleicht sogar mehrere Projekte tatsächlich zur Ausführung gelangen. Tatsache ist, daß keines dieser Projekte zu einer Beschäftigung für die ODELGA geführt hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie stimmen aber mit mir überein, daß das Ergebnis entscheidend ist und nicht das Wollen in der Wirtschaft?

Dkfm. **Stadler:** Das weiß man aber erst nachher.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, aber das ist entscheidend.

Was wissen Sie vom Geschäft in Saudiarabien? Sie waren ja mit Herrn Prutscher gemeinsam in Saudiarabien.

Dkfm. **Stadler:** Ich war mit Herrn Prutscher in Saudiarabien. Es ging dabei um ein Militärspital der Nationalgarde. Es sollte damals die Führung dieses Spitals einschließlich der gesamten Nachbeschaffungen des Verbrauchsmaterials durch Österreich erfolgen. Es gab hier ein Gespräch mit der Austroplan, die ebenfalls an diesem Projekt interessiert war. Es kam dann zu einer Terminvereinbarung mit den Saudis, wo es dann kurzfristig notwendig erschien, mit den Saudis in Riad zu sprechen. Ich bin damals mit Herrn Prutscher nach Saudiarabien geflogen. Wir haben uns dort mit dem Vertreter der Austroplan getroffen und gemeinsam sowohl mit dem österreichischen Botschafter als auch mit dem österreichischen Handelsdelegierten gesprochen, wie sie die Situation einschätzen. Es hat dann ein Gespräch mit dem Adjutanten des Prinzen gegeben, der uns auch den Zustand des Spitals gezeigt hat und die Vorstellungen, die herrschen. Auf Grund der Situation, die ich vorgefunden habe, habe ich dann dem Vorstand der Holding abgeraten, sich an dem Projekt zu beteiligen, da insbesondere auch mit dem österreichischen Botschafter sich dann gezeigt hat, daß hier voraussichtlich von den Saudis Garantien verlangt werden, die sicherlich nur dann erbracht werden können, wenn eine staatliche Garantie erfolgt, da sie ja die Führung dieses Militärspitals unter allen Umständen gewahrt wissen wollten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat Ihnen der Herr Prutscher in dem Zusammenhang auch von seinen Gesprächen mit dem Herrn Bundeskanzler erzählt?

Dkfm. **Stadler:** Der Herr Prutscher hat mir vor dieser Terminvereinbarung erzählt, daß er in Saudiarabien schon Gelegenheit hatte, mit zuständigen Stellen zu sprechen, ich glaube, im

Zusammenhang mit der Reise des Bundeskanzlers.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wie hat Herr Prutscher in diesem Zusammenhang den Einfluß des Herrn Bundeskanzlers bewertet?

Dkfm. **Stadler:** In keiner Weise. Er hat eine Möglichkeit gesehen, auf Grund der günstigen Konstellation möglicherweise dort ins Geschäft zu kommen, da Österreich vor allem in Saudiarabien einen sehr guten Namen hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Spielte der Name Niki Lauda in diesem Zusammenhang eine Rolle, im Manila-Geschäft?

Dkfm. **Stadler:** Nein. Im Manila-Geschäft war die ODELGA nur mit der Detailplanung dieses Lungenspitals beschäftigt, wo eine Reihe von intensiven Planungsleistungen seitens der ODELGA erbracht wurden. Es hat nie eine direkte Kontaktnahme in Manila gegeben, die wurde von Prutscher durchgeführt. Er hatte dazu einen ständigen Mann, der auch für die Med-Consult eingesetzt wurde. Ich bin nicht sicher, aber ich glaube Witschek oder Wiltschek oder so ähnlich hieß er.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn ich also auf Grund Ihrer Aussage jetzt feststelle, daß Niki Lauda weder im Manila-Geschäft noch im Saudiarabien-Geschäft auf Grund Ihrer Kenntnisse involviert war, bin ich richtig?

Dkfm. **Stadler:** Habe ich in dem Zusammenhang nie gehört.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Meine letzte Frage betrifft die Med-Consult: Inwieweit wissen Sie Bescheid über die Abwicklung des ABO-Auftrags durch die Med-Consult?

Dkfm. **Stadler:** Ich weiß, daß ursprünglich die ODELGA in den ABO-Auftrag miteingebunden war und daß nach Gründung der Med-Consult dieser Auftrag an die Med-Consult übergegangen ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich, damit wir das vielleicht kürzer machen, die Dinge wissen wir schon, sagen: Mir geht es vor allem um die Durchführung, um die Abwicklung des Auftrages durch die Med-Consult, also um die konkrete Erbringung der Leistungen der Med-Consult für die ABO. Wissen Sie darüber Bescheid? Die anderen Dinge hat uns der Herr Direktor Seidler schon sehr eingehend erläutert.

Dkfm. **Stadler:** Wenn Sie also meinen, wie der Auftrag abgewickelt wurde im Zusammenhang mit der Techmed ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nicht nur mit der Techmed. Es waren ja andere Partner auch bei der Med-Consult.

Dkfm. **Stadler:** Ja, aber der Hauptpartner des Auftrages war jener, den Dr. Kruse und die Leute der Techmed im Subauftrag der Med-Consult zu erbringen hatten. Ich glaube, dann war noch ein Reinigungsauftrag, also die Spiwag war dabei. Über den Spiwag-Auftrag weiß ich im Detail nichts.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich darf es Ihnen sagen. Es war das Kopenhagener Institut mit 1,8 Millionen.

Dkfm. **Stadler:** Mit dem IFH hatte ich nie Kontakt. Ich kenne nur den Namen, ich glaube, Lofert in dem Zusammenhang. Ich weiß, daß ursprünglich die Odelga IFH glaube ich zur Gänze mit der Erbringung der Leistung beauftragen wollte, das aber dann nicht getan hat, sondern Med-Consult beauftragt wurde.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mir ging es darum, darf ich Sie jetzt ganz konkret fragen, vielleicht habe ich vorhin zu allgemein formuliert. Mir ging es darum: Wie hat die Med-Consult kontrolliert, ob die Leistung, die von diesen 4 Firmen, nämlich IFH, Techmed, Prutscher und Spiwag, erbracht worden sind, auch der Honorierung entspricht?

Dkfm. **Stadler:** Direktor Enerwitschläger hatte sich bei der Vereinbarung mit der Techmed vorbehalten — das hat sich damals schon aus einem Gespräch ergeben —, Leute ablehnen zu können, wenn sie nicht entsprechen. Es war also de facto eine Art Personenengagement, wo die Geschäftsführung der Med-Consult maßgeblichen Einfluß auch darauf hatte, welche Leute zur Verfügung gestellt wurden, denn es war nicht beabsichtigt, die Techmed zu beschäftigen, sondern es war ja ursprünglich beabsichtigt, wie mir auch Direktor Seidler erzählt hat, den Herrn Versloot zu engagieren, der aber nur zu bekommen war über die Techmed, und es war beabsichtigt, Herrn Dr. Kruse zu engagieren, der bei der Inbetriebnahme des Krankenhauses Göttingen maßgeblich beteiligt war und über den also die Referenzen sehr gut gelautet haben. Wie ich mich nachträglich dann erkundigt habe, wieder während dieser meiner Tätigkeit in der interimistischen Geschäftsführung, habe ich sowohl von der AKPE als auch von der MA 17 und von allen Leuten, mit denen ich gesprochen habe, die also direkt mit der Abstimmung der Papiere, vor allem auch mit Dr. Kruse, zu tun hatten, nur positive Informationen erhalten, ebenso über seine Tätigkeit in Göttingen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Meine Frage war: Hat die Med-Consult die Leistungserbringung überprüft in Blickrichtung auf die Honorierung, auf die Bezahlung?

Dkfm. **Stadler:** Da kann ich also nur sagen:

Soweit ich vom Enerwitschläger weiß, hat er immer darauf Bedacht genommen, daß die Zahlungen an die Mitarbeiter im Einklang standen, also nicht darüber hinausgingen, was an Honoraren erbracht wurde. Es ist sicher sehr schwierig, bei einer geistigen Leistung zu sagen, ob das, was der Mitarbeiter geboren hat, die Intentionen des Auftraggebers, in dem Fall ja auch die Abstimmung mit dem sogenannten Nutzerkonsens, erbringt oder nicht. Nachdem auch das Kontrollamt in seinem Bericht festgestellt hat, daß bei dem Auftrag, den die Med-Consult zu erbringen hatte, ein erheblicher Anteil an den Arbeitspapieren abgestimmt war, haben wir an sich angenommen, daß die Leistungen gut erbracht wurden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Könnte man bei der Odelga oder bei der Med-Consult feststellen, wie teuer die konkreten Abrechnungen der einzelnen Projekte, die von der Med-Consult erbracht worden sind mit den Subfirmen, echt waren? Um für uns herauszubringen, wie hoch die tatsächlichen Kosten sind. Es wird ja behauptet — das kennen Sie aus der Presse auch —, daß der ABO-Auftrag überbezahlt war.

Dkfm. **Stadler:** Meines Wissens hat sich auch mit der Frage das Kontrollamt beschäftigt, und die Marge, die dabei drinnen ist, übersteigt eine übliche Größenordnung von etwa 10 Prozent nicht, wobei gerade bei der Erstellung des Status bei der Med-Consult ja die Frage, ob noch zusätzlich Garantieleistungen zu erbringen sind, ja zu Lasten dieser Marge gehen würden, so daß eher die Frage ist: Geht es null auf null aus oder nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nach meinen Informationen ist das Kontrollamt und sind alle Prüfer bisher bis zur ABO gekommen, und die ABO, nämlich die beiden Geschäftsführer, haben sich geweigert, die konkreten Abrechnungen der Partner der ABO vorzulegen. Und ein Partner der ABO ist die Med-Consult, und Sie sind mit 50 Prozent während dieser Zeit oder waren mit 50 Prozent an dieser Med Consult beteiligt.

Daher an Sie die Frage, ob wir auf diesem Wege zu konkreten Abrechnungen zumindest für die Firma Med-Consult kommen können.

Dkfm. **Stadler:** Die Tätigkeit der Med-Consult im Zusammenhang mit dem Auftrag, der etwa 10 Prozent des Gesamtauftrages der ABO umfaßt hat, die 11,6 Millionen, also zwischen 11 und 12 Millionen nach meiner Erinnerung, die sind vom Kontrollamt eingehend geprüft worden und stehen natürlich jederzeit zu Ihrer weiteren Prüfung zur Verfügung. Im Rahmen der Bilanzerstellung der Med-Consult werden sie auch seitens des Kontrollamtes geprüft.

Wir haben also seitens der Holding Einsichtnahmen in die Abrechnung oder in die Unterlagen der Med-Consult im Zusammenhang mit dem ABO-Auftrag oder mit einem anderen Auftrag nie zugestimmt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Seit wann kennen Sie die Techmed als Name? Versloot?

Dkfm. **Stadler:** Die Techmed als Name kenne ich aus dem Kontrollamtsbericht. —

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nicht vorher?

Dkfm. **Stadler:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Als Sie bei der Odelga waren, 1979 im Dezember, war es nur dem Enerwitschläger bekannt, daß es eine Techmed gibt?

Dkfm. **Stadler:** Ob ich vielleicht in irgendeinem Aktenvermerk oder im Rahmen der Holding-Unterlagen Techmed einmal gelesen habe, das weiß ich nicht. Wissentlich bekannt war sie mir nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Meine letzte Frage: Ist Ihnen bekannt, ob der Beratungsauftrag von der Firma Siemens, der zunächst an die Firma Odelga ging, ein Beratungshonorar in Höhe von 4 Prozent vorgesehen hat?

Dkfm. **Stadler:** Ist mir im Detail nicht bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und dieser Auftrag ging dann später über die Firma Prutscher neuerlich an die Odelga mit einem Honorar von 2,5 Prozent.

Dkfm. **Stadler:** Das ist mir im Detail nicht bekannt, damit habe ich mich auch nie befaßt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie sich befaßt mit diesen Steckbeckenspülern?

Dkfm. **Stadler:** Ja, das ist mir bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und ist Ihnen bekannt, daß die Odelga zunächst angeboten hatte mit — wenn ich das jetzt richtig sage — 17,5 Millionen Schilling?

Dkfm. **Stadler:** Den Betrag weiß ich nicht auswendig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das österreichische Produkt, der Austromat. —

Dkfm. **Stadler:** Es war so, daß die Med-Consult Mitte 1979 eine Vereinbarung mit Austromat über eine Exklusivität abgeschlossen hatte, Austromat über eine Exklusivität abgeschlossen hatte, Austromat aber das Hygienegutachten nicht erbringen konnte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie jetzt

gleich zwischenfragen: Warum nicht? wissen Sie das?

Dkfm. **Stadler:** Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War das vor Ihrer Zeit?

Dkfm. **Stadler:** Ja. Das sind also Informationen, die ich bei der Übernahme der Geschäftsführung vom Direktor Seidler erhalten habe, mit dem ich mich gerade über diesen Auftrag besprochen hatte, weil ich die Vorgeschichte nicht kannte. Er hat mir auch gesagt, daß er sich im Zusammenhang mit einem Messebesuch in der Bundesrepublik die verschiedenen Geräte und Typen angesehen hat und er der Auffassung sei, daß ein Schweizer Fabrikat das geeignetste, das technisch geeignetste sein müßte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat das gesagt, das habe ich nicht gehört.

Dkfm. **Stadler:** Direktor Seidler.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, aber wer hat es ihm gesagt?

Dkfm. **Stadler:** Er war ja mit dem Auftrag oder mit der Auftragsvorbereitung und mit der Projektierung schon Mitte 1979 beschäftigt. Der hat sich also bereits technisch erkundigt, welche Möglichkeiten es gibt, und vor allem auch: Mit wem kann die ODELGA hier zur Errichtung kooperieren, um die Auslastung der eigenen Werkstätte weiter sicherzustellen. Und hier hat es eben mehrere Möglichkeiten gegeben. Eine war AUSTROMAT, eine war eine deutsche Firma ZK, und eine war eine Schweizer Firma Hildebrand.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wissen Sie, warum dann die Firma Hildebrand zum Prutscher gegangen ist? Hat sich die Firma Hildebrand nicht auch bei der ODELGA erkundigt, ob die ODELGA nicht bereit wäre, die Generalvertretung zu übernehmen, nachdem Prutscher uns erklärt hat, er war nicht bereit, zunächst nicht bereit, die Generalvertretung von Hildebrand zu übernehmen?

Dkfm. **Stadler:** Die Vorgeschichte kenne ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War das alles Seidler?

Dkfm. **Stadler:** Nein. Ich habe also mit Herrn Hildebrand dann auch besprochen, wieweit eine Möglichkeit besteht, direkt, ODELGA mit Hildebrand, eine Kooperation aufzuziehen. Es hat auch hier bereits Vorgespräche mit Hildebrand und Seidler gegeben. Dann mußte ich aber feststellen, also ich habe dann vom Herrn Prutscher ein Schreiben bekommen, in der ODELGA, in dem er mitgeteilt hat, daß er einen Vertrag mit Hildebrand hat, was mir Hildebrand ursprünglich nicht gesagt hat, die Exklusivität dem Herrn Prutscher zugesichert hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat Ihnen Herr Hildebrand angeboten die Generalvertretung für Österreich?

Dkfm. **Stadler:** Er hat nicht die Generalvertretung für Österreich angeboten, er hat angeboten eine Zusammenarbeit mit der ODELGA, wobei ich ihm gesagt habe: Ich bin absolut interessiert an einer Zusammenarbeit mit ihm, ich möchte aber in keinerlei Rechtsstreitigkeiten als ODELGA hineingezogen werden, das möge er sich vorher selber ausmachen, weil er erklärt hat, daß diese Exklusivitätsvereinbarung mit Prutscher seiner Meinung nach nicht rechtsgültig sei.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann war dieses Gespräch mit Hildebrand?

Dkfm. **Stadler:** Das war irgendwann 1980, im April, Mai 1980. An den genauen Zeitpunkt kann ich mich nicht erinnern. Auftraggeber war die Arge Sanitär, wobei die Arge Sanitär in der Auftragserteilung ausdrücklich Hildebrand-Geräte verlangt hat. Uns, sowohl dem Direktor Seidler, mit dem ich gesprochen habe, als auch mir, ist es dabei eigentlich immer darum gegangen, einen entsprechenden Fertigungsanteil für die ODELGA zu bekommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe hier ein Schreiben, das muß zu Ihrer Zeit gewesen sein, 21. 5. 1980, von der Arge Sanitär an die Firma ODELGA: „Bestellung. Wir bestellen auf Grund Ihres Angebotes Steckbeckenspülapparate, Fabrikat Hildebrand" Wie ist das an Sie gegangen? Warum ist es nicht an die Firma Prutscher gegangen?

Dkfm. **Stadler:** Das ist an die Firma ODELGA gegangen, weil die Firma ODELGA den Auftrag erhalten hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und ihn weitergegeben hat an die Firma Prutscher.

Dkfm. **Stadler:** Hat ihn zu 50 Prozent an die Firma Prutscher weitergegeben auf Grund der Exklusivität, das sind also jene Teile, die auf jeden Fall Hildebrand hätte fertigen müssen. Das ist also dieser zentrale Spülteil. 50 Prozent sollten von der Firma ODELGA gefertigt werden und 50 Prozent Zulieferteile von Hildebrand, für die Prutscher die Exklusivität besaß.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann ist also die Firma ODELGA an diesem Auftrag, der ja jetzt Gegenstand eines Rechtsstreites ist, mit 50 Prozent beteiligt?

Dkfm. **Stadler:** Nein, weil dieser Auftrag wurde storniert. Dieser Auftrag wurde seitens der Arge Sanitär storniert und deckungsgleich seitens der ODELGA bei Prutscher für diese 50 Prozent ... —

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann ist der Rechtsstreit zwischen ODELGA und Prutscher?

Dkfm. **Stadler:** Derzeit ist mir nichts bekannt, daß Prutscher die ODELGA geklagt hätte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn Sie sagen, daß Prutscher das anerkannt hat, dann genügt es.

Dkfm. **Stadler:** Mir ist also nichts bekannt. Wenn es zu Rechtsstreitigkeiten kommt, ist es seitens der Geschäftsführung ja meldepflichtig. Das ist nicht geschehen. Mir ist nicht bekannt, daß es hier zu einem Rechtsstreit gekommen wäre.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Danke.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, zunächst am Anfang: Bis wann waren Sie bei der ODELGA?

Dkfm. **Stadler:** Ich war bis Juli allein und bis September noch überlappend mit Direktor Huber.

Obmann Dr. **Steger:** 1980?

Dkfm. **Stadler:** 1980.

Obmann Dr. **Steger:** Seit wann?

Dkfm. Stadler: Vom 1. Jänner 1980.

Obmann Dr. **Steger:** Und vorher?

Dkfm. **Stadler:** Ich hatte das also während meiner Tätigkeit als Prokurist in der Holding über Wunsch des Vorstandes als Auftrag der Holding durchzuführen.

Obmann Dr. **Steger:** Ich möchte ein bißchen Klarheit in diesem beruflichen Weg. Wann haben Sie die erstrangigen Informationen aus der Holding, wann haben Sie sie aus der ODELGA? Das heißt, Sie waren vorher Prokurist bei der ODELGA, aber nicht im Vorstand der Holding?

Dkfm. **Stadler:** Ich war regelmäßig bei den Vorstandssitzungen anwesend.

Obmann Dr. **Steger:** Bei den Vorstandssitzungen anwesend seit wann?

Dkfm. **Stadler:** Seit Gründung der Holding.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist wann, sagen Sie mir das bitte.

Dkfm. **Stadler:** 1974.

Obmann Dr. **Steger:** Seit 1974 kann man sagen so eine Art stellvertretender Vorstandsdirektor oder so irgendwie etwas. Ein Nichtstimmberechtigter, der immer beigezogen ist.

Dkfm. **Stadler:** Ja, es war seit Gründung immer vorgesehen, daß die Vorstandssitzung auch den Prokuristen mitumfaßt.

Obmann Dr. **Steger:** Wegen des Informationsflusses?

Dkfm. **Stadler:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Welchem Ressortbereich im Vorstand waren Sie zugeteilt?

Dkfm. **Stadler:** Betriebswirtschaft.

Obmann Dr. **Steger:** Wer war da der Vorstandsdirektor dazu?

Dkfm. **Stadler:** Direktor Kraus.

Obmann Dr. **Steger:** Also Sie waren im Bereich des Direktors Kraus und sind ihm jetzt nachgefolgt in seine Vorstandsposition?

Dkfm. **Stadler:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Ab 1. Jänner 1980 haben Sie neben Ihrer Tätigkeit in der Holding eine Funktion in der ODELGA übernommen?

Dkfm. **Stadler:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Ist das richtig?

Dkfm. **Stadler:** Jawohl.

Obmann Dr. **Steger:** Hatten Sie zu diesem Zeitpunkt aus Ihrer betriebsorganisatorischen Erfahrung in der Holding ein besonderes Wissen um die Vorgänge in der ODELGA?

Dkfm. **Stadler:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt, Sie waren vorher ausschließlich mit Holding-Wissen ausgestattet und haben als eine Art Feuerwehr diese ODELGA-Funktion übernommen?

Dkfm. **Stadler:** Ja. Ich habe das schon vorweg begonnen. Ich war also vorher bei der EBS — Entsorgungsbetriebe Simmering — und bei der WIBAG ebenfalls als eine Art Feuerwehr tätig.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Sie müssen aber doch, wenn Sie seit 1974 bei der Holding waren und bei allen Vorstandssitzungen — ich muß jetzt schon ein bißchen genauer nachfragen, ich bitte um Verständnis, so freundlich das Klima bisher ist mit Ihnen als Zeuge —, eigentlich ziemlich genaue Informationen zum Beispiel über die Gründung der Med-Consult haben. Das ist ja im Vorstand der Holding besprochen worden.

Dkfm. **Stadler:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Wer hat diesen Themenkreis in den Vorstand der Holding gebracht?

Dkfm. **Stadler:** In der Vorstandssitzung wurde es vorgebracht von Dr. Drennig.

Obmann Dr. **Steger:** Dr. Drennig hat also dort im Vorstand der Holding — ich nehme jetzt an, zu einem Zeitpunkt, bevor der Aufsichtsrat damit beschäftigt wurde — die Frage der Gründung der Med-Consult zur Sprache gebracht?

Dkfm. **Stadler:** Ja. Es war ja so, daß bereits früher ein Gemeinderatsantrag zur Debatte stand, die Ausgliederung der Beratungstätigkeit der ODELGA durchzuführen. Das muß zumindest ein jahr vorher gewesen sein. Wir waren damals der Meinung, daß man zuerst die Entwicklung der Beratungstätigkeit näher betrachten sollte, und erst wenn klar ist, wie sich die Beratungstätigkeit weiter entwickelt, wollten wir uns mit dem näher befassen. Hier kam dann die Idee, einen erfolgreichen, damals sehr erfolgreichen Geschäftsmann, der sich in derselben Branche, aber nicht deckungsgleich mit der Erzeugung der ODELGA beschäftigte, miteinzubinden.

Obmann Dr. **Steger:** Wir wissen mittlerweile natürlich mehr über die Med-Consult, als man zur Gründung gewußt hat. Wir wissen mittlerweile auch, wie sich das entwickelt hat. Wir wissen weiters mittlerweile, daß der Bürgermeister bekanntgegeben hat, daß es die Auflösung der Med-Consult geben wird wegen dieses Vorwurfes, vor allem durch das Kontrollamt erhoben, daß diese Firma funktionslosen Zwischenhandel betrieben hat.

Gibt es einen Auflösungsantrag oder einen Auflösungsbeschluß in der Holding mittlerweile?

Dkfm. **Stadler:** Ja, es gibt also einen Beschluß, zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Beteiligung an der Med-Consult aufzugeben.

Obmann Dr. **Steger:** Wer hat diesen Antrag gestellt? Ist das ein Aufsichtsratsbeschluß?

Dkfm. **Stadler:** Das ist ein Beschluß der Beteiligungskommission, den der Vorstand auch dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gebracht hat.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt interessiert mich neben dieser Frage der Auflösung natürlich auch etwas mehr, wie es zur Gründung der Med-Consult gekommen ist. Ich bitte Sie, das genau zu überlegen, denn ich habe nicht die Absicht, Sie da sehr leicht auszulassen, wenn Sie vielleicht weniger Erinnerung haben. Sie können auch sehr lange nachdenken im Zweifelsfall.

Mich interessiert, wer aus Ihrer Sicht der Anstoßgeber war, wer die Initiative gehabt hat, daß es zur Gründung der Med-Consult gekommen ist. Jetzt einmal, wer der Anstoßgeber war im Rahmen der Holding, damit es nicht so politisch brisant und schwierig ist für Sie.

Dkfm. **Stadler:** Dr. Drennig hat also die Idee in den Vorstand gebracht. Wie es also dazu kam: Möglicherweise über die Odelga, ich weiß es nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Hat er über den psychologischen Hintergrund etwas gesagt, was seine Zielvorstellung dessen ist, daß das gegründet wird?

Dkfm. **Stadler:** Ja: Prutscher ist ein erfolgreicher Geschäftsmann, dessen Tätigkeit sehr stark exportorientiert ist, der also großen Exportumsatz hat. Es schien daher interessant, hier eine Kooperation anzustreben. Prutscher könnte dabei seine Erfahrungen im Exportbereich und seine Geschäftsverbindungen mit einbringen und ODELGA ihre Erfahrungen, und gemeinsam müßte vor allem im Hinblick auf eine Spezialisierung auf ein Komplettanbot im Spitalsbereich eine Verbesserung der Konkurrenzsituation erzielbar sein.

Obmann Dr. **Steger:** Das war die eine Begründung, die uns Dr. Drennig hier auch als Zeuge erläutert hat, von anderen auch mittlerweile bestätigt. Er hat zusätzlich gesagt, daß es für ihn auch eine Überlegung gegeben hat, daß man am innerösterreichischen Markt durch eine derartige Gemeinschaftskonstruktion sowohl in ÖVP-dominierten, politisch dominierten Bundesländern als auch in SPÖ-politisch dominierten Bundesländern leichter zum Zug kommt, wenn man ODELGA als Gemeindefirma eines SPÖ-dominierten Landtags und Prutscher — wie er sinngemäß hat durchblikken lassen — als einen, der halt starke Kontakte auch woanders hin hat, nämlich zur ÖVP hat, wenn man die zusammenspannt. Hat er derartige Überlegungen je in Ihrer Anwesenheit geäußert?

Dkfm. **Stadler:** Ich würde also nicht sagen in Richtung auf ÖVP- oder SPÖ-dominierte Bundesländer, es gab aber sicher die Überlegung, daß in einigen Bundesländern die ODELGA wenig Anklang fand und man durch die Kontakte mit Prutscher sein Absatzgebiet entsprechend erweitern könnte.

Obmann Dr. **Steger:** Na hat er das gesagt einmal?

Dkfm. **Stadler:** Ja, in der Richtung sicher.

Obmann Dr. **Steger:** Hat er sich geäußert. Jetzt interessiert mich schon auch ein bißchen mehr, ob der Herr Dr. Drennig jene Erklärung

abgegeben hat, mit wem er das außerhalb der Holding vorbesprochen hat. Denn so eine grundlegende Entscheidung trifft man ja auch im Rahmen der Holding nicht, ohne Rücksprache zu halten. Haben Sie hier Wahrnehmungen, Informationen aus erster Hand von ihm oder von einem anderen Holdingmitglied, mit wem das abgesprochen war? Ich erinnere Sie daran, daß Sie das unter Zeugenpflicht zu beantworten haben, wenn Sie etwas darüber wissen.

Dkfm. **Stadler:** Herr Dr. Drennig hat sicherlich die Deckung seiner Fraktion für diese Vorgangsweise — nach dem Eindruck, den ich hatte — gehabt.

Obmann Dr. **Steger:** Hat er dabei Erklärungen abgegeben, was das ist, seine Fraktion, ob das jetzt die Aufsichtsratsfraktion ist, wo es ja auch Fraktionssitzungen vorher gibt, was in jedem Aufsichtsrat eines öffentlichen Bereiches in Österreich stattfindet, oder hat er erklärt, daß er unter „seiner Fraktion" andere Personen versteht? Ich könnte mir jetzt zum Beispiel vorstellen, es könnte theoretisch der Bundesparteiobmann sein, es könnte theoretisch der Landesparteiobmann Dr. Busek sein. Hat er hier in Ihrer Anwesenheit je etwas erklärt? Oder haben Sie sonstige Informationen?

Dkfm. **Stadler:** So dezidiert, wer also die Fraktion sei oder wer im Rahmen der Fraktion aller zu subsumieren sei, nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Hat er je erklärt, ob das eine persönliche Initiative ist von ihm, also seine Idee, oder ob er das abgesprochen hat? Das ist jetzt schon ein Unterschied, ob man darüber etwas merken konnte aus den Vorgesprächen, ob er es politisch abgesprochen hat mit jemandem.

Dkfm. **Stadler:** Er hat also sicherlich gesprochen. Ob man das als abgesprochen bezeichnen kann ...

Obmann Dr. **Steger:** Mit wem hat er politisch gesprochen? Was hat er Ihnen darüber gesagt? Lassen wir statt „abgesprochen" den Ausdruck „gesprochen".

Dkfm. **Stadler:** Er hat also mit führenden Leuten ...

Obmann Dr. **Steger:** Wen hat er Ihnen gesagt? Wen haben Sie gehört, daß er es gesagt hat?

Dkfm. **Stadler:** Er hat beispielsweise mit Dr. Busek darüber gesprochen, hat er gesagt.

Obmann Dr. **Steger:** Hat er gesagt, daß er das vor diesen Beschlüssen im Aufsichtsrat getan hat, oder können Sie das nicht dezidiert sagen, ob das vor der Gründung oder allenfalls zu einem späteren Zeitpunkt war?

Dkfm. **Stadler:** Da kann ich mich nicht erinnern, zu welchem Zeitpunkt das war.

Obmann Dr. **Steger:** Können Sie es aufs Jahr eingrenzen? Die Gründung war, wie ich herausgeschrieben habe, im Juli 1978. Hat er das jetzt irgendwann vor kurzem gesagt, daß er mit zum Beispiel Busek gesprochen hat, oder ist aus dem zu entnehmen, daß das im Jahr 1978 zirka gewesen ist?

Dkfm. **Stadler:** Das stammt also sicherlich nicht aus der jüngsten Periode.

Obmann Dr. **Steger:** Sondern aus ...

Dkfm. **Stadler:** Aus früherer Zeit, aber den genauen Zeitpunkt ...

Obmann Dr. **Steger:** Also Sie können es nicht auf den Tag und aufs Monat genau sagen. Würden Sie sich zutrauen, in Ihrer Erinnerung zu sagen, daß das 1978 gewesen ist?

Dkfm. **Stadler:** Daß es 1978 gewesen ist, kann ich nicht bestätigen.

Obmann Dr. **Steger:** Früher oder später eher?

Dkfm. **Stadler:** Es war sicherlich auch zum Zeitpunkt der Gründungsphase, aber den genauen Zeitpunkt bin ich nicht in der Lage zu sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Dr. Feurstein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich muß leider, wenn Sie gestatten, zwei Zusatzfragen machen. Die erste bezieht sich auf den Antrag, den Drennig — Sie haben gesagt, Dr. Drennig hat den Antrag gestellt. Wer war zuständig für den Bereich ODELGA im Vorstand?

Dkfm. **Stadler:** Zuständig in dem Sinn kann man eigentlich nicht sagen. Es gab also sachliche Zuständigkeitsbereiche. Hier war also Dr. Kraus zuständig für den betriebswirtschaftlichen Bereich, Dr. Drennig für den Rechtsbereich und Dr. Machtl für die generelle Linie. In der Aufteilung der einzelnen Firmen, die auch aufsichtsratsmäßig betreut wurden, gab es eine engere Bindung jeweils des einzelnen Mitgliedes im Vorstand oder ein näheres Informationsverhältnis zu jenen Firmen, in denen das jeweilige Mitglied auch im Aufsichtsrat war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie war es nun in der Regel im Vorstand, wenn solche Töchter in der Holding behandelt worden sind, wer hat hier berichtet: das Vorstandsmitglied, das im Aufsichtsrat saß, oder ein anderes Aufsichtsratsmitglied?

Dkfm. **Stadler:** Da gab es keine generellen Regeln. Es hat jeder seine Ideen, Überlegungen oder Anregungen im Rahmen dieser Vorstandssitzung eingebracht. Es gab kein strenges Ritual, daß nur jemand berichtet, sondern es konnte im Prinzip jeder eine Idee im Vorstand zur Diskussion stellen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie können aussagen, daß die Idee der Gründung der Med-Consult ausschließlich von Drennig stammt im Vorstand?

Dkfm. **Stadler:** Nicht die Idee der Gründung. Es hat Dr. Drennig im Vorstand berichtet über die Möglichkeit, hier mit Prutscher zu einer wirtschaftlich günstigeren Situation zu kommen. Das war ja zweifellos auch dadurch beeinflußt, daß man damals mit Auslaufen des Großauftrages Rudolfstiftung für die ODELGA erwarten konnte, daß neue Impulse gesetzt werden müssen. Es war zu dieser Zeit ja auch das Bestreben, privates Know-how in die Beteiligungen miteinzubinden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bin ich richtig, wenn ich feststelle, daß nicht Drennig ausschließlich die Idee der Med-Consult geboren hat? Es gibt ja nur die zwei Möglichkeiten: Entweder — oder.

Dkfm. **Stadler:** Was verstehen Sie unter „ausschließlich?" Unter „ausschließlich geboren?" Es ist die Idee einmal gekommen, man könnte also mit Prutscher, der ein erfolgreicher Geschäftsmann ist . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Beantworten Sie meine Frage: Hat Drennig diese Idee ausschließlich geboren, eine Med-Consult zu gründen — ja oder nein?

Dkfm. **Stadler:** Nicht die Med-Consult zu gründen, sondern mit Prutscher eine Kooperation oder eine Beteiligung einzugehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von wem kommt die Idee der Med-Consult?

Dkfm. **Stadler:** Von wem jetzt die Idee, eine Med-Consult zu gründen, kam — es war die Idee, sich mit Prutscher zusammenzutun. Die Details über den Syndikatsvertrag und die einzelnen Bestimmungen sind dann im Zuge der weiteren Besprechungen und Detailgespräche erfolgt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): An denen alle vorstandsmitglieder beteiligt waren? Mitgewirkt haben?

Dkfm. **Stadler:** Bei den Vertragsgesprächen primär Dr. Drennig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und die Rolle der anderen?

Dkfm. **Stadler:** Waren also auch mitbeteiligt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mitgewirkt?

Dkfm. **Stadler:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Alle Vorstandsdirektoren?

Dkfm. **Stadler:** Alle Vorstandsdirektoren. Es war ein einheitlicher Beschluß des Gesamtvorstandes, die Med-Consult zu gründen, und es war auch ein einhelliger Beschluß der übrigen Organe, also dann auch des Aufsichtsrates, die Gründung der Med-Consult auf Grund der Erwartungen, die man gehegt hat, durchzuführen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Einhellig?

Dkfm. **Stadler:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Zweitens: Sie haben gesagt, Drennig hätte die Fraktion informiert. Hat Ihnen Drennig gesagt: Ich habe die Fraktion informiert, die ÖVP-Fraktion?

Dkfm. **Stadler:** So eine Äußerung hat er in der Vorstandssitzung meiner Erinnerung nach gemacht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und hat er gesagt, welche Erfolge gab es im Inlandsgeschäft mit der Fa. Prutscher?

Dkfm. **Stadler:** Von einem Erfolg in dem Zusammenhang kann man nicht sprechen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie kennen keinen Erfolg im Inlandsgeschäft durch die Zusammenarbeit mit Prutscher?

Dkfm. **Stadler:** Nein. Wobei aber sicher zu berücksichtigen ist, daß ja praktisch in der Aufbau- und Anlaufphase der Med-Consult die Gesellschaft in eine Publicity kam, die es unmöglich erscheinen ließ, in der Folge auch dort, wo außerhalb von Wien Möglichkeiten einer Auftragserlangung stattgefunden hätten, solche überhaupt noch zu erhalten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gilt das auch für 1978?

Dkfm. **Stadler:** Das gilt sicher nicht für 1978.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gilt das für die erste Hälfte 1979?

Dkfm. **Stadler:** Das ist sehr schwierig zu sagen, denn das ist eine Frage, wie lange ein Unternehmen, das von Null weg mit einem Geschäftsführer gegründet wird, benötigt, um diese Anlaufphase zu überwinden, entsprechend sich mit geeignetem Personal auszustatten und dann auf dem . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das ist eine

andere Frage. Sie haben gesagt, aus anderen Gründen wäre die Med-Consult nicht ins Geschäft gekommen.

Dkfm. **Stadler:** Jetzt verstehe ich Sie nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben gesagt, daß es Schwierigkeiten gegeben hat vom Ruf her.

Dkfm. **Stadler:** Ja, es war dann in der Folge die Publicity, die der Med-Consult sicher nicht gut getan hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann hat die begonnen?

Dkfm. **Stadler:** Irgendwo an der Wende 1979/80.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aha: 1979/80. Und in dem Zeitraum bis 1979/80, daß es da keine Geschäfte gegeben hat, wem schreiben Sie das zu?

Dkfm. **Stadler:** Anbahnung gerade bei Beratungsgeschäften, wo es erforderlich ist, entsprechende Referenzen zu erbringen, wo es erforderlich ist, sich mit Fachpersonal auszustatten, das man erst sukzessive bekommen kann, und man kann ja auch nicht einen hochqualifizierten Mann, ich denke hier beispielsweise an Kruse, den kann man nicht ins Blaue hinein engagieren, ohne daß man einen entsprechenden Auftrag in Aussicht hat, weil da schlittern Sie in Verluste hinein. Das ist ja nicht möglich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Da bin ich Ihrer Meinung. Aber Sie wollten uns ja nachweisen, ...

Dkfm. **Stadler:** Nein, ich wollte gar nichts nachweisen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): ... daß die Fa. Med-Consult durch die Zusammenarbeit mit Prutscher im Inlandsgeschäft neue Geschäfte machen sollte.

Dkfm. **Stadler:** Das war beabsichtigt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber nicht gelungen. Erklären Sie mir, warum.

Dkfm. **Stadler:** Das sind also jetzt die Tatsachen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Erklären Sie mir, warum das 1978 und 1979 nicht möglich war.

Dkfm. **Stadler:** 1978 war die Gründung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Da war sie schon lange vorbei.

Dkfm. **Stadler:** Die Gründungsphase dauert sicherlich so lang, bis entsprechend eingearbeitetes Personal zur Verfügung ist. Das ist sicher bei jeder geistigen Tätigkeit so.

Obmann Dr. **Steger:** Aber, Herr Kollege Feurstein, Ihnen persönlich ist der Nachweis gelungen, daß erst im Mai 1979 der Handelsgewerbeschein zum Beispiel ausgestellt wurde und es bei manchen Berechtigungen überhaupt bis 1980 gedauert hat. Das haben Sie persönlich durch Fragen hier auch herausholen können. Ich möchte nur zur Erläuterung das anhängen.

Aber, Herr Zeuge, für mich eine abschließende Frage:

Sie hatten aus Ihren Wahrnehmungen in den Sitzungen und aus den Gesprächen den Eindruck — Sie hatten den Eindruck aus Gesprächen, aus direkten Wahrnehmungen, nicht aus irgendwelchen Vermutungen, sondern aus Gesprächen, die Sie geführt haben, aus Sitzungen, wo Sie dabei waren —, daß Dr. Drennig bei der Gründung der MED-CONSULT mit Wissen und Billigung Dr. Buseks agiert hat. Fasse ich das richtig so zusammen?

Dkfm. **Stadler:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Danke.

Gibt es in der SPÖ noch eine ergänzende Frage? — ÖVP? — Danke, Herr Zeuge, Ihre Einvernahme ist beendet. Auf Wiedersehen. *(Der Zeuge verläßt den Saal.)*

Zeugeneinvernahme von Dipl.-Ing. Adolf Winter

Obmann Dr. **Steger:** Herr Winter, ich begrüße Sie als Zeugen. Ich darf Sie bitten, dort Platz zu nehmen.

Sie kennen von früheren Gelegenheiten und auch aus der Ladung diesen Beschluß des Parlaments mit dem Untersuchungsauftrag, den wir hier haben. Sie sind ja nicht das erste Mal da, daher kann ich eher kürzer die Erörterungen dessen machen, wie die Vorgangsweise hier gepflogen wird.

Mittlerweile gibt es, wie wir gehört haben, eine rechtskräftige Anklage gegen Sie und einen Teil, der ausgeschieden wurde, wo eine Anklageerhebung noch möglich ist. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß allfällige Entschlagungsmöglichkeiten im § 153 enthalten sind, wo es vor allem, was für Sie das Wesentlichste ist, heißt, daß Sie die Ablegung eines Zeugnisses oder die Beantwortung einer Frage dann ablehnen können, wenn die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung — das ist also der wesentlichste Punkt bei Ihnen — droht, was sicher dann gegeben ist, wo Sie bei diesen Themenkreisen schon eine rechtskräftige Anklage haben. Sie müßten in einem derartigen Fall unter Hinweis auf diese Bestimmung eben

sagen, daß Sie die Frage nicht beantworten möchten. Sie haben das ja schon mehrfach getan zu früheren Zeiten. In diesem Fall haben wir als Gesamtheit darüber zu entscheiden, ob wir das akzeptieren oder nicht akzeptieren. Das steht also dann im Belieben des Ausschusses.

Ich darf Sie am Beginn fragen, ob sich an Ihren Generalien etwas geändert hat, nicht beim Vor- und Zunamen und sicher nicht bei dem Geburtsdatum. Beruf, Anschrift: Ist alles gleichgeblieben seit damals?

Dipl.-Ing. **Winter:** Es hat sich überhaupt nichts geändert.

Obmann Dr. **Steger:** Der erste Fragesteller ist Herr Abgeordneter Dr. Gradischnik.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Diplomingenieur! Sie waren ja schon zweimal hier bei uns. Sie haben uns so manches auf unser Befragen hin gesagt, so manches haben Sie aber auch nicht beantwortet.

Mittlerweile haben Sie auch mit Ihrem Anwalt sprechen können, das haben Sie ja zu diesem Zeitpunkt noch nicht können.

Nun meine Frage ganz generell: Können Sie etwas mehr, etwas darüber hinaus berichten, als Sie uns anläßlich Ihrer letzten Einvernahme hier im Ausschuß sagen konnten? Ohne jetzt noch eine gezielte Frage zu stellen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ohne eine gezielte Frage kann ich, glaube ich, diese Ihre Grundsatzfrage nicht beantworten.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Können Sie etwas zu den Firmen Plantech oder Geproma sagen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, dazu sage ich nichts.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Das war zum Beispiel eine gezielte Frage, weil Sie das jetzt so gefragt haben.

Ihre Tante Hermine Hellmann wird zurzeit gesucht. Können Sie mir oder wollen Sie darüber etwas sagen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, dazu sage ich nichts.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Nachdem sich meine Fragen alle in diesem Bereich etwa befinden, möchte ich von meinem weiteren Fragerecht Abstand nehmen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich will einen ganz anderen Fragenkomplex angehen: Ihre Kontakte mit der Consultatio, da sind Sie ja nicht beschuldigt, und ich glaube, da gibt es keinerlei Schwierigkeiten.

Wann sind Sie erstmals mit der Firma Consultatio geschäftlich in Kontakt getreten?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe das Unternehmen Consultatio kennengelernt im Rahmen meiner Tätigkeit als technischer Berater des Herrn Stadtrates Stacher. Das muß also gewesen sein 1973/74.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also ab Tätigkeit im Stacher-Team, wenn ich das richtig verstehe, und das hat, glaube ich, angefangen ...

Sie haben aber mit der Consultatio auch geschäftlich im Zusammenhang mit Varvaressos vielleicht nicht selber direkt mit ihr zu tun gehabt, aber Geschäftsverbindungen angebahnt, hat es geheißen. Stimmt dies, daß Sie etwa die Consultatio dem Varvaressos empfohlen haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das ist richtig. Ich habe dem Herrn Varvaressos die Firma Consultatio empfohlen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Welche Geschäfte oder — Geschäfte klingt jetzt vielleicht schlecht — welche geschäftlichen Verbindungen haben Sie aus der Stacher-Tätigkeit heraus mit der Consultatio miterlebt? Worum ist es da gegangen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die Firma Consultatio hat damals verschiedene Wirtschaftlichkeitsgutachten für die Stadt Wien gemacht. Naturgemäß war ich als technischer Berater in diese Geschäftsfälle Consultatio-Stadt Wien ja nicht involviert. Ich wußte also auch eigentlich kaum etwas darüber. Es gab im Rahmen dieser Ausarbeitungen oder Bearbeitungen oder Aufträge Fragen mit technischem Charakter, und in diesem Zusammenhang bin ich sehr peripher mit der Consultatio in Berührung gekommen.

Ich darf das vielleicht an Hand eines Beispiels erklären. Es ging damals um die Kostenzuordnung in Spitälern, die Wertung, wie kann man auch die auflaufenden Kosten aufschlüsseln und Kostenträgern zuordnen. Ein solches Problem, mit dem ich damals konfrontiert wurde, war die Energiezählung. Die Spitäler werden nur strom- und wärmemäßig global gezählt, und es gibt kaum eine Möglichkeit, die verbrauchte elektrische Energie einem Pavillon oder einer Klinik zuzuordnen. Es wurde erörtert, wie hoch der technische Aufwand wäre, wenn man hier Subzähler installiert.

Ich war als technischer Berater des Stadtrates Stacher mit dem eigentlichen Aufgabenkomplex immer nur sehr peripher in Kontakt, dann, wenn dieses Wirtschaftlichkeitsgutachten oder diese Ausarbeitung schlechthin irgendeine technische Konsequenz hatte. Und das war eher selten der Fall.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wer waren da die Herren oder Damen von der Consultatio,

die Ihnen als Gesprächspartner gegenübergestanden sind?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich von damals nur erinnern an den Herrn Dkfm. Bauer, und damals kam mit Bauer Rumpold mit; ich habe Rumpold im Zuge dieser Gespräche kennengelernt. Aber sonst einzelne Namen zu sagen, ob da jemand einmal dabei war, getraue ich mich nicht mehr.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): War Ihnen in irgendeiner Weise bewußt, daß Rumpold — ich sage jetzt „nur" — nur freier Mitarbeiter war oder in einem Werkvertrag bei der Consultatio tätig gewesen ist, oder ist er ganz einfach für die Consultatio Seite an Seite mit Bauer aufgetreten, ohne daß man da näher gefragt hat.

Dipl.-Ing. **Winter:** Er ist Seite an Seite mit Dkfm. Bauer aufgetreten, und da fragt man ja nicht: In welchem Zusammenhang sind Sie, Herr Rumpold, da?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wann haben Sie den Dkfm. Bauer kennengelernt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Zum ersten Mal damals, als ich im Rahmen des Stacher-Teams mit ihm, ... 1973, 1974.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie mit dem Bauer dann auch eine über die geschäftlichen Beziehungen hinausgehende Bekanntschaft gepflogen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): War man sich nach Ihrer Erinnerung im Bereich der Gemeinde Wien im klaren, wer der Eigentümer der Consultatio ist?

Dipl.-Ing. **Winter:** Diese Frage kann ich nicht beantworten, denn ich kann nicht sagen, was sich andere Herren der Stadt Wien über die Consultatio gedacht haben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nein, aber Sie hätten ja aus Ihrer Erfahrung, aus Ihrer Erinnerung Gespräche mitanhören, miterleben können, wo etwa der Hinweis „die gehört ja dem Androsch" oder „das ist die Firma vom Androsch" gefallen ist, also Ausdrücke wie diese gefallen sind.

Dipl.-Ing. **Winter:** An solche Äußerungen kann ich mich nicht erinnern.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ließ der Herr Stadtrat Stacher eine Präferenz für die Firma Consultatio erkennen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, ich könnte mich an keine Aussage oder an keine Handlung erinnern, die auf eine solche Präferenz hinweisen würde.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ist Ihnen der Vorfall, von dem dann später auch in den Zeitungen zu lesen war und von dem wir inzwischen durch Zeugen eine ziemliche Detailkenntnis haben, wonach die Klinikchefs vor Einführung der Mehrwertsteuer, also die Ärzte mit dem Stadtrat Stacher zusammen, nach einem Steuerbegutachter gesucht und dann die Consultatio empfohlen bekommen haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, ich kann mich in dem Zusammenhang nur an eine Zeitungsmeldung erinnern, aber an nichts aus der Arbeitssphäre heraus.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie hat nun Bauer gewirkt? Hat er gewirkt als Eigentümer dieser Consultatio oder hat er sich dann später als Eigentümer der ÖKODATA — die ÖKODATA hat es ja erst ab Herbst 1975 gegeben — deklariert oder hat er eher als ein Geschäftsmann gewirkt, der halt Geschäftsführer ist.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich würde das Auftreten des Herrn Bauer als Geschäftsführer bezeichnen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Besteht zwischen Ihnen irgendwo eine Korrespondenz mit dem Dkfm. Bauer, die wir vielleicht nicht kennen? Haben Sie mit ihm eine umfangreichere Korrespondenz geführt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich an kein einziges Schreiben erinnern, das ich an die Consultatio gerichtet hätte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie war das nun, als die Idee auftauchte, man müsse eine eigene Firma AKPE gründen? Wann sind Sie erstmals hinsichtlich einer Vorstandsmitgliedschaft angesprochen worden, oder auch umgekehrt, wann haben Sie erstmals unter der Devise „Das wäre ja was für mich" einen Kontakt diesbezüglich gesucht, und wenn, mit wem?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das sind zwei Fragen.

Die eine Frage ist kürzer zu beantworten: Wann wurde konkret über die AKPE gesprochen? — Das war größenordnungsmäßig vielleicht eine Woche vor der Gründung, da wurde ich zu einem Gespräch ins Büro zu Herrn Stadtrat Mayr gerufen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Darf ich das präzisieren: Ende August, Anfang September 1975.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, 1975. Vorher habe ich nie konkret von der bevorstehenden Gründung einer Gesellschaft etwas gehört.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Vorsitzender, ich gestatte mir, weil wir den Herrn Winter schon lange nicht gesehen haben, auch zu seiner eigenen Information Übergangsfragen zu

stellen. Herr Winter, wenn ich etwas wiederholen sollte, dann auch für mich, weil vielleicht dann auch die nächstfolgende Frage für Sie klarer ist. Ich will es ja nicht schwierig machen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich betrachte Teil eins der Frage als beantwortet. Zum zweiten Teil: Wann wurden darüber Gespräche geführt? — Ich kam 1971 in die Bauleitung. Bis man sich in einem solchen Apparat orientiert, braucht man ungefähr ein Jahr. Und nach 1972 ist in mir die Überzeugung gereift, daß dieser organisatorische Apparat der Bauleitung, der alten Bauleitung, das Bauvorhaben AKH nie bewältigen kann. In der damaligen Führungsschicht waren vier Hochbauingenieure, und niemand anderer in der Bauleitung hatte in irgendeiner Form eine Unterschriftsberechtigung; das heißt, jeder Brief, jede Kleinigkeit mußte von diesen vier Bauleitern — das war der damalige Titel — unterzeichnet werden. Überhaupt war die alte Bauleitung hochbauingenieurmäßig orientiert. Es gab keine anderen technischen Disziplinen, es gab keine Kaufleute, es gab keine Juristen. Von diesem „Grundübel" habe ich vielen Leuten erzählt. Hier jetzt, praktisch acht, neun Jahre später, zu sagen, wann ich wem was gesagt habe, das ist mir nahezu nicht möglich.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber ich meine, es war ja der Direktorposten der AKPE doch etwas sehr Markantes in Ihrem Leben, und nun ist der Übergang vom Beamten in eine Vorstandstätigkeit auch eine Zäsur in Ihrem beruflichen Leben, glaube ich, und daher auch ein Schritt, von dem ich mir nicht ganz vorstellen kann, daß er, daß Ihnen das acht Tage, bevor die Firma gegründet wird, plötzlich mitgeteilt wird. Da hat es da doch wahrscheinlich eine Konkretisierungsphase im Sommer 1975 — ich will Sie aber jetzt nicht auf diesen Sommer festlegen —, aber eine solche Phase davor gegeben, in der man sich zunehmend, etwa im Kreise des Stacher-Teams, im klaren war, daß wohl oder übel eine Firma kommen wird. Ob die dann AKPE heißt, ob es eine AG ist et cetera, ob es die IAKW Modell-Übertragung ist, das ist vielleicht nicht so präzise zu sagen, aber daß man da eine eigene Firma bekommen wird, weil es so mit dem Generalbeauftragten nicht weitergeht. Und da wird das, was Sie an allgemeiner Kritik am Baugeschehen in sich getragen haben, ja doch konkreter, und Sie kommen zu dem Punkt und sagen, jetzt müßte man — ich will Ihnen da nichts unterschieben — mit dem Stadtrat X einmal reden oder gesprächsweise mit dem Wilfling oder was.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe damals im Stacher-Team — die Zusammensetzung ist ja bekannt — des öfteren darüber gesprochen, worin ich die Problematik des Neubaues sehe, nämlich in dieser vollkommen falsch gestreuten Fachdisziplin, und habe das ausführlich begründet, auch an Hand von Beispielen. Aber ich selbst war in Gespräche über die zukünftigen Veränderungen nie involviert. Für mich kamen Ende August 1975 diese Umstrukturierung und meine Nominierung überraschend. Ich war in keinen Vorgesprächen darüber eingebunden. Ich darf dazu nur als Beispiel anführen: Von der Geschäftsordnung für den Vorstand und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat, die uns damals presentiert wurden, wußte ich nie, von wem die eigentlich ausgearbeitet wurden. Ich weiß nicht, wer das gemacht hat; ob das im Finanzministerium war oder in der Stadt Wien, das weiß ich nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und nun, Herr Diplomkaufmann, gibt es ein sehr interessantes Papier von Ihnen, ein Sechs-Seiten-Papier, genannt „Gedanken zur Projektmanagement-Situation im Bereich des Naubaues AKH", datiert vom 21. Juli 1975. Ich gebe es Ihnen, damit Sie sich das vielleicht optisch in Erinnerung rufen. Das deckt sich mit dem, was Sie gesagt haben, daß Sie sich Gedanken gemacht haben, wie könnte man das anders oder besser machen. — Für wen haben Sie dieses Papier erstellt oder in wessen Auftrag? Es steht nur Ihre Unterschrift darunter.

Dipl.-Ing. **Winter:** Darf ich es zwei Minuten überfliegen, es ist ja sechs Jahre her.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich habe dafür volles Verständnis.

Dipl.-Ing. **Winter** *(nach längerer Durchsicht dieses Schreibens):* Ich kann mir nur vorstellen, daß ich das als Vorlage im Stacher-Team als Gedankenmodell gemacht habe. Ich kann mich nicht erinnern, von irgend jemanden einen konkreten Auftrag erhalten zu haben, ein solches Gedankenmodell zu entwickeln. Es wird sicher nicht im Rahmen des Stacher-Teams damals von mir gemacht worden sein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Es ist etwas viel verlangt, plötzlich so ein Papier vorgelegt zu bekommen und sich daran zu erinnern. Trotz alledem fällt Ihnen vielleicht mehr ein, wenn ich versuche, Ihnen die meiner Ansicht nach interessante Konstruktion, die Sie vielleicht früher als viele andere oder vielleicht alle anderen skizziert haben, vor Augen zu führen.

Sie unterscheiden in dem Papier sehr deutlich einen Bereich Hochbau, bestehend aus ARGE-Architekten, schon der Firma Siemens, dann nennen Sie Dr. Walter; dann einen zweiten Bereich Haustechnik, wo die ALLPLAN eine Rolle spielen soll; und einen Bereich für allgemeine und organisatorische Belange mit Consultatio und Agiplan. Es ist aber eine

grundsätzliche Dreiteilung, die Sie hier vorschlagen, wobei ich Sie jetzt gerne über die Motive der einzelnen Zuordnungen fragen möchte.

Dipl.-Ing. **Winter:** Das ist leicht zu beantworten. Im Jahr 1975 hatte sich bereits die IAKW vier Jahre hindurch bewährt sowohl mit dem arbeitsteilenden Prinzip IAKW und AWI. In dieser AWI waren die Firma Siemens drinnen, der Dr. Walter aus Deutschland und drittens die Architekten. Daß man die Architekten, die bereits 10 oder 15 Jahre gearbeitet hatten, nicht ausklammern konnte, ist klar. Daraus erklärt sich das Zurückgreifen auf bewährte Unternehmungen von einem anderen Bauvorhaben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie würden also sagen, das Papier spiegelt ein bißchen die IAKW-Konstruktion wider.

Dipl.-Ing. **Winter:** Sicher.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und jetzt haben Sie hier die ARGE-Architekten. Aber was meinen Sie mit „Siemens Bautechnik"? Ich hätte Verständnis für Siemens-Medizintechnik, aber Siemens-Bautechnik ist mir im Moment kein Begriff, was dieser besondere Stellenwert ist.

Dipl.-Ing. **Winter:** Es ist jener Teil von Siemens, der bei der IAKW in der AWI Gesellschafter ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und führte dort den Hochbau durch?

Dipl.-Ing. **Winter:** Man kann nicht sagen, führte den Hochbau durch, sondern diese Abteilung von Siemens ist auf bauorganisatorische Aufgaben spezialisiert.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Dr. Walter war?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das ist ein deutsches Unternehmen, das im Projektmanagement der Olympiade München war, und von dort kam es zur ÖIKW. Daher habe ich das hier als Beispiel angeführt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und dann war im Bereich der Haustechnik die ALLPLAN. War die auch schon beim IAKW?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die war also auch schon beim IAKW. Und dann für „allgemeine und organisatorische Belange" nennen Sie die Consultatio und die Agiplan. War auch schon die Agiplan zu dem Zeitpunkt existent und bei IAKW?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich glaube nicht. Aber das traue ich mich nicht zu sagen, ob vielleicht Einzelaufgaben der Agiplan beider IAKW übertragen wurden. Das weiß ich nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Warum haben Sie hier die Agiplan bei allgemeinen und organisatorischen Belangen erwähnt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Schauen Sie, ein solches Bauvorhaben hat über die eigentliche Technik hinaus eine Fülle von technisch-organisatorischen Aufgaben wahrzunehmen, und gerade die Bewältigung dieser Aufgaben ist sehr wesentlich. Ich kannte nur wenige, und es gibt gar nicht viele Unternehmungen auf diesem Sektor.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wie kommt jetzt da die Consultatio herein?

Dipl.-Ing. **Winter:** Weil sie damals im Bereich der Stadt Wien — aus meiner Sicht als Stacher-Mitarbeiter — bereits im Spitalwesen tätig war. Deshalb habe ich sie hier angeführt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun sind wir an einer anderen Stelle des Papiers noch viel präziser und auch noch viel radikaler, wenn ich so sagen darf. Ich darf zitieren:

„Der Vorstandsbereich Finanzwesen wird deshalb vorerst nicht als fix angenommen, da es durchaus möglich wäre, diesen Bereich durch einen leistungsfähigen kaufmännischen Konsulenten (z.B. Consultatio) wahrzunehmen."

Ich verstehe den Satz so — ich bitte, mich zu korrigieren, falls ich es falsch verstehe —, daß Sie den späteren Finanzdirektor bei der AKPE, aber hier im Modell bei einem Betrieb den Vorstandsdirektor Finanzwesen tatsächlich ersetzen wollten, daß Sie den Vorstandsbereich Finanzwesen einsparen und durch einen Konsulenten ersetzen wollten.

Dipl.-Ing. **Winter:** Darf ich das so beantworten: Ich muß mich bei der Beantwortung dieser Frage in den Status 1975 zurückversetzen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich gebe Ihnen das Papier, aus dem ich diese Stelle gerade vorgelesen habe.

Dipl.-Ing. **Winter:** Danke. — Ich hatte damals ja wesentlich weniger Vorstellung von den erforderlichen kaufmännischen Aktivitäten im Rahmen eines solchen Bauvorhabens. Ich kannte die Bauleitung, und intuitiv war ich der Meinung, daß die kaufmännische Gebarung in der alten Bauleitung sicherlich nicht zufriedenstellend ist. Mir war aber vieles aus dem kaufmännischen Bereich, was ich im Laufe dieser fünf Jahre gelernt habe, ja unbewußt, das wußte ich ja noch nicht. Daher habe ich damals gesagt, es muß sich im kaufmännischen Bereich etwas tun, aber möglicherweise muß das kaufmännische Volumen nicht durch einen Vorstandsbereich abgedeckt werden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja aber Sie reden natürlich, wenn Sie von einem Vorstandsbereich reden, schon — verstehe ich das richtig — von einer Firma?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, sondern ganz einfach von einem zu bewältigenden Arbeitsvolumen. Ob man das mit eigenen Kräften macht, mit einem eigenen Vorstandsdirektor dafür, oder ob man es wie in einer kleinen Firma, wo man keine eigene Buchhaltung hat, sondern das außer Haus gibt, die Lohnverrechnung außer Haus gibt. Daß man also das Finanzvolumen eben auch nicht durch eine eigene Buchhaltung macht, sondern das außer Haus gibt, das war damals meine Vorstellung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und was war die Überlegung, daß es dann doch den Finanzdirektor, der später Schwaiger hieß, gegeben hat?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das war in dem Sinn keine Überlegung, denn ich wurde, als ich zirka eine Woche vor Gründung der Gesellschaft zum ersten Gespräch beim Herrn Stadtrat Mayr war, vor die Tatsache gestellt, es wird drei Vorstände geben, einen Kaufmann, einen Haustechniker und einen Hochbauer. Das war also kein Diskussionsthema, wie man das macht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun hat man aber doch dann, glaube ich, versucht, den Finanzbereich relativ anders anzulegen, als indem man alles im Haus anlegt. Man hat ja den Zacek hereingeholt für das Rechnungswesen, und man hat über den Kozlik die EDV-Buchhaltung abgewickelt. Würden Sie heute sagen, das sind modifizierte Fortsetzungen der Überlegungen, die Sie hier schon angestellt haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, denn ab dem Zeitpunkt, in dem für mich feststand, es werde einen dritten kaufmännischen Kollegen geben, war für mich die kaufmännische Seite erledigt. Ich war im gesamten Aufbau der kaufmännischen Struktur, im kaufmännischen Vorstandsbereich überhaupt nie involviert. Dadurch, daß jeder Vorstandsdirektor jede Post bekommen hat, wußte man also, was sich im wesentlichen im anderen Vorstandsbereich abspielt. Aber es war für mich weder von der Vorstandsverantwortung noch von der eigentlichen fachlichen Tätigkeit her interessant oder auch durchschaubar. Es war mir offengestanden relativ egal, wie der Dr. Schwaiger seinen Bereich aufgebaut hat; genauso ist es umgekehrt gewesen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wie kommt er nach seinem Wissen zu dem Zacek? Denn es ist doch nicht wie normal, daß man sich einen engagiert und den anstellt, sondern es ist ein Art Leasing-Vertrag oder eine ... Der Zacek war auch gleich ab der ersten Stunde, zumindest eine Zeitlang, in den Vorstandssitzungen. Wie kam es zu dieser Einstellung Zaceks?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich weiß nicht, woher der Zacek gekommen ist oder wie der Dr. Schwaiger zu ihm gekommen ist, das weiß ich nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Kann es möglich sein, daß ihn der Bauer empfohlen hat? Ist Ihnen irgendwie eine Empfehlung durch Dkfm. Bauer erinnerlich?

Dipl.-Ing. **Winter:** Da muß ich passen, Herr Abgeordneter.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat es nach Ihrem Wissen Zusammenhänge zwischen Schwaiger und Bauer gegeben, eine längere Zusammenarbeit, die noch vor Ihre Zeit zurückgeht, haben Sie diesbezüglich etwas wahrgenommen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, darüber weiß ich nichts, ob Dr. Schwaiger in seiner Funktion im Rahmen der Magistratsabteilung 5 mit Dr. Bauer Kontakte hatte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ist Ihnen bekannt gewesen, daß die Firma Consultatio etwa seit 1971 für die Abwicklung ihrer Steuerberatungstätigkeit zur Gemeinde Wien den Gesprächspartner Dr. Schwaiger hatte?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das höre ich jetzt zum ersten Mal.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das war Ihnen nicht bekannt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das habe ich noch nie gehört.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun zurück zu Ihrem Papier. In diesem Papier sagen Sie, „daß ab einem gewissen Zeitpunkt alle Aufgaben von einem drei- bis vierköpfigen Vorstand wahrgenommen werden", den Sie mit Hochbau, Haustechnik, Medizin-Betriebswesen und eventuell Finanzwesen umschreiben. Später ist es dann ein dreiköpfiger Vorstand geworden. Meine Frage daher noch einmal — und ich bitte, sich doch präzis zu erinnern —, für wen dieses Papier geschrieben wurde.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich nicht erinnern, daß ich das gezielt Herrn X geschrieben habe. Ich kann mir nur vorstellen, wenn ich versuche, mich in die damalige Situation zurückzuversetzen: Ich habe im Stacher-Team darüber mehrmals gesprochen; also ist es logisch, daß der Stadtrat Stacher zu mir gesagt hat, ich soll einmal diese Gedanken zusammenschreiben, damit er sie griffbereit hat, wenn er mit jemand anderem spricht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Können Sie sich an das Papier erinnern, jetzt, wo wir länger darüber reden?

Dipl.-Ing. **Winter:** Darf ich die Frage so beantworten: Wenn Sie mir dieses Papier ohne meine Unterschrift hinten drauf gegeben und gefragt hätten: Ist es von Ihnen — ja oder nein?, hätte ich mich nicht ja oder nein zu sagen getraut.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das verstehe ich. Aber können Sie sich erinnern, daß Sie in dieser Zeit des Sommers ein Papier oder mehrere Papiere zum Modell „Management des AKH" verfaßt haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, ich kann mich daran erinnern, daß ich solche Papiere, Exposeś, wie immer man es nennt, verfaßt habe.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also auch mehrere Exposés?

Dipl.-Ing. **Winter:** Zwei, drei vielleicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Zwei, drei Exposés. Und die gingen dann normalerweise an den Stacher?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe es im Rahmen unserer Team-Sitzungen den Anwesenden gegeben und habe gesagt: So, das wäre also meine Vorstellung!

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das heißt, diese Papiere würden nun an welchen Personenkreis gegangen sein? Ich sage Ihnen aus der Erinnerung das Stacher-Team: also Stacher ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Stacher, Siebensohn, Wilfling und ich.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Kann es möglich sein, daß Sie dieses Papier auch etwa dem Bauer gegeben haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich nicht daran erinnern, daß ich es dem Herrn Bauer gegeben habe. Aber ich kann auch nicht ausschließen, daß Stadtrat Stacher gesagt hat, geben wir es auch dem Herrn Bauer, um seine Meinung dazu zu hören.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Könnte es möglich sein, daß etwa Wilfling es dem Bauer gegeben hat; haben Sie da Wahrnehmungen in Erinnerung?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein!

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nein. Hat es mit einzelnen in diesem Papier angesprochenen Firmen oder Firmenvertretern oder Personen Gespräche gegeben, wo Sie gewissermaßen dann herangegangen sind, etwa mit einem Allplan-Vertreter oder was, und gefragt haben: Könnt Ihr das? oder: Wäret ihr daran interessiert? Hat es Gespräche rund um diese Papiere, die Sie im Sommer verfaßt haben, gegeben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie hinsichtlich Modellgedanken, wie man das AKH-Management zeitig in den Griff bekommen könnte, in dieser Zeit Sommer 1975, mit dem Bauer Kontakt gehabt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann nicht ausschließen, daß vielleicht im Rahmen einer Teamsitzung, in der auch der Herr Bauer anwesend war, auch über das AKH gesprochen worden ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun haben Sie vorhin, Herr Winter — und ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn wir uns wieder an eine maximale Wahrheit erinnern würden —, erklärt, Sie würden sagen, kein Schreiben zwischen Ihnen und Bauer. Nun habe ich aber hier vor mir von Ihnen ein Schreiben liegen, in dem es heißt: „Sehr geehrter Herr Bauer!" — aus dem Jahre 1976 —„Im Sinne unserer letzten Unterredung übersende ich Ihnen ein Gedankenmodell für die Umorganisation eines Teilbereiches des Magistrats. Gedanken dieses Modells ..."

Dazu eine Frage.

Bitte sehr, ich kann Ihnen auch dieses Schreiben zeigen. *(Der Zeuge nimmt in das Schreiben Einsicht.)*

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, das ist schon klar. Das ist auch kein Schreiben aus 1975.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nein, aus 1976.

Dipl.-Ing. **Winter:** 1976 gab es ja schon die AKPE. Ich nehme an, daß dieses Schreiben aus jener Zeit ist und im Zusammenhang ist mit folgendem: Die Consultatio hatte ja damals einen Auftrag von der AKPE, sich mit der technischen Betriebsführung von vorhandenen Kliniken zu befassen, also primär Psychiatrie-Kinderklinik. Hier steht „für Organisation eines Teilbereichs des Magistrats". Ich nehme an, daß es sich hier um die technischen Abteilungen 23, 32 und 34 handelt, daß es also um die Organisation der technischen Betriebsführung im Gebäudekomplex Psychiatrie-Kinderklinik ging. Wenn ich mich richtig erinnere, war im Sommer 1976 dieses große Problem der Psychiatrie-Kinderklinik — obwohl es ja schon großteils fertig und in Betrieb war und mit der AKPE eigentlich nichts zu tun hatte —, man stand vor dem Zusammenbruch. Damals ist ja die AKPE mehr oder weniger über Nacht eingesprungen, um diesen Betrieb aufrechtzuerhalten. Im Zusammenhang mit diesem Problemkreis beziehungsweise dieser Ausarbeitung der Consultatio — oder war das schon die Firma ÖKODATA?, das traue ich mich nicht zu sagen — ist dieses Schreiben zu verstehen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Darauf wollte ich Sie

gerade aufmerksam machen: Kann es 1976 nicht statt Consultatio dann schon die ÖKODATA gewesen sein?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, durchaus. *(Der Zeuge gibt das ihm zur Einsicht zur Verfügung gestellte Schriftstück an Abgeordneten Steinbauer zurück.)*

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sie haben jetzt gesagt, die AKPE habe die Consultatio hier beauftragt. Ist das nicht ein Irrtum?

Dipl.-Ing. **Winter:** Es kann auch sein, daß die AKPE die Firma ÖKODATA beauftragt hat. Es war ein Gutachten oder eine gutachterliche Stellungnahme um den Auftragswert von einigen 100 000 Schilling, Organisationsmodell einer technischen Betriebsführung für Psychiatrie-Kinderklinik oder so ähnlich muß das geheißen haben.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): War das die Ist-Zustand-Erhebung?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein. Die Ist-Zustand-Erhebung war später.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Aber die Consultatio ist von der AKPE nicht beauftragt worden. Können Sie das mit Sicherheit sagen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Jetzt erinnere ich mich schon besser. Ich glaube, es war ein Auftrag der AKPE an die Firma ÖKODATA. Das kann aber, glaube ich, unschwer festzustellen sein. Da muß es ja in den Unterlagen geben das Auftragsschreiben und die Ausarbeitung. Und wahrscheinlich wird im Zuge dieser Arbeit von mir oder von uns — also von mir — ein Brief an den Herrn Bauer per Adresse Consultatio geschickt worden sein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also es ist nicht klar, ob Consultatio oder ÖKODATA. Aber ich würde zunächst auch eher meinen, daß es die Firma ÖKODATA ist.

Aber vom Sachverhalt her ist Ihnen in Erinnerung, daß es sich wahrscheinlich um jene schwierige Aufgabe bei der Psychiatrie gedreht hat, die die AKPE zunächst — wenn ich das richtig sehe — nicht mitbetreuen sollte.

Dipl.-Ing. **Winter:** Es war nicht vorgesehen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Es war zunächst nicht vorgesehen. Sie waren ja die Bauerrichtungsgesellschaft. Dann war dieser Brandfall.

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, der Brandfall war ja viel später.

Es war glaublich Mitte 1976 — bitte: plus/minus einige Monate, mich nicht festzulegen — ein Zustand in der Psychiatrie-Kinderklinik, daß mangels einer technischen Betriebsführung die technischen Anlagen zu „spinnen" begonnen haben. Man muß das so ausdrücken. Denn wenn Sie heute eine Anlage errichten und in Betrieb nehmen, dann wird sie einige Monate oder ein halbes Jahr allein weiterlaufen. Aber ohne die notwendige Wartung und den notwendigen Servicedienst wird Ihnen auf einmal die Temperatur bei den Klimaanlagen davonlaufen. Und das war so. Die Kliniker haben sich bei der Direktion des Allgemeinen Krankenhauses beschwert darüber, daß es nicht mehr möglich ist, einen Spitalsbetrieb im Gebäudekomplex Psychiatrie-Kinderklinik aufrechtzuerhalten. Die alte Bauleitung gab es nicht mehr. Also hat sich das Anstaltenamt an die AKPE gewandt. Wir sind damals im Jahr 1976 eingesprungen und haben ein Gutachten beantragt über eine mögliche Organisationsform der technischen Betriebsführung. Und in diesem Zusammenhang ist dieses Schreiben zu sehen.

Der Brandfall war ja erst ein oder zwei Jahre später.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber wieso reden Sie hier von einem „Teilbereich des Magistrats"?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die Magistratsabteilungen 23, 32 und 34 sind jene Magistratsabteilungen, die technischen Betrieb führen. Es ging um folgendes: Es bestand ja nie die Absicht, daß die AKPE dort über Jahre hinaus die technische Betriebsführung übernimmt, sondern nur darum, daß sie einen Vorschlag ausarbeitet: Wie könnte man jene Abteilungen in das Gebäude organisatorisch einbinden, daß für die Nutzer — Ärzte, Schwestern — eine befriedigende technische Betriebsführung zustande kommt?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie ist nun dieser Vorschlag — den Sie hier mit diesem Schreiben verbunden zumindest angekündigt haben — für die Umorganisation entstanden? Haben Sie den selbst aus Ihrer Kenntnis entwickelt, oder mit wem haben Sie sich in der AKPE beraten?

Dipl.-Ing. **Winter:** Dieser Vorschlag kam ja im wesentlichen dann von der Firma ÖKODATA, denn die Firma ÖKODATA hatte ja den Auftrag zur Ausarbeitung eines solchen Gutachtens.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Einigen wir uns einmal, worüber wir reden, Herr Diplomingenieur. Ich wiederhole, was Sie schreiben:

„Im Sinne unserer letzten Unterredung übersende ich" — Winter — „Ihnen" — Bauer — „ein Gedankenmodell für die Umorganisation eines Teilbereichs des Magistrats."

Ich kann mir nun nicht vorstellen, daß Sie Herrn Bauer ÖKODATA-Überlegungen schikken, sondern es muß sich doch wohl um Gedan-

ken gehandelt haben, die Sie selbst vielleicht einmal skizzenhaft entwickelt haben oder mit irgend jemandem diskutiert haben. Da würde mich interessieren, mit wem, falls Sie es nicht allein gemacht haben.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann dieses Schreiben aus heutiger Sicht, sechs Jahre später, nur so deuten: Ich habe mit dem Herrn Bauer gesprochen; er wird wahrscheinlich etwas skizziert haben; und ich werde zu ihm gesagt haben: Passen Sie auf, ich zeichne das noch schöner, ich überlege mir etwas, und ich schicke es Ihnen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würde nach meiner Sicht auch mehr Ihrem Arbeitsstil entsprechen. Sind wir einer Meinung?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Jetzt aber doch zurück zu dem Schreiben, denn es ist nicht an die ÖKODATA gerichtet ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Sondern an den Herrn Bauer.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): ..., sondern an den Herrn Bauer, und drunter steht aber: Consultatio-Revisions- und Treuhand-Ges. m. b. H. Bitte: Das Schreiben ist vom 15. September 1976, und da hat die ÖKODATA schon ein dreiviertel Jahr bestanden, war nicht mehr in der Holzmeistergasse, sondern war schon in der Neulerchenfelder Straße. Also es kann nicht eine Adressenverwechslung sein.

Frage: Kann es nicht doch irgendeine Zusammenarbeit mit der Consultatio gewesen sein?

Dipl.-Ing. **Winter:** Sicher nicht. Denn schauen Sie: Wie spielt sich denn so etwas ab? — Man gibt die Zeichnung oder das Papier oder was es war, der Sekretärin und sagt: Schicken Sie das Herrn Bauer. Da wird die fragen: Wo ist der? — Bei der Consultatio. — Aus. Sie wird es aus dem Telefonbuch herausgesucht haben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Herr Bauer war normalerweise für Sie in der Consultatio erreichbar.

Dipl.-Ing. **Winter:** Darf ich die Frage wieder so beantworten: Wenn ich Herrn Bauer wollte, habe ich zu meiner Sekretärin gesagt: Ich hätte gern den Herrn Bauer. — Wo die Frau Friedrich den Herrn Bauer gesucht hat ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie waren einmal in den Räumen der Consultatio, oder waren Sie öfter in den Räumen der Consultatio?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich war sicher nicht öfter in der Consultatio, aber ich war in der Consultatio, einmal, zweimal, vielleicht dreimal.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Können Sie sich daran erinnern, wann das war?

Dipl.-Ing. **Winter:** Es ist sicher länger zurück. Es könnte — ich kann mich nicht mehr erinnern — im Rahmen meiner AKPE-Tätigkeit bei der Consultatio gewesen sein, aber ich kann es auch nicht ausschließen, bitte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Es hat hier ein Zeuge gesagt: Die Namen waren Schall und Rauch, Consultatio und ÖKODATA waren vertauschbar.

Ist dies nicht doch ein bißchen der Fall, wenn immer wieder dieselben Personen Ihre Gesprächspartner waren — also Beispiel Bauer hier oder Rumpold —, daß man dann eigentlich nicht gefragt hat: Welche Firma wickelt das jetzt ab?, sondern daß dies eine nebenrangige spätere Aufgabe war, das dann vertraglich zu fixieren. Oder sehe ich das falsch?

Dipl.-Ing. **Winter:** Für jenen Tätigkeitsbereich, den ich abgewickelt habe, war also schon klar, daß es die Firma ÖKODATA ist und nicht die Firma Consultatio. Das war für mich schon klar. Auch wenn einmal zum Beispiel dem Herrn Bauer etwas in die Firma Consultatio gesandt wurde.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und haben Sie vom Leistungsaustausch, vom Personalleasing, von den internen Verrechnungen zwischen ÖKODATA und Consultatio irgendwelche Wahrnehmungen selbst gemacht?

Dipl.-Ing. **Winter:** Überhaupt keine eigentlich, weil für mich Bauer und Rumpold als Geschäftsführer beziehungsweise Gesellschafter der Firma ÖKODATA die Gesprächspartner waren. Und wenn jetzt mit einem der beiden oder mit beiden Herren weitere Mitarbeiter mitkamen, dann hat man nicht gefragt: Haben Sie eine Lohnsteuerkarte, die bei der Consultatio oder sonst wo liegt, oder bei der ÖKODATA? — Das waren Mitarbeiter der Firma ÖKODATA.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würden Sie überrascht sein, wenn man Ihnen nun sagt, daß hier manches, das die ÖKODATA Ihnen abgeliefert hat, nur mit Hilfe der Consultatio zu erstellen war? — Etwa daß die ganze innere Buchhaltung, das ganze Rechnungswesen der ÖKODATA nur in der Consultatio geschehen ist. Oder war Ihnen das bekannt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Es war mir nicht bekannt. Ich muß aber sofort wieder hinzufügen: Ausarbeitungen im kaufmännischen Bereich haben mich nicht betroffen. Ich habe mich nie darum gekümmert, woher das gekommen ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber ich meine jetzt doch die Ausarbeitungen aus dem Betriebsorganisationsbereich, die Sie dann nomine ÖKO-

DATA bekommen haben: Daß hinter der ÖKODATA die Consultatio stand, daß dort die EDV-Anlage für die ÖKODATA war, daß das Rechnungswesen für die ÖKODATA bei der Consultatio gemacht wurde, daß der Herr Bauer ein Personalleasing für die ÖKODATA war, daß einzelne Personen für die ÖKODATA von der Consultatio zur Verfügung gestellt wurden, daß man intern Millionen-Beträge auf Kreditwesen austauschte. War Ihnen davon etwas aus Ihrer Wahrnehmung bekannt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Aus meiner Sicht war mir darüber überhaupt nichts bekannt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben sich auch nie Gedanken gemacht, wie Herr Dkfm. Bauer in der Lage ist, die beiden Firmen hauptberuflich zu vertreten. Oder haben Sie in Kauf genommen, daß die ÖKODATA vielleicht nicht von hauptberuflichen Menschen vertreten wird?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die Firma ÖKODATA hatte handelsrechtlich ordnungsgemäß registrierte Geschäftsführer. Das war zuerst der Herr Rumpold, später wurden dann auch noch andere Herren meines Wissens nominiert. Das wurde von unserer Rechtsabteilung laufend geprüft, meiner Ansicht nach, und wenn diese Herren Mitarbeiter brachten, bestand für mich und auch für meinen Mitarbeiterstab ja kein Anlaß, das jetzt zu prüfen, wo der Sachbearbeiter, Gruppenleiter oder welchen Rang der jeweilige Mann sonst immer hatte im Personalstand geführt wird.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Kann es möglich sein, daß Sie am 15. 9. 1976, als Sie Herrn Bauer geschrieben haben — bitte, das war relativ kurz, bevor Sie dann wieder von einer Arbeitsgemeinschaft ein Angebot bekommen haben, nämlich von der Arbeitsgemeinschaft Odelga/Ökodata —, gewissermaßen Vorarbeiten für Leistungen geleistet haben, die Ihnen dann zurückverkauft wurden?

Dipl.-Ing. **Winter:** Sie meinen, daß unsere Gedankenanregungen so viel waren, daß sie als Leistung zurückkamen. Oder wie soll ich das verstehen?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie sprechen hier von einem Modell, von einem Gedankenmodell, und Sie sprechen dann davon, Sie übermitteln hier offenkundig ein größeres Papier: Inhalt des Modells wird auf der letzten Seite ja sichtbar, eine Disposition ist sekundär, und in den nächsten Tagen werden Sie noch einige Ideen darlegen.

Also man hat den Eindruck, daß Sie Ihr Know-how für den Bauer übermitteln, und am 21. 9. 1976, also kurzfristig danach, kommt dann das Angebot der Arbeitsgemeinschaft Odelga/Ökodata. Können hier nicht Zusammenhänge sein?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich glaube, daß Sie in meinen Brief und in mein Gedankenmodell ganz einfach zuviel hineininterpretieren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben nicht soviel gedacht, meinen Sie?

Dipl.-Ing. **Winter:** Zumindest nicht in dieser Form, daß es im umfangreichen Papier niedergelegt wurde.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Diplomingenieur! Aber Sie wissen von unserem letzten Gespräch, daß ich Sie in diesem Vorstand als Manager unter den dreien, als die treibende Kraft immer gehalten habe. Kann es nicht möglich sein, daß Sie mit Herrn Bauer vieles durchbesprochen haben, was dann Herr Bauer unter irgendeinem Titel wieder zurückangeboten hat?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mir durchaus vorstellen, daß vielleicht grundlegende Gedanken, die ich geäußert habe, nicht nur vom Herrn Bauer oder von der Firma ÖKODATA, sondern von ausführenden Firmen oder planenden Firmen generell für gut oder zweckmäßig befunden wurden und eben einer Ausarbeitung zugrunde gelegt wurden. Aber das so weit, so extensiv auszulegen, daß ich praktisch schon die Arbeit geleistet habe, ist also sicherlich nicht richtig.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie kommt es eigentlich zu dieser Vergabe des ersten Auftrages gleich an die ÖKODATA im Jänner, also anfangs 1976, obwohl es die ÖKODATA eigentlich erst seit Mitte Dezember 1975 gegeben hat? Wo konnten Sie gegenüber etwa kontrollierenden Stellen argumentieren, just dieser Firma den Auftrag zu geben, obwohl es die Firma vor 14 Tagen, vor 3 Wochen noch gar nicht gegeben hat?

Dipl.-Ing. **Winter:** Schauen Sie: Wenn man an vorderster Front steht und Leistung vollbringen muß, betrachtet man als kreativer Mensch die spätere Rechtfertigung, die irgendwann erforderlich ist, als absolut sekundär. Denn entweder arbeite ich um des Output willens, oder ich arbeite, um Belege zu haben.

Wie ich schon vorher sagte, haben wir im Rahmen des Stacher-Teams mit Herrn Bauer, mit Herrn Rumpold Kontakte gehabt. Ich wußte, daß die Stadt Wien hier laufend Aufträge vergeben hat. Es waren Gutachten in Ausarbeitung und so weiter.

Auf Grund dieser Konfliktsituation in der Psychiatrie-Kinderklinik Mitte 1976 haben wir — oder habe ich — auch mit Herrn Bauer und/oder mit Herrn Rumpold darüber gesprochen.

Wie damals die Gedanken für eine Beauftragung waren, kann ich heute nicht mehr sagen. Aber ich kann mir vorstellen, daß man gesagt hat: Es wird die Firma ÖKODATA gegründet und es gehen Mitarbeiter hinüber, und daher wäre nicht die Firma Consultatio zu beauftragen, sondern die Firma ÖKODATA. Das kann ich mir aus heutiger Sicht durchaus vorstellen, daß es damals so gewesen ist. Wie es wirklich genau war, da muß ich sechs Jahre später passen. Wieso habe ich im September gewußt, was drei Monate später ist?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Gehen wir vor den September. Die Firma ÖKODATA wird, glaube ich, am 17. Dezember 1975 gegründet.

Dipl.-Ing. **Winter:** Moment: Wann?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): 17. Dezember 1975. Und am 7. Jänner 1976 — also bitte drei Wochen später — legt die Firma ÖKODATA bereits Ausarbeitungen zum Thema technische Betriebsführung zum Pauschalhonorar von 280 000 S vor. Also 3 Wochen nach Gründung sind die schon imstande, ein Anbot Ihnen vorzulegen, und bekommen dann auch den Zuschlag. Jetzt ist aus der Sicht später an Sie die Frage zu richten: Welche Bonität hatte diese Firma, die erst drei Wochen am Markt ist, um nun genau diese schwierigen technischen Fragen für Sie zu beantworten?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die Bonität ist leicht zu erklären. Es waren die Herren Bauer, Rumpold und Mitarbeiter mir schon seit rund zwei Jahren aus der Stacher-Tätigkeit bekannt. Sie haben für die Stadt Wien ja sichtlich auch mit einem größeren Mitarbeiterstab gearbeitet. Und wenn jemand, den man schon aus verschiedenen Arbeitsphasen kennt und gute Erfahrungen gemacht hat, sagt: Ich gründe ein neues Unternehmen und gliedere dort fünf bekannte Mitarbeiter ein!, dann ist das ja für so einen Auftrag genügend Bonität.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): War für Sie die ÖKODATA gewissermaßen die Spezialisierung für den medizinisch-technischen Sektor der Consultatio? Denn die Herren, die Sie jetzt genannt haben, sind Ihnen ja drei Wochen oder vier Wochen vorher alle unter dem Titel „Noch Consultatio" gegenübergesessen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Richtig.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): War das gewissermaßen die medizinisch-technische Spezialfirma, die hier unter dem Namen ÖKODATA aufgetreten ist?

Dipl.-Ing. **Winter:** Wenn Sie sagen medizinisch-organisatorisch, ja, nicht medizinisch-technisch, sondern medizinisch-organisatorisch, weil ja der Mitarbeiterstab der Herren Bauer und Rumpold und die beiden Herren selbst ja schon seit längerem im Spitalswesen tätig waren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Es wurden also gewissermaßen Leistungen, die vorher, etwa ein Jahr vorher, als Sie noch im Stacher-Team saßen, unter dem Titel Consultatio angeboten wurden, dann von denselben Personen unter dem Titel ÖKODATA zu Jahresende 1975 oder zu Jahresbeginn 1976 angeboten. Oder Know-how; nicht Leistungen; sondern Know-how.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also medizinisch-organisatorisches Know-how wurde angeboten.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja. Das könnte man ungefähr so sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): War Ihnen bekannt, daß Bauer weiterhin der Consultatio verblieben ist?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nachdem ich mit der Firma Consultatio selbst überhaupt nichts zu tun hatte und mir auf der anderen Seite nicht bekannt wurde, daß es hier zu einer Veränderung gekommen war, kann ich also diese Frage weder mit ja noch mit nein beantworten. Für mich war hier eine Kontinuität, auch wenn sich das Briefpapier geändert hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben ja die Consultatio dem Varvaressos auch in späteren Jahren noch empfohlen. Oder wann war die Empfehlung an den Varvaressos?

Dipl.-Ing. **Winter:** Es könnte ungefähr — größenordnungsmäßig — 1976 gewesen sein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das heißt: Bauer — der ja dann die Person war — trat durchaus nach wie vor unter dem Titel oder mit „dem Hut" Consultatio auch auf, etwa bei den Varvaressos-Gesprächen, denn da war er ja sicher nicht ÖKODATA.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja sicher. Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Er trat aber auf der anderen Seite bei Ihnen unter dem Titel ÖKODATA auf, denn sonst hätten Sie ja nicht die BO-Kuchengespräche führen können im Jänner 1976.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich muß einhaken: BO-Kuchengespräche, damit mir da nicht etwas unterstellt wird.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nein, will ich nicht. Können Sie versichert sein.

Ich meinte, wo Sie die Notizen dann darüber führen, wo das Wort „BO-Kuchen" vorkommt. Sind wir wieder einig.

Jetzt die Frage: Sind Ihnen die Eigentümer der ÖKODATA bekannt gewesen oder haben Sie sich erkundigt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich selbst habe mich nicht erkundigt, denn die Beschaffung eines Auszuges aus dem Handelsregister ist ja Aufgabe der Rechtsabteilung. Erinnerlich ist für mich heute nur, daß das die Herren Rumpold und Bauer waren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie wollten jetzt aber nicht sagen, daß Sie über die ÖKODATA auch nur ahnungsweise daran gedacht haben, sich einen Handelsregisterauszug zu beschaffen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich nicht, aber unsere Rechtsabteilung sicher.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Glauben Sie, daß die das gemacht hat?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich bin fast überzeugt davon.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat es da Routine-Aufträge gegeben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die Rechtsabteilung ist mir nicht unterstanden. Aber es gibt in jeder Fachdisziplin Selbstverständliches, und wenn ich mit einer Firma als Auftraggeber in eine Geschäftsbeziehung trete, ist doch die Beschaffung eines Handelsregisterauszuges eigentlich etwas Selbstverständliches.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Winter! Wir sind so gut in dem letzten Gespräch miteinander ausgekommen: Es wäre gar nicht möglich gewesen, am 6. Jänner 1976, am 7. Jänner 1976 schon eine ÖKODATA Ges. m. b. H. & Co. KG-Handelsregisterauszug zu bekommen, denn die Eingabe an das Handelsregister war am 17. Dezember 1975, Weihnachten et cetera, und wir wissen inzwischen, daß sich das ein bißchen verzögert hat. Reden Sie mir da jetzt nicht etwas ein.

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, ich will Ihnen nichts einreden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie hätten es ja auch nicht notwendig gehabt. Über die ÖKODATA haben Sie sich genügend anderweitig erkundigen können, was das für eine Firma ist, und es muß ja rasch gegangen sein, sonst hätten die ja nicht schon am 7. Jänner 1976, also 3 Wochen nach Gründung, ein Anbot über einen 280 000-Schilling-Auftrag vorlegen können.

Wie, lautet meine Frage, waren Ihre Erkundigungen: Was ist das jetzt, die ÖKODATA?

Dipl.-Ing. **Winter:** Da muß ich insofern passen, als ich ja solche Erkundigungen nicht eingezogen habe, wenn ich seit zwei Jahren den Herrn Bauer und den Herrn Rumpold kenne, und man sagt mir, jetzt wird dieses oder jenes Aufgabengebiet von der Firma ÖKODATA wahrgenommen, und ich habe auf der anderen Seite einen kaufmännischen Vorstandskollegen, der diese Sachen wahrzunehmen hat, ja dann ist doch für mich keine Veranlassung zu prüfen, ob es die Firma ÖKODATA rechtlich schon gibt, ob alles in Ordnung ist und so weiter.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Erlauben Sie mir eine Plantech-Geproma-Frage. Sie können die Antwort natürlich verweigern:

Mußte die Firma ÖKODATA oder Consultatio auch an Plantech oder andere liechtensteinische Firmen etwas überweisen? Haben Sie diesbezügliche Erfahrungen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Mir ist über diesbezügliche Geschäftsbeziehungen nichts bekannt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie mußten nicht überweisen. Sehe ich das richtig?

Dipl.-Ing. **Winter:** „Müssen." Kein Mensch muß etwas überweisen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie wurden nicht aufgefordert?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann dazu nichts sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Weder die Consultatio noch die ÖKODATA noch eine dieser Firmen mußte je mit Liechtenstein Kontakt aufnehmen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Mir ist über Geschäftsbeziehungen darüber nichts bekannt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das finden Sie aber nicht auffällig, sondern ganz natürlich.

Dipl.-Ing. **Winter:** Weder auffällig noch natürlich.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Weder — noch. Bitte.

Jetzt haben Sie dieses Papier über die Umorganisation zum Projektsmanagement gemacht. Was haben nun die Wiener Kommunalpolitiker, sprich Stadtrat Stacher, damit gemacht?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das weiß ich nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie sind doch nicht der Typ, der Modelle „hineinwirft" und sich dann nicht mehr darum kümmert.

Dipl.-Ing. **Winter:** Schauen Sie: Zwei Jahre habe ich Modelle entwickelt, von ungefähr 1972 bis 1974 oder bis 1975 habe ich Gespräche geführt und eigentlich keine Reaktion gemerkt. Wie ich schon vorhin sagte: Die Gründung der AKPE im August 1975 kam für mich überra-

schend, denn ich wußte nicht, daß hier eine solche Gründung bevorsteht. Mit wem Herr Stadtrat Stacher an Hand dieses Gedankenmodells gesprochen hat weiß ich nicht: Ich kann mich nicht erinnern, daß er mir jemals expressis verbis gesagt hat: Ich habe mit dem Herrn Bürgermeister oder mit dem Herrn Stadtrat Sowieso gesprochen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Habe ich Sie richtig verstanden: Mußten Sie das häufig mit Stadtrat Stacher erleben, daß Sie ihm eben Vorschläge und Modelle gebracht haben, und es geschah nichts damit?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich darf das so beantworten: Ich kann mich erinnern, daß Herr Stadtrat Stacher über das Allgemeine Krankenhaus, über den Neubau immer sehr unglücklich war — „unglücklich" unter Anführungszeichen — weil es weder in seine Kompetenz fiel, noch überhaupt eine klare Zuständigkeit gegeben war.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat es Gefälligkeiten zwischen Ihnen und Bauer gegeben? Denn es ist natürlich schon auffällig, daß Sie hier an zentraler Stelle die Consultatio empfehlen. Es ist auffällig, daß dann die Consultatio mit Zacek, mit Kozlik sofort ab AKPE-Gründung einreitet und in die AKPE einzieht. Haben Sie Herrn Bauer dann Vorschläge gemacht, die er an Sie vielleicht wieder zurückbringt? Hat es irgendwelche Freundlichkeiten des Dkfm. Bauer oder vielleicht Angebote, die Sie vielleicht entrüstet zurückgewiesen haben, gegeben im Laufe der Jahre Ihrer Zusammenarbeit mit Bauer?

Dipl.-Ing. **Winter:** Es gab weder Freundlichkeiten noch Angebote an mich, und daher konnte ich auch nichts zurückweisen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Zum Beispiel Reisekosten, die er für Sie irgendwo übernommen hat, oder wertvolle Geschenke oder sonstige Sachleistungen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Wir hatten es als AKPE nicht notwendig, uns Reisen zahlen zu lassen, denn wir hatten ein reguläres Reisebudget.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und in den Jahren vor der AKPE?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich nicht erinnern, überhaupt vor der AKPE-Gründung jemals mit dem Herrn Bauer irgendwo gewesen zu sein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wertvolle Geschenke vor der AKPE?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nach der AKPE?

Dipl.-Ing. **Winter:** Weder vor noch nach der AKPE.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Der Bauer hat Ihnen zu Weihnachten nur Weihnachtsgrüße geschickt. Oder was?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich glaube, vor der AKPE-Gründung nicht einmal das.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Weder vor noch nach. Er hat Ihnen nie zu Weihnachten gratuliert?

Dipl.-Ing. **Winter:** Als AKPE haben wir die regulären Geschäftsgratulationen gekriegt: Die Consultatio und ihre Mitarbeiter wünschen Ihnen. — Aus.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nicht einmal eine Flasche Wein zu Weihnachten, nicht einmal ein gutes Buch über Managementlehre oder irgend etwas, über Griechenland? Nichts dergleichen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Sie werden es nicht glauben, nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Der Bauer: nein.

Dipl.-Ing. **Winter:** Von der Consultatio nicht einmal eine Flasche Wein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich glaube, daß die Consultatio Ihnen ja auch ab der AKPE nicht zu gratulieren hatte.

Dipl.-Ing. **Winter:** Auch nicht die ÖKODATA.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich habe von Bauer gesprochen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Auch nicht vom Herrn Bauer. Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die haben Ihnen nicht gratuliert und nichts gewünscht und nichts geschenkt.

Dipl.-Ing. **Winter:** Sie haben mir nichts geschenkt. Ob mir der Herr Bauer im Dezember, wenn man sich das letzte Mal im Jahr gesehen hat, vielleicht gesagt hat: Ich wünsche Ihnen alles Gute!, das nehme ich an.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das ist ja eine normale Höflichkeitsform.

Dipl.-Ing. **Winter:** Eine normale, im Geschäftsleben übliche Höflichkeit.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber nichts darüber Hinausgehendes.

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, nein. Sicher nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Trotzdem haben Sie den Herrn Bauer so empfehlen, etwa bei Ihrem Freund Varvaressos. Ist er ein so brillanter Steuerberater in Ihrer Sicht?

Dipl.-Ing. **Winter:** Für mich war und ist der Herr Bauer ein Fachmann, und daher habe ich ihn dem Herrn Varvaressos empfohlen. Mein Bekanntenkreis im kaufmännischen Bereich ist nicht so groß, daß ich hier eine Vergleichspalette hätte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Meine letzte Frage, nur weil wir das letzte Mal damit aufgehört haben: Ist eigentlich Ihr PKW schon gefunden worden — ich habe jede Übersicht hinsichtlich Ihres PKWs verloren — oder ist der immer noch abgängig?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich darf Ihnen dazu sagen: Das ist für mich derzeit kein aktuelles Thema. Ich bin eingesperrt; was brauche ich ein Auto, bitte?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie wissen es gar nicht; Sie wissen nicht, ob er gefunden worden ist.

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, es interessiert mich auch gar nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ach so. Sie erinnern sich, wir haben uns das letzte Mal erkundigt. Bei der Nußdorfer Lände steht er, und er wird von niemandem gefunden.

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein. Er wird auch sichtlich noch immer gesucht, weil ich werde hin und wieder vorgeführt und werde gefragt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Er ist noch nicht gefunden.

Dipl.-Ing. **Winter:** In den letzten paar Wochen ist mir nichts zu Ohren gekommen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich danke, was meinen Teil betrifft.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Diplomingenieur! Zunächst hätte ich ein paar allgemeine Fragen, und zwar zur Unternehmenspolitik der AKPE. Wenn Sie sich die Zielvorstellungen überlegen: Was stand eigentlich im Vordergrund als Zielvorstellung der AKPE? Wir haben einerseits die Fragestellung Nutzerkonsens, wir haben andererseits die Fragestellung rasche Fertigstellung. Was, ist Ihnen erinnerlich, war für Sie die Zielvorstellung Nummer eins?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das muß man trennen in meine persönlichen Vorstellungen und in die Vorstellungen, die der AKPE-Vorstand hatte oder zu haben hatte oder zu haben hätte sollen.

Obmann Dr. **Steger:** Sagen Sie mir bitte zuerst die der AKPE und dann Ihre persönlichen, wenn man das so trennen kann.

Dipl.-Ing. **Winter:** Die AKPE-Vorstellungen waren im Syndikatsvertrag festgelegt. Dort stand nur drinnen: Das Bauvorhaben ist fertigzuführen oder fertigzumachen. Ich glaube, es stand auch noch im Syndikatsvertrag: kostengünstigst und unter Einhaltung eines Terminplanes, und so weiter. Im Syndikatsvertrag gibt es den Begriff des Nutzerkonsens es noch nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Es gibt aber dort den Artikel, wonach ein eigener Beauftragungsvertrag geschlossen werden sollte, in dem die Zielvorstellungen definiert sein sollten. Diesen Beauftragungsvertrag gibt es bisher nicht.

Dipl.-Ing. **Winter:** Es gab ihn bis zu meinem Ausscheiden nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Daher ist meine Frage, ob Ihnen von kompetenter Seite über diese Zielvorstellungen mündlich etwas gesagt wurde.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja und nein. Man kann das nicht so sagen. Ja insofern, als wir vom Aufsichtsrat verhalten waren, nach Tunlichkeit den Nutzerkonsens herzustellen. Der Begriff des Nutzerkonsenses, das Ja der Fakultät ist vertraglich oder war vertraglich ja nie irgendwo festgehalten, sondern es kam indirekt durch die Stimme von Ministerialrat Loicht als Vertreter des Wissenschaftsministeriums im Aufsichtsrat zum Wirken.

Obmann Dr. **Steger:** Wir kommen gleich zurück zur Fragestellung, wie Ihre persönlichen Zielvorstellungen waren, aber darf ich da die Frage dranhängen: Traten die Klinikvorstände bei ihren Wünschen, die sie geäußert haben, alleinverantwortlich im eigenen Wirkungsbereich auf oder haben sie die artikuliert ausschließlich unter der Aufsicht des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung?

Dipl.-Ing. **Winter:** Weder noch. Um persönliche Auswüchse oder überspitzte Forderungen zu verhindern, wurde die Baukommission der medizinischen Fakultät relativ bald nach der AKPE-Gründung ins Leben gerufen. Diese Kommission, für die das UOG maßgebend war, hat — ich kann mich daran noch genau erinnern — vom Ministerium eine Arbeitsteilung erhalten, so quasi, wofür ist die Baukommission der Fakultät selbst verantwortlich und welche Entscheidungen sind dem Ministerium vorbehalten. Es ging also nicht in einem konkreten Einzelproblem darum, das Ja des Klinikvorstandes zu bekommen, sondern das Ja der Baukommission. — Ist die Frage damit beantwortet?

Obmann Dr. **Steger:** Ja. Aber wie war es in der fixierten Kompetenzverteilung? Was war noch beim Ministerium, was war in dieser Kommission?

Dipl.-Ing. **Winter:** Bei diesem Vollmachtspapier — so möchte ich es nennen — traue ich mir jetzt nicht mehr zu sagen, was sich das Ministerium vorbehalten hat. Ich weiß einen Einzelfall, zum Beispiel die EDV, das war Kompetenz des Ministeriums.

Obmann Dr. **Steger:** Zum Beispiel Nutzflächenwünsche: War das Kompetenz des Ministeriums, war das in der Kommission Kompetenz der Klinikvorstände, die dort mit Ihnen gesprochen haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Herr Vorsitzender! Ich traue mich heute nimmer zu sagen, was in dem Papier war, was da drinnengestanden ist, wo die Abgrenzung war.

Obmann Dr. **Steger:** War das der Ministerialrat Loicht, der da mit Ihnen gesprochen hat, oder wer hat da tatsächlich — jetzt nicht im Sinne des Papiers, sondern im tatsächlichen Ablauf — mit Ihnen darüber gesprochen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Sagen wir so — man muß das an Hand des Arbeitsgeschehens sehen —: An der vordersten Arbeitsfront standen die Architekten, die medizin-technische Planungsfirma und später die Betriebsorganisationsplanung, die in einer Unzahl von Arbeitsgesprächen den sachlichen Inhalt der gesamten Planung bestimmt hat. Das war sozusagen die erste Instanz.

In der zweiten Instanz mußten in Abschlußbesprechungen die Klinikvorstände damit einverstanden sein. Und nun ist das ja ein bekanntes Problem im Allgemeinen Krankenhaus, daß es durch die Doppelkliniken manchmal divergierende Wünsche gab und wahrscheinlich heute noch gibt.

Erst wenn die Wünsche der Nutzer in diesen Gesprächen nicht befriedigt werden konnten, sodaß Konflikte, sachliche Konflikte hochgespielt wurden, kam es an den Vorstand, der dann mitunter mit den beiden Vorsitzenden der Baukommission, den Professoren Deutsch und Steinbereithner, versucht hat, eine Lösung zu finden. Wenn auch hier keine amikale Lösung möglich war, ging es in Gesprächen an das sogenannte Bund-Stadt Wien-Komitee.

Obmann Dr. **Steger:** Aus unseren Untersuchungen ergibt sich für mich der Eindruck, daß eine der wesentlichen Verteuerungsgrundlagen darin besteht, daß sich Politiker nicht sehr viel darum gekümmert haben, sondern den Nutzerkonsens immer stärker in den Vordergrund treten ließen, von Personen, die nach der Vertragskonstruktion nicht unbedingt entscheidungskompetent waren, es tatsächlich so gewesen ist, daß die AKPE-Vorstandsdirektoren gewußt haben, wenn sie diesen Nutzerkonsens herbeiführen können, dann brauchen sie mit diesen Fragen nicht auf eine politische Entscheidungsebene kommen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Das ist richtig.

Obmann Dr. **Steger:** Und hier ergibt sich für uns der Eindruck, daß eine gewisse Tendenz, ein gewisses Drängen der AKPE-Vorstandsdirektoren vorhanden war, den Medizinern bei ihren Wünschen nachzugeben. Wie sehen Sie das?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, diese Tendenz ist richtig, daß wir uns bemüht haben, diesen Nutzerkonsens herbeizuführen, primär der Herr Parzer und ich. Da aber natürlich untrennbar mit der Erzielung oder mit der Annäherung an den Nutzerkonsens die Kostensteigerung verbunden war, kam immer nach einer gewissen Zeit das Warnlämpchen Schwaiger und hat gesagt: Hallo, geht nicht!

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie erlebt, daß es je ein Machtwort der Frau Minister Dr. Firnberg gegeben hat, die da den Wünschen der Mediziner einen Riegel vorgelegt hat?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich an ein solches Machtwort nicht erinnern.

Obmann Dr. **Steger:** Also schwächen wir „Machtwort" ab, sagen wir ein „Initiativwerden", bei dem jedenfalls gesagt wird: Hier ist die Grenze zum AKPE-Vorstand, weiter dürfen Sie nicht gehen, wenn kein Konsens erzielbar ist, dann haben die Mediziner Pech gehabt. Also eine Rückenstärkung der AKPE-Vorstandsdirektoren von politischer Seite.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich an so etwas nicht erinnern. Das hat es sicher auch nicht gegeben, denn der letzte große Konflikt, der wirklich große Konflikt mit der medizinischen Fakultät waren die Laborflächen. Und diesbezüglich gab es bis zu meinem Ausscheiden eigentlich keine Klärung. Es gab sogar noch einen sogenannten Politikergipfel im Jahre 1979 hier in den Räumen des Parlaments, bei dem man auch keine Klärung herbeigeführt hat. Ich möchte das ganz salopp ausdrücken, man hat uns den Ball zurückgegeben, einigt euch mit den Klinikern.

Obmann Dr. **Steger:** Ein anderes Beispiel. Wir haben das Einfachkliniksystem, wo die Planung von der AKPE in die Richtung bei der Betriebsorganisation begonnen wurde als politische Entscheidung, die ihnen mitgegeben wurde, nach einiger Zeit kam der Auftrag, es auf das Doppelkliniksystem umzuplanen.

Können Sie uns darüber etwas erzählen, wie das im Zeitablauf vor sich gegangen ist?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich weiß, daß vor der

AKPE-Gründung der Herr Stadtrat Stacher über das Doppelkliniksystem als Arzt immer sehr unglücklich war, denn es stellt ja eine österreichische oder Wiener Novität dar, daß eine medizinische Fakultät mit Doppelkliniken existiert. Ich kann mich auch nicht erinnern, so etwas jemals woanders gesehen zu haben. Es gibt mitunter zwei medizinische Fakultäten an einer Universität, aber nie eine Fakultät mit Doppelkliniken.

Nun, im Gutachten Seitz-Sienkiewicz-Kaufmann haben sich die Herren sehr vorsichtig an dieses Problem herangetastet und haben in Anbetracht der langen Bauzeit empfohlen, die Doppelkliniken abzubauen. Das heißt ungefähr, wenn man die Zielvorstellungen konkretisiert, den Neubau auf Einfachkliniken auszulegen, denn zum Zeitpunkt der Besiedlung sind die jetzigen Klinikvorstände ohnehin alle schon in Pension, und man besetzt eben nur mehr einfach. Daß sich das mitunter um ein Jahr nicht ausgeht, das ist klar. Aber das war die konkrete Zielvorstellung.

Obmann Dr. **Steger:** Aber eine Zielvorstellung, die Ihnen politisch über Stadtratsebene oder über sonstige Kontakte mitgegeben wurde, der AKPE also mitgeteilt wurde, es in die Richtung zu planen. Die Entscheidung muß ja wer getroffen haben, Herr Zeuge!

Dipl.-Ing. **Winter:** Eine Entscheidung in dem Sinn wurde nicht getroffen. Es wurde als Empfehlung im Seitz-Sienkiewicz-Gutachten ausgedrückt, die Zweitklinik auf einen Ambulanzbetrieb zusammenschrumpfen zu lassen.

Obmann Dr. **Steger:** Nur, das allein, daß es so ein Gutachten gibt, ist noch kein Grund, daß es die AKPE machen kann. Es sind ja andere Dinge aus dem Gutachten auch nicht umgesetzt worden. Es muß ja irgend jemand Ihnen sagen: Das machen wir.

Dipl.-Ing. **Winter:** Man muß das zeitlich sehen, wie sich die Exposés oder die Ausarbeitungen ineinandergefügt haben. Im Anschluß an das Seitz-Sienkiewicz-Gutachten wurde ja die Überarbeitung des Raum- und Funktionsprogrammes in Auftrag gegeben. Und bei der Überarbeitung des Raum- und Funktionsprogrammes — bei dem Seitz-Sienkiewicz-Gutachten hat MEDIPLAN mitgearbeitet, und MEDIPLAN war wieder nachher in der ARGE ORP drinnen — hat man damals sehr wohl versucht, von den Doppelkliniken abzugehen. Aber unter dem Damoklesschwert des Nutzerkonsenses wurde das natürlich sehr bald aufgegeben, denn jedem einzelnen Bearbeiter war klar, das ist hoffnungslos.

Obmann Dr. **Steger:** Wir haben einen Ihrer handschriftlichen Aktenvermerke entnommen — Datum 22. Jänner 1976 —: Stacher, Waiz, ego — also Stacher, Waiz und Sie —, Waiz referiert über radikale Sparmaßnahmenabsichten — dann kommt —, Reduktion auf Einfachkliniken, Ausbildungsbedarf würde in städtischen Spitälern gedeckt werden, Lehrspitäler — und dann kommt —, Stacher hat bereits im Komitee und Amtsrat darüber gesprochen.

Aus einer anderen Unterlage entnehmen wir, daß Sie einmal in eine Vorstandssitzung der AKPE auf die Vorstandssitzungstagesordnung haben schreiben lassen: Ausarbeitung einer Unterlage für den Wiener Amtsrat.

Dazu ist zweieinhalb Jahre später von Ihnen unterschrieben worden, daß es tatsächlich nie zur Ausarbeitung dieser Unterlage gekommen ist.

Zeugen haben uns berichtet, daß auf der Tagesordnung abgehakelt wurde unter dem Hinweis darauf, daß Sie es unternehmen, diese Unterlage auszuarbeiten, daß Sie aber zweieinhalb Jahre später, zirka zweieinhalb Jahre später, mitgeteilt haben, Sie hätten es gar nie ausgearbeitet.

Ich habe jetzt an Sie die Frage: Haben Sie je eine Unterlage zur Hilfe der politischen Entscheidung im Wiener Amtsrat für derartige Grundsatzentscheidungen beim AKH-Bau ausgearbeitet?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann das mit einem klaren Nein beantworten, kann aber nicht ausschließen, daß wir zum Beispiel aus dem Seitz-Sienkiewicz-Gutachten das graphische Organisationsschema dem Herrn Stadtrat übermittelt haben. Denn es gibt in dem Seitz-Sienkiewicz-Gutachten einen Organisationsplan mit Einfachkliniken.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie für den zuständigen Gemeinderatsausschuß je Unterlagen ausgearbeitet?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein. Ich hätte ja als Vorstandsmitglied allein nie an eine übergeordnete Instanz irgend etwas abgesandt. Ich darf auch dazu noch sagen, nachdem Sie mich beim ORP so gezielt ansprechen, als hätte ich die Federführung: Das war im Hochbaubereich angesiedelt, denn die Grundstruktur einer Klinik ist ja primär ein Hochbaubelang, die Flächenaufteilung, die gesamte Disposition über die Raumkonstruktion und so weiter.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist schon richtig. Nur, zuständig ist der Gesamtvorstand, und uns ist mitgeteilt worden, daß Sie diesen Punkt auf die Tagesordnung tatsächlich haben setzen lassen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Das kann durchaus sein, denn ich habe öfter Tagesordnungspunkte, die

206 von 340 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 8 (Seite 2221b bis 2560) (gescanntes Original)

mich als Vorstand von der Vorstandsverantwortung her primär nichts angehen, auf die Tagesordnung gesetzt, wenn mir aus dem ganzen Schriftverkehr aufgefallen ist, daß irgend etwas vernachlässigt ist. Zum Beispiel der vorhin von Ihnen zitierte Bestandsvertrag; mir ist aufgefallen, daß er nie gekommen ist; das wäre an und für sich Sache Schwaigers gewesen.

Obmann Dr. **Steger:** Aber wenn ich mir anschaue: 2., 3. Juni 1975, Klausur der sozialistischen Gemeinderäte des Gemeinderatsausschusses IV — da waren Sie schon persönlich anwesend?

Dipl.-Ing. **Winter:** Wenn es in Bad Aussee war, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Bad Aussee.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich war einmal bei einer solchen Veranstaltung.

Obmann Dr. **Steger:** War das das einzige Mal, das Sie in Erinnerung haben, daß Sie direkt beigezogen wurden zu solchen Sitzungen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich könnte mich nicht erinnern, ein zweites Mal bei einer solchen Veranstaltung dabei gewesen zu sein. Darum habe ich sofort Bad Aussee gesagt, denn ich kann mich nur an diese eine erinnern.

Obmann Dr. **Steger:** Wenn ich jetzt aus dem ein bisserl herausseziere: Amtsrat, setzen Sie zunächst auf die Tagesordnung, übernehmen es dann, machen es aber tatsächlich nicht. Gemeinderatsausschuß, Fraktionssitzung, sind Sie selber dabei, zum Stacher-Team haben Sie sowieso gehört.

Wer waren für Sie jetzt die politisch relevanten Personen, die Ihnen als AKPE-Vorstandsdirektor gegenüber als Entscheidungsträger oder Meinungsbildner aufgetreten sind? Die politisch relevanten Personen, auf der Stadtratsebene, auf der Gemeinderatsebene.

Dipl.-Ing. **Winter:** Die politisch relevanten Personen waren für mich auf der Stadtratsebene.

Obmann Dr. **Steger:** Wer? Konkrete Namen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Stadtrat Stacher, Stadtrat Mayr.

Obmann Dr. **Steger:** Vergabe, Betriebsorganisationsplanung: Wer war ressortmäßig zuständig, nicht im Rahmen der AKPE, sondern auf der politischen Ebene? War das der Stadtrat Stacher oder der Stadtrat Mayr?

Dipl.-Ing. **Winter:** Herr Vorsitzender, in dem Sinn kann man ja gar nicht von einer ressortmäßigen Verantwortung sprechen. Wir waren eine Aktiengesellschaft. Die Kompetenzaufteilung innerhalb des Vorstandes ist bekannt. Im Aufsichtsrat saßen Nutzervertreter. Die Betriebsorganisation hat sowohl gravierende kaufmännische und finanzielle als auch spitalsbetriebliche Auswirkungen. Von beiden Stadträten waren insgesamt drei, später sogar vier Herren im Aufsichtsrat. Für uns, für den Vorstand, hat die AKPE mit dem Aufsichtsrat aufgehört.

Obmann Dr. **Steger:** Am 13. März 1978 gibt der Herr Dr. Wilfling Ihnen gegenüber die Empfehlungserklärung ab, so mit der Planungsphilosophie als Bereichsleiter.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Als was ist er aufgetreten? Doch als Vertreter eines Stadtrates, denn im Aufsichtsrat war er zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht.

Dipl.-Ing. **Winter:** Richtig.

Obmann Dr. **Steger:** War das also für Sie die gewichtige Erklärung des ranghöchsten Vertreters des Stadtrates?

Dipl.-Ing. **Winter:** Natürlich, denn er war ja damals bereits Bereichsleiter, im Aufsichtsrat saß Obersenatsrat Siebensohn.

Obmann Dr. **Steger:** Ich habe ein bisserl den Eindruck, daß wir entweder aneinander vorbeireden, weil Sie mich nicht ganz verstehen, oder daß Sie mich abblocken wollen. Wenn der Bereichsleiter als ranghöchster Beamter, für Sie als Vertreter des Stadtrates eine Erklärung abgibt, Sie die auch als gewichtige Erklärung betrachten, muß es also doch eine gewisse Kompetenz für Sie geben, nicht eine juristische, aber eine politische Kompetenz des zuständigen Stadtrates.

Dipl.-Ing. **Winter:** Hier die Trennungslinie zwischen politischer und juristischer Kompetenz zu ziehen, war für mich nie relevant. Denn Dr. Wilfling saß ja zu jener Zeit auch im sogenannten Bund-Stadt Wien-Komitee. Daher war er für mich, ob er jetzt im Aufsichtsrat saß oder noch nicht saß, ...

Obmann Dr. **Steger:** Aber in welcher Funktion als wessen Vertreter saß er dort?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ein Bereichsleiter, ein § 11 a-Beamter im Sinne der Dienstordnung der Stadt Wien wird nominiert mit Dekret des Bürgermeisters. — So. Jetzt sitzt der Dr. Wilfling dort und sagt, dieses und jenes hat zu geschehen.

Obmann Dr. **Steger:** Für welche Geschäftsgruppe sitzt er dort? Er kann ja als Bereichsleiter immer nur für eine Geschäftsgruppe dort sitzen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein. Wieso? „Bereichsleiter der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales", so heißt der offizielle Titel oder hieß er.

Obmann Dr. **Steger:** Also waren für Sie, wenn Sie Nutzerkonsensbesprechungen — Planungsphilosophie geht ja auch schon ein bisserl in Richtung Nutzerkonsens — mit ihm gemacht haben, sehr wohl politisch ressortierend zu einem ganz bestimmten Stadtrat die Überlegungen, die er dort äußert.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja. So gesehen, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Also, zu welchem Stadtrat?

Dipl.-Ing. **Winter:** Zu Stadtrat Stacher natürlich.

Obmann Dr. **Steger:** Einem anderen Aktenvermerk von Ihnen entnehme ich auch das Wort „Düsseldorf", da haben Sie handschriftlich einiges festgehalten — Datum ist 28. Mai 1976 —: Wilfling weist auf anfängliche Stacher-Ressentiments hin, AKPE nicht oder doch mit DKI zusammenzulassen. Pressekampagne hat Stacher und Gratz — ich lese wörtlich vor — dazu bewogen, Gesinnungsänderung dahin gehend, daß späterer Betreiber sich jetzt schon engagiert und nicht, wie von Stacher vorgesehen, distanziert. Keine Isolation.

Es scheint also hier irgendwann der Umschwung zu sein, daß stärker als vorher — über Meinung von Stacher und Gratz, laut Mitteilung Wilflings — die späteren Nutzer miteinbezogen werden sollen.

Ist das richtig? Haben Sie das so im Gedächtnis?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das könnte man so sagen, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie aus Ihrer Sicht, der Sie enge Kontakte mit Stacher hatten, Sie waren ja Mitglied des Stacher-Teams, auch enge Kontakte, Informations- und Gesprächskontakte zu Stadtrat Mayr gehabt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Überhaupt nicht. Ich darf auch zu den engen Kontakten zum Herrn Stadtrat Stacher hinzufügen, daß sich das sogenannte Stacher-Team ungefähr zum Zeitpunkt der AKPE-Gründung aufgelöst hat, es nicht mehr in dieser Form war. Und nach der AKPE-Gründung waren auch meine Kontakte zum Herrn Stadtrat Stacher wesentlich loser als in der Team-Ära. Denn wir haben den Aufsichtsrat ja in einem Maße über das Gesamtgeschehen informiert, wie es in einer normalen Aktiengesellschaft gar nie der Fall ist und sein kann. Wir haben bis zum Frühjahr 1980 rund 40 Sitzungen gehabt. Das heißt, mit nahezu vier- oder sechswöchigen Sitzungen wurde der Aufsichtsrat über das Gesamtgeschehen informiert. Nachdem der Herr Stadtrat Stacher zwei Vertreter im Aufsichtsrat hatte, war er ja über das gesamte Geschehen informiert, und es bedurfte keiner direkten Information von mir zum Herrn Stadtrat Stacher.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt, aus Ihrer Sicht ist ab dem Zeitpunkt AKPE-Gründung im wesentlichen der Kontakt von Ihnen zum Stadtrat Stacher nicht mehr direkt erfolgt, sondern, wenn es personifiziert wird, dann über den Dr. Wilfling und Senatsrat Siebensohn.

Dipl.-Ing. **Winter:** Am Anfang war im Aufsichtsrat der Herr Dr. Czermak. Dann wurde der Aufsichtsrat aufgestockt, und es kam der Obersenatsrat Siebensohn dazu, dann schied Dr. Czermak aus, und an seiner Stelle kam Dr. Wilfing.

Obmann Dr. **Steger:** Damit haben Sie mir aber noch nicht gesagt, ob es nebenher noch eine Direktkontaktnahme in einem halbwegs doch bestehenden Ausmaß von Ihnen zum Stadtrat Stacher gegeben hat.

Dipl.-Ing. **Winter:** Eigentlich in seltenen Fällen. Meistens waren wir, also der Vorstand, zu zweit oder zu dritt beim Herrn Stadtrat Stacher. Ich glaube, in diesen vier Jahren war ich vielleicht einmal oder zweimal im Jahr allein beim Herrn Stadtrat Stacher.

Obmann Dr. **Steger:** Hat es außerdem eine Kontaktnahme zum Bürgermeister gegeben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe mit dem Herrn Bürgermeister überhaupt nie einen Kontakt gehabt. Ich habe den Herrn Bürgermeister einmal gesehen, bei der Gründungsversammlung.

Obmann Dr. **Steger:** Weil Sie uns jetzt auch erklärt haben, daß Sie den Aufsichtsrat sehr weitgehend informiert haben durch häufige Sitzungen: War der Aufsichtsrat aus Ihrer Sicht mit doch weitestgehend fachlich Versierten zusammengesetzt? Also die Inhaltskompetenz des Aufsichtsrates — heißt diese Frage an Sie —, nicht die formelle Vertretungsbefugnis.

Dipl.-Ing. **Winter:** Absolut. Wir hatten im Aufsichtsrat den Herrn Dr. Czermak, den Herrn Obersenatsrat Siebensohn.

Obmann Dr. **Steger:** Ich möchte Sie zunächst gar nicht so allgemein fragen. Ich mache Sie nur darauf aufmerksam, daß der Dr. Parzer dazu ausdrücklich sagt, daß der Aufsichtsrat nicht fachlich versiert war.

Dipl.-Ing. **Winter:** Das kommt darauf an, worin. Vielleicht nicht in hochbauspezifischen Sachen, aber auch hier ...

Obmann Dr. **Steger:** Erzählen Sie mir, in welchen Fragen war der Aufsichtsrat sachlich und fachlich versiert, aber nicht, in welchen er es vielleicht nicht war.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich würde den Aufsichtsrat in allen Disziplinen als versiert ansehen, denn die Herren Filz und Bachler müssen als absolute Hochbaufachleute angesehen werden. Man kann dem heutigen Herrn Stadtbaudirektor doch nicht unterstellen, er sei in Hochbaubelangen nicht versiert.

Der Herr Ministerialrat Bachler doch ebenso nicht. Die Herren Czermak, Siebensohn und später Siebensohn, Wilfling kann man doch wirklich als Spitalsfachleute bezeichnen. Die vier Vertreter der Finanz, der MA 4 und 5 beziehungsweise des Finanzministeriums muß man doch in allen kaufmännischen Belangen als versiert ansehen.

Ich könnte mich also einer Formulierung, daß der Aufsichtsrat fachlich nicht versiert war, in keiner Wiese anschließen.

Obmann Dr. **Steger:** Ja, das mit dem Obersenatsrat Siebensohn, da habe ich ein bißchen einen anderen Eindruck aus den Untersuchungen. Aber das ist halt eine individuelle Beurteilung. Denn ich habe den Eindruck mitgenommen, daß der Herr Obersenatsrat Siebensohn sich sehr direkt bemüht hat, immer ausschließlich das zu machen, was Dr. Wilfling wollte, ohne fachliche eigene Entscheidungen. Haben Sie solche Wahrnehmungen in die Richtung nie gemacht?

Dipl.-Ing. **Winter:** Es ist immer eine Frage, inwieweit man die Kooperationsbereitschaft über sein fachliches Wissen stellt. Man kann oft gewisse Sachen nicht erreichen oder durchziehen, aber den Herrn Obersenatsrat Siebensohn als Nichtspitalsfachmann zu bezeichnen, das ... Ich glaube, es gibt wenige Leute im Bereich der Stadt Wien, die trotz dieses hohen Amtes ein derart profundes Detailwissen an den Tag gelegt haben.

Obmann Dr. **Steger:** Darf ich Ihnen sagen, was er selbst gesagt hat. Er hat gesagt, er ist nicht Spitalsfachmann, sondern er ist Jurist, und hat selbst hier den Satz gesagt: Ohne Büchl kein Strichl, das ist ein Prinzip.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kenne nur den Herrn Obersenatsrat Siebensohn ...

Obmann Dr. **Steger:** Weil wir jetzt schon zu zwei Leuten einen Widerspruch haben.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kenne nur den Herrn Obersenatsrat Siebensohn bis zu meiner Verhaftung am 12. Mai 1980, vielleicht ist er seither kein Fachmann mehr, aber früher war er es für mich eindeutig.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Was sagt Ihnen der Name Heinz Egli?

Dipl.-Ing. **Winter:** Der Name Egli kommt in der Korrespondenz der Firmen Plantech und GEPROMA vor, aber sonst eigentlich nichts. Ich kenne keine physische Person namens Egli.

Obmann Dr. **Steger:** Also auch keinen Herrn Egli mit dem Vornamen Heinz.

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, nein.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie den nirgends persönlich kennengelernt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie jenen Herrn Holliger persönlich kennengelernt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kenne den Namen nur aus der Zeitung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie sich des Namens Egli als Pseudonym einmal bedient?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie sind Mitglied des Club 45 oder waren es zumindest?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Können Sie mir ein bisserl etwas erzählen, wie Sie dazu gekommen sind.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kannte den Namen des Club 45 aus verschiedenen persönlichen Äußerungen und habe eines Tages, vielleicht 1978, ich kann das gar nimmer genau sagen, eine Einladung erhalten, diesem Klub beizutreten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Von wem?

Dipl.-Ing. **Winter:** Mit der Post zugesandt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das glaube ich Ihnen nicht.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe sicher mit der Post eine Einladung erhalten, dem Klub beizutreten. Ob mich hier noch jemand persönlich angesprochen hat, vielleicht Dr. Wilfling, das traue ich mir aber nicht mit Bestimmtheit zu sagen. Habe meinen Erlagschein einbezahlt und die Beitrittsformulare unterschrieben und war Mitglied.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge, ich nehme Ihnen nicht ab, daß der Club 45, der sich als ein elitärer Klub betrachtet, wahllos Mitgliedsformulare verschickt und nach Zufallstreffer seine Mitglieder rekrutiert, sondern das geht eher auf sehr feine Empfehlung und direkte persönliche Werbung. Ich gestehe

Ihnen zu, daß Sie wahrscheinlich dann den Erlagschein mit der Post gekriegt haben und vielleicht dann ein Beitrittsformular gekriegt haben. Aber irgendwer hat Sie geworben oder empfohlen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe ja nicht gesagt, daß es eine Postwurfsendung war, Herr Abgeordneter. Ich habe die Einladung erhalten, dem Klub beizutreten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, und auf Grund welcher Tatsache haben Sie diese Einladung erhalten?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das müssen Sie den Klub fragen, bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, nein. Sie haben gesagt, Sie glauben, daß Sie der Dr. Wilfling empfohlen hat.

Dipl.-Ing. **Winter:** Könnte sein, könnte sein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Können Sie ein bisserl im Gedächtnis kramen, Sie haben ja sonst ein sehr präzises Gedächtnis bei Dingen, die Sie gern erzählen wollen.

Kann Sie Schwaiger empfohlen haben? Oder machen wir es umgekehrt ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich hier nicht erinnern, mit jemandem ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie im Club 45 mit dem Präsidenten Kontakt gehabt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich weiß nicht einmal, wer der Präsident des Klubs ist, bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben nicht einmal seither gelesen, daß das der hochverehrte Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien ist?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich wußte, daß der Herr Bürgermeister im Club 45 ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kann der Bürgermeister Gratz Sie empfohlen haben für den Club 45?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kann Sie Dkfm. Bauer empfohlen haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Theoretisch sicher.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Theoretisch, weil er Mitglied des Club 45 ist. Haben Sie ihn dort öfter getroffen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich glaube, ich war in meiner eineinhalb- oder zweijährigen Mitgliedschaft im Club 45 vielleicht drei- oder viermal dort, nicht öfter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, aber der Bauer war immerhin dort Kassier, also Vorstandsmitglied, das wäre eher möglich, daß er häufiger dort ist.

Dipl.-Ing. **Winter:** Das mag sein, aber dann kann ich dazu nichts sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, aber wenn Sie ihn getroffen haben, können Sie uns etwas dazu erzählen. Haben Sie eine Beziehung zum Rechtsanwalt Dr. Damian?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die Kanzlei Amhof-Damian hat uns in der AKPE in verschiedenen presserechtlichen Belangen seinerzeit vertreten, aber darüber hinaus habe ich keine Beziehungen zum Herrn Dr. Amhof oder zu Herrn Dr. Damian.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie den Dr. Damian schon gekannt, ehe noch diese presserechtlichen Dinge aufgetaucht sind?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, kannte ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Er kann es nicht sein, der Sie dem Club 45 empfohlen hat?

Dipl.-Ing. **Winter:** Glaube ich nicht, nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat Sie der Dr. Damian irgendwann einmal geworben, einem Kreisky-Komitee beizutreten?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind Sie einem Kreisky-Komitee beigetreten?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben nie einem wahlwerbenden Komitee dieser Art angehört?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kennen Sie den ehemaligen Generaldirektor des „Vorwärts"-Verlages Eder?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kenne den Namen aus der Zeitung, aber ich kenne den Herrn Eder nicht persönlich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kann auch nicht sein, daß er Sie dem Club 45 empfohlen hat?

Dipl.-Ing. **Winter:** Glaube ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die beiden Zentralsekretäre der SPÖ, Marsch und Blecha, kennen Sie näher?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nur aus der Zeitung, aus den Medien, ich habe noch nie mit dem Herrn Marsch und dem Herrn Blecha ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Können auch nicht Empfehler für den Club 45 gewesen sein?

210 von 340 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 8 (Seite 2221b bis 2560) (gescanntes Original)

Dipl.-Ing. **Winter:** Glaube ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bei den drei-, viermal haben Sie doch sicher den Herrn Proksch kennengelernt.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kenne den Herrn Proksch aus den Klubräumen, bin ihm einmal vorgestellt worden, aber ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Haben Sie sonst noch etwas mit ihm zu tun gehabt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind Sie zufällig ein Waffenliebhaber?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe eine Jagdprüfung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das weiß ich, ja.

Dipl.-Ing. **Winter:** Und war einmal vor vielen Jahren eingeladen auf einer Jagd. Und da habe ich einmal geschossen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Beim Gschmeidler?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein. Bei einem privaten Freund. Und da ist mir das Zielfernrohr ins Auge gefahren. Seitdem habe ich da eine Narbe. Seither habe ich ein Gewehr nicht mehr angegriffen. So gern ich Wild esse, ich kann keines schießen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe durchaus Verständnis auch für humoreske Dinge, aber es gibt Waffenliebhaber, die schießen überhaupt nie, die sammeln sie nur, die lesen die Literatur und informieren sich international, und manche lieben Waffen so, daß sie sie auch nicht benützen, aber ordentlich handeln. Also das alles verstehe ich unter Waffenliebhaberei, wenn Sie wollen. Der Herr Proksch ist hier einschlägig bekannt.

Haben Sie mit dem Direktor der Zentralsparkasse Alfons Haiden einmal zu tun gehabt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nie.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Er kann Sie auch nicht empfohlen haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das glaube ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Minister Lanc?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich hatte nie die Ehre, mit dem Herrn Minister Lanc zu sprechen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und dann kommen wir zur letzten Gruppe, die Ihnen einschlägiger bekannt ist. Kann es der Gerhard Schwaiger gewesen sein?

Dipl.-Ing. **Winter:** Dr. Schwaiger hat mir diesbezüglich nie etwas gesagt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Oder der Stadtrat Stacher?

Dipl.-Ing. **Winter:** Auch der Stadtrat Stacher hat nie diesbezüglich etwas zu mir gesagt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wilfling, haben Sie gesagt, würden Sie nicht ausschließen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Es könnte sein, vielleicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und der Herr Zelnicek?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das glaube ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das geht auch schwer, der ist auch später beigetreten. Aber haben sie den empfohlen für den Club 45?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie einmal dem Club 45 gesagt, er möge doch an den Zelnicek herantreten?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe überhaupt nie jemandem empfohlen, dem Club 45 beizutreten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben auch mit Ihrem Freund Schweitzer nie darüber geredet, warum er nicht dem Club 45 angehört?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, sicher nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bei Ihren diversen Anwesenheiten in der Schweiz haben Sie je mit einem Dr. Franz Schmidt zu tun gehabt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich an diesen Namen nicht erinnern.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagt Ihnen der Name Fuhrer etwas?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Daß Ihnen die Niki Lauda Ltd. nichts sagt, haben wir Sie schon einmal gefragt.

Mit wem haben Sie denn eigentlich Kontakt gehabt, wenn Sie im Club 45 waren?

Dipl.-Ing. **Winter:** Eigentlich nur mit den Leuten, die ich gekannt habe. Das Leben oder die Abwicklung im Club 45, so wie ich sie kenne, stellt sich derart dar, daß man Einladungen erhält zu Klubabenden und diese Klubabende dadurch gekennzeichnet sind, daß ein Referat oder ein Vortrag gehalten wird. Und wenn also jetzt ein interessanter Vortrag war, bin ich hingegangen und habe mir den Vortrag angehört. Im Anschluß daran gibt es ein Buffet, man spricht mit diesem oder jenem und geht dann wieder. Beginnt um 7.00 Uhr, und um 9.00 Uhr ist man dann wieder draußen.

www.parlament.gv.at

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und mit wem haben Sie denn dann Dinge besprochen, die im Zusammenhang mit Ihrer beruflichen Tätigkeit gestanden sind?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich nicht erinnern, mit jemandem im Club 45 über berufliche Belange von mir gesprochen zu haben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat Sie der Herr Proksch oder sonst jemand des Club 45 je um eine private, ich betone das jetzt extra, um eine private Spende angegangen im Zuge des Wahlkampfes 1979?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagt Ihnen der Verein CUM etwas?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie sind außerhalb des Club 45 bei keiner ähnlichen Organisation?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Beim BSA noch?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wissen Sie eigentlich jetzt schon, wo Ihr Auto ist?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit wem haben Sie sich denn beraten, ehe Sie heute hergekommen sind?

Dipl.-Ing. **Winter:** Mit niemandem.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben sich nicht einmal mit einem Anwalt beraten?

Dipl.-Ing. **Winter:** Wir haben, offen gestanden, andere Probleme. Es gibt hier nichts zu beraten, was ich weiß, sage ich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es könnte ja sein, daß Sie zufällig Herr Dr. Damian besucht hat und Ihnen ein paar Tips über Verhaltensweisen in diesem Ausschuß gegeben hat oder etwas ähnliches.

Dipl.-Ing. **Winter:** Dr. Damian hat keine Vollmacht und kann mich also auch nicht besuchen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und der Herr Amhof?

Dipl.-Ing. **Winter:** Er hat auch keine Vollmacht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Welcher Anwalt hat Sie denn in den letzten Tagen besucht?

Dipl.-Ing. **Winter:** Der Dr. Rabe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn Sie sich zurückerinnern, was war denn Ihr Eindruck über das Verhältnis des Dr. Schwaiger zum Dr. Androsch?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann dieses Verhältnis, sofern es eines ist, überhaupt nicht beschreiben, glaube aber aus verschiedenen einzelnen Anzeichen sagen zu können, daß es sicher überhaupt nicht vorhanden war. Denn wenn wir Probleme mit dem Finanzministerium hatten, gab es nie in irgendeiner Form eine Unterstützung. Also ich denke hier an Probleme des Vorstandsvertrages zum Beispiel.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich meine es gar nicht so direkt, sondern Dr. Schwaiger hat einen intensiven Kontakt mit der Consultatio gehabt *(Dipl.-Ing. Winter: Davon weiß ich nichts!)*, ehe er überhaupt noch Vorstandsmitglied der AKPE war, und ich frage Sie, ob Sie darüber irgendwie Bescheid wissen.

Können Sie uns einen Tip geben, wo man den Herrn Versloot in Europa finden kann?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich würde ihn mit der Interpol suchen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber irgendeine Adresse oder Telefonnummer haben Sie nicht zufällig?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Politikergipfel hat am 18. 3. 1976 beschlossen, der Mediplan Hamburg einen Auftrag für die begleitende Kontrolle zu erteilen. Wurde Ihnen darüber berichtet?

Dipl.-Ing. **Winter:** Dieses erste Gespräch, der sogenannte Politikergipfel 1976, an dem ich auch teilgenommen habe. Ich kann mich nicht erinnern, daß der Politikergipfel beschlossen hätte, eine begleitende Kontrolle auszuführen. Es könnte auf der Tagesordnung gestanden sein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es war ganz klar die Mediplan-Sache.

Dipl.-Ing. **Winter:** Das war keine begleitende Kontrolle, bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sondern?

Dipl.-Ing. **Winter:** Es könnte nur sein die Neubearbeitung des Organisations-, Struktur- und Raumprogrammes Mediplan mit Prof. Riethmüller.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die begleitende Kontrolle, durchgeführt durch die Mediplan, war am 18. 3. 1976 Gegenstand des Politikergipfels. Aber vielleicht tun Sie sich leichter, wenn ich sage, daß der Politikergipfel ein dreiviertel Jahr später, nämlich am 31. 1. 1977, das alles

widerrufen hat und daß es dann nicht zu diesem Auftrag an die Mediplan gekommen ist. Aber zuerst wurde es einmal beschlossen. Ich hätte gerne gewußt, welche Motivation für diesen Beschluß Sie kennen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich gar nicht erinnern, daß beschlossen wurde ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das sage ich Ihnen ja gerade. Sie brauchen sich ja nur zu erinnern, mit welcher Motivation es beschlossen wurde.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, aber wenn ich mich nicht erinnern kann, daß es beschlossen wurde, kann ich auch nicht die Motivation dafür sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das weiß ich nicht. Sie erinnern sich manchmal an Details überraschend genau, wenn es Ihnen nicht unangenehm ist.

Was haben Sie denn für eine Beziehung zur Mediplan gehabt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja in dem Sinn eigentlich gar keine.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie oft waren Sie denn in Hamburg?

Dipl.-Ing. **Winter:** Einige Male, ich kann nicht sagen, wie oft.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bei der Mediplan?

Dipl.-Ing. **Winter:** Bei der Mediplan in Hamburg werde ich gewesen sein zweimal, vielleicht dreimal, denn die Fa. Mediplan ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und die hat Sie überzeugt und fasziniert, daß Sie sie öfter empfohlen haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die Firma Mediplan kam ja gar nicht direkt am Anfang mit dem AKH in Berührung, sondern im Rahmen des Gutachtens Seitz—Sienkiewicz—Kaufmann hat sich der Herr Prof. Seitz des Mitarbeiterstabes der Firma Mediplan bedient. Ein Ergebnis des Seitz-Sienkiewicz-Gutachtens war die Notwendigkeit der Überarbeitung des Raum- und Funktionsprogrammes. Für diese Überarbeitung haben wir die Arbeitsgemeinschaft Riethmüller und Mediplan beauftragt, aus dem einen Grund, Riethmüller nicht aus der Verantwortung zu entlassen, denn er kannte das Haus ja seit 10 oder 15 Jahren. Auf der anderen Seite wollten wir die Berater dazu verhalten, konkret mitzuarbeiten, denn nur gute Ratschläge zu geben ist relativ einfach.

Und so kam es zu einer Beauftragung Riethmüller—Mediplan, die aber jetzt wieder primär vom Hochbaubereich exekutiert wurde, nämlich die Überarbeitung des Raum- und Funktionsprogrammes. So gesehen hatte ich zur Firma Mediplan überhaupt kein Verhältnis.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie waren im Oktober 1977 in Hamburg, und anschließend hat die Mediplan ein Offert gelegt, also irgendeine direktere Beziehung ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Was für ein Offert war das?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das war irgendein Angebot, eh das ABO-Angebot!

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, aber sie kam ja nicht zum Zug.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, das ändert ja nichts daran, daß Sie eine besondere Beziehung zu der Firma gehabt haben. Es muß ja nicht jede Firma, zu der Sie eine Beziehung gehabt haben, auch gleich zum Zug gekommen sein.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, ich sage ja, ich hatte zur Firma Mediplan in dem Sinn keine Beziehung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer hat Sie denn nach Hamburg geschickt, die dreimal?

Dipl.-Ing. **Winter:** Mich hat überhaupt niemand wo hingeschickt, denn wir hatten auf Grund ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer hat es Ihnen nahegelegt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Kann mich auch nicht erinnern, daß mir jemand nahegelegt hat, nach Hamburg ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie sind Sie auf die Mediplan gekommen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die Firma Mediplan war — wie ich schon vorhin sagte — im Rahmen des Seitz-Sienkiewicz-Gutachtens vom Herrn Prof. Seitz in die damalige Status-quo-Erhebung involviert, und so lernte ich die Firma Mediplan kennen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kann nicht sein, daß der Sektionschef Waiz mit Ihnen ein paarmal über die Mediplan gesprochen hat, daß das eigentlich was wäre, das man einbinden sollte?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann nicht ausschließen, daß es ein Gespräch gegeben hat zwischen Herrn Sektionschef Waiz und mir über die Zweckmäßigkeit der Entbindung der Firma Mediplan, das kann es durchaus gegeben haben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Daß Sektionschef Waiz angedeutet hat, daß das ein höherer Wunsch ist, sprich Bundeskanzler?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, sicher nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie gewußt, daß Sie über Intervention des Herrn Seitz nach Hamburg gefahren sind, im Oktober 1977?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich verstehe die Frage nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ob Sie gewußt haben, daß Sie auf Grund einer Intervention des Professors Seitz dann aus eigenem die Reise angetreten haben nach Hamburg?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich an keine diesbezügliche Beeinflussung erinnern.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn wir jetzt noch einmal zu diesem Papier übergehen, das der Kollege Steinbauer längere Zeit mit Ihnen besprochen hat, da sehe ich ein paar Dinge noch nicht klar. Sie haben gesagt, Sie haben mehrere Modelle erarbeitet, und dann hat Stadtrat Stacher auf diese Modelle nie reagiert, das heißt, dieses Projekt Management-Papier ist eines der Modelle, sehe ich das richtig, über die Sie sich den Kopf zerbrochen haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ob sich die einzelnen Papiere — man muß das in der zeitlichen Entwicklung sehen — ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, das ist jedenfalls sehr knapp vor ...

Dipl.-Ing. **Winter:** ... eines der letzten. Ich kann mir vorstellen, ich habe sicherlich schon 1974 diesbezüglich einmal ein Exposé verfaßt, und wieweit sich das von diesem unterscheidet, kann ich nicht sagen. Ich kann nur meine grundsätzliche Tendenz sagen, und die war, bei einem derartigen komplexen Gebilde durch alle Fachdisziplinen eine gleichverteilte Kompetenz und Verantwortlichkeit zu schaffen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, nun frage ich mich, was Sie sich dabei gedacht haben, und vor allem, ob in den anderen Modellen ähnliches drinnen gestanden ist, was Sie sich dabei gedacht haben, daß die Consultatio hier eine tragende Rolle spielen soll.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, ganz einfach, weil im Rahmen meiner Teamarbeit beim Herrn Stadtrat Stacher, in den Jahren 1973, 1974 und 1975, also Ende 1973, 1974 und 1975, die Consultatio in verschiedenen gutachterlichen Tätigkeiten bei der Stadt Wien eingebunden war und daher das Gesundheitswesen kannte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt also, wenn ich das richtig verstehe, daß es für Sie eine Selbstverständlichkeit war, daß im Bannkreis des Stadtrates Stacher, wenn überhaupt, die Consultatio zu beschäftigen ist. Das ist so eine Selbstverständlichkeit.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich darf es umgekehrt formulieren. Es war für mich selbstverständlich, auf ein Unternehmen zurückzugreifen, daß bereits mehrere Aufträge in diesem Tätigkeitsfeld befriedigend erledigt hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Trifft sich ja, ich habe ja die Motivation nicht gemeint, sondern nur den äußeren Sachverhalt.

Jetzt haben Sie in diesem Papier eine organisatorische Darstellung mitgeliefert, die Projekt-Management-Gruppe, die folgendermaßen aussehen könnte, und Sie sagen dann Bereich Hochbau, Haustechnik, Allgemeine organisatorische Belange. Die Consultatio war also für Sie eine Selbstverständlichkeit, aus welchen Gründen immer. Wie war das mit den ARGE Architekten? War das auch in diesem Bereich eine Selbstverständlichkeit, daß sie in solche Überlegungen einzubeziehen war?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die Einbindung der ARGE Architekten in das Gesamtgeschehen des AKH war ja noch viel, viel stärker als die Einbindung der Firma Consultatio im Gesundheitswesen der Stadt Wien. Wenn ein Gebäude, eine Gebäudekonfiguration, seit ... — ich weiß nicht, wann die Architekten beauftragt worden sind, aber sicher noch in den sechziger Jahren, wenn nicht schon früher, wenn es nicht in den späten fünfziger Jahren war —, dann ist es illusorisch, eine neue Konstruktion oder eine Neukonzeption am Planungssektor anzustreben, ohne diese Architekten oder Architektengruppe wieder einzubinden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie zu dieser ARGE Architekten ähnlich starken Kontakt gehabt wie zur Consultatio durch den Dr. Bauer, haben Sie dort so eine Anspielperson gehabt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Mit dem Wort Anspielperson bleibt dann am ehesten vielleicht Architekt Marchart.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und bei der Siemens Bautechnik?

Dipl.-Ing. **Winter:** Dort eigentlich überhaupt nicht, aber wenn, dann den Herrn Parzer, denn der kam ja von dort.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und der Dr. Walter?

Dipl.-Ing. **Winter:** Dr. Walter war damals bei der IAKW Auftragnehmer, er war Gesellschafter der AWI.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat der mit dem Olympiastadion in München etwas zu tun?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, ja, das ist der!

Und weil er die Olympiabauten in München

machte, wurde er bei der IAKW beauftragt, und er hatte ja im Jahre 1975 bereits drei bis vier Jahre erfolgreiche Tätigkeit bei der IAKW hinter sich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wer war Ihre Anspielperson bei der Allplan?

Dipl.-Ing. **Winter:** In dem Sinn kann man überhaupt nicht von Anspielperson sprechen, denn ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat es jemanden dort gegeben, wenn man sagt Allplan, kennen Sie dort jemanden?

Dipl.-Ing. **Winter:** Den Professor Miras.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und bei der Agiplan?

Dipl.-Ing. **Winter:** Bei der Agiplan den Professor Wojda.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der ja dann später in der APAK und in der ABO seinen Eingang gefunden hat?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und nun haben Sie vorhin gesagt, Sie hätten das Papier wahrscheinlich gar nicht wiedererkannt, wenn nicht Ihre Unterschrift darunterstünde. Ist das das wahrscheinlich letzte Modell, das Sie vor Ihrer Bestellung erarbeitet haben? Könnte es sein, daß dieses Papier den Ausschlag für Ihre Berufung gegeben hat?

Dipl.-Ing. **Winter:** Glaube ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie wissen nicht, was den Ausschlag gegeben hat?

Dipl.-Ing. **Winter:** Darüber wurde ja schon bei meiner ersten Einvernahme ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, darum frage ich ja zurück noch einmal, weil ich mir gedacht habe: na gut, mehrere solche Papiere vorgelegt, könnten einen Stadtrat dazu verführen, zu sagen, einer, der sich so damit beschäftigt ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Man wird sicherlich bei meiner damaligen Berufung mein gesamtes berufliches Tätigkeitsfeld analysiert und mich als geeignet empfunden haben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was war denn Ihre persönliche Beziehung zum Herrn Prutscher?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich hatte zum Herrn Prutscher überhaupt keine persönlichen Beziehungen ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben ihn nie gesehen, nie getroffen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe ihn schon gesehen und getroffen, aber deswegen hatte ich zu ihm keine persönliche Beziehung.

Obmann Dr. **Steger:** Kann man präzisieren, welchen Prutscher Sie kennen, nur weil wir mehrere haben.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kenne nur einen Prutscher, den Hans Christoph Prutscher.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, welchen Prutscher kennen Sie?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kenne nur einen Herrn Christoph Prutscher.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie wollten es ja wissen, ich habe es eh gewußt. — Eine Frage hätte ich noch: Bei diesen feinen Arbeitsessen im „Chez nous" oder in der „Eve", glaube ich, war es, war da der Landesrat Pammer aus der Steiermark auch dabei?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich war nie bei einem Arbeitsessen im „Chez nouz" oder in der „Eve".

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie hat es sonst geheißen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich war noch nie in einem Nachtlokal zu einem Arbeitsessen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War dort immer der Schwaiger allein?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das weiß ich nicht. Ich war noch nie zu einem Arbeitsessen ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie kennen doch die Affäre aus dem Kontrollamtsbericht.

Dipl.-Ing. **Winter:** Natürlich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Da waren Sie nie dabei?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie waren nur beim Wegenstein?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich bevorzuge Wild, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es war auch ein wildes Abendessen, das ist richtig. — Warum haben Sie denn den ehemaligen Finanzminister einen „Mordssteher" genannt im Zusammenhang mit Ihrer Situation?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich nicht erinnern, den Herrn Finanzminister so bezeichnet zu haben. Wer behauptet das?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie.

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es gibt darüber ein Protokoll, daß Sie das beim Besuch Ihrer Frau einmal gesagt haben. Das Wort „Mordssteher" ist gefallen. Aber selbst wenn es eine andere

Formel gewesen wäre inhaltlich, was hat Sie damals veranlaßt — es war ganz am Anfang, im Sommer des vorigen Jahres also —, sozusagen im Vergleich zu Ihrer Situation den Finanzminister als einen „Mordssteher" zu bezeichnen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich an eine solche Äußerung nicht erinnern und so total aus dem Zusammenhang gerissen, kann ich dazu überhaupt nichts sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Wie oft sind Sie denn zirka mit dem Herrn Prutscher zusammengetroffen? Waren das kommerzielle Kontakte im Rahmen Ihrer Tätigkeit als AKPE-Geschäftsführer oder hat es daneben sonstige Treffen gegeben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Es gab daneben keine anderen Treffen als im Zusammenhang der Geschäftsbeziehungen mit der AKPE.

Obmann Dr. **Steger:** Wie oft zirka haben Sie mit ihm zu tun gehabt?

Dipl.-Ing. **Winter:** In der ganzen AKPE-Ära vielleicht fünfmal. Es kann nicht öfter gewesen sein.

Obmann Dr. **Steger:** Hat er über Auftragsvergabe an seine Firma schon auch persönliche Verhandlungsgespräche, Anbotsgespräche mit Ihnen und allenfalls anderen Vorstandsdirektoren geführt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich nicht erinnern, mit dem Herrn Prutscher auch nur ein Angebotsgespräch geführt zu haben.

Obmann Dr. **Steger:** Was waren dann die fünf beruflichen Kontakte?

Dipl.-Ing. **Winter:** Wenn eine Firma einen Auftrag hat und ein komplexeres Arbeitsspektrum hat, dann setzt man sich eben einmal anläßlich vielleicht einer Konfliktsituation zusammen und bespricht das gesamte Problemspektrum.

Obmann Dr. **Steger:** Welche Konfliktfälle oder Geschäftsfälle haben Sie da in Erinnerung bei diesen fünfmal Prutscher.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich erinnern, daß bei der medizintechnischen Planungsbeauftragung an die Firma Siemens die Firma Prutscher für einen gewissen Teilbereich einen Subauftrag erhalten hat. Und damals gab es das Honorarproblem, nachdem die Firma Siemens nur insgesamt, glaube ich, 2,5 Prozent Auftragssumme hat, daß es mit den Subunternehmen Probleme gegeben hat über die Honoraraufteilung. In diesem Zusammenhang werden wir gesprochen haben. Das auf die Frage, an welche konkrete Fälle kann ich mich erinnern. Ansonsten hatte ich ja in meinem Vorstandsbereich mit dem Herrn Prutscher relativ wenig zu tun.

Obmann Dr. **Steger:** Sanitärcontainer?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ob es hier in dem Sinne ein Konfliktgespräch gegeben hat, kann ich nicht sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Es kann ja auch ein Gespräch ohne Konflikt gewesen sein, ein Gespräch, an das Sie sich erinnern können, ist die Frage.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich könnte mich auf Anhieb an kein Gespräch mit Herrn Prutscher über die Sanitärcontainer erinnern.

Obmann Dr. **Steger:** Wir haben hier eine Zusammenstellung, aus der hervorgeht, daß am 14. 2. 1979 um 9 Uhr laut ARGE Sanitär mit den Herren Direktoren Winter, Schwaiger, Geschäftsführern Ofner und Minarek eine Besprechung stattfand, an der auch Herr J. — das war der Hans Christoph — Prutscher teilnahm. Es geht um die Frage ARGE Sanitär. Können Sie sich daran erinnern?

Dipl.-Ing. **Winter:** An dieses konkrete Gespräch? Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Glauben Sie, daß das erfunden worden ist von denen, die ein Protokoll angelegt haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Herr Vorsitzender! Ich hatte im Laufe meiner vier Jahre AKPE-Tätigkeit wahrscheinlich tausende Gespräche, bitte. Jetzt nehmen Sie eines heraus und fragen mich, ob ich mich erinnern kann?

Obmann Dr. **Steger:** Aber bei Prutscher legen Sie doch Wert darauf, daß es nur so wenige gewesen sind. Da ist schon die Frage, ob Sie sich an die Geschäftsfälle noch erinnern können, ob es die gegeben hat. — Auch nach Vorhalt keine Erinnerung daran.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich könnte mich jetzt nicht erinnern. Aus dem Teilnehmerkreis ist ersichtlich, daß es ein technisch-kaufmännisches Gespräch gewesen sein muß. Aber was da im Detail gesprochen wurde, weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Diplomingenieur! Es wird von verschiedener Seite gesagt, daß Sie bei der Weitergabe von Siemensaufträgen sich eingeschaltet haben. Ist das richtig?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das Wort „einschalten" ist nicht richtig. Die Firma Siemens hatte auf Grund des Auftrages, der noch von der alten Bauleitung abgeschlossen wurde, den Auftrag, 27 Prozent an österreichische Unternehmungen weiterzugeben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Im Einvernehmen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit Zustimmung der AKPE?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein. Schauen Sie sich den Vertrag an, da steht nichts drinnen, daß der Subunternehmer zu genehmigen ist. Das steht nicht im Vertrag drinnen. Aus meiner Erinnerung heraus, weil wir bei den Verträgen, die wir in der AKPE-Ära abgeschlossen haben, vielleicht nicht bei den ersten Verträgen, aber später, überall die Genehmigung der Subunternehmer drinnen hatten. Und beim Siemens-Auftrag war eine solche Genehmigung der Subunternehmer nicht drinnen.

Im Laufe der Zeit waren bei mir eigentlich alle größeren Elektrounternehmungen und haben gebeten um eine Unterstützung, um von der Firma Siemens einen Auftrag zu erhalten. Das war die gesamte österreichische Industrie.

Ich habe bei jeder diesbezüglichen Vorsprache gesagt, daß wir als AKPE darauf überhaupt keinen Einfluß haben, daß es nur der Firma Siemens obliegt, wem sie was gibt, und habe im Laufe der Zeit dann immer die Firma Siemens informiert, daß diese und jene Firma gebeten hat, an diesem Volumen beteiligt zu werden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und im Hinblick auf die Firma Schrack, AEG, haben Sie keine besonderen Aktivitäten entfaltet?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich hätte sie gar nicht entfalten können.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich frage Sie ja: Haben Sie keine entfaltet?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Überraschend ist für uns, daß die Firma Knoblich eine überaus hohe Anzahlung erhalten hat von der AKPE über die Firma Siemens. Was wissen Sie darüber?

Dipl.-Ing. **Winter:** Gar nichts. Das war eine rein kaufmännische Sache. Wenn ein Auftrag besteht und wir als AKPE einer Firma eine Vorauszahlung leisten, dann betreffen den technischen Vorstand weder die Zahlungsabwicklung noch die Sicherstellung noch die kaufmännischen Konditionen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist auch vom Vorstand nicht behandelt worden, daß die Firma Knoblich mit der Firma Siemens ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Vielleicht daß einmal in einem Vorstandsgespräch darüber gesprochen wurde, aber ich könnte mich hier nicht erinnern.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie kennen auch keine Interventionen in dieser Richtung?

Dipl.-Ing. **Winter:** Interventionen in Richtung Vorauszahlung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Vorauszahlung für die Firma Knoblich.

Dipl.-Ing. **Winter:** Könnte mich an keine Intervention über eine zweckgebundene Vorauszahlung erinnern, aber ich kann es nicht ausschließen, daß es so etwas gibt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wußten Sie auch nicht, daß zum SSK-Gutachten eine besondere Empfehlung vom Bundeskanzler Kreisky für Prof. Seitz vorgelegen ist?

Dipl.-Ing. **Winter:** Zum Zeitpunkt der Gründung der AKPE, als wir als Vorstand sozusagen erstmalig nach der Bestellung auftreten konnten, wurden wir mit dem Herrn Prof. Seitz bekannt gemacht. Ob das über den Herrn Sektionschef geschehen ist, weiß ich nicht mehr, fest steht, daß damals jedenfalls die Gruppe SSK, ich möchte sagen, in irgendeiner Form konsolidiert war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe Sie jetzt anders gefragt.

Dipl.-Ing. **Winter:** Verzeihen Sie, dann habe ich es falsch verstanden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe Sie gefragt, ob es Ihnen bekannt war, daß der Herr Bundeskanzler den Professor Seitz in dieser Gruppe SSK in besonderer Weise empfohlen hat.

Dipl.-Ing. **Winter:** Mir ist diesbezüglich nichts bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War Ihnen nichts bekannt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auch nicht aus Gesprächen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein. Ich kann mich nicht erinnern.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ihnen ist auch nicht bekannt, daß eine bestimmte Gruppe in der Regierung oder außerhalb der Regierung die Mediplan besonders gefördert hat?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein. Ich kenne die heutigen Zeitungsmeldungen, aber davon abgesehen ist mir nichts bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wußten auch nichts von der Gründung der Mediplan Wien?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe einmal gehört, daß die Firma Mediplan Wien gegründet wird oder gegründet wurde, aber das war weiter für uns oder für mich nicht von Interesse.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wußten nicht, warum die Mediplan Wien gegründet wurde?

Dipl.-Ing. **Winter:** Diese Frage kann ich konkret mit nein beantworten. Ich hatte auch mit der Mediplan Wien überhaupt keine Geschäftsbeziehungen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat man Ihnen bei Ihren Besuchen in Hamburg nie mitgeteilt, daß die Absicht besteht, im Hinblick auf diese Auftragsvergabe in Österreich eine eigene Firma zu gründen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich nicht daran erinnern, daß mir das jemand gesagt hat, aber ausschließen kann ich es nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit dem Herrn Carsten Becker zu tun gehabt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kenne keinen Herrn Carsten Becker.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit wem haben Sie denn in Hamburg, wenn Sie bei Ihren drei, vier Mediplanbesuchen waren, zu tun gehabt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Mit dem Herrn Weiß.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ausschließlich?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich jetzt nur an den Namen Weiß erinnern, ob der Herr Weiß wieder jemanden mitgehabt hat, aber das war der Geschäftsführer der Firma Mediplan damals. Es gab noch einen zweiten Geschäftsführer, aber dessen Name ist mir ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kann er nicht Becker geheißen haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Becker? Ach so, verzeihen Sie, das habe ich falsch verstanden. Ich kenne einen Architekten Becker von der Firma Mediplan. Ja natürlich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Carsten Becker, Geschäftsführer der Mediplan Wien.

Dipl.-Ing. **Winter:** Den Herrn Becker kenne ich, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie kennen also auch die Mediplan Wien?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kenne den Herrn Bekker, den Architekten Becker, als Angehörigen der Firma Mediplan Deutschland.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und der hat Ihnen immer verschwiegen, daß es zur leichteren Abwicklung und zum Entsprechen der ÖNORM 2050 jetzt eine Wiener Firma Mediplan gibt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich an kein diesbezügliches Gespräch erinnern. Ich habe den Herrn Becker kennengelernt als Bearbeiter im Rahmen der SSK-Gruppe, dann als Angestellter der Firma Mediplan Deutschland, dann ist er aufgetreten sogar, ich möchte sagen, als Teamführer der Firma Mediplan im Rahmen der ORP-Arbeiten, die aber wieder primär vom Herrn Parzer betreut wurden. Das war eigentlich die einzige Beauftragung, die Firma Mediplan. Ich habe mit dem Herrn Bekker über Personalprobleme, personelle Belange nie gesprochen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nur wenn Sie ähnlich wie vorhin beim Kollegen Steinbauer bei diesem Brief, den Sie dem Diplomkaufmann Bauer geschrieben haben, nachdenken, ob nicht auch in der Mediplan Wien, Mediplan Hamburg, dasselbe gilt wie für ÖKODATA-Consultatio, Kontinuität war da, auch wenn sich die Briefköpfe geändert haben.

Dipl.-Ing. **Winter:** Gerade deshalb, weil die Bearbeiter die gleichen geblieben sind ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Auch der Herr Bekker ist der gleiche geblieben.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, woher soll ich dann wissen, daß er nicht mehr bei der „Neuen Heimat" — bei der Mediplan Deutschland ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wieso haben Sie gewußt, daß er bei der ÖKODATA ist und nimmer bei der Consultatio?

Dipl.-Ing. **Winter:** Wer?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Herr Bauer zum Beispiel.

Dipl.-Ing. **Winter:** Das habe ich eh nicht gewußt. Wenn jemand wirklich aufgetreten ist als Prokurist oder als oberster Bearbeiter der Firma Mediplan Hamburg und eines Tages wechselt er zur Mediplan Wien, und man sagt es mir nicht, woher soll ich das wissen?

Obmann **Steger:** Sie haben gerade in einem Versprecher beim Herrn Becker von der „Neuen Heimat" gesprochen. War das für Sie eine feststehende Tatsache, daß hinter seinem Auftreten die „Neue Heimat" international steht?

Dipl.-Ing. **Winter:** Überhaupt nicht. Wir hatten mit der „Neuen Heimat" überhaupt keine Geschäftsbeziehungen. Ich kann mich nur erinnern, daß wir den Herrn Professor Seitz damals zum Zeitpunkt des Gutachtens über die „Neue Heimat" erreicht haben, weil er ja pen-

sioniertes Vorstandsmitglied der „Neuen Heimat" war.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Winter, der Herr Schwaiger hat uns hier schon bestätigt, daß das dem Vorstand der AKPE klar war, daß als Eigentümer hinter der Mediplan Hamburg die „Neue Heimat" steht. Und Sie haben jetzt gerade so im Stil einer Freud'schen Fehlleistung beim Herrn Becker auf einmal gesagt, „Neue Heimat", und haben dann korrigiert auf Mediplan. Daher die Fragestellung sehr wohl, ob für Sie das so eine wirtschaftliche Einheit war.

Dipl.-Ing. **Winter:** Es war uns sicher bekannt, daß Mediplan mit der „Neuen Heimat" engstens verbunden ist.

Obmann Dr. **Steger:** Was gab es jetzt für einen Grund, das abzuschwächen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe es nicht abgeschwächt. Ich habe mich korrigiert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wir wissen jetzt wesentlich mehr über die Mediplan als bei Ihrer ersten Einvernahme, und darum kommen auch diese Vermerke in Ihren Aktennotizen oder erscheinen in einem anderen Licht. Von wem kam denn der Druck, daß man die Mediplan irgendwo mit hineinnehmen sollte? Es kann ja nicht nur davon herrühren, daß Sie die Mediplan aus Hamburg gekannt haben. Oder kam der Druck ausschließlich aus Hamburg?

Dipl.-Ing. **Winter:** Es kam kein Druck, Herr Abgeordneter. Die Gruppe Seitz, Sienkiewicz, Kaufmann war zum Zeitpunkt der AKPE-Gründung quasi konsolidiert. Ihr Sprecher war der Herr Professor Seitz. Diese Gruppe hat mit 20 Mitarbeitern größenordnungsmäßig, vielleicht waren es auch 30, die damalige Iststanderhebung zum Zeitpunkt des Projekts, zum Zeitpunkt der AKPE-Gründung vorgenommen. Ein Ergebnis war, das Organisations-, Struktur- und Raumprogramm muß überarbeitet werden. Also drängt sich ja die Frage auf, wer wird zweckmäßigerweise mit dieser unumgänglichen Überarbeitung beauftragt. Natürlich derjenige, der es schon 10 oder 15 Jahre gemacht hat, den kann man doch nicht aus der Verantwortung entlassen.

Und als zweites jene Gruppe oder jenes Unternehmen, das das vorhandene Raum- und Funktionsprogramm kritisiert hat und die Anregungen der Verbesserung gegeben hat. Und daraus entstand die Gruppe ARGE-ORP-Riethmüller-Mediplan. Und diese Beauftragung müßte also im Jahre 1976 gewesen sein. Und ich kann mich nicht erinnern, daß darüber hinaus nach dem Jahre 1976 die Firma Mediplan noch weitere Aufträge erhalten hat. Außer vielleicht Zusatzaufträge zum ORP.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich kann Ihnen genau sagen, daß sie sogar 1980 noch einen Auftrag bekommen hat, im Jänner 1980. Der allerdings nie bestätigt worden ist, aber für den bezahlt wird. Die Mediplan arbeitete seit ihrer Vorstandsschaft im Jahre 1980 für die AKPE. Aber das nur zur Klarstellung, weil Sie das jetzt so leugnen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Darf ich da fragen, ich kann mich nicht erinnern an ein diesbezüglich ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist aber aktenkundig inzwischen. Sie hat auch bezahlt bekommen runde 400 000 S für ihre Tätigkeit im Jahre 1980. Das stellt sich eben für uns nachträglich heraus. Sie waren wahrscheinlich der Meinung, daß wir das noch nicht wissen, aber es ist ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie Unterlagen aus der AKPE noch nicht haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es kommen immer wieder neue Dinge.

Darf ich Sie fragen: Sektionschef Waiz — meine letzte Frage —, Sektionschef Waiz hat nie zum Ausdruck gebracht, daß man die Mediplan einschalten könnte?

Dipl.-Ing. **Winter:** Es stand nach der Beauftragung im Rahmen dieser ARGE-ORP eigentlich kein Volumen zur Diskussion, das also zu beauftragen war, für das die Firma Mediplan in Frage gekommen wäre.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat er irgendwo zu erkennen gegeben, daß man für die Mediplan Österreich, also Wien oder Hamburg, eintreten sollte?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich an nichts erinnern in diesem Zusammenhang.

Abg. **Feurstein** (ÖVP): In der gegenteiligen Richtung aber sehr wohl.

Dipl.-Ing. **Winter:** Inwiefern, was heißt in der gegenteiligen Richtung?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In die ABO-Vergabe hat er sich eingeschaltet.

Dipl.-Ing. **Winter:** Aber das ist die Mediplan ja nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja eben, ich sage ja, andere Firmen sind dort zum Zuge gekommen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Entschuldigen Sie, da bin ich geistig jetzt über Bord gegangen, darf ich die Frage noch einmal hören?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe Sie gefragt, ob Sie vom Sektionschef Waiz irgendwelche Vorschläge, Anregungen, ganz gleichgültig, wie Sie das jetzt formulieren vom Wort her, in Richtung also positive Hinweise zur Firma Mediplan Deutschland, Hamburg, beziehungsweise Mediplan Wien gehört haben. Sie haben mir geantwortet: Nein.

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, könnte ich mich auch nicht erinnern.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Sektionschef Waiz hat sich aber grundsätzlich sehr interessiert und engagiert gezeigt für die Auftragsvergabe mit der BO-Planung.

Dipl.-Ing. **Winter:** Natürlich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und hat da nie die Mediplan zur Sprache gebracht?

Dipl.-Ing. **Winter:** Könnte ich mich nicht erinnern.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Andere Firmen schon?

Dipl.-Ing. **Winter:** Wir haben den Herrn Sektionschef Waiz und den Aufsichtsrat über die Genesis der Betriebsorganisationsplanung, möchte ich sagen, laufend informiert. Das heißt, der Aufsichtsrat und der Herr Sektionschef Waiz wußten über den jeweiligen Stand der Dinge.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und ist zur Kenntnis genommen worden.

Dipl.-Ing. **Winter:** Hat das zur Kenntnis genommen, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie hatten den Eindruck, daß Sektionschef Waiz im Einvernehmen mit Herrn Finanzminister Androsch handelt? Auch in dieser Frage?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, man muß eigentlich immer annehmen, daß ein Sektionschef im Einvernehmen mit seinem Minister handelt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das würde ich auch meinen, ich wollte es nur von Ihnen bestätigt bekommen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, ich konnte nie etwas Gegensätzliches erkennen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagen Sie, als es darum ging, den BO-Auftrag zu vergeben, waren als Konkurrenten am Markt die von Ihnen mehrmals besuchte Firma Mediplan und auf der anderen Seite die Gruppe mit dem von Ihnen mehrmals besuchten Franz Bauer an der Spitze, ÖKODATA. Hat es eigentlich zwischen diesen zwei Gruppen, Marsch, „Neue Heimat", Mediplan, Bauer, ÖKODATA et cetera, eine interne, Ihnen sichtbar gewordene Rangelei gegeben um diesen Auftrag?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Warum ist dann die eine Gruppe bedient worden, obwohl sie nicht die Bestbietergruppe war?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die von uns seinerzeit beauftragte Gruppe, die ABO, war die Bestbietergruppe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich mache Sie aufmerksam, daß Sie der erste sind, der diese Behauptung so frivol aufstellt in diesem Ausschuß.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich wollte keine frivole Behauptung aufstellen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich streiche auch gerne den Begriff „frivol", nur es hat sich wirklich noch niemand getraut, das zu behaupten.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Bergmann, da muß ich Ihnen schon sagen, wenn Sie behaupten, daß er der erste ist, der das frivol aufstellt, dann ist Ihnen das unbenommen, aber aufgestellt haben diese Behauptung schon mehrere.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Okay, ich streiche die ganze Frage. Wieviel Geld haben Sie denn persönlich Ihrem Freund Schweitzer zukommen lassen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Diese Frage beantworte ich nicht, weil ich rechtskräftig im Anklagestand bin und es zu dem Fragenkomplex gehört.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist das eine Frage, die da hineinfällt, ich lasse mich da gerne vom Vorsitzenden beraten, aber ich habe nicht gesagt, daß er wen bestochen noch sonst was hat, ich habe auf ein Freundschaftsverhältnis hingewiesen und habe gefragt, wieweit dieser Freund in den Genuß von Liebesgaben des anderen Freundes gekommen ist.

Wenn Sie sagen, ich soll diese Frage nicht stellen, dann stelle ich sie auch noch für den Herrn Sefscik.

Dipl.-Ing. **Winter:** Auch diese Frage beantworte ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagen Sie mir wenigstens, ob Sie mit dem Schweitzer mehr befreundet waren als mit dem Sefscik.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich war weder mit dem Herrn Sefscik noch mit dem Herrn Schweitzer befreundet, ich kenne beide.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das wird den Schweitzer kränken, wenn er das hört.

Dipl.-Ing. **Winter:** Der muß im Moment mehr aushalten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das glaube ich auch, dem Herrn Zelniczek, haben Sie dem irgendwelche persönliche Geschenke materieller Art zukommen lassen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Auch diese Frage beantworte ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit der Firma Infrabau jemals was zu tun gehabt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Warum hat denn Ihre Frau das Auto nach Griechenland gefahren?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich weiß nicht, daß meine Frau das Auto nach ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagt sie Ihnen das nicht?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie hat es aber aus der Garage geholt, in der Sie es abgestellt haben.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich höre zum ersten Mal, daß ich mein Auto in einer Garage abgestellt habe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist für Sie auch ein bißchen schwierig, weil Sie haben ja gesagt, es steht in der Nußdorfer Straße irgendwo.

Dipl.-Ing. **Winter:** Bei der Stadtbahnhaltestelle Nußdorfer Straße habe ich seinerzeit gesagt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und Sie sind auch in dem Bereich nicht imstande, uns mit neuem Wissen zu versehen, weil Sie nachgedacht haben und dann gesagt haben, es war doch nicht bei der Stadtbahnhaltestelle, sondern es war doch in einer Garage. Vierzehn Tage später hat es meine Frau abgeholt.

Dipl.-Ing. **Winter:** Es war bei der Stadtbahnhaltestelle Nußdorfer Straße.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und ist bis zur Stunde nicht aufgetaucht?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe es nicht gesucht, weil ich bin eingesperrt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich meine, hat Ihre Frau es gesucht vielleicht?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die hat ihr eigenes Auto.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die braucht Ihr Auto nicht, das läßt man irgendwo verrosten. Und wann Sie wieder einmal herauskommen, dann holen Sie es dort ab, wo Sie es abgestellt haben. Für den Fall, daß Sie sich erinnern können. Wo würden Sie denn hingehen, wenn Sie jetzt ein Auto brauchen oder Ihr Auto benützen wollten?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe darüber noch nicht nachgedacht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist aber eine interessante Frage, nicht?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, sicher.

Abg. **Bergmann:** (ÖVP): Wenn Sie herauskommen, werden Sie nachdenken anfangen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich würde einmal dort hingehen und schauen, ob es dort steht.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, die vielleicht letzte Chance für Sie, noch einmal darüber nachzudenken, ob Sie uns darüber etwas sagen wollen. Ich glaube auch nicht, daß Sie sich damit für ein allfälliges Strafverfahren selbst belasten. Sind Ihnen irgendwelche Politiker der ersten, zweiten oder sonstigen Garnitur bekannt, die in Zusammenhang mit Auftragsvergabe Gelder genommen haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Mir ist diesbezüglich überhaupt nichts bekannt.

Obmann Dr. **Steger:** Ich frage deshalb so sehr, weil Sie aus meiner Sicht, wenn Sie hier Namen nennen, sich ja entlasten und nicht belasten, von Geldern, bei denen man weiß, daß sie in irgendeiner Form durch Firmen gegangen sind, wo man es formulieren könnte, daß es durch ihre Hände, wenn auch in verlängertem Sinn, gegangen ist. Ist Ihnen kein einziger politischer Name bekannt, der in einer dieser Varianten Geld bekommen hat?

Dipl.-Ing. **Winter:** Mir ist kein Name bekannt.

Obmann Dr. **Steger:** Gibt es noch irgend jemanden, den Sie uns als Geldempfänger nennen wollen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie in der Schweiz, Liechtenstein, Personen außer dem Dr. Güggi? Sicher werden Sie Personen kennen, bei denen Sie irgendwelche geschäftliche finanzielle Transaktionen abgewickelt haben, Firmen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Diese Frage beantworte ich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Danke, wir sind damit am Ende Ihrer Einvernahme.

Schluß der Sitzung: 20 Uhr

38. Sitzung: 1. April 1981
Beginn: 10 Uhr 5 Minuten

Zeugeneinvernahme von Bundesminister für Inneres Erwin Lanc

Obmann Dr. **Steger:** Herr Bundesminister! Ich darf Sie als Zeugen in diesem Untersuchungsausschuß herzlich begrüßen. Sie haben es mitgeschickt bekommen und haben ja auch mitgestimmt bei dem Beschluß des Nationalrates, was wir hier zu untersuchen haben. Bei der Position als Zeuge ist darauf Bedacht zu nehmen, daß nach der Geschäftsordnung die Bestimmungen der Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden sind. Hier ist vor allem wichtig, daß es die allfälligen Entschlagungsmöglichkeiten im § 153 StPO gibt. Im übrigen ist dort die Verpflichtung des Zeugen enthalten, alle an ihn gerichteten Fragen wahrheitsgemäß zu beantworten.

Ich bitte Sie am Beginn um Ihre Generalien. Das sind Vor-, Zuname, Geburtsdatum, Beruf und Anschrift.

Lanc: Erwin Lanc, 17. 5. 1930, 1050 Wien, Leopold Rister-Gasse 5/16/92, Beruf: Sparkassenangestellter, Bundesminister für Inneres.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Bundesminister! Wenn ich mich richtig erinnere, hat uns der Zeuge Proksch bei einer Einvernahme mitgeteilt, daß er Sie informiert hat über die Aktion, die vor zwei Jahren Österreicher gestartet haben im Wahlkampf 1979, „Geschichten über Dr. Kreisky". Was können Sie uns über diese Zeugenaussage bestätigend sagen, wenn ich Ihnen das vorhalte?

Lanc: Soweit mir das in Erinnerung ist, hat mich einmal bei der Einnahme des Mittagessens im gleichen Haus der Herr Proksch gebeten, in seinen in einem anderen Stockwerk gelegenen Büroraum zu kommen und mir graphische Vorbereitungen für eine Inseratenserie anzuschauen, die für die Person Dr. Kreisky werben sollte. Ich bin dieser Aufforderung nachgekommen, habe das gesehen und bin wieder gegangen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und haben Sie irgendein Kalkül abgegeben zu den Inseraten, die Sie da als Text- und Gestaltungsvorschläge gesehen haben?

Lanc: Meines Wissens nicht; vielleicht — das kann ich aber heute nicht mehr mit Bestimmtheit sagen — habe ich an sich diese Aktion für eine vom Werbestandpunkt her sehr wirksame gehalten, was sie ja offenbar auch gewesen ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Ich möchte einen anderen Fragenkomplex anschneiden. Wie Sie sicher wissen als politisch bestens informierter Funktionär, lautet unser Untersuchungsauftrag, auch den Verdacht der Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Firmen, die am AKH-Bau beteiligt waren, zu untersuchen, wobei wir davon ausgehen, daß der Begriff der Parteienfinanzierung hier eher weit zu ziehen ist. Wir haben uns schon gestern mit der Frage befaßt, daß eine sozialistische Sportorganisation, deren Funktionär Sie sind, von AKH-Firmen mit Werbevereinbarungen bedacht wurde, und ich möchte dazu einige Fragen stellen, um der Vermutung näher zu kommen oder sie auch zu klären, ob es hier Zusammenhänge gibt, die das betreffen, womit wir uns zu befassen haben.

Herr Zeuge! Es dürfte ein gesicherter Wissensstand sein, aber ich möchte Sie hier um Ihre Bestätigung bitten, daß Sie sich persönlich im Jahr 1974 mit Spitzenvertretern der Firmen ITT, Siemens, Kapsch und Schrack zusammengesetzt haben wegen des Zustandekommens eines Werbevertrages. Ist das zutreffend?

Lanc: Das stimmt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es ist nun gestern von den Zeugen Mayer und — wer kam noch zu dem Thema? — Hainisch, seinem Nachfolger, die Situation so geschildert worden, daß man sich dem Wunsch eines Ministers — ich kann es jetzt nicht wörtlich wiedergeben, aber sinngemäß; wenn ich es nicht richtig treffe, bitte ich um Korrektur —, der in diese Richtung geäußert wird, nur schwer entziehen kann. Was war der Grund, Herr Zeuge, daß Sie sich hier, obwohl Sie eine hohe politische Funktion innehatten und Vertreter des Auftraggebers zumindest in Postangelegenheiten waren, in die Situation begeben haben, einen Wunsch zu äußern gegenüber Firmen, die sich doch in einem Verhältnis, ich würde nicht sagen, der Abhängigkeit, aber des Angewiesenseins auf Ihr Vertrauen befinden?

Lanc: Zum ersten: Es hat sich hier nicht um einen Kontakt zu AKH-Firmen gehandelt, sondern zu den vier praktisch alleinigen Elektrofirmen in Österreich. Das Ganze geht darauf zurück, daß ich in einer öffentlichen Enquete unter dem Ehrenschutz des damaligen Herrn Bundespräsidenten Jonas und des damaligen Herrn Bürgermeisters Slavik bereits im Jahre 1971 — das ist broschiert herausgegeben und kann jederzeit nachgelesen werden — die Auffassung vertreten habe, daß gewisse Leistungssportfinanzierungen und vor allem Finanzierungen von Sportveranstaltungen in der Bun-

deshauptstadt Wien — im Gegensatz zu anderen Bundesländern, wo es eine enge Verbindung zwischen Sport und ortsansäßiger Wirtschaft gibt, existiert in Wien eine solche Verbindung nicht — in Anbetracht einerseits des hohen Werbewertes, aber auch der Imageverbesserung der Bundeshauptstadt gegenüber jungen Leuten sehr angezeigt wären, daß die Wiener Wirtschaft hier auch etwas tun könnte. Ich habe hier den Gedanken einer Art Sportpool releviert und habe mich in den Folgejahren in diesem Fall und auch in anderen Fällen bemüht, jene Wiener Wirtschaftstreibenden, die mir bekannt waren und die daher für mich ansprechbar waren, für diesen Gedanken zu gewinnen. Das habe ich auch bei den vier Herren der Elektrofirmen getan. Das ist ja bekannt.

Zweitens: Die indirekt in der Frage zum Ausdruck gekommene Insinuierung, daß hier irgendein Zusammenhang mit meiner Stellung als Verkehrsminister und damit als Postverantwortlicher bestanden hat, muß ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Wir haben in Österreich eine Situation auf dem Telefoninvestitionssektor gehabt und haben sie heute noch, die so ausschaut, daß praktisch ein Oligopol von Elektrofirmen die Aufträge entgegennimmt, die die öffentliche Hand — in dem Fall die Post — auf dem Schwachstromsektor zu vergeben hat. Das war vor meiner Zeit so, das war während meiner Zeit als Verkehrsminister so, das ist sicherlich nachher so. Hier hat es überhaupt keinen Grund gegeben oder hätte es nicht einmal einen Grund gegeben, in irgendeiner Form hier ein Abhängigkeitsverhältnis zu konstruieren, und das war auch die Überlegung, die es mir für vereinbar erscheinen hat lassen, diesen Kontakt mit den Firmen, für Sportzwecke Werbemittel zu bekommen, anzuknüpfen.

Drittens: Von einer indirekten Parteifinanzierung kann überhaupt keine Rede sein, weil dieses Geld ausschließlich einer Sportorganisation zur Verfügung gekommen ist, die ihrerseits, wie ich als Präsident des ASKÖ-Landesverbandes Wien sagen kann, nicht einmal zu Wahlzeiten irgendwelche Spenden an die Partei gibt, hingegen auf Grund eines Beschlusses der Wiener SPÖ im Jahr aus den Mitgliedsbeiträgen der Wiener Parteimitglieder einen nicht unmaßgeblichen Betrag für Sportzwecke erhält.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Ich möchte mich zunächst dem zuwenden, wo Sie sagen, das hat mit Parteienfinanzierung nichts zu tun. Sie haben nun ausgeführt, daß die Sportorganisation keine Gelder an die SPÖ leistet. Das hätte ich nie angenommen. Das nehme ich als gegeben an, weil Sportorganisationen, wie jeder weiß, der mit den Dingen zu tun hat — ich selbst stehe einer Sportorganisation vor —, auf Spenden angewiesen sind und nicht Spenden geben. Das ist also bekannt. Aber gehe ich in die Richtung Ihrer Zeugenaussage, daß also der ASKÖ selbst auf Zuwendungen — habe ich Sie richtig verstanden? — der SPÖ angewiesen ist oder Zuwendungen der SPÖ bekommen hat?

Lanc: Wenngleich ich nicht weiß, was diese Frage mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun hat, und ich glaube, daß ich als Zeuge nur verpflichtet bin, zu diesem Untersuchungsgegenstand Stellung zu nehmen, möchte ich es Ihnen trotzdem beantworten. Ich habe lediglich darauf hingewiesen, daß nach einer alten Tradition in der Wiener Partei eine Art Sportgroschen — das sind ein paar Groschen vom Mitgliedsbeitrag — dem ASKÖ-Landesverband und dem WAT zu gleichen Teilen zugeht. Das ist eine interne Beitragsaufteilung, die jeweils durch Beschluß geändert werden kann, die aber eben gegenwärtig so ist. Damit wollte ich lediglich zum Ausdruck bringen, daß nicht nur keine Gelder — denn das war ja die Insinuierung Ihrer Frage — von Wien-Sport oder ASKÖ-Landesverband Wien in die Einrichtung geflossen sind, sondern daß wir dort nicht mehr als einen Anerkennungsbeitrag, aber das immerhin aus den Mitgliedsbeiträgen der Wiener SPÖ-Parteimitglieder, bekommen von alters her; das ist eine traditionelle Einrichtung.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber dann ist es doch so, Herr Zeuge, daß die SPÖ beziehungsweise die Landesorganisation dieser Partei ein Interesse daran haben muß, daß die wirtschaftliche Situation des ASKÖ beziehungsweise des Wien-Sports eine günstige ist?

Lanc: Ich weiß wirklich nicht, was das für eine Frage sein soll im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand. Ich kann an Sie die Gegenfrage richten, ob die Wiener ÖVP an einer starken UNION interessiert ist oder nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, wenn ich mich da an dieser Stelle einschalten darf: Darf ich die Frage einmal andersherum stellen? Hat sich in den letzten Jahren im Zusammenhang, wenn Sie sich das historisch überlegen, mit der Errichtung des Allgemeinen Krankenhauses Wien zum gleichen Zeitpunkt, wo dort Auftragsvergabe stattgefunden hat, Summen an die Firmen geflossen sind, eine wesentliche Änderung im wirtschaftlichen Bereich der Geldflüsse an diesen Sportbereich ergeben?

Lanc: Überhaupt keiner. In bezug auf den jetzt in Rede stehenden Gegenstand Werbeverträge mit den vier Elektrofirmen ist ja eindeu-

tig nachweisbar — und soweit ich informiert bin, hat die betreffende Organisation auch die Unterlagen dem Ausschuß zugehen lassen —, daß hier die Beträge unverändert geblieben sind über all die Jahre und auch für das heurige Jahr ein solcher Vertrag abgeschlossen worden ist. Die Beträge waren also unabhängig davon, ob ich Verkehrsminister war oder nicht, und unabhängig davon, ob und wenn, dann in welcher Form einzelne oder alle diese Firmen Aufträge beim AKH bekommen haben oder nicht bekommen haben, was ja überhaupt nicht Gegenstand unserer Verbindung gewesen ist, wie aus den Vertragsinhalten hervorgeht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Jetzt hätte ich doch das Bedürfnis, darüber eine Aussage herbeizuführen. *(Der Zeuge verläßt den Saal.)*

(Die Sitzung wird zweimal auf kurze Zeit unterbrochen.)

Obmann Dr. **Steger** *(nachdem Bundesminister Lanc wieder in den Saal gerufen wurde):* Herr Bundesminister! Ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen, und darf sagen, die Beratungen haben ergeben, daß grundsätzlich die Fragen auch nach diesen Sportunterstützungsbeiträgen dann zulässig sind, wenn der jeweilige Fragesteller an dem sinngemäß zweifelt, was Sie hier ausgesagt haben, nämlich, daß schon länger Einzahlungen erfolgt sind, daß sich keine Verschiebung ergeben hat, daß es tatsächlich ausschließlich AKH-Firmen waren, und ähnliche Überlegungen. Ich werde bei jeder Einzelfrage immer selbst aufpassen, daß dieser Bezug hergestellt wird. Grundsätzlich also der Themenkreis dann zulässig, wenn der Fragesteller den Zusammenhang herstellt, aber wenn der Zusammenhang nicht hergestellt wird, dann wird die Frage als solche nicht zugelassen werden.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Bundesminister! Haben Sie vor der Zusammenkunft mit den Firmenvertretern, die die Werbeverträge mit Wien-Sport gemacht haben, mit den Personen, die damals bei Ihnen waren — vorher, während dieser Besprechung oder nachher —, oder Bevollmächtigten dieser Firmen irgendwelche Gespräche geführt über Aufträge im Zusammenhang mit dem Bau des Neuen Allgemeinen Krankenhauses?

Lanc: Nein.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Haben Sie, Herr Bundesminister, mit Vorstandsmitgliedern der AKPE, mit Aufsichtsratmitgliedern der AKPE oder mit den Eigentümervertretern von Bund und Gemeinde Wien, die in der AKPE eben die Eigentümervertretungsvollmacht hatten, Gespräche darüber geführt, daß diese Firmen Aufträge erhalten, bekommen sollen im Zusammenhang mit den Vereinbarungen, die Wien-Sport und diese vier Firmen getroffen haben?

Lanc: Nein.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ich danke.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wenn ich Sie recht verstanden habe, ging es Ihnen darum, möglichst alle potenten Firmen des Elektrobereiches hier einzubeziehen.

Lanc: Das war nicht auf einen bestimmten Bereich beschränkt, sondern grundsätzlich haben wir uns bemüht, Werbeverträge für Sportveranstaltungen in erster Linie abzuschließen, um Veranstaltungen in Wien überhaupt weiter zu ermöglichen, zum Beispiel nach Ausfall der „Eisrevue" die „Internationalen Eiskunstlaufwochen" im September. Das hat sich nicht auf bestimmte Firmen oder Firmengruppen beschränkt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Was mir auffällt und der eigentliche Grund meiner Neugierde ist, Herr Zeuge, ist, daß sich der Kreis, den Sie damals bei der Besprechung im Jahre 1974 angesprochen haben, ziemlich genau deckt mit dem Kreis von Firmen, die beim AKH-Bau Aufträge erhalten haben. Können Sie diesen Zusammenhang aus Ihrer Sicht oder diesen Zufall aus Ihrer Sicht erklären?

Lanc: Aus meiner Sicht bestand kein Zusammenhang, weil ich überhaupt nicht wußte, wer sich beim Allgemeinen Krankenhaus oder seinen späteren Errichtungsorganisationen um einen Auftrag beworben hat. Daher konnte das gar kein Kriterium für die Fühlungnahme sein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): War Ihnen überhaupt bekannt, daß das Projekt AKH zu diesem Zeitpunkt besteht?

Lanc: Daß das Allgemeine Krankenhaus gebaut wird, hat ja jedes kleine Kind gewußt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Eben. Ich nehme an, es war Ihnen auch bewußt, daß es hier zu sehr großen Aufträgen kommen wird, die im Zusammenhang mit Haustechnik Elektrofirmen betreffen werden.

Lanc: Ich sage noch einmal, daß ich überhaupt keinen Kontakt, weder mit Organen noch Einzelpersonen derjenigen, die für den Bau des Allgemeinen Krankenhauses verantwortlich waren, gehabt habe, der in irgendeiner Form oder auch nur gesprächsweise mit der Problematik der dortigen Auftragsvergabe und der sich um eine solche bewerbenden Firmen bestanden wäre.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): War es eine übliche Vorgangsweise, daß Sie sich persönlich mit

leitenden Herren oder mit den leitenden Herren, mit der Spitze von Sponsorfirmen diesbezüglich verständigt haben?

Lanc: Ich kenne so gut wie alle Spitzenindustriellen Österreichs und habe daher mehrmals und gegenüber vielen Personen Versuche unternommen, für den Sport und Sportveranstaltungen in Wien Werbeaufträge zu erhalten. Es ist auch dazu gekommen, daß mich Funktionäre um Unterstützung gebeten haben, beispielsweise der Obmann des Union Reitklubs Nidetzky, der mich für eine Reitsportveranstaltung gebeten hat, ihn bei einem Kreditinstitut in seinen Werbebemühungen zu unterstützen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): War es eine übliche Vorgangsweise, daß Sie mehrere Generaldirektoren eines bestimmten Bereiches für eine solche gemeinsame Aktivität zusammengerufen und zu sich gebeten haben?

Lanc: Es gab keine übliche Form, sondern jene Form, die sich jeweils angeboten hat.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also, diese Vorgangsweise ist in einer gleichartigen Weise nicht häufig aufgetreten.

Lanc: Ich sage noch einmal, daß die Gespräche auf Grund meiner zweifellos engen persönlichen Kenntnis des damaligen Chefs von ITT Mayer hier zustande gekommen sind.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wurde jemals von einer dieser Elektrofirmen das Ansinnen an Sie gerichtet, diesen Vertrag aufzulösen oder nicht fortzusetzen oder nicht zu erneuern?

Lanc: An mich jedenfalls nicht, weil ich nach der ursprünglichen Kontaktherstellung keine weiteren Gespräche mehr zu dieser Frage geführt habe, da das dann die Organe von Wien-Sport in der laufenden Durchführung übernommen haben. Ich habe erst anläßlich der Relevierung dieser Frage mir die Unterlagen dann geben lassen, um sie dem Ausschuß zur Verfügung zu stellen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es sind Ihnen auch keine Berichte darüber gegeben worden, daß Schwierigkeiten aufgetreten sind oder daß die Firmen aus dem Vertrag wieder herauswollten?

Lanc: Selbstverständlich hat es bei den jährlichen Vertragsabschlüssen Diskussionen um die Höhe des Beitrages gegeben, insbesondere in der Zeit, in der die Firmen auf Grund einer schlechteren Ertragslage gesagt haben, daß sie nicht in demselben Ausmaß werben können wie in den Jahren mit besserer Ertragslage.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es haben uns allerdings gestern die beiden Zeugen, die ich bereits genannt habe, gesagt, daß es für sie eine Selbstverständlichkeit war, das einmal getroffene Arrangement fortzusetzen. Da ist ein gewisser Widerspruch. Ist die Summe, die hier gezahlt wurde, damals zu Beginn der ganzen Aktion fixiert worden?

Lanc: Eine Summe ist erst in den konkreten Gesprächen zwischen den Firmen von den Beauftragten und den Beauftragten von Wien-Sport festgelegt worden.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es ist also nur die Tatsache, daß es zur Bildung eines Pools kommen soll. Ist das mit Ihnen diskutiert worden?

Lanc: Es ist eine Möglichkeit offeriert worden und dann von den Firmen akzeptiert worden.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie damals schon über die Gegenleistungen wertlicher Art näher gesprochen oder ist das nur in einer allgemeinen Form abgehandelt worden?

Lanc: Soweit ich mich erinnern kann, sind in den Angeboten konkrete Vorschläge gemacht worden. Wie ich später gehört habe und aus der Aktenlage entnehme, haben die Firmen dann eher dazu geneigt, nicht den ursprünglichen Vorschlag anzunehmen, bei einzelnen Vereinen durch Aufnahme der Firmenbezeichnungen in den Vereinsnamen zu werben, sondern sie haben es vorgezogen, eher auf Sportveranstaltungen zu werben, weil ihnen das gegenüber anderen Vereinen weniger präjudiziell erschien.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber die Tatsache, daß das mehrere Jahre dauern soll, ist schon damals in Aussicht genommen worden?

Lanc: Es ist ausdrücklich von den Herren erklärt worden, daß sie eine mehrjährige Bindung nicht eingehen können, was mir verständlich war, weil ja das von den Beschlüssen der Gesellschaftsorgane abhängig ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sind diese Verträge noch aufrecht oder sind sie inzwischen ausgelaufen?

Lanc: Sie werden jährlich neu abgeschlossen für ein Jahr.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Mit dem Kreis, der damals festgelegt wurde?

Lanc: Mit den gleichen Firmen, ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Danke, ich habe vorläufig keine weiteren Fragen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, ich habe an Sie die Frage: Es ist Ihnen damals im „Club 45" berichtet worden über die Aktion „Österreicher für Kreisky". Ist dabei irgendwann mit Ihnen geredet worden, wer das tatsächlich finanziert?

Lanc: Über Finanzierungsfragen ist meinem Erinnern nach nicht gesprochen worden, sondern es ist nur darauf hingewiesen worden, daß es sich um eine Aktion von Personen für eine Person handelt und daß das außerhalb jeglicher Parteibindung geschieht.

Obmann Dr. **Steger:** Sind Sie finanzmäßig zuständig in einer politischen Funktion in der Bundespartei für derartige Entscheidungen?

Lanc: Weder in der Bundes- noch in der Landespartei.

Obmann Dr. **Steger:** Ich danke.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge! Welche Funktionsbezeichnung haben Sie denn in der Wiener SPÖ?

Lanc: Ich bin einer der stellvertretenden Landesparteiobmänner.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und Sie haben daher schon von dieser Funktion her einen intensiven Kontakt mit dem Stadtrat Mayr?

Lanc: Nicht von dieser Funktion her, sondern von Jugend auf.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber in der Funktion natürlich?

Lanc: Stadtrat Mayr ist Mitglied des Wiener Landesparteivorstandes, und ich bin einer der stellvertretenden Vorsitzenden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, Sie hatten über das Projekt AKH natürlich weit mehr Kenntnisse als jedes Wiener Kind, für das das selbstverständlich ein Begriff war.

Lanc: Fragen der Arbeiten der öffentlichen Körperschaften sind nicht Gegenstand der Erörterungen in der Führung einer Landesparteiorganisation, es sei denn, daß sich daraus politische Auswirkungen ergeben; da beschränken sich die Erörterungen aber auch auf die politischen Auswirkungen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mir geht es nicht um die politischen Auswirkungen, sondern darum, daß Sie über das Projekt AKH natürlich überdurchschnittlich informiert waren, daß es zu dem Zeitpunkt 1973, 1974, als man festgestellt hat, es gehe so nicht richtig weiter, sicher auch in zentralen Gremien der SPÖ über die Art und Weise, wie man dieses Projekt beschleunigen kann, geredet hat.

Lanc: Diese Fragen sind nicht in den Parteikörperschaften erörtert worden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie an Besprechungen teilgenommen, in denen solche Fragen ...

Lanc: Nein, ich hatte keinerlei funktionelle Verbindung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es hatte sein können, daß Sie der Herr Bürgermeister, der Sie sonst ja auch ganz gern als Ratgeber weiß, zu irgendwelchen Besprechungen eingeladen hat.

Lanc: Er hat mich nicht eingeladen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind Sie noch immer der Bezirksparteiobmann im 5. Bezirk?

Lanc: Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War Ihnen in dieser Eigenschaft etwas bekannt über den Bau und das Projekt Pilgramzentrum?

Lanc: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War Ihnen auch als Landesparteiobmann-Stellvertreter von Wien nie etwas bekannt vom Verkauf der Grundstücke der „Vorwärts"-AG. an die Pilgramzentrum-Entwicklungs-Ges. m. b. H.?

Lanc: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit dieser Firmenpyramide: Infrabau, Pilgramzentrum, Tractus, Mediplan Wien, nie etwas zu tun gehabt?

Lanc: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das wurde auch in keinem der Gremien besprochen, an denen Sie teilgenommen haben?

Lanc: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Darf ich im Rückschluß, weil wir uns hier ja auch mit der politischen Verantwortung beschäftigen, festhalten, daß es in all den Jahren, in denen Sie stellvertretender Parteiobmann in Wien waren, in den höchsten Gremien der Mehrheitspartei keine Diskussionen über das AKH gegeben hat?

Lanc: Nur über politische Auswirkungen in dem Moment, wo es öffentliche Kritik am AKH gegeben hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun hat es diese öffentliche Kritik in Permanenz gegeben.

Lanc: Das ist Ihre Behauptung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun, das läßt sich statistisch festlegen, daß da mindestens 83 öffentliche Diskussionsakte in Form von Anträgen und ähnlichem behandelt worden sind.

Obmann Dr. **Steger:** Bitte eine Frage daraus zu machen, Sie haben keine Frage gestellt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es ist eine Frage, ob der Herr Zeuge die Behauptung, daß es keine Diskussion gegeben hat, aufrechterhält.

Lanc: Ich habe nicht die Behauptung aufgestellt, daß es keine Diskussion gegeben hat, sondern ich habe gesagt, daß in den Parteikörperschaften nicht über die Handlungen und Leitlinien der zuständigen Organe gesprochen worden ist. Das hatte in den dafür zuständigen Gremien der Eigentümer zu geschehen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie haben eine politische Verantwortung auch gegenüber den Wählern. Nicht nur als Privatverein.

Lanc: Ich weiß wirklich nicht, was eine Diskussion über die Wählerverantwortung ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, es interessiert mich, wieweit Sie über das AKH-Projekt informiert sind. Das ist meine Kernlinie. Ich bin jetzt etwas irritiert, wenn Sie mir gestatten, daß man in den Gremien der SPÖ über das größte Projekt der Stadt, bei dem es immer wieder Schwierigkeiten gegeben hat, offensichtlich nicht diskutiert hat. Aber ich nehme das zur Kenntnis.

Welche AKH-Firmen haben Sie denn noch für die „Werbetätigkeit" bei der Wien-Sport geworben?

Lanc: Erstens einmal verwahre ich mich gegen die vorige Zusammenfassung meiner Äußerungen durch Sie. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß das, wofür die öffentlichen Organe zuständig waren, ausschließlich in diesen diskutiert worden ist, und die politischen Konsequenzen in den politischen Körperschaften. Ich habe im Zusammenhang mit dem AKH nur in diesem Teil zu tun gehabt. Ich bitte mir zuzugestehen, daß ich meine Interpretation selber liefere. Was war die wirkliche Frage?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die erste Frage war keine, aber Sie gestehen mir wohl auch zu, daß ich meine Interpretation selbst wähle.

Obmann Dr. **Steger:** Die Frage war, ob es sonstige ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): ... welche AKH-Firmen als Sponsoren der Wien-Sport gewonnen wurden.

Lanc: Die Fragestellung kann zu Mißverständnissen Anlaß geben, da ich zu keiner Zeit gewußt habe, ob und welche Firmen sich um welche Aufträge beim AKH beworben haben. Daher kann ich auch die Frage nicht beantworten, ob es Werbeverträge mit Firmen, die sich dort beworben haben oder Aufträge erhalten haben, gibt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie — das ist eine Einstiegsfrage — je gesehen oder gehört, daß die Zigarettenmarken Marlboro und John Players gleichzeitig ein Formel I-Auto sponsern? — Ich habe gesagt, das ist eine Einstiegsfrage.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter, wenn Sie jetzt die echte Frage stellen wollten; das war die Einstiegsfrage.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die echte Frage heißt, daß ich ernsthafte Zweifel habe an der Gegenleistung Werbeaufträge, wenn vier prominente Konkurrenten sich dasselbe Sportfeld zur Werbetätigkeit aussuchen. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Haben Sie schon einmal Pepsi-Cola neben Coca-Cola gesehen? Ich glaube nicht, daß Sie das je gesehen haben. *(Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Meine konkrete Frage ist daher: Wie ist jener Satz Ihres Briefes vom offensichtlich 1. Oktober 1974 an die Generaldirektoren, wo Sie sich auf das Zusammentreffen im Parlament berufen — Sie kennen den Brief — ...,

Lanc: Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): ... in dem es heißt: „Sie dürfen versichert sein, daß ich persönlich sehr bemüht sein werde" — persönlich sehr bemüht sein werde —, „diese Art der Sportförderung so zu gestalten, daß sie nicht nur für die Vereine und damit für den österreichischen Leistungssport, sondern auch für die fördernden Firmen von Vorteil ist." — Daß Sie persönlich sich bemühen werden!

Lanc: Als Funktionär und Präsident des ASKÖ-Landesverbandes Wien wollte ich versichern, daß wir uns bemühen werden, alle Werbemöglichkeiten, mithin alle daraus erfließenden Vorteile oder Gegenleistungen für das hingegebene Geld so zu gestalten, daß mindestens der Werbeertrag für die Firmen erfließt, der ein Äquivalent für das hingegebene Geld darstellt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun kann man diesen Satz auch anders verstehen, denn daß Sie sich als Werbetechniker ...

Lanc: Das kann man nicht anders verstehen. Da Sie ja den ganzen Brief haben, wissen Sie ja auch, was vorher hinsichtlich Werbeangebot usw. steht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja natürlich. Aber daß Sie, der Sie obendrein den Herrn Hofbauer dazwischengeschaltet haben, um diese Dinge durchzuführen, jetzt persönlich sozusagen Rücksicht nehmen — „ich persönlich" —, aufpassen, daß die Transparente wirklich aufgehängt werden, die der Herr Hofbauer verspricht.

Lanc: Das ist kein Aufhängen von Transparenten, Herr Kollege.

Obmann Dr. **Steger:** Darf ich den Vornamen vom Herrn Hofbauer wissen?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Gerhard. Es ist sicher nicht der Klubsekretär.

Lanc: Zu diesem Zeitpunkt stand ja noch nicht fest, war nicht genau umgrenzt — das war erst Gegenstand späterer Gespräche, die nicht ich geführt habe —, was konkret für eine Werbegegenleistung von den Firmen gewünscht wird. Die Herren haben sich verständlicherweise hier auf die Ratschläge ihrer Werbefachleute in den Firmen verlassen, und ich wollte damit versichern, daß wir bemüht sein werden, ihnen jene Werbemöglichkeiten zu eröffnen, die dem hingegebenen Betrag entsprechen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Minster! Haben Sie bei Ihrem Besuch im „Club 45", als man Sie mit dem Layout der „Geschichten vom Dr. Kreisky" konfrontiert hat, Herrn Wolfgang Maier kennengelernt?

Lanc: Der saß dort und machte dieses.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Machte er das Layout oder den Text?

Lanc: Offenbar.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie Herrn Holliger im Zuge dieser Aktion kennengelernt oder haben Sie ihn schon früher gekannt?

Lanc: Den kannte ich nicht und kenne ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben nie an einer Veranstaltung teilgenommen, wo Ihnen Herr Holliger vorgestellt worden ist?

Lanc: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie weit sind Sie denn mit Herrn Hans Christoph Prutscher bekannt?

Lanc: Ich kenne Herrn Prutscher vom Sehen, allerdings wesentlich weniger gut als seinen Vater, mit dem ich viele Jahre gemeinsam im Wiener Gemeinderat gearbeitet habe. Dort habe ich erstmals auch Herrn Prutscher jun. kennengelernt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagt Ihnen der Name Peter Daimler etwas?

Auch im Zusammenhang mit den „Geschichten vom Dr. Kreisky".

Lanc: Sagt mir nichts.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit Herrn Proksch in den letzten Tagen Kontakt gehabt?

Lanc: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wußten Sie, daß er in die Schweiz gefahren ist?

Lanc: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie eine Ahnung, ob Herr Proksch den Bundeskanzler über diese Aktion „Geschichten vom Dr. Kreisky" informiert hat?

Lanc: Darüber bin ich nicht informiert.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie eine Ahnung, wieweit der Wiener Bürgermeister über diese Wahlkampagne informiert war?

Lanc: Ich darf generell sagen, daß bis auf diesen einen von mir erwähnten Kontakt ich weder mit Dritten noch mit Herrn Proksch oder Herrn Maier weitere Zwiesprache gepflogen habe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Auch mit dem Bundeskanzler nicht?

Lanc: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es hat auch in den letzten Tagen in den Gremien Ihrer Partei, an denen Sie teilnehmen, keine Aufklärung darüber gegeben, woher diese Gelder stammen?

Lanc: Es haben in den letzten Tagen keine Gremialsitzungen stattgefunden, und daher konnte dort auch nicht darüber gesprochen werden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wurde jemals in Gremien Ihrer Partei klargestellt, woher diese Gelder kommen und wer die Financiers sind?

Lanc: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie auch in den letzten Tagen mit Herrn Marsch nie darüber geredet?

Lanc: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit Herrn Blecha?

Lanc: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit Bürgermeister Gratz?

Lanc: Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter, bitte: Der Herr Minister hat gebeten, daß er um halb zwölf weg kann. Daher bitte ich, jetzt rasch und gezielt zu fragen. Er hat eine Dienstreise, zu der er muß, und wir haben ihm ursprünglich eine Stunde vorgegeben. Daher ist die Planung so erfolgt.

Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe jedes Verständnis dafür. Nur: Wir wären in einer Stunde fertig gewesen, wenn es nicht zu dieser Diskussion gekommen wäre.

Ich frage nun bewußt vorsichtig, Herr Minister, weil ich nicht weiß, wieweit ein Innenminister hier unter Umständen an besondere Verschwiegenheitspflichten gebunden ist. Der Herr Proksch hat im Zusammenhang mit seiner Einvernahme hier plötzlich festgestellt, daß er kein Spion ist, und im Zusammenhang mit einer Fragestellung von mir offensichtlich vermutet, daß ich über ein Papier verfüge, das von der Staatspolizei oder von sonst irgendwoher stammt — er hat jedenfalls so getan —, Sie haben auch dieses Papier. Also offensichtlich etwas, was in Wien Handelsware ist.

Können Sie uns irgend etwas sagen, wieweit Herr Proksch im Zusammenhang mit Spionagetätigkeit und Waffenhandel agiert?

Obmann Dr. **Steger:** Diese Frage ist nicht zugelassen, weil kein AKH-Zusammenhang besteht, wenngleich es sich um eine sehr interessante Frage handelt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich bedauere das deswegen, weil es unter Umständen möglich gewesen wäre, daß der AKH-Zusammenhang zu den „Geschichten vom Dr. Kreisky" durch die Beantwortung einer solchen Frage aus der Welt geschafft werden könnte, wenn sich nämlich herausstellt, daß die 5 Millionen zwar keine AKH-Gelder, aber gepflegte Waffenhandelsgelder sind.

Obmann Dr. **Steger:** Es könnte dann allerdings die Regierungspartei öffentliche Pressekonferenzen machen. Aber hier im Untersuchungsauftrag ist es nicht gedeckt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich nehme die Entscheidung des Vorsitzenden selbstverständlich zur Kenntnis. Ich bedauere es im Sinne der Klarstellung, daß es halt nicht möglich ist, diese Frage hier zu erörtern. — Ich bin dann fertig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Minister! Es ist bekannt, daß im Jahre 1974 sowohl Kapsch als auch Schrack als auch Siemens im Zusammenhang mit dem AKH Aufträge bekommen haben. Die Firma Siemens hat den größten Auftrag zu dieser Zeit bekommen. In den Jahren 1973/74 ist verhandelt worden, im Jahre 1975 — im März, April 1975 — wurde unterschrieben. Dieser Auftrag hat heute einen Wert von mehr als 2 Milliarden Schilling.

Nun meine Frage: Schließen Sie aus — ich nehme an, daß Sie das nicht selbst getan haben, weil Sie das bereits verneint haben —, daß irgend jemand von Ihrem Kreis — Sekretäre, sonst jemand — versucht hat, mit den Herren, die bei der Auftragserteilung im AKH im Zusammenhang gestanden sind, damals — also vor Gründung der AKPE — Kontakt aufzunehmen?

Lanc: Das schließe ich auf Grund all meiner Personenkenntnisse und Erfahrungen aus.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben nie mit jemanden — auch in privaten Gesprächen — darauf hingewiesen: Wir haben jetzt von diesen Firmen eine Förderung bekommen, wenn es geht, so wie man das normal macht, sind Sie großzügig, schauen Sie, vielleicht geht es, im Rahmen der Gesetze natürlich, im Rahmen der Ausschreibungsbestimmungen.

Lanc: Ich weiß nicht, wer das normal macht. Ich mache das normal nicht. Auch nicht abnormal.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben also in keiner Weise irgendwo darauf hingewiesen?

Lanc: Das ergibt sich wohl aus dem, was ich eben gesagt habe.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie sind auch nicht ersucht worden von den Firmen, in irgendeiner Weise behilflich zu sein?

Lanc: Nein. Ich habe schon erklärt, daß dieses Thema überhaupt nicht erörtert worden ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich frage Sie jetzt im Zusammenhang mit dieser Auftragserteilung, die genau in diese Zeit hineinpaßt. Sie würden das also vollkommen ablehnen.

Lanc: Ich habe keinerlei Erörterungen über AKH und AKH-Aufträge zu keiner Zeit und auch nicht zur damaligen Zeit mit den in Rede stehenden Herren gepflogen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie sind auch nicht ersucht worden von den Firmen?

Lanc: Ich bin auch nicht ersucht worden, sage ich noch einmal.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nur eine ganz kleine Zusatzfrage: Es hat der Bundeskanzler im Zusammenhang mit dieser Aktion „Geschichten vom Dr. Kreisky" unter Finanzierung aus Schweizer Mitteln wörtlich gesagt: Ich habe gefragt bei Blecha, wie ist das; hat er gesagt: naja, wir helfen dem auch ein bißchen, das wird schon gehen, na aus.

Haben Sie irgendeine Wahrnehmung gehabt, in welcher Form den Schweizer Spendern oder dem Schweizer Initiator, wenn er es war, seitens der SPÖ geholfen werden sollte?

Lanc: Ich war weder über Spender noch über Hilfe informiert, was sich aus meiner Funktionslage ergibt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Über das letzte will ich nicht streiten.

Obmann Dr. **Steger:** Danke. — Wir sind am Ende Ihrer Einvernahme. Ich danke Ihnen und hoffe, daß sich Ihre Terminplanung noch ausgeht. *(Bundesminister Lanc verläßt den Sitzungssaal.)*

Zeugeneinvernahme von Wolfgang Maier

Obmann Dr. **Steger:** Ich begrüße Sie als Zeugen im Untersuchungsausschuß. Nehmen Sie bitte bei den Mikrophonen Platz. Sie haben mit Ihrer Ladung auch den Beschluß bekommen, welchen Untersuchungsauftrag wir hier haben, sind daher darüber informiert. Ich erspare es mir, da im besonderen etwas zu verlesen.

Für uns ist die Geschäftsordnung des Nationalrates maßgebend. Darin ist enthalten, daß die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden ist. Dort sind alle Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge festgehalten. Die wichtigste Pflicht für Sie ist, alle an Sie gerichteten Fragen wahrheitsgemäß zu beantworten. Das wichtigste Recht: Sie haben allenfalls ein Entschlagungsrecht. *(Obmann Dr. Steger verliest den Wortlaut des § 153 StPO.)* Sie müßten das bei der jeweiligen Frage anmerken. Wir würden dann entscheiden, ob diese Frage trotzdem von Ihnen zu beantworten ist oder nicht.

Ich bitte Sie zunächst um Ihre Generalien: Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Beruf sowie Anschrift.

Wolfgang **Maier:** Wolfgang Maier, geboren 3. November 1956, erlernter Beruf Journalist, wohnhaft Wien IV., Goldeggasse 27/20.

Obmann Dr. **Steger:** Gibt es einen anderen ausgeübten als den erlernten Beruf?

Wolfgang **Maier:** Nein, gibt es nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Also Beruf: Journalist.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Was wissen Sie über die seinerzeitige Inseratenkampagne „Geschichten vom Dr. Kreisky"? Wie ist die entstanden? Wie sind Sie da engagiert worden?

Wolfgang **Maier:** Die ist meines Wissens entstanden vor den Wahlen 1979, und zwar wurde ich involviert relativ kurzfristig. Das heißt, ich glaube Februar oder Anfang März 1979. An mich herangetreten ist Herr Proksch, entweder allein oder mit Herrn Dr. Damian. Es ist aber auch möglich, daß ich Dr. Damian erst kurz später kennengelernt habe bei dieser Aktion. Ich glaube, ich würde die Frage insofern anders beantworten, als das Wort „engagiert" vielleicht nicht ganz zutreffend ist. Denn ich bin gefragt worden von Proksch und Damian, ob ich Interesse hätte oder ob ich bereit wäre, in irgendeiner Form bei dieser Aktion mitzumachen. Sie war mir damals weder was die Frage der Größenordnung noch was die eigentliche Ausformung betroffen hat, näher bekannt, sondern ich habe meinen Beitrag so verstanden, daß vor allem die Frage der Ausgestaltung etwas war, das offenbar zu erarbeiten oder zu diskutieren gewesen ist.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Aber es ist Ihnen schon gesagt worden, Herr Zeuge, daß es Inserate sein werden. Oder nicht einmal das?

Wolfgang **Maier:** Nein. Es gab da eine ganze Reihe von Ideen. Ich persönlich habe, glaube ich, gleich gesagt, daß am effizientesten wahrscheinlich Inserate wären. Also ich habe mich der Inseratenidee eigentlich gleich angeschlossen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und welche Arbeiten haben Sie in diesem Zusammenhang geleistet?

Wolfgang **Maier:** Es war so, daß Dr. Damian, glaube ich, die Idee hatte: „Prominente". Ich sage das jetzt einmal so unter Anführungsstrichen. Also eine Aktion in irgendeiner Form mit Prominenten, die zum Teil SPÖ-Mitglieder sind, der überwiegende Teil aber eher nicht. Ich glaube, das stimmt, wenn ich das einordnen kann. Es sollte also mit Prominenten irgend etwas zu tun haben, die sich sozusagen für die Wiederwahl des Bundeskanzlers erklären. Ich glaube, daß die Idee, da etwas Zusätzliches zu machen, zurückgeht auf Herrn Udo Proksch, wobei nicht klar war, was dazukommen sollte. Ich glaube, mein Beitrag war zunächst einmal der, daß ich diese Idee der „Geschichten vom Dr. Kreisky" gebracht habe und daß ich vor allem dann einen Großteil dieser Geschichten, also diese Texte, die neben den Photos der Prominenten waren, verfaßt habe.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Haben Sie für diese Arbeit ein Entgelt bekommen?

Wolfgang **Maier:** Ich habe bekommen eine Aufwandsentschädigung von der Firma Holliger, und zwar nach Abschluß. Also ich weiß jetzt den Termin nicht genau. Aber jedenfalls nach den Wahlen war das.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Können Sie uns den Betrag sagen?

Wolfgang **Maier:** Entschuldigen. Ich glaube, da habe ich mich jetzt mißverständlich ausgedrückt. Ich glaube, man muß da zwei Linien sehen:

Ich habe ungefähr zwei Monate vor der Wahl in Wien Herrn Holliger kennengelernt. Herr Holliger war dann ein zweites Mal, glaube ich, in Wien. Oder war es das erste Mal; ich weiß es nicht. Jedenfalls war das dann wenige Tage vor

Beginn der Aktion, also vor Beginn der Einschaltungen sozusagen. In diesem Zusammenhang hat Herr Holliger mich gefragt, ob ich in der Lage wäre, diese fertigen Inserate, also die Texte und die Unterlagen, den Anzeigenabteilungen der Zeitungen zuzustellen. Das war etwas, was ich aus zeitlichen Gründen eher nicht machen wollte, dann aber doch gemacht habe. Für diese Tätigkeit habe ich von Herrn Holliger Entgelt in Form einer Aufwandsentschädigung bekommen. Sie war nicht sehr hoch.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie hoch?

Wolfgang **Maier:** Muß ich das beantworten? — Ich meine, ich beantworte das natürlich. Aber ich weiß nicht: Ist das notwendig?

Obmann Dr. **Steger:** Es ist keine so bösartige Frage. Es ist für den Geldfluß schon wichtig.

Wolfgang **Maier:** Also der Geldfluß war der, daß ich es auf mein Konto überwiesen bekommen habe. Die Höhe betrug für diese Aufwandsentschädigung, wenn ich das richtig im Kopf habe, 1 000 Schweizer Franken. Damit war abgedeckt im wesentlichen dieser Transport von den fertigen Unterlagen zu den Zeitungen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie haben Sie denn das gemacht? Den Transport von Ihnen als Texter? Ich weiß nicht: Wer hat dann jeweils das Layout angepaßt? Wurde das in der Schweiz gemacht?

Wolfgang **Maier:** Ich weiß nicht, was Sie meinen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie war es technisch? — Sie haben einen Text gemacht. Wie ist der in die Zeitung gekommen?

Wolfgang **Maier:** Technisch war es so — wenn Sie sich diese Inserate vergegenwärtigen: das war im Prinzip eine Form mit diesem Balken oben und unten, einem Photo und zwei Texten —: den Zeitungen wurden zur Verfügung gestellt ein Photo und diese zwei Texte. Es wurde kein fertiges Sujet im Prinzip zur Verfügung gestellt, sondern die haben das in den Anzeigenabteilungen oder mit ihren Setzern gemacht. Ich weiß nicht, ob das etwas gekostet hat. Wahrscheinlich mußte das von Holliger in irgendeiner Form abgegolten oder bezahlt werden. Ich habe also einmal in der Woche, glaube ich, diese paar Photos und diese paar Texte den Zeitungen zugestellt. Das waren zwei oder drei Wege.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das Grund-Layout hat Herr Proksch entworfen.

Wolfgang **Maier:** Der Herr Proksch hatte, glaube ich, folgende Grundidee: Daß zu diesen Statements von Menschen irgend etwas dazukommen sollte, was das entweder illustriert oder unterstreicht oder das irgendeinen besonderen Punkt setzt. Da war noch nicht ganz klar, wie das ausschauen soll. Mein Beitrag war, das sozusagen in diese Form zu gießen. Aber es haben unter anderem auch Herr Proksch und Dr. Damian Ideen, Vorschläge und dergleichen gebracht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was war denn Ihrer Meinung nach die Funktion des Herrn Holliger? War er ausschließlich der Financier?

Wolfgang **Maier:** Ob er der Financier ist oder war, weiß ich nicht. Ich kann sagen: Als ich Herrn Holliger kennengelernt habe oder besser gesagt, als ich Kenntnis erlangt habe von der Person Holliger, war es, wie schon gesagt, vielleicht zwei oder drei Monate vor dem Mai 1979. Da habe ich vom Namen Holliger Kenntnis erlangt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer hat Sie denn mit ihm bekanntgemacht?

Wolfgang **Maier:** Wollte ich gerade sagen. Da habe ich also den Namen Holliger gehört, und zwar vom Herrn Udo Proksch. Ich glaube, ich habe mit Herrn Holliger dann telefoniert einmal. Ich weiß jetzt nicht mehr, wer wen angerufen hat. Mir wurde gesagt, daß alles, was also mit der Finanzierung dieser Inserate zu tun hat, was etwa Gespräche mit den Anzeigenabteilungen der Zeitungen über Konditionen oder wie immer betrifft, daß das alles Herr Holliger machen wird.

Ich habe dann mit ihm telefoniert. Er hat mich ganz kurz gefragt, ob ich Ideen hätte oder Vorstellungen hätte, in welchen Medien das kommen sollte. Das habe ich ihm kurz gesagt. Aber ich glaube, das ist in Österreich ohnehin eine Frage eines relativ beschränkten Marktes. Also das liegt auf der Hand. Dann habe ich drei oder vier Tage vor Beginn der Aktion — also sagen wir: vor der ersten Einschaltung des Inserates — den Herrn Holliger persönlich kennengelernt und von ihm eine Telefonnummer erhalten. Ich nehme an, es war seine Firmentelefonnummer. In dem Zusammenhang nämlich, falls sich bei der Administration dieser Geschichte irgendwelche Fragen ergeben sollten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie die Telefonnummer bei sich?

Wolfgang **Maier:** Ich weiß nicht, ob ich die habe. Muß ich die bekanntgeben?

Obmann Dr. **Steger:** Sie steht im Akt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Telefonnummer, mit der er in Zürich offensichtlich in Kontakt getreten ist.

Wolfgang **Maier:** Muß ich die bekanntgeben?

Obmann Dr. **Steger:** Ja.

Wolfgang **Maier:** Sekunde bitte. *(Der Zeuge blättert in Unterlagen.)* Ich glaube, das ist sie: Das ist 60 11 26 in Zürich. Ich habe von dieser Telefonnummer einmal Gebrauch gemacht.

Obmann Dr. **Steger:** Im Akt scheint die Telefonnummer 36 31 126 auf.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es ist eine ähnliche Nummer, sie ist aber nicht identisch.

Wolfgang **Maier:** Ich kann noch einmal nachschauen, Sekunde. *(Der Zeuge blättert noch einmal in Unterlagen.)* Ich habe also nur die. Die Nummer habe ich 1979 bekommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer hat sich da gemeldet?

Wolfgang **Maier:** Wer sich gemeldet hat? — Das weiß ich jetzt nicht genau. Ich nehme an „Holliger und Partner". Ich weiß es nicht genau. Das kann ich nicht sagen. Ich habe, wie gesagt, nur ein einziges Mal dort angerufen. Das war in der ersten Woche dieser Aktion. Da hatte ich einige dieser Inserate einer Tageszeitung gebracht, und da hat es ein Problem gegeben, daß die nämlich das Inserat nicht bringen wollten. Zunächst habe ich nicht gewußt, warum. Dann habe ich das mühselig erfragt. Die kannten mich ja nicht, die hatten ja mit Herrn Holliger verhandelt. Herauskristallisiert hat sich, daß die Zeitung bestanden hat auf Vorauszahlung, und dieses Geld wäre noch nicht bei der Zeitung eingelangt. Daraufhin habe ich angerufen und gefragt, was eigentlich los ist. Man hat mir gesagt, die Überweisung sei getätigt, und nach zwei Stunden etwa konnte das Problem von der Zeitung geklärt werden. Dann hat es, glaube ich, keine derartigen Probleme mehr gegeben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie den Streuplan gemacht?

Wolfgang **Maier:** Sie meinen den Streuplan für diese Aktion?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja.

Wolfgang **Maier:** Nein, ich habe ihn nicht fixiert.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer hat ihn denn fixiert?

Wolfgang **Maier:** Fixiert hat ihn Holliger.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Er hat von Zürich aus einen österreichischen Streuplan erstellt?

Wolfgang **Maier:** Ich habe schon gesagt: Holliger hat mich einmal telefonisch gefragt, was ich grundsätzlich für eine Meinung habe, nach welchen Gesichtspunkten man das schalten soll. Die Antwort lag für mich auf der Hand. Das heißt, ich kann das pauschal sagen: So viel wie möglich in den beiden großen Tageszeitungen — die kleineren nicht zu vergessen — und in den Magazinen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit welchem Rahmen haben Sie denn damals gerechnet?

Wolfgang **Maier:** Ich hatte gar keinen Rahmen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn man Inserate verteilt, hat man ja als Spezialist eine bestimmte Vorstellung, wie oft, wieviel und wieweit kann ich gehen, bis in die kleinsten Zeitungen, und so weiter.

Wolfgang **Maier:** Ich hatte gar keinen Rahmen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wurde Ihnen keiner vorgegeben bei dieser Fragestellung?

Wolfgang **Maier:** Nein. Ich habe einen Eindruck gewonnen damals. Ich hatte keinen Rahmen. Ich war ja auch nicht die Agentur, die das geschalten hat. Ich hätte das auch nicht sein können oder wollen, sondern ich hatte da eine gestaltende Mitarbeit. Holliger hat mich gefragt, nach welchen Gesichtspunkten etwa oder in welcher Häufigkeit — ich weiß gar nicht, ob diese Frage gekommen ist — das nach meinen Vorstellungen zu machen sei. Da wurde nicht über Geld gesprochen. Ich hatte den Eindruck — ich weiß nicht, ob das ein ungewöhnlicher Eindruck ist; wahrscheinlich —, daß die Frage der Finanzierung für ihn gar nicht das vordringliche Problem schien, sondern die Frage des Modells. Also er hat da sicherlich 100 andere Vorstellungen auch gehabt, die wahrscheinlich teurer gewesen wären. Ich weiß nicht; Fernsehspots oder wie immer. Das hat er einmal erwähnt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber da haben Sie ihm ja als Kenner der österreichischen Szene gleich erklärt, daß es das nicht gibt, nehme ich an.

Wolfgang **Maier:** Erstens das, und zweitens: Meine Grundidee war, daß das etwas zu sein hat, womit man sich auseinanderzusetzen hat in der Form, daß man vielleicht auch das liest, was daneben ist. Eher abseits — ich meine, Sie verzeihen das Wort — dieser Holzhammermethode, die manchmal angewendet wird von allen Gruppierungen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie den Eindruck gehabt, daß Herr Holliger ein sehr vermögender Mann ist? Ich meine: So vermögend, daß er unbeschadet der Kosten einer solchen

Aktion das auch aus seiner eigenen Tasche bezahlen kann.

Wolfgang **Maier:** Ich habe dazu keine Wahrnehmung. Für mich selbst war der Name Holliger damals vollkommen neu. Ich habe damals einfach versucht, etwas über Herrn Holliger auch zu erfahren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Würde ich auch tun als Journalist.

Wolfgang **Maier:** Nein, das war also ein rein privates Interesse.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, von der Profession interessant halt.

Wolfgang **Maier:** Ich habe Kollegen angerufen, die ich von früher in Zürich kannte. Die haben mir folgendes gesagt: Daß er beschäftigt war bei einem großen Schweizer Verlag. Ich glaube, bei Ringier.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bei wem?

Wolfgang **Maier:** Beim Ringier-Verlag. Das ist ein großer Schweizer Verlag, soviel ich weiß. Daß er sich selbständig gemacht hat. — Ich weiß nicht genau, wann das genau gewesen ist. — Und daß er sich vor allem befaßt mit Medien im weitesten Sinn. Das heißt: Man hat mir gesagt, daß er zum Beispiel eine Zürcher Stadtzeitung verlegt. Dann hat man mir gesagt, daß er eine Zeitung herausgibt — die, glaube ich, auch heute in der „Wochenpresse" steht —, diese „Armada". So eine Zeitung habe ich einmal gesehen. Das ist also eine Inseratenoase. Das Geschäft dürfte dort sehr gut gehen. Ich habe den Eindruck gehabt — aus seinen Schilderungen —, daß er nicht allein diese Firma ist, sondern daß er eine Reihe von Mitarbeitern hat. Er hat immer gesprochen von Medienspezialisten, die er beschäftigt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist Ihnen beim Durchblättern dieser Zeitschrift „Armada" aufgefallen, daß hier eine Reihe prominenter österreichischer Firmen, die auch beim AKH beschäftigt sind, aufscheinen?

Wolfgang **Maier:** Beim AKH?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Siemens zum Beispiel.

Wolfgang **Maier:** Ich weiß nicht genau, welche Inserate 1979 drinnen waren. Mir ist sicher aufgefallen, wenn ich mich recht erinnere, Steyr-Daimler-Puch. Ich glaube, in der Zeitung ist mir vor allem aufgefallen diese internationale Häufigkeit an allem, was in dieser Branche Rang und Namen hat: italienische, französische, englische.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waffenbranche.

Wolfgang **Maier:** Ich halte sie für eine militaristische Zeitung. Ich weiß nicht, in welchem Sinn. Aber ich halte sie für eine militaristische Zeitung. Ich habe da gesehen: Testberichte von Flugzeugen und was weiß ich noch alles. Und da war also eine ganz prominente Liste von englischen, französischen, amerikanischen Firmen, und es hat auch, soviel ich weiß, Steyr-Daimler-Puch inseriert. Aber das muß man wahrscheinlich in einer derartigen Zeitung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie oft waren Sie denn in Zürich?

Wolfgang **Maier:** Ich persönlich?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja. Ich meine jetzt im Zusammenhang mit dem Herrn Holliger oder dem Auftrag.

Wolfgang **Maier:** Ach so! — Nie. Ich persönlich war nie in diesem Zusammenhang in Zürich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie waren auch am letzten Wochenende mit Herrn Proksch nicht in Zürich?

Wolfgang **Maier:** Ich habe mit der Frage gerechnet, aber ich war nicht in Zürich, Herr Abgeordneter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wann haben Sie denn zuletzt mit dem Herrn Proksch geredet?

Wolfgang **Maier:** Sie meinen ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Gestern? Heute?

Wolfgang **Maier:** Ich glaube, vorgestern. Heute sicher nicht. Gestern ist es möglich, daß ich ihn vielleicht gesehen habe, vorgestern wahrscheinlich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und haben Sie sich ein bissel mit ihm abgesprochen hinsichtlich der heutigen Aussage?

Wolfgang **Maier:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat er Sie informiert über seine Aussage?

Wolfgang **Maier:** Ich glaube, Sie mißverstehen vielleicht ein bißchen unser Verhältnis. Es gibt da kein besonderes Vertrauensverhältnis. Es gibt auch kein Abhängigkeitsverhältnis in der Form, weil er mich damals engagiert hat. Ich habe meine Funktion damals nicht verstanden als einer, der engagiert worden ist, sondern als einer, den man gefragt hat, ob er einen Beitrag leisten möchte. Und für mich war das nach einer kurzen Bedenkzeit in letzter Konsequenz eigentlich eine Auszeichnung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben weder vom Herrn Proksch noch vom Herrn Damian eine

österreichische Aufwandsentschädigung für diese Tätigkeiten erhalten.

Wolfgang **Maier:** Nein, nein. Ja, das ist so, daß für die Herstellung der Inserate eine ganze Reihe an Kosten aufgelaufen ist. Zum Beispiel Fahrtspesen, oder zum Beispiel mußte für Hundertwasser ein eigenes Sujet gemacht werden, das eine Satzstudie gemacht hat, das war, glaube ich, relativ kostspielig.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Schaut so aus.

Wolfgang **Maier:** Und diese Dinge hat natürlich Dr. Damian alle bezahlt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Konkret war aber meine Frage, ob Sie selber auch eine österreichische Aufwandsentschädigung ...

Wolfgang **Maier:** Ob ich persönlich Nutzen gezogen habe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nicht Nutzen gezogen. Sie haben gesagt, Sie haben einen Kostenersatz oder Spesenersatz vom Holliger gekriegt. Haben Sie auch von Proksch oder von Damian eine ähnliche Spesenersatzzahlung entgegengenommen?

Obmann Dr. **Steger:** Zum Beispiel: eine Demel-Torte, ein Huhn-Nudel-Bries.

Wolfgang **Maier:** Die Frage ist sehr pointiert und richtig gestellt. Aber Sie werden lachen, nach der Aktion wurde mir vom Herrn Proksch gesagt, daß ich im Demel, also in dem Etablissement, dem er vorsteht, auf seine Rechnung Kaffees und derartige Dinge ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Lebenslänglich.

Wolfgang **Maier:** Ich weiß nicht, lebenslänglich, aber es ist in den vergangengen zwei, drei Jahren sicherlich fallweise vorgekommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Gehen wir noch einmal zur Abwicklung zurück. Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie das so präzisiert haben, denn nach den bisherigen Aussagen ist mir immer ein Zweifel gekommen. Bei diesen unterschiedlich aussehenden Inseraten — ich meine, sie sind in der Form gleich, aber dann, ob der Balken einmal abgerundet ist oder nicht — habe ich mir gedacht, das hat sicher nicht ein Layouter in Zürich gemacht, sondern das hat jeweils die Zeitung angepaßt, das ist also so ein Puzzle-Inserat oder wie immer man das nennt.

Wolfgang **Maier:** Ich glaube, das hat leider auch etwas zu tun mit dem Zeitdruck. Also, ich würde das heute anders machen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das glaube ich schon. Das heißt, Sie haben — wenn ich die jetzt hernehme, die hier vor mir liegt — Marcel Prawy getextet.

Wolfgang **Maier:** Nein, nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wen haben Sie denn getextet? — Damit wir darüber nicht streiten.

Wolfgang **Maier:** Ich habe sicherlich getextet. Da muß man grundsätzlich unterscheiden, das besteht im Prinzip aus zwei Komponenten: Aus einem kurzen Statement, fett gedruckt, das wurde von den Leuten selbst getextet. Da wurde also maximal, wenn es Auffassungsunterschiede gegeben hat, hinsichtlich — ich weiß nicht — der Interpunktion etwas geändert, aber oft nicht einmal das, wenn irgendeine bestimmte politische Wirkung erzielt werden sollte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das waren die kurzen Texte.

Wolfgang **Maier:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die anderen haben von Ihnen gestammt.

Wolfgang **Maier:** Die anderen Texte stammen zu sicherlich 80, 90 Prozent von mir, einige sicher unter Mitarbeit von Dr. Damian. Das sind alle Inseratentexte, wo drunter steht „ausgewählt von".

Gerade der Dr. Marcel Prawy ist ein Beispiel für einen selbstgetexteten Text, weil der ganz einfach selbst etwas verfassen wollte. Hundertwasser hat seinen Text selbst verfaßt. Der Professor Zeller-Zellenberg, glaube ich, hat seinen Text selbst verfaßt. Der Herr Frieberger hat seinen Text selbst verfaßt.

Und dann gab es ein, zwei Texte, die von den jeweiligen Proponenten maßgeblich dominiert waren. Das heißt: Gerade der Text Proksch zum Beispiel stammt von der Grundidee mit diesem Fremdenverkehrsminister sicher zu 90 Prozent von ihm. Aber bei allen anderen habe ich also diese Geschichten ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben vorhin erwähnt, daß Sie vom Herrn Holliger 1 000 Schweizer Franken überwiesen bekommen haben. Haben Sie in Erinnerung, ob das eine Überweisung aus der Schweiz oder von einem österreichischen Geldinstitut war?

Wolfgang **Maier:** Ja, da habe ich eine genaue Erinnerung, und zwar deshalb, weil diese 1 000 Franken eine Aufwandsentschädigung waren. Aber die Spesen, also die Fahrtspesen und so weiter, hat Herr Dr. Damian gedeckt. Deshalb war das für mich und, besser gesagt, für meinen Steuerberater ein Honorarbestandteil, mußte als solcher in die Erklärung übernommen werden, und da gibt es als Beleg für diesen Eingang die Überweisung dieses Betrages aus der Schweiz.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es ist also eine

234 von 340 zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 8 (Seite 2221b bis 2560) (gescanntes Original)

Überweisung von Schweizer Franken aus der Schweiz nach Österreich gewesen.

Wolfgang **Maier:** Auf mein Konto, ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also eine Überweisung über 1 000 Schweizer Franken von der Schweiz auf Ihr österreichisches Konto.

Wolfgang **Maier:** Ja. Ich glaube, der Betrag wird dann sofort — ich weiß nicht, wo der dann umgerechnet wird, ob in der Schweiz oder bei uns.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wissen Sie noch, von welchem Schweizer Geldinstitut Ihnen das Geld überwiesen worden ist?

Wolfgang **Maier:** Weiß ich sicher nicht, nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Erinnern Sie sich vielleicht, daß das von der Bank Von Tobel war?

Wolfgang **Maier:** Das kann ich weder bestätigen noch ausschließen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Könnten Sie das noch rekonstruieren, wenn es in Ihren Steuerunterlagen liegt?

Wolfgang **Maier:** Ja, also, ich meine, ich weiß nicht, wie, ob wahrscheinlich. Wahrscheinlich kann man einem Überweisungsbeleg entnehmen, von welcher ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Muß man.

Wolfgang **Maier:** ... Hausbank das gekommen ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Schauen Sie, da Sie das Geld — was Sie auch bestätigen — ordnungsgemäß versteuert haben, besteht ja kein Grund, das irgendwie zu vertuschen. Das wird Ihnen niemand unterstellen. Für uns hat es aber eine gewisse Bedeutung. Könnten Sie das nachsehen und uns wissen lassen, von welcher Bank es gekommen ist?

Wolfgang **Maier:** Ich kann den Beleg ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ja. Wäre das möglich?

Wolfgang **Maier:** Ist das ein Ansinnen, daß dem entsprochen werden sollte?

Obmann Dr. **Steger:** Wenn Sie damit einverstanden sind, könnten Sie uns einen derartigen Beleg schicken.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): In Kopie. Wäre das möglich?

Obmann Dr. **Steger:** Wenn Sie nicht einverstanden sind, müssen wir uns allenfalls an eine Behörde wenden, die das zu erheben hat.

Wolfgang **Maier:** Ja, ich sehe, ich glaube, ich kann das tun.

Obmann Dr. **Steger:** Nur, wenn wir zu Protokoll nehmen, daß Sie Ihre Bereitschaft dazu erklären, ist es besonders schlecht, wenn es nicht kommt. Daher bitte ich Sie, das nicht zu übersehen und am besten gleich heute zu veranlassen, an den Ausschuß, zuhanden des Herrn Präsidenten Benya, eine Kopie zu übersenden.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Danke. Das wollte ich nur.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie sind Sie denn zum Herrn Proksch überhaupt gekommen?

Wolfgang **Maier:** Sie meinen, grundsätzlich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja. Sie haben ihn kennengelernt. Wieso?

Wolfgang **Maier:** Das war, ich würde sagen, ein Zufall. Das muß im Jahr 1977, glaube ich, es kann aber auch Anfang 1978 gewesen sein, aber ich glaube 1977. Damals war ich bei einer Zeitung namens „Extrablatt" kurze Zeit, 5 oder 6 Monate, beschäftigt. Und eines der ersten Dinge, die ich dort gemacht habe, war eine Recherche über die Diskussion um den Anger-Konzern, möglichen Verkauf Anger-Konzern. Da bin ich natürlich auf den Herrn Proksch gestoßen, der einmal bei Anger beschäftigt war und dann im Zuge dieser vielfältigen Bemühungen, dieses Unternehmen in irgendeiner Form in Österreich zu halten — was dann, glaube ich, nicht ganz gelungen ist —, aufgetreten ist. Das war, glaube ich, Ende 1977.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und von dort an sind Sie dann dem „Club 45" beigetreten.

Wolfgang **Maier:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Oder haben Sie ihn dort immer getroffen?

Wolfgang **Maier:** Ich bin kein Mitglied im „Club 45" und habe von diesem Zeitraum, also von dieser Recherche sozusagen, bis ... Ich habe dann noch ein zweites Mal etwas recherchiert, was im Zusammenhang mit ihm gestanden ist, das war, glaube ich, 1978 oder ein dreiviertel Jahr später.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Im Zusammenhang mit ihm oder mit Anger?

Wolfgang **Maier:** Nein, im Zusammenhang mit ihm.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Im Zusammenhang mit Waffen?

Wolfgang **Maier:** Im Zusammenhang mit einem Prozeß, den er vor dem Handelsgericht geführt hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wegen dem Schiff?

Wolfgang **Maier:** Ja, da habe ich recherchiert. Ich war also sicherlich drei-, viermal bis zu dieser Wahlgeschichte im Demel bei Veranstaltungen, also bei Abendveranstaltungen, wenn ich eine Einladung bekommen habe. Das waren meistens Dinge kultureller Natur — unter Anführungszeichen —, Buchpräsentationen oder so etwas.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge, Sie haben am Anfang dieser Einvernahme sehr präzise in mir ein bisserl den Eindruck erweckt, daß Sie in den Monaten März, April ein sehr einsamer Mensch gewesen sein müssen, weil Sie nur den Herrn Damian und den Herrn Hollinger gekannt haben.

Wolfgang **Maier:** Sie meinen 1979?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): 1979, Kampagne „Geschichten vom Dr. Kreisky". Wer ist denn mit dem Herrn Holliger angereist, wenn Sie ihn getroffen haben?

Wolfgang **Maier:** Das verstehe ich nicht ganz. Ich verstehe das Wort „einsam" nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich würde so sagen: Ich glaube, daß Sie den Personenkreis, mit dem Sie und der mit den Geschichten aus Österreich vom Dr. Kreisky befaßt war, daß Sie diesen Personenkreis zu eng gezogen haben, indem Sie nur drei Namen genannt haben.

Wolfgang **Maier:** Ja ich verstehe die Frage nicht ganz. Ich habe bis zum Beginn ...

Obmann Dr. **Steger:** Sie wollen, glaube ich, wissen, ob der Herr Holliger mit weiteren Personen aufgetreten ist, als er hier nach Österreich gekommen ist. Wen Sie erlebt haben, wen Sie da kennengelernt haben, der mit dem Herrn Holliger gemeinsam aufgetreten ist.

Wolfgang **Maier:** Da habe ich nur den Herrn Holliger zu Gesicht gekommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der ist immer allein angereist, wenn er mit Ihnen zu tun hatte?

Wolfgang **Maier:** Ich habe ihn zweimal zu Gesicht bekommen. Einmal wenige Tage vor Beginn dieser Inseratengeschichten und das zweite Mal wenige Tage vor Schluß dieser Geschichten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nachdem Sie die Durchführung gemacht haben und sozusagen den Überblick hatten, welche Zeitung, wie oft: Ist die Schätzung der Kosten, die aus der Schweiz bezahlt worden sind, von Rechtsanwalt Damian mit 5 bis 6 Millionen Schilling in etwa das, was Sie in Kenntnis der österreichischen Marktsituation und der Inseratentarife sagen würden?

Wolfgang **Maier:** Ich kann das nicht genau angeben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): 65 Einschaltungen: ist das richtig?

Wolfgang **Maier:** Ungefähr 60, ja. Ich habe es nicht im Kopf, aber ich glaube, ungefähr 60. Ich kann das nicht genau angeben, weil, soviel ich mitbekommen habe, die Konditionen ganz unterschiedlich waren. Es hat also eine Tageszeitung aus einem ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es war Ihnen aber auch nicht unbekannt, daß diese Tageszeitung einen politischen Tarif verrechnet?

Wolfgang **Maier:** O ja, das war mir schon unbekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wirklich?

Wolfgang **Maier:** Ja, wirklich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich bin nämlich ganz, ganz überrascht gewesen, daß alle Befaßten auf einmal so überrascht waren, daß die „Kronen-Zeitung" einen politischen Tarif für Inserate verrechnet.

Wolfgang **Maier:** Das war mir damals neu. Ich hatte ja auch an sich und seitdem mit Inseraten wie immer eigentlich keine besondere Affinität, nichts zu tun damit.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich nehme an, es ist in der ersten Freude über das Wahlergebnis im Mai 1979 ein Artikel im „profil" erschienen, den der Herr Votzi geschrieben hat. Ich nehme an, daß die wesentlichen Informationen daraus damals aus einem Gespräch mit Ihnen gestammt haben.

Wolfgang **Maier:** Das weiß ich nicht. Aber es ist gut, daß Sie das ansprechen, denn gerade diese Veröffentlichung scheint mir aus einem ganz einfachen Grund sehr wichtig zu sein. Ich habe in der letzten Woche in den Zeitungen gelesen von sensationellen Enthüllungen, Aussagen etwa des Dr. Damian hier im Untersuchungsausschuß, wo etwa die Tatsache, daß es einen Geldfluß aus der Schweiz gegeben hat, daß es einen Herrn Holliger gegeben hat, als etwas vollkommen Neues hingestellt worden ist. Wie Sie richtig sagen, Herr Abgeordneter, stimmt das einfach deshalb nicht, weil die Veröffentlichung im „profil" alle diese Fakten eine Woche nach der Wahl gebracht hat.

Mit welchen Leuten der Herr Votzi noch gesprochen hat, weiß ich nicht. Ich habe deshalb mit dem Herrn Votzi gesprochen, weil eine ganze Reihe von Kollegen bei mir angerufen hat und wissen wollte, ob ich dazu etwas sagen kann. Irgendwie wurde mein Name da erwähnt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit Bild.

Wolfgang **Maier:** Nein, nein, vorher, vor dieser Geschichte, vor diesem Gespräch, war auch für mich kein Geheimnis. Ich habe mich halt dann entschlossen, das mit dem „profil" zu machen, weil ich in einem Wochenmagazin am ehesten die Chance gesehen habe einer reflektierenden Berichterstattung, die über Tageszeitungen hinausgeht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wo Sie obendrein auch noch berufliche Freunde gehabt haben in der Zeitung. Aber das gehört nicht dazu, war eine Nebenbemerkung.

Wolfgang **Maier:** Das ist eine Nebenbemerkung, die ich nicht ganz verstehe. Der Herr Votzi zum Beispiel ist kein Freund von mir.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das weiß ich.

Wolfgang **Maier:** Ich kenne ihn eigentlich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es war auch kein Vorwurf, es war nur eine Nebenbemerkung.

Wenn dieser Artikel — und daher habe ich Sie vorhin gefragt — im wesentlichen auf Ihre Informationen hin aufbaut ...

Wolfgang **Maier:** Das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie kennen ihn ja?

Wolfgang **Maier:** Ja, ich kenne den Artikel.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Steht etwas Falsches drinnen?

Wolfgang **Maier:** Es stehen Dinge drinnen, die mit Sicherheit nicht von mir sind.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Da wollte ich ja gerade hinaus. Es steht hier: Karl Holliger wieder streifte Auftrag und Finanzen über einen Züricher Rechtsanwalt ein, der Geld und Interessen einer Gruppe Österreicher und Auslandsösterreicher treuhändisch verwaltete. — Und da wollte ich Sie fragen, ob Sie mir den Anwalt nennen können.

Wolfgang **Maier:** Das ist eine Information. Ich habe den Artikel vor wenigen Tagen noch einmal gelesen, als ich die Ladung bekommen habe. Das ist eine Information, die nicht von mir ist. Meines Wissens hat — das kam auch im Gespräch mit dem Herrn Votzi zum Ausdruck — der Herr Votzi damals Herrn Holliger angerufen und mit ihm ein Telephonat geführt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Glauben Sie, daß der Dr. Damian diese Kontaktstelle in Zürich, Rechtsanwalt, der treuhändisch verwaltet hat, gekannt hat?

Wolfgang **Maier:** Das kann ich nicht beantworten, dazu habe ich keine Wahrnehmung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben sich überhaupt nie dafür interessiert, woher das Geld aus der Schweiz kommt?

Wolfgang **Maier:** Schauen Sie, ich habe damals zwei Grundüberlegungen gehabt und die habe ich im Prinzip auch heute noch. Man macht eine Wahlwerbung, die finanziert und bezahlt wird von einer politischen Partei. Diese Partei stellt dafür Geld zur Verfügung. Oder: Man macht eine Wahlwerbung als Verein, als Personengruppe, als Komitee, als was immer. Es gibt ja auch viele Vereine und viele Personengruppen, die gewisses Engagement zu Fragen zeigen, das nichts mit Wahlen zu tun hat. Zum Beispiel Zwentendorf.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie verwechseln jetzt ein bisserl was. Ich mache Ihnen ja keinen Vorwurf aus Ihrer Tätigkeit, ich will nur ein paar Dinge von Ihnen erfahren.

Wolfgang **Maier:** Ich wollte nur meinen Standpunkt dazu erklären. Wenn die zweite Möglichkeit zum Tragen kommt, dann ist das Privatgeld. Ob privates Geld aus Österreich kommt oder aus der Schweiz oder aus sonst woher, ist für mich gar nicht so wesentlich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das habe ich Sie aber alles nicht gefragt und das werfe ich Ihnen alles nicht vor. Ich möchte wissen, woher es kommt. Aber wenn ich es auch weiß, ist es noch lange nicht etwas Ehrenrühriges für Sie.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Kollege! Sie haben gefragt, ob er es weiß, und er hat darauf versucht zu erklären, warum es ihm eigentlich egal war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Er hat es bewertet. Ich will gar nicht, daß er emotionell in die Situation gerät, als ob ich ihm einen Vorwurf machen möchte. Ich möchte lediglich ein paar Dinge erfahren. Ich verstehe ja das: Wenn es ihn gefreut hat, das zu machen — und über den Erfolg hat er sich sicher auch gefreut —, dann hat er unter Umständen einen Grant, wenn er heute vor uns sitzen muß. Das hat mit seiner Person nichts zu tun.

War die Progress-Werbung einmal eingeschaltet in die Abwicklung?

Wolfgang **Maier:** Soviel ich weiß, nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat der Herr Armin Fehle etwas damit zu tun gehabt?

Wolfgang **Maier:** Das ist aber nicht Progress-Werbung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein.

Wolfgang **Maier:** Nein, ich glaube, es hat überhaupt keine österreichische Agentur etwas damit zu tun gehabt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat der Herr Armin Fehle etwas damit zu tun gehabt, indem er für die Werbung dieser Personen, also daß sie mitmachen, gesorgt, daß er den einen oder anderen nominiert hat?

Wolfgang **Maier:** Ich habe keinen Kontakt zum Herrn Fehle.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie kennen ihn aber? Sie kennen ihn?

Wolfgang **Maier:** Nein, ich glaube nicht, ich glaube nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es hat im Anschluß oder lange nach den Wahlen für diese Gruppe aus diesem Komitee einen Empfang bei Dr. Kreisky gegeben, entnehme ich auch der Zeitung, die Sie heute schon gelesen haben, der „Wochenpresse". Waren Sie da dabei?

Wolfgang **Maier:** Ich war eingeladen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Können Sie mir so aus dem Gedächtnis sagen, wer da aller dabei war?

Wolfgang **Maier:** Ich weiß nicht, ob ich das beantworten soll, weil ich glaube, das war eine Veranstaltung des Herrn Bundeskanzlers privater Natur. Das war kein Staatsempfang, das war eine Privatveranstaltung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja das ändert wenig daran, daß ich gerne gewußt hätte, wer der Financier ist. Und nachdem der Grafiker ...

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, das hat damit nichts zu tun, ob das eine private oder eine staatliche Veranstaltung ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wo hat sie denn stattgefunden?

Wolfgang **Maier:** Sie hat stattgefunden in Räumlichkeiten, die zum Bundeskanzleramt gehören, glaube ich zumindest, weiß ich aber nicht genau. Am Ballhausplatz.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Am Ballhausplatz.

Wolfgang **Maier:** Also, ich weiß aber nicht genau, wo diese Räumlichkeiten anzusiedeln sind.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und Sie können mir nicht eine Reihe von Personen sagen, die bei diesem Empfang dabei waren.

Wolfgang **Maier:** Erinnerlich sind mir zum Beispiel sicherlich die Herren Holliger, Proksch, Damian, erinnerlich ist mir sicher eine Reihe von Leuten, die in den Inseraten in Erscheinung getreten sind. Ich weiß auch nicht, ob alle da waren. Das war ein relativ unüberschaubarer Kreis, weil da gab es keinen Empfang und keine Ansprache, sondern das waren halt ein paar Tische, wo ein Abendessen stattgefunden hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und mit Präzision können Sie sich an keinen erinnern, der nicht in einem Inserat erschienen ist aus dieser so schmalen Gruppe wie Amhof, Proksch und Holliger.

Wolfgang **Maier:** Ich weiß nicht, ob der Dr. Amhof dort war. Ich glaube nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Damian, entschuldigen Sie, jetzt habe ich mich versprochen.

Wolfgang **Maier:** Ich glaube, daß der Minister Lanc dort war, mit Gattin.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War der einmal an Ihrem Tisch?

Wolfgang **Maier:** An diesem Abend? — Glaube ich nicht, nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War der Niki Lauda dort?

Wolfgang **Maier:** Nein, glaube ich nicht.

Das heißt, das würde ich, nein. Das würde ich, glaube ich, auch ausschließen; kann mich überhaupt nicht erinnern.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Herren Hong und Wong und Dr. Franz Schmidt und der Herr Fuhrer.

Wolfgang **Maier:** Es hat der Herr Lauda auch in dieser Inseratenaktion — da sehe ich keinen Zusammenhang. Ich habe einmal zum Beispiel gefragt — ich glaube, den Dr. Damian —, ob man nicht versuchen sollte, den Niki Lauda als Prominenten für diese Aktion anzusprechen oder zu gewinnen, und ich glaube, die Antwort war, das tut er nicht, weil er grundsätzlich nicht mag, politische Werbung zu machen oder sich überhaupt für politische Parteien zu interessieren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wieviel hat denn der Herr Schachner dafür kassiert, daß er in diesen Inseraten aufgeschienen ist?

Wolfgang **Maier:** Da hat niemand etwas kassiert dafür.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind Sie sich da ganz sicher?

Wolfgang **Maier:** Also, ich glaube schon.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe vorläufig keine weiteren Fragen.

(Damit ist die Zeugeneinvernahme des Wolfgang Maier beendet. Der Zeuge verläßt den Saal.)

Die Sitzung wird um 12 Uhr 25 Minuten unterbrochen und um 14 Uhr 5 Minuten wiederaufgenommen.

Zeugeneinvernahme von Rechnungshofpräsident außer Dienst Dr. Jörg Kandutsch

Obmann Dr. **Steger:** Herr Präsident Dr. Kandutsch, ich begrüße Sie als Zeugen im Untersuchungsausschuß und bitte Sie, hier vorzutreten und in der Mitte Platz zu nehmen vor den Mikrophonen. Grüß Gott! Bitte, wenn Sie hier Platz nehmen.

Ich darf Sie, nachdem wir Sie einmal als damals amtierenden Rechnungshofpräsidenten begrüßen konnten, heute erstmals in der Funktion als Zeugen begrüßen.

Der parlamentarische Untersuchungsauftrag ist Ihnen ja von Ihren vielfältigen Tätigkeiten bekannt und nicht zuletzt auch bei der Ladung mitgeschickt worden. Ich brauche daher den Umfang unseres Auftrages nicht zu verlesen.

Anzuwenden ist bei uns die Geschäftsordnung des Nationalrates, in der enthalten ist, daß die Strafprozeßordnung sinngemäß für das Verfahren im Untersuchungsausschuß gilt, insbesondere als Wichtigstes dort die Verpflichtung zur wahrheitsgemäßen Beantwortung von Fragen.

Im § 153 ist ein allfälliges Entschlagungsrecht festgehalten, wo es heißt, daß unter drei Voraussetzungen die Beantwortung einer Frage abgelehnt werden könnte. Ich muß das hier sicherlich nicht im Detail einem rechtskundigen Zeugen weiter vorhalten.

Am Beginn Ihrer Einvernahme bitte ich um Ihre Generalien, das ist Vor-, Zuname, Geburtsdatum, Beruf und Anschrift.

Dr. **Kandutsch:** Dr. Jörg Kandutsch, 14. Jänner 1920, Präsident außer Dienst, Subkontrollor des AKH. Anschrift Wien I, Stubenring 16.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Können Sie uns ein Resümee über die Effizienz und über die Ergebnisse, Erfolg und Schwierigkeiten der von Ihnen geleiteten begleitenden Kontrolle seit September 1980 kurz geben.

Dr. **Kandutsch:** Die begleitende Kontrolle ist in den Sommermonaten des vergangenen Jahres beschlossen worden. Es hat eine geraume Zeit gedauert, bis wir dieses Instrument aufbauen und einsetzen konnten.

Ich war immer der Meinung, daß selbstverständlich eine solche Kontrolle bei einem so schwierigen komplexen Aufgabengebiet nicht möglich ist ohne ein Expertenteam. Das Expertenteam ist im Herbst gestanden, ich habe aber längere Zeit warten müssen, bis ich eine Beauftragung hatte und damit auch eine Rechtsgrundlage für die Aufnahme dieser Mitarbeiter. Heute bestehen wir ungefähr aus einem runden Dutzend von Experten aller möglichen Fachrichtungen — Bautechniker, Bauphysiker, Architekten, EDV-Fachleute, Betriebsorganisatoren, Biosozialmediziner et cetera — und üben Effizienz, sagen wir, die Sache erst aus ab Mitte November.

Wir sind im Syndikatsvertrag der beiden Eigentümer, Gebietskörperschaften verankert worden, angegliedert bei den Eigentümern, und hatten die Aufgabe, also in diesem Fall die Tätigkeit beider Organe begleitend zu kontrollieren; begleitend in dem Fall heißt, daß wir in den Informationsfluß so eingeschaltet sind, daß wir noch vor Entscheidungen eine Meinung abgeben können, sogar mit einem suspensorischen Vetorecht für den Fall, daß nach unserer Meinung Fehlentwicklungen eintreten würden, die einen irreversiblen Schaden verursachen könnten.

Das war also die Konstruktion. Sie war in der Handhabung sehr schwierig. Ich brauche hier, glaube ich, kein Hehl daraus zu machen, daß das dort arbeitende Management keine Euphorie und übertriebene Begeisterung gegenüber dieser begleitenden Kontrolle gezeigt hat. Es ist allerdings, bitte, auch in der gesamten österreichischen Industriewelt, wie ich inzwischen bemerkt habe, eine große Skepsis, ob eine solche Form nicht überhaupt mit den Grundsätzen etwa des Aktiengesetzes in Widerspruch steht, den Aufsichtsrat in seiner Funktion aushöhlt und ansonsten das Management in seiner Entscheidungsfähigkeit und -freudigkeit beeinträchtigt.

Ich möchte sagen, die Erfahrung ist sicher einmal so, daß das, was wir dort an Erfahrungen gesammelt haben, sicherlich nicht übertragbar ist für irgendeinen anderen Fall. Das AKH, das AKH-Management, der Verlauf des Baues ist einmal ein Problem sui generis.

Und zum anderen, möchte ich sagen, haben wir in sehr vielen praktischen Dingen doch eingegriffen und auch mit sichtbaren Wirkungen eingegriffen. Ich will nicht früh von Erfolg sprechen, das käme mir nicht zu, aber zum Beispiel sind doch erkannte Mängel und Fehlerquellen im Laufe der Zeit dann ausgemerzt worden.

Eine der größten Schwächen des bisherigen Baumanagements war das Fehlen einer wirklich wirksamen Bauwirtschaftsabteilung. Es gab eine solche, sie war aber unzulänglich

besetzt, sie war unzulänglich besetzt in der Qualität der Führung und auch in der Ausstattung an Personal, und ich bitte hier zu berücksichtigen, daß dieser Bau, wenn Sie nur an die Erweiterungsbauten Ost denken, doch in den letzten Jahren freihändige Aufträge vergeben hat in der Höhe von Hunderten Millionen. Da wäre, wenn man auf die Ausschreibung verzichtet, weil das Bautempo von den Eigentümern her eine Priorität hatte, der Baupreisprüfung eine überragende Bedeutung zugekommen und natürlich auch den Abrechnungen durch die Schaffung einer Preiskommission. Dieses ist inzwischen geschehen zum Beispiel. Wir haben einen neuen Mann vorgeschlagen, einen Praktiker aus der Bauwirtschaft. Ab 1. April arbeitet das ganz anders.

So sind also in größeren und in kleineren Dingen doch Wirkungen zustande gekommen, von denen man sagen kann, daß die begleitende Kontrolle ihre in sie gesetzte Hoffnung nicht unbeträchtlich erfüllt hat.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Erinnere ich mich richtig, daß Sie ein Kritiker der Gesellschaftsform Aktiengesellschaft waren und die Form der Ges.m.b.H. vorgezogen haben, oder irre ich mich hier?

Dr. **Kandutsch:** Nein, nein, das ist vollkommen richtig. Wir haben schon vor einem Jahr — wenn ich erinnern darf an den Rohbericht des Rechnungshofes über die ABO-Prüfung — geschrieben, daß wir die Form der Aktiengesellschaft für solche ausgegliederte Rechtsträger, die Aufgaben der öffentlichen Hand erfüllen, für verfehlt halten.

Wir sind hier in Übereinstimmung mit sehr namhaften Gesellschaftsrechtlern — ich nenne die Namen Professor Kaster *(phonetisch)*, Professor Doralt *(phonetisch)*, Professor Eicher *(phonetisch)* aus Linz —, die in Publikationen und Vorträgen auch dasselbe gesagt haben: Die Aktiengesellschaft ist der Prototyp einer Gesellschaft erwerbswirtschaftlicher Natur mit aller Macht beim Vorstand, mit reiner Kontrollfunktion beim Aufsichtsrat und mit einer selbstgewählten Abstinenz des Eigentümers in der Generalversammlung. Alles das ist hier, glaube ich, vollkommen falsch. Niemand wird doch behaupten, daß ein Vorstand, und sei er noch so gut zusammengesetzt, in der Lage ist, ein Krankenhaus dieser Größe, dieser Bedeutung, dieser Art zu konzipieren und durchzuführen.

Meines Erachtens bedarf es hier einer sehr starken Einflußnahme des Eigentümers, das heißt also, der Spitzenpolitiker der beiden Gebietskörperschaften. Und diese permanente Einflußnahme ist nur im Rahmen einer Ges.m.b.H. möglich.

Es wäre, wenn wir heute am Anfang eines solchen Projektes stünden, wahrscheinlich die Gesellschaft öffentlichen Rechtes richtiger in Verbindung mit einem eigens dafür zu schaffenden Bundesgesetz. Diese Empfehlung hat ja auch die Pallin-Kommission ausgesprochen. In der jetzigen Lage, wo wir eingreifen müssen, weil doch hier ein Projekt dahinschlittert und in den Griff genommen werden soll, ist die Ges.m.b.H. sicherlich die adäquatere Gesellschaftsform.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Haben Sie, als Sie aufgefordert wurden, Chef der zu installierenden begleitenden Kontrolle zu werden, auch überlegt, ob es nicht besser wäre, wenn Sie in der Form einer Aufsichtsratsfunktion, also alles noch in der Form der Aktiengesellschaft, diese begleitende Kontrolle auch im Interesse der Eigentümer effektiver führen könnten als in der Form, wie Sie jetzt funktionieren mußten?

Dr. **Kandutsch:** Ich bin nie aufgefordert worden, Aufsichtsratspräsident zu werden, sondern man hat mir Gedanken nahegebracht, in den Aufsichtsrat einzutreten. Das habe ich kategorisch abgelehnt mit einer Formulierung, die auch im „Kurier" ihren Niederschlag gefunden hat: Ich bin nicht wahnsinnig, in ein Gremium der Ohnmacht einzutreten!, habe ich gesagt. Und wenn ich ein Mitglied des Aufsichtsrates gewesen wäre, wäre ich ebensowenig in der Lage gewesen, die vielen Fehlinformationen der Vorstände dem Aufsichtsrat gegenüber zu durchschauen. Ein Aufsichtsrat steht und fällt mit dem, was ihm der Vorstand sagen will. Und ich habe gesagt: Das ist nicht Kontrolle!

Im übrigen bitte kennt auch das Aktienrecht die Einsetzung von Sachverständigen im § 95 Abs. 5 des Aktiengesetzes, wo der Gesetzgeber selbst sagt, sich vorstellt, daß man ja weitere Informationen braucht. In diesem Fall war es natürlich viel kritischer, weil der Aufsichtsrat da unten ja weitgehend in die Geschäftsführung integriert ist. Und dennoch war meines Erachtens eben die Findung von Entscheidungsgrundlagen durch den Aufsichtsrat nicht gegeben.

Die Situation ist seither eine andere geworden. Sicher hat die begleitende Kontrolle mitgeholfen, das Geschehen wesentlich transparenter zu machen. Und so, wie wir uns das jetzt vorstellen, daß nämlich die begleitende Kontrolle bleibt, aber beim Aufsichtsratpräsidenten, also bei mir — wenn es dazu kommt —, angesiedelt wird, ergibt das eine völlig neue Funktionsmöglichkeit, die ich damals nicht gesehen habe.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Die Fehl-

informationen, die das Exekutivorgan, also in dem Fall Vorstand oder auch Geschäftsführung und Geschäftsführer geben: Besteht, wenn die Absicht vorliegt von den handelnden Personen in diesen Gremien, nicht das grundsätzlich in jeder Form? Wenn die halt den Aufsichtsrat oder sonst aufsichtsführende Gremien fehlinformieren wollen, besteht das doch grundsätzlich überall. Nicht? Das ist ja nicht von der Form abhängig, sondern vom Willen der Leute, Information echt oder falsch oder halb oder fehlzugeben.

Dr. **Kandutsch:** Nein, dieser Meinung bin ich absolut nicht. Die Möglichkeit, die Fehlinformation zu verhindern, besteht in einer wirksamen Kontrolle.

Wenn ich Ihnen ein Beispiel sagen darf: Wenn der Vorstand die Zustimmung zu einer Investition — Sie wissen, bei über 20 Millionen muß ihm die Zustimmung gegeben werden — vom Aufsichtsrat begehrt und behauptet, diese Investition ist sehr dringlich, weil sie auf einem kritischen Weg liegt und infolgedessen, wenn der Aufsichtsrat nicht zustimmt, die Baustelle steht, mit diesem Schreckargument bringen Sie jeden Aufsichtsrat dazu, daß er einstimmig die Hand hebt.

Ich darf zum Beispiel an die berühmte berüchtigte Geschichte mit den Leibschüssel-Spülern erinnern, wo das Argument gespielt wurde, obwohl es geradezu lächerlich war, wenn man im Jahre 1980 behauptet, diese Investition ist günstig, weil man im Jahre 1985 bis 1987 bis 91 Patienten haben wird. Und die Behauptung, man muß es jetzt haben, sonst kann man es später nicht einbauen, war völlig falsch.

Also solche Sachen sind passiert. Sie sind nicht mehr passiert jetzt, denn wir hatten zum Beispiel vor den Aufsichtsratsitzungen jetzt gemeinsame Besprechungen Aufsichtsratpräsident, Vorstand, begleitende Kontrolle, und ich bitte Sie, den Herrn Obersenatsrat Horny zu fragen, ob er nicht seither besser informiert in die Aufsichtsratsitzung gegangen ist.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und Sie glauben, daß in einer Konstruktion einer Ges.m.b.H., wo die begleitende Kontrolle ein Bestandteil des Aufsichtsrates ist, derselbe Effekt erzielt wird, wie Sie ihn jetzt geschildert haben?

Dr. **Kandutsch:** Sicher, wobei ich Ihnen recht gebe — ich meine, den Eindruck will ich um Gottes willen nicht erwecken, daß die Rechtskonstruktion an sich schlecht und an sich gut ist, an sich etwas Böses oder Gutes bewirkt: Machen tun es die Menschen. Selbstverständlich.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ja, das meinte ich.

Dr. **Kandutsch:** Ich glaube — das habe ich da unten erst recht gesehen —: Welcher Mann sitzt an welchem Platz, und was tut er?, das ist die Frage Numero eins. Daher haben wir ja, bitte, nicht — wir haben ja jetzt nicht nur gefunden in der Frage einer neuen Rechtsform, sondern anderer Umstrukturierungen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Welcher Art?

Dr. **Kandutsch:** Der Art eben, daß jetzt — das Ges.m.b.H.-Gesetz gibt ja die große Möglichkeit einer freien Vertragsgestaltung —, daß eben zum Beispiel begleitende Kontrolle jetzt bei dem Aufsichtsratspräsidenten angesiedelt wird, der seinerseits wiederum weisungsabhängig ist von den voll in die Verantwortung eintretenden politischen Instanzen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Also den Eigentümern.

Dr. **Kandutsch:** Von Eigentümern. Und eine Geschäftsführung, die jetzt weisungsgebunden ist. Und außerdem hat sich ja herumgesprochen, daß auch personelle Veränderungen stattfinden.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Wie schätzen Sie die zu erwartenden Gesamtbaukosten, die Finanzierungskosten und die voraussichtlichen jährlichen Betriebskosten ein? Sie haben da ja Äußerungen in der Öffentlichkeit getan, sind kritisiert worden. Was ist jetzt Ihre Meinung?

Dr. **Kandutsch:** Bitte sehr: Wir haben in unserem ersten Vierteljahresbericht über diese Frage einiges ausgeführt. Ich darf, sagen wir, davon ausgehen, daß es jetzt endlich einen Beauftragungsvertrag gibt.

Wir sind auch gefragt worden, was wir zum Beauftragungsvertrag erklären. Wir von der begleitenden Kontrolle haben ihn in den wesentlichsten Elementen angezweifelt. Kostenlimit und Terminablauf, Fertigstellungstermine. Nicht? Das waren also die wesentlichsten Einsprüche, die wir haben.

Sie wissen, daß es einen Beschluß gibt, der jetzt auch vom Wiener Gemeinderat bereits im Beauftragungsvertrag aufgenommen wurde. Die Begrenzung der Baukosten mit 20, mit 19,8 Milliarden, rückgerechnet auf das Jahr 1976. Im Augenblick sind die Baukosten, hochgerechnet, wie das Projekt jetzt gediehen ist, ohne die schon errichteten Bauten 26 Milliarden, ohne dieselben 24 Milliarden.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Zu laufenden Preisen?

Dr. **Kandutsch:** Zu laufenden Preisen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und entspricht das, wenn man den Index berücksichtigt, diesen 19,8 Milliarden . . .?

Dr. **Kandutsch:** Das entspricht nach unserer Auffassung nicht mehr, denn ich brauche Ihnen nur eines zu sagen: Innerhalb eines einzigen Quartals sind zum Beispiel damals bei diesen 19,8 Milliarden die Kosten für den Strahlenbunker schon wieder um 150 Millionen mehr zu Preisen 1976 angegeben worden, was in der Hochrechnung eine Abweichung von 500 bis 600 Millionen ausmacht. Wir glauben, daß die damalige Kostenschätzung nicht planadäquat war, daß die 20 Milliarden auf Schätzungen beruht haben, die zu gering gewesen sind. Das ist also einmal.

Und das zweite ist: Es ist ganz klar, daß, wenn die Bautermine und die Fertigungstermine nicht gehalten werden können, daß natürlich dann die hochgerechnete Endsumme viel größer wird. Das ist ja bekannt, daß wir eine tägliche Fixkostenbelastung von 4 Millionen haben.

Hier ist sehr interessant, daß zum Beispiel die Kostenverfolgungsrechnung, die die APAK betreibt, und der Netzplan, den ebenfalls eine Abteilung der APAK betreibt, auseinanderklaffen. Die gehen von verschiedenen Endfertigungsterminen aus, und infolgedessen ist das unserer Meinung nach eben keine exakte Berechnung.

Ich kann Ihnen zum Beispiel sagen, wie bei der Terminplanung die zwei Generalnetzpläne der APAK auseinanderklaffen: Im Berichtsdatum 21. 8. 80 wird die Fertigstellung Gesamtbauwerk ohne Bauteil 25, also ohne Zahnmedizin, aber inklusive Bunker, zweiter Teil, mit 25. 7. 89 und am 13. 2. 81 mit 9. 91 dargelegt. Bitte, das ist ein Maximalwert, wie die Netzpläne ja immer von Minimal- und Maximalwerten auseinandergehen.

Meine abschließende Meinung ist die: Wenn nicht Entscheidendes passiert, dann werden wir das Jahr 90 erreichen mit dem Fertigstellen des Baues. Aber dann kommt erst, bitte, die technische Inbetriebnahme, dann kommt die sanitärbehördliche Abnahme, und dann kommt die Übersiedlung. Man muß sich das vorstellen! Diese Übersiedlung, die zum Beispiel in Münster, wo wir uns immer wieder sehr erkundigen, in sieben Stufen erfolgt.

Ich sage noch einmal: Wenn nichts passiert.

Alle bisherigen Überlegungen und auch Beauftragungen gehen jetzt aber davon aus, daß man den Bau beschleunigen muß. Aber da, stehen wir auf dem Standpunkt, muß man transparent machen, was Forcierung auf der Kostenseite ausmacht. Denn in dem gleichen Beauftragungsvertrag steht nämlich drinnen, es muß 87 fertig werden, aber es steht auch drinnen, es müssen sämtliche Vergabenormen und sonstigen Vorschriften der Stadt Wien eingehalten werden!

Der gleiche Vorstand erklärt uns aber, ja wenn wir nicht forcieren dürfen, Sonntagsschichten, Mehrschichtenbetrieb, und wenn wir alle Vorschriften penibel einhalten müssen, dann ist das nicht möglich. Ich halte also den Beauftragungsvertrag in zwei wichtigen Zielsetzungen für widersprüchlich und behaupte, daß keine echte Priorität da ist.

Was nun die Betriebskosten anbelangt, so bin ich heftig angegriffen worden. Ich hatte bitte keine Absicht — selbstverständlich, denn ich stehe positiv zu diesem Projekt —, eine Panikstimmung zu erzeugen, sondern ich habe mich verpflichtet gefühlt, das auszusprechen, wozu ich auch heute hier als Zeuge verpflichtet bin, nämlich die Wahrheit zu sagen, weil ich glaube, daß man hier nicht mit Rückrechnungsmethoden Vorstellungen weckt, die nach der Minimalseite hin eine gewaltige Untertreibung sind, zum Beispiel zu sagen, ich gehe von der Annahme aus, die Kosten werden um 40 Prozent höher sein als im AKH, das sind, bezogen auf das JAHR 1979, 3 Milliarden Schilling.

Bitte, die Betriebskosten beim alten AKH würden im Jahre 1990 5 Milliarden Schilling ausmachen, und die 40 Prozent dazu sind schon 7 Milliarden. Nun sind da nur die Flächen des Kernbaues dabei, also nicht die neuen jetzt schon in Betrieb genommenen.

Daher entsteht hier ein völlig falscher Eindruck meines Erachtens, wenn man von 3 Milliarden redet. Davon ist keine Rede mehr, sondern die ABO — Arbeitsgemeinschaft Betriebsorganisation — hat für das Jahr 1980 errechnet: zu laufenden Preisen 3,9 Milliarden Schilling.

Was sind nun die Faktoren der Hochrechnung? — Eine jährliche 10prozentige Erhöhung der Personalkosten, die bruttomäßig 10 Prozent mit Nebenkosten ausmachen, bei 70 Prozent Personalkosten an den Gesamtkosten, können Sie sich vorstellen, ist das in 10 Jahren eine Verdoppelung der Personalkosten plus die Sachkosten, wobei wir bei der Energie nur annehmen können, daß sie noch mehr steigen wird. Es gibt außerdem eine internationale Statistik, die auch das Kontrollamt verwendet in dem Bericht. Das Kontrollamt geht ja nur her und führt diese Kostenrechnungen, die Hochschätzungen nicht durch. Aber sie sagen ehestens einmal ganz deutlich, nur 40 Prozent höher als im alten AKH ist typisch zu nieder angesetzt, und zweitens sagt die internationale Erfahrung, bei Universitätskliniken dieser Struktur sind die Betriebsbruttokosten mit zwischen 16 und 33 Prozent der Baukosten anzunehmen.

Nun wird das AKH in Wien ein teures Krankenhaus. Das wollte man ja. Denn wenn Sie hergehen und sehen, daß zwar die Bettenan-

zahl reduziert ist, aber die Flächen für die Forschung, für die Medizin, für die Ambulanzen wesentlich vergrößert worden sind, so ist gar keine Frage, große Flächen kosten mehr Geld. Das ist auch eine gesicherte Erkenntnis.

Ich habe nicht die 10 Milliarden ausgesprochen, aber ich habe in der Pressekonferenz gesagt, die von Loitlsberger genannten Ziffern werden in dieser Größenordnung herauskommen. Wobei man jetzt bitte wiederum in der Öffentlichkeit, glaube ich, einen unkorrigierten schweren Fehler macht, indem das aufgefaßt wird, als sei das der kommende Betriebsabgang. Das sind die Betriebskosten, denen ja Einnahmen der Krankenkassen, der Gebietskörperschaften, insbesondere klinischer Mehraufwand oder Patienten gegenüberstehen: Mit dem bitte hat sich das österreichische Volk abzufinden. Wenn wir nämlich moderne Medizin in dieser Vollendung bauen, dann müssen wir uns im klaren sein, daß das etwas kostet.

Wenn Sie sich die Kosten für Einzelbestrahlung oder Bestrahlungstraktionen ansehen, dann ist das gigantisch, oder was eine Dialyse im Jahr kostet. Die Frage ist daher: Können wir uns diese Medizin leisten? Ich bin dafür, daß wir sie uns leisten auf Kosten anderer Aufwendungen. Das habe ich gemeint, das ist unsere Überzeugung, und ich glaube, das ist eine bewältigbare Zukunft. Wobei niemand weiß, wie im Jahre 1990 das Gehaltsgefüge und der österreichische Schilling ausschauen. Die Betriebskosten fallen ja erst dann mit dem Betrieb an.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Präsident! Am Rande nur der Quartalsbericht, den Sie erwähnt haben. Da, glaube ich, gab es die Zusicherung, daß wir den bekommen sollen. Soweit ich es überblicke, haben wir ihn nicht bekommen. Ich glaube, es kann ja dem auch nicht viel im Wege stehen. Der scheint ja interessantes Zahlenmaterial zu haben.

Meine Zusatzfrage war aber auf die von Ihnen genannten 4 Millionen Fixkosten pro Tag abgestellt. Was umfaßt diese von Ihnen genannte Ziffer: 4 Millionen Schilling Fixkosten pro Tag?

Dr. **Kandutsch:** Das sind einmal die Fixkosten des sehr teuren Personals. Wir haben jetzt bei der AKPE 75 Dienstnehmer, bei der APAK 120. Es gibt schon 195 zum Teil sehr gut bezahlte Leute, und dazu gab es natürlich noch in der Mindestgröße von 50 weitere freischaffende Konsulenten, Zivilingenieure et cetera. Das ist also eine tägliche Post von 2 Millionen, die anfällt, ob auf der Baustelle etwas geschieht oder nicht, ob viel oder wenig geschieht.

Und die 2 Millionen Schilling sind die Preisgleitung. Wobei das ein Kapitel für sich wäre. In dieser Hochrechnung ist ja auch bitte noch eine — die habe ich vergessen —7prozentige Inflationsrate enthalten, die schon bei der ursprünglichen Berechnung da war, hoch gegriffen ist, aber inzwischen von der Entwicklung eingeholt wurde und also keinen Polster mehr darstellt. Ich weiß nicht, ob es gelingen würde, die noch wesentlich zu senken.

Es gibt aber bitte andere Probleme, über die hier zu reden viel zu langwierig und auch zu kompliziert wäre.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die 2 Millionen Preisgleitung wollten Sie noch erläutern.

Dr. **Kandutsch:** Die 2-Millionen-Preisgleitung ist täglich. Sie entsteht aus der normalen Inflation, sie besteht aber auch aus sehr langfristigen Verträgen mit den Arbeitsgemeinschaften, die ja auch alle ihre Verträge zurückrechnen auf das Jahr des Vertragsabschlusses 1968 oder 1972. Und dann gibt es einen Valorisierungsfaktor. Und diese Faktoren sind unserer Meinung nach einseitig und zu Lasten der Gesellschaft gestaltet worden. Die Verträge mit den Arbeitsgemeinschaften sind insgesamt — nach unserer Auffassung — im höchsten Maße revisionsbedürftig. Und aus dem allen ergibt sich diese Belastung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also die 4 Millionen tägliche Fixkosten sind, auch wenn nichts weitergebaut wird, einmal der Sockelbetrag, der täglich fällig wird.

Dr. **Kandutsch:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Herr Präsident hat gesagt, die 10 Milliarden sind nicht das Defizit, 9 bis 10 Milliarden. Gibt es eine Schätzung für das Defizit?

Dr. **Kandutsch:** Die habe ich nicht. Die kann ich deswegen nicht sagen, weil ja ... Aber ich glaube, es müßte feststellbar sein. Ich wollte heute vormittag die Ziffer noch haben, wie hoch der Betriebsabgang beim alten AKH ist. Das müßte also der Herr Krankenkassenchef sicher wissen. Das hängt natürlich jetzt in Zukunft von der Beitragsgestaltung ab, wie das weitergeht, nicht wahr?

Eines ist sicher bitte, der klinische Mehraufwand des Bundes ist in Wien außerordentlich großzügig bemessen. Wenn Sie die Universitäten Innsbruck und Graz anschauen — das haben wir ja im letzten Rechnungshofbericht noch dargelegt —, dann ist das eine sehr gewaltige Einnahmspost des AKH. Ich halte dies aber deswegen für gerechtfertigt, weil das AKH überhaupt nur zu verantworten ist, wenn man es als eine gesamtösterreichische Universitätsklinik ansieht und nicht nur als eine Wiens.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Wie beurteilen Sie aus heutiger Sicht — die Sicht zu einem anderen Datum von Ihnen, Herr Präsident, haben wir ja schon gehört — die Maßnahmen, die Planungen, das Baugeschehen vor der Gründung der AKPE und nach deren Gründung?

Kandutsch: Die Maßnahmen, die insgesamt beurteilt werden müssen, können keine positive Beurteilung erfahren. Dieses Krankenhaus wird um genau die Hälfte der Zeit zu lang gebaut. Es sind sich alle Fachleute einig, daß man ein Krankenhaus dieser Größe in zehn Jahren planen und errichten muß und daß es eine bestimmte Phase gibt, in der die Planung abgeschlossen ist und sich nichts mehr ändert, nichts Wesentliches mehr ändert.

Wenn man so eine lange Bauphase hat wie jetzt, ist die Medizin nicht nur in der Lage, sondern sogar herausgefordert, mit den neuesten Erkenntnissen wieder zu kommen und das zu machen, was man hier zu einem neuen Begriff in Wien geprägt hat, nämlich eine begleitende Planung. Das heißt also, die Vorstellung ist da, es wird gemacht, die Planung kommt oft hinter dem Baugeschehen. Dann hat es — bitte eine Ziffer des bisherigen Vorstandes — in etwa 30 000 Planänderungen gegeben.

Die Abstimmung mit den Nutzern war schlecht, war schleppend, ist viel zu oft viel zu spät erfolgt — ich denke nur bitte an diese fürchterliche Geschichte mit den Operationssälen, wo der Generalplaner aus Deutschland, ohne die Wiener Verhältnisse zu berücksichtigen, einfach Operationssäle hingebaut hat, wo die Wiener Medizin gesagt hat, da ziehen wir nicht hinein, da müssen die Waschbetonplatten oben heruntergerissen, nach Sollenau in ein Loch geführt werden. Oder die Vorstellung eines deutschen Planers zu sagen, wir machen in Österreich auch nur eine Klinik, und später stellt sich heraus, daß mit der Medizin kein Konsens herzustellen ist. Also da sind fürchterliche Dinge passiert. Die gehen in die graue Vorzeit.

Bitte ich möchte mich zu dem Projekt als solchem nicht mehr äußern, ich gebe zu, wahrscheinlich wäre ich damals genau so begeistert gewesen von der euphoristischen Stimmung der Medizin. Das Zentralkrankenhaus dieser Art ist das Krankenhaus des 20. und 21. Jahrhunderts. Daß man längst davon abgekommen ist, beweist ja die jetzige Planung zum Beispiel für das Sozialmedizinische Zentrum-Ost, das einen zentralen Versorgungskern hat. Es hat nur 1 000 Betten, es wird wieder im Grünen stehen und es wird wieder ein Pavillon werden, man wird die Fenster aufmachen. Also der Rückschritt zum menschlichen Krankenhaus ist ja bereits eingetreten. Aber das war damals — und bitte, hier soll sich keiner schöner machen — die Meinung aller Medizinpäpste, aller Minister sämtlicher Couleurs, aller Stadträte: Das, was sich in Amerika bewährt hat, dem in Deutschland zum großen Sieg verholfen wurde, müssen wir in Wien auch haben.

Zweifellos ist das dann sehr, sehr schleppend und halbherzig vorangegangen. Es hat niemand mit diesem Krankenhaus mehr eine richtige Freude gehabt. Die Gesellschaftsgründung hat — da gibt es gar keinen Zweifel, das sieht man ja am Bauumsatz — dann zu einem wesentlichen Impetus geführt. Jetzt wurde das Bettenhaus hochgeputscht, jetzt wurde also wirklich etwas getan. Wie das geschehen ist, bitte 1 000 Seiten Kontrollamtsbericht, dort sind dann doch Dinge, weil natürlich auch die Dynamik ihre gewissen Gefahren hat. Aber eines ist damit erreicht worden: der Point of no return ist überschritten. Heute, glaube ich, hat man nur mehr eine einzige Verpflichtung: mit möglichst großem Verantwortungsbewußtsein und viel Vernunft das zu einem guten Ende zu bringen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben vorhin gesagt: Dieses Krankenhaus wird um die Hälfte der Zeit zu lang gebaut. Ist mein Schluß daraus richtig: doppelt so teuer?

Dr. **Kandutsch:** Na ja, sicher, wenn Sie sich vorstellen. Sagen wir, angefangen haben wir 1964 mit den Baumaßnahmen, 1955 erste Planung, 1960 endgültige Planung, Festlegung, das wird nicht in Stufen gebaut, sondern in einem Zuge, ein besonders unglücklicher Beschluß, und 1964 hat es begonnen. Wenn es bis 1974 gebaut gewesen wäre, dann hätte es ja nicht die Hälfte gekostet, sondern hätte es ein Drittel gekostet.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Ich möchte mich auf einen Gesichtspunkt beschränken, der ja irgendwie im Mittelpunkt steht. Ein Untersuchungsausschuß ist ein Ausdruck der parlamentarischen Kontrolle. Wir haben die Vollziehung des Bundes hier in erster Linie zu kontrollieren. Ich möchte mich also jetzt sehr bewußt auf einige Gesichtspunkte dazu beschränken. Sie haben bereits bei der Beantwortung der Fragen des Abgeordneten Ing. Hobl auf die größere Zweckmäßigkeit der Ges.m.b.H.-Konstruktion hingewiesen. Geht diese Änderung auch ein bißchen zurück auf Ihre Meinung? Haben Sie dazu beigetragen, daß man es ändert?

Dr. **Kandutsch:** Ja, ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es ehrt Sie ja nur, wenn Sie Ihren Standpunkt durchsetzen.

Könnten Sie das präzisieren: Warum haben die Gesellschafter bei der Ges.m.b.H. eine

244 von 340 zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 8 (Seite 2221b bis 2560) (gescanntes Original)

effektivere Möglichkeit, tätig zu werden im Sinne des Vorhabens?

Dr. **Kandutsch:** Wenn Sie die §§ 20 und folgende der Ges.m.b.H. hernehmen, so ist dort eindeutig drinnen, daß sie ein Durchgriffs- und Weisungsrecht bis zur Geschäftsführung haben. Das haben sie im Aktiengesetz nicht. Dort dürfen sie überhaupt nur tätig werden, wenn der Vorstand das initiiert nach 103? Also so bewußt ist der Gesellschafter bei der Aktiengesellschaft vom Tätigwerden herauszuhalten.

Da ich der Meinung bin, es handelt sich um eine Übereinstimmung mit den Realitäten, um eine Wohlfahrtseinrichtung, eine gesundheitspolitische, bildungspolitische und medizinpolitische Angelegenheit, bin ich der Auffassung, daß es hier nicht genügt, wenn die Gesellschafter sich gewisse Bauherrenwünsche vorbehalten und dann einmal in sogenannten Politikergipfeln zusammenkommen, um dort dann völlig gegen die Grundsätze des Aktiengesetzes bis ins Detail hinein mitzureden, zum Beispiel einen Wunsch äußern, der exekutiert wird, es ist beim Aufsichtsrat ein Planungsdirektorium einzurichten. Das bitte geht die Eigentümer wirklich einen naßen Staub was an.

Oder die Frage Erweiterungsbauten. Es werden keine Ärztezimmer gebaut. Jetzt ist der neue Antrag da, sie sollen doch gebaut werden, um eine Raumreserve für die Mediziner zu haben.

Also sehen Sie, all das, was umgeplant wurde und von Zeit zu Zeit und nach Opportunität des Tages erfolgt ist, das soll nunmehr meines Erachtens in ein klares System gebracht werden.

Darf ich noch etwas Wesentliches sagen: Bisher war der Gesellschafter nach dem Kompetenzgesetz 1973 der Finanzminister und in Wien nach der Ordnung bitte wäre es der Bürgermeister, aber es ist der Stadtrat gewesen. Ein Vorschlag auch von mir war daß selbstverständlich in die jetzige Generalversammlung der Bundesminister, der in Wahrheit allein zuständig ist für den klinischen Mehraufwand, das ist doch der Rechtstitel, warum wir uns überhaupt beteiligen an den Kosten, auf der Bundesebene dazukommt und in Wien endlich der Stadtrat für Gesundheitswesen, der dort ja einmal den Betrieb zu verantworten haben wird.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben das bestätigt, was ich vermutet habe, Sie legen also das Schwergewicht darauf, daß die Funktion des Gesellschafters im Ges. m. b. H.-Gesetz viel klarer in der Hinsicht seiner unmittelbaren Verantwortung gegenüber der Geschäftsführung hervortritt?

Dr. **Kandutsch:** Jawohl.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): In anderen Zeugeneinvernahmen wurde es uns als Vorteil der Aktiengesellschaftskonstruktion dargestellt, daß ein Aufsichtsrat tätig wird, der schon seiner Bezeichnung nach diese Funktion der Beaufsichtigung des Baugeschehens dem Gesellschafter abnehmen kann. Könnten Sie dazu etwas sagen?

Dr. **Kandutsch:** Ja, ich halte das eben für falsch. Ich meine, er nimmt es ihm formell ab, aber nicht faktisch, schon jetzt nicht. Denn wenn ich die politische Auseinandersetzung richtig deute, hat es ja den Politikern gar nichts genützt zu sagen, ja was wollt ihr denn, wir haben dort ja eine Aktiengesellschaft.

Zweitens ist dieser Aufsichtsrat auch gegen den Geist des Aktiengesetzes sehr stark eingebunden gewesen in die Geschäftsführung. Wenn jeder Auftrag mit mehr als 20 Millionen — bei diesem Milliardenprojekt, was kostet dort nicht 20 Millionen — der Zustimmung bedarf, wer das Zustimmungsrecht hat, hat die völlige Mitverantwortung für die Richtigkeit der Entscheidung. Also infolgedessen ist das, glaube ich, schon bisher nicht zielführend gewesen, und es kommt noch etwas dazu.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich besteige jetzt ein Steckenpferd, das ich mehrmals schon in diesem Ausschuß geritten habe. Wäre es unter diesem Gesichtspunkt nicht überhaupt eine Frage, ob die Bildung einer Gesellschaft des Handelsrechtes, egal welcher, nicht dazu führt, daß die obersten Organe der Vollziehung, die hier tätig werden müssen, aus ihrer Funktion im weitesten Sinn entlassen werden?

Dr. **Kandutsch:** Bitte, das ist ein Gesichtspunkt, den ich zum ersten Mal höre, aus ihrer Funktion entlassen?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Oder sagen wir es ganz einfach, um ein Wort zu verwenden, das immer wieder in der Frage auftaucht, nicht ohne Grund; aus ihrer politischen Verantwortung entlassen werden.

Dr. **Kandutsch:** Ob das also eine Absicht wäre, nein, ich glaube es nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich meine, ob das nicht eigentlich dadurch herbeigeführt wurde, durch die Gründung jeder Gesellschaftsform, egal, ob Aktiengesellschaft oder Ges. m. b. H. oder was immer.

Dr. **Kandutsch:** Glaube ich nicht.

Was hat denn bitte ein Aktionär für oberste Verantwortung, die ihm überhaupt niemand abnimmt? — Die Auswahl der richtigen Männer. Die Culpa in eligendo ist doch durch nichts zu suspendieren.

Und die großen Industriefamilien machen

keine Geschäftsführung, sie machen nur eines, eine ewige Suche nach den Talenten, und die Leute, die dort hingesetzt werden, hingeschickt wurden, das ist ein ganz gewaltiger Akt, der für das Wohl und Weh mitentscheidend ist und der die politische Verantwortung in jedem Fall im höchsten Maße impliziert.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich stimme Ihnen gerne zu. Aber bedeutet es nicht, daß dadurch eigentlich die politische Verantwortung auf die von Ihnen mit Recht angesprochene Culpa in eligendo reduziert wurde?

Dr. **Kandutsch:** Das glaube ich auch nicht. Bei dem Geschehen da unten. Eine Schuld kann ja auch sein eine Unterlassung. Und es ist überhaupt keine Frage, daß eine ganze Reihe von Managerentscheidungen falsch waren oder zu spät gekommen sind oder nicht ergriffen wurden, weil die Grundsatzentscheidungen auf der politischen Ebene nicht gefallen sind. Ich persönlich bin ja der Meinung, daß man hier eine Gesellschaft des öffentlichen Rechtes hätte machen sollen auf der Basis eines Bundesgesetzes.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Eine Sondergesellschaft?

Dr. **Kandutsch:** Eine Sondergesellschaft mit einer gesetzlichen Ermächtigung. Ich halte das erstens einmal aus grundsätzlichen Erwägungen der doppelten Bedingtheit der Verwaltung für nicht möglich, daß man nur durch die Vorsorge im Bundesfinanzgesetz einen Minister ermächtigen kann, ein Krankenhaus dieser Größe und dieser Art zu bauen.

Oder die Frage, die seit gestern in den Zeitungen steht, der Medizinerausbildung: Die Frage, wieviel geben wir Österreicher für die medizinische Forschung aus, das ist doch eine Angelegenheit, die sehr wohl der Gesetzgeber mitzuentscheiden gehabt hätte in einem Gesetz, abgesehen davon, daß es andere praktische Fragen gäbe, wie zum Beispiel die der Steuerbefreiung. Das ist doch ein Eiertanz, der hier gemacht wird, mit der Inanspruchnahme des Vorsteuerabzuges etc. Die ganzen Schwierigkeiten mit der Bilanzierung, auch ein Eiertanz mit solchen Verrechnungskreisen, weil ja die AKPE eigentlich nur im Namen und für die Gesellschafter ein solches Bauwerk errichtet. Auch ist es ein Stil der parlamentarischen Demokratie.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Nun habe ich gerade diese Frage, die Sie jetzt angeschnitten haben und die sehr wesentlich ist. Geht das Eigentum über auf die AKPE oder unmittelbar auf die Gebietskörperschaften? Ich habe darauf den damaligen Bundesminister für Finanzen angesprochen. Er hat mir gesagt, daß ihm dieser ganze Fragenkreis nicht bekannt und nicht bewußt war. Ist Ihnen irgendwann einmal auch in Ihrer früheren Eigenschaft als Rechnungshofpräsident irgendein Umstand bekanntgeworden, aus dem man eigentlich schließen müßte, daß das dem obersten Chef der Finanzverwaltung doch hätte bekanntwerden müssen oder hätte mitgeteilt werden müssen?

Dr. **Kandutsch:** Ich weiß nicht, ich weiß also nur, daß spät ein Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, nämlich der Dr. Pichine *(phonetisch)*, herangezogen wurde, der diesen ganzen Problemkreis überhaupt erst mit der ihm adäquaten Sachkenntnis aufgezeigt hat. Daß der Aufsichtsratspräsident oder Vorsitzende als Vertreter des Finanzministeriums hier, glaube ich, seinem Chef hätte Mitteilung machen müssen, steht außer Zweifel. Warum er es nicht getan hat oder ob er es getan hat, weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Entzieht sich Ihrer Kenntnis.

Ich habe bei der Diskussion dieses Themas mit dem Dr. Androsch von ihm erfahren, sinngemäß natürlich, es ist vieles passiert: Wo gehobelt wird, fliegen Späne, aber es ist immerhin durch die Gründung der AKPE, also der Planungs- und Errichtungsgesellschaft, eine wesentliche Beschleunigung eingetreten, ohne diese Gründung wäre es überhaupt nicht weitergegangen. Entspricht das auch Ihrem Eindruck, den Sie als Fachmann und mit dem heutigen Einblick haben?

Dr. **Kandutsch:** Historisch gesehen ist es richtig, die zwingende Kausalität sehe ich nicht. Das heißt, es ist ja bekannt, daß die Stadt Wien, zumindest der damalige Projektleiter der Stadt Wien, der Stadtamtsdirektor nicht die Gesellschaft wollte, aber nicht deswegen, um nichts zu machen, daß natürlich auch ein Bauträger, zum Beispiel wie es in Innsbruck geschehen ist, es ist ja nicht so, daß man nur hier baut. In Innsbruck hat der Bund die 40 Prozent dazugezahlt, und das Land hat den Bau durchgeführt, und zwar zügig, dann unterbrochen, dann kam eine Umplanung. Bitte Umplanungen sind bei solchen Bauten offenbar fast unvermeidlich, wenn ich auch an München denke. Aber es nicht so, daß nur eine Gesellschaft des privaten Rechtes die einzige Voraussetzung ist, daß ein Bau zügig durchgeführt wird. Und soweit ich informiert bin, wird ja auch zum Beispiel das Zentrum Ost wieder im Rahmen der Stadt Wien gebaut werden.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also war das mehr eine Frage der tatsächlichen Verhältnisse als der Konstruktion?

Dr. **Kandutsch:** Etwas möchte ich hinzufügen: Die Koordination zwischen zwei Bauherren mit zum Teil divergenten Interessenslagen war wahnsinnig schwierig, das muß man zuge-

ben. Es war daher die Vorstellung, daß das leichter wird, wenn man die Entscheidung herauslöst, aber ich halte das, bitte, eher für ein Wunschdenken. Denn wenn Sie mich heute fragen, wo sind die großen echten Entscheidungen gefallen, die zu einer Vergrößerung des Projektes geführt haben, bin ich nicht in der Lage, obwohl ich mich einigermaßen beschäftigt habe, das hier zu erläutern.

Es entsteht um eine solche Sondergesellschaft eine Fülle von Gremien, Beratungsgremien, und vor allem, was die Nutzerwünsche anbelangt: hier der künftige Spitalserhalter, hier die Klinik. Die haben sich also in einem Bund-Stadt-Wien-Komitee zusammengeschlossen. Da war der Bauausschuß, und dann gibt es ein Planungsdirektorium und dann gibt es einen informellen Ausschuß beim Herrn Stadtrat für Gesundheitswesen. Und wenn ich diese Protokolle heute nachlese, dann komme ich darauf, was die dort gewollt haben, hat die AKPE exekutiert. Und nicht umgekehrt.

Deswegen, bitte nach dem Jahre 1976, wo man nach einem Gutachten, dem SSK-Gutachten, eine Begrenzung des Projektes wollte, entsteht eine Erweiterung um 800 000 Kubikmeter umbauten Raumes.

Wer hat das eigentlich wirklich zu verantworten? Ich kann es Ihnen nicht sagen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das heißt, die Frage, wer wirklich letzten Endes die Entscheidungen getroffen hat, ist durch die Rechtsform AKPE nicht eindeutig klargestellt gewesen.

Dr. **Kandutsch:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und es scheint eine wirksame, aber nicht formell geklärte Eingriffnahme der politischen Instanzen gegeben zu haben.

Dr. **Kandutsch:** Nicht nur der politischen Instanzen, sondern ganz massiv später dann der Fakultät. Und das ist wiederum ein eigenes Kapitel. Vom Nutzerkonsens, wie weit darf die Fakultät gehen, wieweit ist sie nur ermächtigt, und wo sind die Ermächtigungsgrenzen gegenüber dem aufsichtsführenden Ministerium. Ich habe schon den Eindruck, daß hier der Bauausschuß der Klinikchefs mit — aufgeforderterweise — ihrer Vorlage ihrer Maximalprogramme von ihrem Ministerium im weitestgehenden Maße unterstützt, aber nur sehr selten gebremst wurde.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Bestätigen Sie den Eindruck, den ich habe, daß es heute für uns sehr schwer ist, den formell Verantwortlichen für viele Entscheidungen herauszufinden.

Dr. **Kandutsch:** Nun, die formell Verantwortlichen, glaube ich, findet man ohne weiteres heraus. Da brauche ich nur das Kompetenzgesetz hernehmen und die Wiener Stadtverfassung. Aber den faktisch Verantwortlichen oder die Verantwortlichen, das ist ein Bündel von um die Gesellschaft herumgelagerten Gremien, die da die Entscheidungen beeinflußt haben. Das ist das Schwierige.

Aber das ist, wie gesagt, nichts Neues, so etwas gibt es auch woanders. Ich weiß nicht, ob Sie die Studie von Professor Grün und Doralt kennen über die Olympiabauten in München, wo genau dasselbe eingetreten ist: 1 Milliarde Mark geplant, 2 Milliarden ausgegeben, wer war es wirklich? Da waren Sportausschüsse, die Ausschüsse. Und die schreiben ein wunderbares Kapitel über Macht und Ohnmacht des Aufsichtsrates.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Senatsrat Foltin hat hier als Zeuge uns berichtet, daß er seinerzeit den Bürgermeister Jonas eher sehr regelmäßig und sehr oft informiert hat über das Geschehen bei der ersten Phase der Planung und so weiter. Und wir haben in Gesprächen während der Zeugeneinvernahmen dann den Eindruck gewonnen, daß der jetzige Bürgermeister und der jetzige Finanzstadtrat, der de facto die Kompetenz wahrgenommen hat des Hälfteigentümers Land Wien, eigentlich nur sehr sparsam informiert wurden. Haben Sie diesen Eindruck auch?

Dr. **Kandutsch:** Dazu kann ich wirklich aus eigener Anschauung nichts sagen, denn ich habe beim AKH unten eine begleitende Kontrolle, ich kann mich nur darauf verlassen, daß die Herren selber erklären, nicht wahr, es sind also zwei Herren im Aufsichtsrat maßgebend gewesen als Präsident und Vizepräsident und es war doch in Wien der Herr Stadtrat Mayr beauftragt mit der Wahrnehmung der Eigentümerrechte, und ich kann mir nicht vorstellen, daß er sich nicht von Obersenatsrat Horny laufend Bericht erstatten ließ. In diesem Fall kann ich es mir absolut nicht vorstellen, weil der Wirtschaftsreferent und Finanzreferent von Wien — aber ich betone das erste ganz besonders — bei dieser Auftragskapazität nicht erfahren soll, wie es da unten weitergeht. Das halte ich für ausgeschlossen, weil dann frage ich mich, was er in seinem Amt überhaupt täte. Dasselbe wird auf der Bundesebene auch gewesen sein.

Also die Information ist wohl, glaube ich, ein so ein tägliches Brot aller Politiker, daß ich mir keinen vorstellen kann, daß er darauf verzichtet.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hier spreche ich ein bißchen Ihre Erfahrung aus Ihrem Amt als Rechnungshofpräsident an: Wäre es angemessen gewesen, solche Berichte in schriftlicher Form zu erstatten, um sie dokumentieren zu

können? Berichte an den obersten Repräsentanten der Gebietskörperschaften?

Dr. **Kandutsch:** Wenn Sie mich als Rechnungshofpräsident fragen, kann ich das nur bejahen, denn alle Art von Kontrolle ist nur dann gesichert, wenn sie schriftlich, wenn sie dokumentiert wird. Anod non est in actio, non est in mundo heißt der schöne alte bürokratische Grundsatz. Aber nicht alles, was bürokratisch ist, muß ja falsch sein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben vorher gesagt etwas sehr Interessantes: Der Aufsichtsrat wird in seiner Funktion ausgehöhlt, bei der Beantwortung Hobl.

Haben Sie diesen Eindruck auch gehabt beim Aufsichtsrat der AKPE?

Dr. **Kandutsch:** Ich habe es gesagt als einen Vorbehalt gegen die begleitende Kontrolle, nicht, also das ist sicherlich richtig, und die juristische Welt ist sich eigentlich im klaren darüber, daß das die Problematik, die rechtliche Problematik einer begleitenden Kontrolle dieser Art ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber das Aushöhlen könnte ja nur dann vor sich gehen, wenn etwas, was bisher wahrgenommen wurde, ich möchte sogar sagen, ausreichend wahrgenommen wurde, jetzt an jemand anderen abgetreten wird. Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten: Sie tun heute etwas, was bisher wer anderer gemacht hat, oder Sie tun heute etwas, was bisher nicht ausreichend geschehen ist. Welche dieser beiden Varianten ist es?

Dr. **Kandutsch:** Die zweite Variante, ganz eindeutig.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also Sie haben den Eindruck — das ist sehr wichtig —, daß das, was Sie heute als begleitende Kontrolle tun, in dieser oder einer annähernd gleichen oder gleichwertigen Form vom bisherigen Aufsichtsrat nicht wahrgenommen wurde.

Dr. **Kandutsch:** Richtig. Obwohl ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Bitte, Sie wollten noch etwas sagen dazu.

Dr. **Kandutsch:** Ich bitte Sie nur zu berücksichtigen: Wir haben festgestellt, daß es Tagesordnungen gegeben hat mit Anträgen des Vorstands von einer solchen Dicke mit Beträgen von 750 Millionen, die den Herren Aufsichtsräten 24 Stunden vor der Abendsitzung zugegangen sind. Und wenn ich also unterstelle, daß es sich um einen Aufsichtsrat handelt, in dem lauter Männer sitzen, die alle schon die Kontrolle von Großklinikbauten mitgemacht haben, halte ich es dennoch für ausgeschlossen, daß man in dieser Zeit sich so informiert, um guten Herzens und Gewissens solchen Anträgen zustimmen zu können.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Nun sind sehr viele — das ist ja bekannt und unbestritten — Durchstechereien, Schmiergeldaffären und so weiter passiert, und ich möchte gerne bescheinigen jedem Politiker, der hier tätig war, daß er das weder wollte noch gewußt hat, das ist für mich überhaupt keine Frage, das können wir außer Streit stellen. Aber: Sind diese Dinge nicht auch dadurch ermöglicht worden, daß man dem Vorstand zuviel selbständigen Entscheidungsspielraum gelassen hat oder ihm zuwenig auf die Finger geschaut hat, wenn ich das so ganz banal ausdrücken darf.

Dr. **Kandutsch:** Das muß ich absolut bejahen. Ich brauche nur ein einziges Beispiel herzunehmen; den Katastrophenbeschluß des Aufsichtsrates vom März 1980 über die Steckbeckenspüler. Daß ein Auftrag, der ausgeschrieben war, und ein Bestbieter, an dem die Techniker der AKPE geradezu jahrelang mitgearbeitet haben, über Nacht umgepoolt werden auf eine andere Auftragnehmergruppe und nun 55 Millionen kosten und sogar Techniker als Aufsichtsräte, als Vertreter des Betriebsrates im Aufsichtsrat sitzen und den Aufsichtsrat nicht aufmerksam machen, was der Herr Winter hier getrieben hat! Ich meine, das hat sicherlich zu der Überzeugung geführt jener, die Malversation betreiben wollten, daß es möglich ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Setzen wir einmal jetzt den Fall, ich möchte die Zweckmäßigkeit jetzt gar nicht in den Mittelpunkt stellen, alle die Herren, die hier agiert haben, Winter und wie immer sie heißen, wären weiterhin Beamte gewesen, aktive Beamte, nicht außer Dienst gestellte, also karenzierte, es hätte die Innsbrucker Lösung gegeben:

Hätte die Einhaltung der Dienstvorschriften eines Beamten, die gelten für die Erteilung von Aufträgen und so weiter, wenn man sie konsequent angewedet hätte, eine bessere Vorsorge gegeben als das freie Agieren unter dem Titel „ich bin ein Manager und bin nur dem Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft verantwortlich".

Dr. **Kandutsch:** Ich glaube, das ist eher eine Frage der Dimension. Es gibt ja leider genügend Durchstechereien und andere Dinge auch im Bereich der reinen Privatwirtschaftsverwaltung der öffentlichen Hand. Da kann ich am System nicht erkennen, daß hier, sagen wir, ... Vielleicht müßte man so fragen: Ob die Ausgliederung in einen eigenen Rechtsträger *(Abg. Dr. Kohlmaier: privatwirtschaftlicher Natur)* die Korruptionsanfälligkeit erhöht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ja, so wäre diese Frage noch besser ausgelegt.

Dr. **Kandutsch:** Das würde ich bejahen! Die Leute, erstens einmal, der kommt hin und kriegt plötzlich das Zwei- bis Dreifache des Gehaltes. Das ist ja auch eine der Grundfragen, über die man sich im klaren sein muß, wieso soll plötzlich eine Managerqualität vorhanden sein, nur weil ein Mensch umgetauft wird und mehr Geld bekommt. Und das Mehr-Geld-Bekommen, ohne daß man das auch gelernt hat, moralisch zu verkraften.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Präsident! Darf ich Ihnen dann die Frage stellen, was Herr Freudenreich bekommt?

Dr. **Kandutsch:** Das sage ich Ihnen sofort mit größter Überzeugung. Diese Bereitschaft ist also dann, glaube ich, größer und kann nur kompensiert werden durch eine entsprechende rigorose Kontrolle. Die Kontrolle ist ja doch auch bitte im privaten Bereich sehr stark, insbesondere dort, wo es sich um Konzernbetriebe handelt.

Da möchte man sich einmal bitte anschauen, was sich bei Shell, BP und so weiter tut, wenn dort die Auditoren kommen. Da ist das Kontrollamt noch immer ein Waisenknabe.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Damit wir uns jetzt richtig verstehen, Sie sind heute in der Rolle des Zeugen, der also Erfahrungen, Wissen vermittelt, das er bei der Befassung mit der ganzen Angelegenheit gewonnen hat, weil Sie, was mich an sich freut, hier sehr stark wie ein Sachverständiger auftreten. Ich sage das sehr positiv, Sie sind es auch für mich. Aber da Sie heute Zeuge sind, muß ich mich selbst ein bissel disziplinieren, vom rein Akademischen zu Ihrem Wissensstand wieder zurückzukehren.

Sind Sie aber entsprechend eben diesem Wissensstand zu dem Schluß gekommen, daß man, wenn man hier die Rechtsform einer Aktiengesellschaft wählt, das nur hätte mit gutem Gewissen tun können, wenn man über das bestehende Maß hinaus Kontrolleinrichtungen eingeführt oder in Bewegung gesetzt hätte?

Dr. **Kandutsch:** Jawohl.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und das ist nach Ihrer Erfahrung, nach Ihrem Wissen nicht in einem ausreichenden Maß geschehen?

Dr. **Kandutsch:** Jawohl.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Kann man sagen, daß die Mitglieder des Aufsichtsrates, die hier tätig waren, ihre Pflicht ausreichend wahrgenommen haben, oder waren sie vielleicht auch bis zu einem gewissen Grad, weil sie ja andere Funktionen hatten — Sie sind heute in glücklicher Lage, das mehr oder weniger hauptberuflich tun zu können, auch von der Belastung her überfordert, als Aufsichtsrat allein den Managern auf die Finger zu schauen?

Dr. **Kandutsch:** Subjektiv in ihrem Bemühen war das zweifellos der Fall, objektiv gesehen in der Doppelfunktion, darüber wird ja heute auch überall diskutiert und es wird auch überall zugegeben, daß man eben Aufgaben dieser komplexen Art nicht so nebenbei betreiben kann. Es ist außerdem noch zu überlegen, bitte, das ist eine Zukunftsfrage, ob man zum Beispiel immer wieder weisungsgebundene Beamte nehmen muß in einem solchen Aufsichtsrat. Ob er nicht ergänzt werden sollte durch anderen Sachverstand, gerade in diesem Fall, seien es Ärzte, Betriebsorganisation und Ziviltechniker etc. Also das alles hat natürlich dazu geführt, daß der Aufsichtsrat im objektiven Sinne jene bedauerlichen Vorfälle, über die wir schon so lange reden, nicht verhindern konnte.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Eine letzte Frage, dann bin ich, vorläufig zumindest, fertig. Wir haben, obwohl es eine Zukunftsfrage ist, aber bei einem Politiker durchaus angebracht, sowohl die Herren Stacher als auch Bürgermeister Gratz um die zu erwartenden Betriebskosten und Baukosten gefragt und konnten leider von beiden Herren auch nicht eine Annäherungsgröße erfahren.

Liegt das wohl daran, daß keine ausreichenden Unterlagen vorhanden waren dafür — da haben Sie ja heute schon ein sehr großes Wissen —, oder glauben Sie nur, daß den Herren die Unterlagen nicht verfügbar waren?

Dr. **Kandutsch:** Heute ist es ihnen sicherlich längst verfügbar, weil ja darüber ununterbrochen geredet wird, auch im Wiener Gemeinderat. Es hat ja eine Anfrage die andere geradezu überrollt, und daher wird man sich mit der Frage selbstverständlich auseinandergesetzt haben. Klarerweise handelt es sich um Hochrechnungen, Schätzungen mit sehr großen Unbekannten, das ist überhaupt keine Frage. Ich glaube, daß man sich sehr lange gescheut hat, mit Grössenordnungen zu operieren, die gemessen an unserem heutigen Denken, an unserer heutigen Dimension eben eine gewisse schockartige Wirkung hatten.

Aber ich glaube, man muß doch, gerade wenn man ein Anhänger des Planens und der geplanten Wirtschaft und der geplanten Zukunft ist — das ist ja auch Bestandteil einer gewissen, sagen wir, politischen Ideologie —, den Mut haben, sich auch durch entsprechende Instrumentarien, die es ja heute in der Prognostik gibt, eine Vorstellung über die Größenordnungen zu machen, weil die ja allein dann auch die

Grundlage für entsprechende Maßnahmen sind, um die Zukunft finanzierbar zu machen.

Daß das in weiten Kreisen heute nicht mehr möglich erscheint, ist eine bedauerliche Erscheinung. Aber wenn Prioritäten, dann bitte auf welcher Basis? Auf der Basis doch nur dessen, was ist in der Zukunft vorrangig.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also wenn die beiden Herren, Gratz und Stacher, die beide, wenn ich mich jetzt recht erinnere, zu dieser Frage gegen Jahresende 1980 befragt wurden, gesagt haben, sie können das hier nicht zum Ausdruck bringen, so war das wahrscheinlich weniger ein Nichtvorhandensein von Unterlagen dazu, Berechnungsgrundlagen, sondern wahrscheinlich eine Nichtinformation oder ein Nichtsagenwollen seitens der Herren.

Dr. **Kandutsch:** Ein Mißtrauen gegen diese Unterlagen und ein Mißtrauen gegenüber der Möglichkeit, die Zukunft darzustellen, ich weiß es nicht, die Herren werden es ja begründet haben. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Nein!)* Es gibt natürlich Leute, die sagen, wenn man in der Betriebswirtschaft fixe Aussagen macht, dann immer nur, indem man sie auf eine bereits empirische Größe zurückführt. Daher redet man dann 3 Milliarden, Basis 76, Basis 78. Das ist eine Methode. Aber daß man ohne die Hochrechnungen nicht auskommt, beweist ja, daß die Hochrechnungen

a) von der Arbeitgemeinschaft für Betriebsorganisationsplanung gemacht wurden und auch das Kontrollamt und die Eigentümer, interessanterweise.

Es gibt einen Beschluß — bitte, das fällt mir jetzt ein — des Politikergipfels, es ist ein Fachinstitut zu beauftragen, welches die künftigen Betriebskosten zu ermitteln hat.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ist das geschehen?

Dr. **Kandutsch:** Der Auftrag ist in Ausschreibung. Es ist noch im Schoße des Vorstandes, aber das ist ein Politikerauftrag, es wird sicher noch heuer.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Von wann ist der ungefähr?

Dr. **Kandutsch:** Der ist passiert im Dezember 1980.

Wenn man diese Betriebskosten errechnen kann, dann kann man sie errechnen. Wenn nicht, dann kann es auch kein Hochschulinstitut.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also bis zu diesem Beschluß waren eigentlich keine ausreichenden Unterlagen vorhanden?

Dr. **Kandutsch:** Wohl, ich habe ja gesagt, die ABO hat immerhin für das Jahr 1980 diese berühmten 3,9 Milliarden errechnet.

Und ich möchte so sagen, schauen Sie, die ABO hat in ihrer Arbeit verschiedene Qualitäten; in bezug auf die Kostenrechnung war sie sehr gut. Es war ja immerhin ein Mann oder ein Institut mit seinem ganzen Know-how Mitglied der ABO, Professor Eichhorn vom Deutschen Krankenhausinstitut, und das verfügt über weltweite diesbezügliche Schätzungen und Standards. Und dort ist eine solche Berechnung erfolgt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Danke.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Präsident! Nicht ganz verstanden habe ich diese Passage mit den Steckbeckenspülern. Sie haben da berichtet, daß die Überprüfungen in weiterer Folge ergeben haben, daß seinerzeit unter Mitarbeit der Techniker der AKPE, wenn ich das richtig verstanden habe, ein Angebot erarbeitet wurde, auch mit den besonderen technischen Voraussetzungen, und plötzlich wurde das alles über den Haufen geworfen mit einem wesentlich teureren Angebot.

Könnten Sie dazu noch einmal erläuternd einiges sagen?

Dr. **Kandutsch:** Das erstere Produkt ist von der Firma ZK Hospital Düsseldorf, das damals bei der Ausschreibung mit 25 Millionen Bestbieter war. Und die ARGE Sanitär hat mehrfach diesen Betrieb besucht, auch unter Mitwirkung von AKPE-Haustechnikern, um einen solchen Prototyp zu erhalten, der dann allen Wünschen Rechnung tragen würde. Die Schwierigkeit war ja die, man glaubt immer, Leibschüsseln zu spülen, das ist also eine technisch großartige Sache, daß die Gesundheitsbehörde nunmehr verboten hat eine chemische Desinfektion, sondern eine rein thermische verlangt, weil bei dieser Größe dieses Spitals sonst viel zu viele Chemikalien die Abwässer verseuchen. Und deswegen kam es zu einer Neuentwicklung. Leider hat man, bitte schön, die österreichischen Möglichkeiten damals nicht in Betracht gezogen. Es gibt in Hönigsberg bei den Vereinigten Edelstahlwerken eine hervorragende Fertigung von Großsterilisatoren, und den Herren ist irgendwie bedeutet worden, sie sollen sich nicht da weiter anstrengen, weil sie auch ein solches Produkt bauen wollten, sie hätten sechs Monate Zeit gehabt, der typische Fall, wo der Vorstandsdirektor Winter gesagt hat, wir haben keine Zeit, was falsch war, denn die sechs Monate sind jetzt längst vorbei, und es ist noch nicht ein einziger Steckbeckenspüler eingetroffen, er ist noch gar nicht abgenommen und er ist selbstverständlich noch nicht montiert, weil ein jeder Mensch begreifen muß, nicht wahr, wenn wir jetzt solche Apparate montieren würden, bis sie gebraucht werden,

sind sie alle hin. Und es war also wirklich unglaublich, wie über Nacht dieser Vertrag umgewandelt wird, und ein Schweizer Produkt, Hildebrand plus Prutscher, kriegt auf der Basis eines Prototyps — der hatte gar keine Fertigung noch — einen solchen Spüler um 55 Millionen. Das ist beschlossen worden. Das Kontrollamt hat die Geschichte aufgegriffen. Der Vorstandsdirektor Kraus hat daraufhin Hildebrand versucht, auf den Preis von 25 Millionen herunterzudrücken. Es ist ihm nicht gelungen und es ist dann zu einer Vertragsauflösung gekommen, die Geschichte läuft allerdings noch. Prutscher hat gedroht, er wird auf Vertragserfüllung klagen.

Dann war im September eine Ausschreibung, und bei dieser Ausschreibung hat ein österreichisches Unternehmen das deutsche Unternehmen um 5 Millionen unterboten. Austromat, eine Produktion aus einem österreichischen Notstandsgebiet. Der Mann ist nicht zum Zuge gekommen, weil man ihm bei der Ausschreibung eine Auflage erteilt hat, die unerfüllbar war, nämlich ein Hygiene-Gutachten von einem bestimmten Professor, von Herrn Flamm, innerhalb einer bestimmten Zeit. Der Professor hatte für den österreichischen Unternehmer keine Zeit. Der Unternehmer hat sich beim Herrn Bundeskanzler beschwert. Der Herr Bundeskanzler hat die Angelegenheit der begleitenden Kontrolle übergeben. Und leider, bitte, hat der jetzige Vorstand Anfang November die Vergabe, die neuerliche Vergabe an das deutsche Produkt sich im Aufsichtsrat genehmigen lassen. Wir sind hier mit unserer Aktion zu spät gekommen, aber ich habe immerhin erreicht, daß die Abnahme dieses Produktes nicht in Düsseldorf gemacht wird, sondern in Österreich. Die deutsche Firma hat zugestimmt, daß die nach dem Vertrag vereinbarte technische Abnahme nicht auf ihrer eigenen Anlage, sondern in Österreich gemacht wird. Ich habe aber weiters einen Aufsichtsratsbeschluß erreicht, daß auch das österreichische Produkt neuerlich getestet wird, und zwar um den fairen Wettbewerb, wenn schon nicht durchzusetzen, dann klarzustellen. Immerhin ist die Bedauerlichkeit, daß wir ein österreichisches Produkt, das billiger war, sofern es bitte technisch ausreicht, aber daran zweifelt eigentlich niemand, nicht vergeben haben, und dies bei der Situation unserer Zahlungsbilanz.

Obmann Dr. **Steger:** Es gibt ja eine Behauptung, daß der Herr Dipl.-Ing. Glanninger über die technischen Details informiert war in der Aufsichtsratssitzung und dort nichts darüber gesagt hat. Wissen Sie darüber etwas?

Dr. **Kandutsch:** Ja, das ist nach dem Aufsichtsratsprotokoll eindeutig. Es wurden ihm später auch schwere Vorwürfe gemacht vom gleichen Aufsichtsrat. Er hat dann gemeint, dem Vorstand müßten Informationen zugekommen sein, über die er nicht verfügt habe. Das war seine Erklärung.

Obmann Dr. **Steger:** Und deswegen hat er sich nicht gemeldet?

Dr. **Kandutsch:** Deswegen hat er sich nicht gemeldet, wobei ich bitte, hier die menschliche Dimension nicht außer acht zu lassen. Sie selber haben den Herrn Winter ja auch kennengelernt, und daß sich bei einem Vorstandsdirektor, der sich seiner Position, Machtposition bewußt ist, ein Sachbearbeiter auflehnen soll, ist sehr viel verlangt. Ich möchte aber ganz allgemein, bitte, auf das Problem hinweisen bei den ganzen Haftungsbestimmungen, daß die Sachbearbeiter in unserer Rechtsordnung viel zu leicht davonkommen, vice versa nämlich, und wir haben in der Pallin-Kommission uns mit dieser Frage beschäftigt. Ein vielbeschäftigter Vorstandsdirektor kriegt ja auch seine Entscheidungsgrundlagen auf der Basis von Sachbearbeitern, und wenn die Entscheidungsgrundlagen einseitig sind, so kann ein Vorstandsdirektor in die Irre geleitet werden. In diesem Fall war es nicht der Fall, es ist keine Frage, wenn man das oberstgerichtliche Erkenntnis im Zusammenhang mit der Wirtschaftsbank hernimmt, daß auch ein vom Betriebsrat entsendeter Aufsichtsrat die volle Haftung nach dem Aktiengesetz trägt.

Obmann Dr. **Steger:** Ja, aber genauso ein vom Betriebsrat entsendeter Aufsichtsrat ist es ja in diesem konkreten Fall. Es ist ein gewählter Betriebsrat.

Dr. **Kandutsch:** In diesem Fall, ja.

Obmann Dr. **Steger:** War die Situation aus Ihren Wahrnehmungen und jetzt Überprüfungen so, daß der Druck so stark war, daß auch diese Leute sich eigentlich nicht getraut haben, Ihr sachliches Wissen anzuwenden?

Dr. **Kandutsch:** Erstens haben wir über diese Sache sehr viel diskutiert und sehr heftig und hart, und daher habe ich ein „feeling", wie das damals gewesen ist. Ich möchte das absolut bejahen, denn die Sachbearbeiter wollten ja das erstgewählte Bestbieterprodukt, sie sind hier glatt unterdrückt worden.

Obmann Dr. **Steger:** Hat man feststellen können, daß die Eigentümer eine Haftung bei derartigen allfälligen Fehlentscheidungen durch die Entscheidenden jetzt ins Auge gefaßt haben, jetzt oder damals ins Auge gefaßt haben?

Dr. **Kandutsch:** Damals haben sie solche Dinge ja nicht erfahren. Ich kann mir auch vorstellen, bitte, auch ein Auftrag über 25 Millio-

nen für 343 solcher Geräte ist sicherlich keine Angelegenheit, die die Eigentümer, die vielbeschäftigten Eigentümervertreter da hätte besonders beschäftigen müssen ...

Obmann Dr. **Steger:** Aber uns ist hier mitgeteilt worden vom Herrn Dr. Scharitzer, der — glaube ich — jetzt nicht da ist, im Auftrag des Herrn Bürgermeisters, daß zum Beispiel der Odelga gegenüber ein Rückforderungsanspruch, der zunächst öffentlich als eingebrachte Klage bekanntgegeben wurde, noch nicht geltend gemacht wurde, aber ein Verjährungsverzicht von der Odelga verlangt wurde. Das ist jetzt schon eine wesentliche Frage, ob es da merkbare, durchgängige Bestrebungen gibt, daß allenfalls auch Rückforderungsklagen eingebracht werden.

Dr. **Kandutsch:** Ja, das gibt es ja. Nur, in diesem Fall ist ja kein Schaden eingetreten, das Geschäft kam ja nicht zustande, obwohl es vom Aufsichtsrat praktisch beschlossen war. Es war ja rechtsgültig, nicht?

Aber interessant war noch eines, bitte noch etwas hinzuzufügen: Man hat zum Beispiel damit operiert, daß die Wertschöpfung — ursprünglich war ja die Odelga dabei, und die Odelga ist durch Prutscher ersetzt worden, warum, weiß ich nicht — durch österreichische Beteiligung besonders hoch ist. Wir haben festgestellt, überhaupt nicht, nicht einmal 10 Prozent, sondern nur der Vertrieb in Österreich, also daß die deutsche Firma hier einen Händler hat, das wird als österreichische Wertschöpfung bezeichnet. Das halte ich auch für eine absolute Irreführung des Aufsichtsrates.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Präsident! Nach dem Standardwerk für Unternehmensorganisation von Professor Krochler *(phonetisch)* aus Köln gibt es zwei Bereiche, die im Unternehmensbereich Haftung der obersten Organe auslösen, also in dem Fall dann der Geschäftsführung. Ich versuche mich da heranzutasten an allfällige politische Verantwortlichkeiten, ob man es von einer Unternehmensphilosophie her definieren könnte. Dort heißt es: Erstens haften sie für strategische Entscheidungen und zweitens für die Art der Durchführung.

Jetzt hätte ich gerne beleuchtet, wie die strategischen Entscheidungen in dieser doch Mehrjahresperiode, die inzwischen von Ihnen untersucht worden ist, gefallen sind und wer sie zu treffen hatte. Die strategischen Entscheidungen.

Dr. **Kandutsch:** Ja, die strategischen Entscheidungen. Was ist der Unterschied zwischen Strategie und Taktik? Also ich habe es auf der Kriegsschule noch gelernt. Aber die Unternehmensstrategie sind also ganz zweifellos Entscheidungen in der Zielsetzung einer unternehmerischen Tätigkeit.

Obmann Dr. **Steger:** Nun, Herr Präsident, zum Beispiel, daß wir einen Syndikatsvertrag haben, wo drinsteht, daß ein Beauftragungsvertrag geschlossen wird, in dem die Zielsetzungen drinnenstehen werden, und dann wird er nicht geschlossen. Das ist zum Beispiel eine strategische Entscheidung, die offensichtlich aufgeschoben und aufgeschoben und wieder aufgeschoben wurde.

Dr. **Kandutsch:** Wobei ich sagen muß: Ich verstehe nicht beim Beauftragungsvertrag, wenn ich ihn jetzt lese — wir sind damit beschäftigt worden —, warum er nicht längst gemacht worden ist. Er ist überhaupt ohne alle Sensation. Er hat nur ein Positivum: Das war die klare Hereinführung des Wiener Stadtrates für das Gesundheitswesen in seine Verantwortung. Das ist also sehr positiv. Die Mitwirkung endlich der MA 17, denn die MA 17 war ja auch ganz ausgeschaltet. Wenn man sich vorstellt, daß hier zum Beispiel Betriebsorganisation gemacht wird, und derjenige, der diesen Betrieb einmal leiten und führen soll, ist bei der Planung des Betriebsablaufes nicht dabei. Es war also die MA 17 nicht dabei, und es waren die längste Zeit die Ärzte nicht dabei. Denn was die Ärzte über die ABO-Arbeit sagen, das kann man ja kaum veröffentlichen, weil da kriegt man eine Ehrenbeleidigungsklage nach der anderen. Also die beiden entscheidenden Nutzer waren nicht dabei. Alles das ist durch den Beauftragungsvertrag jetzt besser geworden, wesentlich besser. Der wäre also längst dagewesen. Und ich glaube, die strategischen Entscheidungen, also wieviel Laborflächen gibt es, wieviel werden am Tage durch wieviel Mediziner und pflegeambulante Patienten behandelt, das sind die grundsätzlichen Entscheidungen. Die sind dann später in den Politikergipfeln gefallen oder nicht gefallen oder hätten fallen sollen oder wurden vertagt. Es sind Beschlüsse gefaßt worden, aber manchesmal werden die Beschlüsse auch wieder rückgängig gemacht, wie zum Beispiel bei der Frage der sogenannten Ärztezimmer in den Erweiterungsbauten.

Obmann Dr. **Steger:** Wir haben hier herausgearbeitet — oder ich habe für mich herausgearbeitet, als Ausschuß als Gesamtheit haben wir noch keine Schlußfolgerungen zu ziehen —, daß es ohne schriftliche Fixierung der Zielvorstellungen, die allenfalls in einem Beauftragungsvertrag erfolgen hätten sollen, drei Zielvorstellungen gegeben hat, die nebeneinander bestanden haben.

Das eine war einmal, es soll rasch gebaut werden, also Terminlimit, wenn man so will.

Das zweite war die Frage Nutzerkonsens, es sollen also möglichst berücksichtigt werden die Wünsche derer, die einmal dort drinnen ihre Arbeit machen sollen, im wesentlichen vertreten durch Ärzte, die es dann ad personam nicht mehr sein werden, aber die halt als medizinische Fakultätsvertreter mitwirken, und drittens, es soll kostengünstig gebaut werden, wobei wir hier eigentlich in den früheren Phasen nicht gefunden haben, daß es wirklich in einer Priorität eine Kostenvorgabe gegeben hat.

Für mich hat sich jetzt herauskristallisiert, daß das Fehlen einer klaren Zielvorgabe zwischen diesen drei Zielvorstellungen, nämlich was im Zweifelsfall vorgeht, vorzieht, daß das mit ein Grund für die großen Kostensteigerungen war, vor allem deswegen, weil es für die AKPE-Verantwortlichen keine Notwendigkeit gegeben hat, zu den politischen Entscheidungsträgern zu gehen, wenn sie nur auf ihrer Ebene einen Nutzerkonsens selbst zustande gebracht haben. Haben Sie darüber Wahrnehmungen und Untersuchungen?

Dr. **Kandutsch:** Diese drei Zielvorstellungen sind, glaube ich, jede für sich gesehen richtig, und sie müßten halt in eine Relation gebracht werden. Es ist ja keine Zielvorstellung für sich allein rein denkbar. Daß man also möglichst rasch baut, aber dabei die Kosten berücksichtigt, möchte ich noch nicht, sagen wir, als einen Zielkonflikt bezeichnen. Die Nutzerwünsche betreffen außerdem nicht nur die Ärzte allein, sondern bei den Nutzerwünschen kommen natürlich auch die ganzen Behördenauflagen dazu, die Gesundheitsbehörde. Die waren unglaublich groß und rigoros und sind es immer mehr und mehr geworden.

Schauen Sie, man darf eines nicht vergessen: Alle haben bei so einem Krankenhaus keine Erfahrung, sie haben erst gelernt. Auch die Feuerpolizei zum Beispiel. Es war keine Sprinkleranlage vorgesehen. Als dann in Südamerika die Großbrände ausgebrochen sind in den Hochhäusern, hat man gesagt: Bitte, wir müssen viel mehr für den Feuerschutz tun. Nehmen Sie den Strahlenschutz her, da sind inzwischen doch, während dieses Baues, neue rigorose Bestimmungen erfolgt, das Arbeiterschutzgesetz und ähnliche Dinge mehr.

Also das ist wohl auch eine Quelle von neuen Entscheidungen und manches Mal natürlich auch ...

Obmann Dr. **Steger:** Und daher Umplanungen.

Dr. **Kandutsch:** ... Umplanungen bewirkt haben. Die Nutzer, also die Medizinseite, bitte, hatte von vornherein schon eine Auflage, die Auflage nämlich, auf der Basis des jetzigen AKH unter Berücksichtigung des medizinischen Fortschrittes eine Maximalforderung zu stellen, eine Maximalforderung, und natürlich unter der Voraussetzung, daß dann die Maximalforderung auf das notwendige Maß reduziert wird.

Obmann Dr. **Steger:** An sich ist das eine Kurve, die ins Unendliche ansteigt, in Näherungswerten, wenn man das mathematisch durchrechnet.

Dr. **Kandutsch:** Ja. Und was also die Kubatur, die Flächenaufteilung anbelangt, die auch, wenn Sie bitte den Kontrollamtsbericht lesen, international gesehen außerordentlich ungünstig ist und daher hohe Betriebskosten verursachen wird, so wird sie in Kauf genommen. Denn bitte schön, hier muß man wieder sagen: Es gibt halt nur in Wien den Zustand, daß 7 000 Menschen täglich ins AKH gehen. Und wenn Wienern ein Splitter ins Auge kommt, dann sucht man nicht den Balken beim Bruder, sondern sagt: Ich fahre ins AKH. 7 000 Menschen, bitte, die zwischen 8 und 11 Uhr behandelt werden sollen in Zukunft an der Stelle. Den täglichen Verkehrsinfarkt kann man sich heute schon ausmalen.

Also alle diese Entscheidungen sind gefallen, und da glaube ich eben, daß die Definition der Nutzerwünsche von den verantwortlichen Instanzen hätte besser koordiniert werden sollen, als es geschehen ist. Es ist ein bißchen, wie gesagt, so gelaufen, da auf der einen Seite die Stadt Wien ein großes Interesse hat, ein großes Krankenhaus zu haben, und der Bund ein Interesse, sehr viel für Forschung und Lehre zu tun. Und man hat sich gegenseitig ein bißchen hinauflizitiert, wie das bei zwei Nutzern, die teilweise divergente, aber vielmehr konsensuale Wünsche haben, halt vorgekommen ist.

Obmann Dr. **Steger:** Es gibt hier, sogar schriftlich fixiert, welche Entscheidungen den Gebietskörperschaften vorbehalten sind und wieweit das auf die Fakultätsebene geht, diese Entscheidungen über Nutzerkonsens.

Bei der gestrigen Befragung mit dem Herrn Winter wurde auch von ihm bestätigt, daß in der tatsächlichen Durchführung das dann nicht mehr so exakt eingehalten wurde, sondern daß es sich im wesentlichen immer stärker verschoben hat dorthin, daß man mit den Fakultätsvertretern versucht hat zu einer Einigung zu kommen und daß dann einfach durchgezogen werden konnte. Haben Ihre Überprüfungen ergeben, daß einer der Vertreter auf Bundes- oder Landesregierungsebene versucht hat, diesen Wünschen nach Verteuerung, die sich logisch ergeben, wenn man immer wieder medizinisch Neues mit hineinplanen läßt, eine Grenze zu ziehen, eine Maximalgrenze, daß ein Riegel vorgelegt wird?

Dr. **Kandutsch:** Na ja, der große Versuch war also die Fixierung einmal der Gesamtkosten.

Obmann Dr. **Steger:** Wann war das?

Dr. **Kandutsch:** Das war im Jahre 1979.

Obmann Dr. **Steger:** Und vorher?

Dr. **Kandutsch:** Eben nicht. Die Entwicklung hat es ja bestätigt, daß es nicht genügend da war und daß dieser Mechanismus nicht in dem Ausmaß funktioniert hat, wie er hätte funktionieren sollen.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt sagt der Herr Vizekanzler und Finanzminister Androsch, vorher war es nicht möglich, weil das Grundsatzprojekt nicht da war.

Dr. **Kandutsch:** Na ja, also bitte, das kann man, glaube ich, so wirklich nicht sagen, daß vorher ohne irgendein Konzept losgebaut worden wäre. Das ist unrichtig.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Dr. Nowotny dazu eine Ergänzung.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Herr Präsident, nur ein Punkt, der mich sozusagen als Fallbeispiel interessieren würde. Sie haben vorhin ausgeführt, daß die Ambulanzen von 8 bis 11 Uhr in Betrieb sein werden und daß das natürlich bedeutet, daß ein sehr großer Kapitalstock nur sehr kurze Zeit ausgelastet ist. Ist das die gegenwärtige Regelung beziehungsweise ist das nicht eine Regelung, die änderbar ist, weil man sich ja daraus sicherlich erhebliche Vorteile ausrechnen könnte, wenn ich diesen Kapitalstock längere Zeit nutze? Und wer ist dafür verantwortlich auch, daß es so ist?

Dr. **Kandutsch:** Die jetzige Regelung ist auch eine Wiener Tradition. Sie erinnern sich, daß man von Wiener Planungsphilosophie gesprochen hat, und das ist eine Wiener Tradition, daß eben am Nachmittag die Ärzte in ihren Privatpraxen arbeiten oder sonstwo. Es hat das Institut für Systemanalyse in Stockholm festgestellt, daß hier, wie sie es betriebswirtschaftlich ausdrücken, eine Leistungsreserve von 40 Prozent steckt, das heißt 40 Prozent mehr Patienten oder eine vierzigprozentige Flächenverringerung bei einer Ausweitung der Arbeitstätigkeit. Das signifikanteste Beispiel war zum Beispiel das Strahlentherapiezentrum. Da ist ein deutscher Professor vor zehn Jahren gekommen, dem man damals auch abringen wollte, von 8 bis 12 zu strahlen, obwohl ja zum Beispiel eine Kobaltbombe weiterstrahlt, ob sie in Betrieb, also in Anwendung, ist oder nicht. Das heißt also, ich habe einen permanenten Verlust von Heilmaterie und nütze ihn nicht aus. Also es wäre bei den großen Hochvoltgeräten geradezu verbrecherisch gewesen, das zu machen. Man hat dort durchgesetzt: Von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Und wenn Sie jetzt fragen: Kann man vielleicht von der geplanten Baustruktur noch etwas verringern? Dann liegt in dieser Leistung eine Möglichkeit drinnen, daß man weitere Baukörper nicht mehr baut, wenn man die vorhandenen Flächen besser nützt. Das ist strategische Entscheidung. Aber bitte, wer kann die fällen? Die kann doch nur gefällt werden auf der höchsten Ebene der Politik und der Sozialpartnerschaft.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Und die bisherige Regelung mit der unzureichenden Auslastung, in wessen Kompetenz liegt die? Oder in wessen Verantwortung?

Dr. **Kandutsch:** Entschuldigen Sie, ich weiß nicht, wer das genau vereinbart hat.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Der Kaiser Franz Joseph.

Dr. **Kandutsch:** Ja, ja.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Oder der Kaiser Josef.

Dr. **Kandutsch:** Nur kann ich Ihnen nicht sagen, seit wann es diese Arbeitszeitregelung gibt. Aber die Statistik zeigt jedenfalls im Vergleich, daß wir eine außerordentlich hohe Ärzteausstattung haben in Wien. Nach den Angaben auch der ABO gibt es kein vergleichbares Spital mit so viel Pflege- und Ärztepersonal, aber auch mit so geringer Behandlungszeit. Und das wird bitte ein Punkt sein, mit dem wir jetzt die Verantwortlichen ganz entscheidend werden befassen müssen. Sie dürfen nur denken, wie zum Beispiel der Zentralbau die Personalkosten in die Höhe getrieben hat. Dadurch, daß im Zentralkörper die Menschen bei künstlichem Licht arbeiten müssen, haben sie bei der neuerbauten Kinderklinik oder Psychiatrie bereits eine zwanzigminütige größere Arbeitspause erhalten bekommen, die sie nicht ausfüllen können, die in Geld abgegolten wird. So entstehen aus der Wahl eines solchen Baukörpers später Betriebskosten, an die man sicherlich nie gedacht hat.

Obmann Dr. **Steger:** Bei der Suche nach der politischen Verantwortung im engeren Sinn, also nicht jetzt beginnend vom Kaiser Franz Joseph über Parteigremien als Ganzes und Parteien als Ganzes und Parlament als Ganzes, sondern konkreten Ressortträgern, ergibt sich natürlich, daß man einmal nachfragt beim Bürgermeister Gratz, beim Finanzstadtrat Mayr, beim Gesundheitsstadtrat Stacher auf der Landesebene, auf der Bundesebene sicher beim Finanzminster Androsch, beim Gesundheitsminister, wer immer es gerade gewesen ist, da hat

es ja einen mehrfachen Wechsel gegeben, und sicher auch beim Minister für Wissenschaft und Forschung. Unsere Befragungen haben aus meiner Sicht ergeben, daß es schrittweise ein Nichtkümmern der Politiker gegeben hat, sogar bei der Wahl der Konstruktionen, beim Suchen einer Kontruktion, wo man eben nicht so direkt die Verantwortlichkeit bei sich zu finden meint und schrittweise immer mehr ein Abschieben und dann ein Abgleiten auf untere und immer weiter unten befindliche Ebenen der eigentlichen Entscheidungen.

Ich habe jetzt an Sie die Frage, wenn Sie an diesen Personenkreis, den ich skizziert habe, denken: Wer von diesen Personen hat sich, und zwar nicht jetzt in der jüngsten Zeit, sondern in diesen Jahren vor Gründung der AKPE und dann nach Gründung der AKPE besonders um rasche, um kostengünstige und trotzdem funktionelle Fertigstellung bemüht, daß er persönlich an Entscheidungen mitgewirkt hat, daß ein Informationsfluß zu ihm stattfindet und daß das Ganze so funktioniert? Ich habe diese Frage auch an die Betroffenen bereits gestellt.

Dr. **Kandutsch:** Dann haben Sie, Herr Vorsitzender, mir gegenüber einen ungeheuren Vorsprung an Information und Wissen. Ich sehe mich außerstande, die Vergangenheit so studiert zu haben, haben zu können, um heute sagen zu können, wer war da hier mehr oder weniger aktiv. Also das kann ich nicht. Ich glaube, die formelle Verantwortlichkeit ist in den entsprechenden Kompetenzennormen verankert. Und inwieweit solche Verantwortung den einzelnen veranlaßt, sie auch sichtbar zu tragen, würde ich bitten, den kategorischen Imperativ Kants anzuwenden, der doch, sagen wir, zur höchsten Instanz nicht einmal einen Untersuchungsausschuß, sondern das eigene Gewissen einsetzte.

Obmann Dr. **Steger:** Es war die Chance, daß einer von diesen von Ihnen eine Generalabsolution erhält.

Dr. **Kandutsch:** Das ist ausgeschlossen. Weder Generalabsolution noch Generalanklage. Ich muß sagen, es ist so schwierig, die Probleme des Allgemeinen Krankenhauses halbwegs in den eigenen Kopf hineinzubringen, daß ich mich nicht noch mit Fragen weder der rechtlichen noch der moralischen Verantwortung mit der Intensität habe beschäftigen können oder auch wollen, denn ich habe halt jetzt eine andere Aufgabe.

Obmann Dr. **Steger:** Also Generalabsolution ist nicht zu erlangen.

Dr. **Kandutsch:** Ich bin nicht der Papst des AKH, bitte.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Präsident! Aus Ihren Unterlagen würden Sie sich jedenfalls nicht Bewertungen zutrauen, daß Sie einer dieser Personen konzedieren, daß sie sich außergewöhnlich viel darum bemüht hat, und anderen gleichzeitig sagen, sie haben sich außergewöhnlich wenig darum bemüht.

Dr. **Kandutsch:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Sie wollen dazu keine Antwort geben.

Dr. **Kandutsch:** Ich kann nur dazu sagen: Wir haben ein Bauwerk aufgeführt, an dem sich im außerordentlichen Maße die Unzulänglichkeit menschlicher Intellektualität erwiesen hat.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abg. Dr. Gradischnik, bitte.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Präsident! Wer hätte denn die steigenden Nutzerwünsche stoppen können? Wer hätte denn den Ärzten, die immer größere Wünsche gestellt haben, ein Nein hier entgegenstellen können? Oder auch ein Nein entgegenstellen müssen, Ihrer Meinung nach.

Dr. **Kandutsch:** Na ja, ganz allgemein: Der Bauherr. Und das ist ja eben nicht so sehr geglückt. Das war zuerst die Gemeinde Wien allein. Und Sie wissen ja, jetzt gibt es die große Frage: Wer hat die Gesellschaft überhaupt gewollt?

Das habe ich eigentlich gar nie erwartet, daß auch darüber diskutiert wird, weil manche Herren, die eigentlich als die Initiatoren gegolten haben, die wollen es nicht gewesen sein. Obwohl das gar nichts ausmacht. Ich meine, die Vorstellung, daß eine Gesellschaft bei zwei schwierig zu koordinierenden Gebietskörperschaften effizienter sein würde, ist bestimmt keine Fehlleistung gewesen. Sie hat halt nicht zu dem Erfolg geführt. Aber wo immer die Verantwortung gelegen ist: Die Bauführung Wiens in Verbindung mit dem Wissenschaftsministerium, das zuständig war für die Klinikausstattung.

Wie man es in Innsbruck gemacht hat. In Innsbruck ist zum Beispiel die Regierung, der Bund gekommen und hat gesagt: Wir beteiligen uns zu 40 Prozent. Es gibt zum Beispiel 1 900 Betten in den Kliniken, dafür kriegt ihr das Geld. Wenn Tirol danach noch 3 000 Betten baut, interessiert uns das nicht. Und der damalige Tiroler Spitalsreferent Salcher hat auch gesagt: Das geht euch nichts an. Also die haben das sehr genau gemacht, und es gab keinerlei Kostenerhöhung, an der der Bund irgend etwas mitbezahlt hätte. Ich finde, das Tiroler Beispiel — und es ist auch eine Bombenklinik für Tirol — wäre kein Schlechtes gewesen. Ich würde meinen, daß man das in Wien hätte auch machen sollen. Aber es ist alles vorbei.

Und später war es natürlich die AKPE. Und wenn Sie die Rechtsgutachten des Dr. Schachter hernehmen, das ist der ständige Konsulent, so sagt er in jedem Gutachten: Was auch die APAK gemacht hat, was ein anderes Gremium gemacht hat, die volle Verantwortung tragen der Vorstand und der Aufsichtsrat, wenn er den Aufträgen des Vorstandes zugestimmt hat. Es ist gar keine Frage, daß da die Hauptverantwortung liegt. Allerdings fängt jetzt die Praxis an, und die Praxis sagt: Wir konnten keine qualitativ besseren Beschlüsse fassen, weil uns die Eigentümer im Stich gelassen haben, weil soundso viele Grundsatzfragen — Arbeitszeit, Laborflächen, was für Krankenhaus bauen wir, wieviel Medizin wird hier geforscht, wieviel wird nur gelehrt, wieviel wird kurative Medizin angewendet werden —, diese Grundsatzentscheidungen nicht gekommen sind. Und das gibt jetzt ein Bündel von faktischen Verantwortlichkeiten. Ich bin kein James Bond. Selbst der wäre hier wahrscheinlich schon überfordert, um jetzt in jedem Fall nachzuforschen und zu sagen: Ha, jetzt habe ich den Schuldigen. — Es war ein ganzes System, das nicht funktioniert hat.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Ich danke schön, Herr Vorsitzender.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Keine Frage mehr, Herr Abgeordneter?

Herr Abgeordneter Bergmann als nächster fragender Abgeordneter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Präsident! Sie sitzen jetzt fast nach einem dreiviertel Jahr in der zweiten Funktion vor uns: Zuerst als Rechnungshofpräsident, dann in Ihrer begleitenden Kontrollfunktion, und da ich annehme, daß der Ausschuß auf jeden Fall verlängert wird, werden wir uns Ende des Jahres wahrscheinlich dann in Ihrer dritten Funktion noch einmal sehen, um den ganzen Bereich endgültig für das Parlament, das Plenum berichtsreif zu machen.

Ich möchte daher nicht auf Ihre dritte Aufgabe eingehen mit einer kleinen Ausnahme, nämlich mit der bescheidenen Frage, die ausgelöst wurde durch Ihre Beurteilung des Beauftragungsvertrages, wo Sie sagen, er ist in zwei wichtigen Punkten widersprüchlich und er enthält keine Prioritäten, ob Sie in Ihrer neuen Funktion darangehen werden, diesen Vertrag noch einmal zu ändern, oder ob Sie das nicht für zweckmäßig halten?

Dr. **Kandutsch:** Ich habe, bitte, schon gefragt als Leiter der begleitenden Kontrolle, den beiden Gebietskörperschaften und den Verantwortlichen eine schriftliche Stellungnahme abgegeben, warum wir den Beauftragungsvertrag in dieser Form für nicht beschlußfähig halten. Und ich habe natürlich auch in den Gesprächen — bitte, wenn Sie den Beauftragungsvertrag genau lesen, so ist eine Formel hineingekommen, die eine Folge unseres Einspruches ist. Da steht nämlich: Wenn der Vorstand zur Überzeugung gelangt, daß sich die Termin- und Kostenplanung nicht halten läßt, dann hat er die Eigentümer zu verständigen. Der einzige Gegensatz war nur, daß ich gesagt habe, der Zustand ist jetzt schon gegeben, während die Herren sagen, er kann eintreten, wobei man halt jetzt natürlich aus der politischen Konstellation dieses auch vom Rechnungshof so gerügte Versäumnis einmal aus der Welt schaffen wollte, den Beratungsvertrag zu machen. Nur der Planstand, wie wir ihn von den revidierten Netzplänen der APAK haben, sagt jetzt schon, das ist nicht möglich, wobei ich nicht noch ein Thema anschneiden möchte, aber das halte ich für ein ganz entscheidendes, warum wir denn überhaupt auf Teilfertigungen losgehen.

Ich kann Ihnen hier nur eines sagen: Ich habe noch keinen verantwortlichen Techniker gefunden, der das für gut hält, und ich habe ebensowenig einen gefunden, der das für möglich hält: Daß man inmitten einer Großbaustelle eines Krankenhauses vorläufig mit drei Kliniken hineingeht, um diese komplizierte Haustechnik jetzt auf drei solche eher unkomplizierte Kliniken zu konzentrieren. Auch das ist zum Beispiel eine Frage, die ich anschneide, denn es ist nicht möglich, daß man Dinge, weil man sich darauf in der Öffentlichkeit festgelegt hat, auf Teufel-komm-raus verfolgt. Ich persönlich halte die Konzentration aller Kräfte auf eine möglichst rasche Endfertigung für viel wichtiger als die Teilfertigung, die mit sehr viel verlorenem Bauaufwand verbunden ist, mit provisorischen Zugängen, Aufgängen usw.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Präsident! Sie haben vorhin von diesem Rechtsgutachten des Dr. Schachter gesprochen und jetzt von Ihrer Stellungnahme zum Beauftragungsvertrag. Und vorhin hat Sie mein Kollege Steinbauer wegen dieses Quartalberichtes angesprochen. Es wäre für die weitere Behandlung des Themas und Beurteilung des Systems, das Sie so in Frage stellen, für uns wichtig, diese drei Schriftstücke zu besitzen. Glauben Sie, daß das möglich ist, uns das morgen im kurzen Wege zur Verfügung zu stellen?

Dr. **Kandutsch:** Ich weiß nicht, was die Geschäftsordnung dazu sagt.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ihre!

Dr. **Kandutsch:** Ihre!

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Unsere läßt das zu!

Dr. **Kandutsch:** Bitte, dann müssen Sie sie anfordern. Es sind unsere Berichtspflichten der begleitenden Kontrolle an die Eigentümervertreter in dem Beauftragungsvertrag geregelt, den wir haben. Da steht nicht drinnen, daß ich dem Parlament etwas weiterzuleiten hätte. Das Rechtsgutachten halte ich für ein ausgesprochenes Geschäftsgeheimnis, weil es ja in Verbindung steht mit Fakten, die prozeßanhängig sind oder werden können. Das ist zum Beispiel die Einschaltung einer Firma — nie sollt Ihr erfahren, um welche es sich handelt, sie beginnt mit hartem P *(Abg. Dr. Feurstein: Das wissen wir schon! — Heiterkeit)* —, und wenn also dort ein rechtsfreundlicher Anwalt Aussagen macht, so würde ich doch meinen, daß das ein Geschäftsgeheimnis ersten Grades darstellt, weil es im Falle eines Rechtsstreites die Chancen der Gesellschaft mindern würde. Ich würde bitten, davon sicher Abstand zu nehmen.

Das andere, wenn Sie unsere Stellungnahme haben wollen, und Sie beschließen das als Untersuchungsausschuß, sehe ich darin keine Geheimnisse. Der von mir vertretene Stil, der ja häufig so wenig geliebt wird, ist: Dort muß wirklich einmal Offenheit hinein. Ich halte nichts davon, hier dauernd von riesigen geheimnisvollen Vorgängen sich schrecken zu lassen, sondern reden wir über die Dinge, sie sind schwierig genug. Wenn die Einstellung positiv ist, dann kann das gar kein Schaden sein. Also die Stellungnahme, ja. Rechtsgutachten: Sie würden wahrscheinlich einen fürchterlichen Rechtsstreit heraufbeschwören mit Haftungsfragen. Vielleicht geht es dann auf mich los, weil ich das überhaupt erwähnt habe hier. Das bitte ich also nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wir gehen sicher nicht auf Sie los, ich bitte nur die Frage klären zu lassen. Wir haben ja immerhin den gesamten Gerichtsakt, der herumkugelt in verschiedenen Fragen der Anhängigkeit. Ich sage noch einmal: Ich insistiere jetzt nicht darauf, aber ich würde bitten, daß man in der Zwischenzeit die Frage klärt, ob so ein Hinweis — das müßte man dann unter Umständen bei der Abfassung eines Antrags — sozusagen rechtlich auch von der Tätigkeit des Ausschusses gedeckt ist, dann würde ich sagen, daß ich den Antrag so formuliere, daß ich den einen Geschäftsfall oder den einen oder anderen, den Sie unter besonderer Geheimhaltungspflicht ansehen, eventuell ausklammere. Aber das bitte ich Sie in der Zwischenzeit zu klären.

Herr Präsident! Sie waren das letztemal hier als Chef des Rechnungshofes und haben uns damals eine Reihe von Dingen erzählt über die Auftragsvergaben beim AKH, und das ist ja auch unser Untersuchungsgegenstand. Würden Sie sagen, daß Sie jetzt wesentlich mehr wissen über die Praxis der Auftragsvergabe beim AKH als zu dem Untersuchungszeitraum des Rechnungshofes?

Dr. **Kandutsch:** Bitte, wir haben ja damals eine einzige Vergabe untersucht, das war die ABO-Vergabe. Wir sind inzwischen mit sehr, sehr vielen konfrontiert gewesen, und ich glaube — einen Fall haben wir ja heute schon ganz genau besprochen —, daß das ganze System oder die Praxis, die dort gehandhabt wird, reformbedürftig ist. Wenn ich Ihnen sage, daß es zum Beispiel eine Arge Kernbau gibt, die die Erweiterungsbauten in der Höhe von 400 Millionen Schilling nach Freihandvergabe durchgeführt hat, und sie haben schließlich 560 Millionen gekostet, daß nunmehr neue Bauten ausgeschrieben werden, das ist eine Folge der Kontrolle durch Rechnungshof und Kontrollamt, und daß dieselbe Arge weit abgeschlagen an dritter Stelle gegenüber dem Bestbieter liegt, dann sehen Sie, daß man auf die Vergabe, auf die Konkurrenzierung nicht verzichten kann, weil nur so erträgliche und korrekte Preise herauskommen. Das gibt es bei einer ganzen Reihe von ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, daß dieses System, das erstmals um die ABO-Vergabe, um die B- und O-Vergabe herum sichtbar geworden ist — keine Ausschreibungen, Önorm 2050 nicht entsprechend berücksichtigt, Bietergespräche nach der Ausschreibung, nicht korrekte Öffnung von Angeboten —, daß alles, was damals aufgetaucht ist, sozusagen ein sehr breites System auch in anderen Bereichen des AKH und der AKPE war.

Diese Erweiterungsgeschichte, die Sie gerade erzählt haben, ist aber vom Aufsichtsrat nachträglich genehmigt worden. Ist das richtig?

Dr. **Kandutsch:** Von Anfang an, nicht nachträglich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Na, die Kostenexplosion.

Dr. **Kandutsch:** Die Kostenexplosion komischerweise nicht mehr. Das ist eine merkwürdige Sache. Die Überschreitungen kommen nicht mehr in den Aufsichtsrat, sondern nur die ursprüngliche Summe, also die Vergabe, wobei es damals geheißen hat nach dem Aufsichtsratsprotokoll, in diesen Fällen, wo es sich jetzt darum handelt, den Baufortschritt zu erzeugen, es ist in Wirklichkeit eine einzige Forcierungsaktion gewesen, kann es nur erfolgen bei gleichzeitig rigorosester Preisprüfung.

Und der zweite Punkt ist ganz im argen gelegen. Die Preisprüfung war eben nicht da. Schauen Sie, wir haben zum Beispiel festgestellt jetzt, daß bei jetzigen Anboten gleiche Firmen für bestimmte Positionen wesentlich

weniger einsetzen, als sie vor Jahren schon erhalten haben. Und das ist doch an sich sehr auffällig.

Das heißt also, auch das ist eine unternehmensstrategische Frage. Wenn wir auf der einen Seite sagen, wir müssen rasch bauen, können wir nicht auf der anderen Seite sagen: Und aus diesem Grund schreiben wir nichts mehr aus, vernachlässigen wir die Vergabenormen, damit wir schneller zu einem Bauerfolg kommen.

Eine äußerst schwierige Frage. Ich bin durchaus dafür, der zweiten Frage mindestens die Gleichrangigkeit gegenüber der Schnelligkeit zu geben, wobei ich außerdem noch sagen möchte, es ist ja gar nicht so sehr dann die Frage: Ausschreiben oder nicht. Die Baufirmen lechzen heute sehr nach Aufträgen. Sie bemühen sich sehr. Aber was uns fehlt, ist das Vorhandensein von baureifen Plänen. Das Planungsdefizit ist ein Haupthandikap des zügigen Weiterbauens. Und vor allem, bitte, nicht nur was die reine Bauseite ist, sondern natürlich auch die so ungeheuer komplizierte Haustechnik und künftige Medizintechnik.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Präsident! Sie wurden vorhin längere Zeit befragt von meinem Kollegen Kohlmaier über den Bereich der politischen Verantwortung. Ich möchte nur ein paar ergänzende Fragen stellen. Ich konstruiere eine Situation. Wenn ich als politisch Verantwortlicher mir überlege, wie ich möglichst wenig in diese Verantwortung gezogen werden kann bei einem solchen Projekt wie das AKH, was wähle ich dann eher: Die Aktiengesellschaft oder die Ges. m. b. H. als Form?

Dr. **Kandutsch:** Ja, wenn Sie unterstellen, daß das eine Absicht ist, dann sicherlich die Aktiengesellschaft. Das ist gar keine Frage. Denn dort ist ja meine Abstinenz eine vom Gesetzgeber gewollte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sodaß sich die politische Verantwortung dann wirklich nur mehr auf das, was Sie mit Culpa in eligendo bezeichnet haben, reduziert.

Dr. **Kandutsch:** Im wesentlichen. Im konkreten Fall stimmt es aber nicht, denn es hat ja laufend doch — oder laufend: zweimal im Jahr — Politikergipfel gegeben mit kolossalen konkreten Eingriffen in das Baugeschehen. Das heißt also, der Sachzwang, jetzt etwas zu machen, war dann stärker als die Hoffnung oder die Möglichkeit ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): ... sich davon fernzuhalten.

Dr. **Kandutsch:** ... das Geschehen sich selbst zu überlassen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist Ihnen bekannt, daß es einen Fall gegeben hat, wo ein Klinikchef sich nicht einigen konnte unter dieser berühmten Priorität Nutzerkonsens und dann bis zu einem Politikerentscheid vordringen mußte?

Dr. **Kandutsch:** Ja, natürlich. Die Mediziner, der Einzelmediziner oder der Klinikchef tritt nicht auf, sondern das ist der Bauausschuß. Der Bauausschuß stellt Forderungen, und wenn man die nicht erfüllen kann ... Zum Beispiel ist es jetzt die Frage, ob man auf den Erweiterungsbauten sogenannte Penthäuser — bitte, die Mediziner hören das nicht gerne —, Ärztearbeitszimmer, bauen soll oder nicht. Das sind 46 Millionen — ja oder nein? Das war Gegenstand eines Politikergipfels.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wann?

Dr. **Kandutsch:** Voriges Jahr. — Das erste Mal: Nein. Dann ist ein neuer Vorstoß gekommen unter dem Titel: Wir brauchen das für Forschung, wir brauchen das als Raumreserve. Wir haben uns quergelegt bis jetzt und haben gesagt: Hier muß ein echter, hundertprozentiger Bedarf nachgewiesen werden. Aber ich muß sagen, Sie dürfen eines nicht vergessen — das möchte ich den Politikern wirklich zugute halten —: Die Medizinchefs dort bestehen nicht aus Leuten, die sozusagen auf der Nudelsuppe dahergeschwommen sind. Das ist eine hochintelligente, äußerst aktive Menschengruppe, die ihre besondere Bedeutung, ihre psychologische Überlegenheit gegenüber jedem Anfälligen — wenn wir unsere menschliche labile Existenz betrachten — hervorragend ausspielen kann. Und vor allem mit dem Slogan „Wollen Sie den Fortschritt der Medizin den Patienten nicht zugute kommen lassen?" haben sie schon sehr starke Persönlichkeiten schwankend gemacht und sie in die Knie gezwungen.

Das heißt also — eine Erfahrung auch von mir —: Es geht sicher überhaupt nur mit den Ärzten. Nur muß man mit ihnen auf einer Basis reden, die sie auch beeindruckt. Und da war kein Gleichgewicht da.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, dahin ist eigentlich meine Frage gegangen. Sie haben jetzt den einen Fall erzählt, der ist immerhin erst in der Folge des Kontrollamtsberichtes und der Diskussion um den Kontrollamtsbericht und der Verhaftung Winters und wie immer man dies sagen will eingetreten. Erst in der Folge dessen ist es dann zu einer solchen Schwierigkeit zwischen Nutzern und der Gesellschaft einmal gekommen, daß ein Politikerentscheid notwendig war. Ist Ihnen aus der Zeit vor dem ersten Kontrollamtsbericht ein Fall bekannt, wo das nicht schon eben auf der Ebene, durchaus,

glaube ich, auch ungleichen Ebene AKPE-Vorstand, Klinikchefs, ausgehandelt war?

Dr. **Kandutsch:** Aus dem Gedächtnis fällt mir keiner ein. Ich bin nur überzeugt, daß es solche Auseinandersetzungen laufend gegeben hat. Sicher auch hinauf bis in die Politikerebene. Aber ich weiß nicht alles.

Abg. Dr. **Bergmann** (ÖVP): Aber die Priorität dieses Nutzerkonsens war ja sehr drückend für die Gesellschaft?

Dr. **Kandutsch:** Das ist — wie soll ich sagen — ein Problem der Größenordnung und der Praxis. Der Nutzerkonsens ist an sich prinzipiell richtig.

Abg. Dr. **Bergmann** (ÖVP): Das glaube ich auch, ja.

Dr. **Kandutsch:** Was will man denn? Schauen Sie, ich habe mir jetzt das Strahlenzentrum angeschaut, das in Wien eingerichtet wurde. Das ist vor zehn Jahren in einem ganz alten Teil des AKH eingerichtet worden. Ist hervorragend organisiert. Von keiner ABO: von Professoren. Eigentlich ist es das Normale, daß der Professor sagt: Hier kommen die Patienten, da sind meine Ärzte, hier ist das Rufsystem in diesem Haus. Dort bestrahlen wir, dort legen wir die Leute hin, da ist das Kärntner Zimmer, da ist das Steirische Zimmer etc.

Während die Ärzte mir gesagt haben: Ja, da kamen also irgendwelche Leute, und die haben uns etwas vorgelegt über den Medizin-Betriebsablauf, und da haben sie gesagt: Das machen wir nicht. — Da war also sehr viel Leerlauf.

Ein großer Mangel da unten war die Koordination, die nicht vorhandene Koordination, die rechtzeitige. Man kann mit den Ärzten meines Erachtens — das ist auch ein optimistischer Ausblick — durchaus über die Zukunft reden, und man muß dort, glaube ich, eingreifen, wo durch die Doppelkliniken Anschaffungen, Maximalausstattungen gemacht werden, die nicht im Betrieb gerechtfertigt sind.

Und darum habe ich ja bitte in meinem Expertenteam einen Biomedizintechniker. Das ist ein Mann aus Graz, der dort aus der Schule des Prof. Schui seit bald zehn Jahren die medizintechnische Einrichtung und Ergänzung des Landeskrankenhauses macht. Es ist ein Diplomingenieur, der zugleich das Klinikum hat, das ist ein neues Studium. Und ich habe das Gefühl, daß das ein sehr guter Griff gewesen ist. Genauso wie ich jetzt in unser Team einen Arzt hereinnehme.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Präsident, Sie haben vorhin auch auf, ich glaube, die Frage des Vorsitzenden Dr. Steger, wer ist jetzt wirklich verantwortlich gewesen, gesagt, Sie wollen weder freisprechen noch verurteilen. Darf ich es probieren zu differenzieren? Es hat die Gründung dieser Gesellschaft gegeben, die Gründung gegeben gegen den Widerstand des Finanzminsters, gegen den anfänglichen Widerstand und gegen Bedenken des Finanzministers. Er ist der einzige, der jetzt nicht mehr mit von der Partie ist. Kann man in etwa, wenn man das abgrenzen will, sagen, Androsch, Sekanina, der jeweilige Gesundheitsminster — dort ist die Fluktuation ja sehr groß —, Firnberg, Gratz, Mayr, Stacher sind die, die für die politische Verantwortung in Frage kommen?

Dr. **Kandutsch:** Alle kommen in Frage einschließlich des früheren Finanzministers. Nur weiß ich hier gar nicht, ob das wirklich stimmt. Es wird ja in Zweifel gezogen, daß er so dagegen war, nicht?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das hat er hier gesagt, daß ursprünglich der Finanzminister Androsch Bedenken hatte gegen diese Konstruktion.

Dr. **Kandutsch:** Der Magistratsdirektor von Wien hat etwas anderes gesagt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich sage es nur, ich glaube, es wird bestätigt. — Und daß der Bürgermeister Gratz sich hier auch dazu bekannt hat, daß die Initiative dazu von ihm ausgegangen ist.

Nun hat er der Ex-Finanzminister Androsch hier eine feine Prozentrechnung in politischer Verantwortung gemacht. Er hat gesagt, er war es zu 20 Prozent, der Sekanina zu 10 Prozent, der Gesundheitsminister zu 10 Prozent und die Frau Firnberg zu 10 Prozent, und zwar echt in dem Zusammenhang mit meinem Vorhalt, daß der Kreisky gesagt hat, er war es, also der Finanzminister war es, der Verantwortliche dafür.

Nun, wenn Sie jetzt diese politische Verantwortung in dieser Form quantifizieren müßten im Wiener Bereich, wie würden Sie die auf die drei Herren Gratz, Mayr und Stacher aufteilen?

Dr. **Kandutsch:** Also bitte, mir ist vorgeworfen worden, wenn man Hochrechnungen macht, macht man Zahlenspielereien. Ich halte das für eine fürchterliche Zahlenspielerei, auch wenn sie von einem hochsensibilisierten Finanzminister, der mit Zahlen ja umgehen können müßte, erfolgt ist. Ich glaube, das kann man nicht quantifizieren, überhaupt nicht.

Im Vordergrund steht in Wien der Mann, der mit der Durchführung der Eigentümerrechte beauftragt war. Das kann man, glaube ich, formell unbestritten sagen. Nur sträubt sich in

mir schon wieder etwas, daß immer die, die verantwortlich wären, nie etwas tun.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bei mir auch, ja.

Dr. **Kandutsch:** Also wer zum Beispiel zu Unrecht von einer Kompetenz ausgeschlossen wird, was ich beim Stadtrat Stacher für einen Wahnsinn gehalten habe, Gesundheitsstadtrat und der einzige von der ganzen Riege, der sich im Spital ausgekannt hat, der war nicht kompetent. Bitte, man kann natürlich auch hier wieder eine Verantwortung darüber zum Beispiel schon konstruieren, daß man sagt: Na ja, wer ist denn für das Budget der MA 17 verantwortlich? Und das Geld in die AKPE ist ja über das Budget der MA 17 gekommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber, Herr Präsident, ist es nicht so, daß man auch eine politische Verantwortung über das hat, was man sich gefallen läßt? Und wenn man der Gesundheitsstadtrat in Wien ist, und man läßt sich gefallen, daß man beim größten Spitalsprojekt der Stadt nichts mitzureden hat, dann trägt man Verantwortung dafür.

Dr. **Kandutsch:** Er trägt sicher eine Verantwortung, und würde er aus diesem Grund gegangen sein, würde ich es wahnsinnig bedauern, weil ich mir gerade jetzt von seiner nunmehr klaren Mitkompetenz sehr Positives erwarte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber es hätte sein können, daß die Androhung eines solchen Schrittes schon früher zu den positiven Auswirkungen geführt hätte, die Sie erwarten.

Dr. **Kandutsch:** Es ist nicht jedermanns Sache, mit Rücktrittsdrohungen etwas zu erreichen. Aber das ist ja wirklich eine Diskussion, die eben schon hineingeht in die Persönlichkeitsstruktur eines Politikers. Es ist sicherlich Ihre Aufgabe, dem nachzuspüren. Aber da ich so sehr jetzt beschäftigt bin mit der Frage, wie machen wir da unten weiter, sehe ich mich einigermaßen inkompetent.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Präsident! Sie sind so präzis in Ihrer Auskunftserteilung, daß ich nach fast einem Jahr gehofft habe, daß mir jetzt wer gegenübersitzt, der mir sagt, wer in Wien für das AKH verantwortlich war. Der Bürgermeister Gratz hat es sich leicht gemacht, er hat gesagt, der Mayr war es, und ist aus diesem Ausschuß wieder hinausgegangen. Der Mayr — da bin ich Ihrer Meinung — war es sicher nicht, der war es sicher auch, aber er war es sicher nicht.

Dr. **Kandutsch:** Das habe ich nicht gesagt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nicht allein.

Dr. **Kandutsch:** Er war es maßgeblich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Er war es maßgeblich. Aber es war sicher auch der Bürgermeister Gratz, der ja für diese Fehlkonstruktion die Verantwortung trägt, denn das war ja hier auch zugegeben und eingestandenerweise seine Initiative und seine Erfindung. Sie können mir nicht helfen, das ein bissel androschartig zu quantifizieren?

Dr. **Kandutsch:** Nein. Was ich zu tun vermochte, habe ich versucht zu tun, und im übrigen halte ich mich dann an Wittgenstein: Was man nicht mehr versteht, soll man auch nicht zu artikulieren trachten. Ich bin ein großer Anhänger von Wittgenstein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nur glaube ich, daß Sie jetzt unterspielen, daß Sie von der politischen Verantwortung sehr viel verstehen.

Dr. **Kandutsch:** Dann hätte ich doch bleiben sollen in der Politik. — Also gut.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagen Sie, wie sehr aus der Sicht, die Sie heute haben, ist der Aufsichtsrat in seiner Komplettheit oder im Detail überfordert gewesen von dieser ganzen Aufgabenstellung?

Dr. **Kandutsch:** Ja, darüber haben wir relativ viel gesagt. Der Informationsvorsprung des Vorstandes oder der Mangel des Aufsichtsrates ist evident. Das ist hier besonders kraß. Es ist praktisch so — schauen Sie, darüber wird ja jetzt auch geredet —, daß man mit rein ehrenamtlichen Aufsichtsräten, die sich im wesentlichen doch auf den Vortrag des Vorstandes verlassen müssen, nicht auskommen kann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein.

Dr. **Kandutsch:** Und das will man ja ändern.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wird einer der heutigen Aufsichtsräte in der künftigen Konstruktion vertreten sein? Haben Sie da eine Ahnung?

Dr. **Kandutsch:** Das kann ich nicht sagen. Es werden wieder Bundesvertreter und Stadtvertreter sein. Ich kann mich ja nur kümmern darum, daß man sagt: Welchen Sachverstand brauchen wir da drinnen? Ich kann keinen zwingenden Einfluß nehmen auf die Entsendung bestimmter Personen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was hat denn den Ausschlag gegeben zur Umstrukturierung der Gesellschaft?

Dr. **Kandutsch:** Darüber habe ich eigentlich mit Herrn Abgeordneten Kohlmaier sehr lange gesprochen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Möglich. Entschuldigen, dann verzichte ich. Dann habe ich einmal einen Moment nicht aufgepaßt. Ich werde es

sicher nachlesen. Werden Sie die APAK weiterlaufen lassen?

Dr. **Kandutsch:** Nein. Ich werde sie weiterlaufen lassen: Bitte, der APAK-Vertrag läuft weiter bis zum Jahr 1985, und Verträge kann man ja ...

Es ist nur eines: Das Nebeneinander einer Errichtungs- und Planungsgesellschaft und einer Durchführungsgesellschaft, die den Bau managt und ihn überwacht, hat sich nicht bewährt. Es gibt dort Leerläufe, es gibt gegenseitige Beschuldigungen, es gibt ein Aufrechnen von Sünden, die der eine und der andere begangen hat, und es gibt damit Reibungsflächen, die man innerhalb eines Betriebes ausschalten sollte. Die Bereitschaft zu einer stärkeren Konzentration aller Agenden ist auf beiden Seiten da. Der Vorwurf, der mir gemacht wurde, daß ich durch mein öffentliches Reden die APAK sozusagen verhärtet hätte und ihr Image diminuiert, dieser Vorwurf hat sich nicht bewahrheitet. Es waren alle APAK-Leute bei mir, und morgen findet ein gemeinsames Gespräch mit der APAK statt mit dem Ziel: Wie können wir diese Zusammenarbeit verbessern? Mir wäre am liebsten eine Verschmelzung, das heißt, eine einzige Gesellschaft würde übrigbleiben, die AKPE. Das ist aber in erster Linie bitte eine Frage des Personals. Sie dürfen eines nicht vergessen: Eine Gesellschaft, die gegründet wird für ein begrenztes Ziel, damit für eine begrenzte Zeitdauer, kriegt nicht naturgemäß a priori die besten Leute. Und ich muß Ihnen sagen, wenn man die Vorstandsverträge sich ansieht, wie sich die Herren absichern, dann muß ich sagen, verstehe ich das von einem Mittelschulingenieur auch, daß er sagt: Und was ist, wenn das einmal aus ist hier, nicht? Das ist die Schwierigkeit. Ich könnte mir also vorstellen, daß man mit einem Personal-Leasing und ähnliche Dinge ... Aber man muß schon auch aus dem — was ich früher sagte — Rechtsgutachten Schachter sagen: Wenn man die Verantwortung hat für das gesamte Baugeschehen, dann muß man halt auch versuchen, die Befehlsgewalt oder die Anweisungsbefugnis für das gesamte Baugeschehen zu erhalten. Das ist jetzt Zielsetzung. Ich hoffe, daß wir uns mit den Herren einigen, denn es gefällt ihnen sicher nicht, daß sie jetzt auch in der Zeitung stehen: Schuld ist eigentlich die APAK, und was tut die eigentlich, und diese Geschichten mehr. Es sind ja wirklich potente Planungsfirmen und Projektmanager, wenn ich an die Austroplan denke, die sich hier ja eine Referenz erwerben wollen, was ich sehr hoffe, daß also Leute aus der Allplan oder Austroplan einmal in Zukunft dann für die hinter ihnen stehenden Firmen in der Welt sagen können: Wir sind Spitalsplaner, schaut nach Wien.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bin ich richtig informiert, daß am vergangenen Freitag in Wien im Bereich der Gemeinde Wien auch die Geschäftsverteilung im Vorstandsbereich neu geordnet worden ist?

Dr. **Kandutsch:** Die Geschäftsverteilung sicher nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber drei Vorstandsbereiche festgelegt?

Dr. **Kandutsch:** Die Geschäftsverteilung ist in der Geschäftsordnung vom Aufsichtsrat genehmigt. Wenn Sie meinen, neue Geschäftsführer, neue Persönlichkeiten, das ist natürlich bekannt. Der Herr Generaldirektor Kraus hat ja schriftlich seinen Rücktritt angeboten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Er amtiert aber derzeit.

Dr. **Kandutsch:** Ja. Und dasselbe, höre ich, hat Herr Direktor Parzer vor. Und was der dritte, der Haustechniker, macht, das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Entschuldigen Sie, ich habe den letzten halben Satz nicht gehört. Der Haustechniker macht das jetzt ...

Dr. **Kandutsch:** Das ist noch unbekannt. Er ist ja erst, bitte, seit 16. Dezember des letzten Jahres installiert, nachdem, bitte, fast ein dreiviertel Jahr dieser wichtigste Vorstandsbereich verwaist gewesen ist. Ich muß sagen: Das gehört auch zu den ganz schweren Fehlentwicklungen. In einem Zustand, wo die Haustechnik das Problem Nummer eins ist, hat eigentlich durch lange Zeit hindurch ein einziger Vorstandsdirektor alle drei Bereiche abgedeckt. Daß daher die Bauleistung, der Bauumfang im Augenblick ein äußerst dürftiger ist, kann niemanden überraschen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe einstweilen keine Frage.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Abgeordneter Dr. Gradischnik.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Präsident, wie beurteilen Sie die Arbeiten der ABO?

Dr. **Kandutsch:** Unterschiedlich. Die ABO hat aus Leuten bestanden, die auf dem Gebiete der Ver- und Entsorgung, also das, was man die Infrastruktur nennt, durchaus gute Fachleute waren. Sie ist halt auch eine Arbeitsgemeinschaft, bei der man nicht sagen kann, alle Bereiche sind gleich gut qualifiziert gewesen. Der EDV-Bericht, den wir sehr genau studiert haben, weil ich in meinem Team einen wirklich hervorragenden Fachmann habe, hat uns absolut nicht befriedigt. *(Abg. Dr. Feurstein:*

Der EDV-Bericht?) Der EDV-Bericht, also der Bericht über die EDV-Planung. Der Bericht über die medizintechnische Planung ist von den Klinikchefs und vom Bauausschuß in Grund und Boden gedonnert worden. In anderen Bereichen, muß ich sagen, sind Planungen leider nicht erbracht worden, die längst da sein müßten. Zum Beispiel die ganze Zentralküche hat keine Betriebsorganisationsplanung. Es hängt daher die Funktions- und Raumplanung sehr in der Luft. Aber gleichzeitig haben wir nicht nur die baulichen Fortschritte jetzt schon, sondern haben die gesamten Kücheneinrichtungen schon bestellt. Also das ist auch wieder ein Fall, wo sich die Betriebsorganisationsplanung mehr an die Einrichtung richten wird als umgekehrt.

Insgesamt, möchte ich sagen, ist die Betriebsorganisationsplanung überzahlt. Wir halten die 122 Millionen Schilling, die bis jetzt bezahlt wurden, für überhöht. Das, bitte, steht auch schon im Rechnungshofbericht und im Kontrollamtsbericht.

Es kommt dazu noch ein Argument im Rückschluß, das ganz unglaublich interessant ist: Der zweite Teil der Betriebsorganisationsplanung hätte noch 250 Millionen Schilling ausmachen sollen. Das wurde umstrukturiert. Es wurde eine eigene Betriebsorganisationsplanungsabteilung in der AKPE gemacht und wurde im Aufsichtsrat so beschlossen auf Antrag des Vorstandes, daß in Zukunft 60 Prozent der Betriebsorganisationsplanung im eigenen Haus und 40 Prozent außer Haus gegeben werden an Beratungsfirmen, und zwar vor allem im medizinischen Bereich, weil man hier sagt: Man muß den Klinikchefs gegenübertreten mit hochrenommierten, bedeutenden Betriebsberatern. Die gibt es vor allem im Ausland, in der Bundesrepublik, in der Schweiz, in Stockholm. Und die Kostenschätzungen sind für beide Teile 70 Millionen Schilling, was ich für zu gering erachte. Aber bitte, sollen es 100 Millionen Schilling werden. Und dort wären noch 250 Millionen Schilling zu zahlen gewesen, wenn es den ganzen Krach nicht gegeben hätte. Ich glaube, einen besseren Beweis, daß das überzahlt gewesen ist, kann es gar nicht geben.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Um wieviel, Herr Präsident, glauben Sie, ist das überzahlt?

Dr. **Kandutsch:** Das wird die Abrechnung ergeben. Und bitte, das müssen Sie auch noch wissen: Der Geschäftsführer der Betriebsorganisationsplanung ist ein ehemaliges Mitglied der ABO. Das ist der Herr Kruse, der in der Techmed die Arbeiten gemacht hat auf dem Sektor Küche, Versorgung, Entsorgung, Müllabfuhr, Wäsche und diese Geschichten. Er versteht halt wirklich etwas davon, keine Frage. Das heißt also, man kann nicht hergehen und sagen: Hier hat jemand Kosten geschätzt, der von dem Geschäft keine Ahnung hat oder der der ABO eines auswischen wollte.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wann ist mit der Schlußrechnung zu rechnen?

Dr. **Kandutsch:** Der Vertrag für die Planung läuft noch auf vier Jahre, und dann erst wird man sehen, wie es dann wirklich geworden ist. Ich muß sagen, für mich ist das letzte Wort auch in dieser Auftragsstruktur noch nicht gesprochen, weil ich der Auffassung bin, ich werde sehr, sehr sorgfältig schauen, ob diese Ausschreibungen, diese Beratungsfirmen wirklich in dem Ausmaß notwendig sind. Was heute die Betriebsberater kosten, ist ja unvorstellbar. Ein Herr aus der Bundesrepublik hat heute einen Manntagessatz von 2 400 DM plus Nebengebühren. Der kommt auf 17 000, 18 000 Schilling pro Tag, Herr Abgeordneter! Weil Sie *(zu Herrn Abg. Dr. Kapaun)* früher gemeint haben wegen der Bezüge. Ich rede mit Ihnen, ja.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Da decken Sie sich mit der Aussage von Herrn Direktor Kraus in dem Fall. Bei den geschätzten 70 Millionen dekken Sie sich nicht. Aber ich will den Kollegen nicht unterbrechen.

Dr. **Kandutsch:** Und was sagt er?

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Eine andere Ziffer.

Dr. **Kandutsch:** Darf ich Ihnen bitte den Aufsichtsratsbeschluß . . .

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ich glaube es Ihnen, aber Kosten kann man in der Regel nicht beschließen auf dem Gebiet.

Dr. **Kandutsch:** Nein, man kann ein Konzept beschließen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Das weiß ich.

Dr. **Kandutsch:** Das Konzept hat geheißen: Wir machen das jetzt so. Und der Aufsichtsrat ist, glaube ich, sehr gut beraten, daß er vom Vorstand verlangt: Auf Grund konkreter Berechnungen.

Bitte, bei den 70 Millionen ist etwas nicht berücksichtigt, das muß ich hinzusagen: die Mitarbeit der MA 17. Aber die Mitarbeit der MA 17 hat ja noch nicht eingesetzt. Das ist ja auch ein Schwächepunkt, den ich nicht begreife, daß eine Stadt wie Wien mit so vielen Spitälern, wenn man sagt: Gebt uns vier Leute, die da hier mitreden können!, sagt: Wir suchen ununterbrochen, aber wir haben noch keine.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Präsident! Wir haben hier im Ausschuß einen Zeugen gehört, das war der engste Mitarbeiter des ehe-

maligen Vorstandsdirektors Winter, konkret es war Dipl.-Ing. Winkler, der als ein Erfolgskriterium den Umsatz dargestellt hat. Der hat gemeint, wenn in einem Jahr sehr viel umgesetzt wird, also sehr viel bezahlt wird, dann wird auch sehr viel gebaut, und das ist das Erfolgskriterium.

Bitte, wie beurteilen Sie diese Unternehmensstrategie?

Dr. **Kandutsch:** Das ist ein Erfolgskriterium, aber nicht das alleinige. Das ist genauso, wenn Sie heute ein Unternehmen haben und sagen, die setzen phantastisch viel um, und dann kommt die Gewinn- und Verlustrechnung, und dann machen sie einen Patzen Minus. Dann wird auch keiner sagen, also das war glänzend.

Sie können ja die Umsätze zum Beispiel auch steigern durch gewaltige Vorauszahlungen. Haben wir auch erlebt, sind wir sehr dagegen, daß man auf Leistungen anzahlt auf eine Laufzeit von 80 Monaten zum Beispiel.

Jahr für Jahr sind dort unten Gelder übriggeblieben. Und es ist fast so wie ein bissel in der öffentlichen Hand, wo man am Jahresende auch schaut, daß man nur das Geld hinausbringt, sonst verfällt es.

Also ich sage: Die Bauumsätze nach dem Jahre 1976 sind sicherlich ein Zeichen, daß etwas weitergegangen ist. Aber man muß auch dann fragen, wie effizient und mit welchen Kosten.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Präsident! Darf ich jetzt nochmals auf den ABO-Vertrag zurückkommen, auf den 122-Millionen-Vertrag. Der ist doch mit 31. 1. 1981 beendet?

War das jetzt ein Irrtum mit den vier Jahren, weil Sie gesagt haben, dann wird man erst sehen wegen der Schlußrechnung.

Dr. **Kandutsch:** Der Vertrag ist ausgelaufen und die Tätigkeit eingestellt worden, und jetzt werden die im ABO-Vertrag vorgesehenen Leistungen durch Hauseigene, das heißt durch eigenes Personal plus Fremdleistungen, innerhalb der nächsten vier Jahre weiterbearbeitet, und dann kann man erst sehen, ob die Kostenschätzung der jetzigen Geschäftsführung mit diesen 73 Millionen oder 100 Millionen eingetreten ist.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Dann wird die Schlußrechnung erst in vier Jahren gelegt werden?

Dr. **Kandutsch:** Das ist also keine ABO-Leistung mehr dann, aber es ist die zu erbringende Leistung für die Betriebsorganisationsplanung, die ja als Aufgabe bleibt.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Danke schön.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Sie haben geäußert, Sie sind nicht der Meinung, daß man Beamten, wenn sie zu Managern werden, höhere Gehälter bezahlen soll. Gilt das auch für Herrn Ministerialrat Freudenreich?

Dr. **Kandutsch:** Ich bin sehr froh, daß das aufgegriffen wird. So habe ich es nicht gesagt. Ich habe gesagt: Nur deswegen, weil einer bisher Beamter war und nunmehr zum Manager eingesetzt wird, hat er ja noch nicht höhere Qualitäten oder die höheren Weihen eines Managements, sondern er kann natürlich, wenn er ein guter Beamter ist — und das hoffe ich —, schon vorher ein Managementtalent gewesen sein. So habe ich es also gemeint.

Ich sage ausdrücklich, meine Herren, ich werde immer wieder angegriffen, auch weil ich dafür gesorgt habe, daß die Beamten, die karenzierten, die bei mir unten arbeiten ...

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Denn sonst wären sie ja nicht mitgegangen.

Dr. **Kandutsch:** Nein, nicht mitgegangen, bitte, das kann man nicht sagen. Ich hätte, wenn Sie wollen, den Freudenreich auch um billigeres Geld mitbekommen. Es gibt ja auch noch eine andere Animation. Aber ich sehe gar nicht ein, daß ich Freiberufler aufnehmen muß, die nach der Gebührenordnung eine bestimmte Besoldung kriegen, und daß die hauptamtlichen Prüfer, die wirklich die Träger sind — denn prüfen, meine Herren, ist auch eine Fähigkeit sui generis, die muß man gelernt haben —, dann um das Schemagehalt dort unten als einzige in dem Haus tätig sind.

Ministerialrat Freudenreich bezieht die Hälfte Monatsbezug des Generaldirektors; das halte ich für eine absolut gerechtfertigte Relation. Nur kriegt der Generaldirektor das 17mal, und meine Mitarbeiter kriegen es 14mal. Ich halte die 17 Gehälter für einen Unfug, unter uns gesprochen, die ich auch in Zukunft bekämpfen werde, wenn wir eine GesmbH machen. Denn wo ist denn da ein Bilanzgeld, bitte? Wo sind die betriebswirtschaftlichen Erfolge?

Obmann Dr. **Steger:** Ich glaube, daß wir damit doch weiterkommen können zur Vergangenheitsbewältigungsdiskussion.

Herr Abg. Dr. Feurstein.

Dr. **Kandutsch:** Mir war das sehr wichtig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Präsident! Sie haben uns einen Mann genannt, der jetzt in der BO-Planung arbeitet. Kennen Sie die Leute zunächst?

Dr. **Kandutsch:** Die anderen?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die anderen, die in der BO-Planung jetzt arbeiten.

Dr. **Kandutsch:** Nein, ich kenne nur bitte ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns sagen, ob es Leute, Personen gibt, die von der ÖKODATA gekommen sind?

Dr. **Kandutsch:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wen?

Dr. **Kandutsch:** Also bitte, ich muß sagen ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber es gibt Leute?

Dr. **Kandutsch:** Ich habe für Zahlen ein besseres Gedächtnis als für Namen, aber es gibt jedenfalls Leute. Ich habe mich sofort auf den Standpunkt gestellt, es gibt keine Sippenhaftung. Wenn einer bei der ÖKODATA war, ist er, wenn er in Ordnung ist und brauchbar ist, genauso zu verwenden wie jemand, der bei TECHMED war. Der Herr Kruse war bei TECHMED.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bei TECHMED.

Dr. **Kandutsch:** Mir hat das nicht gefallen, daß wir ihn nehmen mußten. *(Abg. Dr. Feurstein: Sie müssen sich nicht rechtfertigen!)* Wir haben eine Ausschreibung verlangt und bekommen, und dann ist er halt übriggeblieben als der geeignetste.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns eine Liste geben von Personen, die von der ÖKODATA gekommen sind, von der MED-CONSULT gekommen sind?

Dr. **Kandutsch:** Da ist, glaube ich, nur er. ÖKODATA, bitte ich werde das ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): MED-CONSULT habe ich gehört. Also TECHMED noch ein zweiter. Aber ich weiß es nicht sicher.

Können Sie uns da eine Liste schicken? Das ist sicherlich nicht Betriebsgeheimnis.

Dr. **Kandutsch:** Das ist, glaube ich, nicht schwierig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Also Leute, die von der ÖKODATA gekommen sind und von der TECHMED. Und eventuell auch eine Liste von Neuaufnahmen von Mitarbeitern, ehemaligen Mitarbeitern der Consultatio. Das wäre für uns interessant.

Dr. **Kandutsch:** Es gibt, soviel ich weiß, nicht einen einzigen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Den Zacek gibt es.

Dr. **Kandutsch:** Der war ja schon drinnen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, ich sage es ja.

Dr. **Kandutsch:** Der Zacek war drinnen, ist von der APAK gewesen, ist übernommen worden, ist der Chef der Buchhaltung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gibt es sonst niemanden, der früher einmal bei der Consultatio war oder arbeitet?

Dr. **Kandutsch:** Nein, soviel ich weiß. Aber ich bin dem nicht akribisch nachgegangen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns das prüfen. Darf ich Sie bitten darum.

Dr. **Kandutsch:** Ja, bitte.

Darf ich aber eine Gegenfrage stellen: Sind wir uns einig, nachdem wir das vorher festgestellt haben, daß das ja eigentlich überhaupt kein Kriterium ist ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Keine Befähigung ist.

Dr. **Kandutsch:** ... für Tüchtigkeit, Verwendbarkeit oder die moralische Integrität eines Menschen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Da stimme ich mit Ihnen vollkommen überein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das trifft besonders auf Zacek zu.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was macht die MEDIPLAN jetzt? Wir haben gehört, die MEDIPLAN hat einen neuen Vertrag.

Dr. **Kandutsch:** Da bin ich überfragt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie das nie geprüft?

Dr. **Kandutsch:** Wo soll die mit ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie hat ein Honorar im Jahre 1980 in der Größenordnung von 400 000 S bekommen, haben wir von Karsten Becker mitgeteilt bekommen, und zwar in Ihrer Zeit ausbezahlt.

Dr. **Kandutsch:** Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer, welche externen Firmen arbeiten an der BO-Planung jetzt mit?

Dr. **Kandutsch:** Noch gar keine.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gibt es Ausschreibungen?

Dr. **Kandutsch:** Es ist eine Ausschreibung erst im Gange. Aber da wir uns über die Betriebsorganisationsplanung, über das System und so weiter noch nicht sehr geeinigt haben, habe ich da eine retardierende Haltung eingehalten. Ich muß sagen, ich glaube, daß

man das erst jetzt einmal ganz intensiv mit Wissenschaftsministerium und der Medizin besprechen muß, ob das wirklich überhaupt das bringt, was man sich immer vorstellt bei den Beratern.

Ich stelle schon immer die Haare auf, wenn ich das Wort Berater höre. Es gibt tolle Berater, die lehnen zum Beispiel einen Auftrag ab. Einen 9-Millionen-Auftrag hat im vergangenen Jahr der Professor Wischer aus Stuttgart abgelehnt, eine Ist-Zustandserhebung, weil er gesagt hat: Wenn ich Ihnen das sage, was Sie sowieso wissen müssen, brauche ich kein Geld dafür. Aber sonst gibt es wieder Berater, die nehmen jeden Auftrag an, insbesondere um dann den Ärzten zu sagen, wie der Krankentransport vor und nach der Operation gemacht wird, und dann kommt der Professor und sagt, lauter Blöde, das mach' ich nie in meinem Leben. Was habe ich dann davon? Da bin ich viel mehr für die Einbindung der Mediziner, und dann erst werden wir ausschreiben, wenn wir wissen, wo reicht unser eigener Sachverstand hin und wo brauchen wir die Erfahrungsstandards ausländischer wirklich potenter Berater — und Inländer! Bitte, ich sage einen Blödsinn, ich korrigiere mich. Das war nämlich die erste Forderung, daß man von der Philosophie abrückt, es müssen lauter Ausländer sein, als ob es in Österreich nicht auch Betriebsberater und Organisatoren gäbe, die etwas zu sagen hätten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Präsident, bin ich richtig, wenn ich feststelle, daß eine Beurteilung, Leistung und Honorierung der BO-Planer durch die ABO erst nach Vorlage des Wegenstein-Gutachtens möglich ist?

Dr. **Kandutsch:** Das ist selbstverständlich eine sehr gründliche Arbeit, die hier gemacht wird. Ich glaube, sie ist im Mai fertig. Und da Wegenstein ein Beratungsinstitut ist, von dessen Qualität und Seriosität ich auf Grund meiner Rechnungshoferfahrungen überzeugt bin, glaube ich, daß dieses Gutachten eine sehr bedeutende und seriöse Aussage bringen wird.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Meine Frage beantworten Sie damit mit ja?

Dr. **Kandutsch:** Ja, da sage ich: nicht nur. Schauen Sie, nur Wegenstein ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein, eine endgültige, ich habe gesagt: endgültige.

Darf ich Sie anders fragen? Ist es jetzt derzeit möglich, eine endgültige Beratung der Preisangemessenheit und Leistungsangemessenheit der BO-Planung durch die ABO durchzuführen?

Dr. **Kandutsch:** Auch nicht eine endgültige. Es wird davon abhängen *(Abg. Dr. Feurstein: Also nicht!)*, was die anschließende Planung besser zustande bringen wird. Solche Leistungen kann man doch nur im Vergleich erfassen. Und ich sage nur eines, endgültig sage ich gar nichts, weil der Wegenstein ist auch ein menschliches Institut und damit mit der Möglichkeit eines Irrtums behaftet. Ich glaube, daß diese Aussage von Wegenstein ein wesentliches Mittel sein wird, die Preisangemessenheit, nämlich hie Preis, hie Leistung, zu beurteilen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wesentlich, das genügt mir.

Herr Präsident! Sie haben bereits die MedConsult als nicht befriedigend in der Leistung beurteilt. Ich bin nicht ganz sicher, ob Sie bei diesen Funktionsbereichen, die Sie jetzt genannt haben, auch die Ökodata mit eingeschlossen haben, wo nicht befriedigende Leistungen erbracht worden sind. Bei der MedConsult kann ich es eindeutig feststellen auf Grund der Aussage, die Sie gemacht haben.

Dr. **Kandutsch:** Ich kann aber nicht eine solche ... Wenn Sie eine Differenzierung ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie anders fragen: Gehört einer dieser Funktionsbereiche, die Sie angesprochen haben, zum Leistungsspektrum der Ökodata?

Dr. **Kandutsch:** Schauen Sie, die ABO hat insgesamt in der Ökodata gearbeitet. Sie wissen, das war der Sitz aller Mitarbeiter. Und die haben Teams gemacht. Ich kann Ihnen heute ... Erstens hätte ich das studieren müssen, wiederum mit Fachleuten, und auseinanderklauben: Wer hat was geschrieben? Das sehen Sie ja in einem Rechnungshofbericht auch nicht. Das ist ja ein Teamwork.

In dem Bereich, den ich genannt habe: Versorgung, Entsorgung, auch Kostenberechnung, Kostenschätzung, dort ist die Ökodata ganz sicherlich mitbeteiligt. Dort sagen wir eher, daß die Ergebnisse auch, bitte, auf Grund der Urteile der Nutzer ... Auf die kommt es ja an, daß die dann sagen: Hier habe ich einen Planungs-, Organisationsplanungsvorschlag, mit dem kann ich wirklich arbeiten. Da ist der Bereich gut abgedeckt. Der medizinische Bereich wird so abgelehnt, daß bei einer Besprechung mir die führenden Herren ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Medizinischer Bereich, wenn ich eine Zwischenfrage machen darf, ist Riethmüller?

Dr. **Kandutsch:** Ja. — Daß die gesagt haben: Bitte, Herr Präsident, wenn Sie uns nicht zur Weißglut reizen wollen, so quasi, bringen Sie uns keine Daten mehr von der ABO. Wir haben die Leute erst gelehrt, die waren Lehrlinge bei

uns, was ein Krankenhaus ist. Und dann hätten wir das befolgen sollen, was die uns vorgeschlagen haben.

So vernichtend ist das Urteil. Ich habe gesagt: Ja bitte, meine Herren, ich höre immer nur, daß die ABO so fabelhaft gearbeitet hat. Worauf die Professoren gesagt haben: Das haben wir nie gesagt und immer versucht, auch klarzumachen, wie die Fakultät darüber denkt. Aber wir sind mit unserer Meinung nicht durchgedrungen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Nur eine Zwischenfrage: Bei wem sind sie mit ihrer Meinung nicht durchgedrungen? Bei wem?

Dr. **Kandutsch:** Das Bund-Stadt-Wien-Komitee ist das Komitee, wo die MA 17 und der Herr Ministerialrat Leucht mit den Medizinern dort sitzen, und dort hat man gesagt: Hinauf zu den Organen der AKPE und zu den Politikern. Das war die Meinung der Professoren Steinbereitner und Deutsch; er ist ein Kärntner. Sind Sie nicht auch ein Kärntner?

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Ja.

Dr. **Kandutsch:** Er ist auch ein Kärntner, daher sehr temperamentvoll, und der hat das formuliert mit den Lehrlingen und so weiter.

Also: Wir sind mit der Meinung nicht zu den Verantwortlichen vorgedrungen, daß auf dem Gebiet etwas getätigt wird, eine Ausgabe und eine Arbeit, eine sehr teure, von der wir überzeugt sind, daß sie unbrauchbar ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Präsident! Ich habe den Eindruck auf Grund der Einvernahmen — wir haben uns sehr eingehend mit dieser Leibschüsselspülmaschine befaßt —, daß eigentlich das Gutachten von Professor Flamm entscheidend gewesen ist.

Nun kommt die Frage: Warum hat Flamm diesem Hildebrand-Projekt den Vorzug gegeben und für die anderen Produkte kein Gutachten ausgestellt? Haben Sie hier Feststellungen machen können, was entscheidend war, daß Flamm das eine und das andere nicht begutachtet hat?

Dr. **Kandutsch:** Er hat zwei Gutachten gemacht, und die beiden Gutachten waren positiv. Das war vor allem ZK-Hospital. Bitte, nicht nur positiv, er hat auch viel herumgemeckert. Ein tolles Gutachten, daß man sagen kann, die Hygiene ist hingerissen, war es überhaupt nicht.

Es gibt im Aufsichtsrat sogar eine Formel, wo mir gesagt worden ist, na ja, das ist zwar auch ein Fünfer, aber die anderen haben nicht einmal eine Note.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber das Gutachten war entscheidend.

Dr. **Kandutsch:** Aber es geht nicht um Hildebrand, sondern es geht um Austromat. Das österreichische Produkt hat alle anderen Kriterien nach der Kriterienliste voll erfüllt, hat aber kein Gutachten von Flamm kriegen können, weil er gesagt hat: Ich habe keine Zeit, kommen Sie im März.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und das war zu spät.

Dr. **Kandutsch:** Der ist ja wahnsinnig überlastet. Nur: Es gibt fünf Hygieniker in Österreich, die einen internen Vertrag haben, nach dem jeder das Gutachten des anderen als sein Gutachten anerkennt. Es hätte also, wenn die Ausschreibung nicht gelautet hätte: Flamm, sondern Flamm oder ein Gleichwertiger, hätte man nach Graz zum Möse gehen können.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber meine Frage: Warum lautete die Ausschreibung so? Haben Sie das festgestellt?

Dr. **Kandutsch:** Ich halte diese Ausschreibung für unzumutbar und für nicht einem fairen Wettbewerb entsprechend.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Flamm war ja sonst als Gutachter tätig?

Dr. **Kandutsch:** Aber der Flamm hat die Ausschreibung nicht gemacht. Das hat der Vorstand gemacht, das ist eine Entscheidung des Generaldirektors.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und warum? Können Sie uns dazu etwas sagen? Da ist etwas passiert, für mich eindeutig, aber ich kann es nicht ...

Dr. **Kandutsch:** Es ist gesagt worden: Da ist ein sehr sensibles Produkt, Leibschüsseln und Urinflaschen für die Hygiene eines Hauses, noch dazu in dieser Massierung. Und hier haben wir nun einmal ein Gutachten, da dürfen wir nichts mehr experimentieren. Außerdem müssen wir es schnell machen, schnell, sonst wären die Stahltrennwände nicht aufzustellen gewesen.

Das zweite Argument ist völlig falsch, klarerweise. Denn es ist natürlich so, daß diese Apparaturen von den Gängen aus in diese Naßzellen hinein sind, die man da bei den einzelnen Abteilungen der Krankenzimmer, von dort aus zu montieren hat.

Mehr müssen Sie den Herrn Generaldirektor fragen, warum man es so eilig gehabt hat. Wir haben es jedenfalls sehr bedauert, daß ein österreichisches Produkt hier, wobei mich ja als Steirer noch besonders wurmt ... und VEW, Herr Abgeordneter, wo wir heute sagen: Alle

Heiligen helft nach steirischem Muster, daß wir die über die Runden bringen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber es geht jetzt um den Professor Flamm. Ich sehe da ...

Dr. **Kandutsch:** Ja, da müssen Sie den Flamm fragen. Ich kenne ihn nicht einmal. Wenn der Flamm sagt, ich habe keine Zeit, muß ich das einem Professor glauben. Der Fehler war, daß man auf dem Flamm bestanden hat. *(Abg. Dr. Feurstein: Eben!)* Das war der Fehler. Und ich kann nur von dem Fehler reden, den ich erkenne.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Den Fehler erkenne ich auch, Herr Präsident! Aber ich hätte gedacht, Sie hätten noch mehr dahinter feststellen können.

Dr. **Kandutsch:** Nein, nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie jetzt fragen: Es gab zwei Politikergipfel: 27. Mai und 18. Juni 1980, wo ich glaube, daß sehr wichtige Dinge beschlossen worden sind.

Erster Punkt hieß: Einsetzung einer Expertengruppe, um die Istzustandserhebung über Planung und Baudurchführung durchzuführen; so heißt es wortwörtlich. Finanzminister Androsch hat uns mitgeteilt, daß es nicht gemacht worden ist. Ich betrachte das als einen Mangel, daß es nicht gemacht worden ist. Hat sich ein Politiker bemüht, diesen Punkt zu verwirklichen während Ihrer Zeit der begleitenden Kontrolle?

Dr. **Kandutsch:** Es sind, wie ich Ihnen früher schon sagte, der Professor Wischer, der Herr Krankenhausverwaltungsdirektor Weber aus Münster hier in Wien gewesen und andere Herren und haben eine solche Untersuchung gemacht, um überhaupt festzustellen, ob eine Istzustandsanalyse heute noch sinnvoll ist. Und aufgrund dieser Gutachten haben wir — ich bekenne mich hundertprozentig dazu — stark mitgewirkt, ich meine das Kontrollbüro, diese neuerliche große Geldausgabe nicht zu tätigen, weil ich der Auffassung bin und auch jetzt noch mehr denn je: Istzustandserhebungen bringen uns nicht mehr weiter, sondern nur Verbesserungen des Managements.

Wischer hat geschrieben: Der Bau steht in seinen Konturen, die Haustechnik ist zu 90 Prozent vergeben, die Nutzerwünsche sind, wie Sie uns mitteilen, abgestimmt. Was soll ich hier noch untersuchen um 9 Millionen? Er allein, das hätte bestimmt 15 Millionen gekostet.

Wir sind über diesen Zustand hinaus, ich weiß, daß auch jetzt wieder neuerlich solche Wünsche bestehen. Glauben Sie mir, wir müssen den Mut haben, aus dem bestehenden Zustand und dem Wissen jetzt Konsequenzen zu ziehen, und nicht ewig weiteranalysieren, was ja wiederum Bauverzögerung bringt, selbstverständlich.

Auch das SSK-Gutachten 1976 hat in den ganzen Konsequenzen bei weitem nicht das gebracht, was man sich von ihm erhofft hat. Daher ist meine Parole: Verbesserung des Managements, alle Mann an Bord, aber nicht mehr Ausländer suchen.

Das bedeutet nicht, Herr Abgeordneter, daß wir nicht engste Beziehung halten zu jenen Leuten, nicht wieder Professoren, die mit großen Grob- und Feinanalysen daherkommen, sondern zu jenen Leuten, die in der Bundesrepublik sich mit den gleichen Spitalsmonstren herumschlagen.

Es geht zum Beispiel heuer im November Münster in Betrieb, endgültig. Und dieser Herr Weber, bei dem werden wir im Mai dort sein und werden uns die Übersiedlung und die ganze Planung usw. anschauen, auch das Verhalten der dortigen Behörden.

Wissen Sie, was bei uns nämlich passiert: Wir machen einen Bau ohne bautechnische, ohne medizinbehördliche Genehmigung. Hintennach kriegen wir dann ein solches Buch, zum Beispiel bei der Kinderklinik 255 Bauauflagen gegenüber einem fertigen Projekt. Dort liegen die Probleme! Da brauche ich keinen Wischer mehr. Und ich muß sagen: Hut ab vor dem Mann, daß er einmal gesagt hat, erspart euch das Geld und schaut endlich, daß ihr den eigenen Laden in Ordnung bringt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Immerhin die Küche ist da, und man weiß nicht, was man braucht.

Dr. **Kandutsch:** Die Küche?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie gerade gesagt.

Dr. **Kandutsch:** Nein. Dann habe ich mich falsch ausgedrückt. Bei der Küche weiß man sogar so genau, was man braucht, daß man sämtliche Geräte bereits bestellt hat, weil die Bauleute sagen, wir müssen wissen, wo wir die Auslassungen usw. zu machen haben, sonst können wir nicht weiterbauen. Also das sind jetzt Apparate, die kommen von Ranshofen bzw. Berndorf, es sind sehr viele italienische dabei etc., es fehlt die Betriebsorganisationsplanung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Eben. Es ist aber wichtig, daß eine Küche im Betrieb funktioniert.

Dr. **Kandutsch:** Das ist sehr wichtig, zum Beispiel welche Taktverfahren mache ich, wann muß ich für wie viele Leute die Menüs

beisammen haben, in welchem Bettenturm müssen die sein etc.

Da sind ja auch in der Vergangenheit tolle Dinge passiert bei den Containern. Schauen Sie, was eine solche Umplanung vor allem mit sich bringt. Da hat man 24 Betten ursprünglich gehabt, das ist eine Betteneinheit, die beliefert wird. Dann kommt das berühmte SSK-Gutachten, dann macht man 28, jetzt haben wir Container, wo nur 18 Menüs hineingehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Präsident ...

Dr. **Kandutsch:** Jetzt müssen wir entweder doppelt hinschicken usw. Das ist der Fehler.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Gebäude für die medizinisch-technischen Schulen sollen um 36 000 auf 50 000 Kubikmeter reduziert werden. Ist das gemacht worden?

Dr. **Kandutsch:** Weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Im Erweiterungsbau Ost, sogenannte Penthäuser für Ärztezimmer, dort soll das Bauvolumen um rund 9 000 Kubikmeter reduziert werden.

Dr. **Kandutsch:** Ja, das ist jetzt reduziert, es soll wieder aufgestockt werden. Das ist ein Politikergipfel, der sich damit beschäftigen wird, ich habe Ihnen gesagt ...

Wenn der Bedarf gegeben ist, aber hundertprozentig, dann sind wir dafür, daß es jetzt gebaut wird. Denn jetzt die Bauten aufrichten und dann in zehn Jahren wieder anfangen, eine Baustelle zu machen, wäre unwirtschaftlich und eine Störung des Betriebes. Aber es geht immer um die Frage: Ist der Nutzerwunsch überprüft und unabweislich? Und daß wir natürlich jetzt härter werden in der Ablehnung solcher Dinge ist gar keine Frage. Aber da gibt es andere Einsparungsmöglichkeiten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein, ich frage Sie, ob die Einsparungen, die die Politiker beschlossen haben, das sind ja die Spitzen ...

Dr. **Kandutsch:** Die gilt noch.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die gilt noch. Aber noch nicht vollzogen?

Dr. **Kandutsch:** Sie gilt, das heißt, sie ist nicht vollzogen, denn wenn das nicht aufgehoben wird das Verbot, die Penthäuser zu bauen, dann werden sie nicht gebaut.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann drittens die Kosten des Projektes Neurochirurgie werden mit 400 Millionen Schilling limitiert. Wird diese Limitierung eingehalten?

Dr. **Kandutsch:** Mir ist nichts anderes bekannt bis jetzt, aber ich bin im Detail nicht so informiert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die zweite Bauphase des Hochvoltbunkers kostet rund 250 Millionen Schilling; dies entspricht heute 320 Millionen Schilling. Die endgültige Entscheidung, in welcher Form diese Mittel bereitgestellt werden, ist bis Frühjahr 1982 zu treffen. Ist hier etwas gemacht worden, diese Entscheidung vorzubereiten?

Dr. **Kandutsch:** Ja, sicher, über diese Frage haben wir sehr viel diskutiert, und ich möchte sagen, für mich ist diese Diskussion nicht zu Ende, ob wir überhaupt und in welcher Größe den Hochvoltbunker dort hinbringen, hinbauen müssen. Wenn er gebaut werden muß, ist das ein fürchterliches Bauwerk, vor dem Zentralbau wieder hin. Es geht in die Tiefe, es ist also ein Bunkerbau mit dahinter liegender im Zentralbau liegender technischer Infrastruktur. Aber er kommt in eine Reihe, wo eben zum Beispiel die I. Medizinische Klinik dann abgerissen werden muß usw. Diese Fragen will ich neu zur Diskussion stellen. Ich glaube, daß man bei dem Bunker noch eine grundsätzlich andere Lösung zustande bringt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Präsident, meine Fragen gehen in eine andere Richtung: Wieweit Politiker ihre Entscheidungen getroffen haben, wieweit diese Entscheidungen, die sie getroffen haben, eingehalten werden und von den Politikern auch die Einhaltung kontrolliert wird.

Dr. **Kandutsch:** Das ist eingehalten worden, es wird 1982 weiter entschieden. Jedenfalls hat der zuständige Professor statt vier gewünschter Linearbeschleunigern nur zwei gekriegt, und das Zyklotron ist überhaupt noch nicht genehmigt. Hier wird also von der Fakultät wahnsinnig Sturm gelaufen, daß sie nicht ihre Wünsche erfüllt bekommt. Also einmal ein Beispiel, daß nicht jeder Medizinerwunsch sofort erfüllt wird.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ein Ausnahmebeispiel.

Dr. **Kandutsch:** Bitte, seien Sie einmal froh, daß etwas gutgeht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie fragen: In der Haustechnik soll es zu einer Kostenminimierung kommen. Ist das eingehalten worden?

Dr. **Kandutsch:** Das halte ich bitte für ein Programm ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ein Beschluß, der nicht realisierbar ist?

Dr. **Kandutsch:** Wie sagen wir: ein Programm vor der Wahl oder die Gespräche der Jäger nach einer Jagd. Was das bedeuten soll, die Minimierung ... Wir sind jetzt schrecklich

daran, bei den Sprinkleranlagen, bei allen diesen Dingen, bei den Containern, bei den Duschen, beim Transportsystem ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber, Herr Präsident, ich muß Sie schon erinnern: Das ist ein Protokoll, das veröffentlicht wird, und Sie haben jetzt eine Entscheidung unserer Politiker — ich bin jetzt zwar nicht betroffen — hier irgendwo, sicher aus einer wesentlichen Kenntnis des ganzen Sachverhaltes heraus getroffen. Und wenn Sie das jetzt nennen ein Gespräch der Jäger vor der Jagd, so ist es natürlich ...

Dr. **Kandutsch:** Nach der Jagd! Das trifft Sie ja auch. Sie verhalten sich ja auch nicht anders, ich habe mich auch nicht anders verhalten.

Ich sehe, bitte, das ist ein sehr legitimer, guter Wunsch, aber die Realisierung, wie diese Kosten jetzt minimiert werden bei den jetzigen Bauten, die wir mitkontrollieren, sehe ich nicht. Bäng, das ist die Wahrheit, ich werde nicht zittern deswegen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, aber, Herr Präsident, mir geht es darum, ob der Vorstand sich bemüht hat, diesen Entscheidungen der Politiker nachzukommen.

Dr. **Kandutsch:** Der Vorstand wird Ihnen sagen: Ich bin bei jeder Investition verpflichtet, die Kosten zu minimieren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber da ist schon ein spezieller Punkt gewesen.

Dr. **Kandutsch:** Da könnte ich natürlich auch wieder sehr viel sagen. Das sind langfristige Verträge aus der Vergangenheit mit den einzelnen Arbeitsgemeinschaften. Wenn sich die potenten Firmen in einem Gebiet zusammengeschlossen haben, und die treten uns jetzt als Auftragnehmer durch ein Jahrzehnt gegenüber, dann frage ich Sie: Wo sind noch die Konkurrenzierungsmöglichkeiten?

In Wirklichkeit haben die ja das Baugeschehen weitgehend in der Hand. Was die ARGE dort macht, das geht zur APAK und von der APAK in die AKPE. Der Weg der konkreten Entscheidung geht manchmal umgekehrt, statt vom Kopf in die Glieder geht es umgekehrt. Und das ist zum Beispiel auch eine Frage, über die wir heute reden müssen, ob wir diese ARGE-Wirtschaft, die eine „arge" Wirtschaft ist, nicht beenden können. Jedenfalls sind sie verpflichtet, wenn es die AKPE will, auszuschreiben, und man wird immer wieder versuchen müssen, Leute, die nicht in einer ARGE drinnen sind, auch zu bekommen, wie zum Beispiel jetzt bei den Bauarbeiten des Hochvoltbunkers und des Südkollektors.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie nochmals fragen — ich betrachte es als eine wichtige Entscheidung —: Hier hieß es, das EDV-Programm, das EDV-Informationssystem des AKH ist generell auf das von der Stadt Wien angewendete EDV-System umzustellen, und es ist ein EDV-System zu installieren, das dem Wiener System entspricht. Ist das gemacht worden?

Dr. **Kandutsch:** Ja, das ist gemacht worden mit großer Unterstützung unseres Herrn Prof. Lutz, wobei wir allerdings im Detail noch anderer Auffassung sind. Das sind aber Angelegenheiten, die immer wieder dasselbe sind: mieten oder kaufen und nach welchem Prinzip mieten und aufwandsorientierte Miete oder nicht? Das sind also Detailfragen, und im wesentlichen ist das so gemacht worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In diesem Zusammenhang stellt der Kontrollamtsbericht fest, daß zusätzliche Kosten von 450 Millionen Schilling — Sie kennen das sicherlich — entstehen sollen.

Dr. **Kandutsch:** Bei was?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): EDV-System.

Dr. **Kandutsch:** Dazu kann ich jetzt nichts sagen, das Problem ist mir nicht geläufig genug.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie als letztes fragen: Wir haben festgestellt, daß eine Firma Anzahlungen bekommen hat, die vollkommen unerklärlich sind. Knoblich hat für einen Subauftrag 77 Millionen Schilling bekommen — das ist die Frage, die ich an Sie auch stelle —, dafür hat die Firma Siemens von der AKPE zweckgebundene Anzahlungen für die Firma Knoblich in der Höhe von 65 Millionen Schilling erhalten, das ist also eine Deckung von über 80 Prozent. Geleistet worden sind bisher runde 13 Millionen Schilling. Die Firma Knoblich hat also für eine Summe von rund 50 Millionen Schilling, mit der sie arbeiten kann, die Zinsen kassiert. Sehen Sie als Kontrollor eine Notwendigkeit — dieser Zusammenhang ist Ihnen zweifellos bekannt, nachdem er bei uns hier eingehend diskutiert worden ist —, hier einzuschreiten?

Dr. **Kandutsch:** Ich kenne die Sache auch nur aus der Literatur, das heißt also aus dem Kontrollamtsbericht. Eine eigene Aussage durch das Kontrollbüro kann ich nicht machen.

Das Problem Anzahlungen wird von uns diskutiert, wir sehen es sehr kritisch. Es gibt interessanterweise hier eine Studie von dem berühmten Professor Loitelsberger *(phonetisch)* über den betriebswirtschaftlichen Wert von Anzahlungen, die er für die Firma Siemens

gemacht hat. Also es gibt hier auch in der Wissenschaft verschiedene Auffassungen. Wir glauben ganz generell aus anderen Beispielen, daß die AKPE zu viele Anzahlungen gemacht hat, die auch aus dem Bestreben heraus kommen, Bauumsatz zu machen. Denn der Bauumsatz wird ja an der Geldmenge und nicht nur an den Kubikmetern gemessen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe einen anderen Verdacht: daß Anzahlungen geleistet worden sind, um Provisionen finanzieren zu können. Aus diesen 65 Millionen sind immerhin 6 Millionen Schilling Provisionen, die wir nachweisen können, finanziert worden, oder 7 Millionen rund.

Dr. **Kandutsch:** Wenn es so ist, hoffe ich, daß es mit Ihnen und der Frau Partik-Pablés Glück und Talent gelingt, das aufzudecken.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit dem Satz möchte ich schließen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Möchte noch einer der Herren Abgeordneten an den Herrn Zeugen Fragen stellen? — Herr Abgeordneter Bergmann, bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ganz kurz noch, Herr Präsident. Das waren einige der erfreulichsten und präzisesten Stunden, die wir in diesem Jahr hier verbracht haben.

Sie haben uns zwei- oder dreimal gesagt von Schriftstücken, um die wir dann auch in Antragsform noch Sie bitten werden. Jetzt frage ich mich, ob wir im Gespräch alle Schriftstücke angesprochen haben, die Ihnen zur Verfügung stehen und die uns unter Umständen die Beurteilung, wie sinnvoll war die Konstruktion AKPE — ABO — APAK überhaupt, ob wir die angesprochen haben und ob Sie uns nicht das eine oder andere noch sagen könnten, das wir dann auch bitten, es uns zur Verfügung zu stellen. Gutachten ähnlicher Art, wie sie heute schon angesprochen worden sind.

Dr. **Kandutsch:** Soll man es noch präzisieren, um was es gehen könnte. Ich weiß nichts mehr, mache ich gleich aufmerksam, denn soviel geschrieben haben wir nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben das Quartalsgutachten.

Dr. **Kandutsch:** Quartalsgutachten, das ist ein klarer Fall.

Unser Brief an die beiden Gesellschafter zur Angelegenheit des Beauftragungsvertrages. *(Abg. Bergmann: Schachter!)* Die Schachter-Geschichte, da muß ich ehrlich sagen, halte ich ... ich weiß nicht ... Sie haben in einer ganz bestimmten Phase auf die Vorlage von Unterlagen verzichtet, wo ich ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das wird kein Streitgegenstand sein.

Wenn Sie Bedenken haben, dann werde ich keinen solchen Antrag stellen. Wenn es keine Bedenken gibt, dann werde ich ihn stellen. Das ist kein Streitgegenstand.

Dr. **Kandutsch:** Ich habe Bedenken, die Chancen der Gesellschaft wegen künftiger Rechtsstreitigkeiten zu vermindern, wenn — das ist ja schon vorgekommen — ein solches nur für die Gesellschaft gedachtes Gutachten, das kann ja auch irrig sein, bekannt wird.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist eine Frage, glaube ich, die geprüft wird, das wird sicher kein Streitgegenstand.

Ein drittes, viertes, fünftes Gutachten zum Thema Auftragsvergaben, zu Rechtsfragen der Subaufträge, zu Fragen, ob man gleichzeitig Subbeauftragter bei der ABO oder bei der APAK sein kann. Ich versuche jetzt nur einmal wirklich mit der Nebelstange, bei Ihnen Assoziationsketten auszulösen.

Dr. **Kandutsch:** Ich bitte zu verstehen, daß wir nicht sehr viel schreiben. Wir lesen wie die Wahnsinnigen AKH. Es gibt eine Zentralregistratur, das sind der Input un Output jeden Tag, und dort holen wir uns das ganze Schriftgut, das wichtig ist, und dann knien wir uns dort hinein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wurde von Minister Salcher zum Beispiel von Ihnen zusätzlich noch irgendeine Information oder eine Stellungnahme angefordert, als er sein Amt angetreten hat?

Dr. **Kandutsch:** Nein. Das erste Schriftstück an den Minister Salcher war unsere Stellungnahme zum Beauftragungsvertrag, das zweite war jetzt der Quartalsbericht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wenn Sie mir eine letzte Frage gestatten, die zwar mit der Frage, „was glauben Sie" beginnt, aber doch auf Wahrnehmungen aufbaut. Was glauben Sie, wieviel Sie heute schon wissen über das, was sich um das ganze AKH herum getan hat?

Dr. **Kandutsch:** Wieviel ich schon weiß? Einiges, aber noch viel zu wenig.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Viel zu wenig.

Dr. **Kandutsch:** Ich muß Ihnen sagen, meine Philosophie oder meine Erkenntnis ist: Es kann gar nicht genug Teamwork dort organisiert werden, aber koordiniertes Teamwork, um die Problematik zu erfassen, die ein einzelner nie erfassen kann. Es gibt keinen Kopf in Österreich, dem ich zutraue, daß er auch nach noch so langer Zeit sich hinstellen und sagen kann:

Was das AKH ist und sein wird in allen seinen Aspekten, habe ich in meinem Kopf.

Deswegen habe ich vom ersten Tag an gesagt: Mannschaft. Und das sage ich jetzt erst recht, denn die Probleme sind wahnsinnig schwierig, sie sind zu einem Großteil durch die Größe des Hauses entstanden, die man vorher nicht erfaßt hat, nicht einmal Techniker.

Die Frage, wo wird die Luft angesaugt, wo wird sie abgesaugt und wie ist durch die Luftströmung die Absaugung zum Beispiel behindert, ist ebenso schwierig wie zum Beispiel die Pultbelüftung für die Studenten. Da diese Riesenhörsäle nicht allgemein zu belüften sind, hat man eine Pultbelüftung gemacht, und jetzt sagen die Studenten: Wir haben aus der Schweiz erfahren, daß wir alle ein steifes Genick bekommen, wenn wir da drin sitzen. Und so gibt es eine Schwierigkeit nach der anderen. Das ist der Fluch der Größe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Präsident, jetzt haben Sie zwei Zusatzfragen von mir noch provoziert.

Das eine ist: Ich glaube schon, daß man in die Zukunft gerichtet um diesen Spitalsbau nicht alles wissen kann. Meine Ursprungsfrage war eher, ob Sie aus der Vergangenheit dieses Spitalsprojektes und den unangenehmen Begleiterscheinungen schon alles wissen. Und daraus eine Formel abgeleitet: Wenn Sie sich heute wünschen könnten, daß das Kontrollamt oder der Rechnungshof noch einen Bereich in diesem Gebiet prüft, welchen würden Sie sich wünschen?

Dr. **Kandutsch:** Schauen Sie, das Kontrollamt hat den Hochbau geprüft. Was sicherlich eines Tages sehr wichtig sein wird, ist die Haustechnik. Die Haustechnik ist natürlich wesentlich komplizierter. Die Haustechnik ist immerhin durch einen Generalunternehmer, Haus- und Medizintechnik, geplant, und das ist schon die erste Schwierigkeit.

Wir stehen jetzt vor der Frage bei der kommenden Medizintechnik, da können wir noch etwas sparen, das ist ein Kapitel, das noch offen ist, ob es uns gelingt, obwohl es einen Generalplaner gibt, der nicht ganz produktneutral ist. *(Abg. Dr. Feurstein: Siemens!)* Siemens. Da haben wir jetzt — bitte, das war auch die Meinung dort — mitgeholfen, bei der künftigen Einrichtung jede Ausschreibung durch unabhängige Experten auf die Produktneutralität zu untersuchen.

Aber da gibt es wiederum das dritte Kapitel, das ist jetzt der Mediziner. Wenn zum Beispiel einer sagt, der Markt gibt auf dem Gebiet der Elektronentechnik oder der Röntgenschirme etwas her, was genauso gut ist und billiger, wenn aber die Mediziner sagen, ich bin am Siemens-Gerät ausgebildet und ich kann kein anderes ... *(Abg. Dr. Kapaun: Ich habe es in Amerika studiert!)* — ja, in etwa. Das ist die Schwierigkeit, aber das Problem muß man angehen. Es muß uns gelingen, auch bei diesen Nützern einen höheren Grad an Verantwortung und Sensibilität zu wecken.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Da können Sie nur die MEDIPLAN befragen?

Dr. **Kandutsch:** Nein, da haben wir wieder sehr gute Leute. Es gibt in Wien eine fabelhafte Frau, die zum Beispiel auf dem Gebiet der Labortechnik Glänzendes leistet, und wir haben den berühmten Professor Schuy aus Graz, der auf dem anderen Sektor mitarbeitet. Das ist ein Stolz von uns, daß wir in der Steiermark einen neuen Studienzweig entwickelt haben, der jetzt in Wien nachgeahmt wird, womit Gott sei Dank der kooperative Föderalismus auf dem Innovationsgebiet unterstrichen ist.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Abg. Dr. Feurstein möchte Ihnen auch noch eine Frage stellen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Rein zufällig jetzt, ich habe es unterstrichen gehabt und wollte Sie vorher schon fragen. Herr Dr. Gatscha spielt bei Begutachtungen auch eine Rolle, ein Rechtsanwalt. Könnten diese Gutachten uns helfen, die Dr. Gatscha angefertigt hat, nicht nur in der Leibschüsselgeschichte, sondern auch in anderen Fragen hier klarer zu sehen? Was hat Dr. Gatscha sonst noch für Gutachten gemacht?

Dr. **Kandutsch:** Eine ganze Reihe hervorragender.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Eine Reihe?

Dr. **Kandutsch:** Eine ganze Reihe hervorragender Gutachten. Wir sind ganz entzückt von den Gutachten. Man muß sich bitte eines überlegen: Der Mann hat das gemacht im vollsten Vertrauen, daß eine von ihm vertretene Rechtsmeinung eine rechtsfreundliche Unterstützung einer Gesellschaft ist. Ich halte es für das mindeste, daß man den Gatscha fragt. Denn Sie werden in Zukunft keinen Anwalt mehr kriegen, der dann so etwas macht. Denn eines, bitte, muß ich Ihnen auch sagen: Das können Sie nicht hundertprozentig garantieren, nur 95 Prozent, daß das unbedingt ganz diskret bleibt, wenn es hieher kommt. Ich bitte Sie, diese Menschen zu schützen. Ob das wirklich so wertvoll ist? Laden Sie den Gatscha ein. Sie wollen ohnehin noch ein Jahr tagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Entschuldigen Sie, Herr Präsident, wir müssen zumindest wissen

... können Sie uns sagen, zu welchen Themen Dr. Gatscha Stellung genommen hat.

Dr. **Kandutsch:** Gatscha hat ganz besonders jene Fälle untersucht, wo durch die Einschaltung der Firma Prutscher eine unnötige Verteuerung des Produktes entstanden ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gilt das auch für die Planungsverträge der Firma Prutscher?

Dr. **Kandutsch:** Das habe ich jetzt nicht so im Kopf. Ich meine, es genügt, wenn ich Ihnen sage, die Containergeschichte mit Bad 2000 und solche Sachen, und auch die Beziehungen AKPE — APAK.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und die Trennwände?

Dr. **Kandutsch:** Die Trennwände, da glaube ich, daß kein Gutachten da ist, da ist aber eine klare Aussage des Rechnungshofes da, daß die Firma ODELGA dort eine Beratung durchgeführt hat, von der wir annehmen, daß die große VOEST ihrer nicht bedurft hätte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Meinung bin ich auch, aber das Nachweisen ist schwer.

Dr. **Kandutsch:** Das ist halt so: Jeder Konzern hat Töchter und möchte haben, daß sie leben.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Haben Sie noch weitere Fragen, meine Herren Abgeordneten, an den Herrn Präsidenten?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dürfen wir bitten, daß Sie uns vielleicht auf kurzem Wege mitteilen nicht nur die Namen, sondern auch die Themen, die von Dr. Gatscha behandelt worden sind, damit wir das prüfen können. Von den ÖKODATA-Leuten und ...

Dr. **Kandutsch:** Namen und Themen? Ich werde das mit Gatscha besprechen und mit meinen Mitarbeitern. Sofern es sich wirklich darum handelt, daß Ihrem legitimen Informationsbedürfnis im gleichen Maße wie anders ... *(Abg. Bergmann: Untersuchungsauftrag!)*

Ja, dann muß es aber wirklich beschlossen werden. Ich habe jetzt in bezug auf meine künftige Tätigkeit auch ein anderes Rechtsgut im Auge zu haben. Ich möchte zum Beispiel haben, daß Gatscha Rechtskonsulent auf diesem Gebiet bleibt und nicht sagt, ich nehme meinen Hut und tue nichts mehr, weil ich vertreibe ihm die andere Klientel. Das könnte zum Beispiel passieren. Das ist eine Überlegung, denn jetzt bin ich schon im Übergang vom Kontrollor zum Manager, wenn Sie wollen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie sind ja fast eine Begründung für die Fortsetzung der Arbeit des Untersuchungsausschusses.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Meine Herren, ich sehe, es gibt keine weiteren Fragen an den Herrn Präsidenten. Herr Präsident, ich danke Ihnen, daß Sie uns als Zeuge zur Verfügung gestanden sind. Auf Wiedersehen. *(Rechnungshofpräsident außer Dienst Dr. Kandutsch verläßt den Saal.)*

Zeugeneinvernahme von Kontrollamtsdirektor Dr. Fritz Delabro

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Kontrollamtsdirektor! Ich begrüße Sie. Bitte, wenn Sie hier auf diesem Sessel vor den Mikrophonen Platz nehmen.

Herr Kontrollamtsdirektor, Sie kennen die Gegenstände, die der Untersuchungsausschuß behandeln soll. Ich glaube, jetzt bei der neuerlichen Ladung haben Sie eine Ablichtung dieses Beschlusses noch mitbekommen. Aber Sie waren ja schon zweimal bei uns hier. — Hat sich an Ihren Generalien etwas geändert?

Dr. **Delabro:** Nichts.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Sind Sie auch für die heutige Zeugeneinvernahme von der Amtsverschwiegenheit entbunden?

Dr. **Delabro:** Jawohl.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Das sind Sie. Ich glaube also, ich brauche keine weiteren Erläuterungen; auf die Strafprozeßordnung sind Sie seinerzeit schon hingewiesen worden, auf Ihr Entschlagungsrecht ebenso.

Darf ich gleich mit den Fragen beginnen.

Herr Zeuge! Nach der Wiener Stadtverfassung hat der Wiener Gemeinderat die politische Verantwortung wahrzunehmen. Wie beurteilen Sie daher die Tatsache, daß der Gemeinderat im Jahre 1975 einstimmig ein Instrument zur Errichtung des AKH beschlossen hat, welches rechtlich den Durchgriff der politisch Verantwortlichen einschränkt, nämlich die Gründung einer Aktiengesellschaft?

Dr. **Delabro:** Wenn ich die Frage hier höre, ist zweifellos das Problem so zu sehen, daß sich damals das Kollegialorgan Gemeinderat, in dem alle politischen Parteien vertreten sind — wenn ich richtig in Erinnerung habe — mit dem einstimmigen Beschluß, das zu tun, sicherlich bewußt sein mußte, daß es mit der Übertragung an eine Aktiengesellschaft mehr oder weniger aus dem Verantwortungsbereich des Gemeinderates im engeren Sinn herausgehoben worden ist. Denn in der Aktiengesellschaft, im aktienrechtlichen Sinne gesehen, ist in erster Linie der Vorstand der Verantwortliche.

Und auch hier, würde ich sagen, müßte sich der Gemeinderat damals bewußt gewesen sein, daß auf eine gewisse Ausgliederung eines Systems Bedacht genommen wird.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge! Eine andere Frage, die jetzt mit dem bauwirtschaftlichen Bericht des Wiener Kontrollamtes im Zusammenhang ist: Wir würden Sie die in diesem Bericht enthaltenen Feststellungen anteilsmäßig etwa in Vor-AKPE- und Nach-AKPE-Zeit zuordnen? Also die kritischen Bemerkungen, die in den fast 1000 Seiten enthalten sind: Ist das mehrheitlich in der Zeit vor der AKPE oder nach AKPE-Gründung zu sehen?

Dr. **Delabro:** Diese Frage mathematisch zu quantifizieren, ist kaum möglich, das würde eine echte Durchforstung des Berichtes auf diesen Inhalt vielleicht möglich machen.

Aber es ist auch aus einem anderen Grund nach meiner Meinung nicht leicht, denn zwangsläufig, wenn Sie bedenken, daß die AKPE im Herbst 1975 gegründet worden ist, daß das gesamte Baugeschehen um dieses Werk von Anfang 1955 an mehr oder weniger begonnen hat, so lag in der Berichterstattung zweifellos ein langer Raum der vorherigen ARGE AKH, in der alle Planungsgrundlagen — alle, ist vielleicht falsch ausgedrückt —, wesentliche Planungsgrundlagen geschaffen worden sind.

Wenn ich jetzt die Fülle der Bemängelungen aus diesem Zeitraum retrospektiv betrachte, so stellt sich mir dieses Problem ja so dar, daß dieser Abschnitt bis 1975, wenn ich so sagen darf, das Kontrollamt mit jenen Aufgaben konfrontierte, die der Kontrolle im herkömmlichen Sinn vorbehalten ist, nämlich die typisch nachgehende Kontrolle.

Wenn ich erwähnen darf, daß wir insbesondere das Geschehen um den Wohnbezirk, das Geschehen um die Parkgarage, das Geschehen um die Kinderklinik Psychiatrie behandelt haben, so waren das bis zu dem Zeitpunkt, wo wir zu prüfen begonnen haben, bereits mehr oder weniger abgeschlossene Sachen. Daher ist auch rein umfangmäßig das auch von der Rechnungsprüfung her ganz anders zu sehen als nachher, weil hier bereits ein fertiges Bauwerk vorgelegen war.

Daß natürlich Fehler vorher passiert sind, auf die dann aufgebaut worden ist, glaube ich, muß man auch sagen, wenn hier insbesondere auf die verschiedenen Planungswandel eingegangen wird. Aber zu quantifizieren, wo jetzt das Gravierende oder das Nichtgravierende liegt, ist sehr schwer. Die geldwirksamen Ausgaben sind zweifellos erst nach 1975 gesetzt worden, daher ist aber auch zügiger gebaut worden — das muß man schon sagen —, wobei ich aber auch die Kritik aufrechterhalte, daß das zügiger Bauen sicherlich noch von der Seite zu beurteilen war, ob es sinnvoll war, zügiger zu bauen bei einer vielleicht noch nicht ganz ausgereiften Planung.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge! Wenn ich mich richtig erinnere, verneinen Sie in Ihrem Bericht die Möglichkeit einer verläßlichen Betriebskostenschätzung zum derzeitigen Zeitpunkt. Welche konkreten Aktivitäten der AKPE zur Schaffung entsprechender aussagefähiger Unterlagen sind Ihnen bekannt?

Dr. **Delabro:** Bitte, der Betriebskostenfrage haben wir in unserem Bericht und ich persönlich in den ganzen Gesprächen, die ich bei der Abhandlung des Berichtes in den Schlußbesprechungen zum Großteil selbst geführt habe, deshalb so große Bedeutung beigemessen, weil die Betriebskosten jene Kosten sein werden, die auf Dauer zu leisten sind, und wir gemeint haben, daß hier ein exakter Aufbau vorliegen muß.

Hier wurde uns von dem damals neuen Management versichert, daß die AKPE in Auftrag gegeben hat nach den ihnen zur Verfügung stehenden nunmehrigen Planungsunterlagen den nunmehr etwas genaueren, wahrscheinlich noch nicht ganz genau abschätzbaren Personalaufwand und sonstigen Sachaufwand, daß man hier jetzt daran geht, eine Betriebskostenrechnung auf neuesten Stand zu setzen, mit deren Erscheinen in absehbarer Zeit zu rechnen ist.

Das waren die Ergebnisse infolge unserer Kritik bei der Schlußbesprechung des Kapitels Betriebskosten.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ist Ihnen, Herr Kontrollamtsdirektor, bekannt, worauf Dr. Kandutsch seine Prognose über die künftigen Betriebskosten stützt? Ist Ihnen da irgend etwas bekannt?

Dr. **Delabro:** Wenn ich den Herrn Präsidenten Kandutsch richtig in Erinnerung habe, hat er erklärt, er rechnet ungefähr zwischen 8 und 10 Milliarden Betriebskosten. Ich kann von der Annahme ausgehen, daß er sich da an der — ich glaube, es ist eine schwedische Ansicht oder schwedische Lehre in dieser Ergründung —, daß man die Meinung vertritt, daß man ungefähr mit einem Drittel der Herstellungskosten an Betriebskosten rechnen muß.

Bitte, bei dieser Meinung — es tut mir leid — muß ich dem Herrn Präsidenten widersprechen. Ich würde mich nämlich dieser — ich glaube, schwedischen — Meinung nicht verbindlich anschließen, denn ich glaube, das ist

auch eine Rechnung, die auf nichts fundiert ist. Ich glaube, man kann nicht von den Herstellungskosten unbedingt auf die Betriebskosten schließen.

Denn ich kann mir nicht vorstellen, wenn ich besonders teuer betoniere, daß der besonders teure Beton sich auch in 30 Prozent der künftigen Betriebskosten umschlägt. Das kann ich mir nicht vorstellen.

Daher, glaube ich, kommt dem ein Aussagewert zu, der in der Öffentlichkeit meiner Meinung nach viel zu leichtfertig hingenommen und viel zu ungeprüft in den Raum gestellt wird. Ich bin also der Meinung, man sollte viel fundiertere Rechnungen anstellen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge! Wie beurteilen Sie den seinerzeitigen Beschluß einer baubegleitenden Planung.

Dr. **Delabro:** Was für einen Beschluß?

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Baubegleitende Planung. Haben Sie diesen Begriff und Beschluß ...

Dr. **Delabro:** Sollte sich der in unserem Bericht finden, dann wäre fast die Meinung einer Tageszeitung richtig, ich muß meinen Bericht lesen, aber ich kann mich an die Äußerung nicht erinnern.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Nicht erinnern.

Dr. **Delabro:** Ein baubegleitender Bericht? Nein, da kann ich mich nicht erinnern. Auf einen Beschluß über eine Baubegleitung kann ich mich nicht erinnern.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Baubegleitende Planung. Ist Ihnen nicht bekannt der Begriff?

Dr. **Delabro:** Ich kann mir auch nichts darunter vorstellen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Darf ich Sie fragen, welchen Sinn Sie sehen in einer Kontrolle von einmaligen Vorhaben erst in einem Zeitpunkt, zu dem die wesentlichen Entscheidungen bereits umgesetzt worden sind, also wie Sie eingangs gesagt haben, Sie haben hintennach geprüft den Wohnbezirk und die Parkgarage und ...

Dr. **Delabro:** Bitte, hier darf ich auf meine ureigenste Meinung in Interviews, auf mehrere Tagungen, aber auch in der Fernsehsendung wirklich zurückgreifen. Ich halte nichts davon abzuwarten, bis ein Milliardenbauwerk fix und fertig bis zur letzten Kollaudierung abgerechnet ist, und dann kontrolliere ich und stelle fest, daß das und das geschehen ist — wieder meine persönliche Meinung. Wenn ich von der Größenordnung des AKH ausgehe, so wird voraussichtlich unsere Generation, aber auch vielleicht die nächste Generation ein Bauwerk von diesem Volumen überhaupt nicht errichten, sodaß man sagen könnte, die nachgehenden Feststellungen haben prophylaktische Wirkung auf künftige. Weil der geht ins Leere, meiner Meinung nach.

Das ist meine persönliche Meinung zu dem Problem, die aber nicht neu ist, die ich aber schon anläßlich meiner Antrittsrede am 17. Juni 1970 im Stadtsenatssaal erklärt habe.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Kontrollamtsdirektor! Sind Sie der Meinung, daß bei diesen außerordentlichen Vorhaben — Sie haben es uns jetzt charakterisiert, wahrscheinlich sind das so Vorhaben, die alle vier Generationen einmal vorkommen —, sind Sie der Meinung, daß bei so außerordentlichen Vorhaben die von Ihnen festgestellten Mängel hätten vermieden werden können, wenn eine den Geschehnissen zeitlich nähere Kontrolle stattgefunden hätte. Also wenn Sie schon als Kontrollamt — ich weiß schon, die rechtlichen Voraussetzungen waren nicht gegeben, soweit ich mich erinnere —, aber wenn Sie zwei Jahre nach Beginn der Bauten im Wohnbezirk und der Parkgarage und der psychiatrischen Kinderklinik usw., schon als Kontrollamt hätten tätig sein können?

Dr. **Delabro:** Schauen Sie, auch dazu ganz nüchtern. Ich glaube, man soll auch von uns aus — von jenen, die jetzt in der Kontrolle sind, das gilt auch für meine Mitarbeiter — nicht von der Meinung ausgehen, daß, wenn man jetzt in der Kontrollinstanz sitzt, daß man von vornherein die Gescheitheit mit dem Löffel gegessen hat.

Man muß ja das ganz nüchtern sehen, daß es die Kontrolle etwas leichter hat. Sie geht nämlich nachher — und ist also nicht dem Tagesordnungsbetrieb ausgesetzt, daß unter Umständen eine Vergabe oder irgend etwas, um etwas nicht zu gefährden, vollzogen werden muß. Es ist bestimmt nachher leichter zu sagen, diese Vorgangsweise war nicht richtig, als wenn man im Geschehen drinnen steht.

Wobei aber ich mit meiner Meinung nicht hinter dem Berg stehe, aber ich glaube — wie es auch für die kleinste Einheit gilt —, wenn man vom Anfang an auf etwas aufmerksam gemacht wird, hätte sich vielleicht Verschiedenes in anderen Bahnen abgespielt. Bei der Meinung muß ich bleiben.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Kontrollamtsdirektor! Was waren die Gründe, was wissen Sie darüber aus eigenen Wahrnehmungen, daß das nicht stattgefunden hat?

Dr. **Delabro:** Ja bitte, daß es nicht stattgefunden hat ...

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Es war eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Bund und Wien, bevor diese AKPE gegründet wurde.

Dr. **Delabro:** Schauen Sie, es ist sehr schwer. Ich habe auch bewußt diesem Kapitel nicht allzuviel Raum gegeben, weil es mir wirklich ferne liegt, hier auf andere jetzt Steine abzuladen.

Aber bitte. Jetzt müssen Sie mir gestatten, doch ein bißchen auf das Rechtliche und auf die Problematik einzugehen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ja bitte.

Dr. **Delabro:** Sie haben selbst schon gesagt, Herr Vorsitzender, daß zunächst eine Arbeitsgemeinschaft war zwischen Wien und Bund. Und jetzt bitte meiner Ausdrucksweise besonderes Augenmerk zu schenken. Genau 50 zu 50 ist das aufgeteilt worden. Und nur weil ich gerade den Blick nach links wende, den Herrn Stadtrat Goller als ein Mitglied der jetzigen Wiener Landesregierung hier sehe, darf ich sagen, daß ein Kontrollrecht des Gemeindeorgans — Kontrollamt —, bei einer Aufteilung einer Gemeinschaft — gleichgültig, was es wäre, überhaupt einer Gemeinschaft —, wo die Stadt Wien nicht mit mehrheitlich 50 Prozent beteiligt war, bis zur Verfassungsnovelle 1977 — die, glaube ich, Mitte 1977 in Kraft getreten ist — überhaupt nicht möglich war.

Es war dem Kontrollamt nicht möglich. Mit der Verfassungsnovelle 1977 ist eine Bestimmung eingetreten, die die Möglichkeit der Prüfung ermöglichte unter Voraussetzung des Gemeindevorbehaltes für diese Prüfung. Dieser Gemeindevorbehalt für diese Prüfung ist also mit dem Ersuchschreiben, dokumentiert mit dem Herrn Bürgermeister, dann vom Jahre 1979, im Einvernehmen mit den beiden anderen Aktionären eingetreten.

Ich darf aber gleichzeitig sagen, was Verfassung ist — das ist kein Abwälzer auf eine andere Behörde, aber nur entspricht es der Rechtslage —: Der Rechnungshof war von Anfang an berechtigt und ermöglicht, sich auch dieses Bauwerks anzunehmen.

Was den Rechnungshof dazu bewogen hat, das nicht zu tun, habe ich aber auch keine Scheu, das hier kundzutun, weil es der Wahrheit entspricht. Ich habe immer gehört, daß der Rechnungshof personalmäßig nicht in der Lage ist, diese zusätzlichen Aufgaben zu übernehmen, was auch hier immer in Sitzungen angeklungen ist, daß das bundesweit ist. — Im Gegenteil, Sie haben immer uns apostrophiert, schauen Sie, Sie haben so viel Mitarbeiter, Sie sind nur für Wien zuständig, ich habe nur so viel Mitarbeiter und bin für die ganze Republik zuständig.

Ob jetzt eine falsche Prioritätensetzung im Zuge des Rechnungshofes erfolgt ist oder nicht, das steht meiner Beurteilung wirklich nicht zu.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Nein, ich wollte vor allem wissen, welche Gründe es waren, daß das Kontrollamt ...

Dr. **Delabro:** Das habe ich versucht darzulegen.

Obmann-Stv. Ing. **Hobl:** Das haben Sie jetzt dargelegt.

Dr. **Delabro:** Ich habe versucht das darzulegen, und nochmals, Herr Stadtrat Goller, jetzt sind Sie da, ich glaube, das entspricht vollkommen der Situation.

Obmann-Stv. Ing. **Hobl:** Zwei Fragen noch, die in einen Bereich gehen, zu dem Sie nach Bekanntwerden des letzten Kontrollamtsberichts in der Öffentlichkeit gefragt wurden.

Ist es möglich, aus den Kontrollamtsfeststellungen eine politische Verantwortung abzuleiten, Herr Kontrollamtsdirektor?

Dr. **Delabro:** Ja, bitte ...

Obmann-Stv. Ing. **Hobl:** Ich weiß, Sie sind das schon in der Öffentlichkeit gefragt worden.

Dr. **Delabro:** Ja, ich scheue mich aber auch hier nicht zu fragen: Erstens einmal glaube ich, daß ich nicht das Organ bin, das die politische Kraft hat. Deshalb hat ja das Kontrollamt einen Feststellungsbericht geliefert, den beschlußfassenden und beratenden Organen vorgelegt, um denen die Möglichkeit zu geben, eine Beurteilung dieser Feststellungen zu treffen. Aber wenn Sie mich fragen, möchte ich — wenn ich mich an die erste Frage zurückerinnere mit dem Gemeinderat — sagen, ich habe mich intern mit diesem Fragenkomplex befaßt, sonst hätte ich ja da in der Öffentlichkeit nicht gesprochen, ich glaube, ich muß nur eines sagen: daß man sich mit der Schaffung der Aktiengesellschaft, mit der Ausgliederung überhaupt aus den Gebietskörperschaften man doch eine gewisse Einschränkung der Einflußnahme der Eigentümervertreter geschaffen hat, denn die können nur im Sinne des Aktiengesetzes vorgehen.

Wenn Sie mich jetzt persönlich fragen, bedeutet Einschränkung der Einflußnahme auch Einschränkung der Verantwortung.

Ich habe auch in der Öffentlichkeit vor dieser Einvernahme versucht, das schon dort zum Ausdruck zu bringen.

Obmann-Stv. Ing. **Hobl:** Danke, Herr Kon-

trollamtsdirektor, ich habe derzeit keine weiteren Fragen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Kontrollamtsdirektor! Dieser zweite Kontrollamtsbericht hat ja wahrscheinlich ein noch größeres Echo ausgelöst als der erste, und ich würde Sie jetzt bitten, ob Sie uns in einer sehr knappen Darstellung, knappen mit Rücksicht auf die Stenographen, nicht auf Grund des Inhalts, einer sehr knappen Darstellung sagen können, was die Erkenntnisse dieses zweiten Kontrollamtsberichtes sind. Es geht ja nicht drum, ob ich es gelesen habe, sondern ob es im Protokoll steht. Da ist mir die fachkundige Auskunft sehr wichtig.

Dr. **Delabro:** Ich glaube, ich bin wirklich nicht um Antworten verlegen, aber der Herr Stadtrat Gratz hat mir vorgeworfen, es ist mir gelungen, den Bericht nach Krupnik-Methoden auf 999 Seiten zu beenden und nicht auf 1000 Seiten zu beenden. Es ist mir nicht möglich, jetzt die 999 Seiten, so wie Sie es erwarten, ich weiß nicht, welchen Zeitraum Sie sich vorgestellt haben, hier zu skizzieren. Ich kann nur sagen, um selbstverständlich Ihrer Frage nicht auszuweichen, . . .

Abg. Dr. **Bergmann** (ÖVP): Darf ich eine Zwischenbemerkung machen. Sie haben, als Sie das erste Mal vor einem dreiviertel Jahr da waren, um die Möglichkeit gebeten, eine breitere Darstellung des ersten Kontrollamtsberichtes zu geben, und ich hätte jetzt gern von Ihnen eine breitere Darstellung, wenn Sie so wollen, im Sinne Ihrer letzten Erklärungen zum zweiten Kontrollamtsbericht.

Dr. **Delabro:** Ich bin wirklich sehr gerne bereit. Ich werde versuchen, sagen wir, irgendwie zu skizzieren, wobei ich auch hier den Mut habe, Sie nehmen mir ein bißchen was weg, durch die heutige Einvernahme, was aber an und für sich vorkommt am 10. April, wo ich eingeladen bin als Referent zu wirken in der Enquete. Irgendwie hab' ich mir selbstverständlich Gedanken gemacht darüber, will ich auch gar nicht ausweichen.

Abg. Dr. **Bergmann** (ÖVP): Aber der Ausschuß hat einen etwas höheren Auftrag als die Enquete.

Dr. **Delabro:** Ich bin mir des Auftrages vollkommen bewußt und werde ihm auch gerne nachkommen. Wenn ich also jetzt so skizzieren darf:

Dieser Baubericht, der ein Bauwerk umfaßt, das nunmehr mehr oder weniger seit mehr als 25 Jahren in Arbeit ist, hat verschiedene Schwachstellen erkennen lassen, die sicherlich weit zurückreichen. Ich glaube, man muß das so sehen, daß man vielleicht damals, obwohl sicherlich bekannt war und bekannt sein mußte, daß dieses Bauwerk nach einem Erfahrungswert einen Zeitraum von 10 Jahren mindestens erfordern wird, hat man sicherlich dort schon mit manchen Schwachstellen begonnen.

Ich glaube, ich möchte jetzt eine der Schwachstellen aufzeigen, die sich eigentlich wie ein roter Faden durch das Ganze hindurchzieht. Ich weiß nicht das Datum genau, aber jedenfalls schon ziemlich anfänglich sind sich alle an dem Baugeschehen Beteiligten einig darüber gewesen, man möge diesen Bau einerseits so flexibel als möglich gestalten und dieser Bau möge sozusagen zum Zeitpunkt des Fertigwerdens der modernste sein. Bitte, hier liegt die Crux. Im Zeitpunkt des Fertigwerdens das Modernste zu sein, bedeutet dauerndes Umplanen in einer derartig technisch bewegten Zeit.

Das ist ja einer der Aufhänger unserer Kritik, daß wir hier gemeint haben, daß hier dem nicht Rechnung zu tragen ist, und Sie können ja das bis dato herauf verfolgen, daß heute noch mehr oder weniger — ich nehme eine Sparte heraus — über die Küche noch immer keine endgültige Vorstellung besteht, wie sie situiert, ausgestaltet wird, obwohl mehr oder weniger dieses Bauwerk schon steht. Sie sehen also diese Schwierigkeiten.

Eine zweite Schwierigkeit, die dem Ganzen anhaftet, die aber auch wieder einheitlich mehr oder weniger ausgemacht ist in den Spitzengremien, Politikergipfel oder wie sie alle heißen, ist ja eines, daß man bestrebt war, immer einen Konsens zwischen Bauträger und Nutzer herzustellen.

Und was bedeutet Konsens? Bitte, hier zähle ich auch Szenen, die das wagen, sich auszusprechen, und zwar aus dem Grund, weil ich auf anderem Gebiet vor 20 und 25 Jahren schon mit den gleichen Problemen konfrontiert war. Das ist das Problem des faktisch nicht wegleugbaren Schwergewichtsgehaltes der medizinischen Fakultät.

Bitte, verstehen Sie mich nicht wieder falsch, daß ich die medizinische Fakultät hier angreifen will, das möchte ich nicht. Aber es ist doch ein faktisches Übergewicht vorhanden. Und was bedeutet, Wünsche zu koordinieren, einen Konsens herzustellen zwischen Bauträgerschaft und Nutzer? Das hat mehr oder weniger zwangsläufig immer so geendet, daß das geschehen ist, daß die Kliniker sicherlich in Anbetracht der den Ärzten anvertrauten Gesundheit der Bevölkerung, Wiederherstellung, versuchen, das Bestmöglichste zu erreichen. Ihr gutes Recht.

Aber es ist wahnsinnig schwierig, diese Bestwünsche auch nur einem gewissen Prinzip der Wirtschaftlichkeit unterzuordnen. Ich stehe

aber für mich, für meine Person auf dem Standpunkt, daß auch die medizinische Seite nicht sich vollkommen nur aus dem Besten decken kann, sondern auf eine gewisse Wirtschaftlichkeit einzugehen hat.

Gestatten Sie mir — es gehört zum Bericht dazu — eine kleine Ausmalung dessen, was mir vorschwebt, welche Gedanken mich dabei bewegen. Es würde die Medizintechnik ermöglichen, eine Utopie ja, die Medizintechnik ermöglichen, irgendwelche Organe technisch herzustellen, die sozusagen die Überlebenschance jedes Menschen auf 90 Prozent bei einem gewissen Geschehen erreichen, aber die Herstellung eines solchen rettbaren technischen Fortschrittes würde eine utopische Größe erreichen.

So muß ich doch jetzt fragen, man kommt in die größten Gewissenskonflikte. Sicherlich ist jedes Menschenleben vom kleinen Amtsgehilfen bis zum Bundeskanzler gleich viel wert. Aber stellen wir uns vor Augen, was bedeutet es für die Allgemeinheit, wenn ich hier jetzt Milliardenbeträge zwar für ein Individuum — im guten Sinn gemeint — aufwenden kann und dadurch von mir aus 10, 15 Jahre Leben erhalte, aber damit jede andere Leistung der Gemeinwirtschaft zurückgeschraubt wird.

Und das sind die Gedanken, die uns bewogen haben, hier aufzuzeigen, daß wir glauben, auch das medizinische Denken müßte mehr in jenen Rahmen gebracht werden, der einen gewissen Konsens unter noch wirtschaftlich Vertretbarem bringt, denn es wird uns nichts nützen, wenn wir hier das Nonplusultra haben, aber das ist nicht finanzierbar. Finanzierbar ist der Bau vielleicht, ja.

Ich komme jetzt auf die Betriebskosten. Das soll ja erst die von uns kritisierte Rechnung ergeben, ob das alles tragbar ist. Und das haben also wir gemeint. Und das zieht sich wie ein roter Faden durch.

Schauen Sie, das hat ja auch zu der Vergrößerung der Kubatur geführt. Wenn Sie darauf zurückgehen, das ursprüngliche Haus war vorgesehen auf 2 500 Betten mit einer gewissen Kubatur. Auf Grund des SSK-Gutachtens — ich glaube, ich kann das in dieser Abkürzung sagen, es ist bekannt, was ich hier meine — auf Grund dieses SSK-Gutachtens kam man überein, die Bettenzahl auf 2 100 zu restringieren, wobei man im Kernbau die berühmte Kinderklinik, Psychiatrie hat. Es hätte doch eigentlich ein jeder erwartet, daß eine Verringerung der Betten eine Verringerung der Kubatur und eine Verringerung des Volumens bedeutet.

Abg. Dr. **Bergmann** (ÖVP): Und damit der Kosten.

Dr. **Delabro:** Und damit der Kosten. Was ist aber eingetreten? Eine Verringerung der Betten ist zwar eingetreten, aber keine in Relation dazu stehende Verringerung der Kubatur, sondern eine weitaus größere Kubatur. Und zwar mehr Kubatur, Herr Abgeordneter, als im alten Haus. Wenn ich mich richtig erinnere, die Ziffern im alten AKH sind ungefähr 1,3 Millionen Kubikmeter. Da neue Haus hat jetzt mehr als das Doppelte.

Und hier muß man sagen, daß hier sicherlich ein gewisses, wobei die Mediziner gemeint haben, sie haben sich jetzt in Ihrer Entgegnung der Kritik auch gestellt, und zwar — Sie haben es ja gelesen wahrscheinlich, gehört —, sie haben nie gemeint, sie wollen das und das, sondern sie haben es vornehm ausgedrückt, sie haben gesagt, ihre Funktionstüchtigkeit darf nicht eingeschränkt werden, darf nicht leiden, sondern muß besser sein als im alten Haus. Das hat zu diesen Auswüchsen geführt, Herr Abgeordneter. Das ist meine feste Meinung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Darf ich einen Zwischenruf machen, ich habe mit dem Präsidenten Kandutsch auch über diese Kostenexplosion und so weiter geredet, und nach Ihren Ausführungen drängt sich für mich die Formel auf, und ich würde Sie bitten, ob Sie die mir bestätigen können, es hat doppelt so lang gedauert als geplant, oder es dauert doppelt so lang als geplant, es ist doppelt so groß und wird dreimal so teuer sein.

Dr. **Delabro:** Bitte, Herr Abgeordneter, in meiner Bemerkung keine freche Bemerkung zu sehen, aber das ist eine zu große Milchmädchenrechnung, die man hier macht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe das bewußt auf eine einfache Rechnung reduziert.

Dr. **Delabro:** Dann habe ich es auch bewußt so gesehen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich betrachte es auch nicht als Beleidigung, wenn Sie es so klarstellen.

Dr. **Delabro:** Nein, nein, das liegt mir vollkommen fern. Aber ich glaube, das kann man nicht so. Ich glaube, beim ersten Teil Ihrer Frage haben Sie, glaube ich, schon einen gewissen Fehlschluß gemacht. Ich habe also gesagt, man hat also angenommen, daß bei so einem Bau man mit 10 Jahren rechnet.

Die Kostenexplosion, gebe ich Ihnen ohne weiteres recht, ist eingetreten, daß also hier, wobei also doch hier zu entscheiden ist, ob hier also tatsächlich diese Erfordernisse notwendig sind. Schauen Sie, ein typisches Beispiel, was vielleicht auch ein gravierendes Moment ist.

Wenn Sie unseren Bericht gelesen haben auf diesen Seiten, wo wir uns auseinandersetzen mit den Laborflächen. Die Laborflächen waren

ein casus belli, die waren ein Kriegsfall zwischen Bauherrenschaft und medizinischer Fakultät. Das Sparprogramm der Variante EB hat vorgesehen, man möge die Bettenzahl verringern und auch das Volumen verringern.

Die medizinische Fakultät, das ist nachweisbar, hat damals erklärt, das ist für sie ein unannehmbares Konzept. Und jetzt stellen Sie sich also eine Situation vor, das ist unannehmbares Konzept, damit ist die gesundheitliche Versorgung nicht gewährleistet und dergleichen mehr, und es ist geschehen.

Ich bin also jetzt wieder dort, daß es wahnsinnig schwer ist, hier, wenn sie so wollen, dem weißen Mantel von irgendeiner Seite ein energisches Njet entgegenzusetzen.

Ich habe das deshalb so deutlich akzentuiert gesagt, ich habe dasselbe, das weiß vielleicht der Herr Abgeordnete Hobl noch aus seiner Gemeinderatszeit, erlebt vor 20/25 Jahren, wie es gegangen ist um die Einstellung und Vermehrung von Gastarztstellen, da haben zwar alle gewußt, sie stehen sich zwar im Weg, aber man hat dem Druck des weißen Mantels immer ein offenes Ohr gezeigt, was man gegenüber einer anderen Berufsgruppe nicht gemacht hätte. Wobei ich die Beweggründe nicht untersuchen will, warum das so ist.

Und dort in diesem Bauwerk manifestiert und potenziert sich das eben zu einer größeren Größenordnung. Es sollen die Kliniker der medizinischen Fakultät nicht in einem negativen Sinn angegriffen werden, sie sind sicherlich daran interessiert, das Beste für ihre Fakultät und für die Gesundung zu erreichen, nur schlagen sich diese Grundsätze mit denen der Wirtschaftlichkeit.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und die Frage ist: Wie sehr dürfen sie sich schlagen?

Dr. **Delabro:** Ja aber die zu beurteilen, Herr Abgeordneter?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich würde sagen, daß wir sowohl Sie wie auch den Präsidenten Kandutsch vorhin nicht als Zeugen im Sinne unserer Untersuchung auffassen.

Dr. **Delabro:** Aber so stellt sich mir das Problem dar.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn Sie es quantifizieren müßten, ist durch den zweiten Kontrollamtsbericht mehr sichtbar geworden von dem ganzen System und von den Mängeln und von den Schwierigkeiten, um es neutraler zu formulieren?

Dr. **Delabro:** Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten. Mit dem war eigentlich zwangsläufig zu rechnen. Denn wenn ich das gesamte Baugeschehen vom ersten Anhieb an bis zum Stand von Ende 1980 unterziehe und dort im ersten Kontrollamtsbericht einen speziellen Auftrag nun untersucht habe, glaube ich, daß es überhaupt nicht zu erwarten war, daß der nicht mehr zutage bringt. Ich habe immer gesagt, ja selbstverständlich muß das also mehr bringen, und zwar an den Tag bringen, weil meiner Meinung nach Mängel an den Tag kommen müssen — es ist die Frage der Quantität, ob alles hätte sein müssen, ob Verschiedenes hätte verhindert werden können —, daß bei einem solchen Bauwerk zwangsläufig mehr Mängel auftauchen, war mir von vornherein klar.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Beim ersten Kontrollamtsbericht ist es darum gegangen, die ABO-Vergabe in dem Bereich zu erfassen, wieweit das sinnvoll, zweckmäßig, wirtschaftlich war. Da hat sich schon ein bißchen gezeigt, daß wahrscheinlich die Konstruktion nicht stimmt. Die Erkenntnisse zur Umänderung auch jetzt und die Änderung der Struktur, dazu war der zweite Kontrollamtsbericht notwendig.

Dr. **Delabro:** Bitte, ich würde das auch ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich meine, für die politische Entscheidung, bei Ihnen wird das wahrscheinlich schon früher klar gewesen sein.

Dr. **Delabro:** Ich will versuchen, auf Ihre Frage zu antworten. Ich möchte das so sehen: Sie haben also richtig gesagt, der erste Bericht hat sich also um die ABO und, wenn ich das so sagen darf, das rundherum abgespielt. Wobei wir sicherlich uns auch nicht scheuen zu sagen, daß das von uns kritisierte System auch vielfach Tatbestand heftiger Kritiken ist, nämlich in unserem zweiten Bericht, daß wir der Meinung waren, daß also hier auch vielfach bei anderen Leistungsausschreibungen als die geistigen Leistungsausschreibungen, verschiedentlich Vergabemängel vorhanden waren.

Daß die ganzen Vergaberichtlinien besonders kritisch und unter Ausrichtung auch einer künftigen Struktur geschehen waren, möchte ich damit untermauern, daß es unser Bestreben immer war, daß wir nach Möglichkeit, wo auch nur die geringste Chance besteht, ausschreiben, um den bestmöglichen Wettbewerbserfolg zu erzielen. Wir sind also hier in der Auffassung weitaus strenger als manche andere vergebende Körperschaften. Und dem soll auch eine gewisse Tendenz einer einheitlichen Auffassungsweise von Ost bis West und Nord bis Süd Platz greifen. Es gehen also durch den ganzen Bericht die Vergaberichtlinien, und zwar aus einem Grund, weil wir nämlich auf Grund dieser Vergabemängel erkannt haben, daß es in sehr vielen Fällen eben dann zu Nachtrags-

angeboten kam und diese Nachtragsangebote dem freien Wettbewerb entzogen waren und mehr oder weniger dort ein gewisse Kostenexplosion eingetreten ist, die sicherlich vermeidbar gewesen wäre.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ziehe ich jetzt einen richtigen Schluß — bitte korrigieren Sie mich, falls Sie damit nicht einverstanden sind, wenn ich sage: Während man beim ersten Bericht ABO und drumherum, um bei dieser Definition zu bleiben, gesagt hat, wie könnte man in Zukunft solche Dinge vermeiden oder besser machen, sich den Kopf zerbrechen mußte, wie kann man geistige Leistungen ausschreiben, hätte das für den Gesamtkomplex Vergabe beim AKH nur einen Teilaspekt betrachtet, das heißt, einer, der heute sich hinsetzt und Vergaberichtlinien für ein so großes Projekt schreibt, der muß praktisch beide Kontrollamtsberichte studieren, um sozusagen die Erfahrungswerte aus beiden in künftige Richtlinien einfließen zu lassen.

Dr. **Delabro:** Wobei bitte unsere Kritik sicherlich Schwierigkeiten vor sich sehen wird, eine echte Verrechtlichung dieses Systems. Weil es wird ja dann, wenn es wirklich zu einem Vergabegesetz kommt und hier die Parteistellung erreicht wird, so wird das sicher auch eine gewisse Schwierigkeit mit sich bringen. Aber ich glaube, man sollte also doch in allen Belangen, auch allein schon, um also das ... Ich habe das ja nie verstanden, ich hätte es auch nie verstanden, auch von der Seite Geschäftsführung aus, daß ich mich eigentlich des besten Verteidigungsmittels für meine eigene Person begebe, wenn ich sage, ich habe nicht — damit ich das auf einen gemeinsamen Nenner bringe — mehrere gefragt, sondern ich habe es nur einem gegeben, hätte ich, allein schon aus Selbstschutz getan, damit ich also nicht in das Gerede komme, ich habe das dem oder dem zugeschanzt. Ich glaube also wirklich, man sollte eben aus dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit beziehungsweise der Wettbewerbsfähigkeit daraus, dem mehr Bedeutung zumessen.

Und ich darf hier agen, daß unser Kontrollamtsbericht auf fruchtbaren Boden gefallen sein dürfte. Das leite ich aus der Tatsache ab, daß sich der neue AKPE-Vorstand ja an und für sich sofort bereit erklärt hat, hier ein Umdenken vorzunehmen, und dafür sorgen wird, daß in Hinkunft diese Ausschreibung beachtet wird.

Und bitte, vielleicht ist in dem Zusammenhang etwas nicht uninteressant zu erwähnen: Es sind ja immerhin erst 62 Prozent der Leistungen vergeben. Es sind ja noch 38 Prozent zu vergeben. Und wenn man bei den 38 Prozent der zu vergebenden Leistungen die vielleicht jetzt aufgezeigten Mängel auch nur teilweise beseitigen kann, so würde ich mich für meine Person glücklich schätzen, wenn unser Bericht dazu beigetragen hat, daß man dort noch einiges einsparen kann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Darf ich Sie fragen, bei wem Ihr zweiter Bericht eigentlich den größeren Eindruck gemacht hat, im Bereich des 50-Prozent-Eigentümers Wien, im Bereich des 50-Prozent-Eigentümers Bund? Ich sage gleich: Ich habe den Eindruck, sie haben mehr dem Bundesteil imponiert als dem ...

Dr. **Delabro:** Bitte, also ich muß sagen, ich habe eigentlich ... Jetzt muß ich so antworten. Ich habe eigentlich meinen Berichten nie eine Gewichtung beigelegt, wem sie mehr imponieren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich wollte nur eine Wahrnehmung, ob Sie den Eindruck haben, wo er mehr eingeschlagen hat.

Dr. **Delabro:** Meine Wahrnehmungen haben sich auf die Feststellungen im AKH beschränkt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Oder wo Ihr Bericht rascher zum Nachdenken über Konsequenzen ...

Dr. **Delabro:** Bitte, auch darüber kann ich keine Auskunft geben. Ich bin zwar in Kenntnis des Prüfungsergebnisses von den großen medizinischen Geräten, die Gehirnströme durchleuchten können, aber mir fehlt die Möglichkeit ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Kontrollamtsdirektor! Ich habe eh nicht erwartet, daß Sie mir den Gefallen machen, diese Frage zu beantworten. Aber ich habe es wenigstens versuchen dürfen.

Dr. **Delebro:** Ist in Ordnung, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie weit aus der Sicht jetzt auch des zweiten Kontrollamtsberichts haben Ihrer Meinung nach der Aufsichtsrat und der Vorstand ihre Funktionen nicht erfüllt?

Dr. **Delabro:** Das ist natürlich eine Frage, die auch in unserem Bericht ... Wir haben uns auch nicht gescheut ... Ich nehme an, dem Ausschuß steht auch der Nachhang zum Kontrollamtsbericht zur Verfügung, der sich insbesondere mit dem Fragenkomplex auseinandersetzt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Heute gekommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Offiziell. *(Ruf: Also er hat ihn schon gehabt!)* Nein, ich habe gesagt, offiziell ist er heute gekommen.

Dr. **Delabro:** Aber bitte, ich meine, Herr

Stadtrat Goller, ich glaube, es hat da hier kein Geheimnis bestanden, daß ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, nein, Sie können ruhig etwas voraussetzen.

Dr. **Delabro:** Also da haben wir uns ja bitte mit der Frage auseinandergesetzt und haben also hier sicherlich auch die Frage geprüft, wieweit hier Aufsichtsrat und Vorstand ... Wir stehen also auf dem Standpunkt und haben das auch zum Ausdruck gebracht. Und ich darf vielleicht auch sagen, daß ich hier bereits eine zweite Bestätigung unseres Kontrollamtsberichtes in der Zwischenzeit erfahren habe, nämlich durch die Änderung der Situation in der Verantwortlichkeit des Aufsichtsratspräsidenten. Wir haben ja erwähnt, wenn Sie den Abschnitt in Erinnerung haben, daß dem Bemühen des Aufsichtsrates hier überhaupt gar kein Zweifel zukommt. Aber bei der betriebswirtschaftlichen Gigantonomie des Baues ist das Bemühen allein, glaube ich, fast zu wenig nämlich dahin gehend, daß man sich die Frage stellen muß: Waren die Leute überhaupt in der Lage, mehr zu machen? Und wir haben angeregt, ob sich für diese Funktion nicht an und für sich die Frage aufdrängt, hier einen hauptberuflichen Aufsichtsrat einzusetzen. Und wenn ich jetzt die Geschichte von der letzten Woche hernehme, darf ich also annehmen, daß unsere Anregung auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Der Herr Präsident des Rechnungshofes hat sich zur hauptamtlichen Übernahme dieser Funktion bereiterklärt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das hat ja vorhin meine Frage ausgelöst. Ich glaube, daß diese Anregung eher den Teilhaber Bund beeindruckt hat als den Teilhaber Wien.

Dr. **Delabro:** Das kann ich also wirklich ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat es irgendwelche Weisungen gegeben, die im Zusammenhang mit dem AKH Ihrer Prüfungstätigkeit entgegengestanden sind?

Dr. **Delabro:** Herr Abgeordneter! Ich glaube, hier spricht der Bericht für sich. *(Abg. Bergmann: Nein, nein ...)* Denn ich glaube kaum, daß hier eine Weisung ergangen wäre.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist eine elegante Antwort, Herr Kontrollamtsdirektor. Es könnte ja sein, daß etwas nicht drinsteht in dem Bericht, ...

Dr. **Delabro:** Nein, nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): ... weil es zum Beispiel ...

Darf ich konkret werden? Ich möchte eine konkrete Frage stellen. Das ist alles kein Angriff, ich möchte es nur ...

Dr. **Delabro:** Nein, ich erkläre hier ausdrücklich, daß in dem Bericht keinerlei Änderungen erfolgt sind. So wie er von mir vorgelegt wurde, wurde er gemacht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat es im Laufe der letzten Jahre einmal — noch seinerzeit beim Bürgermeister Slavik — eine Weisung gegeben, die Auftragsvergaben an die Firma Siemens nicht zu überprüfen?

Dr. **Delabro:** Bitte, bei der Frage muß ich passen. Bei der Frage muß ich passen. Vom Bürgermeister Slavik?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja.

Dr. **Delabro:** Bitte, Herr Abgeordneter, da muß ich echt passen. Jede Antwort wäre jetzt gelogen. Ein Nein und ein Ja wären gelogen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn Sie so lieb wären und das einmal nachschauen — das müßte ja irgendwo vorliegen — und uns nur mitteilen: Gibt es nicht oder gibt es in dieser Frage?

Dr. **Delabro:** Ja, ja, gerne.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Seit dem Jahr 1977, wenn ich richtig informiert bin, hätten Sie die Möglichkeit gehabt, mit Zustimmung des Finanzministers alles zu prüfen.

Dr. **Delabro:** Seit der Novelle 1977, die, wie gesagt, Mitte Juli 1977 gewesen ist. Wenn hier der Vorbehalt gewesen wäre, wäre das möglich gewesen. Aber den habe ich nicht gehabt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hätten Sie nur über einen Auftrag prüfen können oder hätten Sie von sich aus auch initiativ werden können?

Dr. **Delabro:** Herr Abgeordneter! Das war ja ... Vom Auftrag her konnte ich nicht prüfen, weil der Gemeindevorbehalt nicht gegeben war, und der Ersuchsauftrag — bitte, Herr Stadtrat Goller, mich zu berichtigen — ist erst gekommen mit der letzten Novelle 1978. Als der Kontrollausschuß geschaffen worden ist, wurde gleichzeitig geschaffen das Prüfen auf Ersuchen des Bürgermeisters, eines amtsführenden Stadtrates oder des Kontrollausschusses. Das ist erst in der Verfassungsnovelle 1978 gekommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben in Ihrem Fernsehinterview, das ich auch gesehen habe, damals gesagt so mit einem leichten Seitenhieb auf den Rechnungshof: Na ja, der hätte ja in den letzten 13 Jahren das wiederholt prüfen können. Und ich als Nichteingeweihter in die Formalitäten der Gemeinde Wien habe mir gesagt: Na, warum hat es dann das Kontrollamt nicht geprüft?

Dr. **Delabro:** Das habe ich auf die Frage des Abgeordneten Hobl bereits versucht ausführlich rechtlich darzulegen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie während dieser Prüfungstätigkeit, die ja, glaube ich, ein Jahr in Anspruch genommen hat *(Dr. Delabro: Ja.)*, haben Sie in dieser Zeit einmal irgendwen so prophylaktisch vorgewarnt, um — was weiß ich — irgendeinen Fehler zu vermeiden, der sich bei Ihnen bei der Prüfung abzeichnet? Haben Sie einmal mit Bürgermeister Gratz über den kommenden Bericht geredet?

Dr. **Delabro:** Bitte, ich möchte fast so sagen: Wenn ein Team von ungefähr 20 Leuten auf eine Baustelle ausschwärmt, so ist ganz klarerweise hier ein gewisses Gerede, eine gewisse Informationstechnik immer vorhanden. Bitte, konkret in der Berichterstattung habe ich sicherlich erwähnt, daß der Bericht Mängel aufzeigen wird. Aber bitte, ich habe es insofern nicht konkret getan, was ich in keinem Fall tue, weil ich nämlich grundsätzlich erst einen Bericht als Bericht ansehe, wenn auch der kritisierten Stelle Gelegenheit gegeben ist, sich dazu zu äußern. Denn ich kann auch nicht nur allein in der euphoristischen Sucht des Kontrollamtes leben, sondern ich muß auch dem Kritisierten die Gelegenheit geben, zu den uns zusammengestapelt aufgefallenen Mängel hier Stellung zu nehmen. Und das, so darf ich mit ruhigem Gewissen behaupten, war in intensivsten, stundenlangen Tag- und Nachtbesprechungen ab ungefähr Anfang Dezember 1980 der Fall.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bei Ihnen intern?

Dr. **Delabro:** Bei mir in meinem Büro.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und haben Sie irgendwann einmal das Gefühl gehabt, da gibt es ein paar Dinge, wenn man da voraus informiert, dann kann man irgendeinen Schaden vermeiden, sodaß Sie zum Stadtrat Mayr, Stacher oder ...?

Dr. **Delabro:** Nein, ich würde hier sagen: Ich glaube, solche Fälle, daß man jetzt bis zum Fertigwerden des Berichtes sozusagen sagt, das kann man jetzt noch verhindern, und zwar etwas Namhaftes, habe ich nicht ... Ich habe auch nicht gesehen, daß man jetzt noch also etwas so Weltbewegendes stoppen kann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie sind Mitglied dieser Kommission, die der Bürgermeister eingesetzt hat? *(Dr. Delabro: Ja.)* Was ist jetzt der Auftrag dieser Kommission, nachdem ja eigentlich meiner Meinung nach oder meinem Gefühl nach die Arbeit eigentlich vorweggenommen worden ist durch die neue Entscheidung? Oder sehen Sie das anders?

Dr. **Delabro:** Sie ist insofern nicht vorweggenommen, denn hier darf ich ohne weiteres sagen, das ist, glaube ich, kein Geheimnis: Der Auftrag, den der Herr Magistratsdirektor als Leiter dieses Gremiums erhalten hat, stellt auch die Frage ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Gibt es da eine klare Weisung oder eine klare Definition des Bürgermeisters?

Dr. **Delabro:** Ja. Ja. Und zwar sind wir beauftragt, man möge feststellen, ob sich auf Grund des bauwirtschaftlichen Berichtes ein Fehlverhalten — ich glaube, das ist die Formulierung — von einzelnen Personen ergibt, ob gegen diese rechtliche Konsequenzen oder gegen Dritte rechtliche Konsequenzen zu ergreifen sind. Und hier darf ich also sagen, daß die Kommission bereits zu diesem Behufe Auftrag gegeben hat. Das Kontrollamt hat also hier die Stellen, die Personen namhaft machen können, ja nur die Kritisierten, denn die wissen ja, wer bis ins kleinste zuständig gewesen ist. Das Kontrollamt hat nochmals in zusammengeraffter Form die besonders kritischen Mängel zur Verfügung gestellt, wo wir glauben, daß man stoßen kann. Das haben wir bereits zugestellt. Und die Dienststellen werden dem Auftrag jetzt nachkommen, und es wird im Einvernehmen mit der Magistratsdirektion Zivilrechtsreferat einerseits und in Zusammenarbeit mit dem Magistratsamt II, dem Personalreferat, nachgegangen, ob hier gegen einzelne Personen etwas zu unternehmen ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Darf ich Sie jetzt noch einmal um eine Präzisierung bitten, weil ich Sie vielleicht am Schluß dann ersuchen muß, uns irgend etwas zur Verfügung zu stellen? Diese Kommission unter dem Vorsitz des Magistratsdirektors hat ihre Arbeit aufgenommen, und das Kontrollamt hat eine Kurzfassung ...

Dr. **Delabro:** Zur Erleichterung des Auftrages.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): ... des Kontrollamtsberichtes ...

Dr. **Delabro:** Nein, nicht eine Kurzfassung des Kontrollamtsberichtes, sondern — wie soll man sagen? — in Schlagworten noch einmal gesagt: Schaut euch das an auf der Seite ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das Kontrollamt hat eine Liste mit Hinweisen auf besonders *(Dr. Delabro: Zur Beschleunigung der Arbeit!)* untersuchenswerte Teile des Kontrollamtsberichtes gemacht. *(Dr. Delabro: Jawohl!)* Ich würde bitten, daß man uns diese Kurzfassung, diese besonderen Hinweise auf gravierende Aspekte dieses Kontrollamtsberichtes im Ausschuß zur Verfügung stellt, und wir werden

einen entsprechenden Antrag dazu noch einbringen. Wann glauben Sie denn, daß diese Kommission ...? Hat die eine Frist gesetzt bekommen?

Dr. **Delabro:** In dem Auftragsschreiben des Berichtes heißt es eigentlich: Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit des Problems bitte ich, diesem Auftrag Vorrangigkeit beizumessen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Würden Sie gefühlsmäßig ...? Sie kennen das ein bißchen in der Praxis, wie lang man zu so etwas braucht. Wird es Herbst?

Dr. **Delabro:** Das ist sehr schwer, weil ja hier sehr viele Fragen sind, die jetzt echt angeschaut werden. Man kann das nicht leichtfertig bis zum Fehlverhalten ansehen. Ich traue mir das hier, weil ich die Auslastbarkeit der anderen Seite nicht weiß, die kann ich nicht beurteilen ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Glauben Sie, daß das heuer noch fertig wird?

Dr. **Delabro:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Daß es vor dem Sommer fertig wird?

Dr. **Delabro:** Ich würde auch sagen: Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat es im Zusammenhang mit Ihrem Bericht eigentlich schon irgendwelche Anzeigen oder so etwas gegeben?

Dr. **Delabro:** Ich habe dem Staatsanwalt, dem Gericht den Gesamtbericht gegeben, und außerdem ist im Kontrollausschuß auch in der letzten Sitzung noch ein Beschluß gefaßt worden, daß der Staatsanwalt das auch auf strafrechtliche Verfolgbarkeit untersuchen ... Ich habe den Staatsanwalt unverzüglich von dem Beschluß in Kenntnis gesetzt. Da hat er mir gesagt, ich soll ihm das ohneweiters schicken. Aber da er den Bericht hat, nimmt er selbstverständlich schon, seitdem er ihn hat, von Amts wegen wahr, ob etwas drinnen ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber es ist nichts Konkretes, sondern Sie haben das insgesamt ...?

Dr. **Delabro:** Ich möchte das gleich sagen: Ich persönlich habe es nur dem Staatsanwalt zur Kenntnis gebracht. Sagen wir, prima vista habe ich hier konkrete strafbare Tatbestände nicht abgeleitet.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die ÖVP im Wiener Gemeinderat hat am 25. März einen Antrag gestellt, um ein paar Informationen im Kontrollausschuß zu erhalten. Das waren vier Punkte: die gesamte Höhe der festgestellten Überzahlungen, die Gesamthöhe der unbegründeten Nachtragsforderungen, die Gesamthöhe der unbegründet nicht eingeforderten Pönalien und die Höhe der Zinsenverluste für vertragswidrig geleistete Vorauszahlungen. Können Sie zu diesen vier Punkten ...

Dr. **Delabro:** Das kann ich Ihnen noch nicht sagen. Ich habe meine Mitarbeiter gebeten, diesen Bericht auf diese Anträge der Österreichischen Volkspartei hin durchzusehen. Auch hier — wenn ich Erklärungen abgebe, so sollen sie halten — traue ich mir nicht zu, wann diese ... Da muß man jede Seite jetzt echt durchgehen. Wir haben sie nicht aufgelistet bei der Arbeit, da bin ich ganz ehrlich. Das haben wir nicht gemacht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das wird auch noch eine Zeit in Anspruch nehmen, bis das zur Verfügung steht.

Dr. **Delabro:** Ja, wie gesagt ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bei der Vergabe der Gebäudeautomationsanlage hat es ein massives Interventionsschreiben des Angestelltenbetriebsrates der Honeywell Austria an den amtsführenden Stadtrat Mayr gegeben. Ist Ihnen das bekannt? Leopold Zentner?

Dr. **Delabro:** Bitte, ich höre sowohl das Schreiben als auch den Namen von Ihnen das erste Mal ausgesprochen. Ich kann dazu überhaupt nichts sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): In diesem Schreiben ist unter anderem erwähnt — ich zitiere einen Satz —: Da wir als Betriebsrat an der Erhaltung unserer Arbeitsplätze sehr interessiert sind, kann es uns nicht egal sein, ob bei der Vergabe von Großaufträgen mit scheinbar gezinkten Karten gespielt wird.

Dr. **Delabro:** Ist mir nicht bekannt. Ich kenne das Schreiben nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Dieses Schreiben war kein Gegenstand ...?

Dr. **Delabro:** Nein. Bitte, ist das Schreiben auch an den AKPE-Vorstand gegangen, daß es in den Unterlagen der AKPE liegt?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nach meiner Information — Sie wissen eh, woher sie kommt — hat der AKPE-Vorstand dann das Antwortschreiben für den Stadtrat Mayr konzipiert.

Dr. **Delabro:** Bitte, das dürfte aber kein ... Ich kenne ihn nicht. Nein, ich kenne ihn als Prüfgegenstand bitte nicht. Von welcher Firma war der?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das war der Angestelltenbetriebsrat der Firma Honeywell Austria.

Dr. **Delabro:** Nein, kenne ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Genosse, muß ich sagen, weil der wird so angeredet. *(Obmann-Stellvertreter Ing. Hobl: Die meisten Betriebsräte sind das!)* Na ja, Sie würden überrascht sein, wie viele das nicht sind. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Die Sie kennen, meinen Sie!)* Das habe ich gesagt, daß es stimmt, indem ich gesagt habe, er würde überrascht sein, bei wie vielen das „meisten" nicht stimmt. — Leopold Zentner.

Herr Kontrollamtsdirektor! Dies ist ja keine Befragung im Detail über den Kontrollamtsbericht, sondern das dient zumindest für mich der Vorbereitung der künftigen Tätigkeit dieses Ausschusses bis zum Ende des Jahres, wo der Kontrollamtsbericht ja zweiter Schwerpunkt der Untersuchungen wird sein müssen. Ich habe daher auch im wesentlichen keine zusätzlichen Fragen momentan mehr. Ich würde Ihnen nur eine Frage stellen: Wissen Sie als Kontrollamt jetzt alles über die Unregelmäßigkeiten beim Bau des AKH?

Dr. **Delabro:** Hier erkläre ich freimütig: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wenn Sie sich — ich habe dieselbe Frage vorhin auch dem Präsidenten Kandutsch gestellt — wünschen könnten, was Sie als nächstes beim AKH untersuchen dürften oder sollten oder wollten, welchen Bereich würden Sie da auswählen, oder haben Sie dann schon einen im Auge?

Dr. **Delabro:** Bitte, darf ich hier vorläufig nur scherzhaft antworten? Ich bin in dem Fall wunschlos glücklich. Ich sage keinen Wunsch. Ich möchte momentan ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das widerspricht aber der Aussage, daß Sie noch nicht alles wissen.

Dr. **Delabro:** Nein, Herr Abgeordneter, ich möchte aber etwas sagen. Das möchte ich hier in meiner Eigenschaft als verantwortlicher Kontrollamtsdirektor sagen. Ich habe eigentlich vor, das Allgemeine Krankenhaus ab jetzt so zu behandeln wie die meinem Prüfbereich unterliegenden restlichen zighundert Dienststellen. Ich habe nicht vor, mich jetzt auch in Hinkunft nur mehr im AKH festzusetzen. Ich werde das Problem des AKH nicht außer acht lassen. Ich werde sicherlich im Sinne meines Auftrages und der von mir zu veranlassenden Prüfgeschehen auch dort weiterhin für stichprobenartige Überprüfungen des Geschehens eintreten. Ich werde auf jeden Fall — auf jeden Fall! —, was also mein Auftrag ist ... Bitte, da wird sich wahrscheinlich auch nichts ändern nach dem neuen Gesellschaftsrecht. Wir werden die Jahresabschlüsse und die Gesellschafterbeschlüsse, das Gebarungswesen, jährlich prüfen. Aber wieweit ... hier jetzt im einzelnen, nämlich in Abschnitten des Bauwerkes, festsetze, möchte ich, ehrlich gesagt ... Ich möchte lieber jetzt sehen, daß die dort Tätigen von Kontrollen auch etwas entlastet werden und an dem Bauwerk zügig fortschreiten, daß es fertig wird.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Weil Sie sagen stichprobenartig: Wo würde dann die erste, die nächste Stichprobe ansetzen?

Dr. **Delabro:** Herr Abgeordneter! Bitte, das muß ich sagen: Das kann ich im Moment nicht sagen. Ich könnte mir vorstellen, daß wir zum Beispiel das Küchenproblem weiterhin betrachten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich muß noch einmal zurückkommen — jetzt nur als eine letzte Assoziation — zu dem Brief des Herrn Betriebsrats Zentner an den Stadtrat Mayr. Wenn man davon ableiten kann: Sie haben die Firmen Siemens, Elin, AEG in Ihrem Bericht mitgeprüft, aber eine Firma Sauter oder eine Firma Elsont nicht. Hat es dafür bestimmte Gründe gegeben?

Dr. **Delabro:** Darf ich Sie noch einmal bitten, ich bin ehrlich gesagt nicht ganz ... Wie gesagt, wir haben also geprüft. Siemens und AEG haben wir nicht geprüft. Ja? Das möchte ich nur sagen. Wir haben nur die Auftragsvergabe ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das meine ich ja.

Dr. **Delabro:** ... weil wir können ja dort nicht hineinschauen. Wir haben also lediglich kritisiert, wenn ich erinnern darf, daß wir hier diesen Rechenfehler aufgezeigt haben, der also dann bei dem Vergabevorgang bei den elektrotechnischen Einrichtungen dazu geführt hat ... Um welche Firma handelt es sich?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und daß Kapsch und ITT nicht vorkommen?

Dr. **Delabro:** Bitte, mir persönlich, ich muß sagen ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Daß sie im Bericht nicht vorkommen: War das alles okay, oder sind Sie dort nicht hingestoßen?

Dr. **Delabro:** Hier müßte ich mich zurückziehen auf die ... Hier müßte ich ehrlich gesagt auch ... Ich meine, das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und eine Firma Sauter sagt Ihnen etwas?

Dr. **Delabro:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Okay.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich hätte nur einige kurze Fragen. Wenn ich diesen Bericht

— ich habe das sicher noch zu wenig aufmerksam gelesen — durchlese, so bleiben in vielen Bereichen Fragen offen, wo im Kontrollamtsbericht ausdrücklich festgestellt wird, hier müßte weiter geprüft werden. Darf ich Sie einfach jetzt mehr oder weniger wahllos, ohne daß ich das jetzt so genau untersucht habe, zu drei oder vier Punkten fragen, was man machen müßte, um hier weiterzukommen?

Ein wesentlicher Vorwurf oder eine Feststellung betrifft die Doppelfunktion der Klinikvorstände, in einer doppelten Rolle. Sie erinnern sich an diese Feststellungen — auch von anderen Zeugen hier zum Teil erwähnt —, daß das ein gewisses Problem ist. Wie könnte man dieses Problem weiter untersuchen, damit man diese Doppelrolle klären kann, einmal Nutzen und einmal eben nicht, um das besser analysieren zu können, und auch die Schwachstellen, die dadurch entstanden sind. Wir haben diese Schwachstellen zum Beispiel auch bei dem BO-Auftrag, bei der ganzen Betriebsorganisationsplanung. Wenn heute festgestellt wird, daß gewisse Bereiche nicht akzeptiert werden von den Nutzern: Denken wir an die Riethmüller-Arbeiten, die Präsident Kandutsch heute erläutert hat. Wie würden wir hier weiterkommen, um diese Frage der Doppelfunktion der Klinikvorstände noch analysieren zu können? Wir müssen sie analysieren hier im Untersuchungsausschuß, weil sie bei der BO-Planung ganz entscheidend mit eine Rolle spielt. Können Sie uns da hier Hinweise geben, wie wir weiterkommen?

Dr. **Delabro:** Das ist eine Frage, die sicherlich nicht leicht zu beantworten ist, da nämlich diese Frage eine tiefe Wurzel hat. Wenn Sie zurückdenken, war das Allgemeine Krankenhaus eine jener sieben Anstalten, die dann in der NS-Zeit aus dem sogenannten Wiener Krankenanstaltenfonds ausgegliedert worden sind und zur Gemeinde Wien gekommen sind. Und das rechtliche Problem allein auch der dienstrechtlichen Stellung der Kliniker ist bis heute nicht geklärt. Ja? Sie sind zwar einerseits Klinikvorstände des Institutes, andererseits sind sie auch Betreiber dieses Spitals. Und hier bitte — ich bin ein Feind davon, daß man das Seelenheil im Ausland sucht — hat man zum Beispiel in Deutschland dieses Problem seinerzeit erkannt und hat versucht, eben durch legislative Maßnahme dieses System in eine Hand zu bekommen, daß man also Kliniker und Spitalsträger in irgendeiner Weise, ob jetzt beim Bund oder bei der Stadt, unter einen Hut bringt. Wieweit das ein real abschätzbarer Erfolg ist, wage ich auch nicht zu beurteilen, denn daß es ein Problem sein muß, glaube ich, zeigt die Tatsache, daß das Problem ein schwelendes Problem ist seit Jahrzehnten. Ich glaube also auch ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welchen Bereichen hat sich das besonders gravierend ausgewirkt? Wir wissen es bei der BO-Planung.

Dr. **Delabro:** Schauen Sie, in welchem Bereich hat sich das besonders kraß ausgewirkt?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wir wissen es bei der BO-Planung besonders.

Dr. **Delabro:** Ich weiß nicht, ich habe Sie zumindest nicht gesehen, daher weiß ich nicht, ob Sie bei meinen Ausführungen irgendwo im Hintergrund im Saal oder draußen waren. Das ist nur eine Frage der Nutzerwünsche. Ich muß jetzt wiederholen, was ich ja schon gesagt habe, daß die Herren der medizinischen Fakultät sicher, also eingedenk ihres medizinischen Verantwortungsbewußtseins, das erdenklich Beste verlangen und daß es wahnsinnig schwer ist, hier einen Nutzerkonsens, der medizinische Belange mit Wirtschaftlichkeitsbelangen unter einen Hut bringt ... Dort liegt ja das Kernproblem, Herr Abgeordneter. Mit dem sind wir ja mehr oder weniger immer konfrontiert. Ich weiß nicht, Entschuldigung, wenn ich jetzt indirekter Fragesteller bin: Wenn ein Arzt Ihnen sagt, er braucht zur Gesundung des Menschen dieses spezielle Gerät, es kostet 3,5 Millionen Schilling, werden Sie jetzt sagen in einer verantwortlichen Funktion: Nein, das kriegen Sie nicht, das ist zu teuer?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber mir geht es vor allem um die Auswirkungen dieses Problems. Wer könnte uns hier weiterhelfen? Können Sie uns sagen, mit wem ...

Dr. **Delabro:** Ich muß sagen, ich habe einen schönen Gehalt, aber wenn ich das bis ins Detail wüßte, ist mein Gehalt ein Bettel, weil da wäre ich der Kung Fu, wie man das schnell löst. Das ist ein Problem, das in der Vergangenheit schon verhaftet ist, daß die Klinikerstellung ... Der Abgeordnete Kohlmaier wird sicherlich auch wissen von seinem Metier her, was das für ein Problem ist. Aber daß dort Schwächen sind ... Und schauen Sie, wenn Sie allein nur hernehmen, es wird sicherlich nicht leicht zu regeln sein, wenn Sie an die Ambulanzen denken. Bei diesen Ambulanzgebühren, die ja mehr oder weniger dort den Kliniken zufließen, kann ich mir nicht vorstellen, daß die Kliniker sehr leicht auf diese außerhalb mehr oder weniger zufließenden Mittel verzichten werden. Und jetzt sind wir also wieder mit der Konfrontation ... Bitte, ich weiß nicht, es wird also hier wahrscheinlich jemandes bedürfen, der ein seelenloser Mensch ist, der von keinem Arzt mehr etwas erwartet, der bei keinem Familienangehörigen mehr rechnet, daß er ins Spital geht oder ein Bett braucht, und der wird dann zu

euch sagen: Nein. Bitte, entschuldigen Sie, wenn ich das ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein, aber das ist eine harte Formulierung.

Dr. **Delabro:** Aber so ist es.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der wird auch nicht nein sagen.

Dr. **Delabro:** Der Herr Abgeordnete Bergmann sagt sogar ... Der geht noch weiter als ich. Herr Abgeordneter, ich muß dazu sagen: Ich habe seinerzeit mit den Ärzten verhandelt beim Projekt. Ich habe gesagt: Ich würde bei euch am liebsten nur mit dem Prosektor verhandeln, weil dort kommt jeder hin, alles andere ist zwecklos.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Sie scheinen das schon etwas anders und abgeschwächt ... Ich muß Sie schon da zurückführen zum Bericht und auf die Formulierungen, die hier drinnen sind.

Dr. **Delabro:** Ja schon. Ich meine: Das sind, Herr Abgeordneter, wenn Sie das lesen — ich bleibe ja dabei —, schwerwiegende Probleme, die den Konsens ... Dem Bauherrn ist anheimgegeben, dieses Allgemeine Krankenhaus zu errichten nach der bestmöglichen Nutzerübereinstimmung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, aber wenn Sie mir jetzt sagen, das Problem ist praktisch nicht zu lösen, und hier drinnen schreiben Sie ...

Dr. **Delabro:** Das möchte ich nicht sagen, Herr Abgeordneter. Man kann also, glaube ich, nicht die Gretchenfrage stellen ad hoc, das ist nicht zu lösen, oder so. Es ist sicherlich ... In meinen Augen wird es lösbar sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Entschuldigung, ja. Aber Sie glauben, das ist ein wichtiges Problem, mit dem man sich weiter auseinandersetzen muß?

Dr. **Delabro:** Jawohl. Ich halte es für eines der wichtigsten Probleme. Dabei bleibe ich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann: Die zweite Frage verstehe ich nicht ganz. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, wie das zustande gekommen ist. Hier schreiben Sie zu den EDV-Kosten, daß zusätzliche Kosten auf der Basis Ende 1975 für die EDV-Anlagen in Höhe von 450 Millionen Schilling und für verschiedene betriebstechnische Einrichtungen, ich bin nicht sicher, ob die mit der EDV zusammenhängen oder nicht, von 500 Millionen Schilling in die Schätzung aufgenommen worden sind. Das würde bedeuten, daß also die EDV-Anlagen um eine halbe Milliarde Schilling teurer geworden sind. Wenn das stimmt, daß die EDV-Anlagen um eine halbe Milliarde Schilling teurer geworden sind, muß man dieser Frage eindeutig nachgehen. Hängt das auch mit der BO-Planung wahrscheinlich zusammen?

Dr. **Delabro:** Das ist ein Spezialkapitel, die EDV-Planung, überhaupt. Das ist ein Problem, welches sich weltweit durchstreckt. Ich kann von einer EDV-Planung im Sinne der Mediziner auch von der EDV-Planung alles mögliche wissen. Es sind hier Erfahrungen gesammelt worden, die man in die Tat umzusetzen versuchte. Wenn ich also nur aus meiner Erfahrung sagen kann, mit welchen Gedanken man sich auch bei einem Konzept damals auseinandergesetzt hat. Da war geplant in einem solchen Konzept, daß man beim jeweiligen Schichtwechsel des Krankenpflegedienstes dem übernehmenden Personal Ausdrucke gibt über die vergangene Medikamentenverabreichung. Es waren also Gedanken aus Dienstreiseberichten zu entnehmen über den Besuch einzelner Spitäler. Ich möchte sagen, das hat man nicht unbedingt übernehmen wollen. Aber es geht die Speicherung der Daten so weit, daß man in Krankenhäusern jene Daten gespeichert hat, an welchen Körperstellen Menschen injiziert werden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie glauben also, daß man diese Frage eindeutig untersuchen muß?

Dr. **Delabro:** Ich gehe jetzt ganz mit Ihnen mit, daß man der Entwicklung der EDV noch mit Nachdruck nachgehen muß, weil man dort meiner Meinung nach sicherlich viele Kosten sparen kann und nicht in allem das Seelenheil in der EDV sehen muß.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Also, der Bereich hängt mit der BO-Planung zusammen?

Dr. **Delabro:** Sicher. Aber die EDV ist sicherlich ein Bereich, in dem einiges gemacht wird.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe das auch schon den Präsidenten Kandutsch gefragt. Jetzt gibt es dazu einen Beschluß der Politiker, des Politikergipfels — ich weiß nicht, ob Sie das kennen — vom 27. Mai 1980 und vom 28. Juni 1980. Da gibt es Beschlüsse — da war Finanzminister Androsch und so weiter dabei —, und ein Beschluß betrifft die Vereinheitlichung des EDV-Informationssystems und dessen Anpassung an jene der Krankenanstalten der Stadt Wien. Wissen Sie, ob in dieser Richtung etwas geschehen ist? Könnte auf diesem Gebiet auf diese Art und Weise einmal — meine erste Frage — Kosten gespart werden, wenn dieser Beschluß eingehalten würde?

Dr. **Delabro:** Hier will ich nicht hinter den Berg halten. Dieses Gespräch kam insbeson-

dere, ich möchte fast sagen, über meine persönliche Intervention zustande.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bei wem?

Dr. **Delabro:** Beim Stadtrat Mayr. Dieses Gespräch haben wir dort geführt, und der Stadtrat Mayr hat, als er davon gehört hat, sich vehement dafür eingesetzt, daß hier gespart wird, daß man hier Beschlüsse faßt, damit eine gewisse Kompatibilität mit dem bereits eingeführten System WIKIS, mit dem WIKIS-System, Wiener Krankenanstalten Informationssystem, ein gewisser Gleichklang erzielt werden kann.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Also auch ein Punkt, wo man echt Kosten sparen kann.

Dr. **Delabro:** Hier, glaube ich, bei der EDV — da gebe ich Ihnen hundertprozentig recht — soll man sich dem Problem nicht entziehen, sondern soll man sich weiter widmen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann das nächste Problem. Ich habe gesagt, daß ich so vier, fünf habe. Es gäbe viele. Vielleicht kann man später noch einmal über die weiteren Punkte reden. Das nächste Problem sind die Betriebskosten. Sie stellen fest, die Betriebskosten können nicht abgeschätzt werden. Es gibt auch hier einen Beschluß im Politikergipfel, wo beauftragt wird eine Expertengruppe — aber Sie kennen das wahrscheinlich ohnehin —, daß hier Untersuchungen durchgeführt werden müssen zur Ermittlung der voraussichtlichen Betriebskosten. Sie schreiben hier drinnen jetzt im Jänner oder Februar 1981, das so rasch und so genau als möglich zu ermitteln, auch in der Zukunft. Ist noch nichts geschehen in dieser Richtung?

Dr. **Delabro:** Ich habe in Ihrer Anwesenheit auch über diesen Punkt berichtet, habe mitgeteilt, daß ich in den Schlußgesprächen, in den letzten Gesprächen vom AKPE-Vorstand erfahren habe, daß sie diesem Antrag bereits Rechnung tragen und die Betriebskosten auf neueste Daten jetzt zu stellen versuchen, es ist bereits in Arbeit.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gibt es Aufträge, die nach außen vergeben worden sind?

Dr. **Delabro:** Kann ich jetzt nicht sagen. Ich weiß nur, daß der AKPE-Vorstand sich der Frage eingehend widmet und zugesichert hat, mit dieser Frage sobald als möglich ans Tageslicht zu kommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Glauben Sie, daß die AKPE selbst in der Lage ist, diese Frage zu untersuchen und zu behandeln?

Dr. **Delabro:** Ich bin eher der Meinung, daß man das sogar hauptsächlich selbst machen muß, unter Zuziehung von den künftigen Betreibern und Nutzern, weil ja nur die in gewisser Beziehung abschätzen können, was notwendig ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber heute ist dieses Thema auch noch nicht abgeschlossen, muß auch weiter untersucht werden?

Dr. **Delabro:** Ja, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Betriebskostensatz, ein wichtiges Thema, das weiter zu behandeln ist.

Der nächste Punkt ist — das ging durch die Presse; darum bringe ich das eigentlich; ich hoffe nicht, daß es schon ein Vorredner gebracht hat — die Frage der Übergabe der Unterlagen von der früheren Bauleitung an den AKPE-Vorstand. Sie haben festgestellt, daß hier Unzulänglichkeiten passiert sind, Unzukömmlichkeiten. Sie können diese Frage im Kontrollamtsbericht auch nicht endgültig aufklären, wie es dazu gekommen ist, wer verantwortlich ist. Wie kann man das weiter aufklären?

Dr. **Delabro:** Das kann man insofern weiter aufklären, als das einer jener Fälle sein wird, wo das vom Herrn Bürgermeister eingesetzte Gremium darauf abzielt, ein auf Grund des Kontrollberichtes allfälliges einzelnes Fehlverhalten von Leuten festzustellen. Das wird sicherlich auch untersucht werden, wieweit hier ein Fehlverhalten ist. Die einen behaupten, es war bei der Übergabe da, die anderen haben gesagt, sie haben es nie gesehen. Es ist also sehr schwer, hier etwas festzustellen. Evident ist aber, daß der Akt über die Parkgarage wirklich nicht da ist. Es ist aber umgekehrt die AKPE dabei, die von uns kritisierten fehlenden Abrechnungspläne ... Hier ist nach meiner Meinung eine Begriffsverwirrung eingetreten: Hier geht es nicht um die Rechnungen, sondern um Abrechnungspläne über Volumina von 500 Millionen, die fehlen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das sind die Garagen?

Dr. **Delabro:** Nein, das ist schon am Kernbau. Hier ist also praktisch die AKPE dabei, es sind die Abrechnungspläne hier teilweise wieder vorhanden, so daß hier im Zuge der Überprüfungen eine Aufklärung erfolgen wird.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie viele Millionen Schilling waren offen? Fehlten Belege, Abrechnungspläne oder sonstige Unterlagen?

Dr. **Delabro:** Die Abrechnungspläne sind jene Pläne, über die man die Rechnungen vergleichen kann. Und hier haben die Abrechnungsausmaßpläne über ein Volumen von 500 Millionen gefehlt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und die Garagen?

Dr. **Delabro:** 106 Millionen glaube ich. Da ist nur der Einbau.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wo fehlt noch etwas? 600 Millionen also? Diese Frage muß auch untersucht werden.

Dann die letzte Frage. Sie stellen hier fest, das ist, glaube ich, auch ein wichtiger Punkt für uns: Die AKPE hat sich zu wenig um die Kontrolle der APAK bemüht. Und Sie machen dann indirekt auch einen Vorwurf gegenüber dem Aufsichtsrat, daß der Aufsichtsrat seine Sache auch nicht entsprechend wahrgenommen habe, sagen aber dann auch nicht schlußendlich, wer hier aktiv hatte werden sollen. Kann man das jetzt schon sagen, oder muß es noch weiter untersucht werden?

Dr. **Delabro:** Ich glaube, hier müßten eigentlich jene Organe, die über die Feststellungen des Kontrollamtes zu urteilen haben, zu einer Würdigung kommen. Wir haben ja aufgezeigt, wo der Fehler ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber zu einer Würdigung kann man nur kommen, wenn man wahrscheinlich mit den Mitgliedern des Aufsichtsrates und mit Mitgliedern des Vorstandes zu diesem Punkt noch konkrete Einvernahmen vornimmt.

Dr. **Delabro:** Das haben wir auch geschrieben, daß wir bekrittelt haben, und das ist auch meine Meinung, und wenn mich nicht alles täuscht, wird das bei der künftigen Gesellschaftsform vielleicht doch eine Änderung erfahren. Wir haben von vornherein nicht eingesehen, daß sich die AKPE, die ursprünglich geschaffen worden ist zur Errichtung dieser Planungs- und Errichtungsgesellschaft, ihres wesentlichen Einflusses dadurch begeben hat, daß sie nämlich das Hauptgeschäft an einen Dritten weitergegeben hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das ist schon x-mal kritisiert worden. Und wo zusätzlich noch oft eine Doppelfunktion war.

Dr. **Delabro:** Wo eine Doppelfunktion war, und wo auch Leute einerseits begutachten und andererseits Geschäftsführer bei einer der Firmen der APAK sind.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das betrifft die BO-Beauftragung konkret. Haben Sie solche Doppelfunktionen in anderen Bereichen auch wahrgenommen? Wir haben heute eine gehört vom Präsidenten Kandutsch im Zusammenhang mit Siemens, wo er auch eine solche Doppelfunktion sieht.

Dr. **Delabro:** Sicherlich ist hier, wenn Sie das als Doppelfunktion sehen ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das ist von Präsident Kandutsch als Beispiel genannt worden. Es gibt noch mehrere solche. Wir kennen es von der BO-Beauftragung.

Dr. **Delabro:** Gut, der Prof. Walder ist auch ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, das haben wir. Das ist BO, ABO.

Dr. **Delabro:** Das ist nich BO in dem Sinn — o ja, auch, bitte, im weitesten Sinn. Das ist ein typischer Fall. Ich würde auch eine gewisse Doppelgleisigkeit auch in einigen Architektengruppen sehen, da sind sie einerseits in beratender Funktion und andererseits in planender Funktion.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das müßte eigentlich auch untersucht werden.

Dr. **Delabro:** Ich weiß nicht, was Sie hier meinen mit „müßte noch untersucht werden". Es ist ja untersucht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber die Auswirkung der Doppelfunktion ist nicht untersucht, welche Konsequenzen das finanziell hatte.

Ich darf das konkretisieren, damit es verständlich wird. Ich glaube, eine Doppelfunktion in gewisser Hinsicht, daß Angebote gelegt werden konnten, die überhöht sind.

Dr. **Delabro:** Ja, sicher. Da wird ja der neue Vorstand wieder die Kritikpunkte zum Anlaß nehmen ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wenn man das nicht als gerechtfertigt betrachtet?

Dr. **Delabro:** Dann muß man es abstellen. Sicher.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Direktor! Ich hätte da eine schwierige Frage, ich weiß es, aber ich stelle sie doch. Sehen Sie, wichtige Punkte für uns als Untersuchungsausschuß, wo wir glauben, daß wir ansetzen sollen. Ich weiß, das ist eine Frage, die ich gar nicht stellen dürfte, aber ich stelle sie doch. Vielleicht können Sie uns da etwas sagen.

Dr. **Delabro:** Hier kann ich keine anderen Hinweise geben als jene, die mir die Zeitung anheimgestellt hat, ich soll meinen Bericht lesen. Ich darf sagen: Müssen Sie unseren Bericht lesen?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das ist auch wahr. Da muß ich danke sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abg. Bergmann, bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Kontrollamtsdirektor! Noch eine kleine Runde. Ich weiß nicht,

wer es war bei Ihrer ersten Einvernahme, der Sie auch schon gefragt hat in Richtung politischer Verantwortung und Personen, nicht nur theoretisch. Nun ist Ihr Erfahrungsschatz um vieles größer geworden, und Sie kennen die Systeme besser, nach denen gearbeitet worden ist. Würden Sie mit mir zumindest einmal so weit gehen, daß die Personen, die in Frage kommen, politische Verantwortung zu tragen, der Finanzminister auf Bundesebene, der Gesundheitsminister, der Wissenschaftsminister und der Bautenminister sind, jeweils der amtierende und für den Zeitraum, in dem er amtiert, der Bürgermeister der Bundeshauptstadt für den zweiten Teil, der Finanzstadtrat und der Gesundheitsstadtrat. Würden Sie diesen Personenkreis so umfassen, oder fehlt mir einer beim Aufzählen?

Dr. **Delabro:** Herr Abgeordneter! Ich muß auf meine Antwort zurückkommen. Ich weiche auch heiklen Fragen nicht aus. Abgesehen davon, daß ich mich an und für sich nicht berufen fühle, eine politische Verantwortung hier zu überprüfen. Abgesehen davon, glaube ich, ist es gar nicht so leicht, denn ich habe versucht, auch das rechtlich zu erklären, und zwar dahin gehend, daß man mit dem Beschluß, eine Aktiengesellschaft zu gründen, meiner Meinung nach eine gewisse Distanzierung von einer politischen Seite damit erreichte. Denn was hat man denn mit der Aktiengesellschaft gemacht? Man hat das mehr oder weniger ausgelagert. Und die dort vorhandenen Eigentümervertreter haben nicht mehr Rechte, als ihnen nach dem Aktiengesetz zukommt. In Wirklichkeit haben sie ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer ist dann verantwortlich für die Tatsache, daß eine Aktiengesellschaft gegründet worden ist im Bereich der Bundeshauptstadt?

Dr. **Delabro:** Wer verantwortlich ist? Da würde ich sagen ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn sich das System nicht bewährt hat: Wer ist dann daran schuld?

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter! Das ist jetzt eine Bewertungsfrage. Sie müssen sie als Wissensfrage stellen, dann geht es. Diese Formulierung ist eine reine Bewertungsfrage.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich danke Ihnen vielmals. Wir haben nur so eine nette Plauderstunde gehabt, daß ich da vielleicht ein bißchen unvorsichtig im Formulieren geworden bin.

Also, Herr Kontrollamtsdirektor: Wissen Sie, wer die Verantwortung dafür trägt, daß es zur Aktiengesellschaft kam, die Verantwortung auf seiten des 50-Prozent-Eigentümers Wien?

Dr. **Delabro:** Daß es zu einem Beschluß gekommen ist, das steht im Bericht drinnen, daß die Vertreter Bund und Republik am soundso vielten September 1975 ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Zu so einem Beschluß kommt es doch nicht, ohne daß vorher eine politische Entscheidung getroffen wird. Keine Aktiengesellschaft gründet sich von selbst.

Dr. **Delabro:** Wo man zu dieser inneren Überzeugung gekommen ist, daß man diesen Beschluß faßt, weiß ich wirklich nicht. Für mich ist der Tatbestand maßgeblich, daß ich vorgefunden habe, es liegt ein Beschluß vor, daß hier eine Aktiengesellschaft gegründet wird.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und von dem Augenblick an war niemand mehr verantwortlich?

Dr. **Delabro:** Sie stellen an mich eine sehr schwerwiegende Frage, die auch folgern kann, daß ich sage: Ich habe es versucht, einer rechtlichen Beurteilung zuzusehen und auch anderer, daß ich meiner Meinung nach das Problem so sehe, daß mit der Gründung der Aktiengesellschaft, mit dem Ausgliedern in eine Gesellschaft des privaten Rechtes die Eigentümervertreter, die dorthin entsandt worden sind, in Wirklichkeit nur jene Einflußnahme hatten, die ihnen das Aktienrecht zukommen läßt. An und für sich sind diese Einflußnahmen sehr eingeschränkt. Hier habe ich gesagt: Persönlich vertrete ich die Meinung, daß mit der eingeschränkten Einflußnahme auch eine eingeschränkte Verantwortlichkeit besteht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Danke.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Kapaun.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Nur eine Ergänzungsfrage. Herr Kontrollamtsdirektor! Wer hat im Bereich der Gemeinde Wien, um die Frage des Kollegen Bergmann fortzusetzen, den Beschluß formell gefaßt, eine Aktiengesellschaft zu gründen? Welches Organ der Stadt Wien?

Dr. **Delabro:** Ich glaube, das war ein Gemeinderatsbeschluß.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): War dieser Gemeinderatsbeschluß einstimmig?

Dr. **Delabro:** Die Organbeschlüsse sind alle einstimmig gewesen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Danke. Also war es der Gemeinderat der Stadt Wien, der einstimmig beschlossen hat?

Dr. **Delabro:** Ja, ja.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ich hätte auch noch eine kleine Zusatzfrage. Herr Zeuge! Sie haben

zuerst dem Herrn Kollegen Dr. Feurstein gesagt oder dem Herrn Kollegen Bergmann, Sie werden das AKH in Ihrem normalen Prüfrhythmus wie alle Dienststellen, die Ihrer Prüfung unterliegen, einordnen. Was bedeutet das jetzt personell und zeitlich? Für mich wäre interessant: Wird alle zwei Jahre das AKH kontrolliert, oder ist so wie bei bestimmten Firmen, die der Gemeinde gehören, einer Ihrer Beamten der, der immer wieder die Firma kontrolliert, und der kommt einmal im Monat oder jede Woche vorbei?

Dr. **Delabro:** Ich darf darauf so sagen. Mein Amt ist aufgegliedert in gewisse Zuständigkeitsbereiche. Ein Zuständigkeitsbereich umfaßt mehr oder weniger den Sektor des Gesundheitswesens, die Städtischen Spitäler, die Wohlfahrtseinrichtungen. Dieser Abteilung und diesen Mitarbeitern in meinem Büro wird auch das Allgemeine Krankenhaus anvertraut bleiben. Sie werden sich dort jetzt hauptsächlich auch mit dem beschäftigen, insbesondere auch, was den Betriebsablauf betrifft. Soweit noch das Baugeschehen ist, werden es die technischen Abteilungen auch weiterhin so prüfen wie eine andere Baustelle mit einer anderen Größenordnung.

Obmann Dr. **Steger:** Ich danke Ihnen, Herr Zeuge. Auf Wiedersehen. *(Kontrollamtsdirektor Dr. Delabro verläßt den Saal.)*

(Die Sitzung wird fünfmal auf jeweils kurze Zeit unterbrochen.)

Schluß der Sitzung: 21 Uhr 5 Minuten

39. Sitzung: 2. 4. 1981

Beginn: 10 Uhr 10 Minuten

Obmann Dr. **Steger** eröffnet die Sitzung:

Zeugeneinvernahme von Karl Blecha

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter! Darf ich Sie im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß begrüßen. Den Beschluß des Nationalrates brauche ich Ihnen nicht zur Kenntnis zu bringen, Sie haben ja daran mitgewirkt, und auch mit der Ladung dieses Beweisthema mitgeteilt bekommen.

Sicher kann ich auch sonst die Rechtsausführungen kurz gestalten. Daß wir die Geschäftsordnung des Nationalrates anzuwenden haben, ist für Sie ja eine Selbstverständlichkeit, und sicher ist Ihnen auch bekannt, daß dort enthalten ist, daß die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden ist mit allen Rechten und Pflichten, die ein Zeuge bei einem derartigen Gremium hat, vor allem mit der Pflicht, alle an ihn gerichteten Fragen wahrheitsgemäß zu beantworten, mit dem Recht, allenfalls ein Entschlagungsrecht im Sinne des § 153 StPO in Anspruch zu nehmen. *(Erläuterung des § 153 StPO.)*

Ich bitte Sie am Beginn um Ihre Generalien: Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Beruf und und Anschrift.

Blecha: Karl Blecha, geboren am 16. 4. 1933, wohnhaft in Tulln, 3430 Tulln, Judenauerweg 14, Beruf: Zentralsekretär der SPÖ.

Obmann Dr. **Steger:** Wer ist der erste Fragesteller? — Herr Abgeordneter Ing. Hobl, bitte.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Was wissen Sie über die Inseratenkampagne Geschichten mit Dr. Kreisky oder vom Dr. Kreisky oder über Dr. Kreisky?

Blecha: Herr Abgeordneter! Die Aktion „Geschichten vom Dr. Kreisky" ist von einer parteiunabhängigen Gruppe prominenter Persönlichkeiten ausgegangen, die durch Rechtsanwalt Dr. Damian vertreten worden ist. Die Gruppe hat sich an den Herrn Bundeskanzler gewendet und hat ihn ersucht, damit einverstanden zu sein, daß sie für ihn als Dr. Kreisky eintreten, weil sie glauben, daß er Bundeskanzler in Österreich bleiben soll, daß sie aber mit der SPÖ nichts zu tun haben wollen.

Ich habe vom Herrn Bundeskanzler von dieser Vorsprache erfahren, und es hat dann später der schon einmal erwähnte Rechtsanwalt Dr. Damian mit mir kurz Kontakt aufgenommen. Er hat darauf hingewiesen, daß die Gruppe völlig parteifern und parteifrei ist und sie auch Wert darauf legt, es zu bleiben, daß aber mit einer solchen Unterstützungsaktion eine Reihe von Aufwendungen getätigt werden.

Es ist bei der Information durch den Herrn Bundeskanzler an mich auch schon darüber gesprochen worden, ob man solchen Gruppen helfen kann. Ich habe darauf hingewiesen, daß wir in diesem Wahlkampf 1979 wie in keinem anderen zuvor Wählerinitiativen von parteiunabhängigen, aber nicht unparteiischen Bürgern haben, daß wir die, die sich an uns wenden, in der Weise bereit sind zu unterstützen, daß wir ihnen technische Hilfe geben, daß wir ihnen bei der Herstellung von Werbematerial zur Verfügung stehen.

Dr. Damian hat bei dem Gespräch mit mir das Angebot, technische Hilfsleistungen zu erbringen, zurückgewiesen, aber nur gemeint, daß es möglich sein könnte, daß für eine Reihe von Aufwendungen, die hier rasch zu tätigen wären, eine finanzielle Unterstützung angenommen werden könnte. Das war das Gespräch, das mit ihm geführt worden ist.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge, Sie haben nur mit dem Herrn Rechtsanwalt Dr. Damian Kontakt gehabt, aber nicht mit dem Herrn Holliger aus der Schweiz?

Blecha: Nein, ich habe überhaupt nur mit dem Herrn Dr. Damian Kontakt gehabt. Vom Herrn Holliger aus der Schweiz habe ich später erfahren.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Haben Sie mit Gestaltern dieser Inseratenserie Kontakt gehabt?

Blecha: Nein.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Haben Sie mit dem Herrn Udo Proksch in dieser Sache Kontakt gehabt, also „Geschichten vom Dr. Kreisky"?

Blecha: Nein.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und die technische Hilfe für andere Gruppen, die Sie zuerst erwähnt haben, die hat darin bestanden, daß über Ihren Auftrag Mitarbeiter der SPÖ dort gestalterisch tätig waren für Flugblätter oder auch Inserate oder Plakate für diese Werbegruppen, oder wie ist diese technische Hilfe zu verstehen? Außer Beistellung von Werbematerial.

Blecha: Wir hatten in diesem Wahlkampf, ich habe es schon einmal erwähnt, wie noch nie zuvor solche Wählerinitiativen gehabt. Wir hatten zum Beispiel die Aktion „Junge Österreicher für Kreisky", wir hatten die Gruppe „Studenten für Kreisky", wir hatten eine Gruppe, die von 25 österreichischen Hochschulprofessoren getragen wurde, „Wissenschafter für Kreisky", wir hatten eine Aktion „Wir Frauen für Kreisky", wir hatten eine Gruppe, die nannte sich „Grüne Aktion" und hat eine Werbung auch zur Unterstützung der SPÖ gehabt, wir hatten aus dem katholischen Bereich sehr viel Zuspruch bekommen. Dieser Seite zuzurechnen war eine Wählerinitiative, die sich „Kritische Menschen für eine sozialistische Politik" genannt haben, wir hatten eine Gruppe von Österreichern, die in Deutschland beruflich tätig ist und die sich zusammengefunden hat, um zum Beispiel, wenn sie ihren ordentlichen Wohnsitz noch in Österreich hatten, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, wie man dafür werben kann, daß man das Wahlrecht in Österreich ausnützt.

Wir hatten also eine wirklich sehr sehr große Zahl, und die Unterstützung, die man den einzelnen Gruppen, die ja zu uns direkt gekommen sind und mit uns enger zusammengearbeitet hatten, war verschieden. Sie reichte von einer Beratung, was wir auch glauben, was uns in dieser Wahlbewegung helfen könnte, bis zur Übernahme von Druckkosten; zum Beispiel eine Broschüre.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Haben solche Gruppen an Sie das Ansinnen gestellt, daß sie für diese Unterstützung Mandate auf der Nationalratsliste haben wollen?

Blecha: Nein, es ist von allem Anfang klar gewesen, daß diese Gruppen an uns überhaupt keinerlei Ansinnen gestellt haben, sondern daß sie von sich aus gekommen sind, wir wollen in diesem Wahlkampf, der ein sehr entscheidender ist, in dem es um sehr, sehr viel geht, jedenfalls mithelfen, daß die SPÖ die Mehrheit erhält oder daß Bruno Kreisky Kanzler bleibt.

Nicht ganz in diese vielen von mir jetzt erwähnten Gruppen einzubauen ist diese Gruppe, die die Aktion „Geschichten vom Dr. Kreisky" initiiert, durchgeführt und finanziert hat. Denn im Gegensatz zu den anderen von mir erwähnten Gruppen hat es hier nur mit mir als Verantwortlichen für die Wahlkampfleitung einen Kontakt mit dem Dr. Damian gegeben, einen persönlichen. Es gab dann von ihm ein Schreiben an mich, in dem er mich noch einmal aufmerksam macht, zu einem Zeitpunkt, wo er diese Aktion, Einschaltungen dieser Geschichten, die keinen Wahlaufruf enthalten hatten, überhaupt keinen Hinweis enthalten hatten, daß man die SPÖ unterstützen möchte, gestartet wurde. Und in diesem Brief an mich hat er noch einmal darauf hingewiesen, daß diese Aktion völlig parteifrei ist, mit der Parteiwerbung der SPÖ nichts zu tun hat, und in dem er mich aufmerksam gemacht hat, daß jede Verwendung oder Weitergabe der von dieser Aktion gestarteten Inserate durch die SPÖ verboten ist. Und meint dann noch: Ich mache höflich darauf aufmerksam, daß jedes Zuwiderhandeln geeignet ist, urheberrechtliche und schadenersatzrechtliche Konsequenzen nach sich zu ziehen.

Das war ein weiterer Kontakt, und das ist bitte sehr auch ein Beweis dafür, daß diese Gruppe nicht ganz vergleichbar ist mit anderen Komitees, von denen ich einige, wie sie mir so der Reihe nach jetzt eingefallen sind, vorgestellt habe.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Zusatzfrage: Wäre es möglich, auf dem üblichen kurzen Weg dieses kostbare Schreiben fotokopiert zu bekommen, das der Herr Zeuge gerade erwähnt hat? *(Wird übergeben.)*

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge, Sie haben also offenbar die Aktivitäten der anderen Gruppen, nachdem Sie ja Wahlkampfleiter der Regierungspartei waren, in ihrem Werbeplan für diese Wahl 1979 berücksichtigt, und diese Inserate haben Sie nicht berücksichtigt in Ihren ...

Blecha: Nein, die konnte ich nicht berücksichtigen, weil erstens einmal schon zu einem wesentlich späteren Zeitpunkt mir von dieser Aktion erst bekannt geworden ist als von den Aktivitäten, die andere Gruppen und Wählerinitiativen entfaltet haben, und zweitens vor allem, weil ja diese Gruppe jede Zusammenarbeit mit mir als Vertreter der SPÖ bei der Planung, bei der Koordinierung abgelehnt hat. Ja sie hat mir, wenn ich das also noch sagen kann, eher ein bißchen dadurch die Arbeit erschwert, weil der Dr. Damian nicht einmal bereit war mir zu sagen, in welchen Zeitungen sie Einschaltungen vorhaben. Und Sie können sich vorstellen, wenn ich also jetzt meine Planung habe über die Inserate der SPÖ, jetzt andere Gruppen berate — es hat, wie gesagt, Hochschulprofessoren gegeben, die auch Einschaltungen gehabt haben, es hat also andere Wählerkomitees gegeben, wo sich Persönlichkeiten für eine Stimmabgabe für die SPÖ oder für die Wiederwahl Bruno Kreiskys eingesetzt haben —, dann war es doch für mich interessant zu wissen: Wo wollen denn die ihre Geschichten einschalten, wann sollen die kommen?, damit das koordiniert werden kann.

Das ist nicht der Fall gewesen, sodaß es also auch im Wahlkampf ersichtlich diese Geschichten in Zeitungen gegeben hat, in Nummern von Zeitungen, in denen gleichzeitig Einschaltungen der SPÖ oder von anderen Wählerkomitees drinnen waren.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Das heißt, wenn ich Sie richtig verstehe, Sie hätten, wenn Sie von den Aktivitäten zeitplanmäßig und themenmässig in den einzelnen Printmedien gewußt hätten, vielleicht die eine oder andere Annonce, die Sie beeinflussen konnten, zum selben Tag nicht gegeben?

Blecha: Sicher, wenn es hier eine echte Zusammenarbeit bei der Durchführung der Aktion gegeben hätte, hätte ich es ersparen können.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Haben Sie den Dr. Damian gefragt, wie die Sache finanziert wird?

Blecha: Ich habe den Dr. Damian gefragt, und er hat mir erklärt, daß es hier also eine Sammlung von Österreichern und Auslandsösterreichern gibt, bei einem zweiten Kontakt hat er mir bestätigt, daß eine Agentur beauftragt ist, die Aktion durchzuführen; nachdem er mir aber die ganze Zeit erklärt hat, daß keinerlei Zusammenarbeit und keinerlei Koordination mit der SPÖ gewünscht ist, habe ich auch mit dieser Agentur keinen Kontakt aufgenommen und auch mir zu diesem Zeitpunkt auch überhaupt nicht gemerkt oder aufgeschrieben, wie diese Agentur heißt. Das habe ich dann erst zu einem späteren Zeitpunkt auch erfahren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge, erste Frage: Haben Sie sich zum Gegenstand der heutigen Aussage oder über die heutige Aussage mit Mitgliedern der SPÖ-Fraktion im Ausschuß vorberaten?

Blecha: Eine Vorberatung hat hier nicht stattgefunden. Ich habe Mitglieder des Ausschusses jetzt, ganz knapp vor meiner Ladung, getroffen, sechs Minuten oder waren es zehn, weil ich um diese Zeit, zehn vor zehn, ins Haus gekommen bin.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich meine aber auch Vorgespräche in den letzten Tagen, allenfalls mit einzelnen Mitgliedern des Ausschusses ...

Blecha: Nein, habe ich keine Vorgespräche gehabt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): ... oder mit nominierten Experten der SPÖ. Haben Sie da Vorgespräche geführt hinsichtlich des Gegenstandes der heutigen Einvernahme?

Blecha: Über meine heutige Einvernahme nicht, nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie den Dr. Damian vielleicht in der letzten Zeit über den Gegenstand kontaktiert?

Blecha: Jawohl, ich habe den Dr. Damian kontaktiert in letzter Zeit.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würden Sie uns zum Verständlichmachen diese Kontakte sagen, welche Fragen Sie an den Dr. Damian diesbezüglich gerichtet haben?

Blecha: Ja, das ist durchaus korrekt, ich habe den Dr. Damian im Einvernehmen mit meinem Kollegen Zentralsekretär Fritz Marsch zu mir gebeten, nachdem ich Zeitungen entnommen habe, daß die in Österreich einge-

schalteten Inserate zur Gänze von der Schweiz her bezahlt worden sind, von der Agentur Holliger, und wir beide, mein Kollege Fritz Marsch und ich, haben also Dr. Damian gebeten, uns über die Verwendung der ihm von uns, das heißt von der SPÖ, zur Verfügung gestellten Mittel Auskunft zu erstatten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie sich auch mit dem Herrn Proksch diesbezüglich in Kontakt gesetzt?

Blecha: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sind Sie Mitglied des legendären „Club 45"?

Blecha: Ich bin Mitglied seit der Gründung, als damals alle ehemaligen Funktionäre des Verbandes Sozialistischer Studenten ersucht worden sind vom jetzigen Bürgermeister Leopold Gratz, einer Vereinigung ehemaliger Studentenfunktionäre anzugehören.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Kollege, Sie sind nun damals für den Wahlkampf der Hauptverantwortliche gewesen, oder war das der Zentralsekretär Marsch? Für den Wahlkampf 1979?

Blecha: Wir haben ja, wie Sie wissen, in der SPÖ zwei Zentralsekretäre mit klaren Ressortabgrenzungen. Für die Wahlwerbung, für die Durchführung, für die Konzipierung des Wahlkampfes war ich zuständig und verantwortlich. Für die Finanzfragen der Kollege Fritz Marsch.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja aber wie ist der Vorgang, wenn Sie einen Postwurf an alle österreichischen Haushalte abrufen, wie rufen Sie das dafür notwendige Geld ab, ich meine, disponieren Sie über das Wahlbudget oder wie ist der Vorgang?

Blecha: Der Vorgang ist also so, daß ich über die von mir geplanten und akzeptierten Mittel dann verfügen kann.

Aber da muß es eben vorher einen Beschluß dafür geben und ein Konzept muß ich hier zuerst erarbeiten, bevor die ganzen Arbeiten starten, und dieses Konzept, das natürlich auch eine Kostenaufstellung beinhalten muß, muß akzeptiert werden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und nun kann natürlich so ein Konzept von der Idee und von der Aktion her akzeptiert sein und auch erste Kosten werden da gleich danebenstehen oder genannt werden. Nun kann sich aber dann bei der Durchführung der jeweiligen Aktion herausstellen, daß die Kosten überschritten werden, also höher ausfallen, als man sie bei der Beschlußfassung über das Konzept ins Auge gefaßt hat. Wie spielt sich dann das Abrufen des entsprechenden Betrages ab? Müssen Sie da mit Zentralsekretär Marsch Einvernehmen herstellen oder können Sie da allein disponieren?

Blecha: Sicher ist ein Einvernehmen herstellbar, weil ja von der zuständigen Finanzabteilung nur auf Grund auch von entsprechenden Unterschriften über den Rahmen, der beschlossen ist, hinausgehende Beträge angewiesen werden können.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und ein größerer Betrag aus dem Wahlkampfbudget, kann der von jemandem anderen als von Ihnen abberufen werden, oder muß ein solcher Vorgang zumindest auch Ihre Unterschrift tragen?

Blecha: Nein, der muß nicht meine Unterschrift tragen, wenn es in der Wahlbewegung um andere Ausgaben, die also mit ihr nicht in unmittelbarem Zusammenhang stehen, geht, oder wenn es sich um Ausgaben handelt, die nicht in meiner Aufstellung drinnen sind.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich darf hier einen Fall konstruieren, um mir zu verdeutlichen, wie die Prozedur ist. Da findet eine andere Stelle des Zentralsekretariats, daß eine Großkundgebung, die etwa der Verband Sozialistischer Studenten andient, 14 Tage vor dem Wahltag wichtig ist und daß man dafür die Stadthalle mietet und das also einen größeren Betrag eigentlich wert wäre. Können die nun diesen Betrag disponieren oder kann hier, nachdem es, nehmen wir an, in Ihrem Entwurf nicht vorhanden war, in Ihrem Konzept nicht vorhanden war diese Veranstaltung, dieser Betrag nur mit Ihrer Zustimmung dann mobilisiert werden?

Blecha: Das ist ganz klar, daß in einer Wahlbewegung über eine der Wahlbewegung dienende Aktion der von Ihnen genannten Art der für die Wahlwerbung Verantwortliche verständigt wird. Aber der Betrag, wenn er ihn nicht vorgesehen hat in seinem Konzept, wird dann also nicht von ihm angewiesen werden können.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Muß ich daraus ableiten, daß Sie im Wahlkampf 1979 so reichlich über Beträge verfügen konnten, daß allfällige nicht in Ihrem Konzept vorhandene Beträge durchaus von anderen Stellen ausgegeben werden konnten?

Blecha: Nein, das wäre nicht möglich.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie würden also meinen, daß Beträge ab der 500 000 S-Grenze doch ohne Ihre Verständigung nicht ausgegeben werden konnten.

Blecha: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): In welcher Weise hat

Sie nun der Zentralsekretär Marsch verständigt, als er das Millionen-Sparbuch an den Dr. Damian gegeben hat?

Blecha: Zuerst einmal, der Herr Zentralsekretär Marsch hat kein Millionen-Sparbuch an sich übergeben, sondern auf Wunsch des Dr. Damian, wie ich nachgefragt habe, hat dann die Finanzabteilung auf Grund einer Anweisung, die sie hatte, auf Wunsch des Dr. Damian dieses Geld in Form eines Sparbuchs überbracht, übergeben, und was die Anweisung betrifft, so war es so, daß Herr Zentralsekretär Marsch diese Anweisung bei Kürzung der mir für Wählerinitiativen zur Verfügung stehenden Mittel vorgenommen hat. Das heißt, dieser Betrag, der dem Dr. Damian zur Verfügung gestellt worden ist, ist in meiner Kostenaufstellung enthalten bei der finanziellen Unterstützung von Wählerinitiativen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun hat uns Dr. Damian gesagt, daß ihm der Zentralsekretär Marsch ein Sparbuch übergeben hat. Das ist nun doch im Widerspruch zu Ihrer Aussage hier. Würden Sie unter diesem Vorhalt Ihre Aussage noch einmal überprüfen.

Blecha: Das ist, glaube ich, ich kenne ja nicht die Vernehmung des Herrn Dr. Damian, aber überhaupt kein Widerspruch, weil der Herr Zentralsekretär Marsch diese Übergabe veranlaßt hat. Nur die Form der Übergabe: Sie sagten, der Herr Zentralsekretär Marsch hat ihm ein Sparbuch übergeben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): So wurde uns hier gesagt.

Blecha: Das ist falsch, weil er selber nicht hergegangen ist und ein Sparbuch übergeben hat, sondern er hat angewiesen, daß zur Unterstützung der von Dr. Damian vertretenen Aktion „Geschichten vom Dr. Kreisky" dieser Betrag zur Verfügung gestellt wird und hat diese dafür zuständige Außenstelle angewiesen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wer ist das, wenn man fragen darf.

Blecha: Das ist unsere Finanzabteilung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Kann man die personifizieren?

Blecha: Das sind ja mehrere Personen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte, gehen wir noch einmal in den ganzen Vorgang. Wann ist erstmals Dr. Kreisky an Sie herangetreten, um Sie zu informieren, denn nach Ihrer Aussage ist der Bundeskanzler auf Sie zugekommen und hat gesagt, hier ist eine, nennen wir es einmal, Wählerinitiative im Entstehen. Wann war das erstmals?

Blecha: Das weiß ich nicht mehr.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich will nicht den Tag genau, nur ...

Blecha: Muß Ende März gewesen sein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ende März 1979.

Blecha: Ja. Ende März, Anfang April, und zwar aus dem von mir schon erwähnten Grund, daß zu diesem Zeitpunkt andere Wählerinitiativen sich bereits konstituiert hatten oder dabei waren, ihre sozusagen Präsentation in der Öffentlichkeit vorzubereiten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun steht dies aber, Herr Zentralsekretär, doch im Widerspruch zu dem Schreiben, das Sie uns gerade gegeben haben, wo am 10. 4., also relativ früh, im April, schon der Dr. Damian Ihnen schreibt, daß von den angesprochenen Persönlichkeiten wiederholt Einwendungen in der Richtung erhoben wurden. Nun, wir alle kennen solche Aktionen. Wenn er schon wiederholt Einwendungen am 10. April gehabt hat, dann muß ja die Aktion schon ein bißchen gelaufen sein, weil ja schon Einwendungen gegen textliche Veränderungen und getroffene Absprachen durch die Propagandastellen der SPÖ vorgetragen werden konnten. Da mußte ja schon etwas vorhanden sein. Kann es nicht etwas früher gewesen sein?

Blecha: Nein, es war nicht früher.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und nun, was hat der Herr Bundeskanzler Ihnen hier ...

Blecha: Schauen Sie, da es sich um eine parteifremde Aktion handelt, ist es nicht auszuschließen, daß die Besprechungen, Beratungen in diesem Kreis parteifremder Personen schon früher stattgefunden haben. Ich als der Verantwortliche für die Wahlwerbung der SPÖ habe zu einem relativ späten Zeitpunkt überhaupt erst erfahren, daß es neben den mir bekannten Gruppen, den sich an mich wendenden Gruppen noch zusätzlich eine gibt, die noch dazu überhaupt nichts mit mir koordinieren möchte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zentralsekretär! Darf ich Sie doch in aller Freundlichkeit und Vornehmheit an die Wahrheitspflicht hier im Zusammenhang mit unserer Untersuchung erinnern.

Blecha: Da brauchen Sie mich nicht zu erinnern.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich darf Sie nur erinnern, denn Sie sind Mitglied des „Club 45" gewesen. Nun lief die Aktion in den Räumen des „Club 45", wesentlich beeinflußt von maßgeblichen Vorstandsmitgliedern oder führenden Persönlichkeiten des „Club 45". Und von

daher ist diese späte Information, wie Sie sie darstellen, doch für mich unverständlich.

Blecha: Sie ist Ihnen vielleicht dann nicht unverständlich, wenn ich Ihnen erkläre, daß ich also vielleicht ein halbes Dutzend Mal im „Club 45" überhaupt anwesend war in den bald zehn Jahren, die er existiert.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie sind kein häufiger Gast im Demel?

Blecha: Nein. Ich habe Ihnen auch erklärt, wie die Zusammensetzung und wie die Entstehung des Klubs war.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die Kanzleigemeinschaft Amhof-Damian wird von der SPÖ häufig beschäftigt?

Blecha: In der Zeit, in der ich Zentralsekretär bin, und daher also wissen muß, wie häufig diese Beschäftigung ist, muß ich sagen, sie wird nicht sehr häufig beschäftigt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würden Sie nicht sagen, daß etwa der Dr. Amhof, der ja etwa im Wahlschiedsgericht ein Vertreter war und in Presseprozessen eine Rolle spielte — die SPÖ zählt diesen Dr. Amhof doch zu den führenden Parteirechtsanwälten —, zu den von der Parteizentrale beschäftigten Rechtsanwälten gehört. Mir fällt nämlich außerdem nur noch der Dr. Siebenaller und der Dr. Schachter ein und Dr. Rosenzweig für die Verfassungsgerichtshofsachen. Sonst weiß ich eigentlich keinen anderen Anwalt. Sehe ich das so richtig?

Blecha: Aber Sie haben mich gefragt, wie die Beschäftigung ist, und ich kann aus meiner Praxis Ihnen nur sagen, daß der Dr. Amhof und der Dr. Damian für den Bereich, für den ich zuständig bin, kaum beschäftigt werden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber Sie müssen mir bestätigen, daß die Kanzleigemeinschaft Amhof-Damian zu jenen fünf, sechs Rechtsanwälten gehört, die von der SPÖ seit Jahren immer wieder beschäftigt wurden in Prozessen?

Blecha: Sicher zu jenen Rechtsanwaltskanzleien in Wien gehört, die von der SPÖ beschäftigt werden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun Frage ...

Blecha: Wieviel das genau sind, weiß ich nicht, aber die von mir beschäftigten, da gehört er jedenfalls nicht zu jenen, die besonders oft herangezogen werden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun, was hat Ihnen der Herr Bundeskanzler über diese Aktion in diesem ersten Gespräch berichtet? Würden Sie dies noch einmal präzisieren?

Blecha: Darf ich auch hier eines noch einmal klarstellen, weil Sie sagen, „da ist der Bundeskanzler auf Sie zugekommen". Es ist so, daß die Zuammenarbeit zwischen dem Herrn Bundeskanzler und Parteivorsitzenden und dem Zentralsekretär, der für Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich ist, eine sehr enge ist. Es gibt meines Wissens keinen Tag, an dem wir nicht irgendwann einmal zusammentreffen, wenn beide in Wien sind, insbesondere wenn es um die Vorbereitung einer Wahlkampagne geht.

Daher war das kein direktes Zukommen oder etwa in der Art, da ist jetzt etwas Sensationelles passiert, sondern bei einem dieser Gespräche — meistens in den späten Abend- oder Nachtstunden — hat der Herr Bundeskanzler mir berichtet, daß offensichtlich an diesem Tag, an dem er es mir berichtet hat oder in kurzem Abstand vor diesem Tag, von einer derartigen Aktion ihm berichtet wurde, Vertreter einer Personengruppe bei ihm gewesen wären.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Welche Vertreter?

Blecha: Er hat mir nur gesagt, es handelt sich um eine Reihe von sehr prominenten Österreichern, die da mittun wollen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber er wird ja wohl Namen zu Ihrer Orientierung ...

Blecha: Er hat mir eben erwähnt, daß der Sprecher der Gruppe der Dr. Damian war und daß der möglicherweise sich auch an mich wenden wird.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und würden Sie sagen, daß Damian jetzt unter dem Titel „prominenter Österreicher" wirklich zu verstehen ist, oder hat er nicht doch andere Namen erwähnt?

Blecha: Er war zu verstehen als der Rechtsanwalt, als der Anwalt, der diese Gruppe vertritt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und im Anschluß daran hat der Dr. Damian mit Ihnen Kontakt aufgenommen?

Blecha: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und hat er da schon die Million verlangt oder hat er hier Sie nur einmal informiert?

Blecha: Er hat informiert. Er hat, wie ich erwähnt habe, jene von mir jeder anderen Wählerinitiative auch angebotenen Hilfeleistung bei der technischen Durchführung ihrer Wahlarbeit abgewiesen und hat in dem Gespräch hingewiesen, daß eine finanzielle Unterstützung angenommen wird, weil ja die Gelder gesammelt werden müssen, und bei der Aktion — ich darf noch einmal darauf hinwei-

sen —, er nicht einmal bereit war zu sagen, in welchen Zeitungen er überhaupt oder die Gruppe, die er vertritt, Einschaltungen geplant hat, bei der Aktion auch nicht weiß, wieviel Geld hier dann hereinkommen wird, und eine finanzielle Unterstützung, die wird angenommen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Kann das Gespräch aber nicht auch so verlaufen sein, daß er Ihnen Zeitungen nicht genannt hat — bitte der Herr Dr. Damian hat ja hier nicht einen sehr geschickten Eindruck gemacht —, weil er noch gar nicht wußte, wo diese Inserate allenfalls erscheinen werden.

Blecha: Das weiß ich nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie können sich nicht erinnern? Es geht mir darum, ob Sie sich erinnern können, wie die wirkliche Begründung war, daß er keine Zeitungen nannte. Kann das nicht auch gewesen sein, weil das Stadium der Aktion noch so früh war, daß er noch gar keine Vorstellungen hatte?

Blecha: Dieses Motiv schließe ich aus, weil ich den Dr. Damian sogar ersucht habe, ob man diese Aktion nicht koordinieren könnte, und ich weiß noch, daß ich gesagt habe, zur Koordination gehört doch einmal dazu, daß man weiß: Wann werden Inserate wo eingeschaltet? Und er hat gesagt, nein, das hat die SPÖ nicht zu wissen, das ist eine parteiferne Gruppe, das hat sie nicht zu erfahren, weil auf eine Koordination dieser Art gar nicht Wert gelegt wird.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zentralsekretär! Wenn aber dann doch angesichts solcher Verhandlungspositionen eine Million ausgezahlt wurde, dann muß ich doch fragen: Was haben nun im Vergleich dazu die anderen Aktionen finanziell bekommen? Erste Frage: Welche Form der Unterstützung hat die „Aktion Junge Österreicher" bekommen, insbesondere in welcher finanziellen Größenordnung?

Blecha: Herr Vorsitzender! Darf ich Sie jetzt fragen, was das mit den Untersuchungsgegenständen zu tun hat?

Obmann Dr. **Steger:** Bitte, Herr Abgeordneter, wenn Sie einen Zusammenhang herstellen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Es besteht der Verdacht, erstens einmal: Der Zeuge hat nach meinem Dafürhalten eine extrem unglaubwürdige Darstellung seines Gespräches mit dem Dr. Damian gegeben. Hier wird eine Million ausgezahlt, und angeblich sagt der Dr. Damian überhaupt nicht, wofür er das verwenden wird. Aber er beginnt gleich, Finanzen zu verlangen, und nun will ich, um mir Vergleichsmöglichkeiten zu schaffen, wissen, was man anderen Aktionen, die sich in den Werbeplan voll einbetten ließen, nun dafür für Unterstützung gegeben hat, und da wir das Thema Parteifinanzierung zu überprüfen haben, ist es für mich auch interessant, woher allenfalls diese anderen voll eingebetteten Aktionen ihre finanziellen Mittel bekommen haben. Möglicherweise von AKH-Firmen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter! Es ist an sich politisch natürlich sehr interessant, aber der Untersuchungsauftrag heißt: Parteifinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen beim Allgemeinen Krankenhaus in Wien. Und nur die Tatsache, daß vielleicht irgendwo etwas auch sein könnte, ist nicht dieser ausreichende Zusammenhang, ist damals einvernehmlich im Rahmen dieser erweiterten Sitzung der Präsidiale festgelegt worden. Ich bitte da allenfalls auch Rücksprache mit den Fraktionsführern zu halten. Bitte daher die Frage wenn, dann so zu stellen, daß ein doch direkter Zusammenhang gegeben ist. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Dann darf ich doch hinsichtlich der Aktion „Wissenschafter für Dr. Kreisky", wo es sich möglicherweise um im Rahmen des AKH tätige Professoren gehandelt hat, auch um nähere Aufklärung bitten, wer hier tätig war und ob hier im AKH involvierte handelnde Personen in dieser Aktion mitgewirkt haben.

Blecha: Es haben keine irgendwie mit dem AKH im Zusammenhang stehende Personen mitgewirkt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie können rundweg ausschließen, Herr Zeuge, daß kein im AKH tätiger Mediziner hier an dieser Aktion mitgewirkt hat?

Blecha: Ich habe die Liste der 25 Professoren jetzt nicht präsent. Ich weiß sie wirklich jetzt nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber damit können Sie es auch nicht ausschließen?

Blecha: Es handelt sich also um Persönlichkeiten, die sich in dieser neuen Bewegung für Dr. Kreisky ausgesprochen haben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie können also nicht ausschließen, daß allenfalls einer der prominenten Professoren, die auf anderer Seite wiederum etwa steuerlich beraten wurden durch die Consultatio oder sonst im AKH tätig waren, im Zusammenhang mit dem AKH, daß solche Professoren bei dieser Wissenschafter-Liste dabei waren? Ich will Sie jetzt nicht um die Namen fragen, aber doch die Feststellung festhalten, daß Sie es nicht ausschließen können. Daher meine Frage: Können Sie wenigstens am Beispiel der „Wissenschafter für Kreisky"

zum Vergleich mit der anderen Aktion uns darstellen, wie Sie etwa dieser Gruppe technische oder andere Hilfe gegeben haben?

Blecha: Also zum Ausschließen möchte ich überhaupt nicht Stellung nehmen. Ich halte diese Art der Befragung wirklich für unerhört, Herr Kollege Steinbauer. Das ist ja eine politische Polemik, die Sie hier machen, und keine der Wahrheitsfindung dienende Befragung, denn ich habe hier über Wahrnehmungen zu berichten. Und eine Wahrnehmung in diesem Zusammenhang habe ich nicht gemacht und eine klare Antwort gegeben. Und mir zu unterstellen, daß ich hier nicht die volle Wahrheit sage, ist mir überhaupt noch nie untergekommen, wenn ich erkläre, der Dr. Damian hat mir eine Aktion vorgestellt in einem Gespräch zu einem relativ späten Zeitpunkt und hat technische Hilfe, aber auch Koordinierung mit meinen übrigen Aktivitäten ausdrücklich zurückgewiesen unter Hinweis darauf, daß er eine Personengruppe vertritt, die das nicht will. Natürlich hat er mir Personen genannt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Welche?

Blecha: Da waren eben sehr, sehr hervorragende Persönlichkeiten dabei, wie etwa Torberg, wie die Frau Pluhar, wie der Maler Hundertwasser, wie der Rank-Xerox-Generaldirektor Werner Krause. Lauter Persönlichkeiten, von denen ich annehme, daß das wirklich stimmt, was Damian sagt, daß sie nicht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der SPÖ gebracht werden wollen, auf eine Koordinierung mit der Wahlwerbung der SPÖ nicht nur keinen Wert legen, sondern sie ablehnen, aber es handelt sich um Persönlichkeiten, die bereit sind, für den Herrn Bundeskanzler sich zu erklären. Und das müssen Sie schon mir überlassen, ob ich jetzt abschätzen kann, ob eine solche Personengruppe von sehr prominenten Österreichern auch einer finanziellen Unterstützung wert ist oder nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge! Ich verstehe Ihre Erregung ...

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter! Ich möchte nur eines, bevor Sie es neu formulieren, schon klarstellen: Die Tatsache, daß jemand irgendwann Patient im AKH war oder dort als Arzt tätig ist, ist also sicherlich nicht der inhaltlich vorgegebene Rahmen des Bezugs zum AKH, indessen, wenn es jene Ärzte sind, die allenfalls als Subunternehmer oder Auftragnehmer dort in irgendeiner Form — aber nicht im Rahmen ihrer medizinischen Tätigkeit drüben im alten AKH — tätig sind und deswegen dann als Reaktion mit ihrem Geld etwas anderes machen, dann ist der Bezug gegeben. Bitte, das zur Präzisierung doch zu sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Vorsitzender! Ich wollte gerade sagen: Herr Zeuge, ich verstehe Ihre Erregung und nehme einmal zur Kenntnis, daß Sie eine Auskunft zu der Wählerinitiative „Wissenschafter für Kreisky" hier nicht geben wollen, und will Ihnen das Leben in der Frage nicht schwermachen.

Aber Sie müssen meinerseits auch wiederum mein Interesse an diesem Damian-Gespräch verstehen, wo Sie mir nun doch als für die Wahlwerbung 1979 Verantwortlicher das erläutern müssen, und Sie wollen hier sagen, daß Sie sich nicht erkundigt haben, mit welchen Inhalten diese Prominenten für Kreisky wählend oder wahlwerbend auftreten wollen.

Sie werden doch selber zugeben, daß Ihnen als Wahlkampfleiter der SPÖ der Tenor, die Stoßrichtung der Aussagen nicht gleichgültig sein kann, weil es hätten ja auch Aussagen sein können, die mit den sonstigen Aussagen der Parteiwerbung in Widerspruch stehen.

In welcher Weise haben Sie sich also über den Inhalt dieser Aussagen — nicht über die einzelne Textierung, sondern über die Stoßrichtung und den Inhalt dieser Aussagen — erkundigt?

Blecha: Herr Steinbauer! Mir scheint diese Frage auch ungewöhnlich zu sein, weil aus dem von mir Dargestellten für mich damals jedenfalls klar ersichtlich war, daß es Persönlichkeiten aus dem kulturellen Leben, dem Wirtschaftsleben waren, die für Dr. Kreisky sich aussprechen, aber nicht ausdrücklich eine Wahlempfehlung für die SPÖ geben. Das habe ich gesagt, das hat mir auch Damian gesagt, und das bitte schön in der Art, wie ich es dargestellt habe. Mir hat das jedenfalls ausgereicht. Wenn Sie das nicht so verstehen, dann ist das Ihr Problem.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Gut, Ihnen hat das ausgereicht. Jetzt: Welchen Umfang hat Ihnen der Dr. Damian in diesem ersten Gespräch — welchen vermutlichen Umfang der Aktion — dargelegt? Hat er gesagt, es wird plakatiert oder es werden Broschüren gemacht oder ...

Blecha: Er hat nur von Inseraten gesprochen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Inseraten in Zeitschriften, in Fachzeitschriften oder in künstlerischen Zeitungen?

Blecha: Ich habe gerade gesagt, daß er nicht bereit war, bei diesem Gespräch anzugeben, wo inseriert wird.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Er hat aber eher von Tageszeitungen gesprochen oder von Zeitschriften? Da ist ja doch ein gewaltiger Unterschied.

Blecha: Es ist sicher ein Unterschied, aber es ist diese Präzisierung nicht erfolgt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben dann von einem zweiten Gespräch mit Damian gesprochen. Hat er in diesem zweiten Gespräch, das dann später stattfand, eine nähere Beschreibung des Umfangs der Aktion Ihnen gegeben?

Blecha: Nein, keineswegs. Das zweite Gespräch war überhaupt nur ein sehr kurzes und stand im Zusammenhang mit dem Ihnen übergebenen Brief, daß nämlich die SPÖ, die zu diesem Zeitpunkt schon Persönlichkeiten auch herausgestellt hat, die sich im Rahmen verschiedener Komitees für die Unterstützung der SPÖ oder für die Unterstützung Kreiskys ausgesprochen haben, die von ihm vertretenen Personen nicht verwenden dürfe.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie hatten also keine weiteren Informationen über den Inhalt dieser Inserate, zunächst einmal.

Blecha: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie wollen also hier behaupten — ich frage das: Sie wollen hier behaupten —, daß Sie eines Tages eine Tageszeitung geöffnet und das erste Inserat dort gesehen haben und gewissermaßen glücklich waren, daß es einigermaßen in den Wahlkampf hineingepaßt hat?

Blecha: Das behaupte ich nicht nur, das ist die reine Wahrheit.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Sie haben vorher über den Inhalt dieser Inserate, also vor diesem glückhaften Morgenaugenblick, wo der Wahlkampfleiter der SPÖ das erste Inserat von 68 sieht, nichts erfahren?

Blecha: Nein. Ich weiß auch nicht, daß es 68 sind.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben sich auch nicht erkundigt: Was kommt denn dann nach diesen ersten zwei Damian-Gesprächen?

Blecha: Da brauche ich mich nicht mehr zu erkundigen, wenn in diesen Gesprächen klargestellt worden ist, daß man mit mir nicht zusammenarbeitet.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie persönlich ein gestörtes Verhältnis zu dem Rechtsanwalt Dr. Damian?

Blecha: Nein, ich habe kein gestörtes Verhältnis. Ich habe zu ihm kein besonders enges Verhältnis.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie so etwas wie überhaupt keines? Sie beschäftigen ihn als Anwalt weniger. Ist es eher der Anwalt und der Gesprächspartner des anderen Zentralsekretärs? Kann man das so verstehen, daß er eher mit Marsch zusammenarbeitet?

Blecha: Nein, ich glaube, daß man das nicht so verstehen kann, das ergibt sich ja schon aus dem Alter, daß der Kollege Fritz Marsch den Rechtsanwalt Damian wesentlich länger kennt als ich.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Ihnen dann diese Anzeigen gefallen, wie Sie die ersten gesehen haben?

Blecha: Ich möchte sagen, daß diese Art der Befragung mit dem Untersuchungsgegenstand hier sicher nichts zu tun hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte, ich möchte präzisieren: Haben diese Anzeigen dann Ihrer Gesamtkonzeption entsprochen, haben Sie Einspruch gegen einzelne Inserate dann erhoben, als Sie sie gedruckt gesehen haben?

Blecha: Ich konnte keinen Einspruch erheben, weil ich noch einmal sagen kann, daß es sich hier um eine Gruppe, die außerhalb der SPÖ und außerhalb ihrer Parteiwerbung tätig geworden ist, handelt, und ich etwas, was eine Gruppe außerhalb meiner Einflußmöglichkeiten tut, weder zurückweisen kann, noch kann ich es in irgendeiner Weise verändern.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge! Wann und in welcher Weise wurde Ihnen mitgeteilt, daß nun eine Million weniger bei den Wählerinitiativen zur Verfügung steht?

Blecha: Anfang April.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wer hat Ihnen das mitgeteilt?

Blecha: Wir haben das ja besprochen, der Zentralsekretär Marsch hat mir dann auch mitgeteilt, daß für diese Aktion auf Grund meiner Information, die ich ihm ja nach dem ersten Gespräch mit Damian gegeben habe, eine Zuwendung in dieser Höhe möglich ist und das also bei mir wieder eine Einschränkung bei anderen Komitees zur Folge hat. Ich habe das als durchaus durchführbar bestätigt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge! Sie haben das als durchaus durchführbar bezeichnet. War diese Million ein großer Anteil in diesem Budgetteil Wählerinitiativen, oder handelt es sich um eine proportional kleine Summe?

Blecha: Schauen Sie, ich möchte über die Ausgabenstruktur eines Wahlkampfes nicht dem glücklosen und erfolglosen Wahlkampfleiter der anderen Partei genaue Auskunft geben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Es geht hier jetzt nicht darum, wem Sie genaue Auskunft geben,

sondern Sie wollen dem Untersuchungsausschuß hier offenkundig keine Auskunft darüber geben, ob die Millionentransaktion, die zwischen Marsch und Damian und möglicherweise einer Schweizer Gruppe stattfand, ob die ein gewichtiger Faktor in dem Wahlkampf war oder nicht. Das war meine Frage zumindest.

Würden Sie darüber Auskunft geben?

Blecha: Es war ein Betrag, der jedenfalls kein geringer ist. Denn was wir in der Wahlwerbung ausgeben, ist bekannt. Wir haben das auch immer veröffentlicht und offengelegt. Das ist kein kleiner Betrag. Das ist doch ganz klar.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Mußten Sie daraufhin andere Inserate streichen, also vergleichbare Werbemittel an anderer Stelle einsparen?

Blecha: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ist hinter der Gruppe Österreicher in Deutschland, die ja für mich ein Parallelfall zu den Schweizern in der Schweiz ist, eine ähnliche Konstruktion vorhanden gewesen, daß ein Rechtsanwalt mit vorhanden gewesen, daß ein Rechtsanwalt mit Ihnen verhandelt hat, oder wie war hier die Konstruktion?

Blecha: Nein, das ist eben anders zu sehen. Daher habe ich das Beispiel auch erwähnt.

Hier ist eine Initiative von in Deutschland tätigen Österreichern entstanden, die sich zur Aufgabe gesetzt haben, jetzt nicht Inserate oder sonst etwas zu machen, und sich auch gar nicht darauf versteift haben, sich als besonders parteifern zu geben, sondern die gemeint hatten, man könnte feststellen, welche Österreicher in deutschen Unternehmen, in Betrieben als Arbeiter und dergleichen tätig sind, die am Wahlsonntag doch ihre Stimme in Österreich abgeben könnten, die man also mit den Wahlwerbemitteln sozusagen in Österreich nicht erreicht, die aber hier in den Wählerlisten sind und die man dort ansprechen kann.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Verstehe.

Nun haben Sie vorhin gesagt, daß im zweiten Kontakt der Dr. Damian Ihnen mitgeteilt hat, daß er eine Agentur beauftragt hat, diese Insertionskampagne zu machen. Hat er Ihnen da gesagt, welche Agentur — es liegt ja auf der Hand, daß Sie gefragt haben —, wer dies nun machen wird?

Blecha: Er hat die Agentur sicher genannt, aber ich habe sie nicht präsent gehabt. Das habe ich zu Beginn der Befragung schon angeführt. Daß diese Agentur Holliger und Partner geheißen hat, habe ich mir nicht gemerkt, weil es für mich kein besonders wichtiger Punkt schien. Ich habe mich damit abgefunden, daß hier eine Gruppe außerhalb meiner Wahlwerbung tätig ist, die eine Agentur beauftragt hat, das zu machen, eine schweizerische Agentur. Mir war sie nicht bekannt, als er mir den Namen genannt hat, und ist daher auch nicht bei mir im Gedächtnis geblieben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP):Ich halte fest, daß Sie also eine Erinnerungslücke hinsichtlich Holliger in dem zweiten Damian-Gespräch haben. Sie haben aber dann gesagt, daß Sie erst später von Holliger erfahren haben. Wann haben Sie nun nach Ihrer Erinnerung den Namen Holliger erstmals in Erinnerung?

Blecha: Er ist in Erinnerung gebracht worden, weil in einer Wahlaussendung in Niederösterreich, der niederösterreichische, in Niederösterreich lebende Fallschirmspringermeister Huber erwähnt worden ist, der in dieser Personengruppe drinnen ist und der auch für Inserate zur Verfügung gestanden hat, und da hat ein Holliger einen wirklich sehr groben Brief an die Niederösterreicher geschickt, daß das sogar Regreßansprüche zur Folge haben kann und daß die mit der Partei nichts zu tun haben und nichts zu tun haben wollen. Und da ist mir der Name Holliger aufgetaucht.

Ich habe zuerst gesagt, das weiß ich gar nicht. Daher habe ich mit Recht vorher sagen können, mir ist der Name gar nicht präsent gewesen, als ich das erstemal damit konfrontiert worden bin.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber Herr Zentralsekretär! Relativ früh — am 6. Mai wurde gewählt —, am 10. April, ist schon der Damian-Brief. Wann ist Ihnen dann der Name Holliger im Zusammenhang mit dem Fallschirmspringer aufgetreten?

Blecha: Knapp vor den Wahlen war das, daß der dort dagegen protestiert hat, daß in der SPÖ-Werbung einer der Personengruppe genannt worden ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und welche Recherchen haben Sie dann über Holliger angestellt? Haben Sie dann mit Damian darüber geredet? Oder wie haben Sie diesen Fall gelöst, diesen Protestfall des Herrn Holliger?

Blecha: Der Protestfall ist dadurch gelöst worden, daß er eine Berichtigung verlangt hat, eine Richtigstellung in der „Zeitung am Sonntag", in der das erfolgt ist. Nur bitte, diese „Zeitung am Sonntag" ist ja, wie der Name schon sagt, am Sonntag vor der Wahl das letzte Mal da erschienen. Und man hat hier sich entschuldigt für dieses Versehen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nach Ihrer Darstellung ist Ihnen ja angesichts der Erinnerungslücke die Fa. Holliger nicht bekannt gewesen. Nun: Trubel des Wahlkampfes — auf einmal

trifft ein Protestbrief Holligers ein. Wo haben Sie den dann zugeordnet? Haben Sie den Dr. Damian angerufen? Ich meine, ich versuche, mir zu erklären, wie der Ablauf war. Ich ersuche Sie, mir zu erklären, wie der Ablauf war.

Blecha: Ich bin, bitte, angerufen worden ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Von wem?

Blecha: Na von meinen niederösterreichischen Freunden drüben, daß da ein Holliger protestiert gegen eine solche Verwendung und daß es sich hier um diese Wähler oder besser gesagt diese parteiunabhängige Personengruppe handelt, die eine Aktion macht, die diese Agentur durchführt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und an wen haben Sie sich dann angesichts dieser Information, da Sie ja zunächst mit Holliger nichts anfangen konnten, gewandt?

Blecha: Ich habe die Auskunft der mich befragenden niederösterreichischen Stelle gegeben, daß wir davon wissen, daß der diese Aktion durchführt, daß das eben jene Agentur ist, die sich hier zur Wehr setzt, und daß wir eine derartige Verständigung, daß man keinen der Personengruppe verwenden darf, vom Vertreter der Gruppe in Österreich, Dr. Damian, bekommen haben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zentralsekretär! Sie verwickeln sich hier in Widersprüche. Ich möchte Sie nur freundlichst darauf aufmerksam machen ...

Blecha: Nein, das ist kein einziger Widerspruch, bitte schön.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): ..., weil Sie ja innerhalb Ihrer Zeugenaussage die Dinge durchaus noch korrigieren können.

Wenn Sie vorhin noch sagten, daß Sie Holliger nicht wahrgenommen haben, weil Ihnen gleichgültig war, wer das abwickelt, dann können Sie mir doch nicht jetzt erklären, daß auf einen Anruf der niederösterreichischen Freunde hin: Ein Herr Holliger schreibt uns!, Sie nun extensiv eine Erklärung geben können, ...

Blecha: Sicher, wenn ich also erfahre, was dessen Inhalt ist, was für einen Inhalt dieser Brief hat ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben also doch vorher gewußt, wer der Herr Holliger ist.

Blecha: Herr Steinbauer! — Na bitte schön: Vielleicht ist das der Unterschied zwischen uns beiden, daß ich mir sehr, sehr rasch ein Bild machen kann. Ich habe Ihnen hier ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja, ist mir sattsam bekannt.

Blecha: Ja? Ich habe Ihnen einmal also erklärt, wahrheitsgetreu, daß mir der Dr. Damian von der Durchführung — der technischen Durchführung — dieser Aktion durch eine Schweizer Agentur Mitteilung gemacht hat beim ersten Mal und dabei sicher den Namen Holliger erwähnt hat. Mir ist er nicht in Erinnerung geblieben, weil ich eine Agentur dieses Namens nicht kannte. Wenn Ihnen der Name jetzt so genannt wird, wird er Ihnen nicht gleich in Erinnerung bleiben. Mir ist er zu einem späteren Zeitpunkt im Verlauf des Wahlkampfes noch einmal aufgetaucht, eben durch diesen Protest. Und aus dem Protestschreiben geht doch klar hervor, daß das die Schweizer Agentur ist, die diese Annoncenkampagne durchführt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge, jetzt sind wir schon um einen Schritt weiter. Es hat Ihnen also offenkundig und nun auch zweifelsfrei der Dr. Damian in dem zweiten Gespräch den Holliger erläutert. Und nun meine Frage: Haben Sie gefragt ...

Blecha: Er hat nichts in einem zweiten Gespräch erläutert, bitte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): In dem zweiten Gespräch mit dem Damian hat er Ihnen die Agentur genannt. Und Sie sagen selbst jetzt, er muß Ihnen Holliger genannt haben, sonst hätten Sie später mit dem Namen ja nichts anfangen können.

Frage jetzt: Haben Sie nicht gefragt, wieso auf einmal eine österreichische Prominentenriege auf eine Schweizer Agentur kommt?

Blecha: Das war auch klar, weil der Dr. Damian darauf hingewiesen hat, daß Auslandsösterreicher und in der Schweiz lebende Österreicher Geld für diese Aktion gesammelt hätten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und welche Namen von Auslandsösterreichern und in der Schweiz lebenden Österreichern hat Ihnen Damian genannt, um Ihnen hier ein besseres Bild zu geben? Denn soweit wir es überblicken: Der Xerox-Generaldirektor saß ja in Wien und hat Fußball betrieben.

Welche Namen hat er Ihnen genannt?

Blecha: Er hat keine genannt. Er hat gesagt, es handelt sich um Persönlichkeiten, die nicht genannt werden wollen. Daher ist das eben auch unter anderem eine völlig parteiferne und -fremde Aktion.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und, Herr Zentralsekretär, es ist Ihnen bei solchen Aktionen

gleichgültig gewesen, daß man Ihnen da Namen nicht nennt, weil Sie da eben Hilfe, ohne lang zu fragen, akzeptieren?

Blecha: Nein, weil mir waren die Namen derer, die diese Aktion präsentieren, bekannt, und diese Namen von sehr prominenten Österreichern waren mir Gewähr genug.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und da war Ihnen gleichgültig, wer hinter denen, die präsentieren, das Ganze finanziert?

Blecha: Das ist klar in dem Augenblick, wo es sich um eine Aktion handelt, die nicht mit uns koordiniert wird.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Da ist es Ihnen dann gleichgültig gewesen, wer diese Aktion finanziert.

Blecha: Wenn ich darauf die Antwort bekomme, daß diese Persönlichkeiten wirklich nicht wollen, daß sie bekanntgegeben werden — weder uns noch anderen —, dann habe ich das zur Kenntnis zu nehmen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun, Herr Zeuge, Sie sind auch Wehrsprecher der Partei. Hat Ihnen der Verlag Holliger oder die Agentur Holliger in diesem Zusammenhang etwas gesagt?

Blecha: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ist Ihnen bekannt oder nicht bekannt, daß dieser Verlag wehrpolitische Interessen hat?

Blecha: Nein, das war mir überhaupt nicht bekannt.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zentralsekretär, war Ihnen der Name Rechtsanwalt Damian oder die Persönlichkeit Rechtsanwalt Damian gut genug, daß Sie dem vertraut haben und daß Sie dann nicht mehr weiter nachgestossen sind?

Blecha: Ja, das außerdem. Selbstverständlich.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Letzte Frage: Sie haben sich um die Finanzierung auch nicht gekümmert, obwohl es sich um den Spitzenkandidaten des Wahlkampfes 1979 gehandelt hat?

Blecha: Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): In wieviel Wahlkreisen hat der Herr Dr. Kreisky kandidiert für die SPÖ? Wissen Sie das?

Blecha: In drei.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): In drei Wahlkreisen. — Als Spitzenkandidat.

Blecha: Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, wir haben also schon gehört, daß Sie sich damals nicht näher dafür interessiert haben, wie diese Finanzierung erfolgt. Die Fragestellung ist aber durchaus in dem Zusammenhang auch interessant, ob Sie mittlerweile Recherchen gemacht haben, wie dieses Geld zustande gebracht wurde.

Blecha: Schauen Sie, Herr Vorsitzender, was über die Aktion jetzt bekannt ist und in Zeitungen gebracht wird oder auch durch sogenannte Recherchen eruierbar ist, ist dasselbe, was bereits während des Wahlkampfes und unmittelbar nach der geschlagenen Wahl in der breiten Öffentlichkeit darüber bekannt war. Es handelt sich also um die gleichen Vorgänge, die gleichen Angaben, die man jetzt bekommt, die man auch bekommen hat im Mai 1979, und kann also hier etwa auch das „profil" vom 15. Mai zitieren, in dem genau die gleichen Dinge drinnen sind, die auf einmal jetzt diese ungeheure Aufregung auslösen, daß nämlich eine Schweizer Agentur — am 15. Mai im „profil" steht: Holliger und Partner — die Aktion durchgeführt hat und daß das Geld von Auslandsösterreichern in der Schweiz hier zur Verfügung gestellt war, die nicht genannt werden wollen.

Es gab damals im Wahlkampf bereits und unmittelbar nach der Wahl vom 6. Mai auch eine ganze Reihe von Hypothesen, wer die ungenannt bleiben wollenden Persönlichkeiten sind; es ist ein Zeitungsverleger hier einige Male genannt worden. Und ich muß sagen, ich habe das immer akzeptiert, daß es Persönlichkeiten gibt, die nicht genannt werden wollen als Unterstützer, als die finanziellen Unterstützer einer solchen Aktion für Kreisky. Noch dazu, wo jeder weiß, der damals, also 1979, Augen und Ohren aufgesperrt hat, daß in Österreich gerade in bürgerlichen Kreisen, wenn Sie mir diese Bezeichnung erlauben ...

Obmann Dr. **Steger:** Sie denken an den „Club 45" etwa.

Blecha: Nein, nein, das meine ich nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Der ist nicht bürgerlich.

Obmann Dr. **Steger:** Ich wollte nur wissen ...

Blecha: Den meine ich nicht, sondern ich meine: In Kreisen auch von Wirtschaftstreibenden, die eher der ÖVP und der FPÖ nahestehen, hat große Sorge geherrscht, daß eine Veränderung der politischen Landschaft in Österreich auch zu einer Instabilität führen kann und daß vor allem in vielen Gesprächen — ich selbst habe bei einigen Diskussionen, zu denen ich eingeladen war in Kreisen von Industriellen, diese Feststellung machen können — diese

Persönlichkeiten sagten: Nein, nein, man müßte also doch den Kreisky als Kanzler erhalten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist das eine Wahrnehmung zum AKH?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Stellen Sie doch, bitte, den AKH-Zusammenhang her!

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Bei meiner Frage war das schon noch da. Ich habe aber nicht die Antworten zu manipulieren, indem ich jetzt die Antwort verändere. Ich kann allenfalls noch Fragen verändern.

Herr Zeuge, jetzt gibt es aber ja eine gewisse Verschiebung der Sicht auch für Sie. Es ist ja — da werden wir uns ja einig sein — auch für Ihre Partei nicht angenehm, wenn da alles mögliche, vielleicht auch nur an Gerüchten, behauptet wird.

Ich lese in einer Zeitung, daß an Ort und Stelle in der Schweiz bei den Auslandsösterreichern nichts bekannt ist von einer Sammelaktion.

Ich lese in dem Brief, den uns der Herr Holliger geschickt hat — ich weiß nicht, ob Sie den schon kennen, ich darf Ihnen die entscheidende Passage vorlesen —:

„Ich sehe mich veranlaßt Ihnen mitzuteilen, daß meine Aussage vor Ihrem Parlamentsausschuß gesetzlich verboten ist. Artikel 273 des schweizerischen Strafgesetzbuches bedroht jedermann, der einer fremden amtlichen Stelle Geheimnisse des Schweizer Wirtschaftslebens offenbart, mit Gefängnis oder in schweren Fällen mit Zuchthaus."

Daraus ist also für den, sehr laienhaft schon interpretiert, jedenfalls nicht zu schließen, daß es das Privatgeld von Auslandsösterreichern ist. Zumindest in dieser schriftlichen Behauptung.

Es gibt sogar so weitreichende Gerüchte, die ich mir gar nicht vorstellen kann, daß das überhaupt Gelder womöglich von Waffenschiebern sind.

Und es gibt eben auch dieses weitreichende Gerücht — diese Behauptung, diese Unterstellung, wenn Sie so wollen —, daß es AKH-Gelder sind.

All das zusammen veranlaßt mich, schon noch einmal zu fragen, ob Sie nicht, nachdem das jetzt doch in einer anderen Dimension, in einer unangenehmen Dimension behauptet wird, ob Sie nicht doch Recherchen veranlaßt haben mit dem Ziel herauszufinden: Was für Geld ist das eigentlich wirklich gewesen?

Ich würde dabei sogar noch einsehen, daß man allenfalls zwischen allen drei Parteien sehr genau nachdenken muß, ob Sie wirklich verpflichtet sein sollen, dann jede Einzelperson hier zu nennen, die das ist. Aber die generellen Recherchen. Das würde mich schon interessieren, ob es die mittlerweile gegeben hat. Ob Sie uns da weiterhelfen können.

Blecha: Schauen Sie, ich kann noch einmal sagen: Wir als SPÖ haben ja kein Geld bekommen, es ist uns auch keines angeboten worden, es ist auch kein Gegengeschäft mit uns besprochen worden.

Obmann Dr. **Steger:** Aber, Herr Zentralsekretär, Ihnen ist schon bewußt, daß die Leute dann, wenn sie Kreisky wählen, natürlich auch noch den 95. Abgeordneten der SPÖ ins Parlament bringen. *(Zwischenruf des Abg. Bergmann.)*

Blecha: Schauen Sie, ich kann noch einmal sagen: Ich habe mir durch diese Aktion nichts erspart, ich habe also nichts bekommen und ich habe auch eine Aktion hier zu beobachten, die außerhalb meines Einflußbereiches geplant, konzipiert, durchgeführt, finanziert worden ist, die in meinem Konzept sozusagen für diesen Wahlkampf auch nicht gefehlt hat.

Obmann Dr. **Steger:** Also auch in den letzten Tagen oder Wochen — „im Westen nichts Neues" — keine neuen Recherchen, was für Geld das eigentlich gewesen ist. — Nein. Gar nichts.

Na ja, das werden Sie jetzt als polemisch abtun, aber ich darf Sie daran erinnern, daß Sie persönlich auch sehr massiv sich geäußert haben, daß Ihnen unverständlich ist, daß eine andere Partei Gelder nimmt, wo sie nicht weiß, was das für Gelder sind.

Blecha: Ja das ist schon richtig.

Obmann Dr. **Steger:** Und jetzt ist es natürlich aus meiner Sicht — Sie verzeihen, daß ich Ihnen noch einmal da eindringlich das sage — schon ein sehr formalistischer Standpunkt, daß man dann sagt, das hat ja die Partei nicht genommen, weil die haben Rechnungen, die der Partei zugute gekommen sind, ja direkt bezahlt. Vielleicht sollten Sie da unter diesem Licht auch noch einmal Ihren Antrag, der da im Verfassungsausschuß liegt, überlegen.

Blecha: Ich glaube, daß der Antrag noch mehr Berechtigung hat, weil wir also gemeint haben, daß man hier alles im Zuge der Verhandlungen im zuständigen Unterausschuß einbeziehen soll, und daher ist durch eine Diskussion dieser Art die Berechtigung des Antrages, glaube ich, sogar noch unterstrichen.

Obmann Dr. **Steger:** Na können Sie ausschließen, daß uns allen doch noch der Schock widerfährt, daß jetzt plötzlich, wenn so ein Zeuge auftritt, der da jetzt schreibt, daß er

nicht kommen kann, oder wenn er plötzlich ein Interview macht, daß er sagt: Jawohl, das sind AKH-Gelder gewesen! Können Sie so einen Schock ausschließen für uns?

Blecha: Der Unterschied. Bitte, was soll eine am AKH beteiligte Firma, was soll eine solche am AKH beteiligte oder beauftragte Firma für ein Interesse haben, eine Aktion zu unterstützen, bei der die, die also Finanzmittel zur Verfügung stellen, völlig unbekannt bleiben?

Obmann Dr. **Steger:** Zum Beispiel könnten Wirtschaftskreise Interesse haben ...

Blecha: Dem Kanzler, den sie unterstützen, der Partei, dessen Vorsitzender der Kanzler ist ...

Obmann Dr. **Steger:** Darf ich Ihnen das noch einmal sagen, nur weil Sie mich das jetzt als Gegenfrage gefragt haben: Zum Beispiel könnten Wirtschaftstreibende, die nicht unbedingt der SPÖ angehören, oder Bürgerliche aus dem „Club 45" der Auffassung sein, daß sie ein Interesse haben, daß die Auftragsvergeber dieselben bleiben. Nur weil Sie da einen Grund von mir hören wollen. Sie könnten Interesse haben, daß gesorgt wird dafür, im Wege eines demokratischen Wahlkampfes, daß die Auftragsvergeber und die eingespielten Auftragsbahnen gleichartig bleiben.

Blecha: Ja aber die SPÖ vergibt ja keine Aufträge, und es ist also mit dem ... *(Zwischenrufe.)*

Obmann Dr. **Steger:** Nicht die SPÖ, aber wenn keine ...

Blecha: Herr Bergmann, glauben Sie mir, die Antworten ...

Obmann Dr. **Steger:** Der Herr Proksch hat uns hier, Herr Zentralsekretär, gesagt, das waren Leute, die Angst gehabt haben, daß die Kommunisten, die Marxisten womöglich ans Ruder kommen; war eine seiner Begründungen, er weiß ja da offensichtlich mehr, wer da eigentlich dahintersteht, aber er wollte uns nicht sehr viel sagen. Das hat mich nämlich auf die Idee gebracht, daß das vielleicht Leute sind, die das Auftragsvergabesystem in Österreich nicht geändert wissen wollen, die das Machtsystem, das Aufträge vergibt, nicht geändert wissen wollen. Das war aus der Aussage Proksch für mich ableitbar. Und daher frage ich Sie, ob Sie sicher sind, daß Sie sich selbst und uns den Schock für immer versagen können, daß das vielleicht doch AKH-Interessenten waren, die hier wollten, daß beim Auftragswesen sich nichts verändert.

Blecha: Nein, schauen Sie, auf Grund der Überlegungen, die ich hier angestellt habe, sehe ich also wirklich keine Gründe, warum es die sein sollten, ich kann nur feststellen ...

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, nicht auf Grund Ihrer Überlegungen, sondern auf Grund Ihrer Informationen habe ich Sie zu fragen.

Blecha: ..., es gibt viel plausiblere Gründe, daß eine Reihe von Österreichern wirklich ein großes Interesse an der Erhaltung der politischen Stabilität gehabt hat dadurch, daß Bruno Kreisky Kanzler in Österreich bleibt, und daß die also solche Goodwill-Aktionen unterstützt haben, aber aus diesem Grund eben auch nicht genannt werden wollen, weil sie im bürgerlichen Lager stehen.

Und schauen Sie, es ist ja eines ganz interessant: Daß schon während des Wahlkampfes eine wirkliche Kampagne gegen die „Testimonials" eingeleitet war. Ich darf daran erinnern, Herr Vorsitzender, daß Sie im Zusammenhang mit Achim Benning das Wort „Ungeheuerlichkeit" im Wahlkampf gebracht haben, Ungeheuerlichkeit, daß er sich für so eine Aktion zur Verfügung stellt, und es ist anderen prominenten Österreichern ebenso ergangen. Der Herr Mauthe, der heute die ÖVP im Wiener Stadtsenat mitrepräsentiert, hat damals noch als Watschenmann im „Kurier" geschrieben und gemeint, daß da also Künstler den Mächtigen in den Hintern kriechen, und so weiter. Es ist also eine Kampagne gegen jene Leute entfesselt worden, die über ein beträchtliches Ansehen auch im ÖVP- und im FPÖ-Lager — zum Teil — verfügen, und man hat keine Gelegenheit ausgelassen, ihnen den Vorwurf zu machen, Kreisky zu unterstützen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, ich will mir jetzt nicht den Vorwurf der Volkspartei holen, wenn ich da zu lang weitermache, daß wir vom Thema ja weg sind. Nur: Die Frage der Finanzierung war damals, also in einer annähernden Dimension natürlich, überhaupt nicht bekannt.

Und ich darf Sie noch daran erinnern: Die Auseinandersetzung mit dem Burgtheaterdirektor, die ich im übrigen nach wie vor voll aufrechterhalten würde — aber nur hat das mit dem Untersuchungsausschuß hier nichts zu tun —, hat dazu geführt, daß er damals öffentlich bekanntgegeben hat, daß er selbst dieses Inserat bezahlt, so wie alle anderen es damals gesagt haben von der SPÖ, und heute wissen wir aber hier, daß die Leute die Inserate nicht selbst bezahlt haben. Das ist ein ganz interessanter Umstand, auf den ich Sie nur aufmerksam machen möchte, aber hat mit den direkten Untersuchungen hier nichts zu tun. Ich wollte nur von Ihren Informationen, nicht von Ihren Überlegungen her wissen, ob Sie sicher sind,

daß Sie uns diesen Schock ersparen können, ob Sie Informationen dazu mittlerweile haben.

Blecha: Sie haben jetzt gefragt, ob ich zusätzliche Recherchen angestellt habe. Ich habe diese Frage verneint.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge, dieser Brief vom 10. April, den Sie uns da freundlicherweise zur Verfügung gestellt haben — ich habe das jetzt nicht ganz verstanden —: Stand der im Zusammenhang mit der Reaktion, daß das mißbräuchlich verwendet wird?

Blecha: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sondern in welchem Zusammenhang wurde dieser Brief geschrieben?

Blecha: Dieser Brief ist mir persönlich zugestellt worden im April, in dem also noch einmal Damian festhält, was er mir mündlich auch erklärt hat. Und Sie wissen, daß ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge, noch einmal: Dieser Brief wurde vom Rechtsanwalt Damian geschrieben, weil er Bedenken hatte, daß das innerhalb der SPÖ mißbräuchlich verwendet wird?

Blecha: Er hatte Bedenken, daß im Zuge der vielen Komitees, aus denen immer besonders prominente Namen in einer Wahlbewegung herausgegriffen werden und die dann also auch unter Umständen in Inseraten oder in Broschüren der SPÖ aufscheinen, das auch die von ihm vertretene Personengruppe treffen kann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und in der „Zeitung am Sonntag" ist das dann auch passiert.

Blecha: Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Oder war das eine Insertion der Gruppe Holliger in der „Zeitung am Sonntag"?

Blecha: Das war eben keine Insertion, sonst hätte er ja nicht ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das war das, was man normal als einen Raubdruck bezeichnet.

Blecha: Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist mein Schluß daher zulässig, nachdem ich nicht annehme, daß Parteiorganisationen Raubdrucke herstellen, es sei denn ganz selten und am Rande, wenn es sich um Fälschungen von Flugblättern handelt, und daher richtig, daß die Redakteure der „Zeitung am Sonntag" wahrscheinlich guten Gewissens angenommen haben, daß es sich um eine Aktion der SPÖ handelt und daß man daher als Parteiorganisation das auch anstandslos, ohne ein Gesetz oder eine Vereinbarung zu verletzen, abdrucken kann?

Blecha: Das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber würden Sie eher das annehmen, als daß es sich um ein bewußtes Vergehen urheber- und autorenrechtlicher Art ...

Blecha: Ich nehme an, daß der verantwortliche Redakteur ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): ... das angenommen hat.

Obmann Dr. **Steger:** Bitte Wissensfragen, nicht Annahmefragen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bin schon wieder ganz eng bei den Wissensfragen.

Herr Zeuge! In diesem Zusammenhang immer wieder als eine Schlüsselfigur — und jetzt gestatten Sie mir doch eine halbe Minute eine Bemerkung zu einer Bemerkung von Ihnen vorhin —: Daß das alles am 19. 5. oder 15. 5. 1979 im „profil" gestanden ist, ist außer Frage. Wenn es nämlich nicht gestanden wäre, hätten wir es in dem Ausschuß gar nicht von der ersten Stunde weg gefragt, wenn wir es nicht gewußt hätten. Aber daß halt im Zusammenhang mit Parteifinanzierung und mit den Aktionen, die Sie selbst ausgelöst haben im Zusammenhang mit Spendenübergaben bei anderen Parteien, natürlich jetzt das Augenmerk jetzt besonders darauf gelenkt worden ist obendrein, wo AKH-Zusammenhänge zumindest nicht ausgeschlossen werden können, weder von Ihnen derzeit noch von uns, stellt sich die Frage nach den Finanziers dieser Aktion.

Es ist ohne Zweifel vom Wähler als eine werbeunterstützende Maßnahme für den Spitzenkandidaten der SPÖ empfunden worden. Und der Wähler unterscheidet wahrscheinlich nicht, ob das der Herr Hillinger abzeichnen muß als Bundesfinanzreferent, der Kassier der SPÖ oder wer anderer, sondern er registriert Wahlkampf, Wahlwerbung SPÖ, Spitzenkandidat Kreisky. Daher ist es sinnvoll festzustellen: Wer waren die Finanziers dieser Gruppe?

Nun hat es zwei Finanzgruppen gegeben dabei, eine bescheiden ausgestattete österreichische und eine Schweizer, zumindest so Damian vor diesem Ausschuß.

Und jetzt frage ich Sie, ob Sie über die österreichischen Mitglieder dieses Komitees, die nicht unbedingt erschienen sind, auch in den Inseraten, einige Namen nennen können.

Blecha: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es ist Ihnen auch nie ein solcher begegnet.

Blecha: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben auch nie an Veranstaltungen dieses Komitees teilgenommen, und Sie haben nie auf Veranstaltungen teilgenommen, die für dieses Komitee durchgeführt worden sind.

Blecha: Ich habe nicht daran teilgenommen.

Es hat vom Herrn Bundeskanzler im Jahre 1979 — aber ich weiß nicht mehr, zu welchem Zeitpunkt — eine Einladung gegeben für alle jene Persönlichkeiten, die sich bei der Aktion als Testimonials zur Verfügung gestellt haben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie dort da dabei?

Blecha: Da bin ich zu einem relativ sehr späten Zeitpunkt dazugestoßen, ich war eingeladen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und waren mit Ausnahme der Regierungsmitglieder oder der engsten Mitarbeiter des Bundeskanzlers auch Personen anwesend, die nicht in den Testimonials aufgeschienen sind?

Blecha: Ich habe irgendwo in einer Zeitung jetzt gelesen, daß der heute schon mehrmals erwähnte Schweizer Werbemann Holliger dabei gewesen wäre und der Texter Maier, der mir auch erst durch den „profil"-Artikel nach den Wahlen überhaupt bekannt gemacht worden ist. Persönlich habe ich ihn überhaupt nicht gesehen. Diese waren dort. Aber ich darf dazu wirklich noch einmal, so wie sich das abgespielt hat, sagen. Ich war eingeladen, habe eine andere Veranstaltung gehabt und bin erst am Ende dieser von mir bestrittenen Veranstaltung zu diesem Abendessen gekommen. Das war praktisch schon gegen Ende ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer war denn der Gastgeber?

Blecha: Der Bundeskanzler.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und hat im Bundeskanzleramt stattgefunden.

Blecha: Ja. Mir wurden daher keine mir nicht bekannten Persönlichkeiten dort mehr vorgestellt. Ich bin zum Schluß sozusagen gekommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kennen Sie das Bankhaus Vontobel.

Blecha: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Darf ich eine kurze Zeit von dem Thema „Geschichten vom Dr. Kreisky" — ich komme vielleicht dann noch einmal zurück — abgehen und in einen anderen Bereich der Untersuchung dieses Ausschusses überwechseln, um ein paar ergänzende Fragen an Sie zu stellen und vielleicht ein paar ergänzende Auskünfte zu bekommen. Wie weit haben Sie denn im Zuge Ihrer politischen Tätigkeit Funktionen im Rahmen der „Vorwärts"-AG ausgeübt?

Blecha: Ich bin 1976 Mitglied des Aufsichtsrates der „Vorwärts"-AG geworden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie, entweder später oder vorher, auf Grund Ihrer politischen Funktionen Kenntnis von dem Projekt „Pilgram-Zentrum" gehabt?

Blecha: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie im Zuge Ihrer Aufsichtsratstätigkeit Kenntnis von den engen Beziehungen der mit dem „Vorwärts" verbundenen Infrabau unter der „Neuen Heimat" beziehungsweise der Mediplan Hamburg?

Blecha: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie über die Gründung der Mediplan Wien irgendwelche Informationen seinerzeit besessen?

Blecha: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie Kenntnis gehabt, daß die „Vorwärts"-AG an einer Gesellschaft mitbeteiligt ist — die Infrabau —, wo de facto über ein Art Treuhandverhältnis 97,5 Prozent von der „Neuen Heimat" gehalten werden und 2,5 Prozent von der „Vorwärts"-AG?

Blecha: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist Ihnen im Zusammenhang mit der „Vorwärts"-AG irgend etwas bekannt, daß hier immer noch Forderungen des Pilgram-Zentrums an den „Vorwärts" in der Höhe von mehr als 3 Millionen Schilling bestehen?

Blecha: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist Ihnen in diesem Zusammenhang irgend etwas bekannt von Zinsenleistungen der „Neuen Heimat" Hamburg an den Bereich der Tochterfirmen, an den Bereich Infrabau und deren Tochterfirmen?

Blecha: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat es innerhalb der SPÖ Diskussionen über die wirtschaftliche Entwicklung der „Vorwärts"-AG gegeben, in denen die Infrabau eine Rolle gespielt hat?

Blecha: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kennen Sie überhaupt jemand, der im Zusammenhang mit dem Pilgram-Zentrum steht?

Blecha: Nein. Können Sie das präzisieren?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aufsichtsräte, Geschäftsführer, mit denen Sie näheren Kontakt haben?

Blecha: Das ist ja jetzt durch die Zeitungen auch ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, ich meine immer vorher. Ich will nicht von Ihnen Zeitungswahrnehmungen, sondern zum Beispiel: Sind Sie mit dem Herrn Sajbl, um es konkret zu sagen, sehr eng in Kontakt oder enger befreundet?

Blecha: Ich bin nicht enger befreundet. Ich hatte mit dem Herrn Sajbl, solange er hier im Klub beschäftigt war, Kontakt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und er hat Ihnen nachher nie mehr erzählt, was in seinem Aufgabenbereich geschieht?

Blecha: Nein, ich bin nachher, glaube ich, überhaupt nie mit ihm zusammengekommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, Sie sagen, Sie können uns auch nicht den leisesten Hinweis geben über die Zusammenhänge AKH — Mediplan Hamburg — „Neue Heimat" Hamburg — Infrabau und Töchterfirmen?

Blecha: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Dann muß ich zurück zu den „Geschichten vom Dr. Kreisky" gehen. Bitte, zwei Zusatzfragen, Herr Vorsitzender.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Weil der Name Sajbl gefallen ist: Wissen Sie warum, welche Gründe maßgebend waren, daß der Herr Sajbl — zum Pilgram-Zentrum — Infrabau gewechsel ist?

Blecha: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist es besprochen worden, diese Frage?

Blecha: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Gab es andere Bewerber für diesen Posten?

Blecha: Das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist bei keiner Besprechung, weder in einem Gremium der Partei noch im Zentralsekretariat, von einer Postenbesetzung der von Ihnen gefragten Art ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und im privaten Gespräch hier im Klub, im Parlament oder in der Partei? Ich meine jetzt nicht ...

Blecha: Ich habe an solchen Gesprächen nie teilgenommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und woher kennen Sie den Professor Seitz?

Blecha: Überhaupt nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Überhaupt nicht? Auch nicht von Mitteilungen des Herrn Bundeskanzlers?

Blecha: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und den Herrn Prof. Riethmüller?

Blecha: Aus den Zeitungen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und den Herrn Generaldirektor Viktor?

Blecha: Kenne ich auch persönlich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie keinen Kontakt zum Deutschen Gewerkschaftsbund?

Blecha: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Zur „Neuen Heimat"?

Blecha: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Zu keinen Personen, die bei der „Neuen Heimat" ...

Blecha: Zu keiner einzigen der Personen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben vorher in dankenswerterweise gesagt, daß Sie mit dem Zentralsekretär Marsch und dem Rechtsanwalt Damian, auch wenn Ihre Beziehungen offensichtlich nicht die liebenswertesten sind, ein Gespräch gehabt haben.

Blecha: Sie waren durchaus korrekte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe nicht behauptet, daß sie unkorrekt sind. Ich frage Sie jetzt, haben Sie auch mit dem Herrn Proksch ein Gespräch geführt in den letzten Tagen?

Blecha: Nein, in den letzten Tagen nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie ein Gespräch mit dem Herrn Proksch geführt, seit die Damian-Affäre in der Öffentlichkeit — ich möchte jetzt sagen — erstmals intensiv diskutiert worden ist?

Blecha: Nein, ich glaube, ein persönliches Gespräch habe ich nicht geführt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ein Telephongespräch?

Blecha: Ich habe ein Telephongespräch geführt mit dem Herrn Proksch.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Vor seiner Einvernahme oder nach seiner Einvernahme?

Blecha: Ich weiß nicht, wann er einvernommen worden ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wann, glauben Sie, daß Sie das Gespräch geführt haben?

Blecha: Als in den Zeitungen zum ersten Mal davon die Rede war, daß sozusagen Proksch hinter der Aktion stünde. Ich habe also angerufen, ob er wirklich neben Damian der Organisator hier in Österreich gewesen wäre. Und er hat gesagt, er hat da nur mitgetan, mitgeholfen, aber er wäre nicht die Zentralfigur gewesen. Das war der Inhalt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die zentrale Finanzfigur?

Blecha: Überhaupt. Also er wäre nicht die zentrale Figur gewesen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mitgewirkt hat er durchaus sehr intensiv. Aber das ist eher sekundär. Proksch hat jedenfalls eine Reihe von Politikern Ihrer Partei mit dem Layout und dem Inhalt der Kampagne vertraut gemacht, warum eigentlich Sie nicht als „Club 45"-Mitglied?

Blecha: Ich habe Ihnen schon erklärt, daß ich sehr selten dort war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das fasziniert mich. Ich war ein einziges Mal dort und hab Sie getroffen. Für mich waren Sie daher immer dort. Außer dem Minister Lanc, dem Bürgermeister Gratz, dem Zentralsekretär Marsch, dem Zentralsekretär Blecha und dem Bundeskanzler — wer wurde noch über diese Kampagne informiert?

Blecha: Ich habe sogar im Parteivorstand darüber berichtet, und zwar in der Weise, daß neben einer Reihe von Wählerkomitees, die ich angeführt habe, von einer Aktion berichtet worden ist, die mit uns nichts zu tun hat, und ich die Mitglieder des Vorstandes darauf aufmerksam machte, daß es sich hier um eine Inseratenaktion „Geschichten vom Dr. Kreisky" handelt, die von parteifernen Personen getragen wird.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun habe ich jedes Verständnis dafür, daß es vor dem Sommer oder Herbst 1980 ein anderes Spendenklima in Österreich gegeben hat als nach dem Herbst 1980, und ich glaube auch, daß daher Ihre Informationen dem Parteivorstand ausreichend waren. Was mich ein bißchen irritiert — und sagen Sie jetzt nicht, ich zeihe Sie der Lüge, sondern ich ringe um das Verstehen dieser Handlung —: Jetzt wird um eine 10 Millionen-Spende eine relativ große politische Auseinandersetzung geführt, die bis zur Stunde nicht zu Ende ist — zumindest von Ihrer Seite her nicht zu Ende ist —, und es gibt dann niemand von dem informierten Parteivorstand und von den zwei Zentralsekretären, die hergehen und sagen: Geh Kinder, bitte schauts doch einmal nach, wer die waren, die die seinerzeitige Kampagne vom Dr. Kreisky inszeniert haben, da kann ja unter Umständen auch etwas drinnen sein, was die gegnerische Seite mit irgend etwas anderem in Zusammenhang bringt, was ja auch mittlerweile geschehen ist. Es steht halt einmal offen im Zusammenhang mit der AKH-Affäre. Es hat von keinem von Ihnen oder von einem Parteivorstandsmitglied, vom Kollegen Marsch, von dem Sie das wissen, Versuche gegeben festzustellen, wer waren die Schweizer Finanziers dieser Aktion?

Blecha: Nein, es gibt diese Auskunft, die es jetzt auch den Zeitungen gegenüber gibt oder gegeben wird, seit wir von dieser Aktion überhaupt Kenntnis erhalten haben. Und es ist immer die gleiche Auskunft gegeben worden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich glaube Ihnen auch, daß Sie es unter Umständen im Jahr 1979 nicht gewußt haben und daß Sie auch gesagt haben: O.k. wenn der Damian kommt ...

Blecha: Herr Kollege Bergmann, damals, ich weiß ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich bin noch gar nicht so unfreundlich zu Ende, wie Sie vermuten. Daß Sie gesagt haben, ich hab es damals nicht gewußt, das hat mich damals auch nicht interessiert, der Damian war für mich Person vis-à-vis genug, um das für eine gute Aktion zu halten.

Mittlerweile hat sich das Klima geändert, und mittlerweile könnte Ihr Interesse, es doch zu wissen, wer es war, einfach aus Sicherheitsgründen für die eigene Partei, doch gewachsen sein, und es könnte sogar sein, daß Sie gestern noch gesagt haben, Sie haben es nicht gewußt, und heute früh einen Brief gekriegt haben, wo Ihnen der Herr Holliger mitteilt: Ich sag's Ihnen trotzdem, damit das endlich aus der Welt geschafft wird!

Darum frage ich: Gibt es in diesem Ablauf und in dieser Steigerungsphase jetzt etwas, wo Hinweise herauskommen könnten, wer nun die wirklichen Finanziers, um einen neutralen Begriff zu halten, dieser Aktion sind?

Blecha: Nein, ich habe keine Hinweise.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bemühen Sie sich um die Aufklärung dieser Frage?

Blecha: Ich kann mich nicht mehr weiter bemühen, weil mein Gesprächspartner, in diesem Fall der Herr Rechtsanwalt Dr. Damian, selbst keine weiteren Auskünfte geben kann, als er uns gegeben hat. Und er ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Er kann sie schon geben. Er hat uns ja hier gesagt, daß er sie geben kann. Er kann nur nicht entbunden gewesen sein.

Blecha: Er kann die Finanziers bekanntgeben, uns kann er sie nicht bekanntgeben?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Er hat hier im Ausschuß gesagt, und ich glaube, wenn man nachschlägt, zumindest eingeschränkt auf die österreichische Gruppe, daß er sie bekanntgeben kann, nur daß er nicht entbunden ist.

Blecha: Ach so, die österreichische Gruppe.

Obmann Dr. **Steger:** Darf ich präzisieren: Es war so, daß er zunächst gesagt hat, er kann es nicht sagen, und sich gleichzeitig aber vorher schon auf das Anwaltsgeheimnis berufen hat. Da habe ich ihm gesagt, wenn er ein aufrechtes Vollmachtsverhältnis hat, wenn er die Leute kennt, kann er sich auf das Anwaltsgeheimnis berufen. Und daraufhin hat er gesagt, daß er sie natürlich kennt. So war die Abfolge.

Blecha: Der Herr Abgeordnete Bergmann hat mich gefragt: Recherchen über die Geldgeber, die in der Schweiz vorhanden sind?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bleiben wir immer dabei, daß es zwei Geldgebergruppen gibt; drei gibt es eigentlich: Die SPÖ, die ein anonymes Sparbuch überreicht, die Gruppe, die dann noch was drauflegt auf dieses Sparbuch, eine österreichische Gruppe, und dann die Schweizer Gruppe.

Blecha: Also, da weiß ich wirklich nichts, daß da noch was draufgelegt wurde.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Könnten Sie sich vorstellen, daß Sie die österreichische Gruppe noch ausrecherchieren beim Herrn Dr. Damian. Er darf ja zu uns nicht mehr her, er könnte sich ja entbinden lassen und ein bißchen noch was dazulegen, daß Sie beim Dr. Damian das recherchieren könnten und uns mit einem Brieflein verständigen, ob er bereit wäre ...

Blecha: Den Dr. Damian kann ich selbstverständlich fragen, ob es österreichische Geldgeber gibt, und ob er sie kennt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Daß es sie gibt, brauchen Sie ihn nicht mehr fragen, das hat er da schon gesagt, aber daß er sie kennt, brauchen Sie auch nicht fragen, das weiß er auch, mein Interesse wäre, daß Sie ihn mit einem leisen Hinweis des Interesses dieses Ausschusses um Namen fragen, oder Niki-Lauda-Limited.

Blecha: Das werde ich sehr gerne tun.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit dem Niki Lauda eine persönlich nähere Bekanntschaft?

Blecha: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagt Ihnen die Firma Niki-Lauda-Limited, jetzt unabhängig von dem was in den Zeitungen gestanden ist, irgend etwas aus früherer Zeit?

Blecha: Nie gehört vorher.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat auch mit dem Bereich SPÖ und SPÖ-Finanzierung nichts zu tun gehabt?

Blecha: Absolut sicher nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun hat uns der Herr Maier bei seiner Aussage gesagt, daß bei der Planung dieser Aktion — und deshalb verstehe ich auch, daß man Ihnen nicht gesagt hat, wie viele Inserate wo wann geschaltet werden —, daß bei der Planung dieser Kampagne Geld keine Rolle gespielt hat oder, ich formuliere es neutraler, daß über den Umfang nicht geredet wurde, weil er den Eindruck hatte, daß es eigentlich eine sekundäre Frage ist, wieviel das kostet. Uns sagt er, es waren 60 bis 65 Einschaltungen. Sie sind ein Spezialist auf diesem Sektor, und Sie kennen ungefähr den Umfang und die Tarife: Würden Sie auch glauben, daß die vom Rechtsanwalt Damian angegebenen etwa 6 Millionen Schilling die unterste Grenze der Kosten dieser ganzen Kampange sind?

Blecha: Ich persönlich halte das für eine Traumbuchziffer. Wir haben unmittelbar nach dem Wahlkampf eine Zusammenstellung der unsere Aufwendungen auch beobachtenden Werbeagentur „Progress" angefordert. Die hat uns Inserate „Geschichten vom Dr. Kreisky" angegeben in einer Größenordnung von 1,2 Millionen Schilling ohne Mehrwertsteuer; nicht einmal 1,2, sondern 1,1. Das war die sozusagen aus der Wahlkampfbeobachtung stammende Abrechnung, die wir von der „Progress" bekommen haben.

Als ich im „profil" 1979 von mehreren Millionen gelesen habe, habe ich das für einen Scherz gehalten von Leuten, die sich halt noch besonders herausputzen wollen, weil mir diese Summe als weit übertrieben vorkommt. Wir hatten bei unseren Beobachtungen bis heute jedenfalls nicht feststellen können, daß es sich da um 68 Einschaltungen handelt. Daher also, wie gesagt, die von mir wahrgenommenen Einschaltungen können jedenfalls nur einen Teil dessen gekostet haben, was hier öffentlich an Kosten angegeben wird.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber die Einschaltungen hat der Herr Maier selber abgewickelt in Wien, hat dafür auch eine kleine Aufwandsent-

schädigung gekriegt, die Kostensumme hat der Herr Damian genannt. Ich nehme also an, da er auch die Finanziers kennt, daß er in etwa weiß, wieviel das gekostet hat, und daß der Herr Maier weiß, wieviel Schaltungen er im Auftrag vorgenommen hat.

Blecha: Ich habe mit dem Herrn Maier nie gesprochen, weil ich ihn nicht kenne.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich sage noch einmal: Es war nur eine ergänzende Frage. Jetzt, weil Sie vorhin gesagt haben, die SPÖ hat sich ...

Blecha: Darf ich, nur eine Frage, Sie sind auch ein Profi: Glauben Sie wirklich, daß Einschaltungen im Anzeigenteil, während wir ja immer im Textteil geben, also im Anzeigenteil, wo die alle plaziert waren, auch nur annähernd die Summe kosten können, die hier im Raum steht?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Frage können Sie mir ruhig zurückspielen. Ich war auch überrascht, daß es sich um 60 oder 65 Einschaltungen gehandelt hat. Ich weiß daher nicht, was hat die Gruppe unter Umständen noch alles an Insertion bezahlt, das nicht in so auffälliger und geschlossener Form passiert ist wie die „Geschichten vom Dr. Kreisky". Es könnten ja von dem Komitee auch andere Unterstützungen erfolgt sein, von denen wir heute, Sie nicht und ich nicht, heute irgend etwas wissen. Ich nehme nicht an, daß der Damian gerade in der Frage eine falsche Zeugenaussage gemacht hat, daß er eben zu viele Aufwendungen dieses Komitees ...

Der letzte Kreis. Sie haben vorhin gesagt: Die SPÖ hat sich durch diese Aktion nichts erspart. Kennen Sie überhaupt jemals eine politische Partei, die sich durch irgendwas, was zusätzlich passiert ist, dann noch was erspart hat. Aber es war inhaltlich doch eine für Sie sinnvolle und zweckmäßige Ergänzung Ihres Wahlkampfes.

Blecha: Eine Ergänzung des Wahlkampfes waren verschiedenste Aktionen bis dorthin, wo Andeutungen über einen Taus-Götz-Pakt gemacht worden sind. Das alles sind Ergänzungen eines Wahlkampfes.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): In diese breite Definition schließen Sie das auch ein.

Blecha: Es ist — noch einmal klargestellt — keine Aktion gewesen, die in das Konzept eingeplant war und die in irgendeiner anderen Weise stattgefunden hätte, wenn sie nicht von dieser Gruppe initiiert, organisiert und finanziert worden wäre.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit dem Herrn Proksch auch geredet, als er von Zürich zurückkam am letzten Wochenende?

Blecha: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer hat denn mit dem Herrn Proksch geredet? Der Zentralsekretär Marsch Ihres Wissens nach?

Blecha: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit ihm geredet?

Blecha: Ich glaube, daß der Zentralsekretär Marsch den Herrn Proksch gar nicht so besonders nahe kennt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist in den letzten Tagen die Recherchierlust der SPÖ-Zentrale, hinter das Geheimnis der Geldgeber zu kommen, gestiegen, nachdem hier auch noch räumliche Nähen festgestellt worden sind zwischen dem Herrn Proksch, dem Herrn Holliger und den Firmen Plantech und Geproma, bei denen wiederum der Winter mit seinen Aktionskreisen hineinzielt?

Blecha: Das sind doch jetzt Konstruktionen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie müssen doch Interesse haben, daß das aus der Welt geschafft wird, das verlangen Sie ja von anderen auch ständig, daß sie alles aus der Welt schaffen. Was tun Sie jetzt, um den Schatten, der unter Umständen auf Sie fällt, aus der Welt zu schaffen?

Blecha: Ich kann mir nicht vorstellen, daß irgendein Schatten auf uns in diesem Zusammenhang fallen kann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der ist schon ...

Blecha: Nein. Da gibt es etwas, was außerhalb von uns steht. Bei Ihnen war das ja eine andere Geschichte. Sie haben das Geld ja übernommen von einem Herrn, wir haben ja nichts übernommen. Wir haben ja nichts getan.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, das ist aber nicht abgefragt worden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Noch einmal, um es zu präzisieren. Es gibt einen Geldbetrag, der aus der Schweiz kommt, der dem Wahlkampf der SPÖ dienlich ist, dem Wahlkampf für den Spitzenkanditaten der SPÖ dienlich ist und über dessen Herkunft Sie nicht Bescheid wissen und wo Sie keinen Menschen innerhalb und außerhalb der SPÖ kennen, der darüber Bescheid wissen könnnte?

Blecha: So ist es.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist es so?

Blecha: Ja. Ich kenne die Leute nicht, die die Spenden organisiert haben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich sage noch einmal: Es sind ausländische Gelder in die Wahlwerbung wahlwerbend für den Bundeskanzler nach Österreich geflossen, über die Sie als Zentralsekretär und nach Ihren Wahrnehmungen auch alle anderen, was weiß ich, Ihres Parteivorstands, keine, kein Wissen haben. Danke, mein Kollege Feurstein ...

Obmann Dr. **Steger:** Zuerst eine Frage noch als Zusatzfrage, Herr Zentralsekretär, wir müssen uns schon beeilen, daß es sich ausgeht. Uns ist gesagt worden, es ist noch Geld da, und die Aktion könnte fortgesetzt werden; das war ein Ergebnis der Aussage des Herrn Proksch als Zeuge hier. Ist Ihnen darüber etwas bekannt, daß jetzt demnächst vielleicht diese Aktion fortgesetzt wird?

Blecha: Nein, das ist mir jetzt nicht bekannt. Aber das war ja mit ein Grund, die Zeitungsberichte darüber, daß also die Kosten für die Anzeigenkampagne, die bei den Zeitungen aufgelaufen sind, zur Gänze von der Firma Holliger und Partner bezahlt worden sind, daß der Kollege Marsch und ich den Dr. Damian gebeten haben, genau uns doch Auskunft zu geben, in welcher Weise die von und zur Verfügung gestellten Mittel verwendet worden sind.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Dr. Feurstein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, genau das wollte ich Sie fragen. Können Sie uns diesen Bericht von Dr. Damian über die Verwendung dieser Mittel zur Verfügung stellen, damit man endgültig einmal klären kann, daß mit diesen Geldern nicht irgendwelche Finanzierungen erfolgt sind?

Blecha: Also ich würde eines meinen, daß die Aufstellungen, die wir bekommen, und zwar die darüber Auskunft geben, was mit unserem Geld geschieht, nur uns angehen und unsere Parteikontrolle und unsere Partei.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann werden wir einen Antrag einbringen in dieser Frage, und Sie können dann entscheiden, ob Sie uns die Unterlagen zur Verfügung stellen.

Zweitens darf ich Sie fragen: Hat die SPÖ oder ihr nahestehende Organisationen — ich denke an die Sportorganisationen und so weiter — jemals irgendwelche Beratungsverträge abgeschlossen im Werbebereich oder in einem anderen Bereich mit Firmen in der Schweiz oder in Liechtenstein?

Blecha: Ist mir nichts bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie einmal den Namen einer EHW Verlagsberatungs-AG in Zürich gehört?

Blecha: Nie.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In dem Zusammenhang?

Blecha: Noch nie.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Eine Edidor AG, auch Werbeberatung in Zürich? Haben Sie auch nie gehört den Namen?

Blecha: Nein. Ist mir nie untergekommen, nie den Namen gehört.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auch nicht in dem Zusammenhang mit der Firma Holliger und Partner?

Blecha: Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Bergmann, bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bitte, noch einmal: Dieses anonyme Sparbuch, das der Herr Marsch dem Herrn Dr. Damian übergeben hat, hat eines bewirkt: Das war eine Art Dispositionssparbuch, um die ganze Aktion abwickeln zu können, und daß man nicht ununterbrochen Gelder aus der Schweiz abrufen muß. Das heißt, die ganze Kampagne war zusammenhängend mit diesem Dispositionssparbuch.

Es könnte jetzt sein, daß aus diesem Sparbuch Gelder wohin gegeben worden sind, vorübergehend, die für uns gerade die wichtigen Auskunftspersonen darstellen im Zusammenhang mit der Finanzierung der ganzen Aktion, und so war das Ersuchen meines Freundes Feurstein natürlich auch zu verstehen.

Obmann Dr. **Steger:** Danke. Damit sind wir auch mit Ihrer Einvernahme zu Ende. Auf Wiedersehen, Herr Zeuge. *(Zeuge Blecha verläßt den Saal.)*

Zeugeneinvernahme von Klubobmann Dr. Alois Mock

Obmann Dr. **Steger:** Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich begrüße Sie, Herr Dr. Mock, im Untersuchungsausschuß. Ich bitte Sie, Platz zu nehmen.

Sie haben die Ladung als Zeuge zugestellt erhalten. Dort war der Beschluß beigelegt, an dem Sie ja selbst mitgewirkt haben, aus dem zu entnehmen ist ... ich höre gerade, er war nicht beigelegt. Ich glaube aber trotzdem, daß ich Ihnen nicht den Beschluß des Nationalrates bezüglich Untersuchungsausschuß zur Kenntnis bringen muß, weil Sie an dem Beschluß ja mitgewirkt haben.

Das Beweisthema ist bei Ihrer Einvernahme eingeschränkt, wobei es darum geht, daß es

hier heißt: Zum Beweisthema Herkunft und Übernahme der Geldbeträge von Bela Rabelbauer. Es soll im Rahmen unserer Untersuchungen geklärt werden, ob und wieweit allenfalls ein Zusammenhang mit dem AKH gegeben ist oder nicht.

Fragen in diesem Zusammenhang sind dann immer zulässig, wenn der Fragesteller einen Zusammenhang zum AKH hergestellt hat oder durch die Art und Weise der Fragestellung versucht, den Nachweis zu führen, daß es den Zusammenhang gibt beziehungsweise nicht gibt.

Sie wissen, daß wir nach der Geschäftsordnung des Nationalrates die Strafprozeßordnung sinngemäß hier anzuwenden haben, in der die Pflichten und Rechte eines Zeugen enthalten sind, unter anderem die wichtigste Pflicht, alles wahrheitsgemäß zu beantworten; das wichtigste Recht im Sinne des § 153 in drei Fällen ein allfälliges Entschlagungsrecht zu haben. Ich brauche Sie da sicherlich nicht in allen Details darauf aufmerksam machen. Ich möchte Sie nur generell darauf hinweisen, daß Sie in einem derartigen Fall ein Entschlagungsrecht geltend machen müßten, dann würde die Abwägung erfolgen, ob die Beantwortung der Frage unumgänglich für die Wahrheitsfindung ist und daher derart wichtig, daß sie im Vordergrund steht.

Am Beginn erbitte ich Ihre Generalien, das ist Vor-, Zuname, Geburtsdatum, Beruf und Anschrift.

Dr. **Mock:** Alois Mock, geboren 10. Juni 1934, Bundesbeamter, Wien 19., Felix Mottl-Straße 47.

Obmann Dr. **Steger:** Danke schön. Der erste Fragesteller ist der Herr Abgeordnete Ing. Hobl.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Minister! Ich möchte gleich begründen, warum ich jetzt dann einige Fragen an Sie stelle — im Zusammenhang mit den Geldbeträgen, die Herr Rabelbauer einmal in Ihrem Beisein und anderen Funktionären Ihrer Partei übergeben hat: Herr Rabelbauer hat in einer Zeugenaussage, wo ich ihn selber befragt habe, ob er vielleicht mit multinationalen Konzernen Finanztransaktionen gemacht hat, uns sehr ausführlich erzählt, welche Aktivitäten er da hat, daß er unter einer Bagatellgrenze, die für uns alle schon eine horrend hohe wäre, gar nicht in Geschäfte einsteigt, daß er nicht ausschließt, daß er mit der Deutschen Siemens Aktiengesellschaft Finanztransaktionen gemacht hat. Wir wissen, und Sie wissen das sicherlich auch aus den Medien, daß die Deutsche Siemens Zulieferant beispielsweise für die Klimaleuchten im Allgmeinen Krankenhaus ist. Das hat also Herr Rabelbauer nicht ausgeschlossen.

Der zweite Bezug ist der schon zu wiederholten Malen genannte Rechtsanwalt Dr. Güggi, der zu Zeiten, als diese Geldübergabe war, im Stiftungsrat einer Stiftung, die die Familie Rabelbauer beherrscht, wo auch Herr Bela Rabelbauer fallweise Stimmrechte ausübt, Bevollmächtigter war und aus dieser Stiftung die Geldbeträge vielleicht auch stammen können. — Also nur, daß ich diese Beziehung herstelle.

Ich möchte nun meine erste Frage an Sie richten:

Nach § 29 Ziffer 4 Ihres Bundesparteistatuts sind Sie auch für Finanzaktionen der Partei zuständig. Es steht hier:

Der Bundesparteiobmann vertritt die ÖVP nach außen. Er unterzeichnet alle Schriftstücke, denen die Beschlußfassung eines Bundesparteiorgans unmittelbar zugrunde liegt. Der Generalsekretär vollzieht die Gegenzeichnung.

Schriftstücke, die sich auf die Finanzierung der Partei oder das Parteivermögen beziehen, bedürfen zusätzlich der Gegenzeichnung des Bundesfinanzreferenten — also eventuell Ihrer als Bundesparteiobmann und dann des Bundesfinanzreferenten. Es steht allerdings auch im nächsten Satz: Der Bundesparteiobmann kann den Generalsekretär und den Bundesfinanzreferenten ermächtigen, Schriftstücke auch allein zu unterzeichnen.

Ich möchte Sie daher fragen, denn dann kann ich mir vielleicht das eine oder das andere ersparen: Haben Sie von dieser Ermächtigung, daß Sie keine Finanzschriftstücke als Bundesparteiobmann unterzeichnen, Gebrauch gemacht, indem Sie das ausschließlich an Generalsekretär und Bundesfinanzreferent delegiert haben?

Dr. **Mock:** Ich unterzeichne normalerweise nur Reiserechnungen, ich habe nie Schriftstücke unterzeichnet meiner Erinnerung nach von irgendeiner größeren vermögensrechtlichen Relevanz.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Das heißt, Sie haben also das delegiert an Generalsekretär und Bundesfinanzreferent.

Wir haben die Gepflogenheit, unsere Zeugen hier als Zeugen anzusprechen. Ich werde von dieser Gepflogenheit jetzt Gebrauch machen.

Herr Zeuge! Wie die Öffentlichkeit weiß, hat es am 17. September 1979 spät abends in Ihrem Büro im Parlamentsgebäude eine Zusammenkunft, an der auch die Herren Bergmann und Steinbauer teilnahmen, beide Abgeordnete dieses Hohen Hauses, mit Peter Rabelbauer gege-

ben. Aus seinem Aktenkoffer sind mehrere Millionen Schilling in bar übernommen worden.

Am 28. August 1980 hat es Pressemeldungen gegeben. Sie sind dann vom „Morgenjournal" befragt worden und haben erklärt, daß dies sicher nur der Versuch der SPÖ sei, aus irgendeiner Parteispende eine Affäre zu machen, daß Sie aber darüber nichts Näheres wissen und daher auch keine Aussage machen können.

Ich möchte Sie fragen: Halten Sie diese erste Aussage, wonach Sie gar nichts Näheres wissen, im Lichte der später bekanntgewordenen Sachverhaltsdarstellungen, wonach Sie persönlichen Kontakt mit Herrn Rabelbauer hatten, aufrecht?

Dr. **Mock:** Sicherlich. Ich habe auch viele Details — also nichts Näheres — nicht gewußt und bin einer ganzen Reihe von Dingen dann erst nachgegangen, weil ich eben nicht zuständiger Mann war und vor allem Herrn Rabelbauer vor meiner Übernahme des Vorsitzes der Österreichischen Volkspartei nicht gekannt habe.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Aber es war in der Öffentlichkeit wie auch für mich der Eindruck: Aha, Dr. Mock weiß gar nichts davon.

Dr. **Mock:** Nein, ich habe nicht gesagt, ich weiß gar nichts. Ich weiß nichts Näheres.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Im Interview im „Mittagsjournal" vom 28. August 1980 haben Sie auf die Frage des Reportes, ob Rabelbauer im Zusammenhang mit seinen Millionenspenden irgendwelche Gegenleistungen verlangt hat — also diese näheren Bedingungen —, erklärt, daß die Spende des Herrn Rabelbauer in keiner Weise mit irgendeiner Gegenleistung oder Bedingung verknüpft war.

Wann haben Sie sich dann überzeugt, daß es doch da — wenn ich mich richtig erinnere — ein Fünf-Punkte-Papier gibt, das der Herr Rabelbauer Ihrem Vorgänger, Herrn Abgeordneten Dr. Taus, übergeben hat, wobei doch von Gegenleistungen die Rede war?

Dr. **Mock:** Es war von mir aus mit keinen Gegenleistungen verbunden, weil ich eine Gegenleistung für eine Parteispende grundsätzlich ablehne. Man unterstützt eine politische Bewegung, weil man mit ihren grundsatzpolitischen Vorstellungen konform geht, gewisse politische Entscheidungen von ihr erwartet, aber nicht aus einer konkreten Gegenleistung heraus.

In dem Zeitpunkt, wie ich davon gehört habe — das war kurz nach oder Tage vor meiner Übernahme des Vorsitzes der Partei —, habe ich gesagt, daß das für mich keinen Belang hat. Wenn es eine Spende ist, die zugesagt wurde, dann soll man diese Spende geben, aber für mich ist das ohne Belang.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Aber das bedeutet ja — ich weiß jetzt nicht genau das Datum, wann Sie den Vorsitz ...

Dr. **Mock:** 8, 9. Juli.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): 1980?

Dr. **Mock:** Ja, ja, das war nachher. Da hat die Vereinbarung für mich nicht mehr gegolten. Ich habe das damals erklärt, vor Zeugen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Aber Sie haben das so erklärt, wie wenn Sie von Bedingungen nichts gewußt hätten. Sie haben aber jetzt gesagt, daß Sie Tage vor der Übernahme der Funktion doch in Kenntnis gesetzt wurden, daß es so Bedingungen gebe.

Dr. **Mock:** Sie wissen, man hört, es ist gesprochen worden. In dem Moment, wie ich einiges davon gehört habe und aufmerksam gemacht wurde, habe ich vor Zeugen gesagt: Bitte, das kommt für mich nicht in Frage. Für mich ist nur die Mitteilung, daß Sie oder einige andere Leute eine Spende zugesagt hätten, relevant. Wenn Sie das aufrecht erhalten wollen, bin ich bereit, mit Ihnen noch ein Gespräch zu führen. Und dieses Gespräch wurde trotzdem dann noch gesucht.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Aber, Herr Zeuge, am 28. August 1980 — also nach Ihrer Wahl zum Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei und nach der gerüchteweisen Information, daß es da Bedingungen geben kann — haben Sie aber noch erklärt im „Mittagsjournal", daß die Spende des Herrn Rabelbauer in keiner Weise mit irgendeiner Gegenleistung oder Bedingung verknüpft war.

Ich möchte Sie daher wirklich sehr elegant fragen: Halten Sie diese Aussage im Licht der seither bekanntgewordenen Tatsache, auch der, daß Sie gerüchteweise von Bedingungen gehört haben, noch aufrecht?

Dr. **Mock:** Die Spende, die mir übergeben wurde, war mit keiner Bedingung verbunden, weil ich das expressis verbis abgelehnt habe.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Im gleichen Interview haben Sie erklärt, daß Sie Herrn Rabelbauer erst im Sommer 1979 kennengelernt haben und höchstens ein- oder zweimal mit ihm zusammengetroffen seien. Würden Sie auch diese Aussage im Lichte der in der Zwischenzeit bekanntgewordenen Tatsachen aufrecht erhalten, Herr Zeuge?

Dr. **Mock:** Es ist möglich, daß ich zweimal in Wien mit ihm beisammen ... ich war jedenfalls einmal oder zweimal sicher in Wien mit ihm

beisammen und einmal in Vorarlberg mit ihm beisammen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Das ist ja sogar in der Presse, glaube ich, gestanden.

Dr. **Mock:** Ja, ja. Also ich kann das jetzt nicht auf die Zahl genau sagen, aber wahrscheinlich habe ich damals an das Vorarlberger Treffen im Rahmen der Bregenzer Festspiele nicht gedacht.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Sie sind in diesen Tagen damals natürlich außerordentlich stark von Journalisten befragt worden. Daher war wieder am Abend in der „Zeit im Bild" am 28. August eine Erklärung von Ihnen, wo Sie gesagt haben: Die Geldmittel des Herrn Rabelbauer stammen von zirka 40 Personen in Vorarlberg. — Ich würde Sie also fragen: Wieso sind Sie zu dieser Erklärung gekommen? Haben Sie sich erkundigt, welche 40 Personen das waren, damit Sie mit einer großen Sicherheit in aller Öffentlichkeit sagen konnten, zirka 40. Und würden Sie heute diese Version noch aufrechterhalten, Herr Zeuge?

Dr. **Mock:** Es stellte sich offensichtlich heraus im Zuge der Befragung, daß er diese Version nicht aufrechterhalten hat. Mir ist gesagt worden, daß es eine größere Anzahl von Vorarlberger Industriellen oder Geschäftsleuten ist, die sich vor allem auch für bestimmte Bürgerinitiativen interessieren, anläßlich meiner Amtsübernahme; ich bin der Sache nicht näher nachgegangen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wie sind Sie zu der Information zirka 40 gekommen? Können Sie sich erinnern, wer Ihnen das gesagt hat? Der Herr Rabelbauer oder sonst wer?

Dr. **Mock:** Nein. Bei der Vorstellung ist mir gesagt worden, eine größere Anzahl. Es wäre völlig sinnlos, da irgend jemanden jetzt zu bezichtigen, daß er eine bestimmte Zahl genannt hat. Das kann durchaus aus der verbalen Schilderug mein Eindruck gewesen sein.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ein Teil der Geldbeträge, Herr Zeuge, des Herrn Rabelbauer, der an die Österreichische Volkspartei mit etwa 10 Millionen geflossen ist, ist in einem Hotel in Tirol an den Herrn Abgeordneten Bergmann in Form ausländischer Währung übergeben worden. Hat Ihnen der Herr Abgeordnete Bergmann mitgeteilt, daß es sich um ausländisches Geld gehandelt hat?

Dr. **Mock:** Nein, ich bin nur informiert worden, daß die Spende voll eingegangen ist. Erst zu dem Zeitpunkt, ein Jahr später, wie man der Angelegenheit genau nachgegangen ist, ist dann klargestellt worden, daß es sich hier um einen Teilbetrag in ausländischer Währung handelt, wobei wir dann einer Meinung waren, daß, wenn es devisenpflichtig ist, für diesen Fall eine Genehmigung eingeholt werden muß.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und ist es richtig, als Sie dann erfahren haben, daß es hier um Teilbeträge in ausländischer Währung geht, daß Sie sich persönlich in Begleitung des Rechtsanwalts Dr. Graff in die Nationalbank begeben haben, um hinsichtlich der devisenrechtlichen Unbedenklichkeitserklärung für diese Rabelbauer-Millionen Erkundigungen einzuholen oder festzustellen, daß eine Geldübergabe in ausländischer Währung im Inland in Ordnung war? Und haben Sie, wie behauptet wird, da den Herrn Präsidenten der Nationalbank, Professor Koren, persönlich bemüht?

Dr. **Mock:** Es ist nicht richtig, daß ich mich persönlich in die Nationalbank begeben hätte. Ich würde mich hüten, das zu tun, sondern ich wurde informiert, daß ein solcher Antrag gestellt wurde.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und den Antrag hat das Generalsekretariat gestellt, oder wer hat das getan?

Dr. **Mock:** Das hat meines Wissens der Rechtsanwalt gestellt oder mit Zuhilfenahme des Rechtsanwalts.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Neben den 10 Millionen, wo Sie und Vertreter Ihrer Partei immer wieder ausgesagt haben, daß sie in den Rechenschaftsberichten Ihrer Partei ausgewiesen sind — diese 10 Rabelbauer-Millionen —, weist der Finanzbericht der Österreichischen Volkspartei für das Jahr 1979 den Eingang von weiteren 35 Spenden-Millionen auf.

Können Sie uns sagen, ob sich unter diesen Spenden-Millionen, die Sie öffentlich ausweisen, weitere Großspenden — ich weiß schon, daß sich auch Millionenbeträge aus kleinen Beträgen zusammensetzen können — in Millionenhöhe befunden haben, und wer die Spender sind?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Darf ich nur zur Geschäftsordnung die Frage stellen, ob zu den Beweisthemen der Beschluß gilt und zu beachten ist oder nicht?

Obmann Dr. **Steger:** Die Fragestellung ist nur so zulässig, daß Sie die Frage stellen, ob dabei weitere Gelder aus dem Rabelbauer-Bereich dabei sind.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ich würde Sie gerne in die Richtung fragen, ob da weitere Millionenbeträge des Herrn Bela Rabelbauer bei diesen 35 Millionen dabei sind aus den geschilderten Zusammenhängen.

Dr. **Mock:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Sie können natürlich auch sagen: Oder jener Personen, für die Rabelbauer vielleicht der Geldbote gewesen ist.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Nein, ich habe schon ein Nein gehört.

Dr. **Mock:** Nein.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): In dem Papier, das zwischen Herrn Rabelbauer und Ihrem Vorgänger in der Funktion des Bundesparteiobmannes Gegenstand der Gespräche war, heißt es: Die ÖVP erklärt ihre Zusage, für die übernächste Legislaturperiode ein oder zwei Mandate einer oder zwei Personen, die die Gruppe — also Rabelbauer-Gruppe, Grüne Gruppe oder Bürgerforum, wenn ich mich da richtig erinnere —, die die Gruppe im Einvernehmen mit der ÖVP bestellt, zur Verfügung zu stellen.

Habe ich Sie also zuerst richtig verstanden: Sie fühlen sich jetzt als Bundesparteiobmann an dieses Papier, das Ihr Vorgänger in dieser Funktion übernommen hat, in keiner Weise gebunden?

Dr. **Mock:** Ja.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Was würden Sie jetzt nach allem, was veröffentlicht wurde und was bekanntgeworden ist, aus Ihrer Meinung, aus Ihrer Funktion her sagen zu den verschiedenen Versionen, die Herr Bela Rabelbauer über die Herkunft dieser 10 Millionen gegeben hat? Welcher Version würden Sie jetzt eher zuneigen? Also diese etwa vierzig, haben Sie schon gesagt, können Sie nicht sagen. Dann ist die Version Rabelbauer gekommen, drei oder vier Persönlichkeiten, dann die Version vom Rabelbauer selber, also nur aus dem Vermögen, über das er persönlich disponieren kann, oder von vermögenden Ausländern aus Lateinamerika; auch diese Version ist genannt worden. Oder eine andere Version? Wie würden Sie jetzt dazu stehen?

Dr. **Mock:** Ich habe da keine Präferenzen. In dem Moment, wo klar war, daß hier keine volle Aufklärung gegeben werden konnte oder auch wollte — dazu ist rechtlich niemand verpflichtet —, in dem Moment, wo aufschien, daß möglicherweise ein Konflikt mit der Steuerbehörde vorlag, habe ich veranlaßt, daß diese Spende, auch wenn keine rechtliche Verpflichtug gegeben war, zurückbezahlt wird. Das hat für mich gezählt.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ich danke.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Dr. Nowotny, bitte.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Herr Bundesparteiobmann! Ich hätte nur zwei Zusatzfragen. Und zwar zunächst: Sie haben meinem Kollegen Hobl erklärt in bezug auf dieses Rundfunk-Interview, das Sie unmittelbar nach dem Artikel in der „AZ" gegeben haben, Sie wüßten nichts Näheres, und haben das dann sehr klug ausgeführt, wieso das ausreichend wäre. Nun habe ich vor mir die Abschrift dieses Interviews, wo Sie aber gesagt haben: Ich weiß sonst nichts, weil ich kann, bevor ich nicht etwas gelesen habe, irgendeine Aussage machen. Wie würden Sie diese Aussage erklären?

Dr. **Mock:** Aus den Umständen durchaus erklärlich, daß, bevor ich eine substantielle Aussage mache, ich mich vorher erkundige. Ich war ja nur mit einem Teilaspekt der Frage befaßt und habe dann gesagt, offensichtlich gibt es hier ein gewisses Bedürfnis nach mehr Information, und ich werde diesen Informationen nachgehen. So ist das zu verstehen.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Aber den wesentlichen Aspekt, nämlich die Übergabe des Geldes im Parlament, wo Sie dabei waren, den mußten Sie doch wissen.

Dr. **Mock:** Ich weiß nicht, ob das der wesentliche Aspekt ist. Es ist ein sehr wichtiger Aspekt, es war sogar nur ein Teilbetrag von 4 Millionen Schilling, während die Gesamtspende sich ja auf 10 Millionen Schilling belief. Den habe ich sicherlich gewußt.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Das heißt, Ihre Aussage, wo Sie sagen, ich weiß sonst nichts, ist also in dem Sinne nicht aufrechtzuerhalten?

Dr. **Mock:** Nein, Sie haben ja nur einen Teil davon zitiert.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Soll ich Ihnen Ihre ganze Aussage vorlesen?

Dr. **Mock:** Ja.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Also ich fange ganz von vorne an, wo Sie sagen: Ich kenne den Artikel noch nicht, ich werde das sofort vormittag ansehen. Mir ist durchaus klar, daß in der Situation, in der ... das ist eine wörtliche Mitschrift, daher ist es nicht ganz ... in der sich die SPÖ im Zusammenhang mit dem Neubau des AKH befindet ... irgendeine Parteispende auch andere Parteien, in dem Fall auch die ÖVP, anzuschwärzen. Ich weiß sonst nichts, weil ich kann, bevor ich nicht etwas gelesen habe, irgendeine Aussage machen.

Dr. **Mock:** Die Absicht ist ja klar zu erkennen. Ich gebe nichts vorher bekannt, bevor ich nicht den Dingen genauer nachgehe. Wenn man nur den Halbsatz nimmt, bedeutet er etwas anderes, als wenn man den gesamten Satz nimmt.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Es ist auf jeden Fall

nicht zu interpretieren, daß Sie sagen, ich weiß nichts von der Sache Rabelbauer?

Dr. **Mock:** Natürlich nicht. Es wurde ja in meiner Gegenwart ein Betrag von 4 Millionen Schilling übergeben, also ich habe Teile von dieser Spendenbereitschaft gewußt.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Nun eine zweite Frage, eine Zusatzfrage: Sie haben dem Ing. Hobl erklärt, Sie fühlten sich nicht an dieses Abkommen Taus — Rabelbauer gebunden. Ich schließe daraus doch auf eine implizierte Mißbilligung der Vorgangsweise des Dr. Taus. Hat diese Mißbilligung irgendwelche Konsequenzen gehabt?

Dr. **Mock:** Nein, das können Sie nicht daraus ersehen, sondern jeder hat seine Verantwortung. Ich wurde Bundesparteiobmann und habe meine Vorstellungen gehabt, mit welcher Absicht man einer politischen Bewegung Spenden gibt. Es gibt viele Verhaltensformen im Leben, die unterschiedlich sind, ohne daß deswegen die Verhaltensform eins, wenn man sie einschlägt, eine Mißbilligung der Verhaltensform zwei bedeutet.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Na ja. Es ist doch an sich ein sehr schwerwiegender Schritt, wenn ein Bundesparteiobmann ein Abkommen, das sein Vorgänger geschlossen hat, nicht aufrechterhält, was ja nicht ganz unproblematisch ist vielleicht im Prinzipiellen. Das heißt, es müssen schon sehr schwerwiegende Gründe sein, sich zu so etwas zu entschließen. Und der Grund muß offensichtlich sein, daß Sie der Meinung sind, das sollte man nicht tun. Das würde eigentlich im Sprachgebrauch eine Mißbilligung ausdrücken.

Dr. **Mock:** Das ist Ihre Interpretation, Herr Abgeordneter, aber nicht meine Interpretation. Ich muß bei meiner ersten Antwort bleiben.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Es hat daher auch keinerlei Konsequenzen für Dr. Taus gegeben?

Dr. **Mock:** Nein.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Danke.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Dr. Gradischnik.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Nur eine Zusatzfrage. Herr Parteiobmann! Was ist Ihnen denn gesagt worden, welche Vereinbarung zwischen Ihrem Vorgänger und Rabelbauer getroffen wurde?

Dr. **Mock:** Das kann ich jetzt im Detail bezüglich der ersten Mitteilung sicherlich nach zwei Jahren nicht sagen, sondern daß eine Absprache besteht oder eine Absichtserklärung, wenn Sie wollen, die ungefähr das angedeutet hat, was sich später in dem Papier befunden hat.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Es ist kurz darauf dann in den Zeitungen sehr viel darüber erschienen, und hier ist auch in einer Zeitung ein 5-Punkte-Katalog angeführt. Ich weiß nicht, ob Sie den kennen.

Dr. **Mock:** Natürlich.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Ist das der Inhalt dieser Absprache gewesen?

Dr. **Mock:** Das war dann offensichtlich die detaillierte Darstellung dessen, was mir damals gesagt wurde.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Da ist Ihnen auch gesagt worden, daß mit dieser Auflage die Spende hätte erteilt werden sollen?

Dr. **Mock:** Nicht als Auflage, sondern, wenn Sie wollen, als eine gewisse Absichtserklärung.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wenn Sie nun, Herr Parteiobmann, nicht hier in die Verpflichtung Ihres Vorgängers in diesem Punkt einsteigen, wieso hat dann eigentlich Rabelbauer die Verpflichtung weiterhin auf sich genommen, die 10 Millionen zu bezahlen?

Dr. **Mock:** Dazu, nehme ich an, ist Herr Rabelbauer befragt worden, das ist mir nicht bekannt. Vielleicht hat er sich an eine Zusage gebunden gefühlt. Ich habe jedenfalls von mir aus den Standpunkt vertreten, es gibt grundsätzliche Überlegungen, eine solche Zusage zu halten. Sie ist ja bekanntlich nicht einklagbar. Ich mußte dann feststellen, daß offensichtlich die Bereitschaft war, das zu halten, diese Spende zu geben.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Ich danke.

Obmann Dr. **Steger:** Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Nedwed.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Herr Dr. Mock! Sie waren ja bei der Übergabe der 4 Millionen in Ihrem Büro dabei. Haben Sie da persönlich mit Herrn Rabelbauer gesprochen?

Dr. **Mock:** Der Herr Rabelbauer hat mich um einen Termin gebeten, der sehr dringend sein müßte, und wollte mir Mitarbeiter vorstellen, die er im Rahmen einer Initiative Umweltschutz und verwandte Probleme heranziehen würde.

Daraufhin habe ich gesagt, das ist durchaus möglich, aber das ist nur mehr um acht Uhr abend möglich, weil ich voll ausgebucht war. Daraufhin ist er um 8 Uhr abend zu mir gekommen und hat eine Gruppe von Leuten mitgebracht, die er mir vorgestellt hat und die das

eine oder andere Projekt, das ja aus dem Briefwechsel bekannt ist, erläutert haben.

Am Schluß hat er mir gesagt — bitte, nur aus diesem Grund waren die Abgeordneten Steinbauer und Bergmann dabei —, am Schluß hat er gesagt: Im übrigen habe ich unter Bezugnahme auf unser letztes Gespräch Ihnen einen Betrag von 4 Millionen Schilling mitgebracht.

Ich war erstaunt und habe gesagt, bitte, dann geben Sie das der Finanzverwaltung. Und einer der Kollegen hat es übernommen und der Finanzverwaltung übergeben.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Und auf welches Gespräch hat er sich da bezogen? Auf ein Gespräch mit Ihnen?

Dr. **Mock:** Ja, auf ein Geschpräch vorher, wo ich ihm gesagt habe: Bitte, ich bin da mit Ihnen bekanntgemacht worden, Sie haben erklärt, daß Sie bereit wären, eine Spende zu Verfügung zu stellen. Wenn es wirklich so ist, daß das eine feste Absprache war, dann, glaube ich, sollte man diese Absprache auch halten — Parteien benötigen Spenden. Daraufhin sagte er, er wird sich das überlegen oder mit Leuten auch reden.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Danke. Und das war die Version, daß 40 Persönlichkeiten aus Vorarlberg hier Gelder zur Verfügung stellen, um die Umweltpolitik der Österreichischen Volkspartei zu unterstützen?

Dr. **Mock:** So ist das vielleicht auch einmal formuliert worden, sondern ich habe vorhin gesagt auf die Frage des Abgeordneten Hobl, daß hier der Eindruck geschaffen wurde, das ist eine größere Gruppe, die sich zur Verfügung gestellt hat. Wobei das aber natürlich variiert hat. Man hat dabei nicht gefragt, wie viele.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Nur noch eine Frage. Haben Sie bei dieser Gelegenheit gefragt, welche Persönlichkeiten das sind? Haben Sie um Namen gefragt, um Firmen oder um Gruppierungen, die hier Spenden zur Verfügung stellen?

Dr. **Mock:** Meiner Erinnerung nach ist nur einmal ein Name im Zusammenhang mit diesen Gesprächen gefallen. Das war der Name Fend, sodaß ich mir gedacht habe: Aha, das sind eben Vorarlberger Wirtschaftstreibende.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Und weitere Namen haben Sie nicht erfahren?

Dr. **Mock:** Nein, erinnere ich mich nicht.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Parteiobmann! Haben Sie dem Herrn Rabelbauer bei der Übernahme dieser 4 Millionen Schilling gesagt, daß Sie nicht mehr zu dieser Absichtserklärung, die Ihr Amtsvorgänger ihm gegenüber gemacht hat, stehen?

Dr. **Mock:** Ja, das habe ich ihm gleich am Anfang gesagt.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Hier im Parlament? Bei dieser Übergabe?

Dr. **Mock:** Ja. Es waren ja andere Umstände. Es war offensichtlich vorher einmal — das habe ich selbst dann erst einmal irgendwo gelesen bei einer Aussage — die Absicht, ein Büro für Bürgerinitiativen einzurichten, während mir dann gesagt wurde: Es hat keinen Sinn, das im Rahmen einer politischen Partei zu tun, wir machen diese Dinge selbst. Also die Zusammenarbeit, die offensichtlich später beabsichtigt war, war viel dünner oder weniger dicht, als das ursprünglich beabsichtigt war.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wissen Sie, wieviel Herr Rabelbauer für diese Bürgerinitiative gespendet hat?

Dr. **Mock:** Nein, ich habe mich nie erkundigt, das war mir auch gleichgültig. Das war eine Einrichtung außerhalb der Österreichischen Volkspartei.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Aber die steht der Österreichischen Volkspartei nahe, diese Bürgerinitiative?

Dr. **Mock:** Nein, wir sind gebeten worden, hier einen Kontakt zu halten, wie das von vielen Bürgerinitiativen geschieht, ob das die Bürgerinitiative Flötzersteig ist oder eine ganze Reihe anderer Wiener Bürgerinitiativen, die zu uns gekommen sind. Was ich immer als eine natürliche Funktion der Opposition betrachtet habe, daß sie Anlaufstelle ist für kritische Bürgerinitiativen, habe ich in diesem Fall auch als normal betrachtet, daß man dann zusammenarbeitet.

Nicht mehr und nicht weniger.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Aber das Bürgerforum ist eine ÖVP-nahe Organisation?

Dr. **Mock:** Nein, ich habe das nie so aufgefaßt. Eine der vielen Bürgerinitiativen, die interessiert sind, mit der Opposition zusammenzuarbeiten, um ihre Wünsche durchzuführen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und es ist Ihnen auch nicht bekannt, ob gegebenenfalls und wieviel Rabelbauer dafür gespendet hat?

Dr. **Mock:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Haben Sie je irgendwo einen konkreten Hinweis bekommen oder eine konkrete Erfahrung darüber gemacht oder einen Eindruck darüber

bekommen, daß bei dieser Angelegenheit, die jetzt von den sozialistischen Kollegen abgehandelt wurde, ein Zusammenhang zum Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien besteht?

Dr. **Mock:** Ich habe den Eindruck nie erhalten und bin offensichtlich in meinem Eindruck dann bestätigt worden durch die Aussagen des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses von Ende November und des Herrn Abgeordneten Hobl, des sozialistischen Fraktionsführers, von Anfang Februar, die gleichfalls in verschiedener Form gesagt haben, daß hier kein Zusammenhang besteht.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Es hat sich an meiner grundsätzlichen Position, daß ich damals auch öffentlich erklärt habe, daß bisher überhaupt kein Beweis vorhanden ist, daß es einen Zusammenhang gibt, nichts geändert. Aber die Einvernahme dient unter anderem dazu, daß man klarlegt, ob Verdachtsmomente überhaupt aufrechtzuerhalten sind oder nicht.

Hier ergibt sich natürlich schon die Ergänzungsfrage, die ich gleichartig sinngemäß auch an den Herrn Abgeordneten Blecha vorher gestellt habe: Hat Ihre Partei mittlerweile Recherchen veranstaltet, um herauszubringen, was für Geld das eigentlich gewesen ist? Vor allem im Zusammenhang damit, daß Sie es ja zurückgezahlt haben, ist diese Frage naheliegend.

Dr. **Mock:** Für mich und die Österreichische Volkspartei war das eine Privatspende, wo dann nicht voll aufgeklärt werden konnte oder wollte, wie viele dafür dazu beigetragen haben, wie viele Vorarlberger Wirtschaftstreibende dazu beigetragen haben, und wo offensichtlich auch die Frage aufgetaucht ist, daß der Spender in einer Konfliktsituation mit der Steuerbehörde stand. Daraufhin habe ich veranlaßt, daß die Spende zurückbezahlt wird, und keinen Anlaß gefunden, noch weitere Recherchen anzustellen, nachdem ich der Meinung war, mit der Rückzahlung einer Spende, für die an und für sich keine rechtliche Verpflichtung — nämlich für die Rückzahlung — vorhanden war, sind wir einen neuen Weg gegangen, und wenn der abgeschlossen ist, habe ich keinen Grund, dem noch weiter nachzugehen.

Obmann Dr. **Steger:** Es gab ja nicht nur phasenweise diese Unterstellungen, daß es allenfalls AKH-Gelder sind, sondern es gab ja — Sie haben das gerade angedeutet mit Ihrer Antwort schon — phasenweise Unterstellungen, daß allenfalls im Zusammenhang mit Steuerverfahren, mit Verschiebungen von Steuerabgabeerklärungsterminen, Bewilligungen, daß vielleicht das ein Grund gewesen sein könnte.

Interessant ist in dem Zusammenhang nur, daß Herr Rabelbauer selbst — bitte mich zu korrigieren, wenn ich den Vorhalt nicht richtig mache — hier angegeben hat, daß es sein Geld war beziehungsweise das seiner Stiftung, das er hier übergeben hat, seiner Stiftung von der TESTON AG im Rahmen einer SUNION-Stiftung.

Es sind hier doch immer wieder verschiedenste, auch Behauptungen vom Bereich Rabelbauer selbst, wo seinerzeit in den Medien gestanden ist die Behauptung — die im Gericht von ihm abgegeben wurde —, daß es eine Sammelaktion von Industriellen war, dann eben diese Behauptung, daß es von der Stiftung stammt beziehungsweise TESTON AG, die dahintersteht, und gleichzeitig diese Vermutungen Steuerverfahren.

Sie müssen schon entschuldigen, daß man hier weiter insistiert. Sie sagen, es konnte nicht restlos aufgeklärt werden. Die Fragestellung, die sich für uns ergibt: Gab es überhaupt Versuche, aus Ihrer Sicht aufzuklären — nicht von Ihnen persönlich, sondern von Mitarbeitern aufzuklären —, allenfalls auch im nachhinein, was für Geld das wirklich ist?

Dr. **Mock:** Herr Vorsitzender! Ich finde überhaupt keinen Grund für eine Entschuldigung, ich finde es durchaus legitim, wenn ich hier vorgeladen bin, daß mir die entsprechenden Fragen gestellt werden.

Wenn jemand in einer Konfliktsituation mit der Steuerbehörde steht, ist er trotzdem berechtigt, eine Spende an eine politische Bewegung genauso wie an einen Fußballklub oder an einen Sparverein zu geben. Ich glaube nur, daß politische Parteien vor allem angesichts der Entwicklung der letzten Jahre hier besonders sorgsam umgehen müssen, und habe daher angesichts von Indizien, daß eine solche Konfliktsituation vorliegt, die Rückzahlung sofort veranlaßt.

Obmann Dr. **Steger:** Also für Sie war zwar kein Ergebnis einer Recherche, daß es irgendeinen Zusammenhang in eine der Richtungen gibt, aber die Tatsache, daß aus seiner Sicht zumindest eine persönliche Situation vorhanden ist, wo er in anderen Schwierigkeiten sein könnte und dann vielleicht eines Tages sich irgend jemand darauf beruft, daß hier ein Zusammenhang ist, das war für Sie ausreichend, das Geld zurückzuzahlen?

Dr. **Mock:** Ich glaube, politische Parteien müssen einen schärferen Maßstab als nur den Maßstab des Gesetzes anlegen in diesen Fragen.

Obmann Dr. **Steger:** Es gab im Kärntner Zeitungsbereich eine Behauptung, daß ein Landtagsabgeordneter, ich glaube der ÖVP, Dr. Tropper, gerade damals irgendwelche Abhe-

bungen vollzogen haben soll von irgendwelchen Nummernkonten. Ich sage jetzt immer „irgendwelche" gleich dazu, weil ich keine näheren Detailinformationen habe.

Vermutungen wurden in dem Zusammenhang dort in einer Zeitung geäußert — angeblich ist mittlerweile die Klage eingebracht worden —, daß hier die Rückzahlung in einer Art Ringelspiel erfolgt ist. Können Sie dazu etwas sagen?

Dr. **Mock:** Ich war sehr froh, daß der Bundesparteifinanzreferent Direktor Gruber angeboten hat, sämtliche Unterlagen über die ordnungsgemäße Aufnahme des Kredites dem Untersuchungsausschuß vorzulegen, und daß er auch hier jede Auskunft gegeben hat. Das ist auch mir nur aus der Zeitung bekannt.

Obmann Dr. **Steger:** Und Sie sind sicher, daß das die einzigen Beträge, diese zurückgezahlten einzigen Beträge waren, die aus dem Bereich Rabelbauer überwiesen wurden?

Dr. **Mock:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Können Sie nach Ihrem Informationsstand sagen, daß jedenfalls von ausländischen Geldgebern her keine Gelder in jenem Spendentopf drinnen sind, wo allenfalls Recherchen in Richtung eines AKH-Zusammenhanges möglich wären?

Dr. **Mock:** Ich kann das nach meinem Informationsstand — ich hätte sonst das Wort Informationsstand weggelassen, um keinen falschen Eindruck eines Vorbehaltes zu erwecken —, nach meinem Informationsstand durchaus sagen, und es wurde ja später diese Auffassung auch bestätigt.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Ing. Hobl, bitte.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Bundesparteiobmann, es wird gerüchteweise behauptet, daß Ihre Partei nun den Kredit bei der Genossenschaftlichen Zentralbank fast schon zur Gänze zurückbezahlt hat. Können Sie uns da etwas sagen?

Dr. **Mock:** Ich weiß nicht, in welchem Ausmaß er zurückbezahlt wurde. Ich bin gerne bereit, darauf auch eine Antwort zu geben — obwohl ich nicht glaube, daß das mit dem Untersuchungsauftrag im Zusammenhang steht —, weil es doch eine ganz beträchtliche Bereitschaft gegeben hat, uns zu helfen, auch von den verschiedensten Parteigliederungen, diesen Kredit zurückzuzahlen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Danke.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Dr. Nowotny, bitte.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Ich hätte nur eine kurze Zusatzfrage zum Vorhergehenden. Herr Bundesparteiobmann, gibt es eine Korrespondenz zwischen Ihnen und Bela Rabelbauer?

Dr. **Mock:** Ja, es gibt. Ich habe sicherlich einmal einen längeren Brief von Bela Rabelbauer erhalten — ich habe mir das damals auch angesehen —, wo er verschiedene Vorschläge macht, wie er sich das vorstellt, die Tätigkeit dieser Bürgerinitiative oder dieses Bürgerforums, eine Reihe von politischen, gesellschaftspolitischen Überlegungen entwickelt. Es ist durchaus möglich, daß es ein, zwei Briefe gibt auch bezüglich irgendeiner Terminvereinbarung; aber einen sehr bescheidenen Briefwechsel.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Die Briefe waren an Sie schon gerichtet als Bundesparteiobmann?

Dr. **Mock:** Ja, ich habe ihn ja vorher nicht gekannt.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Und war aus dieser Korrespondenz der Eindruck zu entnehmen, daß diese Vereinbarung zwischen Taus und Rabelbauer bezüglich einer engen Einbindung in die ÖVP von Ihnen gekündigt wurde? War das aus diesen Briefen ersichtlich?

Dr. **Mock:** Nein, das wurde in den Briefen nicht behandelt.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): War das offensichtlich Herrn Rabelbauer nicht bewußt?

Dr. **Mock:** Natürlich. Ich habe es ihm ja gesagt. Aber bitte, deswegen, weil ich ihm etwas sage, muß ich ja nicht im folgenden Briefwechsel alles, was ich einmal gesagt habe, wiederholen.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Das nicht, aber es müßte sein Verhalten beeinflussen.

Dr. **Mock:** Möglicherweise kann es das Verhalten beeinflussen.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Es ist aber aus dem Briefwechsel von seiner Seite ganz offensichtlich nicht bewußt geworden, daß hier die ÖVP eine Haltungsänderung ihm gegenüber einnimmt.

Dr. **Mock:** Ich habe das sehr klar gesagt. Er hat das zur Kenntnis genommen und hat das offensichtlich eben auch so gesehen, daß hier eine gewisse Absichtserklärung auf Kooperation früher gegeben ist in einem bestimmten Bereich, daß sich die Voraussetzungen geändert haben, Voraussetzungen in personeller Hinsicht, Voraussetzungen auch bezüglich dieser Tätigkeit der Bürgerinitiativen im politisch freien Raum, und hat das zur Kenntnis genommen.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Wie würden Sie dann einen Satz von Rabelbauer erklären, in dem er schreibt: Um die Kooperation zwischen dem Bürgerforum und der ÖVP möglichst effektiv zu gestalten, scheint der seinerzeit mit Herrn Dr. Taus abgesprochene Modus wahrscheinlich am günstigsten, nämlich die Errichtung eines Kontaktbüros in der Kärntner Straße.

Das spricht eigentlich nicht sehr dafür, daß ihm bewußt ist, daß dieses Abkommen nicht mehr gilt.

Dr. **Mock:** Offensichtlich war es seine Idee, daß mit der Konstituierung des Bürgerforums er eine Anlaufstelle hat in der Kärntner Straße. Es beschäftigt sich ja der Abgeordnete Steinbauer speziell mit Bürgerinitiativen. Das war ja auch der Grund, daß ich ihn damals eingeladen habe zu diesem Gespräch, sonst gab es keinen anderen Anlaß, weil er seine Mitarbeiter in diesem neuen Bürgerforum vorstellen wollte, und das sollte offensichtlich die Anlaufstelle sein.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Haben Sie dem Herrn Rabelbauer einen Brief geschrieben, wo Sie ihn auf diesen Irrtum hinweisen, daß offensichtlich er andere Vorstellungen hatte von der Zusammenarbeit, als Sie sie haben?

Dr. **Mock:** Nein, einen Brief habe ich in dieser Sache nicht geschrieben, weil ich ihm vor Zeugen das sehr klar gesagt habe, was die andere Absichtserklärung anbelangt; weniger die gegenseitige Information und Kontaktnahme in Frage der Stützung der Bürgerinitiativen.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Danke.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Elmecker, bitte.

Abg. **Elmecker** (SPÖ): Herr Bundesparteiobmann, hier hätte ich eine Zusatzfrage. Sie haben vorhin formuliert, daß Sie von diesem Fünf-Punkte-Papier unmittelbar zu dem Zeitpunkt erfahren haben, als Sie Bundesparteiobmann geworden sind. Nun hat aber der Herr Dr. Taus dem „Kurier" gegenüber ausdrücklich erklärt, daß er dieses Fünf-Punkte-Programm schriftlich übernommen hat und es auch den zuständigen Parteigremien vorlegen wird. Ist das nie erfolgt?

Dr. **Mock:** Ich habe davon jedenfalls keine Kenntnis gehabt und weiß das von anderen Kollegen. Ob nun die Kenntnis nicht gegeben war, weil es dazu nicht mehr gekommen ist, oder ob die Kenntnis nicht gegeben war, weil man nicht bei jedem Parteivorstand dabei war — ich habe den Eindruck gehabt, wenn ich das jetzt rekonstruiere, daß es dazu nicht mehr gekommen ist. Sie wissen, wie ein Wahlkampf verläuft: Da gibt es wenige Parteivorstandssitzungen, die Kommunikation ist teilweise nur eine sehr beschränkte. Ich habe jedenfalls erst davon erfahren nach Übernahme des Amtes.

Abg. **Elmecker** (SPÖ): Und die Reaktion des Herrn Präsidenten Hahn war nicht in der Richtung, dahin gehend, daß er davon gewußt hat und daß der Herr Dr. Taus das dann in der Öffentlichkeit gesagt hat, als die ganze Sache Rabelbauer bekanntgeworden ist?

Dr. **Mock:** Ich habe nie gehört, daß der Präsident Hahn davon gewußt hätte.

Abg. **Elmecker** (SPÖ): Er hat jedenfalls sehr heftig reagiert, als der Herr Dr. Taus das gesagt hat.

Dr. **Mock:** Bekanntlich findet eine Nachricht oder eine Aussage durchaus eine unterschiedliche Darstellung gelegentlich auch in den verschiedenen Zeitungen. Je nach Temperament kommt man dazu, auch sofort auf eine solche Darstellung zu reagieren, allenfalls auch später festzustellen, daß es nicht eine vollständige oder nicht eine ganz klare Darstellung war.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Nedwed.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Herr Dr. Mock, Sie haben sich ja persönlich dafür eingesetzt, daß die 10 Millionen zurückgezahlt werden. Wann haben Sie eigentlich diese Frage im Rahmen Ihrer Partei zur Diskussion gebracht?

Dr. **Mock:** Wie ich hier erklärt habe, daß ich mich vorher genau informieren werde, habe ich dann jene Mitarbeiter befragt. Und es war dann auch in der „Arbeiter-Zeitung" eine Meldung, daß es hier Verfahren gäbe, die vor Steuerbehörden anhängig wären oder sogar vor Gerichtsbehörden. Nachdem ich annehmen mußte, daß auch die „Arbeiter-Zeitung" hier einen guten Zugang hat zu den einschlägigen Behörden, habe ich mir gedacht: Vielleicht ist da wirklich einiges dahinter, was man sonst hört, da lasse ich mich auf nichts ein, weil ich eben glaube, es kommt hier nicht erst zu der Überlegung einer Rückzahlung, wenn es eine rechtliche Verpflichtung gäbe — zu der es nie gekommen ist —, sondern hier gehört ein gewisses Gespür dazu, wo man dann glaubt, man distanziert sich oder gibt eine Spende zurück, auch wenn dafür rechtlich kein Anlaß ist.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Die Geldübergabe hat ja am 17. September 1979 stattgefunden. Die „AZ"-Meldung hat am 28. August 1980 die Öffentlichkeit erreicht. Es scheint also so, als ob erst nach der „AZ"-Meldung Sie sich mit der ganzen Frage befaßt hätten. Stimmt das?

Dr. **Mock:** Ich bin sicherlich erst bei einer Reihe von Hinweisen, wie ich in einem Rundfunk-Interview gesagt habe, den Sachen näher nachgegangen und habe, als mir weitere Details bekannt wurden — ein Beispiel neben anderen sind diese Zeitungsmeldungen —, veranlaßt, daß es zurückgezahlt wird.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Das heißt, wenn die „Arbeiter-Zeitung" diese Meldung nicht gebracht hätte, hätten Sie die Rückgabe der 10 Millionen nicht veranlaßt?

Dr. **Mock:** Ich hätte genauso gehandelt, wenn mir auf einem anderen Weg diese oder ähnliche Informationen bekannt geworden wären.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Aber die haben Sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht gehabt?

Dr. **Mock:** Die habe ich zu diesem Zeitpunkt noch nicht gehabt.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Das heißt, sind Sie der „Arbeiter-Zeitung" dankbar für die Veröffentlichung?

Dr. **Mock:** Nein, das ist viel verlangt. Ich habe überhaupt keinen Grund, der „Arbeiter-Zeitung" dankbar zu sein, denn die „Arbeiter-Zeitung" hat in der Mehrzahl falsche Dinge darüber geschrieben als richtige Dinge.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Ing. Hobl.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge, Sie haben jetzt betont, daß Sie immer wieder sukzessive Informationen erhalten haben. Hat Ihnen Herr Rabelbauer bei den Kontakten, die Sie mit ihm gehabt haben, vielleicht bei dem Besuch in Vorarlberg, mitgeteilt, daß der Herr Gundram Schneider, der dem Kollegen Bergmann 600 000 Schweizer Franken übergeben hat, Ihrer Partei sehr nahe steht? Haben Sie da jemals vom Rabelbauer was gehört?

Dr. **Mock:** Nein, ist mir an und für sich nicht bekannt.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und wußten Sie oder wurde Ihnen mitgeteilt, daß der Herr Gundram Schneider Angestellter der Rabelbauer-Firma ANILAG ist, von der die Zeitungen schreiben, Rabelbauer ist jetzt wieder in seiner Firma und arbeitet dort im Handel mit Waren aller Art, und daß diese ANILAG wieder der SUNION-Stiftung in der Schweiz gehört, wo der Dr. Güggi den Verwaltunsrat geleitet hat. Haben Sie eine solche Information erhalten?

Dr. **Mock:** Nein.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und wurde Ihnen mitgeteilt, daß der Herr Gundram Schneider seine Arbeit für das Bürgerforum aus Vorarlberg beginnen sollte? Das war zwischen Dr. Taus und Rabelbauer vereinbart. Haben Sie da eine Information erhalten?

Dr. **Mock:** Um die Worte des Vorsitzenden zu gebrauchen: Nach meinem derzeitigen Informationsstand nicht. Es kann natürlich durchaus sein, Herr Abgeordneter, daß der Hinweis, ich habe da einen tüchtigen Mitarbeiter, dieser Mitarbeiter soll im Bürgerforum mitarbeiten, oder ähnliche Bemerkungen gefallen sind. Aber das waren für mich Details ohne jeden Belang.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Danke.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Dr. Gradischnik.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Bundesparteiobmann, ich darf nochmals eine Frage, die der Herr Vorsitzende schon gestellt hat, aufgreifen. Ihr Bundesparteifinanzreferent Dr. Gruber hat uns hier, wie er als Zeuge vernommen wurde, mitgeteilt, wie der Kredit aufgenommen wurde, wie er besichert wurde. Aber diese Zeitungsartikel, von denen der Herr Vorsitzende gesprochen hat, aus Kärntnen, aus Feldkirchen, daß dort ein ehemaliger Landtagsabgeordneter und noch immer Funktionär Ihrer Partei, Dr. Tropper, 10 Millionen Schilling abgehoben haben sollte von einem Nummernkonto und daß das möglicherweise nun zur Rückzahlung dieses Kredites dient, sind später erschienen.

Also könnte es auch sein, daß es während dieser Zeit der Aussage Ihres Bundesfinanzreferenten und diesen Zeitungsartikeln sich so etwas ergeben hätte. Meine Frage: Schließen Sie das aus?

Dr. **Mock:** Ich schließe das aus, bin natürlich überzeugt, daß es in einem bestimmten Zeitabschnitt Zehntausende Abhebungen, Überweisungen in der Höhe von 10 Millionen Schilling gibt, auch in diesem Zeitraum, und man daher durchaus sagen könnte, ja ob nicht diese Überweisung allenfalls auch damit im Zusammenhang steht. Ich kann das nur ausschließen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Bundesparteiobmann, wußten Sie, als Sie mit Rabelbauer Ihre Gespräche geführt haben, daß Rabelbauer mehrfach vorbestraft ist und daß verschiedene Verfahren gegen ihn laufen?

Dr. **Mock:** Nein, ich habe weder gewußt, daß bestimmte Vorstrafen auf Antrag des Herrn Ministers Broda getilgt waren, noch daß andere Verfahren laufen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): In einer Fernsehsendung „10 vor 10" am 28. 8. 1980 hat der Herr Abgeordnete Steinbauer ausgeführt, ich darf wörtlich zitieren: „Bitte, warum empfängt Mock den Herrn Rabelbauer? Herr Rabelbauer

wurde vom Heiligen Vater empfangen. Ich nehme an, daß da auch ein Parteiobmann mit einem solchen Menschen reden kann."

Ist Ihnen das bekannt gewesen, oder war das für Sie mit ein Motiv, man könne ihn, das ist ein honoriger Mann?

Dr. **Mock:** Herr Vorsitzender, ob sich das auf den Untersuchungsauftrag bezieht, darf ich rückfragen. Dann bin ich gerne bereit, das zu beantworten.

Obmann Dr. **Steger:** Es bezieht sich an sich nicht direkt auf den Untersuchungsauftrag. Aber wenn sie unbedingt das haben wollen, können Sie natürlich trotzdem noch antworten.

Dr. **Mock:** War mir nicht bekannt.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Ich habe es nur gefragt, weil es eben Ihr Abgeordneter öffentlich dargestellt hat, ich habe es hier wörtlich zitiert.

Dr. **Mock:** Mir ist nicht alles bekannt, Herr Abgeordneter, was anderen Abgeordneten meiner Fraktion bekannt ist.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Selbstverständlich, das ist manchmal recht positiv, gerade im Fall Rabelbauer.

Herr Bundesparteiobmann, können Sie mir sagen: Von wem sind die Initiativen ausgegangen für die Gespräche, die Sie geführt haben mit Rabelbauer. Drei, haben Sie gesagt.

Dr. **Mock:** Das war in dem Sinn keine Initiative, sondern mir wurde er nach meiner Amtsübernahme vorgestellt als jemand, der seinerzeit sich bereit erklärt hat, namens einer Gruppe von Wirtschaftstreibenden eine Spende zur Verfügung zu stellen, und wo offensichtlich die Bereitschaft bestünde, wenn ich mich auch zu einem Gespräch bereit finde, dieses Versprechen noch einzulösen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Haben Sie . . . oder Sie haben das schon gesagt, Rabelbauer auch einmal in Vorarlberg getroffen? Das war, glaube ich, bei einem gemeinsamen Essen. Wo war das? Können Sie das sagen?

Dr. **Mock:** Das war in Vorarlberg, das war ein Ort am Bodensee, wenn man von St. Margarethen in die Schweiz . . . Rorschach oder wie das heißt.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): War das eine größere Gruppe, oder waren Sie da allein?

Dr. **Mock:** Nein, da war seine Frau, ich weiß nicht, ob ein Kind mit war, ich glaube zu viert oder zu fünft war dieses Essen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wer hat das Essen bezahlt, wenn ich das fragen darf?

Dr. **Mock:** Das weiß ich nicht mehr, bitte.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sie nicht?

Dr. **Mock:** Vielleicht war ich auch eingeladen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Hat Ihnen Ihr Abgeordneter Bergmann mitgeteilt, wer die 600 000 Schweizer Franken übernommen hat, wie sich das zugetragen hat, wo?

Dr. **Mock:** Er hat mir mitgeteilt, daß die Spende voll eingegangen ist.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Hat er Ihnen über die Modalitäten aber nichts Genaueres gesagt?

Dr. **Mock:** Nein, es war auch gar kein Anlaß.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wußten Sie, daß Rabelbauer Herrn Dr. Taus in seinem Haus besucht hat?

Dr. **Mock:** Nein, wußte ich nicht.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Danke schön.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Dr. Nowotny.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Herr Bundesparteiobmann, Sie haben mehrfach betont, daß die Rabelbauer-Spende auf Ihre Initiative zurückgezahlt wurde. Hat sich das jetzt nur auf den ursprünglichen Betrag bezogen oder auch auf die inzwischen aufgelaufenen Zinsen?

Dr. **Mock:** Es war erstens ein Geschenk, eine Privatspende, die meiner Auffassung nach nicht verzinst wird oder verzinsbar ist, sondern wir haben einen Betrag von 10 Millionen Schilling bekommen, und ich habe veranlaßt, daß 10 Millionen Schilling zurückgezahlt werden.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Das heißt, der inzwischen aufgelaufene, zumindest mögliche Zinserlös von 1 Million wurde nicht zurückgezahlt.

Dr. **Mock:** Mir ist darüber nichts bekannt. Das ist möglicherweise auch gleich von der Finanzverwaltung ausgegeben worden, sodaß keine Verzinsung aufgelaufen ist.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Zumindest Sie haben keine Veranlassung gesehen, daß es auch inklusive der Zinsen zurückzuzahlen ist.

Dr. **Mock:** Ich habe eine Veranlassung gegeben, daß ein Betrag, den wir erhalten haben, zurückbezahlt wird in der Höhe von 10 Millionen Schilling.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Es wurde hier gesagt, daß zur Rückzahlung ein Kredit aufgenommen wurde bei der Genossenschaftlichen Zentralbank. Ist das richtig?

Dr. **Mock:** Ja.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Wurde dieser Kredit besichert?

Dr. **Mock:** Ja, nach den üblichen Bankusancen. Aber da möchte ich mich auf die Details gar nicht einlassen, weil das eine Sache ist, die vom Bundesparteifinanzreferenten Dr. Gruber durchgeführt wurde. Ich habe damals nur gesagt, es wird ein Kredit aufgenommen ganz nach den üblichen Usancen, nicht mehr und nicht weniger.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Es wurde uns mitgeteilt, daß dieser Kredit besichert wurde mit den zu erwartenden Einnahmen nach dem Parteiengesetz. Wurde Ihnen davon Mitteilung gemacht?

Dr. **Mock:** Mir wurde Mitteilung gemacht, daß er ordnungsgemäß besichert ist nach den üblichen Usancen und Vorschriften.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Würden Sie, falls das zutrifft, diese Besicherung mit Gegenleistung auf die zukünftigen Einnahmen nach dem Parteiengesetz, würden Sie das als ordnungsgemäß bezeichnen?

Dr. **Mock:** Ich habe mich hier auf die Aussage und auf die Vorgangsweise völlig verlassen, die hier eingeschlagen wurde. Wenn das darunter fällt, wenn das so gemacht wurde, war das sicher ordnungsgemäß.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Ist Ihnen bekannt, daß das dem § 2 Abs. 1 des Parteiengesetzes widersprechen könnte?

Dr. **Mock:** Das ist mir nicht bekannt.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Darf ich fragen: War bei den Modalitäten dieser Rückzahlung Herr Dr. Graff eingeschaltet?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Jetzt möchte ich aber wirklich wissen, was hat das mit dem Beweisthema zu tun?

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Weil ja der Herr Dr. Mock sehr betont hat seine Bedeutung bei der Rückzahlung des Kredites. Daher ist das natürlich wichtig.

Dr. **Mock:** Ich bin befragt worden und habe wiederholt gesagt, daß ich die Rückzahlung veranlaßt habe.

Obmann Dr. **Steger:** Ich darf den Ausschuß darauf aufmerksam machen, daß die Modalitäten der Rückzahlung mit Ausnahme dessen, daß allenfalls wieder AKH-Geld verwendet wird, wenn Sie da etwas Konkretes sagen, sicherlich nichts mit dem Untersuchungsauftrag zu tun hat.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Gut, ich hätte noch eine Fülle von Fragen, werde mich aber sicherlich ganz kurz fassen.

Soweit uns gesagt worden ist, ist der Kredit, der von der Genossenschaftlichen Zentralbank aufgenommen wurde, inzwischen jetzt schon wieder zurückgezahlt worden. Aus welchen Mitteln ist dieser Kredit zurückgezahlt worden?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das ist doch wirklich nicht der Gegenstand!

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Ich bin auch bereit, wenn Sie es wünschen, die Frage zurückzuziehen.

Obmann Dr. **Steger:** Die Frage ist storniert.

Dr. **Mock:** Herr Vorsitzender, weil ich gefragt worden bin. Die Frage ist ja schon einmal im Laufe der letzten Stunde gestellt worden, und darauf habe ich geantwortet.

Obmann Dr. **Steger:** Wenn sie als unzulässig erklärt wird, bleibt sie auch nicht im Protokoll. Außer Sie antworten trotzdem noch.

Dr. **Mock:** Sie steht ja bereits einmal im Protokoll.

Obmann Dr. **Steger:** Wollen Sie noch etwas dazusagen?

Dr. **Mock:** Nein. Ich habe nichts Neues zu dem zu sagen, was ich das erste Mal geantwortet habe.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Eine Frage, Herr Zeuge. Der Herr Gundram Schneider, der diese 600 000 Schweizer Franken übergeben hat und der Angestellter der ANILAG ist, die wieder der SUNION-Stiftung gehört, wo der Herr Dr. Güggi, wie schon erwähnt, im Stiftungsrat war, der Herr Gundram Schneider hat Ihnen oder Bevollmächtigten der Österreichischen Volkspartei gegenüber auch nicht jene Personen genannt, die ihm die 600 000 Schweizer Franken übergeben haben.

Dr. **Mock:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Danke. — Wir sind am Ende Ihrer Einvernahme. Ich darf Ihnen herzlichst danken. *(Dr. Mock verläßt hierauf den Sitzungssaal.)*

Zeugeneinvernahme von Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky

Obmann Dr. **Steger** begrüßt den Bundeskanzler als Zeugen im Untersuchungsausschuß. Der Obmann skizziert das Beweisthema und nimmt auf die sinngemäße Anwendung der Strafprozeßordnung, insbesondere auf § 153 StPO, im Rahmen der Aussage Bezug.

Sodann erfolgt die Bekanntgabe der Generalien.

Dr. **Kreisky:** Bruno Kreisky, geboren am 22. Jänner 1911 in Wien, verheiratet, Bundesbediensteter in Pension, 19. Bezirk, Armbrustergasse 15.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Bundeskanzler! Wann haben Sie das erste Mal erfahren, daß eine Gruppe beabsichtigt, eine Inseratenkampagne „Geschichten vom Dr. Kreisky" anläßlich des Wahlkampfes 1979 in österreichischen Printmedien zu starten?

Dr. **Kreisky:** Ich kann das nicht auf den Tag genau sagen, könnte es aber tun, wenn man in meinem Sekretariat nachschaut. Es muß bei Beginn der Wahlbewegung gewesen sein. Damals sind der Anwalt Dr. Damian und Herr Proksch — ich weiß nicht, ob noch jemand dabei war — zu mir gekommen und haben gemeint, sie hätten eine Reihe von Bekannten, Freunden, Künstlern und anderen, mit denen sie zusammengekommen sind, die den Wunsch geäußert hätten, unabhängig von den Parteien, eine Wahlempfehlung für mich abzugeben. Es muß Jänner, Feber gewesen sein. Und ich habe den Herren gesagt, daß ich glaube, sie müßten ihre Freunde davor warnen, weil sie sich damit eine Unzahl von anonymen Telefonanrufen, Drohbriefen und ähnlichem einwirtschaften würden, wie ich das von früheren Aktionen her kenne. Da sie Künstler, feinsinnige Menschen sind, sollten sie es sich überlegen, sich dem rauhen Wind der Politik auszusetzen. Sie haben mir dann gesagt, sie haben das alles einkalkuliert, sie wollen nur eines: Nicht den Eindruck vermitteln, daß sie Angehörige der Sozialistischen Partei sind oder für die Sozialistische Partei werben. Sie wollen das darauf abstellen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Bundeskanzler! Ist Ihnen bei dieser Information auch mitgeteilt worden, wie die Finanzierung dieser Inseratenkampagne sichergestellt werden soll?

Dr. **Kreisky:** Das war in dem Zeitpunkt sicher nicht der Fall. Das war viel zu früh, das war ja damals erst noch eine Idee, und ich war gar nicht sicher, daß sie überhaupt die Leute zusammenbringen werden, von denen sie gesprochen haben. Bei einer zweiten Gelegenheit, sehr viel später, kamen sie dann mit der Liste und haben mir zu meiner Freude mitgeteilt, daß sie zwei- bis dreimal so viele Namen hätten, als sie eigentlich für zweckmäßig hielten, sie hätten eine gewisse Auswahl getroffen und die Personen würden sich nun als sogenannte Testimonials mit einer Wahlempfehlung einstellen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ist Ihnen jemals von den Gestaltern ein solcher Inseratentext oder die Inseratengestaltung vorgelegt worden? Sind Sie da aufgefordert worden, irgend etwas zu approbieren, gutzuheißen?

Dr. **Kreisky:** Zu approbieren — das haben sie sicher nicht getan. Ganz im Gegenteil: Sie haben sogar von mir verlangt, daß ich mich in keiner Weise — was ich auch gar nicht die Absicht hatte — in die ganze Sache einmische, sie wollten das selber gestalten nach ihren Vorstellungen, fernab der direkten Wahlpropaganda.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ist Ihnen ein Werbeplan vorgelegt worden, wie hoch, wieviel inseriert werden soll, Herr Bundeskanzler?

Dr. **Kreisky:** Sie haben mir gesagt, in den Zeitungen, und sie machen das alles über eine bewährte Werbeagentur. Ich habe in dem damaligen Zeitpunkt gar nicht gewußt, ob es eine inländische oder ausländische ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge, ist Ihnen der Bericht der letzten „Wochenpresse" über mögliche Zusammenhänge zwischen dem Herrn Holliger, der diese Kampagne gemanagt hat, und AKH-Vorfällen bekannt?

Dr. **Kreisky:** Ich habe mir über diesen Aufsatz Bericht erstatten lassen, ich selber habe ihn nicht gelesen. Soweit ich dem Artikel entnehmen konnte, hat sogar — sogar! — den Schreiber dieses Artikels einen Moment lang das Grausen gepackt, und er hat sich bemüßigt gesehen, von sich aus zu schreiben, daß er keinen Zusammenhang herstellen möchte auf Grund des Umstandes, daß es einen Advokaten Dr. Egli in Zürich gibt und daß im Prozeß im Zusammenhang mit dem AKH gelegentlich der Name Egli gefallen ist — bei einem Namen, der in der Schweiz sehr häufig ist —, daß er selbst diesen Zusammenhang gar nicht herstellen will. Ich glaube, Sie haben dann den Zusammenhang indirekt hergestellt, Herr Abgeordneter. Der Autor hat sich sogar geniert, ihn herzustellen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge, ist Ihnen in Ihrer Eigenschaft als Klubobmann oder in einer anderen Eigenschaft mitgeteilt worden, daß wir in diesem Untersuchungsausschuß beantragt haben, den Herrn Dr. Heinz Egli als Zeugen zu vernehmen?

Dr. **Kreisky**: Dr. Heinz Egli?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ja, diesen, von dem wir gesprochen haben.

Dr. **Kreisky:** Von Dr. Heinz Egli ist mir nichts bekannt. Haben Sie das beantragt?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ja. Es ist mir sehr wertvoll, Herr Bundeskanzler, daß Sie sagen, Sie wußten das nicht, denn wir hätten es

vorgezogen, die unmittelbar Agierenden und den Herrn Holliger zu hören, weil wir gar nicht davon ausgehen, daß Sie selbst bei der Finanzierung dieser Angelegenheit mitgewirkt haben.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter! Beim Herrn Holliger möchte ich nur, damit der Herr Zeuge das auch weiß, bekanntgeben, daß dessen Einvernahme nicht vom Ausschuß abgelehnt wurde, sondern der Holliger hat uns einen Brief geschrieben.

Ich werde diese Passage verlesen, damit der Zeuge informiert ist. Es steht hier:

„Abgesehen davon, daß mich meine beruflichen Belastungen stark in Anspruch nehmen", schreibt der Herr Holliger, „und ich so kurzfristig nicht abkömmlich bin, sehe ich mich veranlaßt, Ihnen mitzuteilen, daß mir eine Aussage vor Ihrem Parlamentsausschuß gesetzlich verboten ist.

Artikel 273 des Schweizerischen Strafgesetzbuches bedroht jedermann, der einer fremden amtlichen Stelle Geheimnisse des schweizerischen Wirtschaftslebens offenbart, mit Gefängnis oder, in schweren Fällen, mit Zuchthaus." — Und dann kommen entsprechende Abschlußsätze.

Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Danke für die Ergänzung. Die Einvernahme des Herrn Holliger, der die Finanzen für diese Aktion aufgebracht hat, ist also an der Weigerung des Zeugen gescheitert. Die Einvernahme des Herrn Dr. Heinz Egli ist an der SPÖ-Fraktion gescheitert.

Herr Zeuge, in welcher Form sind Sie mit der Finanzierung dieser Inseratenkampagne befaßt worden oder inwieweit wurden Sie bis jetzt, da die Dinge öffentlich diskutiert werden, informiert?

Dr. **Kreisky:** Ich möchte dazu sagen, daß ich es im höchsten Maße bedauere, daß die schweizerische Gesetzgebung es offenbar dem Herrn Holliger verbietet, hier nähere Auskünfte zu geben. Denn ich selbst habe größtes Interesse, daß hierüber Auskünfte gegeben werden.

Es handelt sich, soweit mir die Fachleute erzählen, um einen wesentlich geringeren Betrag als den, der in der Öffentlichkeit genannt wurde, die Annoncen sind nachgerechnet worden, und man hat mir gesagt, daß es vielleicht die Hälfte des Betrages von zweieinhalb Millionen ist.

Aber nun zu dem, was ich weiß: Ich habe die Frage gestellt, die, wie ich glaube, sehr begreiflich ist: Ja in welcher Weise werden die Persönlichkeiten das der Öffentlichkeit mitteilen, daß sie für meine Wiederwahl eintreten? Daraufhin hat man mir gesagt, sie werden das zum Teil vor der Presse tun, zum Teil in Annoncen. Und ich habe gefragt: Wer wird das bezahlen? Darauf hat mir der Anwalt Dr. Damian gesagt, ich könne beruhigt sein, es werde das in ordentlichster Weise erfolgen. Was sie nicht haben wollen, ist, daß hiefür die Sozialistische Partei aufkommt. Ich habe dieser Erklärung entnommen, daß es gewisse Persönlichkeiten gibt, die — und das wurde mir auch gesagt — persönlich im bürgerlichen Lager stehen, die sich an dieser Testimonialaktion nicht beteiligen können, die aber so bereit sind, einen Beitrag zu dieser Aktion zu leisten.

Damit war für mich die Sache erledigt. Es war eine Aktion innerhalb einer Wahlbewegung, ähnlich, wie es sie in der ganzen Welt gibt und wie sie auch andere Parteien durchgeführt haben. Und mir haben die Namen, die 22 Namen, die ich auf dieser Liste habe, für die Seriosität dieser Aktion gebürgt. Darunter sind einige der namhaftesten Künstler Österreichs, darunter sind einige sehr anerkannte Persönlichkeiten der österreichischen Industrie.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie sind bekannt. Wir kennen die Liste.

Dr. **Kreisky:** Ich lege großen Wert darauf. Ich glaube nämlich, daß das das störendste für Sie, meine Herren, ist, daß das nämlich der Fall gewesen ist.

Darunter sind also sehr bedeutende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Da es sich aber um solche handelt, die gelegentlich gegen mich öffentlich aufgetreten sind, wie z. B. Herr André Heller oder Frau Pluhar, bei anderen Gelegenheiten etwa im Zusammenhang mit der Atomkraft und so weiter, habe ich daraus entnommen, daß es sich hier also um höchst ehrenwerte Persönlichkeiten handelt, die sich entschlossen haben, an einer solchen Aktion teilzunehmen. Ich konnte jedenfalls sehr stolz sein, daß sie den Mut hatten, sich für mich auszusprechen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Darf ich Sie bitten, da wir eine begrenzte Zeit zur Verfügung haben, wenn Sie die Freundlichkeit hätten, mir bei meiner Neugierde nach Sachverhalten behilflich zu sein. Und was mich ärgert oder nicht ärgert, glaube ich, steht hier sicher nicht zur Diskussion. Das hält uns nur auf.

Ist Ihnen über die Art der Personen, die für die Finanzierung aufkommen, irgend etwas gesagt worden — welcher Kategorie sie angehören oder was das für Menschen sind —, ist das irgendwie näher präzisiert worden?

Dr. **Kreisky:** Das ist nicht geschehen, sondern man hat mir gesagt, Persönlichkeiten aus dem bürgerlichen Lager, die hier mithelfen wollen, für die das keine Rolle spiele, die bei

dieser Aktion mittun werden. Mehr hat man mir nicht gesagt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Dann wundert mich aber, Herr Zeuge, daß Sie nach dem Ministerrat vom 25. März 1978 wörtlich gesagt haben: Mir hat einer der Herren einmal gesagt, wir sind ein paar Auslandsösterreicher auch, und wir werden da mittun. — Halten Sie das aufrecht?

Dr. **Kreisky:** Ja freilich, das hat man mir auch gesagt.

Obmann Dr. **Steger:** Das Datum kann nicht stimmen, es kann nicht 1978 gewesen sein! 25. März 1981.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ja.

Dr. **Kreisky:** Derartiges ist mir auch gesagt worden: Darunter sind einige Auslandsösterreicher, die da mittun. Aber, entschuldigen Sie vielmals, die Liste gibt Ihnen ja Aufschluß darüber, daß da auch einige Auslandsösterreicher sind, Österreicher, die österreichischer Nationalität sind, aber im Ausland ihren Wohnsitz haben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): War Ihnen je bekannt oder hat man Ihnen je gesagt, daß die, die die Mittel aufbringen, und die, die hier als Inserenten aufscheinen, nicht identisch sind?

Dr. **Kreisky:** Das war mir nicht bekannt. Ich konnte nur nicht annehmen, daß z. B. einige der Künstler hier die Mittel aufgebracht hätten. Das habe ich nicht angenommen, sondern, die einen haben sich vielleicht mit kleineren Beträgen oder vielleicht überhaupt nicht beteiligt, andere haben sich vielleicht ja beteiligt. Ich habe nur verlangt, daß das alles sehr korrekt abgewickelt wird. Das wurde mir gesagt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hatten Sie den Wissensstand — darf ich es noch einmal präzisieren —, daß die, die hier aufscheinen und deren Bedeutung ich in keiner Weise reduzieren will und die auch nicht zur Diskussion stehen, selbst das Geld aufbrachten — es war doch keine billige Werbekampagne — oder daß Dritte die Mittel aufgebracht haben?

Dr. **Kreisky:** Ich hatte keine genaue Kenntnis, wer von ihnen etwas dazugegeben hat und ob es Dritte auch noch gegeben hat. Mir ist jedenfalls bewußt gewesen, daß es andere auch hätten sein müssen als die, aber daß unter ihnen jedenfalls auch einige waren, die selber etwas beitragen. Aber so gründlich habe ich mich mit dieser Frage nicht beschäftigt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das verstehe ich. — War Ihnen bekannt, daß die Partei für die Finanzierung, also zur Bildung eines Finanztopfes, wenn ich so sagen kann, eine Million aus Parteimitteln dazugelegt hat?

Dr. **Kreisky:** Das ist in dieser Form nicht geschehen, sondern als ich dem Zentralsekretär Blecha von dieser Initiative Mitteilung gemacht habe, habe ich ihm auch gesagt, daß ich im Verlauf des Gesprächs den Herren gesagt habe, wenn ihr irgendwo eine Hilfe braucht, so wird man euch sicher seitens des Zentralsekretariats helfen. Also in dem Fall der Leiter der Wahlkampagne Blecha helfen. Und im nachhinein habe ich erfahren, daß sich die Wahlkampfleitung bereit erklärt hat, bis zu einer Million einen Beitrag zu leisten, was ja nicht merkwürdig ist, es wurden ja bei Wahlbewegungen auch für andere Komitees, die es in solchem Zusammenhang gegeben hat, solche Beiträge geleistet.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich finde das durchaus normal, damit wir hier kein Mißverständnis haben. Aber kann ich daraus schließen, daß die SPÖ an der Durchführung dieser Kampagne ein Interesse hatte?

Dr. **Kreisky:** Die SPÖ hat natürlich ein Interesse, daß der Parteivorsitzende der SPÖ, der zugleich der Spitzenkandidat war, gewählt wird, Wenn sich also 22 so prominente Persönlichkeiten bereit erklären, sich, ihre persönlichen Interessen hintansetzend, für einen, für ihren Vorsitzenden einzusetzen —, na daran muß eine Partei normalerweise Interesse haben! Man hat schon erlebt, daß es nicht der Fall war. Aber in dem Fall ist es halt so.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich bin über diese Aussage sehr froh, weil wir bei der vormittägigen Aussage des Herrn Zentralsekretärs eher den Eindruck gewonnen haben, daß das etwas war, was sich in absoluter Ferne und Distanz und Nichtbeteiligung von der SPÖ abgespielt hat, aber ich kann Ihren Standpunkt sehr gut verstehen.

Herr Bundeskanzler, Sind Sie in der Lage, da Sie ja die Geldgeber nicht kannten und nicht kennen, auszuschließen, daß hier Mittel aus AKH-Schmiergeldaktionen eingeflossen sind?

Dr. **Kreisky:** Ich muß eigentlich sagen, daß ich auf Grund des Umstandes, daß sich diese 22 Persönlichkeiten sozusagen für diese Aktion zur Verfügung gestellt haben, das ausschließen kann. Ich wüßte auch gar nicht wie, in welcher Weise das erfolgen sollte. Wo sind denn irgendwelche Hinweise darauf?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Bundeskanzler! Einen der hier Unterzeichneten hatten wir als Zeugen, der Herr Proksch, der scheint hier auf. Und der hat uns eindeutig bescheinigt — und ich bitte alle anderen Ausschußmitglieder zu widersprechen, wenn ich etwas Falsches

wiedergebe —, daß er über die Financiers keine Detailkenntnisse hatte. Ich kann daraus wohl schließen, daß das anderen, die an der Aktion beteiligt waren, auch so gegangen ist. Wie können Sie da, aus der Qualität der Inserenten, die ich nicht bestreite, schließen auf die Güte des Geldes, wenn die nicht wußten, wo die Finanzen herkamen?

Dr. **Kreisky:** Ja aber solche allgemeinen Schlüsse kann man doch nicht ziehen. Da könnten Sie ja genauso sagen, daß ich aus einem Geheimfonds der GPU oder aus einem Geheimfonds des CIC oder so etwas Geld bekommen habe. Solche weit hergeholten Behauptungen, scheint mir, also die muß man durch irgendeinen Umstand erhärten.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Bundeskanzler, Sie haben am 22. September 1980 ...

Dr. **Kreisky:** Da kann ich doch genauso sagen, der gesamte Wahlfonds der ÖVP ist aus diesen Geldern gespeist worden. —

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das ist ja auch geschehen. —

Dr. **Kreisky:** Beim Rabelbauer gibt es gewisse Hinweise, daß es möglich ist, weil er ja gewisse Firmen gehabt hat. Sie müssen das noch beweisen, was Sie hier behaupten.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Vielleicht können wir jetzt endlich Dinge erfahren, die wir bisher nicht wußten. Welche Hinweise gibt es beim Herrn Rabelbauer? Da sind wir sehr neugierig!

Dr. **Kreisky:** Ich lege hier größten Wert darauf, daß man erfährt, wer die Geldgeber sind, und werde überall darauf hinwirken. Ich möchte gerne dem Ausschuß einen interessanten Umstand zur Kenntnis bringen über das, was ich über Herrn Rabelbauer weiß, was neu ist, was ich gestern aus den Akten herausgelesen habe.

Vor einiger Zeit — ich glaube, vor zwei oder drei Jahren — wurde an der Grenze — damit ich gleich eine Hilfestellung für manche Zeitungen leiste — der Herr Rabelbauer mit Gold und Pretiosen aufgehalten und gefragt, woher er diese Dinge habe. Daraufhin hat er, der Herr Rabelbauer — bitte, man höre und staune —, erklärt, er wäre ein guter Freund des Bundeskanzlers und man möge nur mich anrufen, wenn man über ihn etwas Näheres wissen wolle. Und jetzt kommt das Groteske: Der Beamte hat tatsächlich statt zu sagen: Das ist mir wurscht, mit wem Sie befreundet sind!, in meinem Büro den Herrn Amtsdirektor Bernthaler angerufen und gesagt: Sie, da ist ein Herr Rabelbauer, der beruft sich auf Sie, guter Freund. Sage ich: Ich kenne keinen Rabelbauer, er gehört sicher nicht zu meinem engsten Freundeskreis.

Ich möchte nur sagen: Der Herr Rabelbauer ist also schon immer den Behörden aufgefallen, hat sich offenbar schon immer mit gewissen Dingen gebrüstet. Ich bin der festen Überzeugung, da ich nicht glaube, daß die Postkastenfirmen, die der Herr Rabelbauer hat, einfach aus der Luft gegriffen sind, ich könnte mir schon vorstellen, daß etwa manche Firmen auf diese Art — der Industriellenverband wird da sicher nähere Aufklärung geben können —, daß manche dieser Firmen auf diese Art Überweisungen vorgenommen haben, was sie ja in der Tat haben, um sich gewisse Überweisungen zu verbilligen. Ich könnte mir schon vorstellen, daß die 10 Millionen des Herrn Rabelbauer aus solchen Überweisungen stammen. Ich will es nicht ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Soll ein Zeuge Vermutungen oder Erfahrungen bringen?

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Ich muß Sie jetzt darauf aufmerksam machen, daß Sie Dinge über die Gelder vom Herrn Rabelbauer nur gefragt werden dürfen, wenn eine Vermutung geäußert wird, daß bei der Finanzierung der Aktion „Geschichten vom Dr. Kreisky" auch Rabelbauer-Geld verwendet worden ist. An sich ist das eine Einschränkung auf das Beweisthema dieser Aktion und allfälliger AKH-Zusammenhänge.

Sollte einer der Abgeordneten Sie etwas anderes fragen, können Sie es ablehnen, und an sich habe ich es auch abzulehnen. Ich wollte Sie nur nicht unterbrechen, während Sie diese Ausführungen erstatten. Ich bitte aber doch, daß wir zu diesem Themenkreis zurückgehen.

Dr. **Kreisky:** Auf Grund des geäußerten Verdachtes, daß es sich bei dieser an sich harmlosen Aktion um Gelder aus dieser Schmiergeldaffäre handelt, obwohl es überhaupt keinen Zusammenhang gibt und geben kann, habe ich mich berechtigt gefühlt, ähnliche Kombinationen bezüglich einer Sache anzustellen, wo es viel eindeutigere Zusammenhänge gibt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und was hindert Sie daran, Herr Zeuge, solche Kombinationen betreffend den Herrn Holliger anzustellen, der auch verschiedene Firmen in der Schweiz hat?

Dr. **Kreisky:** Daß ich den Herrn Holliger, nach allem, was ich gehört habe, für einen sehr anständigen Menschen, zum Unterschied vom Herrn Rabelbauer, halte.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wer hat Ihnen über den Herrn Holliger und seine Qualitäten berichtet?

Dr. **Kreisky:** Die Herren, die mit mir gespro-

chen haben, haben den Herrn Holliger für einen angesehenen, anständigen Werbefachmann in der Schweiz angesehen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wußten Sie, daß der Herr Holliger die Aktion managt?

Dr. **Kreisky:** Das wurde mir im Laufe der Zeit gesagt. Ein sehr bekannter Schweizer Werbeagent der großen Firma Ringier, die mir bekannt ist und die die bedeutendste Herausgeberfirma der Schweiz ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben mehrmals — wenn Sie wollen, kann ich Ihnen das belegen, aber Sie werden es sicher nicht bestreiten — gefordert, daß man als Partei, wenn man Gelder zur Verfügung gestellt bekommt, über die Herkunft nachforschen muß. Haben Sie das bei den Geldern, die der Herr Holliger beschafft hat, getan?

Dr. **Kreisky:** Ich gebe gerne zu, daß ich mich in diesem Fall mit der Erklärung des Dr. Damian, daß alles sehr korrekt ist, zufriedengegeben habe.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das war für Sie ...

Dr. **Kreisky:** ... ein Wiener Anwalt, der meiner Meinung nach über Ansehen verfügt, hat mir damals genügt, würde mir heute, nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, sicher nicht mehr genügen. Das gebe ich Ihnen unumwunden zu. Heute würde ich in so einem Fall sagen: Moment, da muß ich ganz genau wissen, wer das daherlegt. Heute, nach all dem, was geschehen ist, mit Rabelbauer usw., würde ich sagen: Das muß ich genau wissen!

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie das schon gesagt? Haben Sie jetzt schon Auftrag gegeben?

Dr. **Kreisky:** Ich verlange jetzt; ich möchte jetzt; ich habe das sehr deutlich gesagt: Ich möchte gern, daß man Herrn Holliger dazu veranlaßt zu sagen, von wem er das Geld bekommen hat. Ich habe das größte Interesse daran.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ist da nicht ein Widerspruch zum Verhalten Ihrer Fraktion, die unsere diesbezüglichen Zeugenanträge abgelehnt haben?

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Das stimmt doch nicht, Herr Kollege!

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Egli.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Damian.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Damian und Egli.

Obmann Dr. **Steger:** Ich bitte zu Wissensfragen über die Vergangenheit zurückzukehren. Die Politik-Diskussion in diesem Untersuchungsausschuß können wir ja dann im Rahmen der Berichtsdebatte noch genug führen. Wir haben nur eine begrenzte Zeit für die Einvernahme des Herrn Bundeskanzlers. Daher bitte zu den Fragen zurückzukehren.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie schon irgendwelche Maßnahmen gesetzt, daß das überprüft wird?

Dr. **Kreisky:** Ich habe den Anwalt Dr. Damian ersucht, alles in seiner Macht stehende zu tun, um zu erreichen, daß Herr Holliger sagt, wer diejenigen sind, die ihm diese Beträge zur Verfügung gestellt haben. Mir wurde gesagt, daß die Leute, die ihm dieses Geld zur Verfügung gestellt haben, gebeten haben, nicht genannt zu werden. Ich habe ihm gesagt: Ich bitte Sie aber dennoch in Anbetracht der Situation, soweit es irgendwie geht, dahin zu wirken, daß diese Leute sich deklarieren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Bundeskanzler! Würden Sie sagen als Parteivorsitzender, daß zu den fünf bis sechs Anwälten, die die Partei regelmäßig beschäftigt, der Anwalt Damian gehört?

Dr. **Kreisky:** Ja, ich glaube, ich würde sagen, daß auch Dr. Damian zu den Anwälten gehört, die die Partei beschäftigt. Jede Partei beschäftigt vier, fünf Anwälte. Ich beschäftige sogar hie und da Anwälte, die die ÖVP beschäftigt. Zum Beispiel Dr. Masser, der vormittag gegen mich in einem Prozeß aufgetreten ist, war am Abend bei mir, um mit mir in einer Sache zu operieren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Genauso wie die Kanzleigemeinschaft Amhof — Damian jetzt für Niki Lauda das „profil" beschlagnahmt. Das geht halt bei Anwälten so.

Dr. **Kreisky:** Anwälte können sich die Klienten oft nicht aussuchen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Bundeskanzler! Sie haben vorhin gesagt, Sie haben in Sachen Rabelbauer aus den Akten etwas entnommen. Darf ich fragen, welche Akten Sie da studieren konnten?

Dr. **Kreisky:** Amtsvermerke meines Büros, meines Amtsdirektors.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie sagten am 25. 3. 1981, das waren durch die Bank anständige Leute.

Ich frage nun: Es war bei Ihnen der Parteianwalt Damian und der Udo Proksch. Ist Ihnen über staatspolizeiliche Erhebungen betreffend die Person Udo Proksch in den vergangenen Jahren etwas bekannt gewesen?

Dr. **Kreisky:** Zuerst einmal möchte ich sagen, daß ich den Ausdruck „Parteianwalt" einfach nicht zu akzeptieren in der Lage bin. Ein Anwalt ist ein Anwalt. Man nennt ja auch einen Anwalt, der Betrüger verteidigt, keinen „Betrügeranwalt", sondern ein Anwalt ist ein Anwalt. Dr. Damian vertritt auch ganz andere Leute, unter Umständen auch gegen die Partei.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber ich habe nach Udo Proksch gefragt.

Dr. **Kreisky:** Das wollte ich Ihnen sagen eben. — Es handelt sich also bei Dr. Damian nicht um einen Parteianwalt — das wäre sogar berufsschädigend, ihn so einzustufen —, sondern um einen Anwalt, der zur Verfügung steht für jeden, der seinen Dienst in Anspruch nimmt.

Und was Udo Proksch betrifft, so habe ich jedenfalls bis heute immer nur Gerüchte gehört. Ich habe aber nicht gehört, daß irgend jemand ihm konkret etwas nachweisen kann.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Noch einmal, Herr Bundeskanzler: Sie würden also hier rundweg ausschließen, daß Ihnen in den vergangenen Jahren jemals über staatspolizeiliche Erhebungen oder Waffengeschäfte des Herrn Udo Proksch etwas bekanntgeworden ist?

Dr. **Kreisky:** Ich habe sehr unseriösen Zeitungen entnommen, daß Untersuchungen gegen ihn durchgeführt wurden. Inwieweit sie zielführend waren, kann ich nicht beurteilen. Offenbar nicht, sonst hätte es ja Konsequenzen gehabt.

Nicht jeder, der Gegenstand von Untersuchungen geworden ist, ist auch deshalb schon schuldig. Wir leben ja in einem Rechtsstaat, in dem es immer noch nicht so ist, daß ein Mensch, den man einer Sache bezichtigt, auch verurteilt werden muß.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter! Wir haben einmal schon festgestellt bei dem Themenkreis: Daß jemand Patient im AKH ist oder als Arzt dort arbeitet, das ist kein Zusammenhang mit dem AKH. Daß er mit Waffen handelt, auch nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Auch nicht, daß staatspolizeilich allenfalls wegen Spionage Erhebungen gelaufen sind?

Obmann Dr. **Steger:** Auch kein Zusammenhang. Vor allem haben wir hier schon im Einvernehmen festgestellt, daß wir das nicht abfragen im Untersuchungsausschuß, obwohl es vielleicht für die Republik Österreich interessant ist.

Dr. **Kreisky:** Ich bin nur dagegen, Herr Vorsitzender, daß man im Schutze der Immunität ununterbrochen Leute — das Ansehen von Leuten — herabsetzt, die jedenfalls durch die Gerichte dafür keinen Anlaß bieten, durch Entscheidungen von Gerichten. Ich halte das für einen Mißbrauch der Immunität — das ist meine persönliche Meinung —, weshalb ich auch für die Abschaffung der Immunität bin.

Obmann Dr. **Steger:** Da darf ich aber schon sagen, daß ich sehr gegen die Abschaffung der Immunität bin. Aber nur, weil Sie das damit jetzt zu Protokoll gegeben haben. Wir werden das im Plenum austragen. — Bitte.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wir verlieren damit Zeit.

Dr. **Kreisky:** Das können Sie mir einrechnen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Bundeskanzler! Ich will nur sichergehen: Kann es sich nicht um einen Irrtum handeln, als Sie in den Amtsvermerken blätterten wegen dieses Grenzvorfalls, daß es also allenfalls ein Amtsvermerk über Herrn Holliger war? Das war schon einer über Rabelbauer, den Sie da erzählt haben?

Dr. **Kreisky:** Es war ein Amtsvermerk über Herrn Rabelbauer, der behauptet hat an der Grenze, er wäre ein intimer Freund von mir, und ich kannte ihn überhaupt nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das war nicht Herr Holliger.

Dr. **Kreisky:** Herrn Holliger kenne ich fast nicht. Es mag sein, daß er an diesem Empfang — den ich nachher gegeben habe; ein halbes Jahr später für diejenigen, die an dieser Aktion beteiligt waren und für einige andere — teilgenommen hat. Ich könnte ihn auf der Straße nicht einmal begrüßen, weil ich ihn nicht erkenne.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Bundeskanzler! Sind Sie nach wie vor in der sogenannten „Imperial-Runde" mit dem Ringier-Verlag zusammen in einer Fernsehgesellschaft? Oder ist der Ringier-Verlag nicht in dieser Fernsehgesellschaft der großen deutschen Verlage und Schweizer Verlage? Sie haben die Herren, soweit ich es überblicke, in den vergangenen Jahren zweimal im Imperial zusammengerufen und zu einer gemeinsamen Gesellschaft zusammengebunden.

Sind Sie hier in irgendeinem geschäftlichen direkten oder indirekten Beziehungsfeld mit dem Ringier-Verlag?

Dr. **Kreisky:** Also das ist wirklich eine der weitest hergeholten Sache, die mir je untergekommen ist. Seinerzeit, als man sich mit der Frage der Video-Kassette beschäftigt hat, wurde ich von einem deutschen Verleger, der

die österreichische Staatsbürgerschaft dank der Intervention der Tiroler Volkspartei erhalten hat und ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Ferenczy.

Dr. **Kreisky:** Ja. ... dank der Begünstigung und des positiven Vetos des damaligen Bundespressedienstchefs Meznik bekommen hat — es ist nichts Übles über ihn zu sagen, er ist sehr erfolgreich —, wurde ich auf dieses neue Medium aufmerksam gemacht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): War da der Ringier-Verlag dabei?

Dr. **Kreisky:** Moment. Ich wurde darauf aufmerksam gemacht. Und ich habe darauf gesagt, man müsse ja wissen, was schließlich dabei herauskommt. Uns interessiert nur der volksbildnerische Wert dieser Frage.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Bundeskanzler! War da der Ringier-Verlag dabei?

Dr. **Kreisky:** Moment, lassen Sie mich ausreden.

Und da waren dabei der Springer-Verlag, damit Sie es wissen, der Springer-Verlag ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Der Bauer-Verlag.

Dr. **Kreisky:** ..., der Bauer-Verlag und der Ringier-Verlag als der größte schweizerische Verlag. Da hat sich die österreichische Bundesregierung interessiert für diese Studiengesellschaft und noch einige andere. Das ist alles.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Bundeskanzler! Jetzt will ich da fortsetzen. Sie haben vorhin gesagt, Herr Holliger ist der Werbefachmann des Ringier-Verlages. Können von daher nun Geschäftskontakte mit Herrn Holliger entstanden sein, die Menschen aus Ihrer Umgebung betreffen? Wissen Sie da etwas davon?

Dr. **Kreisky:** Da weiß ich wirklich nichts. Ich sage noch einmal: Wenn heute hier der Herr Holliger hereinkäme, so würde ich ihn wahrscheinlich gar nicht erkennen, weil ich mich ja an ihn gar nicht erinnern kann. Ich weiß auch gar nicht, ob ich ihn selber gesehen habe. Wenn er bei dem Empfang war, habe ich ihn da kennengelernt. Wer alles bei diesen zweimaligen Zusammenkünften der obersten deutschsprachigen Verlagsanstalten war, weiß ich gar nicht mehr. Sicher Vertreter von Ringier, sicher Vertreter von Springer, unter anderem der Sohn des General Brauchitsch und so weiter.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nein, ich will nichts über Brauchitsch wissen, sondern wir halten fest, Herr Bundeskanzler, daß Sie mit dem Ringier-Verlag Kontakte hatten, daß Sie nicht ausschließen können, daß der für den Ringier-Verlag nach Ihrer eigenen Aussage prominent arbeitende Herr Holliger allenfalls dadurch überhaupt in das Umfeld der SPÖ gekommen ist. Das können Sie nicht ausschließen.

Dr. **Kreisky:** Die Besitzer des Ringier-Verlages sind tief im bürgerlichen Lager der Schweiz verankert.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Vorletzte Frage, Herr Bundeskanzler.

Dr. **Kreisky:** Sie fragen mich, also müssen Sie mich antworten lassen. So geht es ja nicht. Jedenfalls nicht mit mir.

Sie haben mir eine Frage gestellt, und ich sage Ihnen darauf, daß der Ringier-Verlag das Ebenbild des Springer-Verlags ist. Er ist tief im bürgerlichen Lager der Schweiz verankert, was sehr viel mehr noch bedeutet, als wenn man sagen würde: im österreichischen bürgerlichen Lager verankert. Das hat also überhaupt kein Nahverhältnis zu irgendeiner sozialdemokratischer Bewegung und hat überhaupt nichts mit der ganzen Sache zu tun. Das ist ein zufälliger Zusammenhang. Und selbst wenn Sie ihn herstellen würden: Was ist dann schon geschehen?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Bundeskanzler! Sie selbst haben ja vorhin gesagt, einer der wesentlichen Gründe, warum Sie die Bonität des Herrn Holliger nicht angezweifelt haben, war, daß er für den Ringier-Verlag arbeitet. Das haben Sie selbst gesagt. Und das hat in mir die Frage nach diesen geschäftlichen Zusammenhängen, die ja vorhanden sind, aufgeworfen.

Dr. **Kreisky:** Welche geschäftlichen Zusammenhänge?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): In der „Imperial-Runde".

Dr. **Kreisky:** Das war überhaupt kein geschäftlicher Zusammenhang. Das war eine Studiengesellschaft, die prüfen sollte, welche von den ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Eine firmenrechtlich eingetragene Studiengesellschaft.

Dr. **Kreisky:** Wo auch Herr Mautner-Markhof dabei war. Die studieren sollte, welches der Medien — ob Platte oder Band — schließlich und endlich im Bereich der Medien den Ausschlag geben wird. Studiengesellschaft zur Herausfindung, welche Medien schließlich den Markt beherrschen werden. Eine reine Studiengesellschaft, an der der Herr Mautner-Markhof beteiligt war, der Österreichische Bundes-Pressedienst und so weiter.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Vorletzte Frage, Herr Bundeskanzler. Sie haben vorhin bedauert, daß

Herr Holliger hier nicht erscheinen kann, weil es ihm die Schweizer Gesetze nicht erlauben. Ich nehme daher an, daß Sie sich mit der Frage befaßt haben. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß Herr Holliger nicht deswegen hier nicht erscheint, weil es ihm die Schweizer Gesetze nicht erlauben, sondern weil er über Zusammenhänge des Schweizer Wirtschafts- und Geschäftslebens keine Auskunft geben möchte.

Haben Sie entsprechende Rechtsauskünfte eingeholt, warum Herr Holliger hier nicht erscheinen kann, oder sehen Sie eine Möglichkeit, daß er doch hier erscheint?

Dr. **Kreisky:** Gestern hat mir der Herr Klubobmann Fischer das mitgeteilt. Der Brief liegt vor. Ich bedauere das zutiefst, denn ich wäre sehr froh, wenn der Herr Holliger über die Herkunft der zirka 2½ Millionen hier Auskunft geben kann, die wahrscheinlich die Aktion überhaupt gekostet hat. Das wäre mir persönlich sehr viel angenehmer als der jetzige Zustand.

Aber ich möchte noch etwas sagen. Man ist an mich einmal herangetreten — möglicherweise geht es um die Zeitschrift, die er da herausgibt —, ob wir bereit sind, eine solche Ausstellung über Waffensysteme in Österreich zu machen, ja. Und ich wußte gar nicht — das ist mir nicht bewußt —, daß das ein Zusammenhang ist mit dieser Waffenzeitschrift. Diese Zeitschrift wollte das gern veranstalten. Also daß das im Zusammenhang steht mit Holliger. Und ich habe das aus grundsätzlichen Überlegungen abgelehnt von vornherein und habe gesagt: So etwas kommt für Österreich nicht in Frage.

Also ich habe keinerlei Beziehungen zu Herrn Holliger.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat Herr Holliger — das ist jetzt dann meine vorletzte Frage, ausgelöst durch Ihre letzte Aussage — noch anderswo versucht, zu Gegengeschäften zu kommen?

Dr. **Kreisky:** Ja das weiß ich nicht. Was heißt „noch anderswo"? Das hat überhaupt damit gar nichts zu tun. Unabhängig davon wurde an mich die Frage gerichtet, ob Österreich es für opportun hielte, eine Ausstellung verschiedener Waffensysteme zu ermöglichen, worauf ich gesagt habe: Unsere Gesetzgebung schließt das zwar nicht aus, ich halte aber eine solche Ausstellung, die alle Waffenschieber der Welt hier versammeln würde, für vollkommen unerwünscht und unzweckmäßig. Aber das war nicht mit dem Herrn Holliger, sondern das war irgendwie eine Frage, die mir im Wege des Außenamtes gestellt wurde.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und da war auch kein Zusammenhang mit Udo Proksch.

Meine letzte Frage: Was tut das Komitee, das nach Aussagen von Zeugen weiterhin in Existenz ist, für Sie nun weiterhin?

Dr. **Kreisky:** Welches Komitee?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hier haben Zeugen gesagt, das Komitee — Dr. Damian — lebt mit der Million nun weiter, weil ja noch weitere Aufgaben zu erfüllen sind. Das hatte Herr Udo Proksch hier ausgesagt. Was tut dieses Komitee weiterhin für Sie?

Dr. **Kreisky:** Das weiß ich nicht. Aber ich hoffe, daß es mir gegenüber weiterhin wohlwollend gesinnt ist. Mehr kann ich nicht sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Das wirkliche Problem aus meiner Sicht besteht ja nicht darin, daß vielleicht im Dunstkreis des Herrn Holliger allenfalls auch Waffenschieber verkehren oder daß man irgendwelche andere Zusammenhänge da und dort konstruieren kann. Das wirkliche Kernproblem eines allfälligen Zusammenhanges, eines theoretischen Zusammenhanges besteht darin, daß im Rahmen unserer Untersuchungen hier immer wieder ein Zentralbereich im „Club 45" in Wien stattgefunden hat. Ich rede noch nicht von dieser Werbeaktion zunächst, sondern daß immer wieder AKH-Kontaktnahmen im Rahmen des „Club 45" stattgefunden haben, daß viele von den zum Teil auch Verhafteten, zum Teil von sonstigen Entscheidungsträgern immer wieder im „Club 45" zusammengekommen sind.

Hier hat sich eben der Verdacht oder die Möglichkeit eines vielleicht oder wahrscheinlich konstruierten Zusammenhanges dieser Werbeaktion mit allfälligen AKH-Zusammenhängen dadurch ergeben, daß es ein Personenkreis war, der auch im Rahmen dieses „Club 45" seine regelmäßige Kontaktnahme hatte.

Die Frage für mich ist daher, ob Sie selbst oder durch einen Mitarbeiter Recherchen haben durchführen können, wieweit im Rahmen dieses „Club 45" allenfalls Financiers für diese Aktion aufgetreten sind, Financiers, die gleichzeitig beim AKH als Auftragnehmer beschäftigt sind.

Dr. **Kreisky:** Ich sagte schon, daß diese ganze Sache ja vor dem AKH-Bericht stattgefunden hat. Würde das heute geschehen, hätte ich natürlich mit besonderer Akribie verlangt, über jeden Schilling, der hier ausgegeben wird, Informationen zu erhalten. Man lernt also aus der Erfahrung.

Zum zweiten möchte ich sagen, daß ich kein Ex-offo-Verteidiger des „Club 45" bin. Ich habe

dem Klub nicht angehört und habe ihn auch nicht besucht. Aber daß es in Österreich Gemeinschaften, Klubs gibt, Vereinigungen gibt, in denen Menschen einander beruflich näherkommen, das braucht doch nicht noch unterstrichen zu werden. Der CV ist eine solche Vereinigung Gleichgesinnter, ähnlich Gesinnter, die Freimaurer sind eine andere solche Vereinigung, und es gibt zahlreiche solcher Vereine. Es gibt die Lions. Alle diese Klubs bestehen. Ich bin also hier kein Ex-offo-Verteidiger dieses Klubs, der sich aus Jahrgangsgleichen offenbar zusammensetzt.

Da haben sich gewisse Zusammenhänge ergeben. Sie könnten für ähnliche Dinge ähnliche Zusammenhänge auch in anderen Vereinigungen herstellen. Ich für meinen Teil kann nur sagen, daß ich von den Männern, die mir gesagt haben, sie verfügen über solche Kontakte, daß sie mehr als 22 — insgesamt sogar 40 — angesehene Leute, von denen sie Legitimation bekommen haben, in ihren Namen zu sprechen, annehmen mußte, daß sie auch in dieser Frage sehr korrekt sind. Denn die hier Unterzeichneten haben die besser gekannt als ich.

Obmann Dr. **Steger:** Ich bin mit Sicherheit auch nicht Ex-offo-Verteidiger des „Club 45", möchte Sie aber nur darauf aufmerksam machen, daß Sie jetzt die direkte Assoziation gebraucht haben: „Club 45", CV, Freimaurer und Lions.

Dr. **Kreisky:** Es gibt viele Vereine in Österreich.

Obmann Dr. **Steger:** Jedenfalls hat sich aus Ihrem Informationsstand überhaupt nicht ergeben, daß über Herren à la Prutscher Gelder für eine Wahlkampfführung im Rahmen eines „Club 45" vereinbart wurden, daß sie direkt oder indirekt der SP-Wahlkampfführung zugute kommen. Kann ich das abschließend Sie noch fragen?

Dr. **Kreisky:** Ich habe gehört, daß man Prutscher verdächtigt. Ich habe in diesem Zeitpunkt Herrn Prutscher überhaupt nicht gekannt. Damit ich das gleich sage. Ich habe seinen Vater gekannt, der ein namhafter Wiener ÖVP-Funktionär war, aber nicht den jungen Herrn. Ich habe den jungen Herrn Prutscher kennengelernt wissentlich bei einem Empfang für die Frau des philippinischen Präsidenten. Bei dieser Gelegenheit wurde er mir als der Sohn des ehemaligen Stadtrates Prutscher vorgestellt. Er machte auf mich keinen besonderen Eindruck.

Das zweite Mal habe ich Herrn Prutscher getroffen mit einer Gruppe von Industriellen auf den Philippinen, wo er einen offenbar erfolgreichen Abschluß tätigen konnte für Injektionsspritzen. 50 Millionen Schilling. Das war alles, was ich von ihm wußte.

Und dann das dritte Mal kam er im Flugzeug zu mir und hat sich näher vorgestellt.

Das vierte Mal — ich habe das sehr genau registriert — kam er zu mir und hat von mir verlangt, daß ich bereit sein soll, der saudiarabischen Regierung gegenüber eine Regierungsempfehlung für die Errichtung zweier Militär-Spitäler für ihn abzugeben, worauf ich ihm sagen mußte, daß ich das nicht kann, weil das prinzipiell unmöglich ist. Wir können nur Empfehlungen abgeben und Haftungen übernehmen für Verpflichtungen, die wir als Regierung eingehen.

Damit hat sich die Bekanntschaft mit Herrn Prutscher erschöpft.

Mir wurde er geschildert als ein sehr tüchtiger Geschäftsmann. Mehr weiß ich nicht. Ich habe ihn immer für einen Mann aus dem ÖVP-Lager gehalten. Wie sollte ich anders. Aber in dem Zeitpunkt, in dem diese Aktion gestartet wurde, kannte ich Herrn Prutscher gar nicht. Und würde auch gar nicht wissen, warum er still und heimlich meine Wahl erleichtern hätte helfen sollen. Warum? Da hätte er doch zumindest Wert darauf legen müssen, daß ich auch etwas davon erfahre, wenn er böse Absichten gehabt hätte. Aber nicht einmal darauf hat er Wert gelegt.

Also ich kann nur sagen: Ich habe Herrn Prutscher zu diesem Zeitpunkt nicht gekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Bundeskanzler! Ich glaube, daß niemand in dem Saal sitzt, der gern erfahren würde, daß Sie das alles gewußt haben und daß dabei etwas Unkorrektes passiert ist. Ich hoffe, daß so etwas nicht passiert ist, und Sie wären wahrscheinlich auch nicht da, wenn Sie der Vorsitzende nicht beantragt hätte.

Ich möchte daher zum Abklären von Fragen, wo Sie sagen können: Das alles war mir zu dem Zeitpunkt nicht bekannt!, noch ein paar ergänzende Fragen stellen.

War Ihnen zum Zeitpunkt des Wahlkampfes bekannt, daß Rechtsanwalt Dr. Damian AKPE-Aufträge erfüllt hat, Gutachten erstellt hat, AKPE-Anwalt war, bei der ABO als Anwalt beschäftigt war?

Dr. **Kreisky:** Nein. Zum Zeitpunkt des Wahlkampfes hat diese ganze Frage überhaupt keine Rolle gespielt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich würde es so einschränken: War es Ihnen überhaupt bekannt?

Dr. **Kreisky:** War mir überhaupt nicht bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War Ihnen bekannt, daß Herr Proksch als ein Vertreter der Niki Lauda-Limited mit Herrn Prutscher in der Schweiz einen 5-Millionen-Schilling-Vertrag im Jahr 1978 abgeschlossen hat?

Dr. **Kreisky:** Das war mir auch nicht bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War oder ist Ihnen bekannt, daß im Bannkreis der Holliger-Firmen im selben Haus auch die Winter-Deckfirmen Plantech und Geproma ihren Sitz haben?

Dr. **Kreisky:** Wo?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): In Liechtenstein.

Dr. **Kreisky:** Das verstehe ich jetzt nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Daß es eine räumliche Nähe zwischen einer Holliger-Firma und der Plantech und der Geproma gegeben hat.

Dr. **Kreisky:** Bekannt war mir deshalb nichts, weil ich erstens von der Plantech und der Geproma erst Jahre später erfahren habe, daß es sie gibt. Und zweitens möchte ich sagen: Waren Sie schon einmal in Liechtenstein? Wenn Sie schon einmal in Liechtenstein waren, wissen Sie: Da stehen auf einem Haus 50 Tafeln. Da ist ein Anwalt, der österreichische Generalkonsul, der hat dort 50 Postkasten von Firmen usw. Mir ist das nicht bekannt gewesen. Ich wüßte auch gar nicht, warum.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wir sind viel schneller fertig, wenn Sie sagen, es ist Ihnen nicht bekannt.

Dr. **Kreisky:** Nein, es ist mir nicht bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Bundeskanzler! War Ihnen bekannt, daß ein Teil dieser Inserate im „Club 45" getextet, hergestellt, vorbereitet worden ist?

Dr. **Kreisky:** Nein, das nicht, sondern ich habe die Texte der Inserate meines Wissens immer erst in der Zeitung gelesen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie gewußt, daß Rechtsanwalt Dr. Damian über diese Kampagne die Zentralsekretäre Marsch und Blecha informiert hat?

Dr. **Kreisky:** Das habe ich angenommen, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie damals gewußt, daß ein anonymes Sparbuch von der SPÖ Dr. Damian übergeben worden ist sozusagen als Dispositionsgeld?

Dr. **Kreisky:** Das kann ich im Detail nicht bestätigen, weil ich mich um diese Details nicht gekümmert habe. Es hat genügt, wenn ich den Herren gesagt habe: Helft's denen ein bissel.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Ausspruch: Na ja, wir helfen denen auch ein bißchen?, hat für mich eine andere Dimension bekommen nach dem Holliger-Brief, wo er sich plötzlich darauf beruft, daß er Daten des Schweizer Wirtschaftslebens nicht bekanntgeben darf. Kann Blecha seinerzeit gemeint haben, daß es hier eine geschäftliche Beziehung zwischen der SPÖ oder befreundeten Organisationen und Herrn Holliger gegeben hat?

Dr. **Kreisky:** Also ich glaube ausschließen zu können, daß es überhaupt eine Beziehung zwischen Herrn Holliger und der SPÖ gegeben hat. Wenn, so hat es eine Beziehung zwischen den beiden von mir genannten Funktionären der SPÖ und Herrn Damian als den Verantwortlichen für diese Aktion gegeben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben immer von den 22 Personen dieser Liste gesprochen, die Sie bei sich haben.

Sind das jene 22 Personen, die auch in den Inseraten zu sehen waren?

Dr. **Kreisky:** Meiner Erinnerung nach sind das die 22, die in den Inseraten aufgeschienen sind. Es hat aber noch weitere ungefähr 20 gegeben, die gern in solchen Inseraten aufgeschienen wären.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und es hat welche gegeben, die ein bißchen finanziert haben und nicht wollten, daß sie in den Inseraten aufscheinen.

Dr. **Kreisky:** Mag sein. Es hat Leute gegeben. Einige davon haben Wert darauf gelegt — hat man mir gesagt —, nicht aufzuscheinen, weil sie Schwierigkeiten befürchteten. Aber das hat man mir im nachhinein gesagt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nach den Aussagen des Rechtsanwalts Dr. Damian hat es also diese 22 gegeben, die offensichtlich über die Finanzierung der Aktion nicht Bescheid wußten. Dann hat es welche gegeben, die über Teile der Finanzierung Bescheid wußten, weil sie selber Geld dazu gegeben haben.

Dr. **Kreisky:** Einige haben mir zum Beispiel gesagt — ich habe den einen oder anderen gefragt, ob er gewußt hat . . .

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Könnten Sie uns ein paar Namen nennen, die etwas gewußt haben könnten?

Dr. **Kreisky:** Ich habe da keine große Lust, da noch mehr Leute hineinzuziehen, aber es hat mir der eine oder andere gesagt, er habe eigentlich die Auffassung gehabt, daß der oder jener sozusagen beteiligt war. Aber ich habe keine Absicht, da mehr zu sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie waren auch überzeugt, daß die Prominenten, die aufgetreten sind, die Inserate nicht selber bezahlt haben?

Dr. **Kreisky:** Nein. Die Künstler sicher nicht, oder nur ein kleiner Teil, der dazu beigetragen hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun scheinen Sie über einen Teil jener Personen in dem Komitee, die nicht in den Inseraten aufgeschienen sind, aber bezahlt haben, Bescheid zu wissen, oder glauben, Bescheid zu wissen.

Dr. **Kreisky:** Im nachhinein hat man mir Namen genannt, von denen ich aber glaube, daß ich sie nicht nennen sollte, weil das nicht mit Bestimmtheit gesagt wurde, und es zweitens darunter auch Leute gibt, die nicht mehr am Leben sind. Was soll ich da Tote nennen, die sich nicht wehren können? Das hat keinen Sinn.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist in dieser Liste, die Sie nicht nennen wollen ...

Dr. **Kreisky:** Ich kenne die Liste nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein. Die Namen, die Sie mir jetzt nicht sagen wollen.

Dr. **Kreisky:** Zwei, drei.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist da Dipl.-Ing. Alexander Maculan dabei?

Dr. **Kreisky:** Ich weiß davon nichts.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie müßten es ja feststellen können.

Dr. **Kreisky:** Der ist hoffentlich am Leben und frisch und munter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat der mit der Aktion etwas zu tun gehabt?

Dr. **Kreisky:** Das weiß ich nicht. Wissen Sie, das geht schon so weit, der Sketch greift — glaube ich — schon herein in jenen Bereich, den sich politische Parteien eigentlich vorbehalten müßten. Ich kann das nicht. Ich glaube nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es hat in den Spendenfragen dieser Dinge sicher im letzten halben Jahr doch eine wesentliche Klimaveränderung gegeben, die halt gewisse Aufklärungen notwendig macht.

Dr. **Kreisky:** Ich kann nur sagen, daß ich vom Herrn Maculan nichts gehört habe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben ihn im Zusammenhang mit dem Komitee auch nie genannt bekommen?

Dr. **Kreisky:** Als möglicher Testimonial?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, daß er überhaupt in dem Komitee — ob als Testimonial oder als förderndes Mitglied — drinnen ist?

Dr. **Kreisky:** Ich kann mich nicht erinnern.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Können Sie sich noch an die Leute erinnern, für die Sie den Dankempfang gemacht haben?

Dr. **Kreisky:** Die stehen auf einer Liste, die können Sie jederzeit bekommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wen haben Sie denn zu diesem Dankempfang eingeladen?

Dr. **Kreisky:** In der Regel die Leute, die mir die Initiatoren dieses Komitees genannt haben, und einige habe ich noch selber dazugenommen, weil ich mich auf diese Art gleich entlasten wollte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Können Sie das auseinanderhalten, wen Sie dazugenommen haben und wer von den Initiatoren genannt worden ist?

Dr. **Kreisky:** Das müßte möglich sein. Ich kann es im Moment nicht sagen. Aber ich glaube, daß das nicht ganz leicht sein wird. Es ist eine große Liste von mindestens 150 Leuten, und da sind mir sicherlich sehr viele genannt worden, viele, die ich gekannt habe und wo ich die Gelegenheit wahrnehmen sollte, sie einmal einzuladen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun habe ich eine Information, daß Herr Maculan zu diesem Empfang eingeladen war.

Dr. **Kreisky:** Kann schon sein. Ist ein bekannter Bauunternehmer.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und bekannter Auftragnehmer im Bereich des AKH.

Dr. **Kreisky:** Ich habe den Herrn Präsidenten Sallinger schon sehr oft eingeladen, und der ist auch sicherlich ein bekannter Auftragnehmer des Staates. Ich habe auch schon andere Leute eingeladen. Da ist der Architekt Lintl zum Beispiel. Den habe ich auch schon eingeladen. Und da ist eine Menge Architekten beim AKH, die ich einlade. Ich weiß gar nicht, wer alles beim AKH mitarbeitet.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Bundeskanzler! Ich habe überhaupt nicht behauptet, daß Sie es wissen, sondern ich frage Sie, ob Herr Maculan bei diesem Empfang dabei war.

Dr. **Kreisky:** Das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und ich frage Sie, ob Sie Kenntnis davon haben, daß Herr Maculan diesem Komitee angehört hat.

Dr. **Kreisky:** Diesem Komitee hat er sicher

nicht angehört. Unterschrieben hat er nicht. Ich habe kein Testimonial.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Noch einmal: Jetzt wird es natürlich schwierig, weil den lustigen Teil können wir auch bestreiten. Es hat in dem Komitee zwei Gruppen von Personen gegeben, solche, die die Testimonials unterschrieben haben, solche, die sie nicht unterschrieben haben und die Geld ...

Dr. **Kreisky:** Aber bereit waren, zu unterschreiben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Möglich, aber die Geld dazugegeben haben. Irgendwo muß es sich ja gespießt haben, es ist ja am Schluß sogar Geld übriggeblieben. Das ist eine der wenigen Kampagnen, wo am Schluß auch noch Geld übriggeblieben war. Es ist also sehr viel vorhanden gewesen. Der Herr Honorarkonsul Otto Heller? Sao Paulo?

Dr. **Kreisky:** Ich weiß gar nicht, wer das ist. Kenne ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kennen Sie nicht.

Dr. **Kreisky:** Ich kann mich nicht mehr erinnern. Sicher werde ich ihn kennen. Wenn er Honorarkonsul war zu meiner Zeit als Außenminister, werde ich ihn sicher kennen. Aber im Moment sagt mir das nichts.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nicht im Zusammenhang mit der Aktion „Geschichten vom Dr. Kreisky", Finanzierung der Aktion „Geschichten vom Dr. Kreisky"?

Dr. **Kreisky:** Was soll er finanziert haben?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Na, die Inserate. Das Zusätzliche zur Million, das der Herr Dr. Damian hier betont hat.

Dr. **Kreisky:** Ich habe keine Ahnung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Präsident Kahane?

Dr. **Kreisky:** Sicher nicht. Das glaube ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kann auch nicht zu diesem Kreis dazugehören?

Dr. **Kreisky:** Das glaube ich nicht. Ich habe jedenfalls keine Ahnung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Warum glauben Sie denn ...?

Dr. **Kreisky:** Sagen Sie, ist das so ...? Abgesehen davon, daß ich davon nichts weiß. Ist es verboten, einer Partei für den Wahlfonds einen Betrag zu geben? Da werden wir das nächste Mal fragen, wer für den ÖVP-Wahlfonds spendet. Was soll das Ganze?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das ist schon mehrfach geschehen.

Dr. **Kreisky:** Na ja fragen, aber Sie haben uns keine Antwort gegeben! Ich meine, Sie wollen also die politische Freiheit in Österreich soweit einschränken, daß jeder sagen muß, ob er einer Partei Geld gibt. Ich sage Ihnen noch einmal: Ich weiß es nicht, ich glaube es nicht. Ich glaube nicht, daß der etwas dazugegeben hat.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Bundeskanzler! Ich habe das beim Herrn Zentralsekretär Blecha schon gesagt. Ich habe darauf verwiesen, es gibt derzeit einen Antrag Blecha, daß das vollkommen eingeschränkt wird. Ich halte das für falsch.

Dr. **Kreisky:** Das soll man in Zukunft tun. Da soll man eine gesetzliche Grundlage schaffen und soll das durch Gesetz tun, dann müssen das alle Parteien tun. Aber daß man hier jetzt Leute, um sie absichtlich politisch zu skandalisieren, abfragt, das halte ich für falsch.

Obmann Dr. **Steger:** Ich halte es auch dort für falsch, wenn das passiert.

Dr. **Kreisky:** Ich möchte gern wissen, was der Präsident Kahane mit dem AKH zu tun haben soll. Das möchte ich gern wissen. Das ist ein Bäcker, der erzeugt Zitronensäure, was soll der ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Bundeskanzler! Ich verstehe Ihre ...

Dr. **Kreisky:** Selbst wenn er. Selbst wenn er. Nehmen wir einen Moment lang an, Herr Bergmann, auf diese ingenante Frage, es wäre so gewesen. Na und? Na und?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, nein, ich muß nur einmal sagen ...

Dr. **Kreisky:** Soll ich Sie fragen, wer bei Ihnen ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich verstehe nicht, warum Sie so reagieren. Ich verstehe es nicht.

Dr. **Kreisky:** Ich reagiere nur darauf, weil ich das für unfaßbar halte, daß ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, ich stelle Ihnen eine Frage auf Grund einer Information, die ich habe, daß an einem Empfang, den Sie für das Komitee gegeben haben, ein paar ...

Dr. **Kreisky:** Nicht für das Komitee, für alle, für eine Reihe von Leuten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich sage meine Informationen, und Sie stellen das richtig, das braucht ja nicht auszuarten in eine Gegenuntersuchung, die Sie jetzt einleiten. Ich habe Sie in einer ganz höflichen Form gefragt.

Dr. **Kreisky:** Ich sage Ihnen noch einmal: Ich habe zu diesem Empfang — 22 Leute waren Testimonials — zirka 150 Leute eingeladen, weil ich das als Gelegenheit benützt habe, alle Leute, denen ich aus irgendeinem Grund eine Einladung geben wollte, einzuladen. Zudem möchte ich sagen, daß ich zum Unterschied von meinem Vorgänger das dem Bundeskanzleramt bezahlt habe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das habe ich Sie überhaupt nicht gefragt. Das habe ich vermutet.

Dr. **Kreisky:** Ich weiß, das wollen Sie nicht hören. Zum Unterschied von meinem Vorgänger Klaus, der alles aus der staatlichen Repräsentation — auch seine Parteiempfänge — bezahlt hat, habe ich das privat bezahlt.

Dr. **Kreisky:** Wissend um die guten Beziehungen, die die ÖVP zu Beamten des Bundeskanzleramtes hat, und wissend, daß ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Machen Sie doch keine Unterstellungen hier. Ich stelle Ihnen Fragen und habe Sie ganz höflich ...

Dr. **Kreisky:** Ich mache keine Unterstellungen. Ich habe wohlweislich alles genau bezahlt auf Heller und Groschen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): ... ein paar Dinge gefragt. Daraufhin fangen Sie an, hier Gegenbeschuldigungen zu stellen Ich möchte Sie noch einmal bitten, daß wir in der ganz normalen Frageform *(Dr. Kreisky: Ja, bitte, fragen Sie mich!),* ja, nein, soweit Sie das können, sagen, und Sie brauchen der Fragestellung gar nichts zu unterstellen dabei.

Dr. **Kreisky:** Ich finde das ... Ich kann auch meine Meinung sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wir sind hier bemüht festzustellen, wer die Finanziers dieser Aktion sind. Ich habe Ihnen am Anfang gesagt, wo Zusammenhänge sein könnten. Ich habe Sie überhaupt nicht beschuldigt, daß Sie sich AKH-Gelder oder etwas Ähnliches verschafft hätten. Es hat diesen Dankempfang für dieses Komitee gegeben. Bisher hat uns niemand gesagt, wer nun die Finanziers waren.

Dr. **Kreisky:** Von was?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Inseratenkampagne.

Dr. **Kreisky:** Ach so.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und je mehr Leute wir wissen, desto mehr kann man das AKH unter Umständen ausgliedern. Ich habe Sie daher gefragt, ob die Herren, die ich Ihnen vorher genannt habe, sozusagen als Mitglieder dieses Komitees bei dem Dankempfang anwesend waren. Daraufhin halten Sie mir Vorträge über Empfänge. Das ist mit Nein oder mit Ja zu beantworten.

Dr. **Kreisky:** Ich halte Ihnen gar keine Vorträge, sondern ich sage ja nur meine Meinung. — Gut. Bitte, also fragen Sie mich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Also: Die Mitglieder dieses Empfangs, der Herr Maculan, der Herr Kahane, der Herr Heller zum Beispiel, um drei zu nennen, waren nicht Mitglieder des Komitees *(Dr. Kreisky: Sicher nicht!),* waren nicht Finanziers dieses Komitees?

Dr. **Kreisky:** Nein, nein. Meines Wissens nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun hat der Niki Lauda abgelehnt, an dieser Kampagne teilzunehmen, weil er grundsätzlich keine politische Werbung macht. Das war keine ehrenrührige Sache. Er wurde aber trotzdem zu dem Dankempfang eingeladen.

Dr. **Kreisky:** Ja, weil er mit zu den 150 Leuten oder wievielen gehört, die ich ganz gern einmal eingeladen habe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und das hat mit der Finanzierung ...

Dr. **Kreisky:** Nein, wirklich nicht. Wenn einer glaubt, daß er vom Lauda einen Schilling für politische Zwecke herauskriegt, den möchte ich kennenlernen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Meinung bin ich auch. *(Dr. Kreisky: Na eben.)* Nur die Konstruktion der Niki Lauda Limited entzieht ja das Zugriffsrecht zu den Geldern der Niki Lauda Limited, denn Niki Lauda ... Aber da wissen wir über das System halt auf Grund der Einvernahmen um eine Spur mehr.

Dr. **Kreisky:** Meine Beziehungen zu Niki Lauda gehen eigentlich auf seinen Großvater zurück, der ein guter Freund von mir war, der Präsident Lauda. Und ich habe halt nicht haben wollen, daß der Mann, der schon einmal dem Tod nahe war, ein ähnliches Schicksal wie der Jochen Rindt erlebt, und habe ihm gesagt: Sie, hören Sie auf jetzt mit dem Rennfahren und kümmern Sie sich um eine ordentliche bürgerliche Beschäftigung. Und von da an datiert eine gewisse Beziehung zu ihm. Aus. Aus.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Daraufhin hat er mit dem Prutscher einen feinen Vertrag abgeschlossen.

Dr. **Kreisky:** Ja das geht mich nichts an.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Na, damit ich auch einmal polemisieren darf.

Dr. **Kreisky:** Zu dem Zeitpunkt weiß ich gar nicht, ob ich ihn schon gekannt habe. Ich habe gesagt: Sie, wenn Sie der Enkel vom alten Lauda sind, so sage ich Ihnen, der will nicht haben, daß Sie solange herumfahren, bis Sie sich „dersteß'n".

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat er dann die Flugkonzession bekommen?

Dr. **Kreisky:** Er hat die schon gehabt. Die hat er schon gehabt. Das ist ein Irrtum, sondern es ist einfach im Interesse einer freien Wirtschaft eine Flugkonzession eine Weiterfahrt ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Entschuldigung, ich kämpfe um Ihre Zeit.

Dr. **Kreisky:** Da brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen. Kämpfen Sie nicht um meine Zeit. Sie brauchen für mich überhaupt nicht zu kämpfen. Die suche ich mir schon aus, die für mich kämpfen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ein bissel Zeit würde ich Ihnen opfern.

Dr. **Kreisky:** Die suche ich mir aus.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich nur ganz kurz? Herr Bundeskanzler! Sie haben gesagt, daß Sie eine Untersuchung durchführen über die Finanzierung. Wer wird der Hauptverantwortliche für diese Untersuchung sein?

Dr. **Kreisky:** Was heißt Untersuchung? Ich habe gebeten. Ich kann nur sagen: Ich habe gebeten ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Also Prüfung.

Dr. **Kreisky:** Ich habe gebeten über den Anwalt Damian, man möge dem Herrn Holliger sagen, er soll um Gottes willen doch angeben, wer die Leute sind. Wenn es irgendwie geht, soll er die Namen nennen, damit die ganze Geschichte aus der Welt geschafft ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer wird Hauptverantwortlicher für diese Prüfung sein?

Dr. **Kreisky:** Na, den Dr. Damian habe ich gebeten, er soll dem Herrn Holliger das sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dr. Damian?

Dr. **Kreisky:** Gebeten, er soll das veranlassen; ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Udo Proksch wird auch einbezogen in diese Prüfung?

Dr. **Kreisky:** Na gut, der hat mit zu dem Komitee gehört. Ich weiß nicht ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wird einbezogen?

Dr. **Kreisky:** Einbezogen? Ich weiß nicht, was Sie darunter verstehen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Gradischnik.)*

Dr. **Kreisky:** Aber das ist ja ein dummer Mensch. Gut.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Udo Proksch?

Dr. **Kreisky:** Das weiß ich nicht, ob er auch mit dabei ist, das ist mir auch Wurscht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Zentralsekretär Blecha hat uns mitgeteilt ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer ist eigentlich der „dumme Mensch", der Udo Proksch oder der Abgeordnete Feurstein? Der Herr Bundeskanzler hat gesagt: Das ist ein dummer Mensch.

Dr. **Kreisky:** Ich bin ein alter Mann und spreche manchmal zu mir selber. Und daher bin ich verpflichtet, daß jeder das hört, was ich zu mir selber sage. Ja?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): ... zu sich selber gesagt?

Dr. **Kreisky:** Ja. Gut. Na und das glaubt Ihnen ja in der Öffentlichkeit niemand. Gott sei Dank. Na also gut.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Zentralsekretär Blecha hat uns gesagt, daß er eine Abrechnung von 1 Million Schilling von Herrn Damian verlangt hat. Er hat sich geweigert, uns diese Abrechnung vorzulegen. Wären Sie bereit, uns diese vorzulegen?

Dr. **Kreisky:** Ich habe keine.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja aber wenn sie Ihnen als Parteivorsitzender vorliegt?

Dr. **Kreisky:** Warum soll er Ihnen das vorlegen? Das ist eine ... Er hat gesagt, 1 Million hat er gehabt, und die rechnet er ab. Sie, das hat nicht einmal der Kaiser Franz Joseph von, weiß ich, Podgorec oder wie der geheißen hat, Galgocy, verlangt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Da haben Sie aber vorhin eine andere Aussage gemacht.

Dr. **Kreisky:** Ich bin dafür, daß man sagt, wer die Geldgeber sind, aber daß man Ihnen, Parteileuten, Abrechnungen über eine Wahlbewegung vorlegt, das sehe ich hier beim besten Willen nicht ein. Da müssen Sie uns erst Ihre Abrechnungen vorlegen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Bundeskanzler! Sie haben uns vorhin erklärt: Ich lege größten Wert darauf, daß alles aufgeklärt wird. Auch gegenüber dem Untersuchungsausschuß.

Dr. **Kreisky:** Ja, daß aufgeklärt wird, wer die Geldgeber sind. Da wäre ich sehr froh.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe Ihnen jetzt einige Fragen gestellt, und Sie waren nicht bereit, uns zu informieren über diese Aufklärungen.

Dr. **Kreisky:** Na, ich habe keine, ich kann nicht wissen, wer das ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie nennen uns nicht den Namen, wer aufzuklären hat.

Dr. **Kreisky:** ... Was heißt das?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer aufzuklären hat?

Dr. **Kreisky:** Ich habe Ihnen gesagt, den Dr. Damian habe ich ersucht als den, der mir gegenüber gesagt hat, es ist alles korrekt, er soll sich bemühen, das aufzuklären.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und werden Sie uns informieren darüber?

Dr. **Kreisky:** Ja, ich werde die Öffentlichkeit informieren, sobald ich diese Auskünfte bekomme.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und den Untersuchungsausschuß?

Dr. **Kreisky:** Nein, da habe ich keinen Grund dazu; wenn er mich nicht vorlädt. Ich bin ja sehr begeistert gewesen gestern über den Vorschlag des Herrn Präsidenten oder wer das war, mich endlich vorzuladen. Ich habe ja schon gewartet darauf. Ich habe schon geglaubt, ich bin ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Bundeskanzler, wenn sich herausstellt, daß Sie uns die Finanzierung nicht endgültig aufklären können, werden Sie den Betrag von 5 Millionen Schilling zurückbezahlen?

Dr. **Kreisky:** Wem soll ich das zurückbezahlen? Wenn Leute ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Den Spendern.

Dr. **Kreisky:** Aber wenn ich die Spender nicht kenne?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dem Holliger.

Dr. **Kreisky:** Der Herr Holliger hat ... Ich sage noch einmal: Diesen Gaunertrick mache ich nicht mit. Den kenne ich, den Gaunertrick mache ich nicht mit. Das sage ich Ihnen ganz offen. Hier haben Leute eine Wahlbewegung gefördert mit einem Betrag. Meine Wiederwahl. Gut. Ich werde mich bemühen herauszufinden, wer die sind, wenn es sich finden läßt, ist es mir sehr recht, wenn nicht, kann ich auch nichts machen. Es tut mir sehr leid.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und dann werden Sie es nicht zurückzahlen, wenn Sie es nicht aufklären können?

Dr. **Kreisky:** Ich denke nicht daran, weil wir es nicht bekommen haben. Die Partei hat es ja nicht im schwarzen Koffer gekriegt. Die Zeitungen haben das bekommen, das wurde ihnen bezahlt für eine Leistung, die sie erbracht haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Jetzt muß ich Sie noch fragen um drei Namen.

Dr. **Kreisky:** Bitte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie persönliche Kontakte zu Dr. Batliner? Sie haben den Namen heute bereits einmal genannt.

Dr. **Kreisky:** Ja, ich kenne den Herrn Dr. Batliner als unseren Generalkonsul. Ich habe ihn das letztemal gesehen vor, glaube ich, vier Jahren, als ich auf offiziellem Staatsbesuch ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Den Dr. Guido Feger aus Vaduz?

Dr. **Kreisky:** Da habe ich keine Ahnung, den kenne ich nicht. Ich weiß nicht, wer das ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Den Dr. Peter Hans?

Dr. **Kreisky:** Wer?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dr. Peter Hans, ein Rechtsanwalt.

Dr. **Kreisky:** Wer soll das sein?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der steht im Zusammenhang mit der Finanzierung, mit den Firmen des Herrn Holliger.

Dr. **Kreisky:** Ich kenne den Herrn Dr. Peter Hans nicht. Ich kenne nur den Herrn Dr. Batliner als österreichischen Generalkonsul. Schluß. Aus.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Bundeskanzler, was haben Sie denn im Zusammenhang mit der Holliger-Finanzierung jetzt gemeint, wenn Sie Gaunertrick verwenden? Sie haben jetzt den Ausdruck „Gaunertrick" ...

Dr. **Kreisky:** Den Gaunertrick betrachte ich, daß man hier etwas scheinbar zurückzahlt und glaubt, daß damit eine Sache erledigt ist. Ich betrachte das als Gaunertrick.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also das ist ... Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie ausdrücklich, einen Ordnungsruf zu erteilen. Der Herr Bundesparteiobmann Dr. Mock hat diese Vorgangsweise geschildert.

Obmann Dr. **Steger:** Ich sehe keine Veranlassung, einen Ordnungsruf zu erteilen, wenn der

Herr Zeuge meint, es wäre ein Gaunertrick, wenn er jetzt dieses Geld zurückzahlt. Wenn man dieses Geld zurückzahlt, das würde er als Gaunertrick betrachten. Ich sehe da keine Veranlassung. *(Ruf: Das haben sie auf sich bezogen!)*

Dr. **Kreisky:** Es tut mir sehr leid, daß Sie zuviel auf sich beziehen, vorhin ist Ihnen das auch schon passiert.

Obmann Dr. **Steger:** In keinem Zusammenhang ist der Name der Österreichischen Volkspartei gefallen. Gaunertrick, ist gesagt worden, wäre es, wenn dieses Geld so zurückbezahlt wird.

Abg. Dr. **Kreisky:** Ich habe kein schlechtes Gewissen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Bundeskanzler, nachdem Sie es offensichtlich nicht aushalten, daß man Sie in einer ruhigen und sachlichen Form frägt ...

Dr. **Kreisky:** Herr Vorsitzender, ich möchte ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich darf noch einmal feststellen: Sie sind ...

Obmann Dr. **Steger:** Entschuldigung, Herr Abgeordneter Bergmann, ich bitte die Stenographen, daß festgestellt wird, wie die genaue Formulierung war. Ich werde mir das noch einmal anschauen, aber derzeit bleibe ich bei meiner Erklärung, daß kein Name eines ÖVP-Politikers und auch nicht die ÖVP involviert waren bei dieser Antwort, wie sie gegeben wurde. Aber ich bitte, daß mir die genaue Formulierung gezeigt wird.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben vorhin erklärt, daß Sie die Geldgeber feststellen wollen, und haben auf eine präzise Frage meines Kollegen Feurstein von der Abrechnung der 1 Million geredet. Das sind zwei grundsätzlich verschiedene ...

Dr. **Kreisky:** Nein, er hat von der Abrechnung geredet.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein. Das sind zwei grundsätzlich verschiedene Dinge. Die Geldgeber in Österreich und in der Schweiz sind bis zur Stunde, weil sie Ihnen entweder nicht bekannt sind oder von Teilen Ihrer Partei nicht bekanntgegeben worden sind, noch immer dort im Dunkeln, und die Konstruktion, daß es hier Unterschiede zu anderen Wahlfinanzierungen gibt, ist ausschließlich eine formelle.

Aber weil Sie gesagt haben, Sie haben schon darauf gewartet, daß Sie hier in diesem Ausschuß befragt werden: Haben Sie irgendeinen Beitrag geleistet, daß wir Sie nur eingeschränkt auf das Thema „Geschichten vom Dr. Kreisky" fragen dürfen oder daß wir auch andere Bereiche der SPÖ-Finanzierung anschneiden dürfen?

Dr. **Kreisky:** Ich habe überhaupt nichts ... Ich habe gar keine Äußerung ... Ich habe gesagt, ich bin froh, daß die Idee gestern kam. Ich habe nur um eines gebeten: Ich würde größten Wert darauf legen, daß es keine Vertraulichkeit gibt, sondern daß es öffentlich ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das bestimmen Sie nicht.

Dr. **Kreisky:** Daß ich größten Wert darauf lege?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das hat auch der Prutscher verlangt.

Dr. **Kreisky:** Eben. Das ist ja noch kein Grund ... Das ist ja einer Ihrer Leute *(Ruf: Wieso?)*, kommt aus Ihrem Stall. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Feurstein.)* Ja mit 50 anderen Industriellen, die Ihrer Partei angehören.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Letzte Frage. Würden Sie mir als letzte Frage ...? Sie nützen in einer sehr starken Form den Respekt, den ein Österreicher der Funktion des Bundeskanzlers gegenüber erbringt, aus. Meine letzte Frage. *(Abg. Dr. Gradischnik: Das ist aber keine Frage zum AKH!)* Ja bitte schön, wenn Sie Ihren Kanzler immer zur Ordnung rufen, wenn er nicht zum AKH redet.

Dr. **Kreisky:** Er läßt sich halt nichts gefallen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, ich lasse mir auch nichts gefallen.

Dr. **Kreisky:** Na eben. Da sind wir ja Gott sei Dank gleich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Würden Sie mir sagen, warum Sie den Professor Seitz dem Sektionschef Waiz in Sachen MEDIPLAN weitergereicht haben?

Dr. **Kreisky:** Das gehört zwar nicht zur Frage, wie gesagt, aber ich bin sehr gerne ...

Obmann Dr. **Steger:** Das ist im Thema nicht gedeckt.

Dr. **Kreisky:** Ich bin aber sehr froh, wenn ich ... Erlauben Sie mir diese Antwort, Herr Präsident? Ausnahmsweise?

Das kann ich Ihnen genau sagen. Der Finanzminister Androsch kam zu mir und sagte: Ich habe das Gefühl, daß man beim AKH mit der Art der Administration dieses Bauwerkes nicht weiterkommt, nicht mit jener Effizienz weiterkommt, wie das etwa beim UNO-Zentrum der Fall ist. Er schlage eine solche Gesellschaft vor wie für das UNO-Zentrum.

Worauf ich dem Finanzminister gesagt habe: Du, höre zu, ich warne dich vor einer Sache, das kann man nicht einfach übernehmen, da muß man sich einen ganz genauen Status geben lassen, es muß geprüft werden: Was ist bis jetzt da geschehen? Wo sind die Entscheidungen gefallen? Wie sind die Entscheidungen, sind die richtig, sind die falsch? Übernimm nichts, was du nicht kennst, und ich schlage dir vor, hole dir einen Spitzenfachmann aus Deutschland aus einer großen Spitalsgesellschaft, die große Spitalsbauten durchgeführt hat, hole dir einen aus der Schweiz und hole dir noch einen dritten, und die drei sollen dir einen Status geben, sollen dir sagen, was ist jetzt in dem Krankenhaus richtig, was ist falsch gebaut worden, damit nicht wir dann mit verantwortlich werden für Dinge, die eigentlich andere zu verantworten haben. Und zu diesem Zwecke empfehle ich dir einen mir genannten berühmten Krankenhausspezialisten, den Professor Seitz, mache aber die Bedingung — so habe ich gesagt —, daß allen diesen dreien gesagt werden muß, dem Schweizer Kaufmann und dem, wie man mir genannt hat, mache aber die Bedingung, daß sie zukünftig keinerlei Hoffnung haben dürfen, weiterhin herangezogen zu werden. Sie sind Experten, und als Experten haben sie über den Istzustand zu berichten, damit wir wissen, in was wir uns da einlassen. Das war alles. Und zu diesem Zweck hat mir der Finanzminister den Sektionschef Waiz geschickt, und ich habe ihn mit dem Herrn Professor Seitz, den ich zum ersten Mal damals gesehen habe, bekanntgemacht als Konsulenten.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge, entspricht es Ihrem Wissens- und Erfahrungsstand, daß Geld, das aus dem Ausland stammt und dessen Überbringer Firmen in Liechtenstein hat, AKH-Geld ist?

Dr. **Kreisky:** Was?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich frage noch einmal: Entspricht es Ihrem Wissens- und Erfahrungsstand, daß Geld, das aus dem Ausland stammt und dessen Überbringer Firmen in Liechtenstein hat, AKH-Geld ist?

Dr. **Kreisky:** Geld, das vom Ausland kommt, wird in der Regel überwiesen auf dem normalen Weg über Banken, so wie es der Herr Holliger auch getan hat. Er hat das ja überwiesen über normale ... Das ist in Österreich regulär eingetroffen. Ob Geld, das aus Liechtenstein kommt, immer aus dem AKH kommt, würde ich bezweifeln, wenn man weiß, wie es in der österreichischen Wirtschaft ausschaut. *(Abg. Bergmann: Nur wenn sie es brauchen.)* Ihnen verzeihe ich. Ich könnte Ihnen jederzeit gewaltige Verzeichnisse zur Verfügung stellen, die beweisen, daß viele Firmen über Briefkastenfirmen in Liechtenstein verfügen, und zwar durchaus in ehrbarer Absicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also darf ich Ihre Antwort so verstehen, daß Sie sagen, es entspricht nicht Ihrem Wissens- und Erfahrungsstand, daß Geld, das aus dem Ausland stammt und dessen Überbringer Firmen in Liechtenstein hat, AKH-Geld ist?

Dr. **Kreisky:** Daß das immer a priori AKH-Geld ist, das kann ich nicht ... Das wirkt unlogisch.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hat Sie die „Sozialistische Korrespondenz" vom 2. September 1980 richtig wiedergegeben, die über Sie folgendes berichtet: Er möchte nicht sagen, daß das AKH-Millionen sind, aber er werde das Gefühl nicht los, daß das Geld aus dem Ausland stammt, da der Überbringer auch Firmen in Liechtenstein hat. — Wurden Sie da richtig wiedergegeben?

Dr. **Kreisky:** Ja, da bin ich sicher richtig wiedergegeben worden.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also diese Vermutung gilt nur in speziellen Fällen?

Dr. **Kreisky:** Na ja, es gilt im speziellen Fall des Herrn Rabelbauer.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ja. Aber beim Herrn Holliger gilt das nicht?

Dr. **Kreisky:** Nein, der ist meines Wissens ein ganz Unbescholtener.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ausgezeichnet. Danke.

Dr. **Kreisky:** Der ist meiner Meinung nach ein sehr Unbescholtener. Der hat ja sein Geld überwiesen ganz regulär aus der Schweiz.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, wir sind am Ende Ihrer Einvernahme. Ich bitte, alle weiteren Erklärungen aufzuheben für die politischen Plenardebatten und für Presseerklärungen. Ich danke Ihnen sehr für heute. Auf Wiedersehen, Herr Bundeskanzler! *(Der Zeuge verläßt den Saal.)*

Zeugeneinvernahme von Hans Richard Bogner

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge Hans Richard Bogner, ich bitte Sie, vorzutreten und in der Mitte Platz zu nehmen vor den Mikrofonen. Ich begrüße Sie als Zeuge im Untersuchungsausschuß. Darf ich bitten, daß die Ladung übergeben wird? Integrierender Bestandteil dieser Ladung ist der Parlamentsbeschluß über die Einsetzung dieses Untersu-

chungsausschusses, in dem es unter anderem heißt:

Im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien wird zur Untersuchung der Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen ein Untersuchungsausschuß eingesetzt. Es können daher Fragen an den Zeugen gestellt werden, die im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien stehen und dort wiederum angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen betreffen. Alle anderen Fragen sind nicht im Rahmen dieses Untersuchungsauftrages gedeckt. Sie könnten daher hier darauf verweisen, daß Sie solche Fragen nicht beantworten wollen, weil sie keine Deckung in diesem Beschluß finden.

Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß wir die Geschäftsordnung des Nationalrates heranzuziehen haben, in der festgelegt ist, daß die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden ist. In der Strafprozeßordnung sind die Rechte und Pflichten eines Zeugen schriftlich festgehalten, unter anderem die wesentlichste Pflicht, alle Fragen, die in diesem Untersuchungsauftrag enthalten sind, wahrheitsgemäß zu beantworten, und das wesentlichste Recht, bei drei Möglichkeiten ein Entschlagungsrecht geltend zu machen. *(Obmann Dr. Steger bringt dem Zeugen § 153 StPO zur Kenntnis.)*

Ich bitte zunächst um die Generalien. Das sind Vor-, Zuname, Geburtsdatum, Beruf und Anschrift.

Bogner: Hans Richard Bogner, 14. 9. 1924, 2201 Gerasdorf, Schubertweg 17. Beruf: Bundesgeschäftsführer der FPÖ.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Die erste Frage hat nicht unmittelbar etwas mit dem AKH zu tun, wohl aber mit einer Zeugenaussage, die wir im Rahmen unserer Untersuchungen erhalten haben. Der Generaldirektor von Siemens Austria, Dr. Wolfsberger, hat hier erklärt, daß alle drei Parlamentsparteien Spenden von Siemens Austria bekommen. Das Spendenportefeuille beträgt 1 Million Schilling. Können Sie sich erinnern, ob Ihre Partei im letzten Jahr, also, wenn Sie wollen, jetzt 1980 und jetzt im Jahr 1981, Spenden von Siemens Austria erhalten hat?

Bogner: Ich kann mich daran erinnern: Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Ich möchte nur klarstellen: Nicht, wie gesagt, alle Parlamentsparteien, sondern alle Parteien war die wörtliche Formulierung.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Da schließe ich die Parlamentsparteien ein. Herr Zeuge, meine weitere Frage ist *(Obmann Dr. Steger: Es gibt 26 Parteien in Österreich!)* — ja, aber ich schließe die Parlamentsparteien bei allen Parteien ein —, meine nächste Frage ist: Wir wissen, daß über die Industriellenvereinigung Spendenempfänger sogenannte Widmungsspenden erhalten. Ist Ihnen erinnerlich, daß Ihre Partei in den letzten Jahren, also ich würde sagen, von 1975 bis heute, Widmungsspenden über die Industriellenvereinigung erhalten hat von der Firma Siemens, von der Firma ITT, von der Firma Schrack, von der Firma Hofman & Maculan oder von der Architektengruppe Moebius, aus der Gruppe, die im AKH beschäftigt ist?

Bogner: Ich bin mir nicht ganz im klaren, was Sie unter Widmungsspenden verstehen, aber von keiner dieser Firmen, die Sie jetzt aufgezählt haben, haben wir Spenden bekommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Bogner! Sie sind der 104., wenn ich richtig zusammengezählt habe, und vorläufig letzte Zeuge dieses Ausschusses und sind eigentlich auf Grund der gestrigen Initiativen Ihres Parteivorsitzenden sozusagen zur Abrundung des Themas noch hierher gebeten worden. Darf ich vorher nur fragen: Sie sind über den Komplex Finanzen der FPÖ umfassend informiert?

Bogner: Ich nehme an, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn nun der Generaldirektor Wolfsberger sagt, die FPÖ hat auch Spenden bekommen, weil er es so umfassend darstellt, daß er nicht nur die Parlamentsparteien, sondern auch offensichtlich alle gemeint hat, und Sie sagen, Sie haben keine Spenden, würde das heißen, daß der Herr Generaldirektor Wolfsberger eine falsche Aussage gemacht hat, oder könnte das auch sein, daß das in die Wiener FPÖ gegangen ist?

Bogner: Also ich weiß von keiner an die Bundespartei. Ich habe auch nachschauen lassen sicherheitshalber, damit ich nicht irgend etwas erzähle. Nein, nichts.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und Ihre umfassende Kenntnis — jetzt immer unter dem Aspekt, daß Sie natürlich auch etwas vergessen können — bezieht sich auch auf den Zeitraum, in dem der Grazer Bürgermeister Dr. Götz Parteiobmann war und Dr. Krünes Generalsekretär?

Bogner: Ich glaube, das mit Ja beantworten zu können, daß sich das auch auf diesen Zeitraum erstreckt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben in den letzten Wochen und Monaten als aufmerksamer Zeitungleser die eine oder andere Firma genannt bekommen, die mit dem AKH in Zusammenhang steht. Können Sie generell ausschließen, daß die in den letzten Monaten

genannten Firmen — da gehören auch diese vier Elektrofirmen dazu, da würde ich bis zum Herrn Sefcsik gehen, und wenn Sie es ein bißchen grotesk wollen, gehört auch die ÖKO-DATA oder die Odelga oder die Med-Consult oder der Herr Prutscher dazu — Spenden an die FPÖ gerichtet haben?

Bogner: Herr Bergmann, ich kenne die Persönlichkeiten dieser Firmen nicht, von diesen haben wir nichts bekommen. Ich meine, wenn Sie sagen, von keiner, wenn Sie irgendeinen Elektromeister vielleicht irgendwo meinen, das könnte ich wirklich nicht ausschließen, der einmal 200 S gespendet hat. Aber die Firmen, die Sie jetzt aufgezählt haben ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Engen wir einmal ein, daß mich wirklich nicht interessiert, ob Ihnen jemand fünf Ballkarten abgekauft hat, oder die normale Spendentätigkeit.

Bogner: Aber nach dem, Herr Bergmann, was ich in den Zeitungen gelesen habe, um welche Firmen es geht, um welche Beträge es geht, nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie aus dem SPÖ-nahen Firmenbereich, Infra-Bau und diesen Bereichen, irgendwann einmal Spenden erhalten?

Bogner: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie über die Gewerkschaft der Eisenbahner oder über die „Neue Heimat" in Hamburg Spenden erhalten?

Bogner: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, Sie lachen so, aber da gibt es welche, für die werden sogar Zinsen bezahlt von denen.

Bogner: Ja wir sind doch eine Oppositionspartei und haben mit der Vergabe beim AKH überhaupt nichts zu tun. Ich bin eigentlich etwas verwundert, daß ich hier bin. Ich bin selbstverständlich gekommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich stelle Ihnen ein paar ergänzende Fragen, sodaß meiner Meinung nach unter Umständen in unserem Schlußbericht steht, daß nach Einvernahme der Finanzreferenten der einzelnen Organisationen unter Umständen — ich sage noch einmal: unter Umständen — herauskommt, daß ein Direktfluß in die Parteien nicht festgestellt werden konnte. Aber da gehören Sie dann halt auch dazu, wenn wir möglicherweise zu einem solchen Schluß kommen sollten.

Da wird ein Komitee gegründet, da gibt die Partei ein bißchen etwas dazu, es fließen Gelder aus dem Ausland herein. Hat es im Zuge des letzten Wahlkampfes ein Komitee der FPÖ gegeben, das auf eine ähnliche Weise konstruiert war wie das Komitee Kreisky oder die „Geschichten vom Dr. Kreisky"?

Bogner: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Besitzt die FPÖ, die Bundes-FPÖ, Firmen?

Bogner: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt also, es gibt auch keine solchen Konstruktionen, wo in einer Randzone der Partei Finanzierungen stattfinden?

Bogner: Ist mir nicht bekannt.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Haben Sie, Herr Zeuge, irgendwann in den letzten acht Jahren bei der Bauleitung oder der AKPE, der Gesellschaft, die das Allgemeine Krankenhaus errichtet, für irgendeine Firma interveniert, daß sie einen Zuschlag erhalten soll?

Bogner: Nein, Herr Hobl.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Bundesgeschäftsführer! Es hat in den Medien vor geraumer Zeit Meldungen gegeben über Verhandlungen der FPÖ mit dem im AKH-Zusammenhang stehenden damaligen Finanzminister Androsch zwecks Ankauf eines Hauses. Ist Ihnen da etwas bekannt?

Bogner: Daß in den Zeitungen etwas gestanden ist, ja, mehr ist mir nicht bekannt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie waren in diese Verhandlungen nicht eingeschaltet?

Bogner: Wenn es welche gegeben hat. Ich weiß nichts davon.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben auch nichts von solchen Verhandlungen in Erfahrung bringen können?

Bogner: Ich weiß nicht, Herr Steinbauer, was die Frage jetzt an mich hier zu suchen hat, aber ich habe in den Zeitungen darüber gelesen. Das ist mein ganzes Wissen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben auch nicht versucht, falls diese Meldungen in den Medien Falschmeldungen waren, sie zu korrigieren?

Bogner: Ich hatte keine Legitimation dafür, wie hätte ich sollen?

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, haben Sie aber gehört, daß in der Partei, insbesondere in der Wiener FPÖ, große Erregung über diese Verleumdungen war, die da in der Zeitung gestanden sind?

Bogner: Ja, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist Ihnen bekannt geworden über Berichte in den Parteigremien

der FPÖ, daß vor Erscheinen des Kontrollamtsberichtes und vor Erscheinen des Rechnungshofberichtes Zahlungen im Zusammenhang mit dem AKH geleistet worden sind, die nicht ganz korrekt sind? Hat ein Mitglied dieser Parteigremien irgendwann berichtet, daß hier Unregelmäßigkeiten passieren?

Bogner: Von wem an wen?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In den Parteigremien, an deren Sitzungen Sie teilgenommen haben.

Bogner: Entschuldigen Sie, ich habe die Frage nicht ganz verstanden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es gibt Parteigremien — ich kenne sie nicht genau, darum frage ich so allgemein —, an denen Sie an den Sitzungen teilnehmen. Und nun ist meine Frage: Ist von Mitgliedern dieser Gremien irgendwann vor Erscheinen des Rechnungshofberichtes und vor Erscheinen des Kontrollamtsberichtes ...

Bogner: Herr Feurstein, können Sie mir sagen, wann diese zwei Berichte erschienen sind?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die sind erschienen April/Mai 1980. Ist vorher berichtet worden?

Bogner: Ich kann mich nicht an so etwas erinnern.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie können sich nicht erinnern, daß jemals Gemeinderat Hirnschall oder sonst jemand berichtet hätte?

Bogner: Ich sitze in keinem Gremium, wo Dr. Hirnschall anwesend ist.

Obmann Dr. **Steger:** Sehr geehrter Herr Dr. Feurstein, es dürfte Ihnen nicht bekannt sein, daß Dr. Hirnschall nicht im Bundesparteivorstand ist. Das ist eine andere Konstruktion als bei Ihnen. Es gibt schon ein Gremium, das ist die Bundesparteileitung, aber die hat keine Finanzkompetenz. Das ist ein 80-Mann-Gremium. Und im Bundesparteivorstand ist Dr. Hirnschall nicht Mitglied, im Parteipräsidium, wo Herr Bogner auch anwesend ist, ebenfalls nicht. Dies zur sachlichen Aufklärung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat Sie Hirnschall persönlich darüber informiert, daß hier Unkorrektheiten passiert sind?

Bogner: Ich kann mich an so etwas nicht erinnern. Ich bin mit Dr. Hirnschall seit 30 Jahren eng befreundet, und wir pflegen eigentlich andere Gesprächsthemen abzuhandeln.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kollege Feurstein hat Sie nicht gefragt: Nach der Veröffentlichung des Kontrollamtsberichtes, wo es dann selbstverständlich in den Zeitungen gestanden ist, sondern bevor das Ganze auch in den Zeitungen hochgekommen ist. Und es wäre auch gar nichts Unanständiges, wenn es solche Gespräche gegeben hätte.

Bogner: Ich kann mir so etwas nicht vorstellen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, Sie bekommen die wichtigen Pressedienste auch anderer Parteien auf Ihren Schreibtisch?

Bogner: Selbstverständlich.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie dabei auch jene Pressedienste des Bundespressedienstes der ÖVP auf den Tisch bekommen, die vor dem offiziellen Erscheinen des Kontrollamtsberichtes und des Rechnungshofberichtes zu diesen Themenkreisen herausgegeben wurden?

Bogner: Ja, ich lese sie selbstverständlich, aber ich kann mich nach Jahren oder Monaten nicht an den Wortlaut von irgendwelchen Pressediensten erinnern.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie vorhin gesagt haben, Sie haben einen weitgehenden Überblick über die Finanzsituation und über die Spenden und ähnliche Dinge, die die Bundes-FPÖ betreffen, aber keinen über Dinge, die die Landes-FPÖ betreffen?

Bogner: Über die Bundes-FPÖ einen sehr konkreten. Die Landesparteiorganisationen der Freiheitlichen Partei haben Rechtspersönlichkeit. Ich bin also nur im großen und ganzen informiert. Über Details bin ich nicht informiert.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie könnten also nicht ausschließen, daß das, was der Generaldirektor Wolfsberger gemeint hat, alle Parteien unter Umständen, die Wiener Landesorganisation oder die niederösterreichische ...

Bogner: Ich weiß nicht, was er gemeint hat, Herr Bergmann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben nicht jetzt mit dem Kabas geredet und gefragt, ob er auch nichts bekommen hat von Siemens, sondern Sie sagen, Sie wissen es von der Bundes-FPÖ.

Bogner: Ich weiß nichts von anderen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, wir sind am Ende Ihrer Einvernahme. Auf Wiedersehen.

Bogner: Auf Wiedersehen! *(Der Zeuge verläßt den Saal.)*

Schluß der Sitzung: 15 Uhr 25 Minuten